



## Nur zur dienstlichen Verwendung

## Stenografisches Protokoll der 19. Sitzung – Teil 1 - endgültige Fassung\* -

### 3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 28. Januar 2021, 10.30 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

## Tagesordnung - Beweisaufnahme

<b>Einzigter Punkt der Tagesordnung</b>	<b>Seite</b>
<u>Öffentliche Zeugenvernehmung</u>	
<b>Alexander von Knoop</b> (Beweisbeschluss Z-17)	<b>9</b>
<b>Martin Mulzer</b> (Beweisbeschluss Z-70)	<b>15</b>
<b>Waldemar Kindler</b> (Beweisbeschluss Z-3)	<b>75</b>
<b>Joachim Herrmann</b> (Beweisbeschluss Z-62)	<b>146</b>
<b>Dr. Florian Herrmann</b> (Beweisbeschluss Z-4)	<b>214</b>
<b>Christof Schulte</b> (Beweisbeschluss Z-68)	<b>231</b>

\* Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem \* gekennzeichnet.



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Mitglieder des Ausschusses\*

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Hauer, Matthias Michelbach Dr. h. c. (Univ Kyiv), Hans	Brehm, Sebastian Sepp, Müller Radwan, Alexander
SPD	Kiziltepe, Cansel Zimmermann Dr., Jens	Arndt-Brauer, Ingrid
AfD	Gottschalk, Kay	König, Jörn
FDP	Toncar Dr., Florian	Schäffler, Frank
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	Paus, Lisa



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Fraktionsmitarbeiter\*

CDU/CSU	Brandt, Wolfgang Gerster, Cornelius Günther, Kevin Kempe, Julius Genske, Marlene Becker, Johannes
SPD	Hawxwell, Anne Schneider, Yannik Weber, Saskia Schauhoff, Lenard Sacharow, Alexander Schinzel, Boris
AfD	Dabelstein, Lorenz Buchholtz, Immanuel
FDP	
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian Bendel, Yannik

\* anwesend laut Unterschriftenliste



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Teilnehmer Bundesregierung\*

BMF	ARn Koch RD Ziegner RD Fritz RDn Barczyk RR Matros
BMWi	MR Dr. Schiemann
BK	MRn Dr. Bosch RD Mai
BMI	ORRn Allabaei
BMJV	ORR Scholz

### Teilnehmer Bundesrat\*

#### Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	RD Simon

\* anwesend laut Unterschriftenliste



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 10.29 Uhr)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 19. Sitzung, die zugleich unsere 9. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle auch fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße auch ganz recht herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem heiße ich die anwesenden Vertreter der Bundesregierung und des Bundesrates wie immer recht herzlich willkommen. Ebenso begrüße ich recht herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer in den Sälen 2.200 und 4.600, die in unsere Sitzung gestreamt werden. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten.

So sind eigene Ton- und Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot und strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

### Öffentliche Zeugenvernehmung

**Alexander von Knoop**  
(Beweisbeschluss Z-17)

**Martin Mulzer**  
(Beweisbeschluss Z-70)

**Waldemar Kindler**  
(Beweisbeschluss Z-3)

**Joachim Herrmann**  
(Beweisbeschluss Z-62)

**Dr. Florian Herrmann**  
(Beweisbeschluss Z-4)

**Christof Schulte**  
(Beweisbeschluss Z-68)

Die Zeugenvernehmung von Alexander von Knoop, Martin Mulzer, Waldemar Kindler, Joachim Herrmann, Dr. Florian Herrmann und, wenn wir das noch schaffen sollten - - haben wir

uns auch darauf verständigt, den Zeugen Christof Schulte zu vernehmen.

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen. Unser erster Zeuge ist Herr von Knoop. Er hat bereits Platz genommen.

### **Vernehmung des Zeugen Alexander von Knoop**

Herr von Knoop, ich heiße Sie recht herzlich willkommen und hoffe, dass Sie eine gute Anreise hatten.

**Zeuge Alexander von Knoop:** Ja. Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Herr Dr. Krause, Platz genommen. Auch Herr Krause, ich darf Sie recht herzlich willkommen heißen und hoffe, auch Sie hatten eine angenehme Anreise.

**RA Dr. Daniel M. Krause:** Danke. - Guten Morgen!

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten, Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie aber und Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung beantragen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

**RA Dr. Daniel M. Krause:** Nein, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke. - Herr von Knoop, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Sie haben eben oder dankenswerterweise auf die Zeugenbelehrung verzichtet; insoweit kann ich Ihnen den folgenden Text jetzt verlesen, was uns Zeit spart.

Herr Knoop, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gegen die Wahrheitspflichten wurden Ihnen vorab übersandt. Das ist richtig?

**Zeuge Alexander von Knoop:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Damit kann ich mich auf einige technische Hinweise beschränken. - So, jetzt komme ich hier etwas - - Wir haben ja umgestellt, das kriegen wir aber hin, so viel Zeit muss sein. - Und dann geht es nämlich hier weiter.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssten, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Alexander von Knoop:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Bitte immer ganz wichtig, komme auch gleich drauf, das Mikrofon einzuschalten. Das ist immer dann eingeschaltet, wenn dieses rote Lämpchen leuchtet. Und Sie betätigen da einfach die Taste mit dem Zeigefinger. - Gut.

Herr von Knoop, ich würde Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort mitteilen.

(RA Dr. Daniel M. Krause:  
Verzeihen Sie, Herr Vorsitzender, wenn ich kurz die Frage stelle: Wir hatten uns mit der Bildübertragung nicht einverstanden erklärt!  
Ich weiß nicht, ob das jetzt

schon gewährleistet ist oder ob Sie da später drauf zu sprechen kommen!)

- Gebe ich Ihnen gerne Auskunft; berechtigte Frage. Wir haben uns im Ausschuss eben in einer Sitzung dazu entschieden, das nicht zu tun, und zwar für alle Zeugen, und insoweit wird es ganz normal, wie Sie es kennen, hier verlaufen: ohne eine Bildübertragung.

(Zuruf: Ja, eben in den anderen Saal, das sollte man ihm noch erklären, das ist eine andere Bildübertragung!)

- Das habe ich jetzt nicht so aufgefasst, aber ich mache das dann gerne auch noch. - Also, was normal ist, weil wir die Öffentlichkeit dadurch herstellen, wie ich es anfangs genannt habe, dass wir für Zuschauerinnen und Zuschauer, aber auch die Medienvertreter aus diesem Saal in zwei weitere Sitzungsräume aufgrund der Platznot streamen. Aber ich habe Ihre Frage dahingehend vom Kontext verstanden, ob wir eben auch TV-Bilder sozusagen in die weite Welt hinschicken mit Ton und Bild. Und das tun wir nicht.

**RA Dr. Daniel M. Krause:** Meine Frage zielte auf das Streamen ab und auf die Frage, ob Sie dazu das Einverständnis von Herrn von Knoop meinen einholen zu müssen. Wenn das so wäre, würden wir das nicht gerne erteilen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein, müssen wir nicht, weil wir damit die Öffentlichkeit herstellen, die uns gerade als PUAG bei den Beweisaufnahmesitzungen zugesprochen wird, und deswegen müssen wir das nicht. Was wir tun müssen, ist das, was ich eben vom Kontext aufgefasst habe und Ihnen erläutert habe.

**RA Dr. Daniel M. Krause:** Okay. Dann ist das klar. Danke sehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gerne. Gut. - Ja, dann würde ich noch mal Herrn Knoop bitten, kurz Vornamen, Nachnamen, Alter, Beruf und Wohnort uns mitzuteilen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Alexander von Knoop:** Mein Name ist Alexander Waldemar Ludwig von Knoop. Ich bin geboren am [REDACTED] in [REDACTED]. Ich bin verheiratet und lebe in der Nähe von [REDACTED].

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar, vielen Dank. - Herr von Knoop, Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

**Zeuge Alexander von Knoop:** Ja, das würde ich sehr gerne tun.

Sehr geehrte Mitglieder des Untersuchungsausschusses! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke Ihnen für die Einladung zu diesem Untersuchungsausschuss und für die Möglichkeit, Ihnen die folgende zusammenfassende Darstellung geben zu dürfen.

Mein beruflicher Werdegang begann nach meinem Abschluss eines International Diploma in Business Administration an der University of California Extension in Berkeley. Meine berufliche Tätigkeit nahm ihren Anfang mit einer mehr als vierjährigen Tätigkeit bei der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers in Frankfurt am Main und in München mit dem inhaltlichen Schwerpunkt der Finanzindustrie.

Im Jahr 2005 habe ich eine Stelle als interner Revisor bei der Wirecard Bank AG angetreten. In den Folgejahren habe ich verschiedene Positionen in der Hierarchie der Wirecard Bank bekleidet, bevor ich im Jahr 2014 in den Vorstand der Bank berufen wurde.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2018 wurde ich neben meiner Vorstandsposition bei der Wirecard Bank AG zum Finanzvorstand der Wirecard AG berufen. Diese Berufung erfolgte durch den Aufsichtsrat der Wirecard AG kurzfristig, nachdem die Berufung eines anderen Kandidaten nach den mir gegebenen Hinweisen aus verschiedenen, mir nicht näher bekannten Gründen nicht mehrheitsfähig war.

Mit Übernahme meiner Tätigkeit als Finanzvorstand der Wirecard AG ab 1. Januar 2018 kam ich nach meiner Erinnerung erstmals direkt mit dem Ihnen bekannten und seit Längerem in der Öffentlichkeit diskutierten sogenannten Drittpartner-Acquiring-Geschäft in Berührung. Dieses Geschäft wurde aufgrund der hierfür verwendeten Drittpartnerlizenzen gerade nicht über die Wirecard Bank und damit nicht über meinen bisherigen Tätigkeitsbereich abgewickelt.

Nach dem Zuständigkeits- und Geschäftsverteilungsplan des Vorstands der Wirecard AG fiel der gesamte Geschäftsbereich des sogenannten Drittpartnergeschäftes und damit auch die Führung und Betreuung der infragestehenden Treuhandkonten nicht in den Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich des Finanzvorstands. Vielmehr war der Geschäftsbereich mit den sogenannten Third Party Acquirern dem ausschließlichen Aufgabenbereich von Herrn Jan Marsalek zugeordnet.

Bereits in den ersten Monaten meiner Tätigkeit für die Wirecard AG habe ich Projekte initiiert, die zur Verbesserung der Unternehmenscompliance, der Geldwäscheprävention, aber auch des konzernweiten Reportings beitragen sollten. Für diese Projekte habe ich mich in meiner Tätigkeit in unterschiedlicher Weise eingesetzt.

Zu keiner Zeit sind mir die derzeit in Rede stehenden kriminellen Machenschaften anderer Personen in der Wirecard AG mitgeteilt, angedeutet oder sonst bekannt geworden. Ich hatte davon keine Kenntnis. Im Gegenteil: Mir ist im Laufe verschiedener Prüfungen wiederholt, insbesondere von dem zuständigen Vorstand Marsalek, bestätigt worden, dass es sich bei den erheblichen Kontoguthaben in vollem Umfang um bestehende und werthaltige Bankforderungen handelte.

Von der Nachricht der Wirtschaftsprüfer von EY am 16. Juni 2020, wonach die Guthaben auf den Treuhandkonten möglicherweise nicht existent sein könnten, war ich völlig überrascht und schockiert. Ich habe das zu keiner Zeit für möglich gehalten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich möchte hinzufügen, dass ich von diesen Vorgängen auch in keiner Weise außervertraglich wirtschaftlich profitiert habe. Ich habe als Finanzvorstand auch keine sonstigen außervertraglichen Zuwendungen oder Darlehen durch Gesellschaften der Wirecard-Gruppe erhalten.

Im Einvernehmen mit dem Insolvenzverwalter bin ich operativ aus der Wirecard-Gruppe zum 31.08.2020 ausgeschieden. Ich stehe dem Insolvenzverwalter für Hilfestellungen und Auskünfte fortdauernd zur Verfügung. Hiervon hat er verschiedentlich auch schon Gebrauch gemacht.

Meine persönlichen Lebens- und Berufsperspektiven sind durch die von Ihnen untersuchten Machenschaften erschüttert und nachhaltig zerstört worden.

Zu einigen der Themen, die Ihr Untersuchungsausschuss nach seinem Einsetzungsbeschluss untersuchen soll, kann ich folgende Angaben machen:

Erstens. Bezüglich des Inhaberkontrollverfahrens der Wirecard Bank AG im Hinblick auf die Einstufung der Wirecard AG insgesamt als Finanzholding stand Wirecard stets auf dem Standpunkt, dass eine Behandlung als Technologiekonzern sachgerecht erscheint. Ausweislich des Geschäftsberichts 2018 wurden vom Gesamt-EBITDA in Höhe von 560,5 Millionen Euro exakt 79,9 Millionen Euro, also weniger als 15 Prozent, im Geschäftsbereich A und I, also Acquiring und Issuing, erzielt, also in dem Geschäftsbereich, der das Payment-Geschäft über eigene Lizenzen umfasst hat.

Zweitens. Bezüglich Wirecard-Initiativen zu öffentlichen Institutionen erinnere ich mich an das Wirecard-Angebot, sich in der Suchtprävention bei Glücksspielen einzubringen, etwa durch entsprechende Umsetzung von Verfügungslimiten auf Kreditkarten. Ferner erinnere ich mich an das Wirecard-Angebot, an einer Flüchtlingskarte mitzuwirken, um die Registrierung und das potenzielle Auszahlen von Geldern für Flüchtlinge zu erleichtern. Beide Initiativen sind meines Wissens allerdings nicht über einen bloßen Gedankenaustausch hinausgegangen.

Drittens. Am 11. September 2019 habe ich an einem Treffen mit Herrn Professor Dr. Röller im Bundeskanzleramt teilgenommen. An dem Termin haben außerdem teilgenommen: der Vorgänger im Amt des Finanzvorstands der Wirecard AG, Herr Burkhard Ley, sowie Herr Klaus-Dieter Fritsche, auf dessen Vermittlung das Treffen zustande kam.

Herr Ley war nach seinem Ausscheiden als Finanzvorstand als Berater des Vorstands der Wirecard AG unter anderem auch in politischen Kontakten tätig. Herr Fritsche wurde mir durch Herrn Ley etwa 30 Minuten vor dem Termin bei Professor Dr. Röller vorgestellt.

In dem Termin ging es ausschließlich um die Vorstellung der Wirecard-Gruppe als internationalem Payment-Konzern, um digitales Bezahlen im Allgemeinen, um Produkte und Dienstleistungen der Wirecard und um die internationale Expansion des Konzerns, vor allem in Asien. Zu keiner Zeit wurden durch Professor Dr. Röller in meiner Anwesenheit in irgendeiner Form Zusagen für ein Verwenden der Bundesregierung zugunsten von Wirecard getroffen. Solches ist mir auch zu keiner Zeit im Nachgang berichtet worden.

Viertens. Am 20. November 2019 habe ich an einem Termin mit Herrn Staatsminister Dr. Florian Herrmann im Bayerischen Staatsministerium teilgenommen. Auch hier war Herr Ley anwesend sowie Herr Waldemar Kindler, der den Termin vermittelt hatte.

Auch in diesem Termin ging es wie bei dem Termin im Bundeskanzleramt um die Vorstellung von Wirecard als bayerischem Zukunftsunternehmen. Auch bei diesem Treffen wurde durch Herrn Staatsminister Dr. Herrmann in meiner Anwesenheit keine Zusage betreffend ein Verwenden für Wirecard in irgendeiner Form getroffen. Auch solches ist mir zu keiner Zeit im Nachgang berichtet worden.

Fünftens. Im Zuge der Verhängung des Leerverkaufsverbots durch die BaFin im Frühjahr 2019 gab es durch meine Person keine Gespräche mit der BaFin oder anderen staatlichen Stellen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sechstens. Zur Bankenaufsicht der Wirecard Bank bestand in den vergangenen Jahren durchgehend ein enger Kontakt. Dieser bestand sowohl aus standardisiertem und individuellem Reporting, aber auch in Kontakten zu §-44-KWG-Sonderprüfungen etwa im Bereich Risikomanagement oder auch im Bereich Geldwäscheprävention, in diesem Bereich letztmalig im Sommer 2019. Zudem wurden auch auf Konzernebene laufend regulatorische Prüfungen durchgeführt, etwa durch die Prüfstelle für Rechnungslegung oder auch diverse Steuerprüfungen.

Siebtens. Kreditinanspruchnahmen durch Mitarbeiter des Wirecard-Konzerns waren vor allem über eine Corporate-Kreditkarte nicht ungewöhnlich. Großkredite wie etwa das Darlehen an Herrn Dr. Braun im Frühjahr 2020 waren ungewöhnlich. Das betreffende Darlehen wurde durch Herrn Dr. Braun vollständig und inklusive der gesamten Zinsen zurückgeführt. Ich selbst habe nachdrücklich auf diese Rückzahlung unter Einchluss aller Zinsen gedrungen.

Achtens. Kontakte zu nationalen und/oder internationalen Nachrichtendiensten hatte und habe ich nicht.

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass ich mich hier nicht weiter äußern möchte. Ich mache von meinem Auskunftsverweigerungsrecht auch auf Anraten meines anwaltlichen Beistands Gebrauch.

Ich kooperiere mit der Staatsanwaltschaft München I und trage zu den dortigen Ermittlungen bei, wo dies mir möglich ist. Das werde ich auch künftig weiter tun. Ich möchte aber vor dem Hintergrund der gegen mich geführten Ermittlungen bei Ihnen derzeit keine weiteren Angaben machen. Ich bitte insoweit um Ihr Verständnis. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Herr von Knoop. - Ihr Rechtsbeistand, wie Sie es eben auch selbst gesagt haben, hat mit Schreiben vom 26. Januar 2021 angekündigt, dass Sie umfassend die Auskunft gemäß § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes verweigern werden. Sie haben es eben auch ausgeführt. Somit gehe ich richtigerweise davon aus, dass Sie über Ihr

Eingangsstatement hinaus sich nicht zur Sache einlassen werden. Das ist richtig?

**Zeuge Alexander von Knoop:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja. - Ich schaue kurz in die Runde. Sollen wir in eine Beratungssitzung gehen, oder besteht Einverständnis darüber, dass wir den Zeugen entlassen können? - Dann stelle ich fest, dass da Einverständnis besteht, dass wir Sie am heutigen Tage entlassen. Herr von Knoop, für heute entlässt Sie damit der Ausschuss mit Blick auf Ihr Auskunftsverweigerungsrecht aus § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes.

Abgeschlossen im Rechtssinne ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Der Ausschuss behält sich vielmehr vor, Sie bei Bedarf erneut zu laden. Spätestens am Ende der Untersuchung wird ein Beschluss über den Abschluss der Vernehmung gefasst.

Das vorläufige Protokoll der heutigen Sitzung wird Ihnen übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen.

Ich darf mich ganz recht herzlich bei Ihnen bedanken für die Anreise, wünsche Ihnen noch alles Gute, und kommen Sie gut durch die Zeit, und bleiben Sie beide gesund.

**Zeuge Alexander von Knoop:** Vielen Dank. - Ich bedanke mich für die Einladung, und auch Ihnen alles Gute!

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke.

(RA Dr. Daniel M. Krause: Herr Vorsitzender, wir würden gerne eine Abschrift der Erklärung dem Ausschuss zur Verfügung stellen, auch weil das dem Stenografischen Dienst etwas die Arbeit erleichtert! Darf ich das gleich hier übergeben?)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- Das finde ich klasse, ja. Dann würde ich - - Ja, bitte, machen Sie das.

(Der Rechtsbeistand  
übergibt dem  
Stenografischen Dienst  
Unterlagen)

- Ja, danke. - Ich würde dann bitten, dass wir schon mal den Zeugen Mulzer zum Saal geleiten. - Und Ihnen weiterhin alles Gute!

**Zeuge Alexander von Knoop:** Vielen Dank.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen Martin Mulzer

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, Sie sind im Saal. Ich begrüße recht herzlich unseren nächsten Zeugen Martin Mulzer.

Herr Mulzer, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflichten wurden Ihnen vorab übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt; dafür vielen Dank. Damit kann ich mich auf einige technische Hinweise beschränken.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssten, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss würde dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Dann möchte ich Sie noch bitten, dass Sie darauf achten, immer das Mikrofon einzuschalten, bevor Sie das Wort ergreifen, weil wir auch ein Tonprotokoll erstellen. Das geht einfach: Einfach die rote Taste mit dem Zeigefinger drücken, rotes Licht erscheint, Mikro ist rot, und dann ist Ihr Mikro aktiviert.

Herr Mulzer, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher kurz bitten, sich vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohn- oder Dienstort mitteilen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Mein Name ist Martin Mulzer. Ich bin am [REDACTED] geboren, vom Beruf Regierungsbeamter und bin aus [REDACTED].

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Herr Mulzer, Sie können, wenn Sie dies wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Zeuge Martin Mulzer:** Vielen Dank, Herr Gottschalk. - Ich würde zunächst gerne mal die Entstehungsgeschichte und die Arbeitsweise der Geldwäscheprävention der Regierung von Niederbayern kurz in einem Eingangsstatement erläutern.

Es ist so, dass im Juli 2013 erstmals die Geldwäscheprävention an der Regierung von Niederbayern etabliert wurde. Ich selbst bin seit Mai 2016 in dieser Geldwäscheprävention tätig.

Anfangs war es so, wenn\* man sich ein Prüfungsprogramm zurechtgelegt hat, wo man stets risikoorientiert sich die Verpflichtetengruppen ausgewählt hat - - Macht\* man immer noch so, es ist immer\* risikoorientierte Auswahl. Wir sind primär im Bereich der Nichtfinanzbranchen tätig. Das ist ganz aus- - ja, hauptsächlich unser eigentliches Aufgabenfeld. Und wir arbeiten uns dann stets auch intensiv in die verschiedenen Verpflichtetengruppen ein. Das ist durchaus sehr zeitintensiv, und es erfolgt auch sehr sorgfältig. Teilweise liegen uns Register, aktuelle Registerauszüge vor, wo wir dann entsprechend eine Auswahl treffen können von den Verpflichtetengruppen, aber nicht immer gibt es diese Register, zum Beispiel bei den Finanzunternehmen; da sind wir dann auf andere Quellen angewiesen. Da müssen wir oft zeitaufwendige ergänzende Internetrecherchen anstellen oder eben auch zum Teil direkt auf die Verpflichteten - potenziell Verpflichteten, sage ich jetzt mal - zugehen, mit denen in Kontakt treten, Informationen einholen, um dann das weitere Vorgehen\* und eventuell anstehende Prüfungsmaßnahmen zu ergreifen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben uns damals zu Beginn, als wir mit der Arbeit begonnen haben, die am stärksten vertretene Verpflichtetengruppe in den Fokus genommen; das waren die gewerblichen Güterhändler. Ganz einfach aus dem Grund, weil da sehr viel Bargeld fließt, und wo viel Bargeld fließt, besteht natürlich auch schon ein hohes Potenzial für Geldwäschehandlungen. Und hier speziell haben wir uns dem Kfz-Sektor angenommen, mit all seinen Facetten: sei es jetzt der Autohändler, der klassische, von Kleinunternehmen bis Großunternehmen, der Oldtimerhändler, Lkw- und Bushändler, aber auch Händler von speziell angefertigten Fahrzeugen oder auch Händler mit gewissen Luxusgütern wie zum Beispiel spezielle Tiere - Koihändler haben wir da in den Fokus auch genommen und geprüft genauso wie Greifvögelhändler - und natürlich auch die Edelmetallhandelsbranche: Juweliere, Schmuckhändler. Genau.\*

Das haben wir eine Zeit lang sehr intensiv betrieben, weil es einfach ein Prüfungsschwerpunkt unsererseits war. Und wir haben uns dann Mitte 2018 mit dem bayerischen Innenministerium darauf abgestimmt, dass wir eine Prüfungsschwerpunktverlagerung weg vom gewerblichen Güterhandel jetzt in den Immobiliensektor vornehmen, weil halt doch auch durchaus gewissen Thesen zu entnehmen war, dass bei Immobilientransaktionen zum Teil Geldwäschehandlungen dahinterstecken könnten. Und dann haben wir uns eben hier in die Branche der Immobilienmakler verstärkt eingearbeitet. Das war auch eine zeitintensive Einarbeitung. Wir haben uns da dann bis weit ins Jahr 2019 hinein mit Prüfungen auf diesem Sektor beschäftigt, wobei wir immer im Hintergrund noch eben auch diese gewerblichen Güterhändler beibehalten haben und geprüft haben.

Mitte 2019 war es dann so, dass wir uns erneut mit dem bayerischen Innenministerium für eine weitere Prüfungsschwerpunktsetzung in Verbindung gesetzt haben, und haben uns darauf geeinigt, dass wir dann auch allmählich andere Verpflichtetengruppen vereinzelt Prüfungen unterziehen sollten. Da wären zum Beispiel aufzuführen Dienstleister für bestimmte Gesellschaften oder nichtverkammerte Rechtsbeistände und

auch Finanzunternehmen. Da haben wir dann gegen Ende 2019 erste vereinzelt Prüfungen gemacht\*. Wir mussten uns auch hier wieder sehr intensiv einarbeiten in diese Branchen - das geht nicht von heute auf morgen -, und deswegen hatten wir auch erst überall so, ja, ein bis zwei Prüfungen absolviert. Also, wir waren erst ganz am Anfang unserer Prüfungen gestanden.

Und bei den Finanzunternehmen möchte ich dazu\* ergänzen\*, dazusagen, dass es sich dabei um Finanzanlagenvermittler nach § 1 Absatz 24 Satz 1 Nummer 4 gehandelt hat. Somit hatten wir noch keine Erfahrung mit Finanzunternehmen nach § 1 Absatz 24 Satz 1 Nummer 1, deren Haupttätigkeit eben im Werben\*, Halten und Veräußern von Beteiligungen besteht, wie es mitunter dann auch bei Wirecard durchaus im Raume gestanden hat. - Ja.

Man muss dazusagen: Es gibt immer verschiedene Sorgfalts- - außer diesen Tatbeständen für die Sorgfaltspflichten bei den verschiedenen Verpflichtetengruppen, nur mal so als Nebeninformation nachgeschoben. Bei den Güterhändlern ist es zum Beispiel ausgemacht an den verschiedenen Bargeldschwellen, die dafür gelten, während hingegen bei den restlichen Verpflichtetengruppen es ganz überwiegend die Begründung der Geschäftsbeziehung ist. Und speziell bei den Immobilienmaklern ist es halt dann noch mal so gelagert: Wenn ein ernsthaftes Kaufinteresse an einem Immobilienobjekt besteht und die Vertragsparteien hinreichend bestimmt sind, dann ist da quasi der Zeitpunkt ausgelöst und erreicht, wo man dann entsprechende Sorgfaltspflichten nach dem Geldwäschegesetz einhalten muss und beachten muss.

Wie läuft jetzt so eine Prüfung ab bei uns? Es ist immer eine Kombination aus Aufklärung, Information der Verpflichteten und natürlich auch der Prüfung der Geschäftsunterlagen. Was prüfen wir bei den Geschäftsunterlagen? Dass eben diese Sorgfaltspflichten nach dem Geldwäschegesetz eingehalten werden, die zum Beispiel auszugswise sind: Wurde der Vertragspartner identifiziert, ordnungsgemäß, entsprechend etwaige auftretende Vertreter und deren Vollmacht? Wurde



## Nur zur dienstlichen Verwendung

abgeklärt, ob hinter dem Vertragspartner ein wirtschaftlich Berechtigter steht? Wurde abgeklärt, ob hinter dem Vertragspartner oder wirtschaftlich Berechtigten eine politisch exponierte Person steckt? Aber natürlich auch, ob zum Beispiel interne Sicherungsmaßnahmen im Unternehmen ergriffen wurden wie zum Beispiel die Schulung von Mitarbeitern. Wurde ein Geldwäschebeauftragter bestellt, sofern dazu eine Pflicht besteht? Und auch ob ein Risikomanagement mit einer schriftlich angefertigten Risikoanalyse im Unternehmen etabliert wurde, und ob die Unterlagen auch entsprechend der gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfrist aufbewahrt wurden.

Ich möchte an dieser Stelle noch mal ganz deutlich betonen, dass wir - wie der Name schon sagt: Geldwäscheprävention, Regierung von Niederbayern - präventiv unterwegs sind und weniger repressiv. Die Ordnungswidrigkeiten, Bußgelder, die wir verhängt haben, waren wirklich nur in Einzelfällen, das bleibt die Ausnahme. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn wiederholte oder gravierende Verstöße festgestellt werden. Aber ansonsten sind wir, wie eben unser Name schon sagt, präventiv unterwegs. Wir nehmen auch in der Regel nur Stichproben, es sind keine Vollkontrollen, und es gibt auch keine gewissen oder bestimmten Zyklen dafür, sondern das ist sehr flexibel, das ganze System, bei uns aufgestellt. Wir prüfen schriftlich und auch vor Ort. Da gibt es verschiedene Kriterien, anhand denen man das entscheidet. Aber da will ich jetzt nicht näher darauf eingehen. - So viel jetzt zur Arbeitsweise der Geldwäscheprävention an der Regierung von Niederbayern.

Und jetzt würde ich gerne übergehen und aus meinem Gedächtnis, meiner Erinnerung nach den Hergang des Sachverhalts Wirecard näher beschreiben.

Bis zum 20. Februar 2020 hatten wir weder Kontakt mit der Wirecard AG, noch haben wir die in irgendeiner Weise als Verpflichtete und somit als in unserem Zuständigkeitsbereich verpflichtetes Unternehmen gesehen. Am 20.02.2020 erreichte uns dann eine E-Mail von einem gewissen Herrn Dr. Spies der Firma Ernst & Young, die aus zwei Teilfragen bestand. Die erste Teilfrage war, ob

wir in Bayern ähnlich wie unsere Kollegen in Baden-Württemberg eine Allgemeinverfügung erlassen hätten hinsichtlich der Bestellung eines Geldwäschebeauftragten. Und die zweite Teilfrage basierte auf der Teilfrage eins: Es interessierte vor dem Hintergrund, weil eben unter anderem auch der Begriff, die Definition des Finanzunternehmens seit dem 1. Januar 2020 im Geldwäschegesetz neu definiert wurde.

Meine Kollegin\* nahm dann, die Frau Wittmann\*, am selben Tag noch mal Kontakt auf mit dem Herrn Dr. Spies und teilte ihm in einem Telefonat mit, dass wir bezüglich der Teilfrage eins noch keine Allgemeinverfügung in Bayern erlassen hatten so wie unsere Kollegen in Baden-Württemberg und dass er für die Teilfrage zwei diese Bitte noch mal detaillierter in Schriftform nachreichen wollte.

Das hat der\* Dr. Spies dann auch gemacht. Am selben Tag kam dann die zweite E-Mail, in der er das Ganze dann noch mal ausführlicher darlegte. Er legte quasi dar, dass er für die Firma Ernst & Young tätig sei, und diese Kanzlei würde die Firma Wirecard AG in Sachen Prävention von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbarer Handlungen qualitätssichernd und beratend unterstützen. Und während die Wirecard Bank AG von der BaFin beaufsichtigt werde, sei er der Ansicht, dass die Wirecard AG in unseren Zuständigkeitsbereich fallen würde, weil neben der eigenen operativen Tätigkeit, sprich die Hard- und Software für Bezahlungssysteme, auch noch eine größere Anzahl an Töchtern\* unter anderem auch im Ausland und im Finanzdienstleistungssektor\* gehalten werde, womit die Ausnahme in § 1 Absatz 24 Satz 2 nicht greife und folglich dann eben der § 1 Absatz 24 Satz 1 Nummer 1 einschlägig wäre und damit unsere Zuständigkeit gegeben wäre.

Wir haben diese Information zunächst einmal so angenommen, weil wir gesagt haben: Es klingt plausibel; es ist vorerst nicht von der Hand zu weisen. - Und es ist doch auch eine renommierte Kanzlei, die global tätig ist und zu den sogenannten Big Four zählt, wo wir uns dachten: Da werden dann die entsprechenden Experten schon das entsprechend sorgfältig geprüft haben, damit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sie zu so einem Prüfungsergebnis kommen. - Aber nachdem dieses Thema sehr finanzlastig war, haben wir uns gedacht, wie wir es routinemäßig in solchen Vorgängen eigentlich machen, dass wir uns mit der BaFin abstimmen, um eben Zuständigkeitsüberschneidungen zu vermeiden. Und dann habe ich eben am 25. Februar 2020 diesen Sachverhalt zunächst mal an die BaFin weitergeleitet mit der Bitte um weitere Beurteilung und Rückmeldung.

Am 6. März hat der\* Dr. Spies von Ernst & Young noch mal bei meiner Kollegin nachgefragt, ob wir schon ein Ergebnis dazu hätten. Das war zu dem Zeitpunkt natürlich noch nicht der Fall, weshalb ich dann am 27. April eine erste Erinnerungs-E-Mail an die BaFin geschickt habe mit der Bitte eben, ob jetzt - -

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans  
Michelbach (CDU/GSU):  
Wievielter April?)

- Wie bitte? - 27.04.2020. - Ich möchte an dieser Stelle noch mal darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass in Bayern der Katastrophenfall am 16. März bereits im Gange war und bis\* 16. Juni einschließlich\* gedauert hat. Also, wir waren zu dem Zeitpunkt, als ich diese Erinnerungs-E-Mail geschickt habe, schon mitten im Katastrophenfall. Ich und eigentlich nahezu meine ganzen Kollegen aus der Geldwäscheprävention waren coronabedingt dann fremd eingesetzt, sodass wir eigentlich für unsere eigentliche Tätigkeit nicht mehr wirklich Zeit hatten, da überhaupt irgendwas zu bearbeiten. - Gut, so eine Erinnerungs-E-Mail konnten wir jetzt noch verfassen, aber jetzt tiefer greifende Prüfungen konnten wir einfach nicht anstellen, weil wir anderweitig massiv eingespannt waren.

Am 7. Mai 2020 habe ich dann eine zweite Erinnerung an die BaFin geschickt, weil bis dahin immer noch keine Antwort erfolgte, sodass wir dann am 20. Mai - bis dahin war immer noch keine Antwort eingegangen - uns dazu entschlossen haben, dem\* Herrn Dr. Spies von Ernst & Young zumindest eine gewisse Zwischennachricht zu geben, so wie es in Anlehnung an - - § 15

der Allgemeinen Geschäftsordnung eben vorsieht, dass, wenn Sachverhalte eine gewisse überlange Bearbeitungsdauer in Anspruch nehmen, man dann zumindest eine kleine Zwischennachricht gibt. Und da haben wir eben mitgeteilt, dass wir seine Rechtsauffassung bis auf Weiteres für vertretbar halten würden, aber eben nur aufgrund dieser vorliegenden Informationen. Wir haben bis zu dem Zeitpunkt noch keine Unterlagen eingesehen, noch keine Prüfung irgendwie vorgenommen in irgendeiner Art und Weise. Das war nur einfach eine kleine Zwischeninformation. Genau.

Am 27. Mai 2020 erreichte mich dann ein Telefonanruf seitens der BaFin, wo man sich entschuldigte für diese massive zeitliche Verzögerung mit der Antwort, dass man letztlich keine Antwort parat hätte, keine Einschätzung geben könne bis zu dem Zeitpunkt, und man rege eine Rückfrage gegebenenfalls beim Bundesfinanzministerium an. Grund für die zeitliche Verzögerung war, dass die eine Stelle im Haus bei\* der BaFin meinte\* von der anderen Stelle\*, sie würde den Sachverhalt bearbeiten, und so blieb der Vorgang dann einige Monate liegen und unbeantwortet.

Ich möchte an dieser Stelle noch mal ausdrücklich darauf hinweisen - es ist in vielen Bundestagsdrucksachen und auch in diversen Presseartikeln falsch dargestellt worden -: Nicht: Der Anruf ging an dem Tag von der Regierung von Niederbayern an die BaFin, sondern umgekehrt: Die BaFin hat mich angerufen. Warum auch? Weil ich hatte noch keine Kontaktdaten von dieser anrufenden Person von der BaFin. Also, von daher ist da auch ein zweiter Punkt, sage ich jetzt mal, wo man das widerlegen kann, dass ich den Anruf getätigt habe. Und ich habe auch nicht wiederholt und proaktiv darauf hingewiesen, dass die Regierung von Niederbayern sich hier zuständig sähe für die Wirecard AG. Das möchte ich noch mal ausdrücklich betonen an dieser Stelle.

Am 02.06.2020 hat dann ein gewisser Herr Kohlpaintner bei meiner Kollegin, der Frau Wittmann, sich telefonisch informiert, wo auf unserer Homepage das Formular zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten vorzufinden sei, was sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ihm dann auch gezeigt hat. Und zwei Tage später, am 04.06.2020, hat sich dann dieser Herr Kohlpaintner als Ansprechpartner in allen Belangen der Geldwäscheprävention sowie zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung innerhalb der Wirecard AG bei uns angemeldet.

Ich möchte hier kurz erwähnen, dass ich vom 2. Juni bis 12. Juni im Urlaub war - von daher konnte ich da auch nicht agieren - und danach eben dann bis einschließlich 16.06. noch weiterhin im Katastrophenschutz tätig war. Somit war es mir eigentlich erst möglich am 17.06. - zur Erinnerung: Das war ein Mittwoch damals - - konnte ich eigentlich erst wieder mich allmählich der Geldwäscheprävention widmen und hier einarbeiten. 17.06. war ein Mittwoch, 19.06. folglich der Freitag; es blieben mir also circa drei Tage, um den Wissensstand - in Anführungszeichen - aufzuholen, den meine beiden Kollegen, ein erfahrener Verwaltungsbeamter und\* Betriebswirt, die sich dann\* in der Zwischenzeit schon näher dann mit diesem Sachverhalt auseinandergesetzt haben - - einigermassen aufholen konnte.

Und am Montag, dem 22.06., hat uns dann die BaFin eine E-Mail geschickt, in der sie dann mitteilte, ohne Gewähr auf Richtigkeit und Vollständigkeit, dass sie derzeit die Zuständigkeit für die Wirecard AG bei der Regierung von Niederbayern sehen würde, allerdings sehr, sage ich jetzt mal, ja, ohne Sicherheit oder sehr vage ausgedrückt. Das hat man dann an folgenden einleitenden Worten dem Prosatext entnehmen können - ich darf es mal kurz auszugsweise zitieren -:

... ob sich daraus ... eine geldwäscherechtliche Verpflichtung ergeben kann bedürfte näherer Prüfung.

Oder auch:

... der Konzern

- habe -

in der Zwischenzeit einen nicht unerheblichen Umbau erfahren ...  
Es ...

- bestehe -

daher die Möglichkeit, dass ...

Oder:

Darüber hinaus können sich aufgrund der einzelnen Geschäftstätigkeiten der Konzerngesellschaften ... weitere Verpflichteneigenschaften ... ergeben.\*

Was gegebenenfalls einer weiteren detaillierteren Prüfung bedarf.\* - Also auch schon anhand dieser Formulierungen hat man gesehen, dass sich die BaFin hier nicht eindeutig festlegen wollte.

Am 23. Juni 2020 hat meine Kollegin, die Frau Wittmann, mit dem bayerischen Innenministerium telefoniert in einer anderen Angelegenheit und hier eben beiläufig erwähnt, dass wir den Fall Wirecard momentan in Bearbeitung hätten. Und dann wurde sich darauf geeinigt, dass wir den bis dahin stattgefundenen Schriftverkehr in dieser Angelegenheit rein zur Information an das bayerische Innenministerium weiterleiten würden, damit die sich eben auch, sage ich jetzt mal, ein Bild davon machen können, was hier bisher stattgefunden hat und bearbeitet wurde.

Am 24. Juni, einen Tag darauf, hat das bayerische Innenministerium eine Führungsinformation angefordert, in der wir insbesondere auch noch mal die Verpflichteneigenschaft der Wirecard AG prüfen sollten. Das haben dann eben, wie gesagt, die beiden Kollegen, der erfahrene Verwaltungsbeamte und der Betriebswirt, eben eh schon seit der Mitteilung von der BaFin in der E-Mail getan, indem sie dann schon näher in die Prüfung eingestiegen sind, weil wir uns gesagt haben: Okay, wenn die schon mal jetzt sagen, dass sie die Zuständigkeit bei uns sehen, dann müssen wir jetzt wirklich intensiv in die Prüfung einsteigen und auch überprüfen, ob das wirklich so Sache ist.

Sie haben sich dann am 24.06. im Laufe des Abends mit unserem Sachgebietsleiter zusammengesetzt und die Führungsinformation vorbereitet und ihm die Ergebnisse ihrer Prüfungen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mitgeteilt, die sie anhand des Handelsregisterauszuges, der Satzung und des Geschäftsberichts 2018 eben durchgeführt haben. Und das Ergebnis war, dass keine Verpflichteteigenschaft vorliegt bei der Wirecard AG, weil die Haupttätigkeit nicht im Erwerb, Handel und dem Veräußern von Beteiligungen liegen würde. Und somit besteht auch keine Verpflichteteigenschaft, und damit existiert für uns keine Zuständigkeit bei der Regierung von Niederbayern für die Wirecard AG.

Das Ganze war, möchte ich noch mal an dieser Stelle ausdrücklich betonen, am 24.06. im Laufe des Abends und damit eindeutig vor dem 25.06. Wir hätten dieses Ergebnis am nächsten Tag eben in die Führungsinformationen integriert und an das bayerische Innenministerium geleitet. Unglücklicherweise ist natürlich dann am Folgetag am Vormittag eben veröffentlicht worden, dass die Eröffnung des Insolvenzverfahrens bei der Wirecard AG im Raume gestanden hat, und damit ist es natürlich dann, ja, unglücklicherweise für viele Außenstehende - - hat es dann so ausgesehen, als hätte sich die Regierung von Niederbayern in dem Moment für unzuständig erklärt, als eben dieses Insolvenzverfahren eröffnet wurde. Aber dem war eben ausdrücklich nicht so: Wir hatten, wenn es auch nur knapp davor war, einen Tag davor am Abend dieses Prüfungsergebnis für uns festgestellt, selbstständig, ohne jegliche Beeinflussung vom bayerischen Innenministerium oder sonst irgendwen. Das war eine reine\* - - selbsterstelltes Prüfungsergebnis durch meine Kollegen, die eben an diesem Tag dann auch offiziell die federführende Sachbearbeitung innehatten.

Das wäre es jetzt von meiner Seite zum Hergang aus meiner Erinnerung zum Sachverhalt Wirecard an der Regierung von Niederbayern gewesen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Herr Mulzer, erst mal für die sehr ausführlichen Schilderungen. Ich glaube, dann kann man auch ein Verständnis entwickeln. Ich denke, es hat sich ganz gut jetzt eingegliedert. Ich werde mit der Befragung beginnen, den Kollegen auch so einige allgemeine Fragen, damit die sich dann auch ums

Fleisch sozusagen kümmern können, abnehmen. Deswegen fange ich erst mal an.

Sie haben das ja eben dargelegt aus der Erinnerung. Haben Sie sich sonst wie noch auf diese Sitzung vorbereitet oder Gelegenheit - - in andere Akten entsprechend Einblick zu nehmen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, ich habe nur das Vorliegende, was wir eben besprochen haben, noch mal aufbereitet.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wie Sie geschildert hatten: Wann hatten Sie erstmals, oder wann sind Sie erstmals auf die Wirecard aufmerksam geworden? Das war jener 20. Februar, den Sie dort schildern.

**Zeuge Martin Mulzer:** Richtig, genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja. - Haben Sie im Untersuchungszeitraum - das ist hier schon eine Standardfrage - Wirecard-Aktien erworben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Haben Sie im Untersuchungszeitraum Vorstandsmitglieder der Wirecard AG getroffen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. Gut. - Dann komme ich mal so ein bisschen zu dem, was Sie schildern, damit ich mir auch noch ein Bild machen kann.

Das ist ja schon für uns alle, glaube ich, ein epochales Ereignis, Corona. Was heißt das, „Katastrophenfall“? Wie darf ich mir das in Bayern vorstellen? Und wie viel - Sie haben immer gesagt „wir“ - Beamte sind denn in dem durchaus wichtigen Feld - und das wird ja immer größer, das ist auch meine Feststellung, Sie haben sich Themenschwerpunkte gesetzt -, also wie viel Kollegen, Beamte sind in dem Bereich bei Ihnen zuständig? Und wie darf ich mir den Katastrophenfall vorstellen? Heißt das dann - - Ich habe da ja Verständnis für, aber nur damit ich ein Verständnis



## Nur zur dienstlichen Verwendung

habe: Was haben Sie getan, und macht dann überhaupt jemand Geldwäsche?

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, in dem Zeitraum waren wir sieben Vollzeitäquivalente, wovon, sage ich jetzt mal, mindestens sechs Vollzeitäquivalente fremdvergeben waren, coronabedingt. Das war in unterschiedlichen Bereichen. Die einen waren eher im Wirtschaftsbereich tätig, dass man eben diese Auszahlungen, die am Anfang stattgefunden haben, bearbeitet hat. Ich speziell war jetzt zum Beispiel in der Führungsgruppe „Katastrophenschutz“ tätig. Wir mussten am Anfang massiv versuchen, die persönliche Schutzausrüstung für die entsprechenden Bezugsberechtigten herzubekommen, sprich: Krankenhäuser etc., Altenheime, dass die die Schutzausrüstung erst mal hatten. Das war grad am Anfang eine ziemliche Mangelsituation. Genau. Und da waren wir monatelang eingespannt, das erst einmal zu koordinieren, zu organisieren, die ganzen Materialien zu beschaffen. Ja, waren wir monatelang eingespannt und eben auch dann total eigentlich weg von der Geldwäscheprävention, um es so zu sagen. In dem Zeitraum hat man nicht wirklich irgendwie Geldwäschetätigkeiten -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** ... machen können.

**Zeuge Martin Mulzer:** - verfolgt. - Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Sechs bis sieben Vollzeitäquivalente, das heißt ja nicht, dass die besetzt sind. Also, wie viel von diesen Vollzeitäquivalenten sind denn in der Geldwäsche, in Ihrer Abteilung und in Ihrem Gesamtbereich dann auch besetzt? Weil ich weiß, Äquivalente ist schön, aber die müssen ja auch besetzt sein.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, also besetzt sind die.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Besetzt sind die.

**Zeuge Martin Mulzer:** Die sind besetzt. Also, das sind die aktuell Tätigen; es sind von der Kopfanzahl her mehr, aber dadurch, dass es eben teilweise Teilzeitbeschäftigte gibt, haben wir das eben als Vollzeitäquivalente -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** ... zusammengefasst.

**Zeuge Martin Mulzer:** - zusammengeführt. - Genau. Aber es waren auch die Teilzeitkräfte fremd vergeben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja. - Das heißt, die waren alle - nochmals, um das nur klarzustellen dann - - Sie haben gesagt - ich habe mir das notiert -: Am 16. März war dann der Katastrophenfall.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau, da ist er offiziell ausgerufen worden, und das hat dann bis einschließlich 16. Juni 2020 gedauert, wobei darüber hinaus dann immer noch, sage ich jetzt mal, Arbeiten zu tätigen waren. Also, man kann nicht wirklich sagen, mit dem Stichtag 16.06. -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Klar.

**Zeuge Martin Mulzer:** - sind dann alle wieder zusammengekommen, und wir haben alle fröhlicher weitergemacht. In der Geldwäscheprävention waren wir immer noch minimiert, sind wir es immer noch aktuell, weil wir - - Ich war jetzt zum Beispiel seit Ende November wieder - auch wenn es nichts hier verloren hat, aber zur Information am Rande - - bin wieder tätig gewesen in der Impfstrategie sozusagen, so wird das bei uns bezeichnet, wo man eben viel mit den Impfstellen und mobilen Teststrecken zu tun hatte. Da waren auch wieder gewisse Kollegen von uns eingespannt.

Also, es ist die ganze Coronaphase über, sage ich jetzt mal, sehr vieles andere wichtiger gewesen als die eigentlichen Aufgabentätigkeiten. Und nicht nur bei uns, wohlgemerkt, auch an der gesamten Regierung von Niederbayern haben viele aus ihren Bereichen mehr oder weniger den Stift fallen lassen müssen und weg von ihrem eigentlichen Aufgabengebiet hin eben zu coronabedingten Unterstützungseinheiten aushelfen müssen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist das normal? Also, ich meine, wenn jetzt irgendwann ein Katastrophenfall - - Ich glaube, es gab ja mal Hochwasser in Bayern, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - das kommt ja manchmal auch vor. Heißt das, dass quasi - - Nur für mich zum Verständnis mal.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, zum letzten Hochwasser war ich noch nicht eingespannt in diese Tätigkeit oder dort aktiv. Aber wenn es erforderlich ist, dann kann es durchaus sein, dadurch, dass ich ja im Sachgebiet 10 tätig bin, wo eben auch das umfasst und angesiedelt ist, speziell dieser Katastrophenschutz, dass wir dann bei Not am Mann auch wieder für solche Tätigkeiten abgezogen werden. Wobei man bei solchen Naturereignissen dazusagen muss, dass es eine wesentlich überschaubarere Frist umfasst. Also so ein Hochwasser, das dauert einmal vielleicht ein, zwei Wochen, und dann beruhigt sich die Lage wieder, das Wasser geht zurück, und, na ja, dann kann man auch wieder relativ zeitnah die Kollegen entlassen in ihre eigenen Aufgabentätigkeiten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann macht man wieder Geldwäsche.

**Zeuge Martin Mulzer:** Aber Corona, wie Sie alle wissen, das verfolgt uns monatelang und folglich - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, okay. - Ich möchte da einfach nur ein Verständnis haben, wie so ein Staat aufgebaut ist, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, sicher.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - und das muss man ja so dann einfach mal zur Kenntnis nehmen, völlig - - Also, meine Hochachtung, dass Sie es getan haben; aber das heißt ja dann für mich schon mal im Umkehrschluss: In Bayern ist man so aufgestellt: Wenn ein Katastrophenfall eintritt, dann zumindest liegt, ohne - - einfach feststellend, dann liegt zumindest die Geldwäsche darnieder. Ich möchte ja nicht wissen, was vielleicht noch - - Vielleicht bei der Steuer, freut sich der eine oder andere. Scherz beiseite, aber okay. Ich nehme das mal so zur Kenntnis.

Dann haben Sie gesagt - - Das ist unbequem, klar, natürlich, wenn man so feststellt, wenn dann so was eintritt, müssen andere quasi die Lücken, die wohl vorhanden sind, füllen. Am 22.06. gab es dann eine BaFin-Mail. Also, das ist da tatsächlich so, wie Sie ausgeführt haben. Wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie eine Mail an die BaFin am 25.02. geschickt, den Faschingsdienstag.

**Zeuge Martin Mulzer:** Mhm, genau. Da haben wir ja erstmals den Sachverhalt zur Kenntnis und weiteren Bearbeitung -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** ... und weitergeleitet.

**Zeuge Martin Mulzer:** - an die BaFin weitergeleitet.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und ganze vier Monate später hat die BaFin Ihnen dann eine derartig schwammige, eigentlich fast unbrauchbare Mail geschickt, in der Sie dann weiter rumräteln durften -

**Zeuge Martin Mulzer:** Mhm.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - und dann am 24. eigenständig zu einer Entscheidung gekommen sind. Das ist richtig, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - das habe ich richtig so verstanden?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, wir sind da eigenständig am 24.06. im Laufe des Abends zu dem Ergebnis gekommen, maßgeblich dann hier meine beiden Kollegen, weil die ja da offiziell dann federführend in der Sachbearbeitung tätig waren, weil ich eben in der Zwischenzeit durch den Einsatz im Katastrophenschutz und auch bedingt durch Urlaube dazwischen immer wieder mal rausgerissen war.

Und, ja, ich konnte mich dann eben, wie ich es eingangs erwähnt habe, erst ab 17.06., Mittwoch, einigermaßen wieder der Geldwäscheprävention



## Nur zur dienstlichen Verwendung

widmen. Und bis ich den Wissensstand dann wieder aufgeholt habe, und das nicht nur in Sachen Wirecard - - Das ging in andere, alltägliche, sage ich jetzt mal, Angelegenheiten auch ein, bis man da die E-Mails alle gecheckt hat, sortiert hat und sich wieder eingearbeitet hat, vergingen halt diese wenigen Tage. Und dann kam eben auch schon der Montag, der 22.06., wo dann eben diese E-Mail der BaFin erfolgte. Und, ja, dann nahm das so seinen Lauf.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie haben das geschildert: Der erstmalige Kontakt kam dann tatsächlich durch EY zu Ihnen, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - in Ihr Haus zustande, durch diesen bezeichneten Herrn Spies.

**Zeuge Martin Mulzer:** Richtig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Können Sie uns noch Genaueres zu dem Anruf vielleicht mal schildern? Sie haben ein paar Dinge formuliert. Wie war so Ihr Eindruck? War das für Sie ein Routineanruf? Haben Sie da vielleicht auch einen gewissen Druck gespürt, dass bei dem Kollegen am anderen Telefonende so ein gewisser Handlungsdruck bestand? Oder war das für Sie ein ganz entspanntes, lockeres Telefonat?

**Zeuge Martin Mulzer:** Zum Verständnis: Sie meinen jetzt den Anruf von der BaFin am 27. Mai, oder welchen Anruf meinten Sie?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, ich meine diesen erstmaligen Kontakt des Kollegen Spies, der Sie anrief von - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich hatte mit dem Herrn Spies keinen telefonischen Kontakt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das war dann Frau Wissmann [sic!].

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau. Das war rein per E-Mail, und den telefonischen Kontakt hat dann eben die Frau Wittmann gehabt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Haben Sie mit Frau Wissmann [sic!] über dieses Telefonat mal kurz gesprochen, oder hat die Ihnen einen Eindruck geschildert, wie sie dieses Telefonat wahrgenommen hat?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, nee. Also subjektive Wahrnehmungen haben wir gar nicht besprochen, nur rein den Gegenstand des Themas.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Ist das üblich, also war das für Sie mal was ganz Neues, dass ein - nennen wir es mal, heute sagt man ja in den Amtsstuben immer: „Da kommt ein Kunde“, egal was er ist - Kunde bei Ihnen, ein potenzieller Kunde, anruft und sich erkundigt: „Könnte Ihre Stelle da tätig sein?“?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, es kommt durchaus schon vor, dass sich Verpflichtete bei uns informieren, auch vielleicht mal eben einen Sachverhalt darlegen oder sagen, Sie\* sind jetzt zu dieser und jener Einschätzung gekommen. Aber man muss dazusagen: Mit solchen großen Konzernen, DAX-30-Konzernen, hatten wir bis dahin eigentlich noch nicht wirklich zu tun, erst recht nicht im Finanzbereich. Also, eher ruft uns dann noch mal ein kleiner Kfz-Händler an und fragt aber dann auch wirklich Belanglosigkeiten, verhältnismäßig, sage ich jetzt mal, nach, „ob es jetzt ausreicht, wenn ich den Führerschein kopiere beim Identifizieren“ oder: „Letztens hat ein Kunde 9 500 Euro bar bezahlen wollen“, muss er dann auch schon tätig werden? Aber dass so ein DAX-30-Konzern indirekt zumindest, sage ich jetzt mal, auf uns zukommt, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** ... war schon ein Novum.

**Zeuge Martin Mulzer:** - war auf alle Fälle eine Ausnahme und bis dahin noch nicht der Fall.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie haben sich ja dann ausgetauscht, beraten und haben dann ja diese Mail, von der wir eben sprachen, an die BaFin geschickt. Aus welchem Grund? Aus Ihrer rechtlichen Würdigung haben Sie diese Mail an die BaFin geschickt. Bestanden da Zweifel, dass vielleicht doch die BaFin zuständig sein könnte, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - oder wie war das?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wie ich in meinem Eingangsstatement erwähnt habe: Um Aufgabenzuständigkeitsüberschneidungen zu vermeiden - weil das doch sehr finanzlastig war, dieser ganze Themenkomplex -, haben wir uns gedacht: Wenden wir uns erst mal an die BaFin, sprechen wir uns mit denen ab; es könnte sein, dass die uns zurückmelden: Passt auf, das ist ein eindeutiger Verpflichteter von uns; ihr habt da nichts weiter damit zu schaffen, überlasst den uns, ist unsere Angelegenheit.

Und das ist auch schon hin und wieder mal der Fall gewesen, dass man sich mit der BaFin abgestimmt hat, und von daher war das für uns ein routinemäßiger Vorgang, dass wir uns da einfach mal abstimmen mit der anderen Behörde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Noch mal genauer: Am 6. März 2020 erfolgte dann - das hatten Sie auch kurz erwähnt; auffindbar auf MAT A BayStMI-2.01 DVD, Blatt 35 f. - eine Nachfrage seitens EY. Was haben Sie hierauf zu diesem Zeitpunkt dem Mitarbeiter von EY genau geantwortet?

**Zeuge Martin Mulzer:** Dürften\* Sie mir den Zeitraum kurz - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das war der 6. März, also zehn Tage vorm Katastrophenfall.

**Zeuge Martin Mulzer:** 6. März, genau. Ja, da war letztlich nur eine Nachfrage bei meiner Kollegin, ausgehend vom\* Herrn Dr. Spies, ob wir schon ein Ergebnis hätten zu seiner Anfrage.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Und dann sagt man - - Man wartet dann noch.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau, man wartet noch, „wir sind noch in der Abstimmung“, und was dann genau weiter in dem Telefonat gefallen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Das hat, wie gesagt, die Frau Wittmann geführt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja. - Ich habe mich jetzt so ein bisschen - - Aber das ist doch deutlich geworden, weil das hatte ich - ich glaube, vielleicht einige Kollegen auch - gar nicht auf dem Schirm mit diesem Katastrophenfall, weil ich hätte jetzt so gesagt: „Wie, ist in der Zwischenzeit - - Aber das haben Sie ja dann auch dargestellt verständlicherweise, weil Sie sich dann um Schutzkleidung etc. kümmern mussten, sich eben nicht um die Geldwäscheprävention kümmern konnten.“

Sie hatten aber das eben beschrieben: Es fühlten sich - - Hat man das ausgeführt, oder hat Ihnen das der Kollege von der BaFin so erläutert, dass zwei Abteilungen - das hat mich dann auch wieder zur BaFin echt beruhigt - meinten, die andere würde dies schon tun?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und dann haben es ja offensichtlich beide nicht getan.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann haben Sie noch mal einen freundlichen Reminder -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - geschickt: Freunde, was ist denn da los? - Können Sie das noch mal beschreiben, was da genau gesagt wurde? Und ich frage jetzt nur nach Ihrem persönlichen Eindruck: Hat das auf Sie Kompetenz vermittelt oder eher ein gewissen Ausdruck von Inkompetenz?

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, das würde ich jetzt nicht so sagen. Man war halt ein bisschen enttäuscht, sage ich jetzt mal, dass so wenig an Feedback zurückkam, weil wir dann, sage ich jetzt mal, letztlich ja uns selbst überlassen waren auf diesem sehr finanzlastigen Themenkomplex. Ja, und, wie gesagt, haben\* uns dann auch eben versucht\* allmählich selber in die Materie einzuarbeiten, weil wir gemerkt haben, da kommen jetzt nicht wirklich weiterführende Informationen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie kompetent oder inkompetent, das will ich jetzt nicht beurteilen; das haben andere zu beurteilen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe ja nur nach Ihrem persönlichen Eindruck gefragt, weil Sie haben ja auch aus der Mail eben - - Sie haben es auch sehr freundlich formuliert. Ich muss ja nicht freundlich sein.

**Zeuge Martin Mulzer:** Mhm.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dass man eigentlich - - „Es war eine Wischiwaschi-Mail“, so haben Sie es, glaube, ich vom Kontext gesagt, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - „mit der kann ich“ - -

**Zeuge Martin Mulzer:** - wenn man es so bezeichnen mag, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - „die kann ich mir an die Wand nageln; ich kann sagen: so oder so.“

**Zeuge Martin Mulzer:** Man konnte jetzt nicht wirklich schlauer draus werden, sage ich jetzt mal, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kann man also sagen, diese Mail war dann für Sie Initialzündung, zu sagen - Sie haben es fast eben so ausgedrückt -: Gott, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - wir fühlen uns von BaFin und - - ohnehin da auch ein bisschen alleingelassen, jetzt müssen wir es selbst halt in die Hand nehmen an der Stelle.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau, genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Ich habe hier noch einmal vorliegen - da würde ich Sie gern noch mal, wir hatten den Namen ja eben auch schon genannt, Frau Wissmann - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Frau Wittmann.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Wittmann, Entschuldigung. - Am 4. schrieb Herr Markus K. der Wirecard AG in einer E-Mail - Sie haben den Namen auch genannt; auffindbar unter MAT A BayStMI-3.01 DVD, Blatt 40 - an Ihre Kollegin:

... zunächst bedanke ich mich bei Ihnen für das freundliche Telefonat von vergangenem Dienstag.

Im Anhang sende ich Ihnen wie besprochen das unterzeichnete Formular zur Mitteilung über die Bestellung des Geldwäschebeauftragten sowie eines Stellvertreters.

In diesem Zusammenhang stehe ich Ihnen fortan als Ansprechpartner in allen Belangen der Geldwäscheprävention sowie zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung innerhalb der Wirecard AG zur Verfügung.

**Zeuge Martin Mulzer:** Mhm.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie da etwas über das Gespräch mit Ihrer Kollegin und mit Herrn K. von der Wirecard berichten? Hat Ihnen Ihre Kollegin etwas über die Zurverfügungstellung oder Dinge dort drüber hinaus mitgeteilt, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - vielleicht auch schon Maßnahmen, irgendetwas?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, gar nicht. Also, es war wohl ein sehr kurzes Telefonat. Der hat wirklich nur angefragt, der Herr Kohlpaintner, ob er\* - - wo er quasi dieses Formular finden wird auf unserer Homepage. Frau Wittmann hat ihm das gezeigt, und das war dann scheinbar auch schon das Telefonat. Er hat sich dafür bedankt und eben, wie gesagt, zwei Tage später diese Geldwäschebeauftragtenbestellung anhand dieses Formulars bei uns eingereicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Jetzt hatten Sie das ja eben auch geschildert. Also, wenn ich mich jetzt auf Ihren Stuhl setze und denke so: „Okay, von der BaFin irgendwie ein wenig alleingelassen“, ich sage das mal einfach, Sie müssen das auch gar nicht konsentieren, das ist jetzt mein Eindruck, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - dann noch im Katastropheneinsatz wegen der außergewöhnlichen Situation: Kommt man da mal - - Oder: Haben Sie vielleicht auch mal dann gesagt: „Mensch, jetzt nehme ich mal mit bayerischen Stellen Kontakt auf“, also mit dem, beispielsweise, Innenministerium oder auch mit dem Finanzministerium? Könnten ja viele Erwägungen da eine Rolle spielen, zu sagen: „Leute, wir haben hier immerhin“, Sie haben es formuliert, „ein DAX-Unternehmen, das ist nicht alltäglich. Das fragt über den Wirtschaftsprüfer EY hier an. Aus Berlin oder von der BaFin erhalten wir eigentlich nette Post, die wir an die Wand nageln können.“ Haben Sie sich da noch mal hilfesuchend in diesem Zeitraum nach dieser Mail oder auch davor schon mal an das Innenministerium, Finanzministerium gewandt, zu sagen: „Was sollen wir denn jetzt tun hier?“

**Zeuge Martin Mulzer:** Sicher hätten wir erst mal die Prüfung, wie wir es dann auch gemacht haben, selbst angestellt und natürlich dann das Ergebnis auf alle Fälle mit höheren Stellen noch mal abgestimmt und die informiert, zu welcher Einschätzung wir gekommen sind.

Es ist ja doch immerhin mit einigen Rechtsfolgen dann verbunden, wenn man zu jemandem sagt: „Du bist verpflichtet“ oder eben nicht, ja? Weil wenn wir jetzt zu einer Einstufung kommen: „Du bist Verpflichteter, du fällst in unsere Zuständigkeit“, dann kann das massive, auch kostspielige Folgen für so einen Verpflichteten nach sich ziehen: Der muss vielleicht einen Geldwäschebeauftragten installieren im Unternehmen, der auch vielleicht extra finanziert werden muss; der muss Maßnahmen ergreifen; der muss Schulungen des Personals, sofern es notwendig ist, ergreifen und, und, und. Und das alles würde eben nicht der

Fall sein, wenn man sagt: Keine Zuständigkeit, weil kein Verpflichtetenstatus.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das spielt bei der Erwägung dann schon eine Rolle.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das heißt, der Zeitablauf wäre jetzt gewesen nach Ihrer eigenständigen Feststellung am 24., zu sagen: Wir geben jetzt diese Entscheidung durch dann direkt an die Bezirksregierung Niederbayern, und die würde dann wahrscheinlich im Ablauf - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Wir sind selber die Bezirksregierung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Oder würden Sie direkt an das Innenministerium dann reportieren.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau, genau. - Aber es hat sich halt eben im Laufe der Zeit dann hintenraus ziemlich überschritten dadurch, dass ja dann eben dieser telefonische Kontakt zwischen meiner Kollegin und dem Verbindungsbeamten aus dem Innenministerium vorhanden war und eben das dann beiläufig zur Sprache kam und man sich dann eben dazu ausgetauscht hat. Von daher hat es sich dann irgendwo fast schon erübrigt, dass man da speziell jetzt in dieser Sache drauf zugeht, weil ja dann da eigentlich schon ein Austausch dazu stattgefunden hat und dann eben mit dem 24.06. diese Anforderung der Führungsinformation erfolgte, wo wir dann eh, ich sage jetzt mal, alles Weitere mit oben abgestimmt hätten und laufende Informationen auch - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist denn schon - - Also, es kann ja jetzt trotzdem sein. Sie haben ja den zeitlichen Vollzug gemeldet eben und haben auch gesagt: Dann stand auf einmal die Insolvenz vor der Tür.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist denn trotzdem jetzt schon unmittelbar nach Ihrer eigenen Feststellung eine Mail oder entsprechend Kontakt aufgenommen worden und gesagt worden: „Wir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben gerade eben entschieden“? Ich kann das - - Das ist ja eine schwerwiegende Entscheidung, die haben Sie eben auch klar und deutlich gemacht; das ist ein DAX-Unternehmen. Dass Sie dann vielleicht schon gesagt haben: Okay, ich melde das schon mal prozyklisch an die entsprechende Stelle im Innenministerium und teile denen mit: Wir haben uns so entschieden. Und gab es vielleicht trotz der Insolvenz dann schon am nächsten Tag eine Rückmeldung zu dieser Entscheidung vom 24., unabhängig davon, dass natürlich die Insolvenz dann vor der Tür stand?

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, wie ich da eingangs schon erwähnt habe, war die federführende Sachbearbeitung am 24. dann ganz offiziell bei meinen beiden Kollegen, die sich dann eben im Laufe des Abends vom 24.06. mit dem Sachgebietsleiter noch mal zusammengesetzt haben. Und die hätten dann in dieser Runde, sage ich jetzt mal, die Führungsinformation für den nächsten Tag aufgesetzt und da die Information nach oben gegeben.

Inwieweit jetzt da schon Telefonate oder was vorab noch mal erfolgten, wo man dann das Prüfungsergebnis vorab mitteilte, entzieht sich jetzt meiner Kenntnis. Aber ich denke, man hätte es dann versucht, eben am nächsten Tag im Laufe des Vormittags nach oben zu geben mittels dieser Führungsinformation. Wahrscheinlich hat man sich auch gedacht: Das ist ja dann ausreichend. Das war schon zu vorgerückter Stunde, und, ja, wer hätte das geahnt, dass dann am nächsten Tag die Ereignisse sich regelrecht so überschlagen?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, das heißt - Sie haben ja einen sehr guten Film skizziert, und ich habe hier ja auch eine Matrix vorliegen -, für Sie war der Film, bildlich gesprochen: „Wirecard und alles das tun gemäß GwG“, am 24. sozusagen beendet. Das heißt für Sie: „Les jeux sont faits“, und dann hatten andere am 25. - - Weil ich habe hier ja noch einen weiteren Ablauf bis zum 25.06.; da gab es ja noch durchaus Telefonate, die geführt worden sind. Sie waren da aber dann außen vor? Nur für mich zur Kenntnis, sonst könnte ich Sie ja noch mal befragen zu Herrn Rachstein oder Herrn Lang oder anderen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich war nicht komplett außen vor; ich war halt dann am Rande beteiligt. Man hat dann mitgearbeitet. Aber die federführende Sachbearbeitung, wie gesagt, oblag dann meinen beiden Kollegen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wer war denn dann federführend?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das war der Kollege Hüttner und der Herr Haßbeck.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Noch mal: Wie heißt er?

**Zeuge Martin Mulzer:** Herr Hüttner.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hüttner.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau, und Herr Haßbeck.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und die haben dann sozusagen die Federführung gehabt.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau, genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Dann wäre ich jetzt erst mal mit meinen Fragen durch. - Und dann Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender! Herr Mulzer, vielen Dank, dass Sie uns hier zur Aufklärung bereitstehen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, bitte.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich würde erst mal starten mit einer Frage, die Bezug nimmt auf das, was Sie vorhin in Ihrer Eingangserklärung dargestellt haben. Sie haben gesagt, Sie haben den Sachverhalt dann an die BaFin weitergeleitet zur Abstimmung -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - hinsichtlich der Zuständigkeit. Ist das in der Vergangenheit häufiger vorgekommen, dass da zwischen Ihnen und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der BaFin, ich sage mal, Klärungsbedarf war: Wer ist jetzt zuständig für ein Unternehmen?

**Zeuge Martin Mulzer:** „Häufiger“ würde ich jetzt das nicht bezeichnen, vereinzelt immer wieder mal. Also, wir haben ja doch sehr wenig mit diesen finanzlastigen Unternehmen zu tun; aber wenn wir eben so einen Verpflichteten oder potenziell Verpflichteten mal in Bearbeitung haben, dann kann es durchaus sein, wenn man da nicht selber eindeutig gleich relativ schnell zu einem Ergebnis kommt, dass man sich dann durchaus mit der BaFin abstimmt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und das war so ein Kriterium für Sie: „finanzlastig“.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das verbinden Sie dann eher mit der BaFin -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - als jetzt mit Ihnen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Weil wir sagen: Da sitzen ja doch in diesen Finanzthemen und -bereichen die Experten, die können das vielleicht noch mal besser einschätzen. - Wir haben ja, sage ich jetzt mal - - Vom Hintergrund her sind wir Verwaltungsbeamte und Betriebswirte kombiniert in diesen eingangs erwähnten Vollzeitäquivalenten. Aber so einen richtigen Bankenhintergrund oder diesen Finanzsektor hat jetzt eigentlich von uns keiner im Team. Deswegen können wir das jetzt auch nicht so gut einschätzen wie, sage ich mal, die entsprechenden Mitarbeiter bei der BaFin, die halt dann doch vielleicht einen entsprechenden Background von der Ausbildung her haben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Also das eine war quasi, dass es sehr finanzlastig war.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und das andere war: Es ist ein DAX-Konzern; und Sie haben auch keinen anderen DAX-Konzern bei sich in der Aufsicht. Das war dann so der zweite Punkt, wo

Sie eher an die BaFin gedacht haben. So habe ich Sie jetzt verstanden.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau. Also, DAX-Konzerne sind wirklich die Seltenheit, die Ausnahme bei uns. Es kann vielleicht mal im Güterhandelsbereich vereinzelt welche geben; aber so jetzt diese speziellen finanzorientierten DAX-30-Konzerne haben wir eigentlich bei uns nicht wirklich bis dato, sage ich jetzt mal so, in Bearbeitung gehabt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und wenn Sie dann in anderen Fragestellungen mit der BaFin Kontakt aufgenommen haben hinsichtlich der Klärung der Zuständigkeit, dann haben Sie auch eine Antwort der BaFin bekommen -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - so nach dem Motto: „Das machen wir“ oder: „Da sind wir der Auffassung, das ist eine Sache von Niederbayern“, oder was haben die da so geantwortet?

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau. Also, da war auf alle Fälle der Informationsaustausch flüssiger und auch werthaltiger, würde ich mal sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Ich habe das jetzt so verstanden, dass Sie durch dieses Schreiben von EY, ich sage mal, ein Stück verunsichert waren, ob Sie vielleicht doch zuständig sind. Also, weil bis dahin hatten Sie sich ja gar nicht mit dem Thema Wirecard beschäftigt, wenn ich das richtig verstanden habe.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau, genau.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und in den anderen Fällen, in denen Sie Kontakt aufgenommen haben zur BaFin, da hat das auch nicht monatelang gedauert?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein. Da\* war wesentlich schneller - - Ich kann jetzt keinen genauen Zeitraum dazu nennen, aber es hat auf alle Fälle wesentlich besser und schneller funktioniert, der Austausch, die Kommunikation.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Und da hat die BaFin auch Ihnen gegenüber eine Rechtsauffassung geäußert ob Ihrer Zuständigkeit, also „Ihrer“ in dem Fall, ob Niederbayern zuständig ist oder nicht?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das kann ich jetzt so nicht sagen, weil ich eigentlich so direkt noch nicht mit diesen Verpflichtengruppen, sage ich jetzt mal, damals in der Zeit zu tun gehabt habe. Das war oft dann bei meinen Kollegen der Fall, die da entsprechende Sachverhalte in Bearbeitung hatten. Aber so aus Erzählungen weiß ich, dass das durchaus, ja, schon besser war, die Zusammenarbeit.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und warum haben Sie sich nicht auch an das Bayerische Staatsministerium des Innern gewandt, sondern an die BaFin?

**Zeuge Martin Mulzer:** Weil die BaFin ja, wie gesagt, halt auf\* diesem Finanzbereich, in diesem Finanzsektor doch\* ein besserer Ansprechpartner uns\* erschien. Und das bayerische Innenministerium hätten wir halt dann, sage ich jetzt mal, eben später eingeschaltet, wenn wir zu einem entsprechenden Ergebnis gekommen wären. Also, wir hätten die nicht total außen vor gelassen. Das war halt zeitlich alles sehr verzögert. Also, hätten wir da eine ehre Rückmeldung bekommen, wären wir wahrscheinlich auch vielleicht eher eingestiegen in eine etwaige Prüfung dann\* und hätten dann auch vielleicht eher ein Ergebnis nach oben mitteilen können, aber - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sie haben sozusagen gewartet auf das, was die BaFin sagt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, ich habe gewartet, bis die Rückmeldung kam, weil letztlich ja das ein weiterer Bewertungsmaßstab für uns war, wo wir gesagt haben: „Das wollen wir abwarten, und erst danach können wir eigentlich dann in die Prüfung einsteigen“ oder wollten wir auch in die Prüfung einsteigen, um eben dann zu einem Ergebnis zu kommen und zu einer Aussage.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und um das sozusagen zu beschleunigen, haben Sie dann nachgefragt.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau, genau. Wir waren halt ziemlich gehemmt und ausgeknockt durch diesen Katastrophenfall. Wenn der nicht gewesen wäre, wären wir da auf alle Fälle zügiger, denke ich mal, vorangekommen, weil wir dann vielleicht einfach hartnäckiger nachgefragt hätten.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Na gut, Sie haben ja schon nachgefragt. Das ist ja schon mal was.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, aber wir hätten dann vielleicht auch eher unseren Sachgebietsleiter, der parallel auch Leiter der Führungsgruppe Katastrophenschutz war, involviert und hätten gesagt: Wir kommen da mit denen nicht weiter. Wie geht es weiter, was ist vielleicht für ein Vorgehen angesagt, angeraten? - Das war halt alles sehr ungünstig, eine Verkettung unglücklicher Umstände, würde ich es jetzt mal bezeichnen, durch Corona.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Könnten Sie uns noch mal darlegen: Sie hatten ja gerade noch mal betont, Sie sind vor allem für die Geldwäscheprävention zuständig.

**Zeuge Martin Mulzer:** Eigentlich ausschließlich, nicht „vor allem“, sondern ausschließlich.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie noch mal uns teilhaben lassen, was das genau bedeutet? Also, was machen Sie mit den Verpflichteten? Was sind da die Maßnahmen, die da ergriffen werden? Was prüfen Sie?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wie ich es eingangs erwähnt habe: Wir fahren entweder vor Ort raus oder handeln das im schriftlichen Verfahren ab. Wir prüfen diese Unternehmen auf Einhaltung der Sorgfaltspflichten. Es gibt viele, die erstmals geprüft werden. Wir schauen aber auch, dass wir, sage ich jetzt mal, eine gewisse Anzahl von Verpflichteten auch wiederholt prüfen. Es soll ja auch, sage ich jetzt mal, nachgesehen werden, nachkontrolliert werden, ob dann die Maßnah-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

men, die Informationen, die wir in den Erstprüfungen an die Hand geben, auch akzeptiert und angenommen werden und umgesetzt werden. Das ist so unsere tägliche Arbeit, sage ich jetzt mal.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Bei der Geldwäsche braucht es ja auch ein Delikt vorher, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - was der Geldwäsche zuvorkommt. Vielleicht können Sie da noch mal darstellen, wenn man jetzt die Wirecard AG als Beispiel nimmt - ich könnte jetzt auch den Autohändler oder den Koikarpfenhändler nehmen, aber wir haben ja jetzt nun mal das Thema der Wirecard AG - - Also, da geht es vor allem darum, dass Sie sozusagen dieses Unternehmen, Wirecard AG, fit machen dafür, dass denen auffällt, wenn Leute, also Dritte, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Richtig, ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - zur Wirecard AG kommen, um Geldwäsche zu betreiben. Also, Sie haben nicht so sehr im Fokus, dass aus der Wirecard AG heraus diese Geldwäsche veranlasst wird.

**Zeuge Martin Mulzer:** Richtig, genau. Also, wir sehen uns in erster Linie als Partner der freien Wirtschaft. Wir versuchen, die Unternehmen entsprechend zu informieren, wie sie sich selbst am besten schützen können, um\* zu Geldwäschewecken missbraucht zu werden. Und da versuchen wir eben, da bestmöglich aufzuklären und denen auch entsprechend vielleicht\* Infomaterial an die Hand zu geben, wie sie da am besten einen Fokus drauf legen können, dass das möglichst eingedämmt oder vielleicht sogar im besten Fall dann verhindert wird.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und wenn dann Hinweise aufkommen, dass auch aus diesem Unternehmen heraus irgendwas passiert, dann würden Sie das an die Staatsanwaltschaft weitergeben. Wie würde dann der Ablauf sein?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wir würden wenn, dann eine Verdachtsmeldung abgeben an die FIU, das

ist diese zentrale Finanztransaktionsuntersuchungsstelle beim Zoll.

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Kennen wir!)

- Kennen Sie vielleicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Kennen wir. Da kriegen wir auch noch Besuch von Herrn Schulte, dem Chef.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau, genau. - Also, das wäre dann unter anderem so ein Vorgehen. Wobei ich noch mal betonen möchte: Wir sind präventiv unterwegs, und das geht ja dann schon in mögliche repressive Handlungen, und da sind wir dann eindeutig nicht der richtige Ansprechpartner. Das sind dann die Strafermittlungsbehörden und -verfolgungsbehörden, die hier dann tätig werden müssen, wenn wirklich Geldwäschehandlungen in einem Unternehmen oder aus einem Unternehmen heraus stattfinden. Das ist nicht unsere Baustelle, und da sind wir dann auch die falschen Ansprechpartner. Wir können zwar vielleicht eben Gewisses, wenn was bekannt wird, einleiten; aber die ganze weitere Verfolgung, strafrechtliche Würdigung dieser Sachverhalte, ist dann nicht mehr unser Gegenstand.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Ich hätte jetzt noch eine Frage, bevor ich in unserer ersten Frageunde an den Kollegen Dr. Michelbach weitergebe, und zwar: Warum stellte die Prüfung der Zuständigkeit aus Ihrer Sicht ein so großes Problem dar? War das nicht eher eine Routineprüfung?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, weil eben der Finanzunternehmensbegriff zum 1. Januar 2020 neu definiert wurde im Geldwäschegesetz und wir uns bis dahin eigentlich noch nicht wirklich auseinandersetzen konnten mit diesen Thematiken, sage ich jetzt mal, und von daher war es jetzt dann auch relativ Neuland. Wie ich eingangs erwähnt habe, haben wir erst gegen Ende 2019 begonnen, auf diesem Sektor erste Prüfungen anzustellen, aber eben noch mit anderen Katalogtätigkeiten. Das ist so aufgebaut, dass man gewisse



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Katalogtätigkeiten erfüllen muss in der Haupttätigkeit, damit man als Finanzunternehmen entsprechend eingestuft werden kann. Und Ende 2019 haben Kolleginnen von mir eben zwei Finanzdienstleistungsunternehmen - - nee, Finanzvermittlungs-, Finanzanlagenvermittler geprüft; aber so ein richtiges Finanzunternehmen, wo eben das Erwerben, das Halten und das Veräußern von Beteiligungen als Haupttätigkeit im Fokus steht, so was hatten wir bis dahin noch nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Jetzt gebe ich an Dr. Michelbach weiter.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Herr Mulzer, vielen Dank, dass Sie uns Antwort geben. - Herr Mulzer, uns ist natürlich schon noch mal wichtig, dass Sie nach dem Kontakt, den Sie mit der BaFin hatten oder den Sie gesucht haben, dass da eben dreieinhalb Monate nichts geschehen ist. Hat Sie das nicht völlig verwundert bei einer Situation, die ja dann dazu führt, dass eine Geldwäscheprävention in dem Fall gar nicht stattgefunden hat oder stattfinden konnte?

**Zeuge Martin Mulzer:** Natürlich waren wir da schon sehr verwundert. Wir fanden es auch bemerkenswert, dass so lange Zeit keinerlei Rückmeldung auf unsere ganzen Anfragen erfolgte, waren aber, wie ich eben schon eingangs erwähnt habe, ziemlich gehemmt, um das irgendwie regelmäßiger und intensiver zu verfolgen, durch diesen Katastrophenfall, wo wir eben nur allenfalls sporadisch dazu kamen, hier irgendwelche Tätigkeiten hinsichtlich der Geldwäscheprävention anzustellen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Die späte Reaktion der BaFin dann am 22. Juni 2020 wirft für uns im Untersuchungsausschuss natürlich viele Fragen auf. Denn in der BaFin war zu diesem Zeitpunkt die Situation bei der Wirecard voll bekannt; denn man hat ja da schon viele Telefongespräche vonseiten der BaFin mit der Führung, mit dem Management von Wirecard geführt, was wir heute eben durch den Untersuchungsausschuss schon zur Kenntnis bekommen haben.

Können Sie sich vorstellen, dass die BaFin mit Ihnen gewissermaßen so ein bisschen Alibifunktion dann am 22.06. vorgenommen hat, dass da dann zum Schluss - wo die wussten eigentlich in der BaFin, da geht es zu Ende bei Wirecard und große Schwierigkeiten, Kredite gekündigt und alles Mögliche - man Ihnen das vorenthalten hat und dass da so eine Art Alibi-Mail dann von diesem Herrn Lang an Sie kam und Sie da mehr oder minder so quasi, ja, in Haftung genommen werden sollten und vielleicht auch da irgendwo beschwert werden sollten.

**Zeuge Martin Mulzer:** Den Eindruck vermittelt es irgendwo schon, ja. Ich weiß nicht, ob das jetzt wirkliche Absicht war von der BaFin; das entzieht sich meiner Kenntnis. Aber natürlich hat das einen gewissen faden Beigeschmack, dass man das vielleicht durchaus so sehen könnte.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Vielen Dank für diese Antwort. Der Eindruck ergibt sich nicht nur bei Ihnen, sondern auch natürlich bei uns. - Die Frage, die sich mir stellt: Haben Sie selbst über die Medien schon irgendwelche Erfahrungen gehabt in diesem Zeitraum, Kenntnis, indem Sie da Zeitungen gelesen haben oder Informationen hatten, dass es sich bei Wirecard um zumindest eine sehr nebulöse Unternehmung handelt? Gab es da irgendwie schon ein Hintergrundwissen bei Ihnen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein. Also, wir haben natürlich immer wieder mal Berichte über Wirecard zur Kenntnis genommen, aber eben nur am Rande, und wir hätten im Leben nicht dran gedacht, dass es irgendwann mal zur Sprache kommen könnte, dass das einen Verpflichtetenstatus - - oder unser Verpflichteter sein könnte. Sonst hätten wir da mit Sicherheit, denke ich mal, schon wesentlich eher ein Augenmerk drauf gelegt. Aber so haben wir das allenfalls nur mal am Rande zur Kenntnis genommen und haben das jetzt auch nicht wirklich intensiv weiterverfolgt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Uns ergibt sich das Bild, dass Wirecard gewissermaßen ein Konstrukt gebildet hat, um aus



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dieser ganzen Finanzaufsicht, Geldwäscheaufsicht stärker herauszukommen, um die Dinge zu machen, die man eben auch unlauter machen wollte; das, indem man eine Bank, eine Wirecard Bank AG, vorne ins Schaufenster gestellt hat und dann 56 Tochtergesellschaften gewissermaßen angeschlossen hat, die teilweise auch natürlich mit Konstruktionen im Ausland saßen, die gar nicht, sagen wir mal, in der deutschen Geldwäscheaufsicht kontrollierbar waren. Waren Sie damit mal, sagen wir mal, sich im Klaren, was für ein Konstrukt das ist, was da stattfindet? Haben Sie sich damit damals beschäftigt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Welchen Zeitpunkt meinen Sie jetzt genau mit „damals“?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Na, generell den Zeitpunkt, den Sie jetzt als Beamter da bei der Regierung von Niederbayern hatten, kann natürlich auch - - Wir wollen Ihre Einschätzungen. Sie sind ein Mann, der quasi an der Front arbeitet, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Richtig, so ist es.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** - und wir sind ja nur Legislative, ne? Wir machen Gesetze, Geldwäschegesetz; aber Sie arbeiten an der Front, und da haben wir ja Interesse, dass Sie uns Ihre Einschätzung geben.

**Zeuge Martin Mulzer:** Na ja, also, dass es so ein komplex, groß aufgestelltes Unternehmen ist, wie gesagt, haben wir uns damals auch nicht vorstellen können. Erst als man sich dann intensiver beschäftigt hat mit der Sache und auch mal etwaige Töchter oder so was beleuchtet hat und die Gesamtstruktur, die Geschäftsberichte etc. ausgewertet hat, dann ist uns das allmählich gedämert, was das für ein Riesenkonstrukt, für ein Riesenapparat ist, global verteilt, und was uns dann immer wieder auch zu dem Prüfungsergebnis geführt hat: „Können wir denn wirklich zuständig sein für ein weltweit tätiges Unternehmen? So ein Riesenkonzern, und dann“, ohne uns jetzt kleinreden zu wollen, „die kleine Regierung von Niederbayern.“

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ich denke, dass Sie auch klar noch mal Ihre Einschätzung gesagt haben, und ich würde noch mal die Frage anschließen wollen: Wollte sich die BaFin, die Ihnen auf eine Anfrage eben erst nach vielen Wochen antwortete, letztlich für nicht zuständig erklären, vor einer klaren Einschätzung drücken, weil man vorher schon intern eine Einschätzung als Technologieunternehmen geführt hat, obwohl es de facto eine Finanzholding war? Wollte man diese Fehleinschätzung nach Ihrer Ansicht verwischen? Wäre es für Sie leichter gewesen, wenn hier klare, an sich klare Auskunftsinformationen der BaFin - - auch zu Ihnen geleitet hätte?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, sicher wäre natürlich eine klare Ansage wünschenswert gewesen. So vermittelt es natürlich schon einen gewissen Eindruck, wie Sie schon eigentlich andeuteten, dass es ja vielleicht dann so extra formuliert wurde oder extra offengehalten wurde oder entsprechend in eine gewisse Richtung gelenkt wurde. Aber ich will jetzt da keine Schuldzuweisungen oder Mutmaßungen damit tätigen. Es ist halt nur eine - - ja, ein Eindruck.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Können Sie meine Vermutung und Einschätzung teilen? Indem man also versucht hat, letzten Endes zum Schluss sozusagen die Spuren etwas zu verwischen, indem man vorher „Technologieunternehmen“ und dann auf einmal von „Finanzunternehmen“ gesprochen hat. Das ist ja doch ein großer Widerspruch, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** - dass die gleiche Behörde dann auf einmal die Einschätzung wechselt kurz vor Toresschluss, kurz vorm Insolvenzverfahren.

**Zeuge Martin Mulzer:** Sie meinen jetzt mit „Behörde“ uns oder wen? Oder - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Nein, die BaFin meine ich, ja.

**Zeuge Martin Mulzer:** BaFin, ja, gut.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Bei Ihnen kann ich das nicht feststellen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Es gibt ja auch Veröffentlichungen, wo man dann auch drauf verwiesen hat, dass gewisse Begrifflichkeiten, die gefallen sind, untechnisch verwendet worden seien. Da waren wir dann auch hinterher sehr überrascht, dass man dann mit den verschiedenen Fachbegriffen so um sich schmeißt und dann hinterher, ja, mit solchen Aussagen versucht, das wieder anders darzustellen. Also, ja, wäre schön gewesen, wenn man da anfangs klarer kommuniziert hätte, schneller, klarer und - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Also, für Sie als zuständigen Beamten, der ja auch, den Kopf hinhalten muss für seine Tätigkeit: Können Sie sich nicht erklären, dass auf der einen Seite man ein Finanzunternehmen und auf der anderen Seite ein Technologieunternehmen als „untechnisch“ bezeichnet hat? Ich meine, als Bankenaufsicht muss ich doch wissen, wen ich vor mir habe.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, ja; so ist es.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Dann vielen Dank für diese klare Einschätzung. Danke schön.

**Zeuge Martin Mulzer:** Bitte schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Michelbach. - Und dann für die FDP-Fraktion Dr. Florian Toncar.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Vielen Dank, Herr Mulzer.

**Zeuge Martin Mulzer:** Bitte schön.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Wenn jemand die Tätigkeit der Bezirksregierung in Niederbayern beschreiben würde und sagen würde: „Die Regierung von Niederbayern hat halt das ursprünglich so eingeschätzt; aber diese Einschätzung, die

stimmte nicht, und die ist dann anschließend berichtigt worden“, würden Sie das unterschreiben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, weil wir keine Einschätzung getroffen haben. Wir haben bis dahin kein Prüfungsergebnis, kein endgültiges, getroffen. Es war allenfalls, sage ich jetzt mal - ich weiß nicht, wie man das sagen soll -, eine Zwischeninformation an den Herrn Dr. Spies, wo wir eben gesagt haben: Man könnte diese Einsicht, die er hat, teilen grundsätzlich mal bis auf Weiteres, aber eben nur eben bis auf Weiteres. Es sollte kein abschließendes, endgültiges Prüfungsergebnis sein. Das hatten wir dann eben erst am Abend des 24.06.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das ist insofern interessant, als dass der Satz, den ich gerade vorgelesen habe, von Herrn Ministerialdirektor Karl Michael Scheufele am 31.08. im Finanzausschuss vorgetragen worden ist für die Staatsregierung Bayern. Er sagt, das musste dann eben anschließend berichtigt werden. Sie sagen jetzt: Das gab überhaupt nichts zu berichtigen. - Halte ich einfach mal fest. Sie müssen es gar nicht kommentieren.

Ist Ihnen bekannt, dass die Bayerische Staatsregierung ein wissenschaftliches Gutachten eingeholt hat, um gewissermaßen diese Einstufungsentscheidung noch mal zu unterfüttern, oder dass irgendwas, ein wissenschaftlicher Artikel, genutzt wurde oder Ähnliches?

**Zeuge Martin Mulzer:** „Wissenschaftliches Gutachten“ sagt mir jetzt nix. Ist mir keins bekannt; liegt mir nix vor.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Wie hat denn das Ministerium genau davon erfahren, dass Sie sich überhaupt mit Wirecard je beschäftigt haben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das war eben an diesem einen Tag, wo ich eingangs erwähnt habe, an dem 23. Juni, wo eben meine Kollegin, die Frau Wittmann, mit dem Innenministerium, mit dem bayerischen, Kontakt aufnahm - in anderer Angelegenheit allerdings, möchte ich noch mal betonen - und da eben zur Sprache kam, dass wir den



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorgang „Wirecard AG“ zurzeit in Bearbeitung hätten.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ist das richtig, dass das mit dem Herrn Mildner war?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Wissen Sie, wen der Herr Mildner dann eingeschaltet hat anschließend? Ist Ihnen da was bekannt zu?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, nicht genau.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** Meinen Sie jetzt Personen oder - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, genau, innerhalb des Ministeriums, gibt es da eine Hierarchie?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wahrscheinlich, denke ich mal, die Nächstvorgesetzten. Aber wer genau jetzt da mit involviert war - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ist der Regierungspräsident bei Ihnen, innerhalb der Bezirksregierung, befasst worden mit dem Thema?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Wann und durch wen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Den haben wir dann - - Haben\* wir den eigentlich einbezogen?

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Das war schon relativ frühzeitig. Das, glaube ich, war auch um den Drehpunkt rum, um den Zeitraum - - Ich meine, dass das, ja, um diesen - - Wann war die Führungsanantwort und die Führungsinformation? Ich glaube, an dem 24.06. Also, genau könnte ich es jetzt nicht mehr sagen, aber ich meine, das war an diesem 24.06., wo das dann offiziell mit dieser Führungsinformation angefordert wurde. Weil wir dann gesagt haben:

Das müssen wir jetzt an dem Zeitpunkt spätestens auch an unsere Hausspitze bekannt geben.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nun haben Sie ja vorgetragen, dass die Wirecard AG dann auch tatsächlich noch im Juni, kurz vor Toresschluss, noch einen Geldwäschebeauftragten angezeigt hat -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): - habe ich das richtig verstanden? - bei Ihnen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau.\*

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Wie sind Sie denn mit der Anzeige umgegangen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wir haben die zunächst als Freiwilligenbestellung, sage ich jetzt mal, betrachtet. Das gibt es ja durchaus, dass verschiedene Verpflichtete oder die sich als solches ansehen, uns mitteilen: „Hier, der Herr X oder die Frau Y ist bei uns im Unternehmen geldwäschebeauftragt; das möchten wir hiermit anzeigen“, obwohl vielleicht gar keine Verpflichteteneigenschaft vorliegt. Und deswegen haben wir jetzt dem auch keine größere Aufmerksamkeit geschenkt oder jetzt irgendwas veranlasst gesehen, weil wir eben für uns das einfach zunächst mal als Freiwilligenbestellung auslegten, wogegen ja auch nix spricht. Also, es darf ja jedes Unternehmen, wenn es meint, dass es so etwas für nötig erachtet, einen Geldwäschebeauftragten bestellen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ist das denn irgendwo dokumentiert, dass Sie das als freiwillige Anzeige eingestuft haben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich denke jetzt, nicht. Das wurde so angenommen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Gab es eine Rückmeldung von Ihnen Richtung Wirecard?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Wissen Sie von einem Telefongespräch am 25.06. zwischen dem bayerischen Innenministerium und Bundesbehörden oder Bundesstellen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich meine, dass es da so eine Telefonkonferenz gab, ja. Aber da war ich nur am Rande, wie gesagt, eben beteiligt.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Waren die Bezirksregierung oder Mitarbeiter der Bezirksregierung auch mit drin in der Telefonkonferenz?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein. Meines Wissens hat sich das nur zwischen BMF, BaFin und dem bayerischen Innenministerium abgespielt. Wir waren da außen vor.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Kennen Sie die Konzernstruktur bei Wirecard ein bisschen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Kommt drauf an, wie tief es geht. Aber ich denke schon, dass ich - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ich hätte sie da. Falls wir nicht weiterkommen, würde ich sie Ihnen kurz rübergeben. Unter der Wirecard AG hängen ja insgesamt sechs Gesellschaften, die überwiegend - - nicht überwiegend, sondern die alle Holdingfunktion haben.

**Zeuge Martin Mulzer:** Welche Funktion?

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Holding.

**Zeuge Martin Mulzer:** Holding.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Zum Beispiel Tochtergesellschaft der Wirecard AG Wirecard Acquiring & Issuing GmbH -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): - oder Wirecard Technologies GmbH oder Wirecard Sales International Holding GmbH. Da steht sogar „Holding“ drin. Unter diesen Holdinggesellschaften hängen natürlich auch all die Tochtergesellschaften, die TPA-Geschäft gemacht haben. Meine Frage ist

jetzt: Selbst wenn die Wirecard AG nicht verpflichtet ist, weil man die Finanzunternehmens-eigenschaft verneint, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): - ist nicht eine Holding klassischerweise eine Gesellschaft, deren Zweck im Erwerben, Halten und Veräußern von Beteiligungen besteht?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nicht zwingend. Wir haben das dann auch abgeklärt bei den verschiedenen Töchterunternehmen und sind dann zu dem Ergebnis gekommen - ich denke, dass das vielleicht auch bekannt ist -, dass letztlich nur noch für eine Tochter aktuell nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens eine Zuständigkeit für die Regierung von Niederbayern existiert, für die anderen Töchter nicht. Das haben wir ausführlich auch geprüft, sowohl juristisch, unter juristischen Gesichtspunkten, und auch unter betriebswirtschaftlichen Aspekten; haben wir ausführlichst dargelegt. Wir hatten in der Zwischenzeit auch mit den ein oder anderen renommierten Juristen Kontakt. Und keiner hat uns bisher widersprochen bei dieser Einschätzung. Also, denke ich mal, können wir so falsch nicht liegen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nein, das habe ich gar nicht gesagt.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja. Nein, das wollte ich jetzt auch gar nicht unterstellen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Und was Sie jetzt gesagt haben, hat meine Erwartungen schon übertroffen, zumal ich das auch andere schon gefragt hatte, die es nicht beantworten konnten. Aber wissen Sie aus dem Kopf, welche dieser Tochtergesellschaften von Wirecard Sie positiv eingestuft haben als Verpflichtete?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das ist die Wirecard Acquiring & Issuing GmbH.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Die halten Sie für verpflichtet.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und läuft da jetzt noch was im Insolvenzverfahren, oder hat sich das erübrigt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Es läuft jetzt gerade die Prüfung. Ich denke, man kann vielleicht so viel verraten, dass wir gerade eben im Prüfverfahren sind. Wir tauschen uns aus mit der insolvenzverwaltenden Stelle und haben jetzt angefordert eine Risikoanalyse. Und wir sind auch in Klärung mit\* den\* bestellten\* Geldwäschebeauftragten, wie das dann weitergeht. Aber da bitte ich, noch entsprechend drauf Rücksicht zu nehmen, dass das noch im laufenden Verfahren ist und wir eben erst am Anfang der ganzen Prüfungshandlungen sind.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Verstanden. - Danke schön.

**Zeuge Martin Mulzer:** Bitte schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Dr. Toncar. - Dann - wer möchte? - Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Sehr gerne. Vielen Dank. - Herzlich willkommen! Sie haben ja schon gemerkt: Es gibt auch ein bisschen vielleicht eine andere Sicht auf die Dinge, außer dass die BaFin Sie da hat im Regen stehen lassen. Das ist definitiv auch nicht so gut gelaufen offenbar da intern. Aber ich sage mal so: Wie viele Tage waren Sie fremdvergeben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Eigentlich ziemlich von diesem 16. März weg bis einschließlich zum 16. Juni.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, es war wirklich der volle Zeitraum.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also, sprich: Wenn die BaFin bei Ihnen angerufen hätte, Sie wären gar nicht da gewesen, ne?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, zumindest wäre ich sehr schwer - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wissen Sie, ob die BaFin versucht hat, Sie telefonisch zu erreichen in der Zeit? Das können Sie eigentlich gar nicht wissen, weil Sie waren ja nicht da.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, aber ich - - Ja, ich war - - Also, das Telefon war durchaus auf mich auch weiterhin geleitet. Aber es war halt dann schwerpunktmäßig durch Katastrophenschutzfragen geprägt. Also - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich will Ihnen da auch gar keinen - - Also, nur um das klarzustellen sozusagen: Ich finde, was das angeht, haben Sie nichts falsch gemacht. Nur, wir machen hier ja im Raum auch ein bisschen Politik. Und der Herr Michelbach und ich haben vielleicht an der Stelle einen bisschen anderen Blick auf die Welt.

**Zeuge Martin Mulzer:** Mhm.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber was mich viel eher noch interessieren würde, ist: Sie haben gesagt, das Thema Wirecard ist beim bayerischen Innenministerium angekommen - richtig? - am 23.06., als Ihre Kollegin -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - telefoniert hatte und auf Nachfrage Auskunft gegeben hat.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Was ich mich frage, ist - ich habe das eben noch mal nachgeschaut -: Also, vor dem 23.06. ist der Vorstandsvorsitzende zurückgetreten. Es war öffentlich klar, dass 1,9 Milliarden Euro verschwunden sind. Der Aktienkurs, der mal bei weit über 100 war, ist auf 13 Euro runtergefallen. Und Sie haben diese heiße Kartoffel Wirecard auf dem Schreibtisch liegen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen gemeinsam. So. Und bis dahin ist bei der Bezirksregierung - - War da Ihr Chef auch schon informiert über den Vorgang? Ja, ne?

**Zeuge Martin Mulzer:** Den Chef, den haben wir dann eigentlich - - Ja, um den Zeitraum haben wir den eingebunden. Er war halt wirklich sehr



## Nur zur dienstlichen Verwendung

stark eingebunden mit dieser Leitung der Führungsgruppe, -

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Okay, ja.

**Zeuge Martin Mulzer:** - wo wir eben auch ihn schlecht erreichen konnten für solche Belange, zumal ich ja auch selber darin tätig war.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Also, ich kann mir das bildlich vorstellen: Wenn ich im bayerischen Innenministerium sitzen würde und möglicherweise sozusagen - - Also, ich meine, das ist ein DAX-Konzern aus Bayern. Einer - - Das, also - - Frau Bär ist dort gewesen, Herr Guttenberg hat sich eingesetzt, Herr Kindler. Alle haben sich eingesetzt für den Laden. Man hat sich damit geschmückt. Dann ist dieser Skandal am Laufen. Und am 23.06., ich sitze da im Innenministerium, erfahre ich von der Bezirksregierung Niederbayern, dass man seit drei Monaten sich nicht sicher ist, ob man nicht zuständig ist, was die Geldwäscheprävention angeht. - Das haben Sie ja sehr gut auch dargestellt. Ich kann mir bildlich vorstellen, was da im Innenministerium passiert ist, und das sehen - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich - -

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Ja?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich mir auch. Ich gebe auch zu, dass das alles sehr unglücklich gelaufen ist. Wir hätten da mit Sicherheit früher informieren sollen und müssen; würden wir auch in Zukunft in solchen derart gelagerten Fällen. Aber, wie gesagt, wir waren halt auch sehr gehemmt in unserer Bearbeitung durch diesen Katastrophenschutz.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Ja, ich will - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich kann es nur immer wieder betonen.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Ja, aber ich will an der Stelle auch ganz klar sagen: Ich mache Ihnen persönlich auch keinen Vorwurf. Also, für mich stellt sich viel eher die Frage: Wie sind die Struk-

turen, wie ist die Geldwäscheprävention in Bayern aufgestellt, und wie geht man mit Finanzunternehmen um? Der Herr Scheufele, der da war, der hat - erinnere ich mich auch noch gut - damals nämlich gesagt: Na ja, aber dieser neue Begriff mit den Finanzunternehmen - - Der Kollege Müller sitzt mir gegenüber. Wir machen hauptberuflich Geldwäschebekämpfung im Deutschen Bundestag, in der Gesetzgebung. Wir haben das mit den Finanzunternehmen unter anderem zu verantworten. Aber der Herr Scheufele saß da und hat gesagt: Nee, das hat ja überhaupt nichts geändert, weil da gab es ja vorher schon die Fiktion über das KWG. - Weil ich habe ihn nämlich genau das gefragt. Ich habe gesagt: Herr Scheufele, Sie müssen doch bei sich irgendwas gemacht haben, als wir das GwG geändert haben. - Hat er gesagt: Nein, nein; das hat keine Auswirkungen gehabt. - Und ich stelle fest: Das hat es anscheinend ja auch nicht. Also, das - - Wobei es nicht stimmt. Sie haben ja gesagt, Sie haben diese Änderung zum Anlass genommen, dann Finanzunternehmen auch mal in eine Kontrolle mit einzubeziehen, richtig?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, ja.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Was mich aber dennoch interessiert, ist: Am Ende ist diese Führungsinformation, weil sozusagen - - Ich finde, Sie haben das alles ordentlich geprüft. Vieles ist für mich da vollkommen nachvollziehbar. Aber bei dieser Führungsinformation wird es für mich ein bisschen wild. Es geht mit dem Ende der Führungsinformation los für mich. Und da setze ich da an, was Herr Toncar eben gefragt hat. Der letzte Absatz lautet:

Die Bestellung des Geldwäschebeauftragten vom 2. Juni ... wird zeitnah durch die Regierung von Niederbayern bestätigt. Dabei wird auch um nähere Erläuterung der Geschäftstätigkeit ...

- bla bla bla -

gebeten.

Aber wie passt das denn zusammen? Also, sozusagen Sie sagen: Wir sind nicht zuständig. Also,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das war ja am Ende sozusagen - - Sie haben gesagt, Sie haben das alles geprüft usw., sind zum Ergebnis gekommen: keine Zuständigkeit Bezirksregierung von Niederbayern. - Aber in dieser Führungsinformation wird berichtet: Jawoll, aber hurra, wir haben jetzt einen Geldwäschebeauftragten benannt bekommen. - Das macht doch überhaupt keinen Sinn. Sind Sie mal auf die Idee gekommen, das zurückzuweisen an die Wirecard und zu sagen: „Das ist ja schön, dass ihr einen Geldwäschebeauftragten habt, aber hat mit uns nichts zu tun, weil wir sind ja nicht zuständig“?

**Zeuge Martin Mulzer:** Müsste ich noch mal ganz kurz nachschauen. Sie sagen jetzt, das wäre in der Führungsinformation?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, auf Seite 5.

**Zeuge Martin Mulzer:** Moment mal, muss ich mal ganz kurz - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ganz letzter Satz, bevor Herr Knöpfle da auftaucht, 25.06. Bei mir ist es so schön gelb hier. - Ach, gucken Sie: Sie kriegen es sogar gebracht.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

**Zeuge Martin Mulzer:** Okay, danke. - Ja, ich meine mich vage erinnern zu können, dass wir das ursprünglich vorhatten, eine Bestätigung rauszugeben. Haben es aber dann noch mal überdacht und waren der Meinung, dass es eigentlich sich erübrigt, weil wir eben keine Zuständigkeit für uns sehen für die Wirecard AG. Und wir dachten: Na ja, wenn wir nix hören lassen, dann - sage ich jetzt mal so, salopp gesagt - wird sich - - wird man sich an der entsprechenden Stelle schon denken können, dass es jetzt nicht wirklich erforderlich war und dass wir das halt - ich will jetzt nicht sagen: stillschweigend - zur Kenntnis genommen haben, aber - - Wir gehen also jetzt mit so freiwilligen Bestellungen entsprechend um, dass wir sagen: Wir haben das nicht angefordert oder aufgefordert, dass so was

erfolgt. Und wenn sich das jemand freiwillig auf-erlegt, ja, das nehmen wir zur Kenntnis.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, aber das ist aber - - Verzeihung. Verstehe ich, aber es ist natürlich - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Das ist vielleicht nicht - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Es ist natürlich ein bisschen - - Es ist nicht böse gemeint, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein, das nehme ich nicht persönlich, passt schon.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - bei mir läuft gnadenlos die Uhr runter. - Die Frage, die ich mir dann aber natürlich stelle, ist: Sind Sie eigentlich am Ende zu - - War Ihnen klar, dass, wenn Sie sagen, Sie sind nicht zuständig, dann niemand zuständig ist?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, und vor dem Hintergrund haben wir uns auch gesagt: Kann das wirklich sein? - Aber es ist scheinbar so. Da muss ich sagen, das muss man dann vielleicht gesetzlich anders regeln, wenn man so was vermeiden will künftig, dass es da wirklich Firmen gibt - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Die interessante Frage ist: Sind Sie vielleicht - - Haben Sie auch mal in Erwägung gezogen, dass Ihre Prüfung am Ende vielleicht zu einem falschen Ergebnis geführt hat?

**Zeuge Martin Mulzer:** Haben wir insofern eigentlich für nicht möglich gehalten, weil wir, wie ich es vorhin auch schon erwähnt habe, zwischenzeitlich wirklich mit renommierten Kanzleien und Anwälten Rücksprache hielten. Und keiner hat irgendwie an unserer Einschätzung, die jetzt doch schon Monate besteht\* - - Also, hätte mit Sicherheit, wenn es falsch gewesen wäre, sich irgendjemand aufgetan in der Runde der Juristen und sich an uns gewandt und gesagt: Was ihr da festgestellt habt, ist ja völlig daneben. Kommt zu einer anderen Einschätzung.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, gut, also, Sie haben es ja am Anfang selbst gesagt: Also, bei



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen - - Also, Sie können es fast von sich aus sehen: EY, die sitzen da unten, die haben sich bei Ihnen gemeldet. - Das war der Ausgangspunkt, ja?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Da ist ein renommiertes Wirtschaftsprüfungsunternehmen, die bei Wirecard - - denen offenbar aufgefallen ist: Diese AG hat überhaupt keinen Geldwäschebeauftragten. Und Sie selbst haben das vorhin super dargestellt. Sie haben gesagt: Das hat ja erhebliche Folgen. Das hätte die Wirecard Millionen wahrscheinlich gekostet. Die hätten Compliance machen müssen, die hätten einen Geldwäschebeauftragten gebraucht usw. Und - das will ich auch mal sagen - das ist für mich der Casus knacksus an dieser ganzen Geschichte; das hat nämlich der Herr Scheufele damals überhaupt nicht verstanden. Als er im Finanzausschuss war, war mein Eindruck, dass das Problem - - Sie machen Prävention. Und Sie sind - ich habe ganz großen Respekt vor Ihrer Arbeit - viel zu wenig Leute für viel zu viele Verpflichtete.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** So. - Aber deswegen ist auf der anderen Seite das Problem, dass die Nichteinstufung eben diese ganzen Verpflichtungen im Unternehmen nicht ausgelöst hat. Da sehe ich das Problem. Und EY kam zu diesem Schluss und hat Sie extra danach noch mal gefragt. Und die Wirecard hat das intern noch mal prüfen lassen. Wir haben in unseren Akten ein Gutachten - noch bekannter - Freshfields Bruckhaus Deringer. Die haben das auch mal durchgeprüft. Die haben das eigentlich genauso geprüft wie Sie. Und die kommen nämlich da zu dem Punkt; die sagen nämlich:

Die Geschäftstätigkeit der Wirecard AG konzentriert sich vielmehr auf das Erwerben und Verwalten von Beteiligungen und das Bereitstellen von Beratung, Controlling, finanzwirtschaftlichen Leistungen an ihre Tochtergesellschaften.

Gegenüber Dritten erbringt die Wirecard ... keine Dienstleistungen.\*

Also, EY sagt, Sie sind zuständig. Freshfields sagt, Sie sind zuständig. Und praktischerweise sozusagen, als dann der Herr Scheufele bei uns im Finanzausschuss antreten musste, haben Sie rausgefunden, dass man nicht zuständig ist. Noch mal: Ich gestehe das zu, dass man bei so einer Prüfung zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen kann. Aber ich habe zumindest zwei ziemlich gewichtige Argumente, weshalb man das so vielleicht doch nicht sehen sollte. Und das heißt - der Punkt ist mir noch wichtig -, Sie sind überhaupt das erste Mal durch den Anruf\* von EY auf die Idee gekommen, dass eine Zuständigkeit für die Wirecard AG bestehen könnte.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Da frage ich mich: Wie kriegen Sie das denn eigentlich überhaupt mit, ob Sie für ein Unternehmen zuständig sind?

**Zeuge Martin Mulzer:** Na ja, wie ich eingangs erwähnte: Es gibt für verschiedene Verpflichtetengruppen Register. Da können wir Einsicht nehmen. Da können wir uns entsprechend die Verpflichtetengruppen direkt, ich sage jetzt mal, rausziehen. Es gibt aber auch durchaus Verpflichtetengruppen, wo es eben keine solchen Register gibt oder überaltete, unvollständige. Das macht eben auch die Recherche sehr schwer und sehr zeitaufwendig. Gerade im Güterhandel, da gehen so viele Unternehmen heute unter, und morgen sprießen dafür umso mehr wieder aus dem Boden raus. Die haben wir gar nicht alle auf dem Schirm. Die müssen wir uns mühselig erarbeiten und, wie Sie schon sagten, können wir auch gar nicht alle überkommen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja.

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, eine flächendeckende, hundertprozentige Geldwäscheprävention - nicht nur für Bayern, ich denke mal, da spreche ich für das ganze Land - an den Tag zu legen, ist schier unmöglich. Wir können einfach



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nur Stichproben nehmen und unser Bestmögliches tun, so viele wie möglich zu kontrollieren, zu prüfen, zu informieren.

Und zum Gutachten, was Sie hier vorgelegt haben: Das sagt mir jetzt nix. Mag sein, dass das jetzt dann, sage ich jetzt mal, zwei renommierte Unternehmen sind, die hier diese Einschätzung getroffen haben; aber es ist in unseren Augen schlichtweg falsch\*. Ich meine, man hat es ja auch gesehen, dass man sich auch an solcher Stelle irren kann. Ich denke mal, wenn wir jetzt so falschliegen, warum kommen dann nicht weitere Unternehmen\* auf uns zu in diesem Bereich und sagen: „Ihr liegt damit falsch; wir können das so und so widerlegen in diesen und jenen Punkten“?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Weil die ja möglicherweise kein Interesse haben, dass sie Verpflichtete werden. Also, ich sage mal, das ist natürlich - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Das könnte ein Grund sein, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das ist - - Na ja, nein. Also, natürlich ist das - - Das ist für mich der Hauptgrund. Und das ist natürlich bei Wirecard das Riesenproblem. Weil das ist natürlich genau so, wie Kollege Michelbach das gesagt hat: Es war höchste kriminelle Energie am Werk. Und dass dann bei Wirecard im Vorstand lange Zeit keiner sich überlegt hat: „Wie können wir möglichst compliant sein?“, das ist ja klar. Nur - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Kollege - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Meine Frage bleibt offen: Wenn ich einfach nur Glück haben muss, dass ich nicht im Register auftauche und dann keinen „Besuch“ - in Führungszeichen - von Ihnen bekomme, dann haben diejenigen es vielleicht auch zu leicht. - Herzlichen Dank.

**Zeuge Martin Mulzer:** Bitte schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Dr. Zimmermann. - Als Nächstes hat das Wort Fabio De Masi für Die Linke. Bitte schön.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Mulzer, können Sie mal sagen, wie oft Sie mit dem Landeskriminalamt Austausch zum Thema Wirecard AG und Geldwäsche hatten?

**Zeuge Martin Mulzer:** Mit dem LKA hatten wir keinen Austausch.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Hatten Sie niemals Austausch.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Das Thema „mögliche Insolvenz von Wirecard“, wann ist das bei Ihnen persönlich das erste Mal aufgeschlagen?

**Zeuge Martin Mulzer:** „Mögliche Insolvenz“? Oder meinen Sie jetzt speziell diesen Termin am 25.06.? Weil davor - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, ich meine, wann das bei Ihnen aufgeschlagen ist das erste Mal.

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, diese Thematik Insolvenz wirklich eigentlich erst am 25.06.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Davor war das niemals Thema?

**Zeuge Martin Mulzer:** Da sind wir auch aus allen Wolken gefallen, und war natürlich dann für uns sehr ungünstig, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** - weil das zeitlich gelagert -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** In der Tat.

**Zeuge Martin Mulzer:** - genau zusammenfiel mit unserem - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Ich würde gern noch mal auf den Widerspruch zurückkommen, den der Kollege Zimmermann hier schon



## Nur zur dienstlichen Verwendung

angedeutet hat, in der Führungsinformation. Da steht ja dann auf Seite 4 des Dokuments:

Wir gehen daher aktuell nicht von einer Verpflichteteneigenschaft ... aus.

Und dann auf Seite 5:

Die Bestellung des Geldwäschebeauftragten vom 2. Juni ... wird zeitnah durch die Regierung von Niederbayern bestätigt.

Sie haben ja eben ausgeführt, Sie sind davon ausgegangen, das schläft sozusagen ein, dieser Vorgang, wenn Sie den nicht weiter beantworten. Aber zu einem Zeitpunkt, wo Sie noch davon ausgehen, aktuell besteht keine Verpflichteteneigenschaft, wollen Sie trotzdem noch den Geldwäschebeauftragten bestätigen. Das habe ich noch nicht ganz verstanden.

**Zeuge Martin Mulzer:** Na ja, da haben wir uns halt überlegt, ob wir vielleicht dazu übergehen, den freiwillig bestellten Geldwäschebeauftragten eine Bestätigung rauszuschicken, sind aber dann letztlich doch zu dem Entschluss gekommen, dass es eigentlich nicht notwendig ist und dass auch, sage ich jetzt mal, den Medien vielleicht dann entsprechend wahrscheinlich entnommen werden kann, wenn man aus Sicht jetzt von Wirecard entsprechend das weiterverfolgt, dass wir keine Zuständigkeit haben. Und somit wäre dann eigentlich auch - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wie oft kommt denn so was vor, dass Sie also Ihre Verpflichteteneigenschaft verneinen, aber dann trotzdem noch prüfen, ob Sie den Geldwäschebeauftragten bestätigen? In wie vielen anderen Fällen ist Ihnen das denn in Ihrer beruflichen Laufbahn vorgekommen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Eigentlich - - Da kann ich jetzt keine genaue Anzahl dazu nennen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, nie oder zweimal?

**Zeuge Martin Mulzer:** Entzieht sich jetzt meiner Kenntnis. Kann ich mich jetzt konkret nicht dran erinnern, dass wir das öfters hatten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, gut. - Und der Herr Spies von EY, also, der ist in seiner Eigenschaft - - Der war ja nicht Wirtschaftsprüfer, der war Berater, korrekt? Der ist als Berater da aufgetreten.

**Zeuge Martin Mulzer:** Müsste ich noch mal nachschauen, wie der Wortlaut war. Ich glaube, irgendwie qualitätssichernd und - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, so von der E-Mail her war das Beratung.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich frage nur noch mal, weil EY ja hier ausgeführt hat, dass sie keine umfangreichen Beratungsdienste wahrgenommen haben, Beratungsleistungen für Wirecard. Deswegen ist das einfach eine interessante Feststellung noch mal gewesen und hilft uns im weiteren Verlauf.

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, in welchem Umfang da jetzt intensive Beratungs- -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Klar, das ist nicht Ihre Baustelle; das verstehe ich vollkommen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau, genau.

**Zeuge Martin Mulzer:** Kann ich leider nix zu sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** So. - Sie haben ja mit der BaFin da kommuniziert. Warum denn an die poststelle@bafin.de? Haben Sie da nicht irgendwie - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Weil wir, wie ich schon eingangs erwähnte, keine konkreten Daten, Kontaktdaten, hatten. Wir hatten nur diese allgemeine Funktionspostfachadresse. Weil wenn wir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zu dem Zeitpunkt früher schon konkretere Kontakte zu einem Sachbearbeiter gehabt hätten, dann hätten wir ja versucht, direkt irgendwie jemanden an die Leitung zu bekommen und da entsprechend schnell ein Ergebnis zu erzielen. Aber so - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das heißt, Sie haben sich vorher auch noch nie mit der BaFin ausgetauscht zu irgendeinem Fall.

**Zeuge Martin Mulzer:** Na, davor schon mal, aber das - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Auch über die Poststelle?

**Zeuge Martin Mulzer:** Häufig über die Poststelle, genau. Und hatten eigentlich nicht wirklich - - Wenn man mal auf die Homepage draufschaut: Da gibt es keine so\* Transparenz wie bei uns, bei der Regierung von Niederbayern, dass man da zu sämtlichen Sachbereichen Ansprechpartner mit den hinterlegten Kontaktdaten hat. Somit - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie es ein bisschen widersprüchlich finden von der BaFin - und das finde ich in der Tat auch -, dass die gesagt hätten, sie hätten untechnische Begriffe verwendet. Also, ich gebe Ihnen jetzt mal ein Beispiel: In der Leerverkaufsverfügung stand, Wirecard sei ein Anbieter von Zahlungsdiensten. Nach meiner Interpretation würden sie damit dem ZAG-Register unterfallen und unterstünden der Aufsicht der BaFin. Und da hat Herr Hufeld zu mir dann gesagt, ja, das hätte man untechnisch verwendet - ein Dokument, was von 27 Aufsichtsbehörden in der EU geprüft wird. Bezogen Sie sich auf diese Formulierung? Oder welche weiteren untechnischen Begriffe kennen Sie denn von der BaFin?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das, meine ich, war das, genau.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und hier gibt es einen ehemaligen Abteilungsleiter „Geldwäsche“, Herrn Findeisen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Können Sie mal sagen - - Der kommt zu einer Bewertung, die hat er aber nach seiner Zeit im BMF angefertigt, korrekt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Mhm.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und können Sie noch mal ausführen, zu welcher Bewertung der kommt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Dass keine Zuständigkeit für die Regierung von Niederbayern vorliegt, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** - seiner Einschätzung nach.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. - Und der war Abteilungsleiter -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - im Finanzministerium für Geldwäsche.

**Zeuge Martin Mulzer:** Das ist übrigens auch noch vielleicht ein Aspekt, den man anführen könnte: dass durchaus namhafte Experten auf diesem Sektor „Geldwäscheprevention, Geldwäschehandlungen etc.“ zu entsprechenden Aussagen kommen, was man vielleicht auch nicht gerade vernachlässigen dürfte und was vielleicht auch um ein Weiteres unsere Einschätzung bestätigt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Gut. - Der Herr Völk, Alfons: Können Sie noch mal sagen, was hat der für eine Funktion?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das ist mein Vorgesetzter. Das ist der Sachgebietsleiter.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ihr Vorgesetzter, okay. - Weil der schreibt ja hier im Zusammenhang mit einer Kommunikation - das ist MAT A BayStMI-2.01 DVD, Blatt 195 -:

Allerdings wurde dabei der Tatbestand „Geldwäsche“ im Sinn der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aufgabenstellung der Aufsichtsbehörde über die nach GwG verpflichteten Betriebe bislang nicht erkennbar (Verschleierung der Herkunft illegal erwirtschafteten Geldes).

Das heißt, es ist schon Ihre Aufgabenstellung, Verschleierung der Herkunft illegal erwirtschafteten Geldes zu erkennen, korrekt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Moment, ich muss es einmal kurz nachlesen. Das muss ich jetzt erst mal mir verinnerlichen.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielleicht können wir die Zeit kurz anhalten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie sind eh im Soll. Aber die Frage soll er durchaus noch ganz in Ruhe beantworten. Deswegen habe ich - - Ich hatte extra auf den Hinweis verzichtet. - Machen Sie weiter, und dann beantworten Sie die Frage bitte.

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, ich sage jetzt mal so - so spezielle Vortaten zur Geldwäsche, Geldwäschehandlungen -: Wenn wir es offensichtlich erkennen können, ja, dann müssen wir natürlich vielleicht tätig werden. Aber da ist dann eigentlich auch unsere Aufgabe oder unsere Zuständigkeit nicht gegeben dafür. Dafür sind wir nicht ausgelegt. Das ist dann der Punkt - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Aber die Aufgabe der bayerischen Geldwäschaufsicht ist, nur aktiv zu werden, wenn sie etwas offensichtlich erkennt.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wenn sie etwas aber offensichtlich nicht erkennt, dann, weiß ich nicht, geht man schlafen oder - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das ist ja dann, wie gesagt, Tätigkeit, Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, aktiv nach Geldwäschehandlungen in

Unternehmen oder etc. - - wo es halt vorkommt, das aufzuspüren. Das ist nicht unsere Tätigkeit.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, dann nur noch - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Wenn wir natürlich drauf stoßen - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Da steht:

Andererseits steht der Vorwurf der Geldwäsche bei Wirecard in den Medien seit längerem im Raum ...

Und dann wird auf eine Chronologie und das Jahr 2019 verwiesen. Das heißt, das hat der Herr Völk die ganze Zeit auf dem Radar gehabt oder Sie - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein, nein. Das haben wir dann - - Im Nachhinein haben wir uns dann natürlich mit den ganzen Medienberichterstattungen auseinandergesetzt. Und da ist natürlich dann auch - - Rückwirkend haben wir dann natürlich Artikel gelesen, die\* weit ins Jahr 2019 auch\* zurückreichten. Aber es ist jetzt nicht so, dass da irgendjemand Kenntnis hatte schon seit 2019 -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Na ja, Sie haben ja auch gesagt - -

**Zeuge Martin Mulzer:** - und das verheimlicht und dann erst hier - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Kollege.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, Internet ist auch Neuland bei Ihnen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, auf alle Fälle.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, alles klar.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kollege, danke. - Gut, dann Kollegin Paus für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag auch von meiner Seite! - Ich würde noch mal gerne wissen insgesamt, wie die Geldwäscheaufsicht aufgestellt ist. Sie hatten bereits gesagt, Sie haben sieben Vollzeitäquivalente.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben ein bisschen dargestellt, wie Sie im Laufe - - dass Sie 2019 sozusagen angefangen haben auch mit dem Thema Finanzunternehmen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Mhm.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie Finanzunternehmen beaufsichtigen, das ist aber ja schon länger der Fall, nicht erst seit der Änderung, seit dem 01.01.20. Von daher wollte ich einfach noch mal fragen: Ist das also richtig, dass in der ganzen Zeit, während es dieses Geldwäschegesetz gibt und die Zuständigkeit da ist, Sie in Bayern keine Finanzunternehmen aktiv beaufsichtigt haben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Richtig, genau, weil wir eben verschiedene Prüfungsschwerpunkte gesetzt haben und da einfach einen Fokus drauf gelegt haben und wir ja eben, wie ich eingangs erwähnte, uns zeitintensiv damit einarbeiten müssen. Das geht nicht von heute auf morgen, dass wir sagen: Jetzt nehmen wir die Verpflichteten-gruppe her, fahren einfach am nächsten Tag raus und arbeiten das ab. - Wir müssen uns da auch erst mal einarbeiten, teilweise Kommentarliteratur dazu etc. studieren, um eben auch fit werden zu können auf diesen Gebieten.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, obwohl Sie seit 2013 zuständig sind für die Beaufsichtigung von Finanzunternehmen, hat das in Bayern nicht stattgefunden.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die erste Intervention war, weil EY sich bei Ihnen gemeldet hat.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau. Also, im Jahr 2020 war es dann durch EY, genau.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie noch sagen - es gibt ja auch eine Liste - - Sie sind - - Für wie viele Unternehmen sind Sie schätzungsweise zuständig in Bayern, die dem Geldwäschegesetz unterliegen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das kann ich jetzt auswendig nicht sagen. Da gibt es schon Daten dazu; aber dass die - - Ungefähr - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann das sein, dass das bis zu 20 000 Unternehmen sein werden?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, ja, auf alle Fälle. Gerade mit München, sage ich jetzt mal, und dem südlichen Bayern haben wir doch einen enormen Speckgürtel, sage ich jetzt mal, wo wir einige Verpflichtete haben in verschiedensten Verpflichtetengruppen. Also, da gibt es einige. Es ist eine große Anzahl. Ich kann es nicht genau benennen; aber wir bewegen uns da mit Sicherheit - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind ja unter anderem auch zuständig für die Beaufsichtigung des Themas „Geldwäsche bei Waffenhändlern“. Ist es richtig, dass Sie keinen Überblick darüber haben, welche Waffenhändler in Ihrem Zuständigkeitsbereich sich befinden, und es auch keine Aufsicht gibt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das entzieht sich jetzt meiner Kenntnis. Aber Waffenhändler wäre ja, sage ich jetzt mal, auch, wie die Güterhändler, an die Bargeldschwelle gebunden. Und da müssten ja, sage ich jetzt mal, Waffen erst mal in Höhe von 10 000 Euro Barzahlung oder mehr veräußert werden oder angekauft werden.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin jetzt hier aus Berlin.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin jetzt mit Bayern, mit den Strukturen da, nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ganz so kundig. Könnten Sie noch mal sagen, was jetzt genau, auch geografisch, Ihr Zuständigkeitsbereich ist?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, also, wir sind bei der Regierung von Niederbayern für den Regierungsbezirk Nieder- und Oberbayern zuständig. Das klingt jetzt nach wenig, wenn wir nur zwei Regierungsbezirke haben; aber es ist doch ein großes Gebiet, erstreckt sich weit. Und, wie gesagt, mit München haben wir da schon ein ziemliches Dickschiff bei uns in der Zuständigkeit, auch von der örtlichen Zuständigkeit her, das, ja, möchte ich jetzt schon mal sagen, maßgeblich federführend ist in Bezug auf die restlichen Bezirksregierungen. Das zieht einfach schon sehr viele Unternehmen an. Also, man wird wahrscheinlich in Würzburg oder Aschaffenburg oder Hof, sage ich jetzt mal, nicht so viele Verpflichtete finden wie in München. Da ist halt wirklich ein ziemlicher Ballungsraum mit so vielen Firmen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und ist das richtig, dass Sie organisatorisch komplett dem Innenministerium unterstellt sind, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - sodass das Innenministerium sowohl für Ihre personelle Ausstattung wie technische Ausstattung wie für die Rechtsaufsicht und beim Thema Geldwäsche auch für die Fachaufsicht zuständig ist, verantwortlich ist?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also auch der Innenminister, Herr Herrmann. - Gut, dann wollte ich noch mal nachfragen: Sie hatten ja gesagt, Sie haben mit Herrn Spies selber nicht telefoniert, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - sondern das war Frau Wittmann.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Trotzdem: Könnten Sie noch was sagen zu der E-Mail? Dass das offenbar ja eine Beratung ist, der wir noch nachgehen, das haben wir jetzt schon mal festgestellt, aber - - Ist aus der E-Mail zu entnehmen sozusagen, welche Gründe EY annimmt, warum sie der Geldwäscheaufsicht unterliegen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das war so, dass der Herr Dr. Spies eben mitgeteilt hat, dass die Wirecard Bank AG der BaFin unterliege und er hingegen der Ansicht sei, dass die Wirecard AG in unsere Zuständigkeit fallen würde, weil neben der operativen Tätigkeit - sprich: der Hard- und Software für Bezahlungssysteme - auch eine größere Anzahl an Töchtern\* unter anderem auch im Ausland und auf dem Finanzinstitutssektor\* gehalten werden\* und damit eben nicht der Ausnahmetatbestand des § 1 Absatz 24 Satz 2 greife, sondern wir dann eben zurückfallen in den Satz 1, und zwar in die Nummer 1. Und das klang jetzt so nach erster cursorischer Prüfung beim Drüberlesen, sage ich jetzt mal, beim Abgleichen dieser Informationen - - für nicht völlig abwegig. Und, ja, haben wir gesagt: Das könnte durchaus der Fall sein.

Dass es eben jetzt zum Schluss, nach der intensiven Prüfung und Auswertung diverser Unterlagen, anders sich dargestellt hat: Gut. Aber ich meine, man kann sich ja mal, gerade in der Anfangsphase, täuschen. Zumal wir ja auch nicht in die Prüfung anfangs eingestiegen sind, sondern einfach nur diese vorliegenden Informationen, die uns der Herr Dr. Spies mitgeteilt hat, eben darauf bezogen haben.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da waren jetzt aber noch keine Bilanzzahlen dabei oder so, sondern - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, gar nix, gar nix. Das war wirklich nur der E-Mail-Text, der Ihnen, denke ich mal, auch vorliegen dürfte.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann interessiert mich jetzt zum Schluss noch mal das Geschehen rund um den 24., 25.06. So. Da hatten Sie ja gesagt, Sie seien - - da sei - - ist ja die Führungsinformation angefordert worden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So. Jetzt hatten Sie gesagt, Sie waren mit Ihrer Einschätzung noch nicht - - die war noch nicht abgeschlossen. So. Und es findet sich ja auch in einer Kleinen Anfrage - - in einer Beantwortung der Kleinen Anfrage im Bayerischen Landtag eben die Feststellung, dass Sie um Verlängerung auch gebeten haben. Das heißt, Sie haben am 27. - - 24., Entschuldigung, eine Zwischeneinschätzung abgegeben, aber waren ja noch nicht zu Ende mit der Prüfung. Habe ich das richtig verstanden? Und könnten Sie noch mal genau schildern, wie denn dann der Ablauf gewesen ist? Wer hat denn dann das entschieden? Und gab es noch mal eine Veränderung in den Unterlagen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, mit der Fristverlängerung: Das entzieht sich jetzt meiner Kenntnis, wer da jetzt mit wem was ausgemacht hat oder angefordert hat. Es war halt so, dass, wie gesagt, die federführende Sachbearbeitung dann an dem 24. auf meine beiden Kollegen übergang, die dann im Laufe des Abends an diesem Tag mit dem Sachgebietsleiter entsprechend ihr Prüfungsergebnis, sage ich jetzt mal, durchgesprochen haben, zu welcher Entscheidung sie gekommen sind. Und dann wäre man dabei gewesen, am nächsten Tag das in diese Führungsinformation einzubauen und mitzuteilen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und warum ist jetzt die Verantwortung von Ihnen übergegangen zu Ihren beiden Kollegen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Weil ich eben in der Zwischenzeit so sehr immer wieder außen vor war. Ich war immer wieder rausgerissen aus der Thematik, unter anderem durch den Urlaub und auch die Tätigkeit im Katastrophenschutz.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber die Prüfung hatten Sie doch vorgenommen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Die Prüfung habe nicht ich vorgenommen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Unterlagen, die dann da an dem 24. zusammengestellt waren, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau. Das haben die beiden Kollegen hauptsächlich ausgewertet.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - da waren Sie nicht mehr dran beteiligt.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, da war ich nicht dran.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und einen weiteren - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kollegin.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was zwischen dem 24. und -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kollegin Paus.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - 25. morgens, mittags, nachmittags passiert ist, waren Sie nicht beteiligt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein, da war ich nicht beteiligt. Nee, das war von den dreien die Aufgabe.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann bin ich jetzt noch mal für sieben Minuten dran. Ich würde da mal fortsetzen wollen, weil ich finde das schon ganz gut, was Frau Kollegin Paus so gefragt hat. Und ich hatte vorhin ja auch versucht, es damit so anzudeuten. Was gibt es denn - - Es ist ein sehr komplexes Feld, und Sie setzen sich diese Themenschwerpunkte. Gibt es denn da Fortbildungen, und welche Fortbildungen? Also, ich war selbst in meiner Tätigkeit ein wenig damit betraut, Gott sei Dank. Ich habe es am Rande mitmachen dürfen: implementieren. Das ist eine Menge Arbeit. Aber auf der anderen Seite habe ich auch immer gesagt: Mein lieber Scholli, da haben Sie ja einen ganz schönen Bauchladen mit sich zu schleppen - Sie haben es



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ja eben gesagt -: vom Kfz-Händler über Waffenhändler über ein sogenanntes Hightechunternehmen.

Jetzt sage ich mal, wir verlangen ja von allen Fortbildungen, auch vor allen Dingen in vielen freien Berufen - mit Recht. Ich möchte auch nicht von einem Mediziner operiert werden Stand vor 20 Jahren. Wie sieht das da bei Ihnen im Hause aus? Was bietet denn so Ihr Dienstherr als Innenministerium an Fortbildungen an? Was haben Sie seit 2013 an Fortbildungen durchlaufen dürfen oder auch müssen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, hinsichtlich der Geldwäscheprävention gibt es da keine Fortbildungsprogramme, weil es wirklich so ein Spezifikum ist. Das ist jetzt was anderes wie vielleicht baurechtliche Tätigkeiten oder so, wo man sagt, da kann man wieder mal eine Schulung in einem Fortbildungsprogramm besuchen. Aber Geldwäscheprävention braucht, dass wir - - dass es wirklich so eine Sonderzuständigkeit ist. In Bayern gibt es auch nur zwei Aufsichtsbehörden dafür. Das sind einmal eben wir - Regierung von Niederbayern für Nieder- und Oberbayern - und unsere Kollegen in Mittelfranken für die restlichen fünf Regierungsbezirke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und Sie teilen sich dann das ganz große Flächenland Bayern.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau. Wir teilen uns auf. Und Fortbildung müssen wir uns halt, sage ich jetzt mal, selbst erarbeiten im Kollegenkreise, im Team.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, klar. - Was ich wirklich frappant finde: Da gibt es ein BKA, da gibt es ein Innenministerium, was so alles auch an Kursen von Regierungen - ich durfte das ja auch -, wenn ich so die Materialien durchsehe, angeboten wird. Ich will jetzt nicht auf andere Dinge, die mir ohnehin sehr suspekt sind, eingehen.

Aber nochmals: Ich halte fest, Sie haben nie eine Fortbildung mal bekommen: Wie haben sich das Karussellgeschäft - wenn wir jetzt zum Beispiel

dran sind - oder bestimmte Verschleierungstaktiken beim Kfz-Handel - - über EU-Grenzen oder innereuropäisch durchgeführt werden - - Sie sind nie fortgebildet worden in Bezug auf neue Techniken, neue Wege im Internet, wie dort eben Geldzahlungen oder Umsätze - nochmals wieder Karussellgeschäft beispielsweise usw. - durchgeführt werden können, um Ihnen da Dinge an die Hand zu geben. Und vielleicht auch mal - die Kollegen haben es gefragt - eben auch nicht nur, wenn quasi wirklich die Hütte brennt, sondern, ich sage mal, wenn vielleicht nur im Moment das so schwelt: Also, da sind Sie nie von Ihrem Dienstherrn - in Bayern wird so was nicht gemacht - fortgebildet worden.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das halte ich mal so fest fürs Protokoll. Bayern - - Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** Es gibt halt zwischenbehördlichen Austausch, wo man sich vielleicht mal auf Arbeitsebene trifft und sich mal austauscht. Das ist regional unterschiedlich, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Na, das ist ja nicht eine Fortbildung.

**Zeuge Martin Mulzer:** - aber das ist keine Fortbildung in dem Sinn. Man kommt da im Zuge dieser Gespräche vielleicht drauf zu und sagt: Mensch, da gibt es neue Methoden oder andere Methoden, die sind vielleicht bei uns nicht so, weil es regional vielleicht gar nicht so möglich ist.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, nee, das ist ja nun für mich das Entscheidende.

**Zeuge Martin Mulzer:** Aber dass man jetzt sagt, man hat da so ein Fortbildungsprogramm ähnlich einer VHS oder so, sage ich jetzt mal, wo man dann sagen kann: Okay, diese und jene Schulung würde mich interessieren; die besuche ich jetzt mal und dem wohne ich jetzt eben bei - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, ist klar. Ich bin nur baff und halte das für mich fest. In diesem wirklich großen, wichtigen Themenbereich -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ich hoffe, das ist in den anderen Bundesländern anders, vielleicht ja auch nicht - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Glaube ich nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Für die Damen und Herren auch der Öffentlichkeit: Also, da gibt es gar keine Fortbildung. Es gibt in tausend Sachen Fortbildung, nur nicht bei der Geldwäsche seit 2013. Super.

Dann würde mich noch mal interessieren an der Stelle: Wie setzen Sie denn die Themenschwerpunkte? Heißt das, Sie sagen selbst - - Aus Ihrer Erfahrung jetzt oder - - Weil Sie scheinen da ja wirklich alleingelassen zu sein auch, also nicht nur von der BaFin, auch vom Innenministerium. Wie setzen Sie denn so Themenschwerpunkte fest? Also, fallen die vom Himmel? Oder sagen Sie dann: „Na ja, okay; ich habe das mal hier und da gelesen“? Also als Eigeninitiative, oder gibt es da denn mal wenigstens eine Ansage, vielleicht auch mit einer Erläuterung und einem kleinen Hinweis, wie man es machen könnte, vom Innenministerium? Oder müssen auch Sie das für sich selbst für dieses Riesengebiet, das so heterogen ist wie Europa, wenn ich mal München als kleinen Kosmos da bezeichne, auch noch selbst festlegen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, in den letzten Jahren hat es sich abgezeichnet, wie ich es eingangs erwähnt habe, dass man sich mit dem bayerischen Innenministerium abstimmt und bespricht, welche - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Was heißt das? Sie schlagen vor, oder die schlagen vor, und man erörtert, oder Sie schlagen vor, und die sagen: „Macht mal!“?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das ist im gegenseitigen Austausch. Und dann wird es halt schriftlich festgehalten, dass dann ein innenministerielles Schreiben erfolgt, wo dann festgelegt wird: Für uns ist jetzt demnächst diese und jene Verpflichtengruppe stärker in den Fokus zu nehmen.

Wie es sich jetzt vor meiner Zeit abgezeichnet hat, ob man da auch schon irgendwelche Abmachungen oder Vereinbarungen getroffen hat oder ob man da wirklich erst mal selbst sich das so erarbeitet hat, das kann ich jetzt nicht genau sagen, weil ich davor\* nicht tätig war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Müssen Sie ja nicht. - Nochmals: Ich bin da ja beim Kollegen Zimmermann: Sie tun mir da eher leid. Weil ich kann - - Ich muss ihn da korrigieren - weiß er auch -: Ich bin von der BaFin nicht so begeistert, von der Performance. Also, die nimmt eben eigentlich rechtsstehende Begriffe nur so rein technisch, vielleicht vom Himmel gefallen, so wie mancher Laie Eigentum und Besitz dann ganz leicht verwechselt oder mittelbaren Besitz und unmittelbaren Besitz. Und das macht dann die BaFin. Die braucht dann vier Monate - um das mal so festzustellen -, um auf eine klare Mail zu antworten. Und Sie machen seit 2013 keine Fortbildungen und kriegen keine angeboten. Dann kann man sich schon ein gutes Bild machen, wie so Geldwäscheprävention und Geldwäsche in Deutschland läuft und warum manche behaupten: Geldwäsche, da ist Deutschland schon ganz weit vorne, und zwar für die, die Geldwäsche betreiben. - Einfach mal so am Rande.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe keine weiteren Fragen mehr, weil da muss ich erst mal drüber schlafen und mit klarkommen. - Wer möchte? - Bitte schön, Kollege Müller für die CDU/CSU-Fraktion.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Ja, Herr Mulzer, vielen Dank für Ihre Ausführungen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Bitte schön.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Mich würde interessieren - aufgrund des halben Jahres Verzug und der Zuständigkeit, die Sie ja hatten auch in diesem Bereich -: Haben Sie selbst Aktien der Wirecard AG?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, das habe ich vorhin schon beantwortet. Ich weiß nicht, ob Sie zugegen waren; aber auf alle Fälle war die Frage schon und ist auch eindeutig mit Nein beantwortet worden. Hatte ich nicht.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Sie hatten auch nie welche gehabt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Optionsscheine?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, gar nix in der Richtung. Keine Beteiligungen, nix an irgendwelchen Firmen; um es abzukürzen für alle.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Danke.

**Zeuge Martin Mulzer:** Bitte.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Beim Thema Präventivwirken: Das müssen Sie mir noch mal erklären. Der Kollege Zimmermann hat ja gesagt, dass wir beide das Geldwäschegesetz sozusagen in der Hauptverantwortung mittragen als Berichterstatter. Wie lesen Sie das, dass Sie nur präventiv wirken? Also, was würde das bedeuten, wenn Sie in dem Falle - wenn ich auch Ihre Internetpräsenz mir anschau, die sehr ausdrücklich ist, wo man auch nachvollziehen kann, wer wie zuständig ist - - Was würde das bedeuten, nur präventiv zu wirken? In dem Fall beispielsweise Wirecard, aber auch Waffenhändler - die Kollegin hat es gesagt; ich komme nachher auf das Thema Register noch zu sprechen -, was bedeutet das, nur präventiv zu wirken?

**Zeuge Martin Mulzer:** Dass wir eben, wie ich es eingangs erwähnte, unsere Prüfungen derart gestalten, dass wir das kombinieren aus Informationen\* der Verpflichteten, wie sie sich selbst am besten vor Geldwäschezwecken missbraucht zu werden schützen können, und eben dann natürlich einer anschließenden Prüfung, dass wir dann auch die Geschäftsunterlagen beispielsweise einsehen und nachvollziehen können, ob dann auch den Pflichten entsprechend nachgekommen wird.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Nehmen wir mal beispielsweise das Thema „Schmuckhändler“ oder „Gewerbehändler“, die Sie auch in Ihrer Aufsicht haben, die ja ausgenutzt werden können als Geldwäschetransformationsstelle beispielsweise, aber die auch selbst Beteiligter sein könnten.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, kann auch sein.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** In Ihrer Vergangenheit, wo Sie schon damals zuständig waren für diese Bereiche im Nichtfinanzsektor, haben Sie da Anzeigen aufgegeben im Geldwäschebereich, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Sie meinen - -

**Sepp Müller (CDU/CSU):** - weil Sie beispielsweise Verpflichtete mitbekommen haben, die eventuell sich an Geldwäsche beteiligt haben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Es gibt teilweise anonyme Hinweise vereinzelt, wo gemutmaßt wird oder angeschuldigt wird, dass ein Verpflichteter beispielsweise entweder selber Geldwäschehandlungen vornimmt oder eben der Geldwäscheprävention in seinem Unternehmen nicht genügend nachkommt.

Ich persönlich habe jetzt selbst noch\* keinen\* Verpflichteten gehabt, wo wir entsprechende Gründe hatten, dass wir sagen, im Unternehmen findet selbst Geldwäsche statt oder das Unternehmen wird als Mittel zum Zweck verwendet, damit man Geldwäsche betreiben kann. Da hat\* mein Kollege, glaube ich, mal einen entsprechenden Sachverhalt gehabt, wo das im Raume gestanden hat. Aber ich persönlich habe jetzt noch keinen solchen Vorgang gehabt.\*

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Seit wann arbeiten Sie in dieser Abteilung und betreiben - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Seit Mai 2016 in der Regierung Niederbayern - -

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wir reden hier also über einen Zeitraum von fünf Jahren, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sepp Müller (CDU/CSU):** - wo Sie präventiv Geldwäscharbeit machen. Und Sie geben hier gerade zu Protokoll, dass Sie keinen Fall hatten, wo Sie selbst eine Anzeige erstattet haben, der aus dem Nichtfinanzsektor irgendwie augenfällig gewesen wäre, Geldwäsche betrieben zu haben. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.\*

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wie viele Mitarbeiter sind in Ihrer Abteilung zuständig für den Nichtfinanzsektor in den zwei Regierungsbezirken?

**Zeuge Martin Mulzer:** Moment, muss ich mal nachschauen. Das ist auch schon mal angegeben worden.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Für Niederbayern haben wir eben diese 7 Vollzeitäquivalente, und für unsere Kollegen aus Mittelfranken müssten es 6,3 sein, aktuelle Besetzung wohl gemerkt.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wie viele Unternehmer stehen dem gegenüber aus dem Nichtfinanzsektor?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das habe ich, wie gesagt, vorhin schon gesagt: Entzieht sich jetzt meiner Kenntnis. Kann ich jetzt ad hoc nicht sagen, wie viele Verpflichtete das insgesamt sind. Aber es sind einige.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Okay. - Weil wir müssen ja auch oder wollen ja auch aus dem Untersuchungsausschuss Schlüsse ziehen, wie wir zukünftig so was verhindern können. Ich finde es zumindest erst mal interessant, dass Sie aus dem Bereich Prävention keine\* Meldung\* rausgegeben haben, vor allem vor dem Hintergrund, dass wir ja mittlerweile wissen, dass insbesondere aus dem Nichtfinanzsektor Geldwäsche betrieben wird.

Unabhängig davon - das lasse ich jetzt mal stehen - würde mich das Thema noch mal interessieren: Sie wissen nicht, wie viele Verpflichtete

Sie haben. Gibt es auch aufgrund der Wirecard Diskussionen, Ideen in Ihrem Haus, ein gemeinsames Register einzuführen - oder gemeinsam mit dem bayerischen Innenministerium -, um diese aus dem Nichtfinanzsektor Geldwäscheverpflichteten besser für Sie ausfindig zu machen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das ist durchaus schon mal - im Team zumindest - angesprochen worden, dass es, wie gesagt, nicht schlecht wäre, wenn wir für sämtliche Verpflichtetengruppen aktuelle und vollständige Register hätten, weil wir uns dann auch leichter tun würden und uns dann die Arbeit insofern ersparen würden, als wir dann vielleicht bei gewissen potenziellen Verpflichteten doch zum Schluss auf das Ergebnis kommen „kein Verpflichtetenstatus“ und müssten die vielleicht auch gar nicht irgendwie großartig erst mal, ja, anschreiben oder mit denen in Kontakt treten, sondern könnten direkt aus Registern, sage ich jetzt mal, die Datensätze schöpfen.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wann gab es die erste Idee dazu? Vor oder nach Wirecard?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das kann ich jetzt nicht mehr sagen. Ich glaube, dass es das mit Sicherheit schon vor Wirecard auch gab, weil dieses Thema bestand ja schon längere Zeit, dass wir nicht überall für jeden aktuelle und vollständige Register haben.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Okay. - Sie hatten ja auch bei Wirecard eine vorläufige Prüfung vorgenommen, wenn ich das den Unterlagen richtig entnehmen kann, wo Sie halt selbst zu dem Entschluss gekommen sind, auch aufgrund der ganzen Rechtsberatungen, die Sie gesagt haben, dass Sie nicht zuständig seien. Wie lief die Prüfung ab? Wurde in das Handelsregister eingesehen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wurden die Notar-

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, Sie meinen jetzt, wo wir zu dem endgültigen Prüfungsergebnis kamen.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau. Also, wir haben den Handelsregisterauszug eingesehen, die Satzung und den Geschäftsbericht 2018. Das waren die bis dahin zugänglichen Unterlagen, die wir, sage ich jetzt mal, ranfordern, anfordern oder einsehen konnten. Und anhand dessen haben meine Kollegen damals dann die Zuständigkeitsfrage abgearbeitet.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Liest man in Ihrem Haus die „Financial Times“?

**Zeuge Martin Mulzer:** Was meinen Sie „in meinem Haus“? Das komplette Haus? Das entzieht sich meiner Kenntnis, wer sonst wie irgendwie die „Financial Times“ liest.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** War Ihnen zu dieser Zeit bekannt, dass mehrere Presseberichterstattungen davon ausgingen, dass bei Wirecard nichts ordentlich oder einiges schief läuft?

**Zeuge Martin Mulzer:** Mir persönlich nicht. Ob es etwaigen Kollegen schon in Kenntnis war, entzieht sich auch meiner Kenntnis. Das kann ich nicht sagen.

Aber - ich habe es eingangs schon erwähnt - selbst bei noch so negativer Presseberichterstattung haben wir dem Ganzen einfach keine große Aufmerksamkeit geschenkt, weil eben, zumindest bis zum 20.02., Wirecard für uns kein Verpflichteter war. Wir hatten davon keine Kenntnis großartig, von diesem Unternehmen, und haben dem auch keine größere Aufmerksamkeit geschenkt. Warum hätten wir es auch tun sollen? Ich meine, wo wir keine Zuständigkeit zunächst mal sehen, warum sollen wir dann da uns groß den Kopf zerbrechen? Das machen ja jetzt die Kollegen aus der Baurechtsabteilung beispielsweise auch nicht, wenn sie irgendwelche Mitteilungen, denke ich mal, bekommen, mitbekommen, wo irgendwelche Verpflichteten vielleicht mit Geldwäschebehandlungen tangiert sind.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Hypothetisch mal gefragt, dass die Wirecard AG in Ihren Bereich gefallen wäre - ja, das ist jetzt natürlich ein bisschen schwierig, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Mhm, okay.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** - aber nur mal - - Was hätte das bedeutet? Sie hätten alles implementiert, was zu implementieren wäre bzw. hätten beauftragt: Man muss einen Geldwäschebeauftragten implementieren, man muss eine entsprechende Compliance-Regel machen etc. Können Sie mal bitte sagen, was das bedeutet hätte für die Wirecard AG, wenn Sie die so eingestuft hätten? Und mich würde auch interessieren: Ab dem Zeitpunkt, wenn Sie zu dem Entschluss gekommen wären - das ist jetzt wirklich sehr hypothetisch -, wie lange hätte die Wirecard AG dafür Zeit gehabt, das zu implementieren? Und wie eng begleitet die bayerische Regierung, also hier Niederbayern, diesen Prozess, um alles zu implementieren? Ich gehe mal davon aus - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Das ist schon sehr schwer einzuschätzen.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Ich gehe mal - - Um mal ein Beispiel - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, da kann ich wirklich jetzt nix dazu sagen, wie dicht wir dran gewesen wären, in welchen Zeiträumen. Wir setzen da eigentlich auch grundsätzlich keine Fristen, es sei denn, es ist vielleicht irgendwie abzusehen, dass wir sagen: Da wird wahrscheinlich in den nächsten Wochen, Monaten auch nix geschehen, oder es erfolgt keine Bestellung. - Wenn wir Fristen setzen, dann setzen wir die auch entsprechend großzügig, damit das auch noch entsprechend vernünftig umgesetzt werden kann. Es bringt nix, wenn ich sage: „Morgen habe ich die Bestellung eines Geldwäschebeauftragten auf dem Tisch“, und dann müssen die sich vielleicht erst einmal intensiv auseinandersetzen, prüfen: Wer ist intern vielleicht geeignet? An wen vergeben wir das? Wen betrauen wir mit dieser Stelle, mit dieser Funktion?

Also, da reden wir schon von humanen Fristen, sage ich jetzt mal, vielleicht von mehreren Wochen. Und wenn dann nix erfolgt, dann fragen wir natürlich nach. Aber da jetzt ad hoc eine Aussage zu treffen, wie dicht wir an diesen jeweiligen Prozessen dran gewesen wären: Sehen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie es mir bitte nach, aber das ist schlicht nicht möglich.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Sie hatten vorhin gesagt, dass ein Kollege von Ihnen zwei Finanzunternehmen begleitet hat.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das waren Finanzanlagenvermittler.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Finanzanlagenvermittler.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Okay. Also, die bereits vor - - in der vorherigen GwG-Novelle in Ihre Zuständigkeit gefallen sind und nicht über die Abstraktion KWG sozusagen als Finanzholding bei Ihnen fallen, sondern die als Finanzanlagenvermittler sowieso bei Ihnen waren.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Um noch mal auf diese beiden Fälle zu kommen - nur damit man mal ein Gefühl bekommt -: Wenn Sie da jetzt präventiv tätig sind, wie sieht das aus? Also, Sie begleiten die. Ihnen fällt etwas auf. Ihnen fällt etwas nicht auf. Also, wie läuft das dort ab? Wie muss ich mir das vorstellen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wir haben gewisses Informationsmaterial dabei. Wir stellen zum Beispiel behördliche Dokumente zur Verfügung, zum Beispiel Dokumentationsbögen, wo wir die relevanten Sorgfaltspflichten noch mal aufgelistet haben. Das ist eine Empfehlung von unserer Seite, dass man die verwenden kann; muss man aber nicht. Fakt ist: Der Verpflichtete muss für uns dann sicherstellen können, nachvollziehbar auch dokumentiert, dass er diese Sorgfaltspflichten einhält. Ob der die jetzt auf einem leeren Papier oder auf einem Schmierzettel festhält, in den Unterlagen

dann einordnet oder ob er unsere Dokumentationsbögen, die wir behördlich zum Beispiel zur Verfügung stellen, heranzieht, ist unerheblich. Hauptsache, wir können nachvollziehen, die Sorgfaltspflichten wurden erkannt und ausgeführt und befolgt.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Mhm. - Wenn der jeweilige Finanzanlagenvermittler beispielsweise Bargeld in Größenordnungen annimmt und diese in den Immobilienmarkt überführt, weil er beispielsweise eine Anlage in einem geschlossenen Fonds oder generell eine Immobilienanlage für jemanden macht, dann, gehe ich davon aus, sagen Ihre Vorgaben, dass das geldwäscheanzeige-pflichtig wäre, denke ich jetzt mal. Zumindest hört es sich danach an laut den Befindlichkeiten, die auch die BaFin dazu hat. Wenn aber selbst der Finanzanlagenvermittler in diesen Bereichen tätig ist, also selbst augenscheinlich Geldwäsche betreibt, weil er mit eigenem Bargeld in Immobilien investiert, könnten Sie das kontrollieren?

**Zeuge Martin Mulzer:** Der Finanzanlagenvermittler investiert Bargeld in Immobilien.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Genau, in Größenordnungen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich habe jetzt da noch wenig Erfahrung auf dem Gebiet. Wie gesagt, das haben meine Kolleginnen betreut Ende 2019. Die haben nur eben mal stichprobenweise diese beiden Finanzanlagenvermittler geprüft. Wir sind dann auch leider nicht mehr näher dazu gekommen, hier hypothetische Fallkonstruktionen zu besprechen: Was könnte sein? Was würden wir unternehmen, wenn wir auf gewisse Tatsachen stoßen würden? - Wir waren dann relativ schnell im Jahr 2020, und dann kam auch eben zeitnah Corona, und, ja - -

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Na gut, Sie machen das ja seit 2016. Ich lasse mal 2020 außen vor. Ich gehe jetzt noch mal auf den Bereich Prävention ein.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Sie haben beispielsweise Güterhändler bei sich, die Autos verkaufen, die aus dem Ausland importiert werden. Auf welche Daten aus dem Ausland haben Sie als bayerische Regierung in Niederbayern Zugriff?

**Zeuge Martin Mulzer:** Keine. Wenn die uns nicht irgendwie in irgendeiner Art vorliegen, haben wir keinen Zugriff drauf.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Sie wissen also auch nicht, wo die Autos aus dem Ausland herkommen, wie die hergestellt wurden, aus welchem Ursprungszustand die hergeführt werden?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Können Sie nicht nachvollziehen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Das ist jetzt in dem Moment für unsere Arbeit auch nicht so relevant, weil wir das Ankaufs- oder Verkaufsgeschäft in den Fokus nehmen. Und ob das irgendwie davor vielleicht aus dem Ausland angekauft wurde und vielleicht irgendwie mit Zwischenverkäufen andere Länder durchlaufen hat, ist jetzt für diese Tätigkeit, glaube ich, auch nicht ausschlaggebend.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Ist in Ihren Ausführungen, die Sie mit dem jeweiligen Händler besprechen, darauf Bezug genommen, ob er das prüfen muss, wo der Gegenstand, der vorher gehandelt wurde, beispielsweise im Ausland, herkommt? Oder ist da in Ihren Ausführungen nix dazu zu finden? Also, ich konnte in den offiziellen Dokumenten von Ihnen nix finden.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, ist jetzt auch nicht Gegenstand, sage ich jetzt mal, der Thematik.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wären Sie in der Lage gewesen, eine Wirecard AG, die international tätig ist, unter anderem in Schanghai, in osteuropäischen Ländern, überhaupt mit Ihren Mitteln, die Sie zur Verfügung haben, geldwäschepreventionstechnisch zu beraten?

**Zeuge Martin Mulzer:** In unserem Umfang in einer gewissen Weise: Ja. Aber ob das dann natürlich vollständig oder voll allumfassend sein würde - - Könnte durchaus sein, dass es da vielleicht noch Optionen gibt, Freithemen\*. Wir können natürlich nicht alles abdecken. Wir können das nach unseren Vorgaben Notwendige vermitteln; aber ob wir dann total alles abdecken damit - - Ist ja nicht immer auch alles total unsere Aufgabe. Es gibt ja noch so viele andere Behörden, die Strafverfolgungsbehörden, die dann eventuell auch tätig werden müssten, wenn - -

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Na gut, die Strafverfolgungsbehörden können ja nicht tätig werden, wenn sie keine Geldwäscheverdachtsmeldung - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau. Also vorausgesetzt, wenn solche Verdachtsmomente vorhanden wären.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Ja, früher hießen sie „Geldwäscheverdachtsanzeigen“; jetzt sind es ja nur noch „Meldungen“. - Wie läuft Ihre Zusammenarbeit mit der FIU?

**Zeuge Martin Mulzer:** Gut.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wie oft treffen Sie sich?

**Zeuge Martin Mulzer:** Es gibt einmal im Jahr - - gibt es so Workshops, sage ich jetzt mal, oder Arbeitsebenentreffen, wo man dann, ja, gewisse Themen bespricht. Man könnte auch mal vielleicht unter der Zeit, zwischendurch, wenn man das Bedürfnis hätte oder ausgehend von der FIU, dass man sich vielleicht direkt mit einer Bezirksaufsicht zum Beispiel trifft oder eine Besprechung abhält, ein Treffen veranstalten. Aber ansonsten läuft viel eigentlich nur über Verdachtsmeldungen dann auch, wenn welche abzugeben sind.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wie viele Verdachtsmeldungen haben Sie an die FIU abgegeben in Ihrer Laufzeit?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das kann ich jetzt auswendig nicht sagen. Es waren ein paar. Aber ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

glaube, dass es fünf\* nicht überschreitet, Pi mal Daumen, plus/minus.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Und wir reden seit der Zeit, seitdem die FIU beim BMF angesiedelt ist, oder bereits seit der Zeit, seitdem die FIU 2016 noch beim BMI angemeldet wurde?

**Zeuge Martin Mulzer:** Schon überwiegend eigentlich seit BMF, ja. Davor, glaube ich, war es vielleicht ein-, zweimal\*, als noch die alte Regelung war.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wissen Sie, um auch das zukünftig besser zu machen, müssen wir uns ja die Frage stellen, wie wir gerade den Nichtfinanzsektor - unabhängig von der Finanzholding; das muss man sicherlich noch mal anders betrachten - besser überwacht bekommen. Ich halte für mich fest: Sie sind seit 2016 da präventiv mit 13 Leuten tätig -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** - für zwei große Regionen, teilweise größer als manche Bundesländer, mit einer Vielzahl - Tausenden! - von Verpflichteten - Tausenden! -, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Mindestens Zehntausende, Minimum.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** - die Sie nicht mal definieren können, weil es kein Register gibt, wo Sie ad hoc zugreifen können, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, nicht für alle Verpflichtetengruppen, muss man dazusagen.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** - beispielsweise Schmuckhändler, beispielsweise Goldhändler, beispielsweise Automobilhändler usw. usf., und wenn Sie geldwäschepräventiv arbeiten wollen - - Sie außer auf die Daten, auf die Sie zugreifen, auf keine einzige internationale Datei zugreifen können, wenn Sie es gewollt hätten, weil Sie gar keine Zugriffsmöglichkeit haben. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, ja.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Danke. Ich bin fertig.

**Zeuge Martin Mulzer:** Bitte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist das geschenkt, oder möchte noch jemand? Drei Minuten wären noch. - Okay. Dann würde ich jetzt weitermachen. Also, eins wurde ja auch da deutlich, auch vom Kollegen Müller eben: Man lässt Sie schon mit dem Riesenaufgabenfeld allein.

Jetzt ist meine Frage: Was für ein Prinzip haben Sie denn auch so - oder vielleicht auch gar kein Prinzip -: Bottom-up oder Bottom-down jetzt beispielsweise zum Innenministerium oder zum Landeskriminalamt? Wie laufen da die Informationsflüsse, jetzt aus Ihrer Wahrnehmung? Oder gibt es da tatsächlich eine Regel?

**Zeuge Martin Mulzer:** Zu wem meinen Sie? Zum Innenministerium?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Zu Ihrem, sagen wir mal, Dienstherrn, dem Innenministerium, und den angeschlossenen Behörden wie dem LKA.

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, wir sind, zumindest mit dem bayerischen Innenministerium, schon immer wieder in regelmäßigem Austausch. Es finden eigentlich auch dreimal - also außerhalb von Corona, sage ich jetzt mal - im Jahr Treffen statt mit den bayerischen Aufsichtsbehörden und dem bayerischen Innenministerium, wo auch immer wieder Gewisses abgesprochen wird.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, okay. - Jetzt lese ich Ihnen was vor. Sie hatten ja gesagt, Wirecard war für Sie das erste Mal am 20. Januar\* auf der Agenda.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Am 20. März fand ein Arbeitstreffen zwischen Herrn K. - - Den kennen wir heute auch, das ist Herr Kohlpaintner, der bei Ihnen dann zuständig war da: „Hallo, ich bin jetzt der Geldwäschebeauftragte“, der sich mit E-Mail eben bei Ihnen\* vorstellte. So. Und hier hat dieser Herr K., also Herr Kohlpaintner,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gegenüber Ihrer Behörde eben bzw. dann dem Kriminalamt, dem Bayerischen Landeskriminalamt - - sich zusammengesetzt und entsprechend gemäß MAT A BayStMI-1.01, Blatt 76 f., sich ausgetauscht. Das Innenministerium teilt nämlich auf unsere Anfrage hin in einer Korrespondenz - das ist zu lesen - mit, es seien mögliche Maßnahmen der Wirecard AG zur Prävention von Geldwäsche, Betrug, Terrorismusfinanzierung sowie Fragen zum Bereich Kryptowährung besprochen worden. Man hat aber nicht für nötig erachtet, weil Sie sind ja nur für München und diesen Riesenraum zuständig, Ihnen mal mitzuteilen: Da ist einer von der Wirecard hier zuständig und vorstellig geworden. Der hat sich beim Bayerischen Landeskriminalamt beraten lassen. - Da hat man Sie gar nicht so ins Boot geholt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, haben wir keine Kenntnis davon.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, kann man machen, muss man nicht machen. - Ich frage jetzt mal: Zu dem damaligen Zeitpunkt, als Sie da ja schon ganz schön - - Zwischen dem 20. Januar\* und Juni, auch wenn Sie dann mehr Katastrophenschutz machen mussten: Haben Sie zum damaligen Zeitpunkt nicht das weitere Vorgehen und eine weitere Abstimmung mit anderen Behörden als erforderlicher eingestuft? Also, die BaFin war da ja irgendwie etwas länger dran. Da kam ja nix. Aber da hat man ja ein Bild, wenn man als Mitarbeiter dort sitzt. Sie sitzen da auf Ihrem Stuhl und sagen: Jetzt könnte ich ja ein bisschen mehr Austausch und Input gebrauchen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, weil es zum damaligen Zeitpunkt für uns noch keine Anhaltspunkte gab, dass wir eine andere Behörde irgendwie kontaktieren könnten oder sollten, weil vielleicht - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber es hätte schon geholfen, wenn das Bayerische Landeskriminalamt Ihnen mal einen Hinweis geschmissen hätte: Übrigens, einer von der Wirecard war hier. Der hat sich zu Terrorismusfinanzierung, Geldwäsche, Kryptowährung usw. beraten lassen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, wäre zumindest nicht unwichtig gewesen oder nicht total zu vernachlässigen gewesen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, finde ich eigentlich auch. Also, man kann ja immer - - Wie gesagt, Sie sitzen hier sozusagen als ein kleines Glied in der Kette.

**Zeuge Martin Mulzer:** Das kleinste.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber Sie können ja nur so gut sein, wenn man Sie lässt, wenn Sie ausreichende Äquivalenzziffern haben. Noch mal: In München - das klang ja eben an, als Frau Paus fragte - - Als Sie nun zu der Entscheidung gekommen sind - es hätte ja auch eine andere Entscheidung geben können -, haben Sie selbst mal für sich bei einem Glas Bier oder Rotwein oder auch Mineralwasser gesagt: „Mensch, eigentlich ist das ja eine Gesetzeslücke, die wir da haben; wenn es mal ganz blöd läuft, kann so ein DAX-Unternehmen eigentlich sagen: ‚Ach, Geldwäsche in Deutschland, nicht mit mir‘“?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, sicher - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Weil die BaFin sagt: Nö, wir sind nicht zuständig. Wir gebrauchen das ja alles nur so technisch.

**Zeuge Martin Mulzer:** Da hat man sich durchaus schon mal die Frage gestellt: Wenn keiner\* Zuständigkeit für sich sieht, wer ist dann zuständig? Oder gibt es dann tatsächlich Unternehmen, die aufsichtslos agieren können?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und haben Sie da mal nach dem Nachdenken vielleicht auch gesagt: „Das könnte ich ja mal meinem Dienstherrn oder so was mitteilen und sagen: ‚Mensch, Freunde, die in Berlin und die im Bayerischen Landtag und vielleicht auch in der EU, die haben da irgendwie eine Gesetzeslücke gelassen; da könnte es teuer und schlecht und gut für die OK werden‘“?

**Zeuge Martin Mulzer:** Na ja, es ist durchaus nach oben schon kommuniziert worden. Inwieweit das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann noch weiter an die entsprechenden Stellen getragen wurde - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist es! - Können Sie sich da vielleicht erinnern, wann oder wer da von Ihnen eine Mail bekommen hat mit dem Hinweis: „Achtung, hier ist eine Gesetzeslücke“?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, also, da kann ich mich nicht mehr dran erinnern.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber es ist kommuniziert worden aus Ihrer Erinnerung.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich gehe davon aus, ja, dass wir das auf alle Fälle - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber wer, wissen Sie nicht?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, wer jetzt genau, kann ich nicht sagen; aber das liegt ja offen auf der Hand. Spätestens seit der Entscheidung von unserer Seite aus am 24. hätte man dann irgendwann vielleicht mal drauf kommen können: Die sind nicht zuständig; die anderen sind nicht zuständig. Wer ist dann zuständig? Gibt es jemanden, oder ist es total aufsichtslos?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau. Die Frage haben wir uns ja dann irgendwann nämlich auch mal gestellt, als Herr Scheufele hier war. Ich war da ja auch baff, erstaunt. Also, man lernt ja nicht aus. - Nee, ich glaube, es ist alles gesagt. Jeder kann sich da selbst seine Schlüsse, glaube ich, draus ziehen. - Ich schenke die Zeit. Wer möchte? - Frau Kiziltepe für die SPD-Fraktion.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ja, Herr Mulzer, Sie sind seit 2016 dort beschäftigt in der Geldwäscheprävention.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Halten Sie das Problem der Geldwäsche für virulent, allgegenwärtig? Wie wichtig ist dieses Thema aus Ihrer Sicht für Deutschland, für Bayern?

**Zeuge Martin Mulzer:** Es ist schon wichtig. Spielt immer noch eine Rolle.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Können Sie mir sagen, wie hoch das Geldwäschevolumen in etwa in Deutschland ist pro Jahr?

**Zeuge Martin Mulzer:** Da gibt es so\* verschiedene Studien und Schätzungen dazu. Manche sagen zwischen 50 und, ich glaube, 150 Milliarden Euro, die da gewaschen werden. Ich kann jetzt da näher nicht dazu Stellung beziehen, wie verifizierbar das ist. Aber dass auf alle Fälle eine Menge umgesetzt wird und hier gewaschen wird, das, denke ich mal, kann man durchaus schon - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Es gibt unterschiedliche Schätzungen. Und die Schätzungen gehen von 100 bis 300 Milliarden aus.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Als Sie damals angefangen haben, 2016, wie viele Kolleginnen und Kollegen hatten Sie?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wir waren damals - - Das war - - Ja, das war ein bisschen so eine Umstrukturierung bzw. personelles\* roulierendes System. Einige Kolleginnen sind weggegangen. Bis wir dann die Lücken, sage ich jetzt mal, die da entstanden sind, wieder allmählich nachbesetzt haben, war es ein bisschen, ja, ein turbulentes Jahr, sage ich jetzt mal.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wie viele Personen waren das 2016?

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, als ich gekommen bin, waren wir dann - - Da waren wir, glaube ich, nur vier, fünf Kollegen. Das war dann innerhalb weniger Monate immer so ein Wechsel. Die einen sind gekommen; die nächsten sind dann gegangen. Hat sich manchmal ja überschritten ein bisschen. Aber da hatten wir ein bisschen Schwankungen drin, sage ich jetzt mal.\*

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also vier\* Vollzeitäquivalente.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja. Warten Sie mal. Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):\*** Was haben Sie davor gemacht?

**Zeuge Martin Mulzer:\*** Ich war davor bei der Landeshauptstadt München tätig.

**Cansel Kiziltepe (SPD):\*** Bei der Landeshauptstadt?

**Zeuge Martin Mulzer:\*** München.

**Cansel Kiziltepe (SPD):\*** Und in welchem Bereich?

**Zeuge Martin Mulzer:\*** Kassen- und Steueramt, Zweitwohnungssteuerwesen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):\*** Und dann sind Sie 2016 zur Bezirksregierung gewechselt.

**Zeuge Martin Mulzer:\*** Ja, genau, und da dann direkt - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):\*** Und haben Sie sich gezielt auf die Stelle in der Geldwäscheprävention beworben?

**Zeuge Martin Mulzer:\*** Nee, das war eine andere Ausschreibung; aber es hat sich dann ergeben, dass in der Geldwäscheprävention auch eine Stelle offen wäre. Und das wurde mir dann angeboten, ob ich daran Interesse hätte. Und dann habe ich mir gedacht: Ja, klingt interessant; würde ich gern wahrnehmen. - Und dann bin ich so, auf diese Art und Weise - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):\*** Wurden Kenntnisse, Erfahrungen in dem Bereich abverlangt, oder, wenn nicht, wurde Ihnen gesagt: „Okay, Sie kriegen hier eine Fortbildung; hier ändert sich jedes Jahr irgendwas im Rahmen der Geldwäschegesetzgebung“?

**Zeuge Martin Mulzer:\*** Ich denke - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):\*** Oder haben Sie selber mal nachgefragt, ob Sie eine Fortbildung kriegen, wenn Sie die Erfahrung nicht gehabt haben?

**Zeuge Martin Mulzer:\*** Nee, weil ich hatte eine gewisse Vorerfahrung dadurch, dass ich früher was anderes gearbeitet habe, das nahe damit zu tun hatte, sage ich jetzt mal, wenn auch nur am Rande. Und ich denke, das war mitunter ausschlaggebend, warum man mich dann auch in die engere Auswahl gezogen hat, dass ich dann eben in diesem Bereich bei der Regierung von Niederbayern tätig werden konnte.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** 2016/2019, also nach drei Jahren, gab es da einen Aufwuchs im Personaltableau in dem Bereich?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, wir haben dann aufgestockt. Wir hatten auch eine Kollegin aus dem Erziehungsurlaub wieder zurückgewonnen, die dann auch, sage ich jetzt mal, von Anfang an eigentlich ja dabei war, aber eben phasenweise immer wieder weg war. Und wir haben dann zuletzt auch einen Kollegen der Bayerischen Landespolizei abgeordnet bekommen, zur Verstärkung eben. Aber der - - Also, der ist schon auch längere Zeit intensiv mit der Katastrophenschutzthematik gebunden. Aber grundsätzlich werden wir - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und wie viele Kollegen sind das jetzt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Jetzt sind wir acht - acht Köpfe.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Finden Sie, das ist ausreichend für die Geldwäscheprävention?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein. Man könnte natürlich immer, sage ich jetzt mal, noch mehr Personal gebrauchen; aber die Frage ist halt, ob man das so schnell umsetzen kann.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Haben Sie Ihre Chefs mal darum gebeten oder wurde das mal besprochen, dass man hier mal schön aufstocken könnte?

**Zeuge Martin Mulzer:** Sicher ist es immer wieder mal thematisiert worden: Mehr Personal wäre vielleicht mal nicht schlecht. - Immer noch vor dem Hintergrund auch: Wenn immer mehr Verpflichtete vielleicht hinzukommen, wir können das mit der konstanten Personenanzahl nicht - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Also, finde ich auch. Zumal mit der Gesetzesänderung letztes Jahr - - ist ja noch mehr auf Sie zugekommen. Genau. Also, Sie erachten dieses Thema für ein sehr wichtiges Thema. Es fließt so viel Geld. So viel Geld wird da gewaschen. Und Sie sind der Meinung, hier bräuchte es unbedingt einen Personalaufbau.

**Zeuge Martin Mulzer:** Wäre zumindest nicht von Nachteil.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Sie haben ja jetzt auch Erfahrungen. Fünf Jahre etwa sind Sie da und kennen auch den Arbeitsumfang. Was würden Sie denn denken, wie viele Personen man braucht, um diese Arbeit auch ordentlich ausführen zu können?

**Zeuge Martin Mulzer:** Kann ich ganz schlecht einschätzen.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Eine Verdopplung? Eine Verdreifachung?

**Zeuge Martin Mulzer:** Kann man jetzt ganz schlecht - - Will ich jetzt keine Aussage dazu treffen, weil das - - ja, könnte ich jetzt eigentlich nicht sagen, was jetzt da eine angemessene Zahl wäre. Ob man mit einer Verdoppelung das schon erreichen könnte, entzieht sich meiner Kenntnis. Es müssten vielleicht auch Erfahrungswerte dann zeigen, wenn man mit drei oder fünf Personen mehr arbeitet, ob das dann ausreicht.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Haben Sie viele Überstunden?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, hält sich in Grenzen.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Hm?

**Zeuge Martin Mulzer:** Hält sich in Grenzen.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Wer macht dann die Arbeit? Sie waren jetzt wegen des Katastrophenfalls weg. Und dann muss sich doch so viel Arbeit immer aufge-

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das bleibt halt jetzt an den zwei federführenden Kollegen hängen. Es

sind jetzt zwar zwei Kolleginnen zurückgekommen aus den coronabedingten Fremdeinsätzen. Also, das Geldwäscheteam wird, wenn man so will, wieder allmählich aufgestockt.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ich meine, Bayern nagt ja auch nicht am Hungertuch und ist kein Nehmerland im Moment, soweit ich weiß. Also, gab es auch jetzt wegen des Katastrophenfalls Pandemie da keine Aufstockung?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das weiß ich nicht, ob es deswegen - - \*

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Also, können Sie vielleicht sagen: Wie viele neue Kolleg/-innen haben Sie im letzten Jahr dazugewonnen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Im letzten Jahr, das war eigentlich ja nur der Kollege von der Polizei, der\* uns abgeordnet wurde.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Nur eine Person letztes Jahr.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, jetzt aber nur speziell bei der Regierung von Niederbayern. Also, die Kollegen aus Mittelfranken haben entsprechend auch eine Person von der Polizei abgeordnet bekommen als Verstärkungskraft.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Also, das Geldwäschevolumen steigt jedes Jahr, aber personalmäßig -

**Zeuge Martin Mulzer:** ... hängt es ein bisschen hinterher.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): - ist man da nicht im Gleichlauf, hängt hinterher so ein bisschen, hat man den Eindruck.

**Zeuge Martin Mulzer:** Aber ich kann nicht sagen, was jetzt da eine angemessene Aufstockung wäre, wie viele Personen wir noch bräuchten.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Wie haben Sie sich eigentlich auf die heutige Befragung, Vernehmung vorbereitet?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Na ja, ich habe mir halt den Sachverhalt noch mal zu Gemüte geführt, habe versucht, etwaige Erinnerungslücken aufzufrischen, ja, und dann versucht, hier bestmöglich vorbereitet reinzugehen, damit ich Sie tatkräftig unterstützen kann bei der Aufklärung des ganzen Sachverhalts.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Mit welchen Kolleginnen oder anderen Ministerien - - Bayerisches Innenministerium, bayerische Regie- - haben Sie gar nicht gesprochen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, nur im Kollegenkreis, die eben verfügbar waren. Nur mit den Kollegen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie wurden auch nicht angesprochen auf diesen Termin heute.

**Zeuge Martin Mulzer:** Von meinen Kollegen?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, Kollegen oder Staatsministerium des Innern, bayerische Regierung.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, nee. Wenn, dann habe ich das bekannt gegeben, dass ich jetzt da eine Ladung dazu habe.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie haben auch nicht mit Alfons Völk gesprochen -

**Zeuge Martin Mulzer:** Doch, doch.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - oder mit Herrn Mildner gesprochen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Doch, doch, also, mit dem Herrn Völk schon natürlich als Sachgebietsleitung. Der war natürlich eingebunden.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und was haben Sie mit ihm besprochen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Na ja, wir haben halt eben im Kollegenkreis das besprochen und eben, sage ich jetzt mal, diese Erinnerungslücken, die teilweise da waren, noch mal aufgefrischt und uns noch mal das zu Gemüte geführt, vor Augen geführt, wie der zeitliche Ablauf war, was alles hin- und hergeschrieben wurde, was gesagt wurde.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Herr Alfons Völk wirkte ja auch an dieser Führungsvorlage mit, richtig?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, mhm.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ich möchte das noch mal verstehen. Das habe ich vorhin - - Mein Kollege Zimmermann hat das noch mal angesprochen; aber ich habe das nicht ganz verstanden. Es ist also so, dass EY und auch eine renommierte große Anwaltskanzlei, Freshfields, feststellen dass für die Geldwäschebekämpfung in diesem Fall die Bezirksregierung zuständig ist. Sie stimmen, laut - - Ich habe das jetzt, Ihre E-Mails, da auch mal mir angeschaut. Sie stimmen dem auch erst zu. Und dann plötzlich wird anders entschieden. Sie haben hier in den vorhergehenden Fragen gesagt: Ja, wir haben das auch prüfen lassen. - Und Sie gehen jetzt fest davon aus, dass das so ist. Es hätte sich ja auch sonst keiner gemeldet und das angekreidet, und deshalb könne man schon davon ausgehen, dass eben die Geldwäscheaufsicht nicht bei Ihnen läge. Mich würde noch mal interessieren, welche juristischen Gutachten - - Haben Sie eigentlich eine Rechtsabteilung bei Ihnen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein. Also, das ist vielleicht auch falsch rübergekommen oder - - Ich weiß nicht, wie das jetzt aufkam, dass wir das prüfen haben lassen. Wir haben das selbst geprüft.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Selber.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Die Rechtsabteilung.

**Zeuge Martin Mulzer:** Wir haben niemanden - - Nein, nein, die Kollegen - meine Kollegen, die eben hier mit der federführenden Bearbeitung betraut waren - haben dieses Ergebnis - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und das sind Juristen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, das sind Verwaltungsbeamte und Betriebswirte, so wie ich. Also, ich bin Verwaltungsbeamter vom Hintergrund her.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Und dann haben die gesagt: Freshfields, das stimmt nicht, was die sagen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich weiß nicht, inwieweit die Kenntnis hatten; aber mir sagt das nix, dieses Gutachten von Freshfields.\*

**Cansel Kiziltepe** (SPD): So.

**Zeuge Martin Mulzer:** Glaube ich nicht, dass uns das zur Kenntnis vorlag oder uns irgendjemand mal damit betraut gemacht oder konfrontiert hat.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Genau. - Aber auf jeden Fall gibt es ein Gutachten. Sie hatten das nicht. Sie haben das auch nicht.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, das haben wir ganz selbst erarbeitet, dieses Prüfungsergebnis, das am Ende jetzt feststeht. Das haben wir ohne jegliche Einflussnahme oder Vorgabe von irgendeiner anderen Stelle getroffen.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Und von wem wurde das bestätigt? Also Ihr Chef oder wer hat das noch mal verifiziert?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das haben die beiden Kollegen mit dem Chef dann besprochen. Und es wurde dann für richtig befunden. Und ich denke mal, dass das wahrscheinlich ja auch so ist, weil es klingt alles sehr plausibel. Wir haben es wirklich sehr intensiv von allen möglichen Seiten sowohl juristisch als auch betriebswirtschaftlich beleuchtet. Und es steht jetzt ja doch schon einige Monate im Raum, unser Ergebnis. Und es hat sich bisher noch keiner gefunden, der das irgendwie in Abrede - -

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Sie haben auch nicht - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Auch wenn der Herr Dr. Zimmermann sagt, es gibt vielleicht jemanden\*, der kein\* Interesse daran hat, dass er das aufdeckt oder das Gegenteil beweist, aber - -

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Sie hatten auch keinen Kontakt zum Justizministerium in Bayern -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): - und haben das noch mal festklopfen lassen, nichts, mit den Kollegen da.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Können Sie noch mal sagen, wann die Staatsregierung oder das Innenministerium Bayerns davon erfahren hat, dass Sie sich mit diesem Fall beschäftigen, dass Sie mit EY gerade klären, wer da die Aufsicht hat? Wann war das?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das war am 23. Juni.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): 23. Juni.

**Zeuge Martin Mulzer:** Moment mal, jetzt muss ich noch mal kurz nachschauen. Da, wo halt das Telefonat stattgefunden hat, wo wir - - Doch, ich glaube, das war der 23., haben wir gesagt vorhin.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Ja, genau.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Und von wem haben die das erfahren?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das bayerische Innenministerium? - Von meiner Kollegin. Die hat nämlich mit dem bayerischen Innenministerium in einer anderen Angelegenheit telefoniert.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Also erst im Juni.

**Zeuge Martin Mulzer:** Erst im Juni, genau.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Also, die ganze Welt spricht von Wirecard. Der KPMG-Bericht liegt vor. Der Braun legt sein Amt nieder. Und dann kommt erst die Bezirksregierung Niederbayern auf die Idee, mal das Ministerium - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Na ja, es - - Ich gebe zu, das ist, wie gesagt, unglücklich gelaufen, diese ganzen zeitlichen Verzögerungen. Aber die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Gründe habe ich ja, denke ich mal, schon zuvor ausreichend dargelegt. Da war der Katastrophenfall in Bayern in der Zwischenzeit ausgerufen, wo wir dann ja regelrecht ausgeknockt waren. Wir hatten da nicht wirklich Möglichkeit, zu agieren, weil sehr viele, nahezu ausschließlich alle Kollegen aus der Geldwäscheprävention eben fremdvergeben waren, coronabedingt in anderen Bereichen tätig waren. Sonst hätten wir natürlich, wenn das alles nicht gewesen wäre, mit Sicherheit versucht, das alles eher irgendwie abzuklären, eher nachgeordnete oder\* übergeordnete Stellen zu informieren und sich da abzustimmen. Aber es war halt einfach, ja, eine Verkettung unglücklicher Umstände, warum das alles so zeitlich verzögert, massiv verzögert war.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, leider, ja. - Meine Zeit ist jetzt - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Aber ich möchte nur ganz kurz darauf hinweisen: Das hätte, glaube ich, auch an der ganzen Einschätzung nix geändert, wenn wir im Februar schon festgestellt hätten: keine Zuständigkeit. Dann hätten wir halt da schon festgestellt: keine Zuständigkeit unsererseits. „Was hätte es dann an der Sache geändert?“, möchte ich jetzt mal in die Runde fragen. Dann hätte im Februar oder auf alle Fälle früher die Tatsache festgestanden, wir wären nicht zuständig. Die anderen sagen auch: keine Zuständigkeit. - Dann wäre halt das einfach nur zeitlich vorverlagert gewesen, dass man sagt: Okay, niemand ist zuständig. Dann ist ein Regier- -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, aus unserer Sicht sind Sie zuständig. Deshalb hätte -

**Zeuge Martin Mulzer:** Okay.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - die Diskussion vielleicht viel früher stattfinden können. - Aber meine Zeit ist jetzt abgelaufen. Dann in der nächsten Runde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Frau Kiziltepe. Super. - Dann machen wir weiter. Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Danke schön. - Nur noch eine Frage - zumindest sieht es gerade so aus -: Sie haben ja angesprochen in Ihrem Eingangsvortrag die Zwischennachricht, die Sie Herrn Spies von EY gegeben haben am 20. Mai, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, mhm.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - und haben so ein bisschen in indirekter Rede wiedergegeben, Sie hätten gesagt, es sei irgendwie vertretbar, von einer Verpflichteteneigenschaft auszugehen. Können Sie diese Kommunikation vielleicht noch mal im Wortlaut vortragen, die Sie mit Herrn Spies hatten?

**Zeuge Martin Mulzer:** Eins zu eins jetzt, wie es war?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ja, die Formulierung.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Zeuge Martin Mulzer:**

Bezug nehmend auf Ihre E-Mails vom 20.02.2020 sowie die Telefonate in der Zwischenzeit hierzu, halten wir Ihre Rechtsauffassung nach aktuell vorliegenden Informationen bis auf Weiteres für vertretbar.

Meinten Sie diese Aussage?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Genau. Ja, das war es. Danach kam - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, danach kam halt noch:

Eine Abstimmung mit der BaFin hierzu war trotz wiederholter Anfragen leider bisher nicht möglich, da diese stets unbeantwortet blieben. Somit steht deren rechtl. Einschätzung als weiterer Bewertungsmaßstab derzeit noch aus.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sobald wir eben eine Rückmeldung hätten, dann würden wir uns nochmals bei ihnen melden, beim Herrn Dr. Spies.

Und ich denke, zumindest war es aus unserer Sicht damals klar genug formuliert, dass es kein abschließendes, endgültiges Prüfungsergebnis war, sondern eben einfach nur eine Zwischenmitteilung, wie der Stand der Dinge bis dahin war, und dass er halt auch, sage ich jetzt einmal, ja, irgendeine Rückmeldung hat und weiß, dass es bei uns in Bearbeitung ist.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hat sich Herr Spies daraufhin noch mal zurückgemeldet telefonisch oder elektronisch oder - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nee. Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** Muss ich noch mal - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Doch. Ja, er hat sich dann noch mal bedankt -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** - für diese Antwort, für diese Zwischenmeldung.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Alles klar. Danke schön.

**Zeuge Martin Mulzer:** Bitte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann der Kollege Fabio De Masi für Die Linke. Bitte schön.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Können Sie mir erläutern, Herr Mulzer, inwiefern das Handelsregister, sage ich mal, ein valider Anknüpfungspunkt ist, um die Verpflichteteneigenschaft oder die Einstufung als Finanzunternehmen zu überprüfen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nun, es ist auf alle Fälle eine gewisse Indizwirkung für uns, wenn wir in die Beschreibung des Unternehmensgegenstandes reinschauen. Und, ich sage jetzt mal, das ist schon ein gewisser Aussagegehalt, den wir durchaus auch in unsere Bewertungsmaßstäbe einfließen lassen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und Sie haben ja vorhin ausgeführt, dass der Hauptgegenstand der Wirecard AG Entwicklung, Betrieb und Vermarktung von Informationsdienstleistungen gewesen sei. Woher haben Sie denn diese Bewertung genommen jetzt, aus welchen - - Aus dem Handelsregister?

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, das habe ich ja vorhin nicht so gesagt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, haben Sie nicht? - Ach so, habe ich falsch gehört.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, ich habe gesagt, die Haupttätigkeit liegt nicht im Erwerb, Halten und Veräußern von Beteiligungen. Das war unsere Einschätzung.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, okay. - Und worin liegt dann die Haupttätigkeit, wenn ich noch mal fragen darf?

**Zeuge Martin Mulzer:** Die war in diesen Querschnittsleistungen aufgrund der sogenannten Intercompany-Verträge. Man muss sich das so vorstellen: Wir haben ja diese Wirecard AG und drunter die vielen Töchterfirmen. Und da gab es sogenannte Intercompany-Verträge, wo eben entsprechende Querschnittsdienstleistungen, wie zum Beispiel Leistungen der Personalabteilung oder der Rechtsabteilung, des Controllings oder andere Dienstleistungen, Zurverfügungstellung von IT-Infrastruktur und Managementleistungen, eben angeboten wurden an die Tochterfirmen. Und die Tochterfirmen haben das dann auch eben wiederum ihrerseits an ihre Tochterunternehmen weitergegeben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Weil in der Ministervorlage hier von Herrn Mildner, MAT A



## Nur zur dienstlichen Verwendung

BayStMI-2.01 DVD, Blatt 67, da wird Bezug genommen auf Entwicklung, Betrieb und Vermarktung von Informationsdienstleistungen, insbesondere unter Nutzung von elektronischen Medien. Das sei der Hauptgegenstand der Wirecard AG.

**Zeuge Martin Mulzer:** Okay. Das ist aus dem Handelsregisterauszug so entnommen?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Dann ist das also aus dem Handelsregister - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Das weiß ich jetzt nicht genau, wo er das rausgenommen hat. Aber ich denke mal, aus einer dieser Geschäftsunterlagen, mit Sicherheit.\*

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist interessant, weil - - Können Sie noch mal sagen, was Sie jenseits des Handelsregisters herangezogen haben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das waren die Satzung der Wirecard\* und der Geschäftsbericht 2018.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. - Und im Geschäftsbericht - ich muss ihn jetzt gerade finden -, da steht nämlich:

Die Konzernmutter Wirecard AG mit Sitz in Aschheim bei München übernimmt die strategische Unternehmensplanung und die zentralen Aufgaben Human Resources, Legal, Treasury, Controlling, Accounting, Group Audit und Group Compliance, M&A, Strategische Allianzen und Business Development, Corporate Risk Management, Corporate Communications und Investor Relations sowie Facility Management. Zudem werden über die Holding der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen gesteuert.

Da steht aber nichts von Entwicklung, Betrieb und Vermarktung von Informationsdienstleistungen. Das ist doch ein Widerspruch. Das hätte Ihnen doch eigentlich auffallen müssen, oder?

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, wie gesagt, es entzieht sich meiner Kenntnis, woraus jetzt die Information - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, das ist interessant, wissen Sie; weil meinem Mitarbeiter, dem ist das aufgefallen. Vielleicht brauchen Sie da ja noch jemanden in der Geldwäscheaufsicht. Ich weiß nicht. Er ist gut, also - - Dem ist das sehr schnell aufgefallen, Ihnen aber nicht.

**Zeuge Martin Mulzer:** Haben Sie das Dokument vorliegen? Ich finde jetzt nix.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ja, ich habe es vorliegen. Wollen Sie es haben? - Gerne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Martin Mulzer:** Okay, die habe ich, glaube ich - - Genau.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, wir halten einfach fest: Ist ein Widerspruch.\*

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, kann ich jetzt nicht nachvollziehen, wo das -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ich auch nicht; deswegen habe ich ja gefragt.

**Zeuge Martin Mulzer:** - rausgezogen wurde; entzieht sich meiner Kenntnis. Aber wenn Sie da - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. Wie vieles entzieht sich das der Kenntnis. Ich wollte nur einfach zeigen - - Also, ich sage mal: Bei einer Geldwäscheverdachtsmeldung im Jahr\*, kriegt man da Rücken oder so bei Ihnen in der Abteilung? Also, ist das - - Fühlen Sie sich manchmal überlastet?

(Der Zeuge schüttelt den  
Kopf)\*

- Nein. Okay, gut. - Eigentlich habe ich nicht mehr viele Fragen. - Doch, hier: Es gibt da noch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

diese Mail von Herrn Alfons Völk - MAT A BayStMI-2.01 DVD, Blatt 195 -, da steht drin:

Auch die Beschreibung von Dr. Spies (Ernst & Young GmbH), dass die Firma „neben ihrer operativen Tätigkeit“ auch „eine größere Anzahl von Töchtern im Ausland“ halte, weist darauf hin, dass die operative Tätigkeit die Haupttätigkeit darstellt (mehr als 50 %).

Das heißt, man verlässt sich dann so auf die Angaben eines Beratungsunternehmens bei der Bezirksregierung.

**Zeuge Martin Mulzer:** Das war halt in dem Fall so. Wir hatten ja noch nie eigentlich so großartig zu tun mit solchen renommierten Unternehmen, Kanzleien, und, wie gesagt, rückbetrachtet war es vielleicht ein Fehler. Es war nicht ganz in Ordnung, dass man sich da zunächst so drauf verlassen hat. Wir haben jetzt auch aus unseren Fehlern gelernt, würden das jetzt wahrscheinlich nicht mehr so machen. Aber damals, als halt diese E-Mail kam, hatten wir dem schon einen gewissen Aussagegehalt und Wahrheitsgehalt beigemessen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Dürfte ich Sie noch fragen? Sie haben ja vorhin gesagt: seit 2016. Wie oft waren Sie denn mal vor Ort bei einem Verpflichteten? Haben Sie mal - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Unzählige Male. Also, die Regel stellt bei uns wirklich die Vor-Ort-Prüfung dar.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** Die Ausnahmen sind eher die schriftlichen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber das wäre jetzt hier gar nicht infrage gekommen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Vielleicht wären wir - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Weil Aschheim ist ja wo? Ist in Oberbayern, nicht?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau. Das ist schon unser Zuständigkeitsbereich, genau; es ist bei München. Da wären wir durchaus vielleicht ins Unternehmen gefahren; ja, durchaus denkbar.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Aber eine Meldung zu Herrn Marsalek ist Ihnen nie untergekommen wegen -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - irgendwelchen Bargeldtransaktionen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, gut. - Dann hoffe ich, dass die Empörung der Großen Koalition über die Zustände in der Geldwäschebekämpfung in Deutschland anhält bis zum nächsten Gesetzgebungsverfahren. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Fabio De Masi. - Das Wort geht an Lisa Paus, Bündnis 90/Die Grünen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Einfach, damit es im Protokoll noch mal klar ist: Sie hatten bei EY den Eindruck, also bei Herrn Spies, der sich bei Ihnen gemeldet hat, dass er als Berater zu Ihnen gekommen ist und nicht als Wirtschaftsprüfer der Wirecard AG.

**Zeuge Martin Mulzer:** Das hat sich für uns nicht jetzt deutlich irgendwie abgezeichnet, in welcher Funktion er speziell - - ob er jetzt da wirtschaftsberatend tätig wird oder anderweitig.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. - Und zweitens. Habe ich das richtig verstanden? Sie sind ja dann 2013 eben auch für die Finanzunternehmen zuständig, für den Nichtfinanzsektor. Sie hatten - und das in dem Zeitraum 2013, nach Ihrer Kenntnis, bis 2020 - zwei Finanzunternehmen geprüft.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau. Also, Ende 2019, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Also könnte man schon sagen: Egal wie Sie jetzt das eingestuft hätten, also ob Sie jetzt zuständig gewesen wären für Wirecard oder nicht, de facto hätte es ja keinen Unterschied gemacht. Sie hatten ja am Anfang dargestellt, dass Sie eben aufgrund Ihrer - - also dass von der - - wegen Ihrer Gesamtaufstellung Sie jedenfalls bisher die Aufsicht, die operativ sozusagen für die Finanzunternehmen - - noch nicht prioritär in Ihrem Aufgabenbereich hatten, weil Sie andere Prioritäten hatten.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Jetzt zum Thema Geldwäsche. Also, Herr Müller hatte eben schon mal nachgefragt: Ist je - - Wird je mit Ihnen darüber gesprochen, welche zusätzlichen Kosten das für ein Unternehmen bedeutet, wenn sie unter das Geldwäschegesetz fallen, also, wenn Sie jetzt konkret mit Unternehmen darüber sprechen, welche Konsequenzen das jetzt hat, dass sie dem Geldwäschegesetz unterliegen sozusagen: Da muss man einen Geldwäschebeauftragten bestellen?

**Zeuge Martin Mulzer:** In Einzelfällen. Also, es kommt drauf an, welcher Verpflichteter - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Finanzunternehmen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Finanzunternehmen; ja, genau. Da ist es verpflichtend.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätten Sie - - Was wäre zusätzlich - - Was würden Sie prüfen außer irgendwie: Haben die einen Geldwäschebeauftragten? Sozusagen welche zusätzlichen Prüfungen würden Sie vornehmen, und wie - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Gibt es interne Sicherungsmaßnahmen? Werden Mitarbeiter für die entsprechenden Bereiche geschult, die im entsprechenden Bereich tätig sind, wo es Schulungen bedarf? Gibt es ein Risikomanagement für das Unternehmen? Ist dafür auch eine Risikoanalyse, eine schriftliche, erstellt worden? Solche - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eine Einschätzung, was das im Schnitt kostet?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird mit Ihnen - - Da sprechen Sie auch mit den Unternehmen nicht drüber, welche - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein, weil da sind sie auch relativ frei in gewissen Sachen, ob sie das selbst erstellen oder vielleicht extern vergeben und gewisse Sachen, Aufgaben extern abarbeiten lassen. Die Verantwortung trägt letztlich immer das Unternehmen selber, und das muss dann der Verpflichtete selber wissen, inwieweit er was selbst erfüllt oder, soweit es halt natürlich im Rahmen des Gesetzes möglich ist, ausgelagert und wie viel ihm das dann entsprechend vielleicht auch wert ist.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch nicht genau verstanden, wann jetzt die Zuständigkeit bei Ihnen in der Abteilung gewechselt hat sozusagen. Bis wann waren Sie zuständig? Und haben Sie bis dahin eine rechtliche Beurteilung bereits vorgenommen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein. Also, am 24.06. ist diese federführende Sachbearbeitung offiziell auf meine beiden Kollegen übergegangen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und vorher haben Sie keinerlei - - Sie haben noch nicht ins Zahlungsregister geschaut. Sie haben sich nicht den Geschäftsbericht angeschaut. Sie haben - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein. Das war eigentlich dann erst ab 22.06., wo wir da eben diese E-Mail, die Rückmeldung von der BaFin, bekommen haben, wo es zunächst hieß eben, wir seien zuständig. Da sind wir dann eigentlich vertieft in die Prüfung eingestiegen und haben uns dann eben die Unterlagen nach und nach besorgt und Einsicht genommen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Jetzt haben Sie ja gesagt, Sie sind Verwaltungsbeamter, und das sozusagen ist Ihre Ausbildung. Ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bin jetzt keine Juristin. Aber würden Sie mir nicht doch zustimmen, dass, wenn Sie antworten: „Bis auf Weiteres ist die Einschätzung für vertretbar - - dass das schon eine Formulierung ist seitens der Verwaltung, auf die man sich gegebenenfalls beziehen kann nachwirkend, dass man eben dann doch der Geldwäscheaufsicht unterliegt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wir geben zu: Das ist ein bisschen unglücklich formuliert - im Nachhinein. Für uns war es halt klar zu dem Zeitpunkt. Wir hätten gedacht, dass es eigentlich relativ unmissverständlich ist. Aber wenn man natürlich auch bösen Willen dahinterhängt, dann kann man es auch anders auslegen und - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Warum „böser Wille“? Also - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Na ja, man - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Stellen Sie sich vor, Sie wären doch zum Ergebnis gekommen: „Es ist ein Finanzunternehmen“, dann wäre es doch nur folgerichtig gewesen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, klar.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, de facto kann man doch sagen: Der Prozess war eigentlich abgeschlossen. EY hat sich bei Ihnen gemeldet. Sie haben gesagt: Vorläufig ist das erst mal so. - EY meldet einen Geldwäschebeauftragten. Dann ist das doch erst mal formal korrekt so weit entsprechend des Gesetzes dargestellt, oder nicht?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, wenn man es natürlich so auslegt, dann ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn Sie jetzt selber die rechtliche Prüf- - Also, Sie haben sie jetzt ja nicht gemacht. Aber trotzdem ist ja insgesamt die Frage, wie - - Es gibt ja keine genaueren Ausführungsvorschriften dazu, wie man jetzt dazu kommt, dass es ein Finanzunternehmen ist. Könnten Sie mal sagen, wie Sie das prüfen würden: „Das ist ein Finanzunternehmen“?

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau. Also, wir würden versuchen, eben diverseste Unterlagen einsehen zu können und anhand - - daraus dann entsprechend Informationen zu ziehen und dann die Tatbestandsmerkmale für die Definitionen, fürs Vorliegen eines - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Welche sind das? Also, weil es ist ja so - Herr De Masi hat jetzt noch mal darauf hingewiesen -, dass aus dem Geschäftsbericht der Wirecard AG selber, aus dem Lagebericht, entsprechende Formulierungen klar hervorgehen. Auch EY hatte die entsprechende Einschätzung. Die Formulierung „Gesetz“ ist ja recht schlank gefasst. Auch wenn sie leicht verändert worden ist, steht da ja einfach nur: „Beteiligungen zu erwerben, zu halten oder zu veräußern“. So. Wie würden Sie jetzt vorgehen? Was sind die Tatbestandsmerkmale?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, wie Sie es gerade eben gesagt haben: Halten, Erwerben und Veräußern von Beteiligungen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber das ist ja der Fall. Von daher ist da eigentlich eindeutig, dass es ein Finanzunternehmen ist.

**Zeuge Martin Mulzer:** Woran machen Sie es aus, dass das der Fall ist?

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Weil sowohl im Konzernbericht drinsteht, dass das die Haupttätigkeit des Konzerns ist, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, nee.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - als eben auch im Lagebericht -

**Zeuge Martin Mulzer:** Dann reden wir aneinander vorbei.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - die Formulierung da ist, die Herr De Masi gerade vorgelesen hat.

**Zeuge Martin Mulzer:** Zum Beispiel hier auf der Seite 80 im Geschäftsbericht 2018, da habe ich im Bereich „Ertragslage ... Umsatzentwicklung“:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Wirecard AG als Einzelfirma führt kein eigenes operatives Geschäft. Ihr Tätigkeitsbereich konzentriert sich auf das Erbringen von Verwaltungs- und Managementleistungen für ihre Tochtergesellschaften.

Woraus entnehmen Sie hier, aus dieser Formulierung, dass damit Halten, Erwerben oder Veräußern von Beteiligungen die Haupttätigkeit ist? Das klingt für mich eindeutig nach Dienstleistungen, die von der Mutterfirma an die Tochterfirmen erbracht werden. Das ist zum Beispiel auszugswise eine Passage, die für uns ausschlaggebend war, den Tatbestand eben der Haupttätigkeit im Erwerben, Halten und Veräußern von Beteiligungen zu widerlegen oder nicht darin die Haupttätigkeit zu sehen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, aber es gibt doch die andere Passage, wo klar drinsteht zur Konzern-Holdinggesellschaft - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Paus, die Zeit ist um.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann schaue ich zunächst mal zu den Kollegen der CDU/CSU. Ist da noch Fragebedarf? - Matthias Hauer für die CDU/CSU. Bitte schön.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Herr Mulzer, vielen Dank erst mal für die Ausführungen. - Mich würde noch mal interessieren: Sie hatten ja schon dargestellt, wie Sie personell aufgestellt sind: sieben Vollzeitäquivalente. Und mich würde einfach mal interessieren, um das mal einordnen zu können, wie das so in anderen Bundesländern läuft. Sie tauschen sich ja wahrscheinlich auch mal mit Kollegen irgendwie aus, die in anderen Bundesländern zuständig sind. Würden Sie da sagen, Sie sind da in Niederbayern gut aufgestellt -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, doch.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - oder durchschnittlich, oder nagen Sie am Hungertuch?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich möchte schon sagen, dass wir gut aufgestellt sind im Vergleich zu manch anderen Bundesländern. Manche haben jetzt auch gut aufgeholt. Die haben personell aufgestockt; die waren früher wirklich schwach besetzt. Aber manche - - Gut, ich habe jetzt nicht den detaillierten Einblick, wie es in jedem Bundesland aussieht; das ist ja auch unterschiedlich organisiert.

Wir sind jetzt zum Beispiel beim bayerischen Innenministerium angegliedert; bei manchen anderen ist es eben das Wirtschaftsministerium. Bei den einen Bundesländern ist es so, dass die Aufsichtszuständigkeit unten bei den Landratsämtern beispielsweise angesiedelt ist; bei uns ist es eben an der Regierung. Bei manchen ist es eben so, dass es direkt vom Ministerium ausgeht. Also, das ist eine ganz bunte Konstellation, ganz unterschiedlich in Deutschland und natürlich auch von der personellen Struktur her. Aber ich glaube, dass man für Bayern schon sagen kann, so - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): „Überdurchschnittlich“ würden Sie es beschreiben.

**Zeuge Martin Mulzer:** Wie bitte?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Dass Sie da überdurchschnittlich gut aufgestellt sind jetzt vielleicht - -

**Zeuge Martin Mulzer:** „Überdurchschnittlich“, ich weiß nicht, ob man das sagen kann, aber auf alle Fälle gut im Vergleich zu anderen Regionen oder Bundesländern.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Und Sie hatten ja gerade auch die Kompetenzen der Kollegen und von sich selbst auch beschrieben. Und da würden Sie schon sagen - ich meine, das ist ja quasi Ihr tägliches Brot, was Sie da machen -, dass Sie da eine fundierte Prüfung der Zuständigkeit vornehmen können, auch was die juristischen Fragestellungen, die betriebswirtschaftlichen angeht.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja. - Wir versuchen auch immer, im Team rauszufahren, dass wir einen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Verwaltungsmenschen und einen Betriebswirt dabei haben, dass wir da immer die gebündelte Kompetenz draußen vor Ort haben.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, was mich bei diesem ganzen - - bei dieser Zeugenvernehmung jetzt halt irritiert, ist einfach dieser Kontakt zur BaFin, dass das so schleppend lief, dass die BaFin das über Monate hat liegen lassen, obwohl Sie da mehrmals nachgehakt haben. Und deshalb würde mich mal interessieren, wie so Ihre Sicht auf, ich sage mal, diese Ebene des Bundes ist, also auf die BaFin und auf das Bundesfinanzministerium, was da so Ihre Erwartungshaltung ist, wo Sie sagen: Das kann besser laufen. - Weil unser Untersuchungsauftrag ist ja auch, Strukturen zu verbessern beispielsweise. Und deshalb - - Ich meine, Sie schreiben da Ihre E-Mails an poststelle@bafin.de, weil Sie nicht so richtig einen Ansprechpartner da scheinbar haben für Ihre Fälle.

Sie haben da, ich sage mal, keine Register, worauf Sie zumindest bei den Finanzthemen zugreifen können. Sie haben da keine schnelle Rückmeldung zur Zuständigkeit bekommen. Sie haben da auch, so wie ich das verstanden habe, keine Unterstützung, wenn es jetzt um Auslandsbezug zum Beispiel geht, was ja auch notwendig sein kann. Also, was würden Sie sich wünschen? Was kann da BMF, BaFin, was können die besser machen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich weiß nicht, ob ich da der richtige Ansprechpartner bin, das zu beurteilen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, gerade Sie, weil Sie sind ja der, der Kontakt da mit denen aufnimmt.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, einfach eine flüssigere Kommunikation, mehr Transparenz bei Ansprechpartnern, dass man einfach vielleicht auch eine zentrale Anlaufstelle schafft, wo man sagt: Wenn von der Behörde X Anfragen kommen, dann läuft das immer, sage ich jetzt mal, vielleicht dort ein und wird aber dann auch zugesichert zeitnah beantwortet oder bearbeitet oder

sich abgestimmt, wie auch immer. Aber die detaillierten Ausgestaltungen, das haben andere zu entscheiden und zu regeln, wie das dann gesetzlich vielleicht auch ausgestaltet wird.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich meine - Entschuldigung, wenn ich ins Wort falle -, wir nehmen ja oft auch Stellung, wenn ein neues Gesetz ansteht, Referentenentwürfe, so was - - wird uns oft die Möglichkeit eingeräumt, dass wir vielleicht Stellung dazu nehmen können. Bei Bund-Länder-Austauschen können wir über unser bayerisches Innenministerium oft auch - - versuchen wir, gewisse Änderungen anzuregen. Aber mehr als das nach oben zu geben und hoffen, dass es berücksichtigt wird, können wir halt auch nicht.

Und Gewisses wird umgesetzt; das ist auch gut so. Aber manches bleibt halt wieder aus, wo wir dann schon manchmal uns die Haare raufen und sagen: Warum ist jetzt dieser oder jener wichtige Aspekt wieder unberücksichtigt geblieben? - Dass man vielleicht nicht alles vollumfänglich abdecken kann, ist mir auch klar. Aber wenn halt gewisse Sachen nachvollziehbar begründet immer wiederholt eingebracht werden und es einfach zum wiederholten Mal unberücksichtigt bleibt: Ist halt dann schon schade irgendwie, noch dazu, wenn es halt elementare Bestandteile hat.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Die Kollegin Kiziltepe von der SPD hatte ja gerade deutlich gemacht, dass sie persönlich der Auffassung ist, dass Sie zuständig gewesen seien für diesen Bereich. Wie lange hat denn die Prüfung in Ihrem Hause gedauert, was diese Zuständigkeit angeht? Also, nachdem dann von der BaFin die Rückmeldung kam: „Wir verraten euch nichts, sondern ihr müsstet selbst entscheiden“, was haben Sie da - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Da sind wir dann in die Prüfung eingestiegen, schwerpunktmäßig.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Genau.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und wie lange hat das dann gedauert bei Ihnen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Bis zu dem 24.06. abends. Wobei man sagen muss: Natürlich haben wir da - - haben die Kollegen intensiv dran gearbeitet. Die haben nichts anderes mehr gemacht, nur noch diese ganzen sehr umfangreichen Unterlagen gewälzt, haben da wirklich Überstunden gemacht. Wir waren da länger als nur einen normalen Acht-Stunden-Tag drin, um das eben mit Hochdruck zu einem Ergebnis, sage ich jetzt mal, zu bringen und zu Ende zu bringen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Und Sie sind heute auch nach wir vor der Auffassung, dass die Entscheidung so richtig war, dass Sie da nicht zuständig sind.

**Zeuge Martin Mulzer:** Wenn es andere Ansichten gibt, kann man ja mit Sicherheit drüber reden; aber nach unserer Ansicht ist es so.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, gut. - Wenn ich jetzt auch mal meine Ansicht zusteuern darf, finde ich, ist es, jedenfalls für mich, eher nachvollziehbar, wenn DAX-Konzerne und solche Unternehmen, die eine große Finanznähe haben, dann eher nicht von Niederbayern beaufsichtigt werden sollten, sondern vielleicht eher doch über die Bundesebene.

(Lisa Paus (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Da  
müsste man ja die Gesetze  
ändern!)

Aber das sei jetzt - - ist keine Frage an Sie gewesen. Aber ich muss ja auch mal meine Meinung hier einfließen lassen.

Ich würde noch mal gerne zum Thema Whistleblower fragen, und zwar: Gibt es da bei Ihnen eine Stelle, an die Sie sich wenden können? Oder was machen Sie, wenn jemand auf Sie zukommt und sagt: „Ich habe da was mitgekriegt und will das mitteilen“? Oder verstehen Sie sich alle als Whistleblowerstelle? Wie funktioniert das bei Ihnen im Haus?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee.\* Wir haben da verschiedene Kommunikationswege, die wir anbieten. Man kann das anonym mitteilen. Man kann das herkömmlich per Post bei uns einwerfen oder natürlich auch per E-Mail zutragen oder - - In welcher Art und Weise, das bleibt dem Mitteilenden überlassen, inwieweit er auch seine Daten vielleicht preisgeben will oder nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ist da irgendwas eingegangen zu Wirecard?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, zu Wirecard nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nie?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Zu keinem Zeitpunkt. - Kommt das häufig vor, dass Sie da Mitteilungen bekommen oder Hinweise?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein.\*

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, kommt nie vor?

**Zeuge Martin Mulzer:** Es wäre wünschenswert, wenn ein Wissen besteht, dass man so\* Sachen entsprechend mitteilt. Leider ist das ein bisschen\* noch in der untergeordneten Anzahl, die Mitteilungen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Vielen Dank. Dann haben wir keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Wir haben keine Fragen mehr. Ich schaue zu den Kollegen der SPD. - Bitte schön, Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Es geht mir auch noch mal um das Ergebnis Ihrer Prüfung, weil Sie - - Also, noch mal: Ich sehe das aber richtig; Sie selbst - und sorry, wenn ich das - - Das haben Sie schon gesagt, glaube ich. Aber Sie selbst waren am Ende des Tages an der eigentlichen abschließenden Prüfung nicht mehr beteiligt; das haben Ihre Kollegen gemacht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das finde ich insofern spannend, weil Sie das - - Sie stehen zu dieser Entscheidung, und die Frage, die ich mir ja stelle, ist, da ich zu einem anderen Ergebnis komme - Sie haben das eben auch gesagt gehabt -: Wie stellt man eigentlich die Geschäftstätigkeit fest? Das ist ja einer der Prüfungsschwerpunkte, die man setzen muss: Was ist eigentlich die Geschäftstätigkeit? So. Und Sie haben ja in dieser Führungsvorlage - - da steht irgendwas von über 50 Prozent Tätigkeit - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, ich weiß schon. Das ist ein Zitat aus dem KWG-Kommentar. Aber da möchte ich auch noch mal drauf hinweisen, dass das natürlich nur eine von vielen möglichen Bewertungskriterien sein kann. Es gibt auch Kommentarmeinungen, die sagen: Man könnte auch weniger vom Prozentsatz her annehmen, und man kann vielleicht schon eine Verpflichteteigenschaft bejahen. - Man kann aber auch das höherstaffeln und sagen: Erst bei 75 Prozent oder so was ist die Verpflichteteigenschaft erfüllt. - Also, da würde ich mir\* jetzt - - darum bitten, dass man da sich nicht zu sehr drauf versteift auf die 50 Prozent. Das war halt einer von vielen Bewertungsmaßstäben.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber sozusagen: Was ist denn Ihre Auffassung? Also, die Haupttätigkeit der Wirecard AG - nicht heute, Stand meinerseits 24.06. -, was war die Haupttätigkeit der Wirecard AG? Jetzt gleich hinterher bitte begründen: Was sind Ihre Indikatoren, um Ihre Meinung zu stützen, was die Haupttätigkeit ist?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, ich kann mich nur wiederholen: Es ist eben auf alle Fälle nicht das Erwerben, Halten und Veräußern von Beteiligungen, sondern eben das Erbringen von Querschnittsdienstleistungen für die Tochterunternehmen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und haben Sie eine ungefähre Vorstellung - - Also, ich helfe Ihnen: Die Bilanzsumme der Wirecard AG betrug 2,344 Milliarden im Jahr 2018. Jetzt sagen Sie:

Haupttätigkeit ist *nicht* das Halten von Anteilen. - Dann muss es was anderes gewesen sein, nämlich das Erbringen von Leistungen. Bei den 2,344 Milliarden, also 2 344 Millionen Euro Umsatz - ich will keine genaue Zahl haben -: In welcher Größenordnung sind denn dann diese Managementleistungen erbracht worden? Die müssen ja dann verrechnet worden sein zu den Töchtern usw., die - - Also, ich habe hier eine ziemlich genaue Zahl. Wissen Sie, wie hoch das war?

**Zeuge Martin Mulzer:** Sie werden es mir sagen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, nee; das ist - - Also, ich sage es Ihnen tatsächlich natürlich gleich; aber Spaß beiseite. Ich will Sie hier ja auch nicht quälen. Sie sind ja auch nicht in der Prüfung; das ist viel schlimmer hier.

**Zeuge Martin Mulzer:** Das tun Sie aber schon die ganze Zeit.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das tut mir auch - - Es tut mir wirklich leid. Aber - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Fällt mir schwer, zu glauben; aber okay.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Nein, nein, nein. Moment, also - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, passt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich frage Sie ja nur - - Also, Sie könnten ja auch sagen - und jetzt Spaß beiseite -: Ich war bei der Prüfung persönlich nicht dabei; das haben meine Kolleginnen und Kollegen gemacht. Deswegen -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das habe ich ja immer wieder erwähnt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - Moment! - kann ich Ihnen das jetzt nicht mit letzter Gewissheit sagen, ob das richtig ist. - Aber Sie sitzen hier und - das ist auch Ihr gutes Recht - verteidigen seit drei Stunden diese Einschätzung. So. Und die Frage muss berechtigt sein: Wie sind Sie am



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ende auf diese Einschätzung gekommen? Und Sie haben mir eben gesagt: Die Haupttätigkeit liegt eben in diesen Managementtätigkeiten.

Jetzt sage ich Ihnen: 2018 waren die Umsatzerlöse der Wirecard AG 2,4 Milliarden Euro ungefähr und die Umsatzerlöse aus Managementleistungen für Tochterunternehmen - - Verwaltungsleistungen 18 Millionen: 2,4 Milliarden Euro Gesamtumsatz, 18 Millionen Umsätze für Verwaltungstätigkeiten. Und jetzt möchte ich mit Ihnen noch mal darüber reden, was die Haupttätigkeit dieses Unternehmens ist und warum Sie immer noch der Meinung sind, dass eben nicht das Halten von Unternehmensanteilen eine Haupttätigkeit ist.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich kann nur das wiedergeben, was wir für uns festgestellt haben, und, wie gesagt, es gibt im Kommentar verschiedene Merkmale, woran man das festmachen kann. Sie haben es jetzt auf die Bilanzsumme gestützt. Es gibt soundso viele andere Varianten. Wir haben halt eben uns auf die Grundlagen aus dem Geschäftsbericht unter anderem bezogen, wo eben das so beschrieben wurde, dass halt verstärkt eben diese Querschnittsdienstleistungen erbracht werden. Und daran haben wir das dann eben festgemacht. Und es hat ja, wie gesagt, noch niemand jetzt das großartig widerlegt bis jetzt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut. Aber - - Moment, aber an der St- - Also noch mal: Hier liegen mittlerweile zwei Einschätzungen von sehr renommierten Quellen vor, die zu einer diametral anderen Auffassung kommen. Und ich sage mal so: Dieser Untersuchungsausschuss befasst sich vor allem damit, was das Unternehmen Wirecard mit ihren Tochterunternehmen gemacht hat, mit dem Ankauf und Verkauf von Tochterunternehmen, mit Geldwäsche, die möglicherweise beim Kauf von Tochterunternehmen passiert ist, und ich lasse mich vollkommen darauf ein.

Also, ich bin kein Jurist; Sie sind kein Jurist. Das ist ein verdammt kompliziertes Gesetz; das weiß ich selbst. Sozusagen meine Erwartung - das will ich auch noch mal sagen - ist nicht, dass Sie im Zweifelsfall diese komplexe juristische Frage klären können und Ihre Kolleginnen und Kollegen

im Zweifel auch nicht. Aber ich komme gerne wieder drauf zurück: Wir sitzen hier miteinander, und Sie sagen: „Aber das stimmt“, und Sie kennen niemanden, der was anderes gesagt hat. Das finde ich eine schwierige Position, weil ich hätte schon - - würde schon erwarten, dass Sie mir sagen können: Das sind unsere Gründe gewesen. - Sie haben es jetzt gesagt: Sie haben aus dem Geschäftsbericht quasi die Selbstbeschreibung des Unternehmens genommen. Aber die Zahlen, die ich Ihnen eben genannt habe, die habe ich mir ja auch nicht ausgedacht.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, das - -\*

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Die stammen ja auch aus dem Geschäftsbericht. Ich lasse mich vollkommen am Ende darauf ein, zu sagen: Das ist eine superkomplizierte Sache, und es ist mit Sicherheit zu kompliziert, als dass Sie das auf Ihrer Ebene da klären könnten. Die Frage ist eben: Bei einem DAX-30-Konzern - das haben Sie selbst gesagt -, braucht es für so einen Fall nicht einen spezielleren Prozess? Also, sprich - - Also, wenn ich mir anschau, wie viele Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung von so einem Unternehmen befasst sind, und dann müssen - - Sie haben vorhin selbst gesagt, Sie sind das kleinste Licht in der Kette; deswegen will ich es Ihnen auch nicht zuschieben. Aber dann ist es möglicherweise auch so, um versöhnlich zu enden - was meine letzte Frage ist -, dass es möglicherweise dafür irgendwie einen anderen Prozess braucht. - Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Dann schau ich noch mal in die Runde. Möchte noch jemand? - Frau Paus für Bündnis 90/Die Grünen, bitte.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So. Um da anzuknüpfen, wo Herr Zimmermann gerade aufgehört hat, dass das ein komplexer Sachverhalt ist: Könnten Sie jetzt noch mal sagen? Wie lange wurde geprüft? Vom 23. bis zum 25., also mit Überstunden irgendwie zwei Tage, zwei - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Vom 22., als die Mitteilung der BaFin kam.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und können Sie noch mal sagen - - Sie hatten ja selber gesagt, das sei eigentlich nicht abgeschlossen gewesen, Ihre Prüfung. Warum hat dann doch am 25.06. das Innenministerium gesagt: „nicht zuständig“? Also zwischen - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, nee, nee. Das habe ich nicht gesagt, dass wir nicht fertig waren. Wir waren fertig. Am Abend des 24.06. war für meine Kollegen und unseren vorgesetzten Sachgebietsleiter das Prüfungsergebnis festgestanden: keine Zuständigkeit. Nur konnten wir das nicht mehr entsprechend publizieren und veröffentlichen, weil wir dachten, das können wir dann am nächsten Tag mit einer Mitteilung der Führungsinformation noch umtransferieren\*.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, die Prüfungsergebnisfeststellung war abgeschlossen; da war nichts mehr offen zu dem Zeitpunkt.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Aber die umfangreiche Prüfung hat also in zwei Tagen stattgefunden, vom 22. bis zum 24., von zwei Kolleginnen\* aus Ihrem Hause.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Hat bei der letztendlichen Beurteilung es eine Rolle - - Also, Sie haben jetzt gerade selber gesagt - Sie haben selber angesprochen, dass es ja doch eine erhebliche Bandbreite gibt, dass - - Sie haben jetzt aus der Literatur vorgelesen. Man kann sagen sozusagen: Es müssen 75 Prozent sein; kann auch unter 50 sein. Das ist doch ein erheblicher Spielraum für so eine Anwendungsentscheidung, oder?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, einen gewissen Spielraum hat man mit Sicherheit; klar. Das ist letztlich wahrscheinlich auch eine Sache der Begründung und auf welche Kommentarliteratur oder auf welche Begründungstheorie man sich jetzt dann letztlich einlässt. Das ist aber gerade mit juristischen Sachverhalten ja immer so oder sehr häufig so.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Aber Sie sagen jetzt schon: Es ist im Bereich des Möglichen. Es wäre durchaus genauso adäquat gewesen als Anwendungsentscheidung, die Wirecard AG als Finanzunternehmen einzustufen, wenn man eben sich die Mühe macht, tatsächlich die Bilanz mal durchzuschauen, und dann feststellt, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Da würde ich Sie bitten, dass Sie dann meinen Kollegen befragen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wie es ja dann auch ein Rechtsgutachten des Innenministeriums\* gemacht hat - - Dann kommt man ja zu dem Ergebnis, dass zum Beispiel die Wirecard Sales International Holding GmbH Eigenkapital - - ein Gesamtkapital hat von 29,14 Prozent, die Wirecard Acquiring & Issuing eine Eigenkapitalquote, also einen Anteil am Eigenkapital, hat von 13,86 Prozent. Das sind zusammen schon mal 43 Prozent des gesamten Eigenkapitals. Und wenn man jetzt auch noch mal die umstrittenen Zahlen des Unternehmens CardSystems Middle-East mit Sitz in Dubai unberücksichtigt lässt, so steigt der Anteil sogar auf 57 Prozent, sodass wir schon relativ nah sogar an den 75 Prozent sind. So. Und das ist doch auch durchaus eine adäquate Kategorie zur Beurteilung, ob es sich um ein Finanzunternehmen handelt oder nicht.

**Zeuge Martin Mulzer:** Man kann andere Einschätzungen treffen. Aus unserer Sicht sind sie halt dann falsch.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind sie falsch?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wir kommen - - sind in unseren Ergebnissen, in unseren Prüfungen zu dem Ergebnis gekommen: keine Zuständigkeit. Es ist ausreichend dargelegt worden. Dann - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, „falsch“ ist ja was anderes als: Sie haben Ihren Ermessensspielraum genutzt und sind zu dieser Einschätzung gekommen. Also: richtig oder falsch? Würden Sie jetzt klar sagen: „Das eine ist richtig, und das andere ist falsch“?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, würde ich so sagen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann noch mal zu der Frage „Zuständigkeit für Finanzunternehmen“. Da haben sich ja jetzt hier zwei schon geäußert. Frau Kiziltepe hat gesagt: Sie sind zuständig. - Herr Hauer kam zu dem Ergebnis, er findet, dass die BaFin zuständig sein sollte. So richtig ist aber ja für Finanzunternehmen - - Die werden ja nach dem Gesetzeswortlaut dem Nichtfinanzsektor zugeordnet, und das ist ja auch schon seit vielen Jahren so. Hat es bei Ihnen in der Abteilung jemals eine Diskussion darüber gegeben, inwieweit es sinnvoll ist, dass Finanzunternehmen dem Nichtfinanzsektor zugeschlagen sind?

**Zeuge Martin Mulzer:** Es hat durchaus, vor allem jetzt aufgrund von Wirecard, die Diskussion gegeben, ja.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorher hat es dazu keine Diskussion gegeben.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, weil das ja noch nicht so Thema war.\*

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, obwohl Sie ja seit 2013 zuständig sind - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, aber wie ich es eingangs erwähnt habe: Wir hatten Prüfungsschwerpunkte und damit eben die Finanzunternehmen noch nicht auf dem Radar. Das war erst Ende 2019, wie ich es Ihnen schon mehrfach erzählt habe, und da eben auch anders gelagert bei den Finanzanlagenvermittlern, wo es auch noch mal klarer ist durch eine gewerberechtliche Zulassung und speziell das Finanzunternehmen mit - - nach der Nummer eins hatten wir eben erstmals mit der Wirecard AG, und von daher auch noch völlig unerfahren auf dem Gebiet.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage vor dem Hintergrund, weil es im Bundesrat mehrfach auch den Wunsch gegeben hat - - niedergelegt, dass der Bundesrat die Bundesregierung gebeten hat oder bzw. den Gesetzgeber, die Zuständigkeit für Finanzunternehmen doch auf die Bundesebene zu verlagern. So. Und ich

wollte einfach wissen, inwieweit diese Bitte oder diese Formulierung des Bundesrates in irgendeiner Art und Weise sozusagen Vorlauf hatte, weil zum Beispiel Sie in Ihrer Bezirksregierung auch schon gesagt haben, dass Sie das nicht sinnvoll finden. Aber das gab es nicht.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.\*

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern von Ihnen gab es kein In-Zweifel-Stellen oder die Frage der Handhabbarkeit, Operationalisierbarkeit oder so, der Zuständigkeit für Finanzunternehmen bei Ihnen.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)\*

- Gab es nicht.\* Okay. - Dann bin ich durch.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann schaue ich noch einmal in die Runde. Die Kollegen der CDU/CSU? - Kollegen - Selbstschau - der AfD? - Nein. Kollegen der SPD? - Nein. Kollegen der FDP? - Bündnis 90/Die Grünen? - Linke? Herr De Masi?

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein!)

- Auch nicht. Okay. - Dann stelle ich zunächst mal fest, dass wohl kein Bedarf mehr besteht.

Ich frage aber nochmals in die Runde: Besteht das Bedürfnis, dem Zeugen noch Fragen zu stellen, die in eingestufte Sitzung zu behandeln sind? - Auch da kann ich keine Meldungen feststellen. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden.

Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren, Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich darf mich bei Ihnen also an dieser Stelle ganz recht herzlich bedanken, wünsche Ihnen noch einen guten Tag.

**Zeuge Martin Mulzer:** Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kommen Sie gut ins schöne Bayern zurück, und bleiben Sie gesund!

Dann bitte ich, schon mal zu uns zu geleiten den nächsten Zeugen; das wäre dann der Kollege Waldemar Kindler. Und in der Zwischenzeit - wir haben ja jetzt einen Doorman - würde ich den Kollegen Zimmermann vielleicht mal bitten, einmal so ein bisschen hier für - -

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Herr Vorsitzender, wollen  
wir 14.10 Uhr sagen? Dann  
kann man ein bisschen lüf-  
ten!)

- Finde ich richtig gut. Wenn da kein Widerspruch sich jetzt hebt: 14.10 Uhr. Und dann hat jeder die Zeit, sich kurz einen Kaffee zu holen oder die Beine zu vertreten, und wir lüften durch. - Gut. Dann ist bis 14.10 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung von  
14.02 bis 14.14 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen Waldemar Kindler

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich begrüße jetzt bei uns im Sitzungssaal den Kollegen Waldemar Kindler. Herr Kindler, also nochmals im Namen des Ausschusses: Herzlich willkommen!

Herr Kindler, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Vielen Dank, das spart uns immer Zeit, und die ist am Ende kostbar. Damit kann ich mich auf einige technische Hinweise beschränken.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Dann möchte ich Sie noch darum bitten - das ist sehr wichtig -, das Mikrofon zu benutzen. Das geht recht einfach: Einfach Taste vor Ihnen mit dem Zeigefinger drücken, und wenn hier dann das Licht erscheint, dann sind Sie sprechfähig ins Mikrofon.

Herr Kindler, ich würde Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort mitteilen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Danke schön, Herr Vorsitzender. - Darf ich die Maske abnehmen?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie dürfen die Maske abnehmen, ja.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich bei der Vorstellung - - dann ein kurzes Eingangsstatement abgeben, wenn Sie einverstanden sind.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja. - Vorher sagen Sie mal noch kurz Ihren Namen, Alter, Beruf, Wohnort, und dann geht das los.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Mein Name ist Waldemar Kindler. Ich bin 72 Jahre alt. Beruflich bin ich Jurist und war zuletzt bis zu meiner Pensionierung, die fünfmal verlängert wurde, bayerischer Landespolizeipräsident.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Herr Kindler, Sie können nun - und Sie haben es eben mitgeteilt; Sie wünschen das - im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort. Bitte.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Kontakt zu Wirecard kam dadurch zustande, dass ein Bekannter, der wohl den Herrn Ley seit vielen Jahren kennt, aber wohl nichts mit Wirecard zu tun hat, mich angerufen hat und gesagt hat, er hätte sich bei einem Treffen mit Herrn Ley über mich unterhalten, und der würde mich gerne kennenlernen und treffen. Es kam dann zu einem Treffen zu dritt, wo allgemein halt man sich vorgestellt hat.

Ich kannte bis zu diesem Zeitpunkt Wirecard überhaupt nicht, nicht einmal den Namen. Monate nach dem Treffen, zwei Monate danach, kam Herr Ley auf mich zu, lud mich nach Aschheim ein und sagte, dass das Unternehmen Wirecard sehr schnell gewachsen sei, also explosionsartig gewachsen sei, aber nicht die entsprechenden Strukturen habe wie andere große Unternehmen und DAX- oder TecDAX-Unternehmen. Er würde mich aufgrund meiner Lebenserfahrung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und Kontakte gern als Ansprechpartner für ihn gewinnen, also natürlich nicht für ihn persönlich, sondern er sei Finanzvorstand und Personalvorstand bei Wirecard.

Nachdem ich mich informiert habe und mir Wirecard als deutsches Topunternehmen beschrieben wurde, habe ich zugesagt. Ich bin natürlich jederzeit davon ausgegangen, dass es sich bei einem deutschen TecDAX- und späteren DAX-Unternehmen hier um eine seriöse Firma handelt. Ich wäre selbstverständlich nie in irgendeiner Form tätig geworden, wenn ich geahnt hätte, was sich wohl im Hintergrund abgespielt hat, und fühle mich deshalb von Wirecard auch massiv beschädigt, also zumindest von den Personen, die da an den Machenschaften mitgewirkt haben.

Mit den finanziellen Geschäften von Wirecard hatte ich nie irgendetwas zu tun und auch keinen Einblick oder Zugang zu irgendwelchen Unterlagen. Mein Ansprechpartner war, wie schon gesagt, also fast ausschließlich oder ganz überwiegend Herr Ley und dann später noch gelegentlich Herr von Knoop.

Danke schön. - Ich stehe gern für Ihre Fragen zur Verfügung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Herr Kindler. - Dann würde ich mit den Fragen beginnen und dann in dem üblichen Modus: zunächst mal die allgemeinen Fragen, damit die Kollegen da auch dann sich sofort auf die Inhalte noch stützen können. - Herr Kindler, wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ach so: Wie? Ja, ich habe halt geschaut, was ich noch habe an Unterlagen, habe meine Terminkalender durchgesehen, habe mir auch einige Termine, die ich gehabt habe, noch notiert. Das war ja doch eine lange Zeit, und es war ja nicht so, dass das jetzt nur - - ich mit Wirecard zu tun hatte. Ich war ja auch zunächst Berater des Bundesinnenministeriums für die polizeiliche Aufbauhilfe in Nordafrika, habe dann auch - - Dann hat mich Mecklenburg geholt zusammen mit dem früheren BKA-Präsidenten Ziercke, um die Polizeireform

in Mecklenburg zu machen. Und anschließend hat mich dann Baden-Württemberg geholt für die Evaluation der Polizeireform, wo ich dann den Lenkungsausschuss geleitet habe. Und vorbereitet eben mit dem, was ich noch an E-Mails gefunden habe, und halt dann meinem Kalender, was da da war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Also, so Anrufe aus dem Off: „Mensch, wenn du da jetzt bist, dann ...“, gab es nicht. Rein eigene Vorbereitung, Erinnerung.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - In Ihrem Lebenslauf - Sie haben das eben so ein bisschen schon dargestellt; insoweit: ich glaube, das war sehr abschließend - lässt sich nämlich - aber das hatten Sie auch gesagt - - dass Sie sich im Juni 2013 aus dem aktiven Dienst in den Ruhestand verabschiedet haben. Und deswegen war ja so die Frage: Sind Sie danach weiteren beruflichen - - oder Beschäftigungen nachgekommen? Ich gehe davon aus, das war nicht altruistischer Natur, was Sie uns eben aufgezählt haben. Also, gab es da noch andere berufliche - - oder eine Firma, einen Werdegang, den Sie da noch beschreiben könnten?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, es sind einige Firmen auf mich zugekommen, auch große Firmen. Und im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit habe ich dann halt die ein oder andere Firma beraten. Ich war auch ehrenamtlich beim DFB im Kontrollausschuss und beim Deutschen Schützenbund und Ähnliches.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Also: gut vernetzt. - Wann und wie sind Sie - Sie haben es eben beschrieben - erstmals auf die Wirecard aufmerksam geworden? Das ist wirklich durch diese Ansprache dann gewesen. Und dann haben Sie sich erst mal über die Wirecard - Sie haben es ja gesagt - schlaugemacht, und Ihnen ist das als deutsches Topunternehmen beschrieben worden; so haben Sie es gesagt - das hat fast eine Metapher -: „explosionsartig gewachsen“. Das kann man dann ja im Juni 2020, die Explosion, sehen. Also, das war so, wie Sie es beschrieben haben:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

davor oder in irgendeiner Form keine Kenntnis - - Kontakt zur Wirecard gehabt.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Richtig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Richtig, gut. - Die übliche Frage, die hat sich hier schon eingebürgert: Haben Sie im Untersuchungszeitraum Wirecard-Aktien erworben oder - es klang dann vom Kollegen an - Derivate oder Optionsscheine, ETC in irgendeiner Form?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich habe irgendwann Wirecard-Aktien erworben genauso wie von anderen DAX-Unternehmen, und die ich habe dann voriges Jahr auf Raten meiner Bank mit Totalverlust verkauft.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also fast Totalverlust.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also auch eines der Opfer da auch. - Gut. Dann würde ich noch mal so ein bisschen fragen: Mit welchen für Wirecard tätigen Personen, insbesondere Vorstandsmitgliedern, hatten Sie Kontakt? Sie haben es eben beschrieben: mit Burkhard Ley, Herrn von Knoop. Gab es da Weitere, mit denen Sie Kontakt hatten?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, den Herrn Marsalek habe ich nicht - - nie getroffen, nicht ein Mal - Gott sei Dank! -, und hatte überhaupt keinen Kontakt mit ihm. Und den Herrn Braun habe ich vielleicht zweimal gesehen. Einmal auf der Hauptversammlung habe ich ihm die Hand gegeben und einmal bei einer Besprechung, auf die wir vielleicht heute noch kommen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Und - Sie hatten es eben so beschrieben - können Sie sich noch genau erinnern? Wann haben Sie sich zum ersten Mal mit Burkhard Ley, ehemaliger Finanzvorstand der Wirecard AG, getroffen? Und vielleicht können Sie ein bisschen was zum Treffen sagen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, es war im August 2014. Da hat mich der Bekannte angerufen,

und da sind wir dann Ende August, glaube ich, mal essen gegangen. Dann im Oktober - ich glaube, das war der 31.; aber so auf den Tag kann ich das jetzt nicht mehr sagen; das habe ich aus meinen Unterlagen halt - - geschaut - hat mich dann der Herr Ley nach Aschheim eingeladen, und dann, wie gesagt, beruflich und vertraglich ist das dann - - hat das begonnen 2015. Und vielleicht noch zu ergänzen: Und aufgehört habe ich dann im April 2020, nachdem ich gehört habe, dass strafrechtliche Ermittlungen laufen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Haben Sie mit der Wirecard AG einen Beratervertrag oder was Ähnliches geschlossen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe zum 01.01. einen Beratervertrag geschlossen, sage ich: Ja, musste ich ja auch, aus steuerlichen Gründen schon.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm. - Also, was hat Sie letztlich dazu jetzt motiviert? Also, war es jetzt das Topunternehmen, was Ihnen bestätigt wurde, oder - kann ja auch sein - der Beratervertrag? Also, was hat Sie da motiviert, für die Wirecard AG gegenüber der bayerischen Staatsregierung dann zu werben? Oder war das eben einfach Inhalt dann des Beratervertrages? Haben Sie das als Ihren Inhalt gesehen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, um das Geld ist es mir nicht gegangen, um das klar zu sagen. Sondern es war - - Ich habe mich da erkundigt, auch später bei, wie gesagt, hochrangigen Leuten, und alle haben gesagt: Topunternehmen, das hat Zukunft; das Geschäftsmodell ist top. - Also, Herr Ley hat mir gesagt damals: „Wir machen den Zahlungsverkehr mit allen - nicht allen, aber sehr vielen - weltweiten Fluggesellschaften. Das könnten die selber machen; aber wir wickeln das ab.“

„Wir arbeiten für“ - also, ich kann nur sagen, was mir gesagt worden ist; ich habe das nicht nachgeprüft - - „mit Aldi, Lidl, Mastercard, Alibaba und mit den Banken Deutsche Bank, Commerzbank“; später ist mir gesagt worden: „französische Nationalbank“, wie gesagt, ohne dass ich das je nachgeprüft habe. Aber ich kann nur sagen, was mir gesagt worden ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und das war halt interessant, dass ich gesagt habe: eine andere Tätigkeit, weil es heißt immer „Landespolizeipräsident“. Das war ich natürlich; aber im Grunde ist es gegangen um meine Kontakte, die ich in die Gesellschaft und in die Wirtschaft habe. Ich war auch mal - das hat aber jetzt mit der Tätigkeit nichts zu tun - wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni München am Institut für Arbeitsrecht und Wirtschaftsrecht, wo meine Doktorarbeit leider nicht beendet werden konnte durch den Eintritt bei der Polizei; war ein aktienrechtliches Thema.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, gut. - Dann würde ich noch ein bisschen jetzt auf ein konkretes Treffen mit dem bayerischen Landeskriminalamt vom 20. März 2018 noch mal abstellen. Das ist zu finden auf MAT A BayStMI-1.01, Blatt 76 f., und auffindbar ist such der Fragenkatalog auf MAT A BayStMI-1.01, Blatt 88 ff. Herr Kindler, können Sie uns vielleicht schildern, wie und auf wessen Initiative dieses Treffen mit dem bayerischen Landeskriminalamt am 20. März 2018 zustande kam?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich kann Ihnen auch noch die E-Mail zeigen, weil ich noch gefunden habe, wie das zustande kam. Es war so, dass der Herr Ley mich, glaube ich, angeschrieben hat und gesagt hat, der Präventionsbeauftragte der Wirecard Bank, ein Herr - weiß ich jetzt auch nicht mehr; ist egal, ich habe es drin - - würde sich - - der hätte sich mit ihm getroffen und hätte dann gesagt, was er macht zur Geldwäscheprävention. Und dann hat er gesagt, er tauscht sich mit Banken aus regelmäßig und Ähnliches und er würde sich gern, hätte ihm doch der Herr Ley gesagt, über den Tellerrand hinaus austauschen. Also, wenn Sie wollen, kann ich Ihnen gern dieses erste E-Mail vorlesen; aber muss nicht sein. Also, zunächst 31. - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Na, machen Sie mal.

(Zuruf: Das kennen wir!)

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bitte?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Oder kennen alle das?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das E-Mail kennen Sie? Von Herrn Kohlpaintner an mich?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, dann - - Ja, sonst lesen Sie vor; machen Sie mal.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ganz kurz; ganz kurz. Das war am 29. Januar; da schreibt der Herr Kohlpaintner, Markus:

Sehr geehrter Herr Ley,

ich hoffe, Sie hatten ein angenehmes Wochenende.

Mir ist eingefallen, dass wir uns im Dezember darüber unterhalten hatten, wie die Abteilung für Geldwäsche- und Betrugsprävention sich mit Fachwissen auf dem Laufenden hält.

Zum einen nehmen wir jährlich an den Anti-Geldwäsche-Tagungen für die Kreditinstitute teil, zum anderen stimmen wir uns immer wieder mit Geldwäschebeauftragten anderer Banken ab. Auch Jahresberichte der FIU oder vergleichbare Veröffentlichungen werten wir aus.

Sie hatten mich allerdings darauf hingewiesen, dass uns ggf. auch ein Erfahrungsaustausch außerhalb des Bankenumfelds weiterbringen würde - sozusagen den Blick über den Tellerrand hinaus  
...

Im Speziellen würde mich ... interessieren, welche Themen im Bereich der Geldwäscheprävention die Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden für das Jahr 2018 als wichtig einstufen - ob es also neue Methoden und Erkenntnisse gibt, die wir ggf. noch nicht erfasst haben. Was wird gegen Geldwäsche im Krypto-Währungsbereich unternommen? Welche neuen Formen der organisierten Kriminalität gibt es und welche



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Verschleierungsmethoden nutzen diese? Gibt es neue Ansätze bei der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung vor dem Hintergrund der immer geringeren Beträge, die für Anschläge benötigt werden? Welche Herausforderungen sehen neben Banken andere Einrichtungen im Bereich AML - und können wir daraus ... lernen?

Und der letzte Satz ist:

Falls Sie mir

- also an Herrn Ley gerichtet -

... ggf. Seminare empfehlen könnten oder interessante Ansprechpartner kennen wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Und das hat der Herr Ley dann mir weitergeleitet.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das war wer noch mal? Wer hat Ihnen das ge- - Der Herr Kohlpaintner?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Kohlpaintner, Markus. - Das war wohl ein - - Das war ein junger Mann, Geldwäschebeauftragter. Ich habe mit der Wirecard Bank nie was zu tun gehabt, außer dieses eine Mal, wo der halt da war. Und dann, wenn Sie so wollen, war es so, dass ich mich halt erkundigt habe: „Macht das außerhalb jemand? Der sagt: ‚Ja, Seminar; da macht die Polizei was!‘“, und habe mich dann daran erinnert, dass, als ich Vizepräsident des Landeskriminalamts war 1989 und 1990, wir in Bayern auch das Geldwäschegesetz ziemlich gepuscht haben, auch ich.

Und als das dann in Kraft getreten ist, war es deutschlandweit so, dass eigentlich kaum richtige Geldwäscheanzeigen gekommen sind; das hat nicht richtig funktioniert. Und daraufhin hat dann aus meiner Sicht die ganze deutsche Polizei, in dem Fall wir damals im LKA, eine Offensive gestartet und - - sind offensiv auf die Geldwäschebeauftragten der Banken zugegangen, ha-

ben unsere Leute rausgeschickt, haben Ansprechpartner angeboten, damit die sensibilisiert werden und dann halt auch Geldwäscheanzeigen erstatten und auch wissen, wann sie die erstatten müssen.

Und soweit ich weiß, hat das LKA - da bin ich jetzt aber nicht ganz sicher - sogar einen „Tag der Banken“ eingeführt, und im BKA - da war ich ja selber auch öfters - haben die - jetzt nicht nur wegen Geldwäsche - eine Global-Player-Tagung ins Leben gerufen, der Herr Ziercke, wo etwa 80 große Unternehmen aus Deutschland dabei sind, also alle großen Unternehmen, und auch einmal oder zweimal im Jahr Tagungen stattfinden, also auf Präsidenten- und Vizepräsidentenebene.

Und es sind auch Ansprechpartner eben aus allen Polizeien genannt worden, weil ja, wenn man die Terrorbekämpfung - - bekämpfen will und die Geldwäsche, müssen ja die Geldwäschebeauftragten wissen - - Das ist ja alles ganz normal und auch gut. Wenn natürlich ein Geldwäschebeauftragter selber kriminell wäre, er da selber so was betreibt, dann ist das natürlich katastrophal.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das wäre fatal, ja.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Aber das kann ich nicht beurteilen, ob der Mann das war. Das müsste die Staatsanwaltschaft, die Frau Bäuml-Hösl, wissen, ob der im Verdacht ist, das zu machen. Und ich bin dann darauf zugegangen und habe dann gefragt auf der Leitungsebene: Macht ihr überhaupt so was noch? - Und dann ist mir ein Dr. da Rosa genannt worden, Barreto da Rosa, und an den habe ich mich dann also gewandt, schriftlich, und habe gesagt, was der Herr Kohlpaintner will - - und ob das möglich ist. Und dann hat der, glaube ich, zurückgeschrieben, er möchte die Fragen wissen. Und die haben wir ihm dann weitergeleitet, und dann ist der Termin zustande gekommen. Wenn die Nein gesagt hätten, wäre er nicht zustande gekommen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wer war so alles bei dem Termin zugegen? Also dann dieser Dr. da Rosa, -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Da war - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Kohlpaintner, Sie - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich. - Ich soll - - bin eigentlich nur mitgegangen zum Vorstellen; aber wie auch immer. Das war der, wenn ich mich erinnere, Dr. da Rosa, dann war der Herr Kohlpaintner, dann war der Dezernatsleiter, ein Herr Egger (?), dann war - - Und später - ich weiß nicht, ob noch einer dabei war - hat dann der Herr da Rosa irgendeinen Sachbearbeiter noch wegen Kryptowährungen dazugeholt. Und das Gespräch hat sich überwiegend abgespielt, also im Grund, zwischen dem Herrn Dr. da Rosa und dem Herrn Kohlpaintner. Wobei - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Wie lange ging das Gespräch? Dicker Daumen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das war vielleicht, ich weiß nicht, von zehn vielleicht bis halb zwölf, wobei es so war, dass außer - - wo ich - - Ich war - - Wir waren am Anfang da um den Schreibtisch rumgesessen, und da hat Herr Dr. da Rosa - - Um konkrete Fälle ist es da überhaupt nicht gegangen, sondern da hat er auf Literatur hingewiesen, dass halt die Terrorismusfinanzierung so jetzt - - heute Geldwäsche mit Drogengeldern und Ähnliches. Also, das war ziemlich allgemein gehalten und mit Verweisen auf eben Literatur. Ich glaube, dass er selber ein Buch geschrieben hat; aber das weiß ich nicht mehr so genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Gab es weitere Treffen dieser vergleichbaren Konstellation, oder war das das einzige?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. Also, das, was ich weiß, war das das einzige.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Einzige. - Also, was mich jetzt mal so umtreibt - und da Sie ja nun auch oberster Chef dieser Behörde waren - : Wir hatten vorhin einen Vertreter hier, und das Treffen fand ja im März 2018 statt.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und ich finde das dann ganz faszinierend, dass dann eben diejenigen, die ja auch der Prävention - das ist ja ebenso wi- - Ich höre immer von der Polizei: Prävention ist ja noch besser als Strafverfolgung am Ende. - So habe ich das doch schon als Kind, glaube ich, gelernt.

Jetzt hörten wir vorhin, eigentlich so die Behörden - - Ich weiß nicht, war das bei Ihnen anders? Aber die Geldwäschebeamten sozusagen in Niederbayern, die dann für den Großraum München tätig sind, die haben so ziemlich seit 2013 keine Fortbildung gehabt; die haben nichts gehört, auch nichts so zu diesen - - Das war ja sehr umfangreich, was in der Einladung stand. Ich könnte mir jetzt vorstellen: Der Kollege Mulzer, der vor Ihnen da war, der hätte sich gefreut, wenn er so was mal als Fortbildung, Aus- und Weiterbildung gehabt hätte.

War das in Ihrer Zeit dann noch so Stil, dass da mal auch was an diese Geldwäschebeamten - Sie haben ja zwei, die sich dann um ganz Bayern - - also nicht zwei Beamte, sondern zwei Abteilungen, die sich um ganz Bayern kümmern. Wird da auch mal drop-down was gegeben, damit die sensibel werden, mit der Zeit gehen, wie dann so ein Karussellgeschäft noch abgeschlossen wird, wie sich das vielleicht verfeinert, wie mit EMIs gearbeitet werden könnte und, und, und? Da gibt es ja viel Literatur zu, die uns auch im Finanzausschuss umtreibt. Gab es das zu Ihrer Zeit? Oder - - Weil ist ja ganz spannend, weil Herr Kohlpaintner - das wissen Sie ja, was dann später vielleicht kam; vielleicht ergibt sich das heute noch - - Aber ist Ihnen da was bekannt? Oder - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, aus meiner Sicht haben selbstverständlich sich alle Behörden auch an die - - zum Beispiel ans LKA wenden können oder auch an die Örtlichen. Es gibt ja vor Ort auch KPIs, die ja - - Also, es ist nicht nur das LKA, sondern halt - - es ist ja disloziert auch gemacht. Dann gibt es natürlich meines Erachtens Fortbildungsveranstaltungen im Fortbildungsinstitut in Ainring in Bayern, aber in jedem Land - - aber auch in Hilstrup, wo die Führungsakademie ist. Ob sich da jemand angemeldet hat, das weiß ich nicht, weil zu meiner Zeit war es ja



## Nur zur dienstlichen Verwendung

so - - ist die Geldwäscheprävention - - ist überhaupt erst ins Leben gerufen worden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, 2013.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Und dann später das mit der Zuständigkeit von den Regierungen bei uns in Bayern, das habe ich eigentlich gar nicht mehr mitgekriegt. Das ist 2013 gewesen, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm. Genau.

**Zeuge Waldemar Kindler:** - in dem Zeitraum, wo ich in den Ruhestand gegangen bin. Also, ich kann mich ja nicht - - Ich habe jetzt im Nachhinein erst gelesen, dass die da zuständig sind. Und ich hatte - - kann ich mich nicht erinnern, dass da jemals ein Vorgang über meinen Tisch, jedenfalls nicht bewusst, gegangen ist.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber Sie wären erstaunt - im Untersuchungszeitraum -, dass nicht mal da eine wechselseitige, ich nenne es mal, Befruchtung stattgefunden hat, weil, wie gesagt, uns wurde eben gesagt: Dieser Behörde bei der Bezirksregierung Niederbayern, die eben für Prävention mit sieben Äquivalenzstellen - so haben wir es eben gelernt - zuständig sind, ist nie - ich war sehr erstaunt -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, zu meiner Zeit - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - von 2013 bis heute ein Fortbildungsangebot gemacht worden. Das heißt, im technischen Fortschritt schwimmen die irgendwie mit, aber seit 2013 auch ohne jede Fortbildung. Also, das ist jetzt eine hypothetische Frage: Aber ich könnte mir jetzt vorstellen, so wie Sie hier auftreten, das hätte es in Ihrer Zeit nicht gegeben, oder?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Da bitte ich um Verständnis, dass ich dazu nichts sagen möchte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Ich dachte jetzt mal, ich frage mal. Wenn ich schon mal einen Ex-Chef hier sozusagen vor mir habe, dann frage ich auch mal. - Weshalb wurde - - War Ihnen das bekannt? Klar, das wurde jetzt aus der

Einladung - die hatte ich ja so noch nicht gehört oder gelesen - - Weshalb wurde denn gerade die Wirecard Bank zu dem Gesprächstermin eingeladen? Also, gab es da einen speziellen Grund - jetzt vielleicht auch im Nachgang oder jetzt in der Erörterung dieses Gesprächs - aus Ihrer Sicht?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Na, deshalb, weil halt die Wirecard AG, dieser Herr Kohlpaintner, da gefragt hat, und das hätte - was ich glaube; aber ich weiß es nicht genau - - dass auch andere Banken und andere Behör- - oder Unternehmen auch beim LKA waren. Ob das jetzt die Regierung war, weiß ich nicht. Aber ich habe gehört, dass das eigentlich öfters war; wie oft, weiß ich nicht. Jedenfalls zu meiner Zeit war das sehr offensiv, weil wir das in Gang bringen wollten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Ja, dann hätte ich jetzt noch eine Frage, bevor ich an die Kollegen weitergebe. Am 31. August 2020 war Karl Michael Scheufele, Amtschef eben des bayerischen Innenministeriums, im Finanzausschuss des Bundestages geladen. Auf Nachfrage gab er an, ein Vertreter von Wirecard habe sich beim Treffen am 20. März 2018 allgemein nach allen möglichen Dingen erkundigt. Dabei stellte er Fragen zur Geldwäscheprävention - Sie haben es eben gesagt -, zur Betrugsprävention, Terrorismusfinanzierung und Kryptowährungen usw. Haben Sie sich sozusagen im Vorlauf jetzt zu der Sitzung - - Oder hat der sich dann doch noch mal gemeldet bei Ihnen, Herr Scheufele, und auch noch mal auf dieses Gespräch oder Treffen abgestellt, oder war da auch nichts?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Na, es ist so: Ich habe gesagt - - Ich war dabei so eine halbe, Dreiviertelstunde mit dem Dezernatsleiter, und das war relativ allgemein. Und dann hat der Dr. da Rosa einen Fachmann noch dazugeholt, was mich gewundert hat, weil er als eigentlich sehr kompetenter Mann beschrieben wird. Und zu diesem Zeitpunkt haben dann ich und der Herr Egger (?) - - sich im selben Raum an einen anderen Tisch gesetzt, schon rein räumlich, und deshalb kann ich zu dem Inhalt nichts mehr sagen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe natürlich schon gewartet, dass die Frage kommt. Aber ich hätte nur was sagen können, wenn ich mich mit dem LKA kurzgeschlossen hätte, und das wollte ich natürlich nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, das müsste eigentlich der Herr Dr. da Rosa wissen, was da dann geredet worden ist. Wir waren dann an einem Nebentisch und haben uns dann über das Fortkommen von dem Dezernatsleiter, den ich kenne, und über Fußball unterhalten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist immer ein gutes Thema.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das ist so, weil ich mit dem gespielt habe.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann letzte Frage. Im Nachhinein oder auch jetzt zum Zeitpunkt des Treffens im Landeskriminalamt: Man könnte ja auch böse Gedanken haben, wenn sich jetzt ein Vertreter - - Natürlich, mit dem, was wir jetzt alles über Wirecard wissen, bekommt das immer noch mal einen anderen Drive oder einen anderen Spin. Haben Sie sich da - - Haben Sie Argwohn gehabt zu dem Zeitpunkt des Treffens? Oder was haben Sie so gedacht, aus welchem Grund der Wirecard-Vertreter eben all diese Fragen, die Sie ja gehört haben, stellt? Oder haben Sie einfach auch gesagt: „Topunternehmen, das passt so“? Oder hatten Sie da einen Argwohn schon zu der Zeit, dass man sagt: „Mensch, der stellt aber komische Fragen“?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, da habe ich keinerlei Argwohn gehabt, sonst hätte ich ja nie und nimmer - - wäre ich aufs LKA zugegangen, wissen Sie?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Und im Grund bin ich davon ausgegangen, dass das ja abgeklärt wird. Dann war ja die Anfrage, ob das der - - überhaupt geht. Wie gesagt, also zu dem Zeitpunkt jedenfalls habe ich - - Dass die Geldwäschebetreiber

oder so was, das habe ich - das sage ich offen - eigentlich erst jetzt gehört, wo die Herren da, Herr De Masi und der Herr Toncar, in dem Fernsehbericht in der Tagesschau gekommen sind und der italienische Staatsanwalt gesagt hat, dass da Geldwäsche betrieben wird.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann habe ich schon gehört: Dr. Michelbach für die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Herr Kindler, vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen. - Sie fühlen sich durch Wirecard persönlich beschädigt, haben Sie gesagt.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Da sind Sie nicht alleine, darf ich mal festhalten. Natürlich sind Sie als Landespolizeipräsident a. D. für uns schon eine außergewöhnliche Person, die in Verbindung mit Wirecard stand. Und es gibt für den Untersuchungsausschuss natürlich heute schon das Bild, dass das Unternehmen Wirecard eigene Interessen sehr hartnäckig und teilweise mit großer krimineller Energie vertreten hat.

Und so haben wir bisher die Erkenntnis: dass Journalisten beschattet, unter Druck gesetzt wurden, breite Einflussnahme auf vielen Feldern durch Lobbytätigkeit, durch viele Dinge, die an Behörden und an politische Vertreter rangetragen wurden, und darüber hinaus eben auch die Geldwäscheverstöße und Verstöße insbesondere auch im Bereich der Nachrichtendienste. Haben Sie - natürlich jetzt diese Tätigkeit, die Sie damals für Wirecard unternommen haben - - Würden Sie das noch mal machen unter diesen Voraussetzungen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, bestimmt nicht. Wissen Sie, wenn ich sage „beschädigt“, da geht es mir nicht ums Geld, sondern um mein Ansehen. Ich war ja nicht nur bayerischer Polizeichef,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sondern auch Vorsitzender aller deutschen Polizeichefs, also AK-II-Vorsitzender, zehn Jahre und bin fünfmal von den Kollegen, allen Länderpolizeichefs und Bundespolizeichefs, einstimmig - fünfmal! - gewählt worden und habe auch Deutschland vertreten in der Taskforce der europäischen Polizeichefs zusammen mit dem BKA-Präsidenten. Und insoweit geht es mir nicht um irgendein Geld. Ich würde das natürlich nie mehr machen, wenn ich den geringsten Anschein gehabt hätte - - fühle ich mich massiv in meinem Ansehen beschädigt; bin ich auch.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ist es richtig, dass wir das so einschätzen, dass Sie natürlich ein großes Tier waren in Ihrer Dienstzeit? Und können Sie sich vorstellen, dass unter diesem Aspekt natürlich die Manager von Wirecard Sie natürlich gezielt angezapft haben, weil Sie natürlich auf breiter Ebene Einfluss hatten? Und durch Ihre Dienstposition, die Sie früher hatten, haben Sie sich ja auch zu Terminen bei der Staatsregierung, beim LKA durchgesetzt. Wie beurteilen Sie das heute? Das muss doch Ihnen auch zu denken geben, dass Ihre Dienstposition von damals eigentlich da diesen Leuten die Tür geöffnet hat.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das ist natürlich eine Katastrophe, auf gut Deutsch gesagt. Wie gesagt, mir tun da auch alle Anleger und alle Geschädigten leid. Bloß, sage ich mal, wenn ich das im Nachhinein von den Erkenntnissen - - Mit dem Herrn Braun und mit dem Herrn Marsalek, wie gesagt, hatte ich überhaupt keinen Kontakt. Ich habe die überhaupt nie getroffen, nie gesehen.

Und der Herr Ley und der Herr von Knoop haben auf mich sozusagen immer einen seriösen Eindruck gemacht so wie andere bei anderen Unternehmen auch. Und wenn ich - - Das ist ja so abgelaufen, dass da viel telefonisch war. Und ich bin, wie gesagt, wenn ich beim Herrn Ley war, dann - - Um das zu sagen: Ich hatte auch nicht Zugang, sondern ich bin dann so wie hier jetzt mit Besucherausweis abgeholt worden, bin in das Zimmer von Herrn Ley gegangen und bin dann wieder gegangen. Also, ich hatte, was die beiden Personen betrifft, überhaupt keine Erkenntnisse.

Auch wenn man in der Firma war, da waren ja, glaube ich, 6 500 Beschäftigte, und das hat alles ganz normal gewirkt. Was da im Hintergrund ist, also, das hätte ich nie im Entferntesten gedacht. Natürlich würde ich - - wäre mir recht, wenn ich da nie überhaupt den Namen gehört hätte.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Haben Sie sich irgendwann mal mit dem Geschäftsmodell von Wirecard auseinandergesetzt? Dann hätten Sie ja erkennen können, dass da die Zahlungsdienstleistungen im Wesentlichen für Pornogeschäfte, für Glücksspielgeschäfte stattgefunden haben, und alles andere wie Alipay und alle Pressemitteilungen des Herrn Braun und von Wirecard waren eigentlich Fake. Die waren alle - - Das stimmte ja alles nicht.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Na ja, gut - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Haben Sie mal sich mit dem Geschäftsmodell befasst?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, mit dem Geschäftsmodell, da war es so: Ich habe natürlich keinerlei Einblick gehabt. Ich kann da nur sagen, was ich da - - was die mir gesagt haben. Und das Geschäftsmodell: Dass die die Zahlungsdienstleistungen für die Fluggesellschaften machen oder auch für Banken - das war Penny und Aldi und Lidl -, das habe ich jetzt per se natürlich nicht gesehen, wo da irgendwas anders ist.

Was die Pornogeschäfte betrifft: Erst einmal habe ich das nicht gewusst und habe dann später - - ist mir gesagt worden, dass die Vorgängerfirma von Wirecard irgendwie im Pornogeschäft gewesen sei, dass das aber längst vorbei sei. Und, wie gesagt, was die dann - - was sich jetzt rausgestellt hat, was die gemacht haben, das habe ich weder gewusst noch geahnt. Da wäre ich ja nie, auch nicht im Entferntesten, dabeigeblichen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Herr Kindler, ich unterstelle Ihnen mal, dass Sie aufgrund Ihrer beruflichen Tätigkeit natürlich auch ein gewisses forensisches Denken haben, und natürlich haben Sie Zeitungslektüren



## Nur zur dienstlichen Verwendung

von den fragwürdigen Vorgängen bei Wirecard gehabt. Haben Sie sich vorher über Wirecard nicht näher informiert? Wenn man einen Auftrag annimmt und sich dann auch noch bei anderen Behörden, bei der Staatsregierung persönlich, mit Ihrer Person, mit Ihrer Persönlichkeit einsetzt - - dass man da noch mal hinterfragt: Mache ich da nicht einen Fehler? - Haben Sie Zeitungslektüren nicht gekannt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich habe - - Ich lese sozusagen regelmäßig die „Süddeutsche“, mit Unterbrechungen, ich lese die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, und ich lese gelegentlich „Handelsblatt“ und „Wirtschaftswoche“. Und damals, als der Vertrag war, war da überhaupt, dass - - Jedenfalls habe ich nie irgendwas gelesen. Und als dann später das gekommen ist bei „Financial Times“ - die ich aber nicht gelesen haben, sondern nur indirekt -, ist dann - jedenfalls, was ich dann indirekt mitbekommen habe - - hat es ein reißendes Geschäftsmodell in Asien oder wo auch immer - - ist undurchsichtig. Also, dass das Geschäft - die Geschäfte, die die machen - kriminell ist oder Geldwäsche, das habe ich bis jetzt - eigentlich bis das vorbei war, bis die Staatsanwaltschaft ermittelt - nirgends gelesen. Ich habe mich dann auch erkundigt bei Bankberatern bei mir und ziemlich hoch auch - aber das war dann später; das war nicht 2014 - - mit Börsenchefs und so Ähnliches. Und da haben die immer gesagt: Supermodell; alles prima.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Also, Sie sagen, dass Sie natürlich nicht alarmiert sein konnten, -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** - weil einfach Sie nicht den Durchblick in der Frage des Geschäftsmodells hatten. - In welchem Zeitraum waren Sie denn dann für die tätig?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Von 1. Januar 2015 bis April 2020.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut, das ist ja schon ein ganz erklecklicher - - Haben die das wenigstens gut honoriert, einen Landespolizeipräsidenten a. D.?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich verlange von mir aus nie konkrete Summen, sondern das waren 3 000 Euro brutto, und das ist das, was man sonst - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Pro Termin? Oder - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bitte?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Pro Termin?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, nein, nicht pro Termin: im Monat.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Monat; ja, gut.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Und das ist das, was - - Das sind etwa zwei Tagessätze, was so halt in der Wirtschaft gezahlt wird, also entweder als Stundensatz oder Tagessatz oder Monatssatz oder Jahressatz.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Und Sie haben nicht als Honorierung auch ein Aktienpaket von Wirecard bekommen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, nix. Ich habe privat, wie gesagt, mal gekauft auf Rat meiner Bank - aber wie andere DAX-Aktien auch - und dann verkauft mit Totalverlust.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Wir hoch waren Sie denn geschädigt, Herr Kindler?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, vielleicht - - Das kann ich nicht so genau sagen, weil ich nicht weiß, zu welchem Einstandspreis die gekauft worden sind, so jetzt aus dem Stegreif. Ich schätze: oberer vierstelliger Betrag oder unterer fünfstelliger Betrag, so in dem Bereich; ich schätze: um die 10 000.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Dann komme ich zu diesem Termin mit dem LKA. Da war ja zunächst einmal Ihr Begehren, mit der Frau Vizepräsidentin, Frau Seidel [sic!], da zurechtzukommen. Die hat aber Sie nach der E-Mail abblitzen lassen.

Dieser Schulungs- und Informationsbedarf der Verpflichteten

- schreibt sie -

**führt wiederum zu einer Vielzahl von Anfragen an unsere Dienststelle, die aus den nachfolgenden Gründen negativ beantwortet werden müssen.**

Trotzdem haben Sie dann diesen Termin durchgesetzt. Ist Ihnen nicht aufgefallen, dass dieser Geldwäschebeauftragte von Wirecard Fragen und Themen gestellt hat, die eigentlich zu einem Insiderwissen über Geldwäsche, Geldwäschekonflikte oder Geldwäschehinterziehung hätten führen können?

Also, da wird zum Beispiel gefragt - an das LKA -: „Welche neuen Formen der organisierten Kriminalität gibt es und welche Verschleierungsmethoden nutzen diese?“ Also, das ist natürlich eine Frage: Wenn ich weiß, was da stattfindet, kann ich natürlich das auch umgehen. Die nächste Frage: „Erkenntnisse zu neuen Betrugsmethoden gegen Banken und Unternehmen“ sollten hinterfragt werden. Nächste Frage, nächstes Thema: „Sammlung aller Betrugsdaten in ... Banken, welche in Bayern zur Anzeige gebracht wurden, woraus ...“ die Wirecard Bank Schlüsse für die eigene Arbeit ziehen kann.

Also - die Fragepunkte; es gibt noch ein paar andere -: „Die im Vorfeld übersandten Fragen konnten“ - so wird gesagt; nach Auskunft des LKA - „allesamt beantwortet werden.“ Das heißt: Haben Sie den Geldwäschehinterziehungen letzten Endes mehr oder minder den Weg geebnet durch diese Informationen, die das LKA da mit Ihrer Hilfe ausgesagt hat?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, das hoffe ich nicht. Ich habe auch, muss ich sagen, das anders

in Erinnerung. Soweit ich es in Erinnerung habe, habe ich beim LKA bei der, ich glaube, Vizepräsidentin, bei der Frau Sandles - - haben wir ja angerufen, und dann ist mir das ja irgendwo weitervermittelt worden an Herrn Dr. da Rosa, weil ich habe den ja überhaupt nicht gekannt vorher. Also, der Name „Dr. da Rosa“ muss mir ja irgendwo vom LKA oder wo genannt worden sein, weil ich wäre sonst auf den gar nicht gekommen. Der war zu meiner Zeit noch gar nicht im Amt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Aber wenn der natürlich von einem Landespolizeipräsidenten a. D. mit solchen Fragen betraut wird, dann gibt der natürlich wahrscheinlich Auskunft.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe einfach die Fragen - - Ich habe halt gefragt, angefragt, ob das möglich ist, und dann hat der gesagt: „Die Fragen!“, und ich habe die Fragen von dem Herrn - wie heißt der? ist ja egal jetzt - - einfach weitergeleitet und habe dann gewartet, was da kommt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Aber das waren ja schon sehr detaillierte Fragen, die natürlich Geldwäschebetrug hätten durchaus begünstigen können, nicht?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, unstrittig.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Das muss man sehen. Das führt ja zu Insiderwissen, wenn das LKA über Betrugsfälle informiert. Und ob die berechtigt waren durch Ihre Vermittlung, Wirecard die Betrugsdaten von Banken mitzuteilen, wage ich ja auch zu bezweifeln.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, wie gesagt, ich weiß nicht, wie die sonst sozusagen, wenn die solche Treffen haben - - was die sonst sagen. Also jedenfalls über konkrete Fälle, wie ich dabei war, ist da nicht gesprochen worden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Aber Sie können sich schon vorstellen, dass es eigentlich private Beratungsunternehmen gibt, die über unser Geldwäschegesetz - das ja auch öffentlich ist, das man nachlesen kann - -auch informiert, dass man nicht dazu in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das LKA gehen muss und die Beamten da zu solchen detaillierten, doch sehr fragwürdigen Themen - - letzten Endes eine Antwort geben sollte. Die privaten Unternehmen, Fachunternehmen wurden da ja mehr oder minder von Ihnen ausgeklinkt.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das ist, wie gesagt, sicher richtig. Ich kann mich bloß sozusagen jetzt - - Ich kann mich an keinen Fall erinnern jedenfalls, wo in so einer Dimension von einem DAX-Unternehmen, wo der Geldwäschebeauftragte, der ja für Prävention zuständig ist, selber kriminell war. Also - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Das weiß ich nicht, ob es das schon mal gegeben hat. Aber Tatsache ist, dass ja bei Wirecard nur ganz kurzfristig dieser Geldwäschebeauftragte installiert wurde, und den kann man vielleicht auch als Alibiperson da sehen, weil ja die Dinge dann vielleicht ohne ihn gelaufen sind. Aber das ist ein anderes Thema.

Ich wollte noch zu dem Thema - - Ihren Terminen - Gespräche mit Vertretern der Staatsregierung und den Behörden und also insbesondere mit Dr. Florian Herrmann - kommen. Wie ist das zustande gekommen? Kennen Sie den Florian Herrmann persönlich? Dass Sie uns dazu mal Informationen geben.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, das ist eigentlich nicht gezielt zustande gekommen, sondern mehr oder minder zufällig, weil ich auf einer Veranstaltung war in Berchtesgaden, wo auch der Herr Herrmann dabei war. Und das war gar nicht klar, ob ich überhaupt da hinfahre, weil ich war also nur als Begleitung meiner Lebensgefährtin - - und ich wusste auch nicht, ob der Herr Herrmann da ist.

Jedenfalls war der da, und wir haben uns dann einen halben Tag in der Früh, weil irgendwie Zeit war, zusammengesetzt und haben uns unterhalten, jetzt nicht über Wirecard, sondern über ganz andere Themen. Und am Rande dann dieses Termins - also nicht dieses Termins, dieses Gesprächs; beim Frühstück war das - habe ich dann

gesagt: Es gibt da doch eins der DAX-Unternehmen, eins von vier in Bayern, und die würden sich gerne mal vorstellen.

Der Hintergrund sozusagen des Ganzen - nicht auf das Gespräch - war Folgendes, dass Wirecard gesagt hat: „Wir sind ein DAX-Unternehmen, eins von nur vier in Bayern und auch in Deutschland, und keiner kennt uns.“ So ist das mir gesagt worden. „Und alle anderen - oder nicht alle, aber viele, die meisten anderen - DAX-Unternehmen und Großunternehmen, die haben - was heißt ‚Beziehungen‘? - Zugänge in allen Ländern zu den Staatskanzleien, zu den Regierungsvertretern, und wir haben das nicht, und die werden eingeladen zu Gesprächen, wenn es um generelle Themen geht, über Arbeitnehmer oder Wirtschaftsentwicklung, und die werden auch eingeladen zu Wirtschaftsdelegationsreisen“ - was ja auch der Fall ist - „und wir nicht. Also: Wir sind draußen, und drum wollen wir uns vorstellen, dass es uns auch gibt.“ So ungefähr. „Wir haben immerhin 6 500 Arbeitnehmer.“

Und so ist das zustande gekommen, also nicht gezielt, dass ich jetzt an Herrn Herrmann rangegangen bin, sondern das war halt, weil wir da beisammen waren.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Und in jedem Fall waren Sie erfolgreicher bei der Terminanbahnung wie jetzt zum Beispiel der Herr Fritsche oder der Herr Guttenberg, die ja die Wirecard-Leute zur Bundeskanzlerin bringen wollten. Die hat das dann abgelehnt, einen Termin. Sie haben dann also trotzdem diesen Termin zustande gebracht. Und was war da Thema? Es geht ja nicht nur darum - ich meine, das wusste ja jeder -, dass die in Aschheim sind und dass sie im DAX sind. Muss doch mal ein spezielles Anliegen vorgebracht worden sein, nicht nur, ich sage mal, so eine Art Begleitmusik.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, zunächst möchte ich sagen, dass ich es natürlich sehr bedaure, dass ich den Dr. Herrmann da angesprochen habe, weil aus meiner Sicht hat der bis dahin - den Namen wird er schon gekannt haben und den Nehmer - aber keinen Kontakt zur Firma Wirecard gehabt, auch nicht zu den handelnden



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Personen. Vielleicht hätte er ohne den Termin überhaupt bis heute nicht gehabt. Und insofern bedaure ich das natürlich sehr.

Was zum Inhalt war, war es so, dass dabei waren der Dr. Herrmann, dann, glaube ich, ein Referent von ihm, dann ein Referent vom Wirtschaftsministerium, der Herr Ley und der Herr von Knoop und ich. Ich weiß nicht, ob noch jemand dabei war. Aber die in etwa waren das.

Und Wirecard - ich glaube, dass es der Herr Ley war oder wer - hat das Unternehmen vorgestellt, was sie alles machen und wie toll sie sich entwickeln, und hat dann irgendeine schriftliche Präsentation dagelassen. Und das war - - Mehr war da nicht. Da war jetzt kein Anliegen vorgetragen worden. Und dann ist es gekommen zum Abschluss irgendwie, dass ja der Wirtschaftsminister eigentlich da der richtige Ansprechpartner wäre. Es war ja auch der vom Wirtschaftsministerium dabei. Und dadurch ist dann auch gesagt worden - ich glaube, auch von der Staatskanzlei -, man sollte doch einmal zum Wirtschaftsminister gehen. Und das war dann angedacht, ist aber nicht zustande gekommen, weil der Herr Aiwanger, glaube ich, wegen Corona den Termin verschoben hat, und dann ist das im Sande verlaufen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Herr Kindler, Ihre herausragende Expertise ist aus beruflichen Gründen natürlich die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption gewesen. Können Sie sich vorstellen - oder wir können natürlich die Vermutung zumindest anstellen - - Hat Wirecard irgendwann einmal hier Sie aufgefordert, Beziehungen zu Sicherheitsbehörden, Nachrichtendiensten oder wie auch immer - - tätig zu werden, oder Sie bemüht, dass hierzu Informationen über organisierte Kriminalität und Korruption von Ihnen ausgesagt werden?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, nie, sondern die Situation - - Es war auch nie die Rede, dass ich überhaupt polizeilich - - Es gibt Firmen, wo ich polizeilich berate. Aber Wirecard war nie ein Thema, war auch in keinem Vertrag, war auch nichts dabei und war überhaupt kein Thema.

Also, es ist dann - - Das erste Mal, dass das dann gekommen ist, das war ja viele Jahre später, dass - - Den Termin beim LKA, den habe ich vermittelt; aber beraten habe ich da auch nicht. Die sind auch nie damit herantreten an irgendwas. Es ist dann auch gefragt worden - was weiß ich; das habe ich als Zumutung empfunden, sage ich schon ganz offen -, ob ich - - welche Kontakte ich nach meiner Pensionierung zu Sicherheitsbehörden gehabt habe. Also, ich habe nie im Ausland oder auch mit der Polizei für Wirecard irgendwelche Termine gemacht.

Ich kann nur sagen - das ist zwar persönlich und hat nichts mit Wirecard zu tun -: Ich war mit\* Sicherheitsbehörden nach meiner Pensionierung einmal in Belgrad, einmal in Sofia und war einmal in Athen, zweimal mit der Hanns-Seidel-Stiftung. Und in Sofia sollte ich ein Gutachten machen im Parlament über die Organisation der bulgarischen Polizei. Das habe ich dann auch gemacht. Und einmal war ich dann noch - aber das war 2018 - in Cadenabbia bei dem Schweizer Polizeipräsidenten zu einem Seminar, wo ich referiert habe. Das waren die vier Termine, die ich ins Ausland nach meiner Pensionierung hatte. Aber für Wirecard ist auch nie jemand an mich herantreten.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke schön. - Ja, dann als Nächstes für die FDP-Fraktion der Kollege Dr. Florian Toncar.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Kindler, Sie haben angesprochen, dass ein gemeinsamer Bekannter, den Sie mit Burkhard Ley haben, auf Sie zugegangen ist. Wer war denn das?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich sage Ihnen den gerne. Ich möchte bloß darauf hinweisen, dass der mit Wirecard nichts zu tun hat, sondern ein Privatmann ist, ein Geschäftsmann, und bitte, das zu entscheiden. Wie gesagt: Wenn Sie es wissen wollen, kann ich es sagen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja klar.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Der Dr. Ünlü.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aha.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Aber wie gesagt: Ich will mich da nicht - - Weil der mit Wirecard, glaube ich, nichts zu tun hat, aber den Herrn Weiss\* seit vielen Jahren kennt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Er hat ja einen Kontakt für Wirecard angebahnt.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, genau.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist ein klarer Bezug zu ihm.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, okay.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gut. - Dann haben Sie gesagt, Sie hätten sich im Vorfeld bei - Zitat - hochrangigen Leuten über Wirecard erkundigt. Welche hochrangigen Leute haben Sie denn gefragt vorher?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Na ja, ich habe gesagt: informiert.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Informiert, Entschuldigung.

**Zeuge Waldemar Kindler:** In erster Linie habe ich mich über Internet informiert, nachgelesen und halt - - und solche Dinge und habe dann gefragt - was weiß ich -, bei meiner Bank oder so. Ich habe jetzt nicht gesagt, dass ich einen Vertrag vorliegen habe, sondern: Was sagen Sie da dazu? - Und dann haben die gesagt: Ja, prima. - Und später habe ich dann auch mit anderen Leuten geredet. Ich habe da ja kein Geheimnis draus gemacht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber wer sind denn die hochrangigen Leute? Das ist ja ein Wort, das Sie benutzt haben.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, „hochrangige“ - - ist zum Beispiel, dass ich irgendwann einmal beim Essen mit der früheren Chefin der Bayerischen

Börse geredet habe, ganz allgemein, aber nicht speziell.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Sie haben Kontakte zum Management ja schon besprochen, Herrn Ley, Herrn von Knoop, Herrn Braun bei zwei Gelegenheiten, Herrn Marsalek nie. Wie ist es mit Frau Steidl?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, die Frau Steidl habe ich persönlich auch nie kennengelernt. Die habe ich auf einer Hauptversammlung halt vorne sitzend gesehen. Und ist halt dann also indirekt - - Als dann das war, glaube ich, dass da der Herr Ley mal gesagt hat, sie könnten Unterstützung liefern im IT-Bereich, glaube ich, bei den Coronahilfen oder was. Und da hat dann - - ist das wohl über Ley, Steidl gelaufen. Aber ich persönlich habe mit der Frau Steidl auch kein Gespräch gehabt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Es ist ja - - Genau. Es ist ja so gewesen, dass Wirecard auch so eine Hotline angeboten hat bei Corona. War dieses Gespräch, das Sie da geführt hatten, in dem Kontext - noch mal, dass ich das richtig verstehe -, dass Wirecard den Freistaat unterstützt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, das war so, dass - das war ja nach dem Staatskanzleitermin - der Herr Ley irgendwann zu mir gesagt hat, dass es ja Probleme gäbe mit, ich glaube, Auszahlungshilfen Corona - ich weiß nicht mehr so genau, um was es da genau gegangen ist - und dass sie ja eine gute oder eine super IT-Abteilung haben und dass die Hilfestellung leisten könnte. Und ob ich das sozusagen hier irgendwie herantragen könnte, hat er mich gebeten, als Hilfe. Und sie haben keine eigenen finanziellen Interessen.

Und ich habe dann, soweit ich mich erinnere, mich erkundigt und habe dann in Erfahrung gebracht, dass da die Regierung von Oberbayern, glaube ich, zuständig ist, und habe dann mit dem Vizepräsidenten geredet, und das war es dann von mir. Und dann habe ich irgendwann gehört, dass - was weiß ich; also, die Frau Steidl und der Herr Ley - da ein Kontakt entstanden ist. Ich glaube, mit dem Wirtschaftsministerium oder wer da zuständig war.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sie haben ja schon einige Beispiele genannt, wo Sie Kontakt vermittelt haben oder tätig geworden sind im Hinblick auf Behörden des Freistaats Bayern einschließlich Kommunen. Gab es auch ein Tätigwerden für Bundesbehörden oder gegenüber oder im Hinblick auf Kontakte zu Bundesbehörden, oder beschränkte sich Ihre Zuständigkeit auf Bayern?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Na ja, Bundesbehörden hätte ich nie gemacht. Ich habe halt dann, als die gesagt haben: „Uns kennt keiner. Wir wollen bekannt werden“, gesagt: Ja, ich kenne natürlich schon. Aber ich kenne die Leute nicht so, dass ich auch da tätig werden könnte und wollte. Und dann haben die gesagt - - habe ich dann dem Herrn Ley gesagt: Ja, ich kenne halt den Herrn Fritsche von früher, und - was weiß ich - ich kenne den Herrn Körper. Und wie gesagt - - Und das, glaube ich, war es dann. Ja, genau. Und daraufhin - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Haben Sie dem Herrn Ley den Namen Fritsche vorgeschlagen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Na ja, was heißt „vorgeschlagen“? Ich habe ihm halt irgendwann einmal gesagt, dass ich - - wen ich halt da kenne. Und dann hat er gesagt, ob er einmal mit dem Fritsche sich treffen könnte.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Also - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Und dann hat es ein Treffen gegeben. Und wie es dann weitergegangen ist, das weiß ich nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das wissen wir.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ja. Aber da war ich dann nicht mehr beteiligt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist in Ordnung. - Haben Sie mal mit Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung über Wirecard gesprochen, außer Herrn Herrmann, über den wir ja schon gesprochen hatten? Gab es außer Herrn Herrmann und dem nicht zustande gekommenen Termin bei

Herrn Aiwanger Kontakt von Ihnen, wo Sie zugegangen sind auf Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das war der Herr Sibler, der Herr Sibler, und zwar deshalb - - Also, das war - - Aber ist dann auch nicht zustande gekommen. Und zwar war das so, weil da hat es ja die Hightech-Offensive gegeben vom Ministerpräsidenten. Und da waren ja auch alle möglichen Firmen eingeladen. Und da hat dann, ich glaube, der Herr Ley oder wer gesagt, er würde da sich auch vorstellen wollen, weil der Wissenschaftsminister ja zuständig ist für die Hightech-Offensive. Und dann ist - - Über einen Referenten ist dann - - war ein Termin in Aussicht. Ich glaube, das war Februar, März oder so was. Und dann, wie gesagt, hat ja - - Als dann die Staatsanwaltschaft ermittelt hat, habe ich den Termin verschoben und dann abgesagt. Und so ist da nie einer zustande gekommen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, die drei Namen Herrmann, Aiwanger und Sibler sind alle in Bezug auf Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, also, ich wüsste jetzt da keinen mehr.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Herr Ley hat Sie ja mal angesprochen, nach Medienberichten zumindest, darauf, dass man sich wehren müsste gegen Leerverkaufstattacken gegen Wirecard. Wann war denn das, und können Sie den Kontext vielleicht mal einfach am Stück darstellen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, wann das war, das weiß ich nicht mehr. Das müsste 18, 19 in dem Bereich gewesen sein. Und da ist es drum gegangen, wie - - Der Kontext war meines Erachtens der, weil, wie Sie ja gesagt haben, irgendwann habe ich auch ja gelesen oder was, dass es da irgendwie ein Leerverkaufsverbot gibt von der BaFin. Und in dem - - Ob das jetzt vor oder nach - - weiß ich nicht. Dann habe ich gesagt auf gut Deutsch: Was ist denn das eigentlich, und was ist denn da eigentlich los? - Und dann ist da in dem Gespräch - - Der Herr Ley hat dann ir-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gendwann gesagt: Ja, das geht jetzt schon ziemlich lange, dass Hedgefonds uns übernehmen wollen und dass da gewettet wird auf fallende Kurse. - Und so war das ein allgemeines Gespräch in dem Zusammenhang. Aber wie gesagt: „Wir sind ein interessantes Unternehmen, und darum ist die Gefahr, dass sie, wie gesagt, uns übernehmen wollen“, oder so was.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Was haben Sie denn nach dem Gespräch gemacht?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe da gar nichts gemacht. Ich habe das zur Kenntnis genommen und habe gar nichts gemacht. Was hätte ich machen sollen? Also, wie gesagt: Ich hätte ja nicht irgendwie - - Die BaFin habe ich nicht gekannt oder sonst was, also.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Wer möchte von der SPD-Fraktion? - Frau Kiziltepe, bitte schön.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Kindler, ich möchte noch mal zurückkommen auf die Beratertätigkeiten. Es ist ja schon sehr bezeichnend: Ole von Beust, Dr. Guttenberg, Sie. Ich habe den Überblick langsam über die ganzen Berater verloren.

(Zuruf des Abg. Matthias Hauer (CDU/CSU))

- Ja, der hatte ja nichts zu sagen.

Ich wollte Sie noch mal fragen: War das oder ist das Ihre einzige Beratertätigkeit nach Ihrer Pensionierung gewesen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, sondern da sind, kann sagen, -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wie viele hatten Sie? Können Sie sich noch erinnern?

**Zeuge Waldemar Kindler:** - ja, nicht auf einmal - ziemlich viele große Firmen auf mich zugekom-

men und wollten im Einzelfall mal beraten werden. Ich kann da aber - bitte um Verständnis; hat mit Wirecard nichts zu tun - keine Namen nennen, weil ich mich sonst schadensersatzpflichtig mache.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. Müssen Sie auch nicht. Aber Sie können vielleicht eine Zahl nennen. Wie viele Beraterverträge hatten Sie?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Zugleich vielleicht drei, vier, so in dem Bereich.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Drei, vier. Okay. - Dann wollte ich noch mal zurückkommen auf eine Anfrage der FDP, des Abgeordneten Helmut Kaltenhauser im Bayerischen Landtag. In der Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration zeigt sich, dass Sie mit Ihrem Dienstausscheiden am 1. Juli 2013 anzeigepflichtig waren bis zum Datum 30.06.2016. Haben Sie Ihre Beratertätigkeiten, unter anderem bei Wirecard, aber auch bei den anderen, angezeigt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, und zwar deshalb nicht - ich habe mich auch erkundigt im Juli 2013 im Ministerium -: Es steht drin: Es ist ja nicht genehmigungspflichtig, sondern anzeigepflichtig, wenn ein Zusammenhang zu Ihrer letzten Tätigkeit besteht und dienstliche Interessen dadurch berührt werden. - Ich habe mich dann erkundigt, habe dann, als ich zum Beispiel das BMI beraten habe, das angezeigt. Und nachdem aber ich das ja mit der Landespolizeipräsidententätigkeit - - Da ich ja da nicht als Ex-Landespolizeipräsident sozusagen unter Vertrag genommen wurde und auch Wirecard überhaupt nicht kannte, habe ich das dann nicht angezeigt, habe mich aber vorher erkundigt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, hier steht ja:

Für Ruhestandsbeamte besteht nach § 41 Beamtenstatusgesetz ... eine Anzeigepflicht für Erwerbstätigkeiten oder sonstige Beschäftigungen lediglich bis zum Ablauf von drei Jahren nach Eintritt in den Ruhestand.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja. Aber da steht auch noch drin - ich habe es ja hier -, wenn ein Bezug zum früheren Amt besteht und Interessen gefährdet sind. Also, da steht nicht jetzt, generell alles anzuzeigen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das sind die geltenden Compliance-Regeln.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das sind - - Ich habe die. Ich kann sie Ihnen - - Ich müsste bloß suchen, wo das ist. Das ist, glaube ich, der § 86 BayBG. Also, ich müsste es jetzt suchen, aber da müsste ich blättern.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, es geht ja hier auch um Geldwäsche. Und Sie meinen nicht, dass Sie als Landespolizeipräsident a. D. - mit dem Namen „a. D.“ haben Sie sich ja auch in den E-Mail-Korrespondenzen oftmals benannt - - dass da keine Compliance-Gefahren, -Probleme bestanden hätten?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, zum einen ist da von Geldwäsche - - Dass ein DAX-Unternehmen Geldwäsche betreibt, das war ja jedenfalls überhaupt nicht absehbar für mich.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, aber - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, vielleicht kann ich da noch mal vorlesen. Jetzt habe ich es ja gefunden.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Nein. Ich habe das ja auch vor mir. Sie brauchen das jetzt nicht vorzulesen. Das ist halt meine Frage. Und Sie müssen das ja auch gut wissen. Sie sind ja schließlich auch Polizeipräsident a. D. Ich habe nur auf diese Frage und die Antwort des Staatsministeriums hingewiesen. Und aus meiner Sicht würde eben hier eine Anzeigepflicht über die Tätigkeiten in den drei Jahren nach Austritt aus der - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Enden.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Bestehen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Enden, sowieso enden.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Genau, enden. Aber Sie haben ja zwischen 2013 und 16 keine Berater-tätigkeit angezeigt in diesem Fall.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, habe ich nicht, weil eben im § 41 Beamtengesetz steht:

... Ruhestandsbeamte

- usw. -

außerhalb ... die mit der dienstlichen Tätigkeit innerhalb eines Zeitraums, dessen Bestimmung ...

- das sind die drei Jahre -

im Zusammenhang steht und ... beeinträchtigt werden können ...

Ich habe da keinen Zusammenhang gesehen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Gut. - Treffen sich eigentlich die Berater eines Unternehmens auch? Also, haben Sie Ole von Beust oder Herrn Guttenberg oder alle gemeinsam mal sich getroffen oder einzeln?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich habe weder den Herrn Guttenberg noch den Herrn von Beust getroffen in der ganzen Zeit und kenne die auch nicht persönlich.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie haben Herrn Guttenberg nicht im Mai 2016 getroffen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, habe ich nicht getroffen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Waren Sie schon mal auf dem Wiener Opernball?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Dann: Sie haben gesagt, Sie lesen die „Süddeutsche Zeitung“, das „Handelsblatt“ ab und zu. Haben Sie heute die „Süddeutsche“ gelesen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, leider.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Leider. - Was steht denn da drin heute?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich sage, die haben mich ja vorher angerufen gestern.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Hm?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Die haben ja mich vorher angerufen gestern und haben mit mir geredet. Und ich habe gesagt, ich kann - - ich möchte nichts sagen, weil ich ja heute im Ausschuss bin. Das wäre eine Brüskierung des Ausschusses.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ja. - Und was steht da drin?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Hat unterstützt oder hat geholfen oder was beim Waffenschein oder sonst was.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ja. Sie haben ja gesagt, Sie lesen regelmäßig die „Süddeutsche“. Und eben haben Sie gesagt: leider. - Das hat sich jetzt - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, weil mir der Artikel natürlich nicht gefällt.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Der Artikel, genau. Der Artikel hat den Titel - Moment, ich muss den auch erst mal rausholen - : „Waffenschein für Wirecard“

Bayerns früherer Polizeipräsident  
Waldemar Kindler war jahrelang  
als Berater und Türöffner ...

tätig und hat für den Fahrer von Vorstandschef Braun einen Waffenschein besorgt, eine Waffenerlaubnis besorgt.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Gut, das stimmt bloß so nicht.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Oder verholpen, steht da im Titel, genau. Möchten Sie sich hier dazu äußern?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich kann mich schon äußern. Warum soll ich da nichts sagen? Also, die Situation war die, wie ich es in Erinnerung habe, dass - - Der - ich weiß nicht; egal wie er heißt - Personenschützer oder Fahrer vom Herrn Braun hat wohl - hat mit dem nichts zu tun - einen Waffenscheinantrag gestellt, irgendwann, muss vor 16 gewesen sein, der dann wohl abgelehnt worden ist. Und dann hat er mich angesprochen: Ja - -

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Können Sie die Chronologie noch mal genauer schildern, wie das war?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, da müsste ich, bitte - - Also, da müsste ich da schauen. Also, wann das genau war, wann der seinen Waffenscheinantrag gestellt hat, das weiß ich nicht.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Also, wann Sie Kontakt hatten, vor der Ablehnung, nach der Ablehnung erst? Wurden Sie dann erst eingeschaltet, oder wie war das?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, vor der Ablehnung überhaupt nicht. Und dann ist der auf mich zugegangen und hat gesagt, ja, er bräuchte den, weil es sei ja abgelehnt - also, wenn ich mich jetzt recht erinnere -, als Fahrer. Er sei aber nicht nur Fahrer, sondern er sei Personenschützer, ausgebildeter und auch wohl vertraglich - ob das stimmt, weiß ich nicht - Personenschützer, und dazu brauche er einen Waffenschein. Daraufhin habe ich ihm gesagt, wenn ich mich noch recht erinnere: „Ja, ich habe da auch keine Ahnung. Habe auch damit nichts zu tun. Ich kann Ihnen da nicht weiterhelfen. Ich kann nur eins machen:“ - das habe ich dann auch gemacht - „Ich kann Ihnen einen Juristen vom Verband Sicherheit in der Wirtschaft, den ich kenne, weil wir miteinander im Beirat sind - - kann ich Ihnen die Verbindung herstellen, dass Sie sich mit dem beraten.“

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Also, nach meinen Informationen haben Sie Kontakt gehabt oder sich eingesetzt für einen Waffenschein, bevor die Ablehnung da war. Und da möchte ich Ihnen eine E-Mail vorlesen vom 12. April 2017:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sehr geehrter Herr Ley,

ich möchte Sie gerne auf dem Laufenden halten, nachdem dies auch Herrn Braun ein besonderes Anliegen ist. Nachdem das Wafferecht verschärft worden ist, ist der Waffenschein für Herrn May (?) schwierig. Ich habe mit Polizeipräsident Andrä und vor allem mit dem Geschäftsführer des Verbandes Sicherheit in der Wirtschaft, Herrn Weiss, gesprochen und Termine mit Herrn May (?) vermittelt. Herr Weiss hat wiederum mit dem zuständigen Landratsamt München gesprochen. Er ist Experte.

Letzter Stand: Herr May (?) hat jetzt alle notwendigen Unterlagen beisammen und sie wohl diese Woche beim Landratsamt München abgegeben. Herr Weiss hat parallel mit dem LRA telefoniert. Dann geht es zur Stellungnahme zur Polizei. Ich hoffe, dass es dann klappt.

Dies zu Ihrer Info.

Im Übrigen würde ich mich freuen, wenn wir wieder telefonieren könnten. (?)

Ja, usw. usf.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das war - - Die Ablehnung des Antrags war nach meiner Erinnerung ja schon vorher. Und der Herr May (?) hat dann gefragt, was er dagegen machen könne. Dann habe ich gesagt: „Als Jurist kann ich Ihnen sagen: Müssen Sie halt Widerspruch einlegen. Aber ich bin da kein - - Ich kenne mich da nicht aus“, und habe dann den Termin mit dem Herrn Weiss vermittelt, der - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, weil - - Ich hatte ja gesagt, dass diese E-Mail, die ich gerade vorgelesen habe, vom 12. April 2017 war. Und die Ablehnung vom Landratsamt ist vom 22.05.2017.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ja, eben vorher.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, Sie müssen ja dann vor der Ablehnung -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - sich eingesetzt haben, weil Sie ja - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das hätte ja keinen Sinn gehabt, sondern nach meiner Erinnerung ist es so, dass dessen Antrag abgelehnt worden sei. Und dann hat er sich an mich gewandt, was er dagegen machen könne. Und dann habe ich - am 18.11. war das - ein Gespräch mit dem Herrn Weiss vermittelt - 17\* -, und der hat sich dann wohl - - Ich habe gesagt, ob er sich da kümmern könnte. Ich kenne mich da nicht aus. Und der ist dann wohl - - hat Widerspruch erhoben - - Oder Widerspruch war vielleicht erhoben; das weiß ich nicht. Und dann, wie das weitergegangen, weiß ich nicht. Der ist dann, glaube ich, ans Landratsamt gegangen oder sonst was. Und irgendwann haben sie mir mal mitgeteilt: Das hat geklappt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Was haben Sie denn mit dem Polizeipräsidenten Andrä besprochen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Was ich besprochen - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie schreiben ja in der E-Mail - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich weiß jetzt momentan ja gar nicht immer, wann ich besprochen habe, ob nach der Ablehnung oder wann auch immer. Also, jedenfalls möchte ich klar sagen - sonst würde ich ja hier nichts mehr sagen; weil wenn ich beschuldigt wäre, dann muss ich ja nicht aussagen, wissen Sie -: Ich habe hier - - dass ich was Illegales gemacht habe.

Ich habe weder - um das klar zu sagen - jemals mit dem Landratsamt geredet noch mit denen in der Behörde, in der Polizei mit irgendjemand. Ich kann - so genau weiß ich es nicht - mit dem Andrä geredet haben dahin gehend - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Herr Kindler, Sie schreiben hier - - Diese E-Mail ist doch von Ihnen. Ich kann sie gerne auch Ihnen vorlegen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ja. Ich habe geschrieben, dass ich mit dem Herrn Andrä geredet habe, mit dem - -

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Dort steht drin: Sie - -  
Also:

Ich habe mit Polizeipräsident  
Andrä ... gesprochen ... (?)

So. Was haben Sie mit ihm besprochen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich glaube, dass ich Folgendes gesprochen habe, nachdem der gesagt hat: „Das ist abgelehnt“, ob - - wie sie das handhaben, wenn die zum Beispiel - - wenn sie einen Personenschützer haben, weil mir gesagt worden ist - und auch vom Herrn May (?) -, dass andere Personenschützer von Unternehmern, von Unternehmungen einen Waffenschein bekommen haben.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, es ist schon auffällig, sage ich mal, dass Sie sich einsetzen erst zunächst an einer Stelle, dann erst mal eine Ablehnung kommt. Dann setzen Sie sich wieder ein an einer anderen Stelle, und dann gibt es diesen Waffenschein.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja. Ich habe jedenfalls nicht irgendjemand gesagt, die sollen ihm einen Waffenschein erteilen, sondern ich habe vermittelt an Herrn Weiss, und der hat sich dann gekümmert.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kollegin.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Oh! Wie schnell geht das denn? Ich hatte noch 100 Fragen hier. Ja, gut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir haben ja noch eine Runde. Okay.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke. Gut. - Dann haben wir als Nächstes den Kollegen Fabio de Masi von Die Linke. Bitte schön.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Guten Tag, Herr Kindler! - Ich kenne sowohl Herrn Dr. Barreto da Rosa wie auch den Fahrer von Markus Braun. Deswegen will ich mal so offen fragen: Gibt es hier irgendetwas, ein wichtiges Detail, was Sie uns vielleicht noch nicht mitgeteilt haben, was Ihnen aber für unseren Untersuchungsauftrag relevant erscheint, zu Ihren Kontakten, die Sie dort hatten, zu dem Zustandekommen jetzt auch eben in der Causa Waffenschein oder irgendetwas? Sie müssen ja immer relativ umfassend antworten. So will ich einfach Ihnen erst noch mal die Gelegenheit geben, zu antworten, ob Sie vielleicht irgendwelche Details noch nicht benannt haben, die aber wichtig sein können.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, Details zum Herrn - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Zu Ihrem Engagement für Wirecard. - Nein. Okay, gut. Das wollte ich einfach nur wissen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bewusst - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Erst mal nur so zum Warmwerden. Gut. - Sie sind auch Mitglied im BVSU-Beirat, korrekt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, genau, ehrenamtlich.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. - Und die haben sich allerdings unaufgefordert ja gemeldet beim Landratsamt München wegen diesem Waffenschein. Wie kam das denn zustande? Haben Sie da mit denen irgendwie mal gesprochen wegen des Waffenscheins auch?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. Ich habe mit dem Herrn Weiss gesprochen. Und der Herr Weiss ist Beirat oder war damals Geschäftsführer des BVSU und ist Anwalt. Und mit dem Herrn Weiss habe ich gesprochen - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Dass er sich mal ans Landratsamt wenden soll.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, sondern dass er sich mal mit dem Herrn May (?) zusammensetzt und ihn berät.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Sie haben am Tegernsee ja mal mit dem Herrn Gartzke von Spitzberg Partners auch Kontakt gehabt, korrekt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, so nicht korrekt - Entschuldigung -, sondern die Situation war die, was den Herrn Gartzke betrifft: Am Tegernsee war ich nicht dabei. Die Situation ist: Den Herrn Gartzke habe ich gekannt früher über - - weil er bei der Hanns-Seidel-Stiftung war, und habe dann den Kontakt verloren und habe ihn dann in München - - Das war - kann ich Ihnen genau sagen -, glaube ich, am 10.03.16. Nein, das war - - Am 10.03. war das Tegernsee. Da war ich nicht dabei, sondern vorher habe ich ihn in München getroffen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, Sie waren nicht am Tegernsee?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, war ich nicht dabei.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das heißt, das ist falsch berichtet worden in den Medien?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Falsch.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Und, also, jedenfalls habe ich den Herrn Gartzke - - Am Rande der SiKo habe ich den getroffen, rein zufällig. Ich hatte keinen Kontakt mehr. Dann hat er gesagt: Schön, dass wir uns sehen. - Da habe ich gesagt: Ja, wo sind Sie denn jetzt? Sind Sie noch bei der Hanns-Seidel-Stiftung? - Dann hat er zu mir gesagt: „Nein, da bin ich nicht mehr. Ich habe mich selbstständig gemacht“, und hat mir seine Visitenkarte gegeben. Und da war der Herr Ley dabei, oder ich habe es ihm erzählt; weiß ich nicht. Und dann hat er gesagt: Ja, wer ist denn das? - Dann

habe ich ihm das geschildert. Und dann hat er gesagt, ja, er hätte gern sich mit dem getroffen, mit dem Herrn Gartzke. Ich wusste zu diesem Zeitpunkt nicht, was Spitzberg ist oder dass da - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Sie haben auch nie einen Kontakt zu Herrn Guttenberg in dem Zusammenhang hergestellt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Gut. - Dann will ich erst mal weitermachen. Sie haben ja vorher den Herrn Dr. Barreto da Rosa erwähnt. Übrigens einer der besten Beamten, die ich je kennengelernt habe im Bereich Geldwäsche vom LKA Bayern. Und ich weiß, dass der sich immer furchtbar aufregt über Onlineglücksspiel. Das ist ja auch ein Hochrisikofeld für Geldwäsche. Deswegen will ich mal fragen: Sie schreiben hier zum Beispiel in einer E-Mail an Herrn Ley:

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass die deutsche Glücksspielregulierung gegen EU-Recht verstoße, weil das staatliche Glücksspielmonopol faktisch fortbestehe. (?)

Und dann mokieren Sie sich so ein bisschen, dass 20 private Anbieter eine Konzession erhalten könnten, aber bislang keine vergeben wurde.

Jetzt frage ich mal: Wie, glauben Sie, kommt das denn bei den Beamten an, bei den Polizeibeamten, die Verbrechen bekämpfen wollen, die Geldwäsche bekämpfen wollen, auch in diesem Bereich, wenn sich der ehemalige Dienstherr dann, ja, dafür einsetzt, dass dort noch mehr der Rubel rollt? Wie finden Sie das denn?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich habe mich nie eingesetzt, ganz im Gegenteil: Bayern war immer das Land, das in der IMK am meisten dageengehalten hat, im Gegensatz zu anderen Ländern. Ich war ja da bei den IMK dabei, aber nicht zuständig. Und dass ich mir gesagt habe, für die Liberalisierung des Ding - - Da kann ich mich nicht erinnern, ganz im Gegenteil. Der Herr Ley hat gesagt: Ja, ist da was? - Und dann habe ich ihm halt, als ich das gelesen habe, weitergereicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ach so. Ich habe also Ihre E-Mails anders verstanden. Aber gut, das kann ein Missverständnis sein.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. Ich habe mich nie eingesetzt für die Liberalisierung, ganz im Gegenteil: Wir haben uns als Bayern immer vehement dagegen - im Gegensatz zu anderen Ländern - gewandt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Dann möchte ich Sie noch fragen: Bei dieser Gesprächsanbahnung mit Herrn Dr. Barreto da Rosa, ist Ihnen da jemals zu Ohren gekommen, dass vielleicht man im LKA eher befremdet war, einzelne Beamte befremdet waren, dass da so eine, ich sage mal, Extrawurst für Wirecard gebacken wird?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich sage offen: Ich habe nicht gesehen, dass das eine Extrawurst ist, weil ich habe - - Da ist ganz normal - das hätten die auch selber machen können - angefragt worden: Ist das möglich? - Und mir ist gesagt worden, auch sonst aus der Polizei, dass das LKA so was macht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und Sie haben gesagt, Sie haben mal in einem aktienrechtlichen Thema promoviert, richtig?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie wussten nicht, was ein Leerverkauf ist, trotzdem?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Na ja, ein Leerverkauf. Mein Thema war die Leitungsmacht bei eingegliederten und abhängigen Unternehmen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, aber vorhin, weil Sie gesagt haben, Sie wussten nicht, was ein Leerverkauf ist, korrekt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja. Ich wusste jetzt nicht - - Das ist sicher nicht ganz korrekt. Ich habe schon eine grobe Vorstellung gehabt. Aber so im Detail - - Das ist ja 40 Jahre her, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Verständlich.

**Zeuge Waldemar Kindler:** - wo ich da dieses Promotionsthema hatte.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Haben Sie sich jemals - - Können Sie irgendetwas beitragen zu einem Abendessen, was in München stattgefunden hat, wo auch der Herr Stoiber, Herr Sarkozy, Erich Vad, der ehemalige militärpolitische Berater der Kanzlerin, da waren? Können Sie dazu etwas beitragen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, überhaupt keine Vorstellung.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Haben Sie sich mit Herrn Fritsche noch mal ausgetauscht über das Thema Wirecard, und was können Sie dazu sagen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Beim Herrn Fritsche war es so, dass halt der Herr Ley mit dem Thema „Uns kennt keiner - - Hat er dann ja gewusst oder mal erzählt, dass ich halt den Herrn Fritsche kenne. Und dann hat er gesagt, ja, er würde jetzt gern den Herrn Fritsche treffen. Dann habe ich das dem Herrn Fritsche gesagt, und dann sind wir - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie haben sich nie mit Herrn Fritsche noch mal ausgetauscht über das Thema?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ausgetauscht seit damals dann nicht mehr, sondern ich weiß dann, dass - das habe ich dann vom Herrn Ley gehört - dann weiter wohl der Herr Fritsche einen Termin im Kanzleramt gemacht hat und dass da der Herr Ley und, ich glaube, der Herr von Knoop dabei waren.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Das heißt, Sie haben sich nie wieder mit jemand aus den Sicherheitsbehörden oder im Umfeld der Bundesregierung, Herrn Fritsche und anderen, ausgetauscht zu hier diesem Sachverhalt Wirecard?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, ich habe außer dem Termin - - Ich kenne den Herrn Fritsche. Privat natürlich habe ich den Herrn Fritsche getroffen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

fen, wissen Sie, immer mal wieder, in Empfangen. Aber über Wirecard haben wir nach diesem, wo die wohl den Termin gehabt haben - - habe ich jedenfalls mit dem Fritsche über Sicherheit da nicht mehr geredet. Also, ich habe mit dem Herrn Fritsche schon geredet, aber nicht mehr über Wirecard. Ich weiß auch nicht, ob der dann einen Anschlussvertrag hatte oder irgend so was. Ich vermute, dass er irgendwie in Verbindung war mit Wirecard, auch hinterher. Aber ich kenne das nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und können Sie nur noch sagen: Sie haben in Ihren E-Mails auch Ihre Freude darüber zum Ausdruck gebracht gegenüber Herrn Ley, dass CSU-MdB Stephan Mayer Staatssekretär wird und dass der Herr Seehofer Innenminister wird. Das sei gut. Können Sie noch mal erläutern, für was das genau gut sei und warum?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich habe sicherlich mit dem Herrn Ley - - haben die mit mir manchmal geredet: „Kennen Sie den oder jenen?“ oder - was weiß ich - „Und was sagen Sie dazu, ganz allgemein“ - was weiß ich -, muss man jetzt hier sehen. Das ist natürlich - - Da wird jetzt ein E-Mail-Verkehr über fünf oder sieben Jahre - was weiß ich -, der irgendwas sagt, aus dem Kontext gerissen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, wie gute Polizeiarbeit.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bitte?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wie gute Polizeiarbeit machen wir das.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Na ja, ich bin ja nicht dagegen. Bloß, wenn ich Bedenken oder Sie, jeder - - dass jetzt bei jeder Mail, die Sie irgendwo im privaten oder sonst wie Bereich schreiben, ja, dann müsste ich mir den ganzen Kontext anschauen. Natürlich, kann schon sein, dass ich da gesagt habe: „Das ist gut, dass der Herr Mayer Staatssekretär wird, weil er ein Bayer ist“, weil ich zum Beispiel immer der Meinung war, dass, wenn wir drei Bundesinnenminister haben, dann

auch einmal auf der Beamtenebene ein Bayer sein sollte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Ich denke, ob Herr Mayer oder Herr Seehofer gut ist, klären wir in der nächsten Runde weiter. - Als Nächstes auf jeden Fall Lisa Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Mayer ist ein guter Mann!)

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke schön. - Können Sie noch mal sagen, wann Sie Herrn Fritsche vermittelt haben?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das war - - Da müsste ich mal kurz nachschauen. Einen Augenblick einmal! Das weiß ich bloß aus dem Stegreif jetzt - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Das müsste Fritsche/Ley, Mittagessen - - war 21.05.19.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** 21.05.19. Gut. - Dann können Sie noch mal sagen: Sie haben gesagt, der Beratervertrag, das waren 3 000 Euro brutto im Monat. Das heißt also, im Jahr 36 000 Euro. War das mit Ihnen - - Sie haben gesagt, insgesamt haben Sie drei bis vier Beraterverträge, das ist so Ihr Satz. Also, wir haben jetzt von Ole von Beust gelernt, bei ihm sind es 5 000 Euro. Bei Ihnen sind es 3 000 Euro im Schnitt für einen Beratervertrag?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, wie gesagt: Ich kenne die anderen Verträge nicht, sondern die haben - - Das waren halt 3 000 Euro, die die mir angeboten haben oder was weiß ich. Ich habe nie irgendwie konkrete Forderungen gestellt. Aber ich wollte auch keinen - was weiß ich - Stundenlohn oder so was, sage ich ganz offen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, bei Ihren anderen Beraterverträgen ist das nicht in der gleichen Größenordnung, sondern - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das ist unterschiedlich.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist unterschiedlich.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das ist nach Angebot. Das kann weniger sein oder was weiß ich. Das ist unterschiedlich.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. -  
Kommen wir noch mal zum Thema - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das ist, wenn ich sage - - Das ist auch nicht kumulativ, dass ich zehn auf einmal habe oder vier, sondern das war halt so zum Teil auch hintereinander, viele ja erst nach 2016 oder so.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. -  
Dann auch noch mal für den Zusammenhang:  
Der Dr. Linley war das, der Sie vermittelt hat mit Herrn Ley.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ünlü. Ü - N - L - Ü.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie noch mal sagen, wie das kam? Also, Sie kennen ihn. Warum kennt er Wirecard? Wie kam Wirecard zu ihm und dann zu Ihnen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, also, wie das zustande kam, dass er gesagt hat, er hätte beim Essen mit dem Herrn Ley - - Der kennt den - was weiß ich -, hat er mir gesagt, privat seit 20 Jahren oder - was weiß ich - aus früheren Tätigkeiten, aber privat, und der hätte mit Wirecard gar nichts zu tun und hätte - - Aus welchen Gründen er sich mit dem Herrn Ley von ihm aus über mich unterhalten hat, das weiß ich nicht. Also, dass er halt Leute kennt oder was weiß ich. Ich weiß es nicht. Ich habe jetzt auch nicht mehr mit ihm geredet.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann noch eine Frage: Sie haben gesagt, Sie haben im April 2020 schon das Beraterverhältnis beendet.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Im April, ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. -  
Also, manche andere haben ja noch länger dran geglaubt, sogar noch Aktien gekauft im April und sie dann im Juni verkauft.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, ich habe keine - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie noch mal sagen, was jetzt bei Ihnen der Auslöser war, dass Sie bereits im April 2020 dann das Verhältnis beendet haben?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Der Auslöser war - - die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, dass dann die Staatsanwaltschaft München, soweit ich weiß, irgendwann ermittelt hat und durchsucht hat. Und dann habe ich - - Ich habe dann im Mai noch mal zum einen - was heißt „abgewickelt“? - - habe ich die Termine mit dem Herrn Siblinger, die geplant waren, verschoben zunächst und abgesagt, weil ich dann nicht mehr Wirecard mit irgendjemand zusammenbringen wollte, und habe dann, glaube ich, im Mai noch mal mich mit dem Herrn Ley getroffen und habe gesagt: „Ja, was ist jetzt das? Was ist da los?“, und habe dann einfach die Arbeit faktisch eingestellt. Und der Herr Ley hat dann gesagt: „Ja, ja, das ist wie jedes Jahr mit der Bilanz. Das klärt sich schon auf“, so ungefähr.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben im April das Verhältnis beendet und haben sich im Mai mit Herrn Ley getroffen und dann die Arbeit eingestellt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. Die Arbeit habe ich im April eingestellt, habe auch keine Rechnungen mehr gestellt oder was, sondern ich habe halt dann noch zum Beispiel beim Büro Siblinger den Termin, der geplant war, abgesagt oder zunächst verschoben.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So. Und die Aktien haben Sie aber nicht verkauft im April?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Die Aktien habe ich auf Rat meiner Bank verkauft - ob das jetzt April



## Nur zur dienstlichen Verwendung

oder Mai oder wann - - jedenfalls praktisch mit Totalverlust.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann kann es ja nicht April gewesen sein, aber gut.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, dann war es - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommen wir noch mal zum Waffenschein. So. Sie haben jetzt gesagt, Sie selber sind jetzt nicht persönlich zum Landratsamt und zu einer Behörde oder zur Polizei gegangen. Aber können Sie noch mal sagen, wie Sie jetzt auf die Idee kamen, mit Herrn Weiss darüber zu sprechen, -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Weil der Herr - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und warum Sie das dann so intensiv nachverfolgt haben?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also noch mal: Ich bin weder ans Landratsamt München - - habe ich jemals Kontakt gehabt.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber sind ja an Herrn Weiss herangetreten. Und dann hat das ja ganz gut geklappt mit Herrn Weiss. Könnten Sie noch mal sagen, wieso Sie auf Herrn Weiss gekommen sind und warum Herr Weiss Sie dann so zeitnah informiert hat -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ach so.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - über den ganzen Vorgang und warum Sie dann in der Anlage an Herrn Ley auch den positiven Bescheid geschickt haben, zum Waffenschein?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, aber den habe - - Das hat mich gestern schon die „Süddeutsche“ gefragt. Ich weiß nicht, wie ich zu dem Schein gekommen (... akustisch unverständlich). Das kann mir höchstens der Herr Weiss gegeben haben.

Ja, auf den Herrn Weiss bin ich deshalb gekommen, weil der Herr Weiss sozusagen Jurist und wohl Spezialist für Waffenscheine ist. Der kennt

sich aus - auf gut Deutsch gesagt - als Jurist. Und der Herr Weiss war mit mir im Beirat, oder vielleicht war er damals auch Geschäftsführer beim BVSU. Und dann habe ich gesagt: Ja, ich kenne sonst niemanden, der mit Waffenscheinen irgendwas zu tun hat oder sich auskennt. - Und dann habe ich gesagt - - den Herrn Weiss gefragt, ob er sich mit dem Herrn May (?) - glaube ich, heißt er oder wie - treffen würde, weil um den Herrn - jetzt bin ich schon - - May (?) - glaube ich, heißt er, ja - - Um Hilfestellung bin ich halt auf den Herrn Weiss zugegangen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie können sich nicht mehr daran erinnern, warum Sie dann eine E-Mail an Herrn Ley geschrieben haben und wie Sie an den Anhang gekommen sind mit dem Waffenschein?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich habe dem Herrn Ley geschrieben, dass er weiß, dass der den Waffenschein bekommen hat, der Herr May (?). Aber dass ich jetzt die Genehmigung oder was dem Herrn Ley geschickt habe, das kann ich mir nicht vorstellen. Das kann eigentlich nur eine Kopie sein, die mir der Herr Weiss gegeben hat. Ich habe - - Den Originalwaffenschein habe ich nie gesehen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber warum wird - - Die Frage ist ja: Warum schickt Herr Weiss Ihnen das jetzt noch mal zu und nicht nur - - also, ruft Sie nicht an oder schreibt einfach eine E-Mail, sondern schickt Ihnen sogar den positiven Bescheid in Anlage in einer E-Mail? Das ist ja - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, wahrscheinlich weil der Herr Weiss halt gesagt hat - - oder weil ich ihm das vermittelt habe mit dem Herrn May (?). Weiß ich aber nicht. Da müsste ich den Herrn Weiss fragen. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass ich da irgendwas weitergeschickt habe. Dass ich den Herrn Ley informiert habe, das weiß ich schon. Aber dass das ein Original ist, kann ich mir nicht vorstellen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber Sie haben - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Vielleicht hat der Herr Weiss mir eine Kopie geschickt von dem - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es gibt eine E-Mail vom Samstag, dem 10. Juni 2017, 15.33 Uhr, von Ihnen:

Sehr geehrter Herr Ley,

anbei der positive Bescheid für Herrn May (?), der ihn bereits hat, für Sie und Herrn Braun zur Info. Ansonsten bitte ich um Diskretion, auch um Bezugsfälle zu vermeiden. Ich hoffe, wir sehen uns auf der Hauptversammlung.

Usw. So.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Letzte Frage.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, aber das beweist ja gerade, dass das Original - - dass der Herr May (?) - was Sie jetzt vorlesen - wohl den Originalbescheid ja gehabt hat.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir geht es da nicht um Original und nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Paus.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir geht es ja darum, dass Sie eine Anlage geschickt haben, dass Sie extra was bekommen haben, und das war das - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, zur Kenntnis halt vom Herrn Ley. Aber ich weiß das im Detail jetzt auch nicht mehr. Da müsste - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist erst mal um.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke. Gut. - Dann würde ich mal versuchen, ohne Waffen hier weiterzumachen.

Am 19. November 2018 besuchte die Staatsministerin vom Kabinett Merkel IV - so viele sind es schon -, Dorothee Bär, MdB, den Hauptstandort der Wirecard AG in Aschheim. Dies ergibt sich

unter anderem aus dem E-Mail-Verkehr von Herrn Dr. Günther Beckstein, ehemals bayerischer Ministerpräsident, und der Leiterin des Büros von Dorothee Bär. Bei diesem E-Mail-Verkehr waren Sie in cc gesetzt. Auffindbar ist dieser unter MAT A BKAm, also Bundeskanzleramt, 8.02, Blatt 5 f. Ist Ihnen der E-Mail-Verkehr erinnerlich?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, der E-Mail-Verkehr ist mir nicht erinnerlich, der Termin schon.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist der auf Ihre Initiierung hin zustande gekommen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, er ist unter dem Gesamtkomplex, dass Wirecard gesagt hat: Uns kennt keiner - - Und dann hat der Herr Ley gesagt irgendwann: Jetzt gibt es ja die Digitalisierungsagenda. Wer ist da zuständig? - Und dann war naheliegend die Digitalministerin, wie gesagt. Und dann war es so: Dann hat er gesagt: Ja, wir würden uns gern vorstellen bei der Ministerin. - Und dann habe ich gesagt: „Ich kenne die Frau Bär natürlich“, aber ich hätte da keinen Termin hergestellt. Ob - - Wie gesagt: Ich kann einmal mit dem Dr. Beckstein reden sozusagen, ob der das kennt. - Oder bzw. der Herr Ley hat gesagt, er würde den Dr. Beckstein auch gern einmal kennenlernen. Und dann war da ein Essen.

Und dann war wohl - - Ja, und dann war wohl geplant, dass sich die in Berlin vorstellen, also der Herr Ley und der Herr von Knoop. Und dann - soweit nach meiner Erinnerung, ist dann eigentlich überraschend - hat die Ministerin gesagt, sie ist in München, sie möchte das Unternehmen anschauen und kommt nach Aschheim. Und da war dann wo ein Gespräch, wo dann auch, weil das in Aschheim war, der Herr Braun dabei war, weil das war ja gar nicht wohl vorgesehen. Und ich war eigentlich auch nicht vorgesehen. Und dann bin ich gebeten worden vom Herrn Ley, ob ich nicht, sage ich jetzt einmal, den Herrn Beckstein betreuen könnte insoweit, dass ich ihn halt konkret vom Bahnhof abgeholt habe und hingefahren habe. Und dann haben sie gesagt ungefähr: Wenn Sie schon da sind, dann setzen Sie sich halt dazu. - Aber was anderes wurde nicht gesagt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das heißt, zu dem Gesprächstermin waren Frau Staatsministerin Bär, damals Staatsministerin im Kabinett Merkel IV, Herr Dr. Markus Braun, Herr Burkhard Ley, Herr Dr. Günther Beckstein und Sie selbst. Das ist korrekt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Oder waren auch noch andere Personen, die vielleicht nicht im E-Mail-Verkehr genannt sind, anwesend?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, na ja, ich glaube, dass da noch bei der Frau Bär eine Begleitung dabei war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bürochefin oder was.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Das heißt, Ihre Teilnahme war aus Ihrer Erinnerung heraus eher zufällig?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, nicht zufällig. Insofern, weil halt der Herr Ley gesagt hat: Sie kennen doch den Dr. Beckstein. Und können Sie den nicht abholen und Ding? - Ich war eigentlich zunächst nicht vorgesehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Im Anschluss an die Besichtigung des Unternehmenssitzes - Sie haben es ja eben beschrieben; das fand in Aschheim statt - schlug die Staatsministerin Dorothee Bär der Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, „Herrn Dr. Braun“ - ich zitiere - „zeitnah zu einem bilateralen Treffen ins Bundeskanzleramt einzuladen.“ Das ergibt sich aus einem E-Mail-Verkehr der persönlichen Referentin der Staatsministerin Bär an eine Vertreterin der Wirecard AG. Nachzulesen ist diese E-Mail: MAT A BKAm-8.02, Blatt 14 f. Haben Sie Kenntnis von diesem Vorschlag der Staatsministerin?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, von diesem - - Auch von dem E-Mail habe ich nicht - - Es ist - - In dem Gespräch ist da, glaube ich, mal erwähnt worden, dass das - - Der Herr Braun hat da, soweit ich mich erinnern kann - aber wie gesagt,

ich war bloß Gast -, halt referiert über den Zahlungsverkehr - bargeldlos - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber den Herrn Beckstein wiederum, den kennen Sie ja. Und da haben Sie nicht mal so gefragt: „Mensch, Herr Beckstein,“ - ich weiß ja nicht, vielleicht duzen Sie sich auch - „was ist denn da geworden? Ist denn der Herr Braun dann da jetzt ins Kanzleramt mal gekommen?“ oder - - Ich meine - - Also, ich kenne das immer so, dass - - Komischerweise alle Zeugen, die hier sind, haben sich im Nachgang nie mal über das unterhalten, wo sie dran teilnehmen und was so war. Und das ist für mich alles so manchmal aus der Welt. Also, wurde nicht mal drüber gesprochen, ist er jetzt im Kanzleramt mal, oder ist er nicht?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, im Gespräch ist da mal, als der Herr Braun da erwähnt hat, dass bloß 5 Prozent bargeldlos bezahlt wird und das ein Mordspotenzial hat, der bargeldlose Zahlungsverkehr - - Dann hat er ziemlich referiert, ziemlich lange, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das kann er, ja.

**Zeuge Waldemar Kindler:** - muss ich sagen. Und da ist dann einmal gekommen, glaube ich, ja, wäre interessant, wenn das auch die Kanzlerin wüsste. Aber mehr, wie das dann weitergegangen ist, das wusste ich nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Gut. - Dann hätte ich noch mal - - Es gab noch ein weiteres Treffen ja am 20. November 2019 in der Bayerischen Staatskanzlei. Bereits 2019 häuften sich ja auch die kritischen Berichte. Wir hatten hier ja auch Zeugen, und es gab dann - - die das sogar zum Ausstieg genutzt haben aus ihren Kreditengagements. Die Sonderprüfung KPMG, die ja als Befreiungsschlag angedacht war, wurde initiiert. Dann gab es den „Financial Times“-Bericht entsprechend. Also, war eine Menge in der Luft. Und Herr Kindler, hatten Sie damals Kenntnis von dieser Berichterstattung und der Einleitung ebendieser Sonderprüfung, zu diesen Gesprächen am 20. November 2019 in der Bayerischen Staatskanzlei?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich habe natürlich - wann ich was gewusst habe, weiß ich nicht - konkret halt Zeitung gelesen. Und da war dann, dass da das halt nicht klar ist und dass die KPMG beauftragt ist und, ja, dass dann das irgendwie - - und ob ich - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hat Herr Ley Sie denn da vielleicht mal drauf angesprochen -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, ich - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - oder hat gesagt: „Mensch, jetzt machen wir den Befreiungsschlag“? Das ist ja - - Sie haben das eben - - Das war fast ein Bonmot: Irgendwie ist die Jahresbilanz mal wieder ziemlich schwierig. Aber wie immer bekommen wir das irgendwie hin. - Also, das könnte fast so ein Bonmot sein. Ist da ein Gespräch - - Oder fand da ein Gespräch zwischen Ihnen statt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Es kann - - Ich habe sicherlich mal den Herrn Ley angesprochen, was da jetzt los sei.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und was hat er gesagt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Dann hat er gesagt: „Nein, nein. Das ist“ - was weiß ich: nicht jedes Jahr dasselbe - - „aber das klärt sich auf. Und das klärt sich auf. Und bis zur - - Und es ist ja dann bald die Hauptversammlung“ und sonst was. Wie gesagt - - Weil ich habe ihn natürlich mal angesprochen, habe ich gesagt: Sie, was ist denn da los? - Weil dann hätte ich damals aufgehört. Hätte ich auch machen sollen im Nachhinein. Aber dass da, sagen wir mal, so konkret - - Ich habe ja diesen KPMG-Bericht bis heute nicht gesehen, null. Ich weiß nicht, was da drinsteht, außer was in der Presse steht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Er ist ja am 27./28.04.2020 veröffentlicht worden. Aber egal. Meine Zeit ist jetzt leider da auch um.

Und jetzt schaue ich zu den Kollegen. - Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender! Herr Kindler, ich würde mal locker beginnen mit dem Beratungsvertrag, den Sie hatten mit Wirecard. Was war denn da als Leistung von Ihnen vereinbart?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, Leistung war, dass praktisch ich ja Dinge zum Beispiel mit dem Herrn Ley besprochen habe oder er mit mir, auch über Zuständigkeiten, als Beispiel. Das war ganz einfach.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber was stand denn in dem Vertrag? Also, mich würde erst mal interessieren: Was war vereinbart? Da stand ja nicht, dass Sie mit Herrn Ley sprechen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Was steht dadrin?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Im Vertrag ist irgendwas dringestanden: strategische Beratung oder so was, aber nichts - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Auf irgendeinem bestimmten Gebiet?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, keines. Ich kann den ja - - Ich habe den ja hier. Kann ich noch mal reinschauen. Aber da war nichts. Da hat der Herr Ley gesagt, also, er will mich halt als Ansprechpartner - ich gehe dann auch drauf ein, um was es da gegangen ist -, und hat das dann reingeschrieben. Also, da steht drin:

Die Beratungsvereinbarung richtet sich auf die Beratung und Betreuung des Auftraggebers im Bereich der Vorstandsberatung in strategischen Fragen. (?)

Aber es war nur der Herr Ley gedacht.

Und dann ist es konkret halt so gewesen, also fast banal, dass der gesagt hat: Also, wenn wir jetzt - was weiß ich - eine Behörde anschreiben - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Nein. Das habe ich verstanden. Okay.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Wen schreiben wir da an?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ist das der Vertrag - - Haben Sie den vorgelegt? Ist das so Ihr Standardvertrag, oder hat Wirecard Ihnen den vorgelegt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das hat Wirecard mir vorgelegt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und Sie hatten vorhin gesagt, so drei bis vier Beraterverträge hatten Sie.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, damals.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Heißt das immer, parallel drei bis vier -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - oder insgesamt drei bis vier?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Immer mal wieder, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und diese 3 000 Euro im Monat, das ist so üblich dann bei Ihnen gewesen, oder war das eher besser jetzt, oder war das eher unter Durchschnitt im Gegensatz zu den anderen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das ist unterschiedlich. Es ist je nachdem. In anderen Verträgen ist meistens es so gewesen, dass es entweder Stunden- oder Tagessätze oder irgendwas waren. Und dann ist mal mehr oder weniger zusammengekommen. Da ist manchmal auch gar nicht gewesen dann.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wie viel haben Sie denn in Euro Wirecard insgesamt in Rechnung gestellt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, monatlich 3 000 Euro.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, ja. Und insgesamt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, fünf Jahre bezogen oder so was, fünf, von Januar - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Fünf mal zwölf sind 60. 60 mal 3 000?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, so ungefähr. Ja, genau. Brutto.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Aber das ist ja jetzt schon ein Betrag, ne? Also, das ist jetzt ja nicht nichts. Ist ja schon beträchtlich dann als - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Na ja, gut. Das ist - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Weil Sie sagten so vorhin, es wäre Ihnen nicht ums Geld gegangen, also.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, ist mir auch nicht gegangen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber war dann trotzdem ein netter Nebenverdienst.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Und die Rechnungen sind auch bezahlt worden alle, oder kriegen Sie noch was von Wirecard?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe keine Rechnungen mehr gestellt, weil ich auch nichts mehr zu tun haben wollte.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Der Leistungsumfang vom Beratervertrag, ist der noch mal irgendwann verändert worden, oder ist der immer so geblieben, wie das gerade vorgelesen wurde von Ihnen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Der ist, glaube ich, nie verändert worden.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** „Strategische Beratung“ haben Sie gerade gesagt. Das bezog sich dann zum Beispiel auch auf Themen in China?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** In China bezog sich das gar nichts. Es waren zwei - weil Sie China ansprechen - Termine mit dem Herrn Ley beim bayerischen chinesischen Konsulat und in Frankfurt. Und das ist dadurch gewesen, dass der Herr Ley, der ja dann irgendwann als Vorstand ausgeschieden ist und einen Beratervertrag hatte und sehr viel rumgereist ist und dann gesagt hat, er ist sehr viel in China, nicht wirtschaftlich, und da wäre halt - - bräuchte er einen Ansprechpartner im Konsulat, weil er halt, wenn es mit Visa oder sonst wie geht oder Reisen Gelegenheit gibt - -

Und dann war es so - auch nicht gezielt -, dass ich eingeladen war - da war ich in dem Fall auch nur als Begleitung - bei der Eröffnung des chinesischen Konsulats in München und da mit der Konsulin ins Gespräch gekommen bin und gesagt habe: Ja, da gibt es eine Firma Wirecard und einen Herrn Ley, und der würde gern einmal einen Termin bei Ihnen haben. - Der ist dann - - Termin zustande gekommen; der war relativ kurz. Und dann haben die wohl dem Herrn Ley einen Ansprechpartner zur Verfügung gestellt, also irgendjemand genannt. Und mehr kann ich dazu nicht sagen.

Und in dem Zusammenhang ist dann irgendwann gekommen, ich glaube, von der chinesischen Seite, dass eigentlich für Unternehmen in Deutschland das Frankfurter Konsulat zuständig sei oder wie auch immer. Und dann ist da - - Ich kann Ihnen auch die Termine - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Nee. Das reicht mir erst mal.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Okay.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich habe noch ein paar andere Fragen, und zwar möchte ich noch mal auf das Treffen vom 20.11.2019 zurückkommen. Gerade hatten Sie ja von dem Treffen 19.11.2019 berichtet. Das war das Treffen mit Staatsministerin Bär etc. in Aschheim. Und am 20.11. gab es ja auch ein Treffen. Und da würde mich mal interessieren, inwieweit das Geschäftsmodell da erklärt wurde von Wirecard.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Jetzt eine Frage: 20.11.? Den 19.11. weiß ich. Aber am 20.11. ist mir kein Termin - - Soll der in Aschheim - - Oder mit wem soll der gewesen sein?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich gucke noch mal eben hier. Moment! - Das war das mit Herrn Herrmann.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ah so.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Florian Herrmann.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ah ja. Okay.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Oder war das an einem anderen Termin?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, nein. Das war - - Entschuldigung. Nach meiner Unterlage oder meiner - - wo ich nachgeschaut habe, war das Gespräch in Aschheim ja ein Jahr vorher, am 19.11.18, und das Gespräch in der Staatskanzlei am 20.11.19.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, ich rede über den 20.11.19.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Okay.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Da sind wir uns einig: Das war mit Herrn Herrmann, und das war zu diesem Datum?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut. - Da würde ich gerne wissen: Ist da das Geschäftsmodell erklärt worden und - - ob es da auch um irgendwie Expansion nach China gegangen ist an diesem Termin?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, das Geschäftsmodell ist sicher erklärt worden, weil die ja auch eine schriftliche Präsentation dann übergeben haben.

Und mit China, kann sein, das weiß ich nicht mehr, ob da erwähnt worden ist - - Also, dass sie nach China oder in China exportieren, das ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

meines Erachtens sicherlich gesagt worden. Aber ob dann drüber mehr gesagt worden ist, wie, das kann ich jetzt nicht mehr sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sie hatten ja vorhin gesagt, Sie wurden auch angesprochen, weil Wirecard gesagt hat: Uns kennt keiner. Und obwohl wir ein großes Unternehmen sind, Wirtschaftsdelegationen finden ohne uns statt. - Deshalb frage ich nämlich nach diesem Termin und nach China, weil nach meinen Informationen da eben auch China eine Rolle gespielt hat bei dem Termin. Und kurz vorher fand ja eine Wirtschaftsdelegation, eine Reise nach China statt. Und da war Wirecard ja nicht mit an Bord. Insofern wäre jetzt die Frage, ob das irgendeine Rolle gespielt hat. Vielleicht war das ja der Ansatz, zu sagen: Da waren gerade Leute in China, die Wirtschaftsvertreter, und wir waren nicht dabei. - Aber das wissen Sie nicht, ob das da eine Rolle gespielt hat?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, das ist, glaube ich - - Ich weiß nicht, ob das nach dem Termin der Bundeskanzlerin war. Der jetzige Termin - - Ich weiß nicht, wann der Termin war.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das war vorher, und danach war das Treffen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, und da ist irgendwann sicher jedenfalls bei den chinesischen - - In Frankfurt ist angesprochen worden, dass ja die Bundeskanzlerin in China sich eingesetzt hat. Aber ob das hier - - Also, dass sie in China und in alle Welt da - was weiß ich - Geschäfte haben, das ist sicher angesprochen worden. Aber ob explizit das mit der Kanzlerin und mit China - - Also, dass sie nach China hin arbeiten und der Herr Ley unterwegs ist, das ist sicherlich angesprochen worden. Aber das andere weiß ich nicht, kann mich nicht erinnern.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Weil der Herr Frick hatte dann in einer Mail, die an demselben Abend dann noch geschickt wurde, das nämlich angesprochen, dass es auch um die Internationalisierung des Unternehmens und insbesondere in Richtung China ging und das eben zwei Monate

nach der Reise dieser Wirtschaftsdelegation stattgefunden hat.

Okay. - Erinnern Sie sich, ob auch die kritische Berichterstattung über Wirecard, also die mediale Berichterstattung, irgendwie angesprochen wurde bei diesem Termin mit Herrn Herrmann?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, meines Erachtens explizit nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie noch mal sagen, warum Sie bei dem Treffen überhaupt dabei waren, mit dem Herrn Herrmann?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das kann ich schon sagen, weil ich wollte eigentlich gar nicht dazu, und dann ist mir gesagt worden: Ja, Sie kennen ja den Minister Herrmann. - Und der Herr Herrmann hat dann, ich glaube, sogar angefragt, hat gesagt: Ja, Sie haben ja das initiiert, und deshalb sollten Sie auch mit dazu. - Aber ich war eigentlich nur als Zuhörer dabei.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Dann noch mal zu dem Thema Leerverkaufsverbot. Der Herr De Masi hat es mir ja schon ein bisschen vorweggenommen, was ich auch fragen wollte. Mich würde aber da noch mal interessieren, wie man Ihnen gegenüber kommuniziert hat seitens Wirecard, was es mit diesem Leerverkaufsverbot auf sich hat. Hat man da gesagt: „Da gibt es jetzt einen bösen Angriff auf uns. Die wollen uns übernehmen. Aber jetzt gibt es ja dieses Leerverkaufsverbot, und das beschützt uns irgendwie“, oder wie ist Ihnen das verkauft worden?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Es ist angesprochen worden, dass, wie gesagt, sie dauernden Attacken ausgesetzt sind und jedes Mal der Kurs auch einbricht. Und, ja, dann ist - - Und dann ist geredet worden. Aber dann - - und dass - - Dann habe ich halt gehört, dass die Staatsanwaltschaft ermittelt und dass die BaFin das Leerverkaufsverbot ausgesprochen hat. Aber warum, da ist dann eigentlich - - Das war - - Für mich war das dann ein Indiz, dass offensichtlich, wenn so was kommt, dann sozusagen die Wirecard, sage ich, irgendwie seriös sein muss.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, dieses Leerverkaufsverbot war für Sie ein Indiz so nach dem Motto: Wenn die BaFin das schon erlässt, dann wird das wohl seriös sein.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, noch einmal: Es gibt einen Vorstand. Es gibt einen Aufsichtsrat. Es gibt Wirtschaftsprüfer. Es hat die Staatsanwaltschaft ermittelt. Es hat die BaFin ein Leerverkaufsverbot gemacht. Ich habe dann später gehört, eben erst im Dezember oder wann, dass sich die Kanzlerin einsetzt, dass die mit dem Außenminister, mit dem deutschen Außenminister unterwegs waren. Und dass dann sozusagen das unseriös ist, auf das bin ich dann nicht gekommen. Und dann ist mir gesagt worden, ja, also die ganzen Banken, Deutsche Bank, Commerzbank - - Ich habe dann gehört französische Nationalbank und die ganzen großen Firmen. Also, dass dann alle sozusagen nichts merken oder dass das kriminell ist - da ist auch damals gar nicht die Rede gewesen -, auf das bin ich nicht gekommen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, Ihre Landsleute aus der Bayerischen Landesbank zumindest haben es - ich will nicht sagen: gemerkt, aber haben zumindest so viel Zweifel gehabt, dass sie Abstand davon genommen haben, Wirecard Kredite zu geben, weil sie auch das Geschäftsmodell nicht so richtig verstanden haben, die Bilanzstruktur und auch bei der Compliance Bedenken. Aber solche Bedenken sind Ihnen nicht gekommen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, wenn ich das gewusst hätte, dann wäre ich selbstverständlich gleich ausgestiegen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Weil Sie sind ja beim Thema Kriminalität jetzt an sich nah dran, so in Ihrer beruflichen Historie.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe auch nie gehört, dass da ermittelt wird, wissen Sie. Also, gut, ich bin auch nicht mehr im Amt. Aber wenn ich je gehört hätte, dass irgendwie in Bayern da jemand ermittelt gegen Wirecard, also, entschuldigen Sie, salopp: Ich bin ja kein Verrückter und habe 40 Jahre die Kriminalität bekämpft und die

schwere Kriminalität, und die erfolgreich in Bayern, gegen die kolumbianische Mafia und alles, und dann so was.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, man kann sicherlich festhalten: Sie haben Ihrem Ansehen damit keinen Gefallen getan.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bitte?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Man kann sicherlich festhalten, dass Sie Ihrem Ansehen damit keinen Gefallen getan haben. Das wollte ich jetzt noch abschließend festhalten, bevor ich dem Vorsitzenden jetzt das Wort zurückgebe.

(Der Vorsitzende berät sich  
mit RD Dr. Frank Raue  
(BT))

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir hatten uns gerade beraten, weil wir gleich noch eine Beratungssitzung machen, kündige ich schon mal an. Neuigkeiten. Jetzt habe ich nicht folgen können. Ich bin keine Frau; ich kann nicht beides. Was war?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich hatte das Wort zurückgegeben, weil wir mit der Befragung für diese Runde durch sind. Und jetzt -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Alles klar.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - müsste es weitergehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und kein Kollege der CDU/CSU will mehr? - Positiv. - Dann - - Ich habe jetzt auch gerade keine, weil ich habe hier wirklich den Vorgang; den müssen wir kurz machen.

Dann würde ich die Kollegen von der SPD - - Bitte schön, Frau Kiziltepe.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Kindler, ich möchte noch mal - die Zeit ist ja dann ausgelaufen - zurückkommen auf das Thema, das wir vorhin noch nicht been-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

den konnten. Meine Frage ist: Haben Sie den Polizeipräsidenten Andrä bezüglich eines Waffenscheins kontaktiert?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, kontaktiert - - Soweit ich glaube, habe ich irgendwann mit dem Herrn Andrä - aber ich weiß nicht mehr, wann geredet, a) wann die überhaupt einen Waffenschein genehmigen, ob die den - - oder zum Beispiel bei Personenschützern oder ob das üblich ist, dass sie - - dass Perso - - ob sie überhaupt Personenschützer - also, sie genehmigen es ja nicht, sondern das Landratsamt - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Genau.

**Zeuge Waldemar Kindler:** - sondern wie da die Stellungnahme ist. Und das ist wohl aus meiner Sicht in den Ländern - - Unterschiedlich wird das gehandhabt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, es ist so: Das Landratsamt genehmigt einen Waffenschein.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Genau, und fordern - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber der Polizeipräsident macht eine Gefährdungsanalyse dazu. So.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das Polizeipräsidium, nicht der Präsident.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wie oft haben Sie den Polizeipräsidenten getroffen diesbezüglich, zu diesem Thema? Wie oft haben Sie mit ihm gesprochen und wann, chronologisch?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich glaube, einmal, aber nicht extra getroffen. Ich glaube, dass ich irgendwann - ich habe den ja ständig oder öfters getroffen - - dass ich ihn dann mal angesprochen habe, wann die Waffenschein - - ob in Bayern oder wann da bei Personenschützern - - ob da Waffenscheine mit der Begründung „Der schützt einen DAX-Unternehmer oder sonst was“ - - ob es dafür einen Waffenschein gibt oder nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Weil Sie schreiben ja in dieser Mail, die ich ja vorhin vorgelesen hatte, am 12. April Herrn Ley an. So. Der Antrag

auf Erteilung eines Waffenscheins wurde von Herrn May (?) am 20. Februar 2017 beim Landratsamt eingereicht. Dann informieren Sie am 12. April Herrn Ley darüber, dass Sie eben mit dem Polizeipräsidenten Andrä, mit dem Herrn Weiss, dem Geschäftsführer des Verbands Sicherheit, gesprochen haben usw. usf. Dann, danach, am 22. April, kommt die Ablehnung durch das Polizeipräsidium in München. Dann legt Herr May (?) am 30.05. Einspruch ein. Und zwischen dem 30.05. und dem 08.06. gibt es eine erneute Überprüfung durch das Polizeipräsidium München. Und plötzlich, am 08.06., wird der Waffenschein erteilt. So. Wie kommt der Sinneswandel zustande?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, entschuldigen Sie, das weiß doch ich nicht. Ich habe nicht mit den zuständigen Leuten im Präsidium - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber hier steht ja:

Ich habe mit Herrn Polizeipräsident Andrä ... gesprochen ... (?)

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich habe mit dem Andrä gesprochen. Aber über was, ist ja die Frage. Ich - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, das frage ich Sie ja auch. Wahrscheinlich über den - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe doch nicht dem Herrn Andrä gesagt, er müsste dem Herrn May (?) einen Waffenschein erteilen. Also, alles, was recht ist.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Hier geht es konkret um Herrn May. (?) Hier steht:

Herr May (?) hat jetzt alle notwendigen Unterlagen beisammen und wird sie diese Woche auch beim Landratsamt München abgeben.

Und das war ja nach - - Also, der Antrag wird am 20. Februar von Herrn May (?) eingereicht. Jetzt schreiben Sie am 12.04., Herr May (?) hätte ja alle notwendigen Unterlagen beisammen, Sie hätten mit den wichtigen Leuten gesprochen und jetzt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

müsste alles so glatt über die Bühne laufen - und der Waffenschein ist da.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja. Also, noch mal: Da müssen Sie mit dem Herrn Weiss reden. Der hat mit dem Landratsamt geredet. Der hat das Ganze gemacht. Ich habe - - Ich weiß nicht, die werden das noch mal überprüft haben. Aber aus meiner Sicht ist es so, dass es ja darum geht, dass es bundesweit unterschiedliche Handhabungen gibt, wann Personenschützer von DAX-Unternehmen einen Waffenschein bekommen oder nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Haben Sie vom Landratsamt mit jemandem gesprochen in diesem Zeitraum?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, niemand.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Mit Herrn Göbel zum Beispiel?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, niemand.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie haben nach unseren Unterlagen ein Treffen zwischen Herrn Ley und Herrn Göbel vom Landratsamt organisiert.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich? Nein. Ich bestreite das. Also, ich habe nie ein Treffen mit einem Herrn Bowe - - Ich kenne den Herrn Bowe nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Göbel.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Wie?

(Zuruf: Landrat!)

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - Genau. - C3 ist das. Moment, Moment, Moment! Bei so vielen Unterlagen über Sie habe ich den Überblick verloren.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das ist der Herr Göbel; das ist ja der Landrat.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also:

Sehr geehrter Herr Ley,

gestern habe ich bei der 25-Jahr-Feier Flughafen München

usw. usf.

den zuständigen Landrat Göbel, den ich gut kenne ... und ihn auf Wirecard hingewiesen. Im Hinblick auf unser letztes Gespräch ...

Und diese Nachricht, diese Mail schreiben Sie an Herrn Ley am 18. Mai 2017.

Herr Landrat Göbel ist gerne zu einem Treffen mit Ihnen bereit und auch interessiert, Sie und die Firma kennenzulernen. Er würde deshalb das Treffen gerne bei Wirecard machen und hätte mich gerne dabei. (?)

In Klammern:

Sein Landratsamt ist übrigens für die Erteilung des Waffenscheins für Herrn Roy (?) zuständig. (?)

Aha! Das ist ja eine wichtige Information.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Aber jetzt Entschuldigung. Aber das weise ich jetzt entschieden zurück, was hier behauptet wird, weil da werden zwei Dinge vermischt, die ja überhaupt miteinander nichts zu tun haben. Also, das muss ich wirklich sagen, bei allem Verständnis.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, ich habe Ihnen ja vorhin - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das Gespräch mit dem Herrn - - Wenn ich darf? - Das Gespräch mit dem Herrn Göbel, den ich kenne, war bei einem Flughafentermin. Und da ist es drum gegangen, dass der Herr Göbel eventuell Wirecard mal besucht - das hat mit dem Waffenschein gar nichts zu tun gehabt -, weil Wirecard gesagt hat: Wir expandieren, und wir würden gern einmal den Landrat kennenlernen. - Das hat mit dem Waffenschein aber gleich gar nichts zu tun. Und das Treffen dann auch mit dem Herrn Göbel war am 23.08.17. Und da ist - - Und da habe ich halt rein geschrieben: Der ist auch zuständig.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Das wissen Sie aber ja jetzt -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Da ist aber mit dem Herrn Göbel nie drüber geredet worden.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): - so konkret - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bitte?

**Cansel Kiziltepe** (SPD): 28.03.2017.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe es nicht verstanden jetzt.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Sie haben doch jetzt gerade ein Datum genannt. Das Gespräch war am 28.03.2017. Das kam jetzt so plötzlich, weil Sie sich vorhin gar nicht erinnern konnten, wann Sie welche Gespräche geführt haben. Aber ich meine ja nur. Es mag ja sein. Sie haben ihn auf der 25-Jahr-Feier angesprochen, Flughafen München usw., und haben sich gedacht, es wäre ja mal spannend, dass der Landratsamtschef Göbel auch mal Wirecard kennenlernt. Aber dann steht da halt in Klammern - im Hinterkopf muss man ja alles haben, immer an alles denken -: Übrigens, sein Landratsamt ist zuständig für die Erteilung des Waffenscheins.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das habe ich reingeschrieben. Aber das hat miteinander nichts zu tun. Ich habe den Herrn Göbel - - Das sind - - Noch mal: Das war ein Termin - -

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Okay. Keine Fragen mehr. Ich gebe meine Fragerunde an meinen Kollegen Zimmermann.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das weise ich entschieden zurück.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Es ist natürlich immer - - Sie müssen sich ja, Herr Kindler, in unsere Position - - Wir haben die Mails. Wir schauen da drüber.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, aber - -

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Es gibt das Problem. Sie reden mit dem Polizeipräsidenten. Sie treffen den Landrat. Und dann steht halt - - Dann steht da die Mail. Und dann steht da das Stichwort „Waffenschein“, und dann zählen wir auch eins und eins zusammen. Aber wir führen ja keinen Indizienprozess. Nein, Spaß beiseite.

Aber „Flughafen“ ist ein gutes Stichwort, weil Sie ganz offen - - Also, ich würde ja mit Ihnen total gern mal ein Bier trinken gehen, weil wen Sie alles kennen, das hört sich wirklich sehr spannend an. Sie kennen nämlich unter anderem den - wie heißt er hier? - ehemaligen amerikanischen Generalkonsul in München, Gutierrez, und den ehemaligen Verbindungsoffizier der amerikanischen Armee für Süddeutschland. Und Sie haben für den Herrn Ley auch irgendwie einen Besuch auf der Sicherheitskonferenz organisiert. Und dann haben Sie dem Herrn Ley eine Mail geschrieben. Das ist hier vom - jetzt lassen Sie mich schauen - 17. Februar 16. Da haben Sie das - - Das war nach der Sicherheitskonferenz. Und da gab es irgendwie so ein bisschen Manöverkritik. Und da geht es aber - - Genau, mit Eric Nelson haben Sie gesprochen; der ist das. Und es geht irgendwie hier um - -

Zu Ihrer Frage bezüglich dem Airbus-Geschäft mit Iran. (?)

Und da hat er - - Da haben Sie auf der Sicherheitskonferenz hier mit dem Herrn Nelson gesprochen usw. Und dann schreiben Sie in dieser Mail:

Sehr geehrter Herr Ley,  
wegen dem Inhalt der Gespräche sollten wir telefonieren. (?)

Das ist - - Na ja, das ist sozusagen - - Das waren wahrscheinlich so viele Informationen, dass Sie es nicht tippen wollten. Aber 25-Milliarden-Deal mit Iran, Wirecard, das riecht alles nach Herrn Marsalek. Um was ging es denn? Was haben Sie dem Herrn Ley damals dann erzählt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, es ist - - Wir haben am Rande der - - Also, es war übrigens umgedreht: Der Herr Nelson ist der frühere Konsul, und der Herr Gutierrez ist der Verbindungsmann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja. Der Gutierrez ist der von der Armee, ja.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Und dann habe ich abstrakt - darum habe ich auch Wirecard nicht erwähnt - da geredet. So gut habe ich den Herrn Nelson auch nicht gekannt und den Herrn Gutierrez. Da habe ich abstrakt gesprochen, wie jetzt er das sieht, wenn deutsche Firmen - abstrakt - exportieren, wie da die Haltung ist sozusagen, wenn die zugleich - ganz abstrakt - mit Amerika Geschäfte machen. Weil Wirecard hat meines Erachtens - so konkret war das - - es war ja kein Auftrag oder was - überlegt, weil die Airbus gekauft haben, wenn sie da mit dem Iran Geschäfte machen, dass sie dann bei den Amerikanern rausfliegen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja. Okay. Das ist ja berechtigt.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Und das war ganz abstrakt. Da ist nicht Wirecard angesprochen worden, sondern, wie gesagt, ja, so abstrakt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Alles klar.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Wenn diese Firma das machen würde, würde er das sehen, wie er das sehen würde. Aber das waren Ein-Paar-Minuten-Gespräche.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** In der gleichen Mail haben Sie auch noch sozusagen offeriert ein Gespräch mit einem Vertreter von Rohde & Schwarz. Sozusagen, jetzt hatten wir den Iran. Jetzt haben wir beste Überwachungstechnologie aus Deutschland. Was wollte Wirecard mit Rohde & Schwarz?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Wirecard wollte mit Rohde & Schwarz gar nichts, sondern ich kenne den Herrn Klein persönlich, wie gesagt. Und dann wollte der Herr Ley einmal den kennenlernen. Das hat mit Rohde & Schwarz überhaupt

gar nichts zu tun. Das hat mit der Privatperson zu tun.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Verstehe. - Dann haben Sie am - - Das ist nicht so lange her. Am 20. Mai 2019 hatten Sie eine Mail verschickt. Und da hat, ich glaube, die Sekretärin von Herrn Ley geschrieben:

Herr Kindler bittet um einen kurzen Anruf, bevor das morgige Mittagessen mit Herrn Fritsche ... Er möchte dir etwas über Herrn Fritsche erzählen. (?)

Was haben Sie denn dem Herrn Ley über den Herrn Fritsche erzählt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, wahrscheinlich - - Ich kenne den Herrn Fritsche 20 Jahre oder wie lang. War ja - - so was Besonderes. War das, bevor das - - Weiß ich jetzt nicht. War das, bevor das Mittagessen mit dem Herrn Fritsche war, das erste?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ob das das - - das weiß ich jetzt auch nicht auswendig. 20. Mai 2019.

**Zeuge Waldemar Kindler:** 20. Mai 2019.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, aber - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Kann ich Ihnen nicht sagen. Mittag - - Am 21.05. habe ich hier Mittagessen mit Herrn Fritsche und Herrn Ley.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja. Das passt doch.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ja, aber - - Ich werde ihm, weiß nicht, wahrscheinlich allgemein über Herrn Fritsche, was der alles gemacht hat oder was - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, der hat ja einiges gemacht.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Waren Sie eigentlich - - Wussten Sie - - Oder haben Sie sich mit Herrn Fritsche - Sie kennen den ja seit 20 Jahren, haben Sie gerade gesagt - mal darüber ausgetauscht, wie das zustande kam, dass er erst für den BVT als Berater tätig war und dann für die Wirecard?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das hat meines Erachtens miteinander gar nichts zu tun. Die Situation war - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, puh!

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. So wie ich das sehe - Sie fragen ja mich; ich weiß das ja nur indirekt -, war es so, dass, was den Termin in Österreich betrifft, das eine Initiative vom Bundesinnenministerium war, dass die die - - Ja, ich kann ja sagen, was mir der Herr Fritsche gesagt hat, dass -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Den hören wir ja auch noch, ja.

**Zeuge Waldemar Kindler:** - halt Österreich, offensichtlich der Verfassungsschutz - wie gesagt, das ist aber nicht meine Meinung - schlecht organisiert ist, also jedenfalls nicht effektiv, und dass die das effektiver machen wollen und - - wollen einen Berater. Und da ist halt, wie jetzt der Herr Andrä in Österreich war, dass er zum Untersuchungsding so war, der Herr Fritsche halt, ich glaube, sogar vom BMI empfohlen worden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja. Ich frage nur deshalb - und wir sind schon über der Zeit -, weil -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - Sie haben ja mitbekommen: In Österreich sind in der letzte Woche Leute vom BVT verhaftet worden, weil sie einige Nebengeschäfte für die Wirecard gemacht haben. Deswegen interessiert uns das schon. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke schön. - Ja, dann hat als Nächstes Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Danke, Herr Vorsitzender. - Mich würde noch mal interessieren die Rolle von Herrn Beckstein. War der nur bei dem Besuch in Aschheim involviert oder noch bei weiteren Gelegenheiten?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, das weiß ich natürlich nicht im Detail. Aber ich glaube nicht, dass da noch irgendwie eine Tätigkeit war. Soweit ich weiß, war das eine einmalige Tätigkeit. Also, jedenfalls weiß ich davon nichts.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Herr Beckstein war ja Innenminister, als Sie Polizeipräsident waren, zeitweise.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Genau.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Richtig?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Daher kennen Sie sich wahrscheinlich auch besser.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Wir kennen uns 40 Jahre oder so was, 30 oder 40.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Aber nicht vom Lehrstuhl?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hat Herr Beckstein für sein Engagement in Bezug auf den Besuch von Frau Bär nach Ihrer Kenntnis auch eine Vergütung erhalten?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich glaube, schon. Aber was wie konkret, weiß ich nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Warum - - Sie haben ja sonst umfassend und über fünf Jahre hinweg mit einer festen Vergütung pro Monat gearbeitet. Warum musste man in diesem einen Fall Herrn Beckstein einschalten in Bezug auf Frau Bär?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, weil halt, wie gesagt - ich weiß nicht -, der wahrscheinlich die Frau Bär kennt. Das war der - - Weil sonst ist es drum gegangen, um die digitale Agenda.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist mir bekannt. - Haben Sie Herrn Beckstein angesprochen, oder wurden Sie von Herrn Beckstein angesprochen, oder wer hatte überhaupt die Idee, dass Herr Beckstein in diesen Vorgang eingebunden wird?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Es war so, dass der Herr Ley den Herrn Beckstein kennenlernen wollte, und dann war ein Mittagessen vom Herrn Ley, von mir, mit dem Herrn Beckstein. Und da ist das, glaube ich, angesprochen worden.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und Sie haben davon erfahren hinterher, nach dem Mittagessen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, nein, sondern ich habe das schon, wie gesagt, gewusst. Wann genau, was da besprochen worden ist, weiß ich nicht mehr. Aber ich habe ja mit dem Beckstein - - Dr. Beckstein angerufen, dass der Herr Ley ihn mal kennenlernen möchte. Und ich glaube, dass das schon bei dem Gespräch dann angesprochen wurde. Aber wie konkret, weiß ich nicht mehr.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Wenn wir noch mal die Beendigung Ihrer Tätigkeit -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das war am 08.06.18.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - 08.06.; danke - Beendigung Ihrer Tätigkeit für Wirecard nehmen im April, wie Sie sagen, 2020, haben Sie das offiziell gekündigt, das Engagement?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das habe ich nicht offiziell gekündigt, sondern ich habe einfach die Tätigkeit eingestellt und keine Rechnungen mehr gestellt, weil ich ja, wie gesagt - - Da ist es ja dann so gewesen, dass die Staatsanwaltschaft auch verhaftet hat und - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hm. Da kommen wir gleich noch mal drauf. Das haben Sie ja gesagt. -

Für welchen Monat ist die letzte Rechnung gestellt worden?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Im April.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Im April.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also für den April.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Für den April.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Anfang Mai.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, verstanden. - Ich frage deshalb so genau nach, weil nach meiner Kenntnis die Durchsuchung bei Wirecard im Juni war.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, aber da ist ermittelt worden, soweit ich mich erinnere, im April. Oder jedenfalls war dann die Lage - - Also, ich weiß nicht, wann die Durchsuchung war. Jedenfalls war irgendwann, dass die Staatsanwaltschaft ermittelt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja. Aber das war - - Also, haben Sie denn vor der Durchsuchung von den Ermittlungen erfahren?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber Sie haben deswegen im April das Engagement beendet.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich habe das Engagement beendet.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich wundere mich. Das passt zeitlich nicht ganz zusammen, Herr Kindler.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ob jetzt wegen der Staatsanwaltschaft oder weil das halt irgendwie so hochgeschwappt ist, das Ganze, das weiß ich nicht mehr.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hatten Sie denn - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ab April - - Ich habe ja im Mai noch die Rechnung gestellt für den April, aber für Mai dann nicht mehr.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, das habe ich verstanden. Nur, das mit den Ermittlungen als Begründung kommt mir insofern nicht ganz stimmig vor mit Blick auf den Zeitablauf. Das sage ich Ihnen auch. Weil die Durchsuchung war Anfang Juni, und vorher ist der Vorgang nicht öffentlich gewesen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, jedenfalls - - Ja, ich habe, noch mal - - Im Mai habe ich ja noch Kontakte gehabt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ja. - Hatten Sie denn, als Sie die Arbeit eingestellt hatten, noch ausstehende Tätigkeiten, die Sie an sich hätten fertigstellen wollen oder sollen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, zum Beispiel den Termin beim Herrn Sibler.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Der war auf Ihrem Schreibtisch, auf Ihrer Agenda und endete dann und wurde nicht weiterverfolgt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Zum Beispiel. Der war - - Das ist begonnen mit dem Herrn Sibler - - war da - - Im Februar ist das begonnen. Und da war der Termin geplant 14.03. Dann habe ich, weil irgendwie halt da Meldungen waren, dort angerufen und habe es - - ist verschoben worden auf April. Und dann ist es ins Leere gelaufen weiter nach dem April.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wie war denn die Rechnungstellung? Haben Sie monatlich, quartalsweise - - Wie oft haben Sie abgerechnet?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Monatlich eine Rechnung gestellt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Monatlich. - Und mit welchen - - Sozusagen innerhalb welcher Frist haben Sie so die - - Also, wann haben Sie die Rechnung für Januar verschickt, zum Beispiel?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das ist unterschiedlich gewesen, aber relativ bald im nächsten Monat.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Ja, okay. - Haben Sie neben, sagen wir mal, Kontakten in den öffentlichen Sektor, diverse Behörden und Funktionsträger für Wirecard auch Kontakte zu Privatunternehmen, privaten Dienstleistern, privaten Partnern hergestellt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Zu Partnern nicht. Ich habe - - Was weiß ich. Es hat Essenstermine mit Privatleuten gegeben, zum Beispiel mit einem Freund von mir, der Ehrenchef\* von Bayern war. Das hat aber mit dem ganzen Wirecard-Geschäft nichts zu tun.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Privatdetektive, so was?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein. - Medien?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Medien. - Ich glaube, dass einmal - ich weiß nicht, von wem - irgendeine Anfrage war oder ein Interviewtermin, glaube ich, mit irgendjemandem von Wirecard, mit Braun oder was.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Kennen Sie Alexander Kain?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Der ist ja auch ein Journalist, ne? Haben Sie da mal was in Bezug auf Wirecard vermittelt oder veranlasst?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, in Bezug - - Also, soweit ich weiß, war da irgendwie einmal - was weiß ich - für - - nicht für die „Passauer“ oder was, sondern für - - wollte der - - oder hat überlegt, ob er einen Termin oder ein Interview oder was mit dem Herrn Braun - - Das hat ja aber dann nicht geklappt. Das ist dann - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Warum lief das speziell jetzt mit Herrn Kain über Sie? Das ist ja ein - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bitte?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Es ist ja, glaube ich, jetzt in den Unterlagen der einzige Journalist, wo Sie einen Kontakt vermittelt haben. Warum lief das speziell über Sie? Sonst haben Sie keine Medienarbeit gemacht. Was war da der Grund?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, weil das hat - - Das ist ja Umwege gegangen, weil ich halt den Herrn Kain kenne aus Niederbayern. Und das war der ganze Grund, aber nicht weil jetzt Wirecard gesagt hat, sie möchten irgendeinen Pressetermin. Da ist es, glaube ich, auch gar nicht um die „Passauer Presse“ gegangen, sondern um irgendwas anderes.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Alles klar. Ich glaube, die Uhr läuft runter. - Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. Danke, Dr. Toncar. - Als Nächstes hat das Wort Fabio De Masi für Die Linke. Bitte schön.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Herr Kindler, Sie wissen ja, dass Sie hier, wie bei der Polizei, die Wahrheit sagen müssen. Deswegen will ich noch mal fragen, also, zu dem Aspekt, den Dr. Toncar, den Kollege Toncar angesprochen hat: Haben Sie irgendwie Kenntnis gehabt von einer Durchsuchung, die bei Herrn Marsalek stattgefunden hat?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Weil Sie haben gesagt, da ist was hochgeschwappt. Also, die Öffentlichkeit hat ja erst sehr spät von Ermittlungen erfahren und von Haftbefehlen und ähnlichen Dingen. Deswegen will ich einfach fragen: Was ist denn da genau hochgeschwappt? Von wem hatten Sie Kontakt mit der Staatsanwaltschaft?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe keinen Kontakt mit der Staatsanwaltschaft.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nicht, ob Sie jetzt haben, sondern ob Sie hatten. Also, Sie haben gesagt, Sie haben Ihre letzte Rechnung im Mai geschrieben.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, für den April.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Für den April. Und was war denn da im Mai? Welche Ermittlung war Ihnen denn da bekannt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich weiß nicht, ob das jetzt aufgrund Ermittlungen war oder ob das durch die Presse war; das weiß ich nicht mehr. Jedenfalls wollte ich irgendwann ab Mai sozusagen nichts mehr zu tun haben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, Sie hatten keine Informationen von irgendwelchen Amtsträgern oder Ähnliches?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Weil es stand nichts in der Presse zu diesem Zeitpunkt.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, dann ist halt wahrscheinlich - - Aber irgendwann war in dem Zeitpunkt - - war ja schon ab November mit dem KPMG-Bericht. Ich weiß nicht, wann das mit dem KPMG-Bericht war.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und da hat die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen KPMG oder - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das weiß ich nicht. Nein, die Staatsanwaltschaft nicht. Ich kann - - Ich habe jedenfalls im Mai ja noch mit dem Herrn Ley mich getroffen und so. Aber ich habe dann nichts mehr gemacht und wollte auch nichts mehr machen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Stellen wir das erst mal beiseite. - Sie haben ja Ihren Vertrag hier angesprochen und die Leistungsvereinbarung. Würden Sie den dem Ausschuss zur Verfügung stellen, dass wir mal reingucken können?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Können Sie - - Wegen mir aus gern.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, okay. Das ist schon mal gut. Dann muss ich nämlich den Beweisantrag nicht im Anschluss stellen; den hätte ich nämlich sonst gestellt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Jetzt will ich noch mal fragen: Sie haben ja vorhin hier gesagt, dass Sie zu Herrn Guttenberg keinen Kontakt hergestellt hätten, korrekt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Dann möchte ich Ihnen mal hier eine E-Mail vorlesen. Die ist von Ihnen vom 10. März 2016 an Herrn Ley. Also, dem geht ein Schriftwechsel hervor:

Sehr geehrter Herr Ley,  
können Sie schon absehen, ob bzw. wann ein Treffen mit Herrn Gartzke stattfindet? (?)

Und dann antwortet Herr Ley am selben Tag:

Lieber Herr Kindler,  
habe eben einen spontanen Kaffee mit H. Gartzke trinken können. Super! Haben Folgegespräch vereinbart. Habe auch kurz mit seinem

- Anführungszeichen -

„Kollegen“ gesprochen. Also alles perfekt. Ihnen vielen Dank. (?)

Wir müssen jetzt nur noch überprüfen, ob an diesem Tag Herr Guttenberg da am Tegernsee war.

Und dann schreiben Sie:

Sehr geehrter Herr Ley,  
danke für die Info. Prima, dass das Treffen geklappt hat und Ihr Kontakt mit Herrn Gartzke und dem

- Anführungszeichen -

„Kollegen“ zustande gekommen ist.

Wieder Anführungszeichen.

„Mission“ von mir sehe ich damit derzeit erfüllt. (?)

Und weiter später in der E-Mail:

Wir sollten vielleicht demnächst noch mal wegen der Wirecard-Attacke

- da geht es um Leerverkäufe -

telefonieren, weil ich noch Möglichkeiten abstrakt ausgelotet habe. (?)

Jetzt will ich mal fragen: Wer ist denn der Kollege?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, die Situation vielleicht auch für das - - erläutern: Ich habe ja vorhin gesagt, dass den Herrn Gartzke ich zufällig getroffen habe und der mir die Karte gegeben hat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich möchte nur gerne wissen, wer der Kollege ist.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich vermute - - Der Kollege, den er da getroffen hat, vermute ich: der Herr Guttenberg.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aha. Also doch. Und Ihre Mission ist jetzt erfüllt, weil der Kontakt mit dem Kollegen zustande gekommen ist. Sie haben hier vorhin aber gesagt, Sie hätten gar keinen Kontakt zu Herrn Guttenberg hergestellt. Deswegen interessiert mich natürlich auch der Vertrag. Deswegen: Wollen Sie Ihre Aussage hier noch mal korrigieren?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, die Situation war die, dass ich den Herrn Gartzke getroffen habe und dann ein Kontakt hergestellt werden sollte zum Herrn Gartzke. Ich habe den Herrn Gartzke angeschrieben, dass der Herr Ley einen Kontakt zu ihm möchte. Und der hat dann gesagt, ja, er ist - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Warum haben Sie denn immer nur in Anführungszeichen vom Kollegen gesprochen? Wollte der Herr Guttenberg nicht benannt werden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das müsste später sein. Also, ich habe zunächst nicht gewusst, wer bei Spitzberg - - was das ist. Es ist immer nur - - Ich habe ja hier das Schreiben - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Warum sprechen Sie in Anführungszeichen von einem Kollegen? Wissen Sie, wir haben hier letztens Herrn Fink von Goldman Sachs gehabt. Wir haben leider seine elektronische Kommunikation beschlagnahmen müssen. Wollen Sie, dass das hier auch passiert, in diesem Fall?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich einen Termin mit dem Herrn Gartzke vermittelt habe. Und nachdem der Termin mit dem Herrn Gartzke storniert werden musste, weil sich sein Sohn wohl einen Arm gebrochen hat, habe ich dann das weitergegeben an die Frau Gummel (?)\*. Das habe ich auch hier, kann ich Ihnen auch vorlesen:

Sehr geehrter Herr Dr. Gartzke,  
Herr Kindler hat mir freundlicherweise Ihre E-Mail-Adresse gegeben. Und gerne möchte ich mich im Auftrag von Herrn Ley mit Ihnen in Verbindung setzen. Herr Ley wird ganztägig am Unternehmertag sein. (?)

Da war bis zu dem Zeitpunkt, bis zu dem Treffen mir gegenüber immer nur von Gartzke die Rede. Und dann habe ich im Nachhinein gehört, was Sie gesagt haben, dass er sich am Tegernsee, wo ich nicht dabei war, mit dem Herrn Gartzke getroffen hat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und mit dem Kollegen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Und dann hat der reingeschrieben: und dem Kollegen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und das war wohl der Herr Guttenberg?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Vermute ich.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und das war Teil Ihrer Mission?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, Guttenberg war nicht - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, nur der Herr Gartzke war Teil Ihrer Mission?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Gartzke war - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und was war denn da genau die Mission?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, zu mir hat er gesagt, er möchte ihn kennenlernen, weil der interessant ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Für China?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, für China - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na, er war doch bei der Seidel-Stiftung da in China oder - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, nein, der war - - Soweit ich weiß, war der in Amerika.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, weil Herr Guttenberg sagt ja, der Auftrag sei gewesen der Markteintritt in China. Deswegen frage ich mich ja - - Also, Herr Guttenberg und Herr Gartzke sind ja Geschäftspartner.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich weiß jetzt natürlich nicht, was Guttenberg und Ley da war. Aber den Gartzke kenne ich von Amerika und von sonst nichts. Und der hat mir gesagt, er sei bei Spitzberg. Und da habe ich damals nicht gewusst, was der ist. Später habe ich das erfahren.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und was hatten Sie mit dem Polizeiatattaché von China zu tun?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Mit dem Polizeichef.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr De Masi.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich war zweimal im Konsulat, in Frankfurt und in München. Aber mit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Polizeichef von China habe ich nichts zu tun.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Gut. - Also, ich würde jetzt gern - - Ich bin über der Zeit. Ich fände es hilfreich, wenn wir mal den Vertrag in Augenschein nehmen könnten, auch - - Vielleicht ist es ja noch interessant für unsere heutige Befragung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Er hat das ja gesagt. Aber ich gebe das auch noch mal deutlich zu Protokoll, dass der Kollege Kindler zugesagt hat, uns den Vertrag auf freiwilliger Basis zügig zur Verfügung zu stellen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielleicht können wir den vervielfältigen hier für die Mitglieder, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - damit wir das noch in der Befragung berücksichtigen können.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Damit wir den - - Wenn das jetzt ginge, wäre natürlich - - So habe ich das nicht aufgefasst. Ich dachte, ähnlich wie - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber ich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber wenn es jetzt wäre, wenn Sie es jetzt tun und sich damit bereit erklärten, dann wäre es hilfreich. Dann würde eine Kollegin jetzt zu Ihnen kommen und den dann für die Kollegen hier am Platze vervielfältigen. Da würde ich mich für die Kooperation natürlich bedanken.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Da würde ich auch noch eine Kopie dazubekommen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist sehr nett von Ihnen. Danke, Herr Kindler.

(Einer Mitarbeiterin des  
Ausschusssekretariats  
werden Unterlagen  
übergeben)

Gut. Dann haben wir das gelöst. - Und dann komme ich zur Kollegin Paus für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann mache ich noch mal bei der E-Mail weiter. Herr De Masi hat das schon vorgelesen:

Wir sollten vielleicht demnächst nochmals wegen der Wirecard-Attacke telefonieren, weil ich noch Möglichkeiten abstrakt ausgelotet habe. (?)

Könnten Sie noch mal erläutern, was Sie da gemeint haben?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, wir haben uns unterhalten - das habe ich ja vorhin schon gesagt - über die Attacke. Und dann hat er gesagt: Ja, das, wie gesagt - - Was machen wir denn da, was auch immer? - Dann habe ich gesagt: Ja, weiß ich auch nicht. - Dann - - Abstrakt war dann - - ist dann auch nichts zustande gekommen. Ich habe konkret - also, jedenfalls mit anderen Personen - darüber nicht geredet.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber was hatten Sie denn sich überlegt für Möglichkeiten, die Sie abstrakt ausgelotet haben? Also, ausloten tun Sie ja wahrscheinlich nicht mit sich selber, sondern schon mit anderen Personen, nehme ich mal an.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, doch, mit mir selber, als Jurist.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie loten mit sich selber aus? Okay.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, schon, ich - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was haben Sie denn da für Möglichkeiten gesehen, ausgelotet?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich habe abstrakt gesagt: Ja, wenn ist, dann gibt es ja nur eins, dass man eine Anzeige macht, oder was weiß ich. -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann ist das aber irgendwie nicht zum Tragen gekommen, weil der Herr Ley hat dann gesagt: Wir haben gute Anwälte und aus. Und die kümmern sich drum. - Ich habe mit dem Herrn Ley dann darüber nicht mehr geredet.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber eine Anzeige ist Ihnen schon in den Sinn gekommen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, abstrakt - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und darüber haben Sie aber jetzt mit niemandem anders gesprochen, dass eine Strafanzeige da hilfreich wäre, gegen - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, so habe ich das nicht gesagt. Ich habe gesagt: „Was gibt es denn theoretisch? Zivilklage oder was weiß ich oder Anzeige?“, rein als Jurist, sage ich jetzt einmal.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie jetzt - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Aber konkret ist ja da - - für mich. Aber wir haben da nie drüber geredet mehr.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie jetzt da noch mal ja gesagt hatten, im April sozusagen haben Sie Ihr Engagement da beendet. Sie sind jetzt nicht ganz sicher, was jetzt der konkrete Anlass war. Das ist jetzt noch ein bisschen unklar geblieben. Ursprünglich sagten Sie ja schon: „Weil da irgendwas hochgeschaukelt ist“, ne?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, irgendwie - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ursprünglich sozusagen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, obwohl Sie sich jetzt da nicht mehr genau dran erinnern können. Aber erinnern Sie sich denn, dass in der Zeitung stand, bereits im Jahr 2017, dass aufgrund der Veröffentlichung der Paradise Papers auch gegen die Wirecard Bank ermittelt wird?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, erinnere ich mich nicht, weil ich habe ja auch mit der Wirecard Bank überhaupt nie Kontakt gehabt bis auf den einen Termin.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es war Ihnen schon klar, dass die Wirecard Bank Teil der Wirecard AG war, für die Sie sich eingesetzt haben. So. Und das war jetzt für Sie kein Grund? Andere Termine waren auch kein Grund? Und Sie können sich nicht erinnern, was im April dazu geführt hat, dass Sie gesagt haben, Sie wollen aufhören?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, irgend- - Wie gesagt: Das war jedenfalls, ob es jetzt Presse war oder Ermittlung oder sonst irgendwas - - Aber jedenfalls ist dann das hochgeschwappt mit Wirecard.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber an die Presse 2017 können Sie sich ja nicht erinnern. Deswegen wäre die Frage, was jetzt in der Presse oder sonst wie - - was konkret passiert ist im April, dass - - Aber daran können Sie sich jetzt nicht mehr genau erinnern. Gut. Dann halten wir das noch mal fest.

Dann kommen wir noch mal zur Münchner Sicherheitskonferenz. Können Sie noch mal schildern Ihren Zugang zur Münchner Sicherheitskonferenz und wie jetzt genau - - was Sie genau gemacht haben für Herrn Ley und die Wirecard AG in Bezug auf die Münchner Sicherheitskonferenz?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich habe - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der ganzen Zeit. Sie waren ja seit 2016, nein, 2015 bis 2020 tätig.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich habe - - Einmal hat, wie gesagt, war - - oder was, habe ich gesagt, dass ich da Mitarbeiter halt von der Sicherheitskonferenz kenne und - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wen kennen Sie denn da? Sie kennen Herrn Dr. Franke?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Genau.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Der ja nicht Mitarbeiter ist, sondern - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, Organisator oder was weiß ich.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, und dass ich den kenne. Mit dem habe ich mich auch immer wieder getroffen. Und dann hat er gesagt, den würde er gern kennenlernen. Und dann war geplant, ich glaube, am 20. April - - 20. Januar war ein Mittagessen geplant.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** In welchem Jahr?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ja, in 2016, glaube ich. - 16, wenn ich mich - - Moment, da muss ich da - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Da war 16, wie gesagt, ich glaube, am 20.01. ein Mittagessen geplant. Und das ist dann aus welchen Gründen auch immer, ich glaube, vom Dr. Franke verschoben worden auf den 21.04.

Und dann hat der Herr Ley gesagt, ja, er würde, wie andere auch, nicht jetzt an der Siko teilnehmen, sondern er würde gern - - Weil am Rande der Siko gibt es ja Veranstaltungen, eine ganze Reihe, für Unternehmen, für wen auch immer. Und daraufhin habe ich auf Bitte vom Herrn Ley dem Dr. Franke eine E-Mail geschickt, dass der Termin ja nicht zustande gekommen ist, der Mittagessentermin, und dass der - - Herr Ley würde gern einmal am Rande der Siko da teilnehmen, ob das möglich ist.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber der hat nur einmal teilgenommen. Wie viel Karten haben Sie denn besorgt für Herrn Ley?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich habe überhaupt keine Karte besorgt. Das hätte ich auch gar

nicht gekonnt. Also, ich habe Herrn Dr. Franke angeschrieben. Und dann hat er, soweit ich mich erinnern kann, gesagt, er überlegt sich, welche Veranstaltungen es gibt. Und da kann ich mich erinnern, dass es da irgendwas vom Verband irgendwo in der Karmelitenkirche - - oder was es da gegeben hat vom Verband Sicherheit in der - - nicht vom Verband Sicherheit in der Wirtschaft, sondern von einem anderen Verband. Und dann war, soweit ich das - - also, wo ich - - war das an einem Freitagnachmittag 2016 bei der SiKo.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das war nur einmal?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, wo ich da mit dem Franke ... (akustisch unverständlich), einmal. Und ob der dann noch mal, glaube ich, teilgenommen hat, das weiß ich nicht. Ich glaube, irgendwo hat er noch teilgenommen oder wollte, weil er irgendwie unzufrieden war über die Veranstaltung, die ihm angeboten worden ist.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wer war unzufrieden? Der Herr Ley war unzufrieden?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Der Herr Ley.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Sie waren doch auch beteiligt bei der Anbahnung des - - der Beteiligung beim CDU-Wirtschaftsrat, ne? Da war doch auch Herr Dr. Franke beteiligt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. Beim CDU-Wirtschaftsrat?

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Der Innovationen, am 14./15.02.2017 in Berlin.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, da weiß ich nichts.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Daran können Sie sich nicht erinnern. Gut. - Dann noch mal: Sie hatten ja - - In Ihrem Eingangsstatement hatten Sie gesagt, dass Sie eben angesprochen worden sind und so, wegen Kontakten in Gesellschaft und Wirtschaft. So. Und deshalb wurde ja eben auch schon mal nachgefragt in Bezug auf



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirecard, ist aber jetzt ja besonders bekannt geworden, dass Sie sich eingesetzt haben für entsprechende Termine, dass sie teilnehmen können an der Münchner Sicherheitskonferenz. Können Sie noch mal schildern Ihren Einsatz für die Wirecard AG in Bezug auf Generalkonsulate? Sie sollen ja auch geholfen haben, Visen zu besorgen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das war so: Also, im Münchner Generalkonsulat, meinen Sie? - Es war so, dass der Herr Ley gesagt hat, er sei sehr oft in China unterwegs, und da würde er gern - - Da war er, glaube ich, nicht mehr Finanzvorstand. Ich weiß es nicht mehr so genau. Und da würde er gern - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das hatten Sie eben schon geschildert. Sie waren auch - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bitte?

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das mit China hatten Sie eben schon geschildert, dass eigentlich Frankfurt für zuständig ist. War es nur das chinesische Generalkonsulat? Sie waren doch auch noch für weitere - - oder nicht? Ging es nur um das chinesische?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, an dem Termin in München ist es nur um einen Ansprechpartner für ihn gegangen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, mir ging es darum, inwieweit Sie auch weiter, bei weiteren Generalkonsulaten vorstellig geworden sind.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, einmal dann in Frankfurt, weil die auch - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Auch in Bezug auf China? Das waren beides Termine - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** In Bezug - - beim chinesischen Generalkonsulat München, weil dann gesagt worden ist - ich glaube, bei der Geschichte in München -, dass eigentlich für Unternehmen besser zuständig sei das Frankfurter Konsulat.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Entschuldigung. Dann hatte ich das nicht genau genug noch nachvollzogen. Ich dachte, es wären auch andere Länder gewesen. Es ging nur um China, kein anderes Land?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Es ging nur um China.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Dann hatten wir ganz - - vor einer Stunde oder so schon mal das ganze Thema Landeskriminalamt. Und da hatte ja auch Herr Michelbach darauf hingewiesen, dass der Termin schon geeignet war, auch die Fragestellung, um entsprechende Insiderinformationen zu bekommen. So. Jetzt haben Sie gesagt, Sie waren nicht die ganze Zeit da mit am Platze und so, und Sie konnten sich das damals auch nicht vorstellen.

Jetzt rückwirkend - Sie kennen ja die Fragestellung; Sie haben ja jetzt auch mehr Informationen darüber, was es wohl offenbar alles bei der Wirecard AG gegeben hat -: Wie würden Sie das denn rückwirkend einschätzen? Waren die Informationen, die dort die Anwesenden von Wirecard bekommen haben vom LKA, nutzbar im Sinne von Perfektionierung der Betrugsmasche?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also meines Erachtens nicht. Also, ich kenne ja die Ermittlungen nicht. Müsste vielleicht Frau Bäumler-Hösl sagen können, ob der Herr Kohlpaintner, mit dem ich da dort war, da im Verdacht ist oder nicht. Aber, wie gesagt, natürlich, wenn - - Mit dem Hintergrund ist das natürlich - ich will nicht sagen, eine Katastrophe. Dann hätte ich natürlich so einen Termin nie vermittelt oder angeregt. Das ist klar. Also, wenn einer natürlich sozusagen Geldwäsche selber betreibt als Bank und als Geldwäschebeauftragter, dann sind natürlich diese Fragen, ja, unmöglich, dann einen Termin zu machen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. - So. Jetzt haben Sie lange Ämter da auch bekleidet. Und in Bayern ist ja die Staatsregierung und die CSU - - Da gibt es ja - - Also, Sie waren in der Staatsregierung. Waren Sie auch Parteimitglied? Sind Sie Parteimitglied bei irgendeiner Partei?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich bin Parteimitglied.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie uns sagen, bei welcher?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bei der CSU.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay.

(Heiterkeit - Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht mehr so selbstverständlich!)

**Zeuge Waldemar Kindler:** Aber jetzt möchte ich schon mal was sagen in der Richtung, weil ich kann ja nur sagen: Da ist es jetzt nicht gegangen um die CSU - das ist um die Funktionen gegangen -, sondern die wollten auch Kontakt zu den anderen Parteien. Also, so ist das ja nicht. Und ich kann nur sagen, was mir da gesagt worden ist. Und - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wen haben Sie denn vermitteln können?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Paus.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Vermittelt habe ich gar nicht mehr. Aber wenn Sie mich so fragen, dann sage ich das natürlich, dass ja dann zunächst es geheißen hat: Ja, wir wollen auch zur SPD Kontakt haben. - Und dann hat es geheißen: Ja, wir sind auch mit dem Außenminister unterwegs gewesen. Also, damit haben wir einen Kontakt.

Dann ist das Nächste: Mit den Grünen hat es geheißen: Da haben wir selber, wenn wir den brauchen. - Ich kann nur sagen - - Und mit der FDP - hat der Herr Ley gesagt -, da habe ich auch einen Kontakt, weil ich irgendwo im Wirtschaftsbeirat bin. - Also, ich habe das nicht geprüft, ob das stimmt. Aber wenn Sie mich fragen nach den Parteien, dann hat das nichts auf die CSU bezogen betont.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Gut. Dann - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. - Aber Sie waren für die CSU zuständig. Das können wir mal festhalten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Paus. - Jetzt ist die CDU/CSU an der Reihe. Wer möchte? - Matthias Hauer für die CDU/CSU.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich würde gern noch mal zurückkommen auf dieses Treffen mit Herrn Herrmann, Dr. Florian Herrmann. Den haben wir ja gleich auch noch da. Und da gab es ja noch mal die Fragestellung, ob Sie dabei sind oder nicht. Da würde mich einfach mal interessieren, wer das entschieden hat am Ende. Dann würde ich Ihnen gern mal eine Mail vorlegen. Das ist MAT A BayStK-1.01, Blatt 140.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Das ist eine Mail von Ihnen an Florian Herrmann. Und da ist handschriftlich drauf vermerkt - das ist das Handschriftliche in der Mitte -:

Kindler kann ruhig teilnehmen

Das lese ich jedenfalls daraus.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wissen Sie, wer das geschrieben hat?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, das weiß ich nicht. Aber es bestätigt, dass ich ja eigentlich gar nicht teilnehmen wollte. Und dann habe ich gefragt: Soll ich teilnehmen? - Und dann ist mir gesagt worden: Ja, Sie haben es initiiert. Sie kennen die Leute. Nehmen Sie ruhig teil.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und deshalb haben Sie dann im Oktober an den Herrn Lauke geschrieben, dass „Herr M möchte, dass ich auch teilnehme.“ Und „Herr M“ ist dann der Herr Dr. Herrmann wahrscheinlich, ne? Das ist auf der anderen Seite dieser - - Da ist Ihre Mail. Das ist Blatt 139.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, er hat gesagt: „Nehmen Sie ruhig teil“, so wie es hier steht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut. Dann will ich mich darauf beschränken. - Danke.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, ich will noch mal kurz.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann Dr. Michelbach, fürs Protokoll.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja. - Ich habe natürlich zur Kenntnis genommen, Herr Kindler, dass die Tätigkeit bunt war, die Sie in Ihrer Pensionszeit übernommen haben. Und Sie werden natürlich sicher nicht bestreiten können, dass das natürlich unter dem heutigen Vorzeichen sehr viele Fragezeichen und sehr viele Bedenken hervorruft. Vielleicht dazu mal Ihre Einschätzung. Denn gerade in Ihrer Funktion muss man ja auch etwas Vorbildcharakter wahrnehmen, ne?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, also, die Situation ist die, dass ich ja schon, muss ich sagen, die Pension fünfmal hinausgeschoben habe, dienstlich - oder ich nicht, sondern der Ministerrat die fünfmal verlängert hat. Also glaube ich schon, dass ich für den Staat auch genügend geleistet habe. Und dann ist das auch nicht mehr gegangen.

Und dann ist es ja so, dass es in Pension ja irgendwie auch nicht verboten ist, dass man was tut. Ich habe auch ehrenamtliche Dinge gemacht. Und ist ja nicht so, dass ich - - Und dann sind - - Ich bin auf überhaupt niemand aus der Wirtschaft herangetreten, sondern es sind viele Firmen an mich herangetreten. Und ich habe sehr wohl mir überlegt, weil ich immer gesagt habe: Ich darf nichts machen, was das Ansehen im Ruhestand schädigt - - Und dann gerätst du an Wirecard. Und dann habe ich auch Firmen gesagt: „Nein, das mache ich nicht“, wissen Sie. Aber da war - - Auf die Idee, dass ein deutsches und bayrisches DAX- und TecDAX-Unternehmen kriminell ist, bin ich nicht gekommen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. Das ist verständlich. Und später ist man immer klüger wie vorher. Aber es ist natürlich klar, dass diese Dinge höchst unangenehm sind. Und gerade wenn man auch die Öffentlichkeit vertritt und natürlich dementsprechend auch ein Parteibuch hat, dann muss man natürlich auch immer bedenken, wie das zu Schäden führt. Es ist zweifellos, dass Sie Ihre großen Verdienste im Dienst haben. Aber jetzt wird das natürlich doch schillernd, denke ich mal, oder, Herr Kindler?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das ist - - Natürlich bedauere ich das, dass ich sozusagen an so eine Firma geraten bin. Und ich habe mir sehr wohl überlegt - - und habe auch manche Dinge, die herangetragen sind, abgelehnt, weil ich gesagt habe: Das, wie gesagt, ist mir zu wenig seriös. - Aber auf die Idee, eines von vier DAX-Unternehmen - - bin ich auch im Nachhinein - - Ich wüsste auch gar nicht - - Natürlich, das hätte ich nur verhindern können, wenn ich gesagt habe: Ich mache gar nichts. - Aber ich bin auf die Wirtschaft - - auf niemanden zugegangen. Es sind aber viele große Unternehmen auf mich zugegangen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, weil Sie natürlich auch erheblichen Zugang hatten - das ist ganz klar - durch Ihre Dienstposition. Und Sie waren ja doch in einer sehr hohen Funktion. Und deswegen schließt sich mir natürlich die Frage an: Wie kommt Ihre Tätigkeit, die ja jetzt durch diesen Untersuchungsausschuss in die Öffentlichkeit getragen wird, bei einem ganz normalen Polizeibeamten an, dem wir vor Ort unsere Sicherheit zu verdanken haben? Können Sie sich vorstellen, dass, wenn ich dann die jungen Polizeibeamten sehe, die kaum in München, in der Großstadt leben können, sondern möglichst schnell wieder ins Land zurückwollen, weil sie damit, mit den Gehältern, nicht leben können, das einen gewissen Frust und Ärger hervorruft? Können Sie sich das vorstellen als früherer oberster Vorgesetzter dieser Polizeibeamten?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich habe, glaube ich, möchte ich sagen können, auch jetzt noch - und das sehe ich, weil die an mich herankom-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

men - ein ziemliches Ansehen, auch bei den Beamten, weil ich mich gerade für die Beamten, auch die mittleren, enorm eingesetzt habe und auch noch einsetze, sage ich jetzt mal. Und insofern ist das - - tut mir das auch leid, das Ganze, wie gesagt, dass ich da in so was ohne Schuld sozusagen hineingeschlittert bin.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Diese Entschuldigung und diese Wortmeldung von Ihnen akzeptiere ich. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Keine Fragen mehr? - Gut.

Dann hole ich das jetzt erst mal nach, mache Sie darauf aufmerksam, werte Kollegen, dass Sie mit der MAT-Nummer MAT C Z-3.01 VS-NfD - das bitte ich auch so zu behandeln, dass wir diese Unterlagen nicht morgen gleich wieder in irgendeiner Zeitung sehen oder Ähnliches - - liegt das hier vor. Weil das wäre dann für die nächsten Zeugen vielleicht nicht so schön, da mit uns zu kooperieren. Und hier liegt sie dann vor. Und fürs Protokoll dann bitte auch so entsprechend niederlegen.

Ja, dann fange ich noch mal an, was ich in der vorhergehenden Runde wollte. Es gab ja dann noch eine E-Mail an Herrn Dr. Florian Herrmann, Leiter der Staatskanzlei. Dort bedanken Sie sich für dessen Anruf, der sich auf einen vereinbarten Gesprächstermin mit Herrn Ley und Herrn Knoop, damalige oder ehemalige Finanzvorstände, bezog. Auffindbar auf der Mail MAT A BayStK-1.01, Blatt 139. Erinnern Sie sich an diese Mail?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Wenn Sie mir vielleicht sagen, wann das war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das war am - - Moment. Das war - - Sie kriegen die Anlage sonst von mir.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, es geht bloß um die grobe Richtung, dass - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe es tatsächlich auf meinen Aufzeichnungen hier nicht.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

**Zeuge Waldemar Kindler:** Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Weil das ist noch bezogen auf die 19er, die wir vorhin abgehandelt hatten, auf das Gespräch mit dem Kollegen Dr. Beckstein und - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das war wohl im Vorfeld dieses Termins. Ja, das war der Beginn im September. Ich habe dann - - Das war vorher - - Im September habe ich den Dr. Herrmann getroffen, da in Berchtesgaden. Und dann hat er gesagt, ja, ich soll halt ihn anschreiben oder den Referenten. Und dann war das sozusagen die Folge von diesem Treffen in Berchtesgaden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und können Sie sich an das Treffen noch ein bisschen erinnern und da mal beschreiben: Worum ging es da?

**Zeuge Waldemar Kindler:** An das - - Wo? An das Gespr- -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** An dieses Treffen, was Sie dort arrangiert haben. Gab es da eine Rückmeldung? Waren Sie vielleicht wieder Teilnehmer, weil Sie jemanden abgeholt haben und Initiator waren, oder können Sie sich an das Treffen nicht mehr erinnern?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Wo? In Berchtesgaden oder wo?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das war ein privater Termin, glaube ich. Soweit ich weiß, war das die Verabschiedung vom Vater von Herrn Dr. Herrmann, vom TU-Präsidenten. War aber nichts Politisches oder so.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Wie kam es zu dem Telefongespräch, auf das sich Herr Herrmann - - bzw. auf das in der E-Mail Bezug genommen wird? Können Sie sich daran noch erinnern?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das Telefon- - „Unter Bezugnahme auf unsere Gespräche ...“?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, wie gesagt: In dem Gespräch da in Berchtesgaden, das waren reine Themen, die allgemein waren, über Polizei gegangen sind und sonstige Dinge.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann gab es noch einmal vom Bayerischen Landeskriminalamt - - teilte dem bayerischen Innenministerium im Rahmen der Beantwortung offener Fragen im Zusammenhang mit den Geschehnissen zu Wirecard - - wir sind jetzt schon in 2020, am 18. August 2020 - mit, dass ihm am 13. Februar 2019 eine Geldwäscheverdachtsmeldung durch die UniCredit, betreffend Jan Marsalek und Dr. Markus Braun, gemacht worden sei. - Nachzulesen ist dies auch auf MAT A BayStMI-1.01, Blatt 76. Hatten Sie Kenntnis von dieser Meldung?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Wenn ich Kenntnis gehabt hätte, wäre ich sofort ausgestiegen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Ist Ihnen bekannt - das würde mich noch interessieren, weil wir haben ja Ex-Ministerpräsidenten -, ob Ministerpräsident Markus Söder über das Treffen in Kenntnis gesetzt worden ist?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das weiß ich nicht. Nein, kann ich nicht sagen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das wissen Sie nicht?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich weiß es nicht, aber ich glaube, nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie hatten das auch schon erwähnt, dass wohl auch noch mal ein Gespräch eventuell mit dem Staatsminister

für Wirtschaft, Hubert Aiwanger, eben entsprechend im Raume stand. Dies ergibt sich auch aus diesem E-Mail-Verkehr mit Burkhard Ley, der hier heute schon mehrmals thematisiert worden ist. Erinnern Sie sich noch so ein bisschen an diesen in Rede stehenden Mailverkehr?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das war - - Soweit ich mich erinnere: Das war ja der Ausgangspunkt, dass man in der Staatskanzlei gesagt hat, es sollte - auf gut Deutsch gesagt - erst ins Wirtschaftsministerium gehen, weil die zuständig sind. Und dann, glaube ich, dass ich dann den Referenten, der dabei war bei dem Gespräch in der Staatskanzlei, angeschrieben habe per E-Mail wegen einem Termin unter Bezugnahme auf den Termin. Und dann, soweit ich mich erinnere, ist das aber nicht mehr über mich gelaufen, sondern über die Vorzimmer. Und der ist dann einmal abgesagt worden - glaube ich, war im Februar oder irgendwann; ich weiß nicht, aus welchen Gründen - und dann ein zweites Mal. Und da war das erste Mal, weil Corona-Taskforce war und der Wirtschaftsminister keine Zeit hatte und hat dann abgesagt. Und dann ist das nicht mehr thematisiert worden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Jetzt ist das Wirtschaftsministerium ja - das klang heute auch schon an - im Coronajahr wichtig. Wie ging dann diese Kontaktaufnahme zu Herrn Aiwanger weiter? Hintergrund ist für mich: Im Jahr 2020 erhielt Wirecard vom bayerischen Wirtschaftsministerium den Auftrag für Digitalisierung bei den Coronasoforthilfen. Stand diese Auftragsvergabe, die dort anstand, an Wirecard in Ihrem Kenntnisstand in einem Zusammenhang mit der erörterten Kontaktaufnahme vielleicht zum Kollegen Aiwanger?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, das hat meines Erachtens gar nichts zu tun, sondern, soweit ich mich erinnern kann: Es waren ja zwei Dinge. Ich weiß jetzt aber nicht mehr, wer da zuständig ist. Einmal war es um IT-Unterstützung für Auszahlungen, und einmal war es um Masken- oder Schutzausrüstungbeschaffung. Aber einmal ist, glaube ich, das Wirtschaftsministerium zuständig und das andere Mal, glaube ich, das Gesundheitsministerium. Aber das weiß ich nicht so genau.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und bei dem Ersten war es so, dass der Herr Ley zu mir gesagt hat - ich habe es ja vorhin schon gesagt -: Wir haben eine gute IT-Abteilung, und wir würden da gern unterstützen. - Und dann ist ein Gespräch - - habe ich mit dem Regierungsvizepräsidenten von Oberbayern - - das einfach weitergeleitet. Und dann, glaube ich, hat der mit dem Herrn Ley gesprochen. Aber an mehr war ich nicht mehr beteiligt dann.

Und das zweite Mal, da war es so, dass der Herr Ley gesagt hat: Ja, da gibt es doch Lieferschwierigkeiten bezüglich Schutzausrüstung. Und wir haben gute Kontakte nach China. Wir könnten behilflich sein, haben aber keine eigenen finanziellen Interessen. - Aber wie das dann - - ob das dann - - Wie das zustande gekommen ist, oder - - weiß auch nicht, hat mit mir dann nichts mehr zu tun gehabt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Meine Zeit ist pünktlich jetzt gerade um. - Dann schaue ich mich jetzt um. - Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank. - Vielen Dank auch, dass Sie versucht haben, auch Kontakt mit den Genossen aufzunehmen. Das ist ja in Bayern auch nicht selbstverständlich.

(Heiterkeit)

Wobei, in München kann man das schon machen, gell?

Aber was ich noch mal fragen wollte: Sie hatten vorhin, glaube ich, erzählt, dass Sie mit Herrn Marsalek gar nichts zu tun hatten.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Gar nichts. Ich habe den einmal auf der Hauptversammlung vorne sitzen sehen, und sonst hatte ich keinen einzigen persönlichen und sonstigen Kontakt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Aber das heißt auch - ich frage trotzdem - - Eigentlich ist die Frage: Waren Sie mal in der Prinzregentenstraße, in dieser ominösen Villa?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Nicht? Haben Sie im Nachhinein mal mit jemandem drüber gesprochen, was da war?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Weil es ist ja mit abhörsicherem Raum und wer da alles ein und aus gegangen ist. Und mit Ihren Kontakten, nicht?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe in der Nähe, in der Holbeinstraße, meinen Dienst begonnen fürs PP München. Aber ich kenne die Liegenschaft eigentlich auch nicht, nur gegenüber. Aber ich habe mit der Liegenschaft überhaupt nichts zu tun, und auch mit den Gesprächen, und habe auch, wie gesagt, mit dem Herrn Marsalek in fünf Jahren nicht eine - - auch nicht getroffen, kein Handschlag, gar nichts.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Weil der Herr Marsalek hat in einer Mail geschrieben an - muss intern gewesen sein - Sabine Heinziger (?):

Hallo Sabine,

dann lass das mal für Alexander lieber nicht über die Polizisten machen, sondern direkt mit dem Konsulat. (?)

Da ging es auch um Visabeschaffung. Weil er sozusagen - - Sie haben vom „Kollegen“ vorhin irgendwo geschrieben. Der Herr Marsalek spricht jetzt von: Lass es nicht über die Polizisten machen. - Waren weitere ehemalige Kolleginnen und Kollegen von Ihnen für die Wirecard aktiv?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das glaube ich - - Also, weiß ich nicht, glaube ich nicht. Also, ich kenne niemand, der für Wirecard aktiv war.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Sie kennen - -

(Cansel Kiziltepe (SPD):  
Doch! Herrn Guttenberg!)

- Ja, aber der war nicht bei der Polizei vorher, der Herr Guttenberg, ja. - Okay, also gut. Dann bleibt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

es eher offen, wen Herr Marsalek mit den „Polizisten“ gemeint hat.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, vielleicht meint er mich. Aber wissen Sie, dass irgendjemand ges- - Aber weiß ich nicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ist ja sozusagen auch wieder eine Mail, über die man stolpert. Der Marsalek, der von irgendwas „mit Polizisten machen - - Da stolpert mal halt drüber. - Sie haben aber vorhin gesagt, Sie haben sich mal mit dem Herrn Braun unterhalten.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, mit dem Herrn Braun. Ich habe gesagt, ich habe ihn zweimal getroffen. Einmal habe ich ihm auf einer Hauptversammlung die Hand gegeben oder er mir und das zweite Mal bei dem Termin da mit der Frau Bär. Das waren die zwei Termine, wo ich ihn - - Also, ich habe - - Auf der Hauptversammlung, wenn ich da war, habe ich ihn gesehen, aber eigentlich - - Das waren die zwei Dinge. Aber ein Gespräch mit dem Herrn Braun habe ich eigentlich auch nicht geführt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Jetzt hatten wir vorhin - da ist mir dann die Zeit ausgegangen - uns über Herrn Fritsche unterhalten. Sie waren ja zeitgleich für Wirecard zuständig, also haben freiberuflich für Wirecard beide gearbeitet. Haben Sie da irgendwo auch mal zusammengearbeitet? Also, wie sah die Zusammenarbeit aus?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, was heißt - - Die Zusammenarbeit war eigentlich halt durch den Termin, durch den Essenstermin mit dem Herrn Fritsche, der dann wohl dazu geführt hat, dass er im Kanzleramt bei seinem Nachfolger war, mit dem Herrn Knoop und Herrn Ley. Das habe ich gewusst, war aber auch nicht eingeladen und sollte auch gar nicht teilnehmen.

Und ob er sonst noch vertragliche Beziehungen darüber hinaus gehabt hat, kann sein, weiß ich aber nicht. Das ist auch nicht so, dass Wirecard alles, was die für Verträge haben, mit mir beredet haben. Ich wusste nicht von einem Herrn von Beust. Ich wusste auch nicht bis jetzt zum Untersuchungsausschuss, was der Herr Guttenberg

oder - - und weiß es letztlich jetzt auch noch nicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja, nee. Aber er - - Das ist ja auch wieder von der Draufsicht interessant. Der Vorstand hat eine Vielzahl von Beraterinnen, Beratern - nee, es waren nur Männer -, von Beratern in den politischen Raum hinein. Und das Interessante - - Oder die Frage, die ich mir ja stelle, ist sozusagen, dass die - - Sie haben alle wie Sie bisher hier gesessen: Wir haben von den anderen eigentlich nichts gewusst. - Aber gut, bei dem Unternehmen fragt man sich so viele Dinge, warum man das so macht. Es würde ja eventuell Sinn machen, das vielleicht abzustimmen.

Aber haben Sie sich mit dem Herrn Fritsche - - Mit dem haben Sie sich aber über Wirecard ja auch mal unterhalten, oder?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, mit Herrn Fritsche habe ich mich nicht nur über Wirecard unterhalten, sondern über andere Dinge auch, aber in dem Zusammenhang halt, dass Wirecard ihn gern einmal treffen würde, also der Herr Ley, und dass das halt ein DAX-Unternehmen ist und dass die halt - was weiß ich - sagen, sie kennt niemand, und da gern Kontakte wollen. Insoweit habe ich mich unterhalten. Aber dann konkret, wie das in Berlin oder was war, da wusste ich im Nachhinein, dass ein Termin ist. Aber was da war, wer da dabei war, wusste ich nicht. Ich kenne den Herrn Röller zum Beispiel ja gar nicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja. - Haben Sie sich, seitdem das jetzt quasi alles aufgefliegen ist, noch mal mit dem Herrn Fritsche dadrüber unterhalten?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, leider nicht, weil wir sind eigentlich persönlich gut bekannt seit 20 Jahren. Und ich wollte jetzt auch nicht im Hinblick auf den Untersuchungsausschuss mich mit irgendjemand treffen, wissen Sie, -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist sehr - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** - und irgendwie darüber austauschen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist sehr professionell und sinnvoll. Wenn Sie es gemacht hätten, hätte es uns nämlich jetzt auch interessiert.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Wir waren ja hier schon mal gesessen im NSU-Untersuchungsausschuss, der Herr Fritsche und ich.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ah ja. Gut. - Dann hoffen wir, dass das heute das letzte Mal ist. Aber ich gebe noch mal kurz an meine Kollegin Cansel Kiziltepe weiter.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank. - Herr Kindler, Sie sind wirklich ein Allroundtalent, muss ich sagen: politische Kommunikation, Waffenschein, Visa. Genau. Ich möchte noch mal - - Ich habe ja so eindringlich gefragt, wie das alles mit dem Zeitablauf usw. war. Ich wollte jetzt noch mal wissen, wann Sie das letzte Mal mit Burkhard Ley gesprochen haben.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Muss ich einmal schauen. Also, ich glaube - - Also, gesprochen - - Einmal war ich jedenfalls im Mai noch in Aschheim.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Jetzt im letzten - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ja, 20; nein, nicht einund- - Im Mai 20, ja. Und ob dann noch mal ich telefoniert habe oder was, das kann ich nicht mehr sagen. Da müsste ich noch mal schnell in meine Unterlagen genauer schauen, was ich da gesehen habe. Aber seit der Zeit jedenfalls dann nicht mehr, also in der Zwischenzeit. Muss ich mal schauen: 20.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ja, 20. 20, im Februar. Also, da habe ich hergeschrieben: 13.05., glaube ich, war Ley und irgendwann Ende dann. Also, ich weiß, dass ich im Mai noch mal mit dem Herrn Ley gesprochen habe, ob dann ein Telefonat oder was - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Haben Sie jetzt noch Kontakt zu ihm?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Gar nicht?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bewusst aus den Gründen, die ich vorher genannt habe, habe ich seit der Zeit eigentlich -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und was hatten Sie am - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** - mit niemandem Kontakt mehr von Wirecard oder so.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Dann haben Sie ja auch versucht, Gespräche anzubahnen zwischen Wirecard und Herrn Söder.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Herr Göbel?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Söder.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ach so, Herr Söder. - Nein, nicht einmal. Da ist mir gestern von der „Süddeutschen“ irgendwie gesagt worden, dass ich - - dass es irgendeine E-Mail gibt, dass ich Kontakt oder was aufnehmen, dass ... (akustisch unverständlich) kann, dass ich den Herrn Söder treffe und dann - was weiß ich - da mit ihm rede. Ich habe nie mit dem Herrn Söder bezüglich Wirecard geredet und auch nie versucht, einen Termin zu bekommen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Es gibt eine E-Mail, wo Sie Herrn Ley ankündigen, dass Sie in Metten Herrn Minister Söder antreffen werden, an Ihrem früheren Gymnasium, und dort versuchen werden, wegen dem geplanten Gesprächstermin zu kontaktieren. Waren Sie in Metten dann?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe mit dem Herrn Söder über Wirecard nie geredet und auch keinen Kontakt hergestellt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, hier ist eine Mail vom 5. Januar 2016 an Herrn Ley von Ihnen, und da steht:

Im Übrigen treffe ich am 21. Januar Herrn Minister Söder in Met-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ten. Und ich werde dabei versuchen, ihn wegen dem geplanten Gesprächstermin von Ihnen zu kontaktieren. (?)

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, aber - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Im Finanzministerium zu kontaktieren.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Aber soweit ich weiß -  
- Wann war das, 16 oder wann?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, 5. Januar 2016.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, Metten ist das Gymnasium, wo ich war. Aber ich habe mit dem Herrn Söder - - Ob der dann überhaupt dort war - - Ich kann mich da auch nicht erinnern, dass der Herr Söder - - Da war ein Termin, glaube ich - ich weiß nicht -, 16. Irgendwann war einmal ein Termin in Metten wegen der Restaurierung der Kirche. Und da war - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber Sie schreiben ja hier Herrn Ley. Und aus dieser Mail kommt hervor - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, es kann ja sein, dass ich dem Herrn Ley gesagt habe: Ich treffe vielleicht den Herrn Söder in Metten, und vielleicht spreche ich ihn an. - Das wird schon so sein, wenn ich das geschrieben habe. Aber konkret angesprochen habe ich ihn nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Und auch keine weiteren Male - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Vielleicht weil er da gar nicht war in Metten. Ich kann mich erinnern, da war irgendwann der Herr Seehofer mal. Aber jedenfalls habe ich den Herrn Söder bezüglich Wirecard nie angesprochen und auch keinen Versuch - - keinen Termin zu bekommen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie haben ja dann auch Herrn von Erffa kennengelernt, richtig?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, „kennengelernt“ ist übertrieben. Also, es war ja dann ein Vorstellungstermin im Finanzministerium. Und da

sollte dann der Herr Ley eigentlich das machen. Und dann ist kurzfristig - - hat es geheißen, da kommt ein Herr. Ich habe das jetzt auch bloß im Nachhinein gehört, dass das der Herr von Erffa war. Der war dann dabei.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das wussten Sie gar nicht?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bitte?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das wussten Sie gar nicht dann?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, doch, wie ich dabei war, dann schon, aber vorher wusste ich das nicht. Und ich wüsste auch gar nicht mehr, wie der aussieht, auf gut Deutsch gesagt. Wissen Sie, der war bei dem Termin. Das war eine halbe, Dreiviertelstunde. Aber kennengelernt habe ich ihn sonst nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wo war das denn eigentlich, dieser Termin?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das Gespräch? - Das war im Finanzministerium.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Finanzministerium?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, beim Abteilungsleiter. Wir waren zu viert.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und warum waren Sie da? Hier steht auch - - Ja, warum waren Sie da?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das war so, dass - - Also, im Grunde genommen war dasselbe wieder, dass Wirecard gesagt hat: Wir sind ein IT-Unternehmen; DAX- oder TecDAX-Firmen und alle anderen sind bekannt, und uns kennt niemand, auch nicht im Finanz- - Und dann wollten sie, was meines Erachtens andere Firmen auch machen, beim zuständigen Referat oder was sich mal vorstellen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und was waren die Inhalte dieses Gesprächs? Weil hier steht, Sie wa-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ren am Mittwoch mit Herrn von Erffa im Finanzministerium, schreiben Sie auch wieder an Herrn Ley.

Und nach Anruf MdB Bär bei mir scheint ein Treffen von Herrn Braun bei der Kanzlerin in Vorbereitung. (?)

**Zeuge Waldemar Kindler:** Na, das, also - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie haben sich also auch bei Frau Bär für ein Treffen von Herrn Braun und der Kanzlerin auch eingesetzt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, das weise ich entschieden zurück. Ich habe mich bei einem Treffen für die - - bei der Frau Bundeskanzlerin nie eingesetzt. Ich kann mir das nur so erklären - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber warum - - Okay. Was war jetzt der Inhalt des Gesprächs im Finanzministerium?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich kann mir das nur so erklären, dass - - Ja, zunächst war in dem Gespräch, wo die Frau Bär war - - ist irgendwann geäußert worden, dass das ja interessant wäre, wenn der Herr Braun, glaube ich, mal zur Frau Kanzlerin käme. Und dann hat mich irgendwann einmal das Büro Bär angerufen, ob ich die Nummer vom Vorzimmer vom Herrn Braun habe. Die hatte ich aber nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Tja.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Und wieso die auf mich gekommen sind, weiß ich nicht.

(Lachen der Abg. Cansel Kiziltepe (SPD))

Und habe dann die Nummer vom Vorzimmer vom Herrn Ley ihnen gegeben. Und da entnehme ich - ich kann mich an das E-Mail nicht erinnern -, dass ich daraus geschlossen habe dem Herrn Ley gegenüber - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie sind halt gut vernetzt in Bayern, Herr Kindler.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kiziltepe.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Auf jeden Fall: -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kiziltepe.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - Was war denn der Inhalt -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kiziltepe!

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - des Gesprächs mit Herrn Erffa im Finanzministerium?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kiziltepe, Sie sind dick über der Zeit.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das war - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich bin immer großzügig. Aber wir können das sonst zur Not gleich noch klären. - Jetzt habe ich den Kollegen der FDP, Florian Toncar. Bitte.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Was war denn der Inhalt des Gesprächs mit Herrn von Erffa im Finanzministerium?

(Cansel Kiziltepe (SPD):  
Danke! - Heiterkeit)

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das war die Vorstellung des Unternehmens und dass sie, ja, halt sich vorstellen wollten, wie es wahrscheinlich andere Firmen auch machen, alle IT-Firmen. Die sind alle - - Weil es gibt ja dann Ausschreibungen. Und dann stellen sie, soweit ich weiß, vorher irgendwann - - Alle großen Firmen, IT-Firmen stellen sich dann da mal vor, dass sie bekannt werden.

Und dann hat es geheißen: Ja, interessant. - Ist dann gekommen, dass man sich einmal - - dass sie sich in Aschheim dann vorstellen. Und dann ist wohl das Finanzministerium - also „wohl“: das war so - nach Aschheim gefahren. Und dann haben die präsentiert, was Aschheim macht. Da war aber ich nicht dabei - nicht mehr.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Wissen Sie, wie viele DAX-Unternehmen es in Bayern gibt, die dort ansässig sind?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Vier.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Vier. - Wissen Sie, was ich mich jetzt den ganzen Nachmittag frage? Sie sind da - - „Gehen wir hin und stellen uns vor“, „Und da wollten wir nur mal uns vorstellen“: Wofür braucht ein DAX-Unternehmen, von dem es in Bayern vier gibt - ohne Ihnen zu nahe zu treten -, Ihre Vermittlung, um sich irgendwo vorzustellen, bei einer Regierung?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das war ja das Thema von Wirecard auch, dass die gesagt haben: Die anderen Firmen, die großen, die kennen alle, die haben Zutritte.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ich habe einen Wahlkreis. Also, wenn in meinem Wahlkreis ein DAX-Unternehmen sitzt, natürlich bekommt das einen Termin. Da brauche ich auch keine Vermittlung von früheren Beamten, um - - Also, ich sage mal: Das gehört zur politischen Arbeit ja dazu.

Ist Ihnen denn nie mal in den Sinn gekommen, auch im Nachhinein nicht, dass vielleicht sich Wirecard auch Ihre Reputation geliehen hat, damit Sie durch Ihre Anwesenheit bei solchen Gesprächen ein angenehmeres oder vorteilhafteres oder aufgeschlosseneres Klima oder eine entsprechende Haltung schaffen bei den jeweiligen Behörden?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, meines Erachtens hatten die wirklich keine Kontakte, also bis zu einem Zeitpunkt.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Ich nehme an, Peter Gauweiler kennen Sie auch gut, ne?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Den kenne ich auch. Der hat mich ins Ministerium geholt als Staatssekretär.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Oh, ja. - Ist Ihnen bekannt, dass die Kanzlei von Herrn Gauweiler auch tätig war für Wirecard?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich weiß, dass die Kanzleien hatten. Ich glaube, das kann schon sein, dass die mal gesagt haben: Wir haben - - Unser Anwalt ist die Kanzlei Bub Gauweiler.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, Bub Gauweiler, genau.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Aber - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Kann das sein, oder war es so?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, das kann - - Ich weiß nicht. Kann sein, dass die am Rande das mal mir gesagt haben. Aber sonst hatte ich keinen Kontakt mit der Kanzlei.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. Das können wir gleich noch mal fragen. - Aber hat - - Also, hat Wirecard mal erwähnt: „Bub Gauweiler ist unser Rechtsvertreter“ oder - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, das - - Ich vermute. Ich glaube, schon. Aber - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Aber hatten Sie Kontakt zu einem der Anwälte dort jemals in Sachen Wirecard?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. - Ich kenne einen Anwalt, der mit mir Examen gemacht hat, der in der Kanzlei ist. Aber da habe ich jetzt keinen Kontakt mehr und hatte auch mit dem nie einen Kontakt wegen Wirecard oder was.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Sie haben vorhin ja angesprochen, dass es ja auch diese Kooperation gab, wo Wirecard die Idee hatte: Wir könnten dem Freistaat helfen rund um Corona und Hilfen und Abwicklung usw. - Das führte ja am Ende zu einer Kooperation; die kam zustande. Gibt es noch andere öffentliche Kooperationen zwischen dem Freistaat und Wirecard oder Kommunen und Wirecard, an deren Zustandekommen Sie mitgewirkt haben?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich kenne keine.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Dann habe ich keine Fragen mehr. Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Und dann geht es weiter mit Fabio de Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Kindler, hatten Sie jemals Kontakt mit einem Herrn Enderle aus der Kanzlei Bub Gauweiler? Enderle? Enderle?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Enders?

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Enderle. - Nein? - Okay.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Von Wirecard, oder wo soll der sein?

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ja, oder im Allgemeinen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Also, ich habe mal das Mandat der Kanzlei Bub Gauweiler in einer Rede erwähnt, für Wirecard. Danach wurde ich kontaktiert von Herrn Gauweiler indirekt, dass er damit nichts zu tun gehabt hätte. Da sei er - - Die hätten sich getrennt. Wissen Sie dazu etwas? Die haben sich getrennt, ne?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe aus der Zeitung entnommen, dass die nicht sehr freundlich auseinandergegangen sind.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Aber Sie sind von keinem der beiden also in irgendeiner Form - - Gut.

Sagen Sie noch mal zu diesem Finanzministerium, dem Kontakt in Aschheim und dem Treffen. Können Sie noch mal sagen, in welchem Jahr das war?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das kann ich Ihnen schon sagen. Augenblick einmal, da müsste ich schauen.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Also, das Gespräch im Finanzministerium war, glaube ich - also, immer noch mit allem Vorbehalt -, am 28.11.18. Vier Personen waren da dabei, der von Erffa wohl und ich - wobei ich halt auch nur dabei war - und zwei aus dem Finanzministerium. Und dann war, glaube ich, ein Treffen in Aschheim. Das war aber, glaube ich, dann 2019. Aber da war ich dann nicht mehr beteiligt. Ein Vorstellungstermin.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ja, ich habe nur noch mal gefragt, weil Sie ja erst gesagt hatten, zu Herrn Söder gab es da keinen Kontakt, und dann ging es - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe gesagt: Ich habe zum Herrn Söder keinen Kontakt gehabt.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Genau. - Nee, weil Sie in der E-Mail geschrieben hatten:

Im Übrigen treffe ich am 21.01.  
Herrn Minister Söder in Metten.

Und das war im Jahr 2016.

Und ich werde dabei versuchen,  
ihn wegen dem geplanten Gesprächstermin von Ihnen im Finanzministerium zu kontaktieren.  
(?)

Deswegen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, aber soweit ich mich erinnere, -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Haben Sie nicht getan. Haben Sie ja erläutert, genau.

**Zeuge Waldemar Kindler:** - war der überhaupt ja nicht dabei an dem Tag.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Könnten Sie noch einmal ausführen: Haben Sie sich - - Also, Sie haben mit Herrn Fritsche - - 20 Jahre sind Sie bekannt. Sie haben mit Herrn Fritsche Kontakt aufgenommen für Herrn Ley. Und nachdem dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

diese ganze Sache passiert ist, haben Sie nie mit Herrn Fritsche mehr über das Malheur bei Wirecard gesprochen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. Also, wir haben uns - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Auch nicht über Heckler & Koch?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Oder über BVT haben Sie auch nie gesprochen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. Wir haben - - Ich habe dem Herrn Fritsche in einer anderen Sache, mit einer anderen Firma einmal einen Kontakt hergestellt. Aber das hat nichts mit Wirecard zu tun gehabt. Ich habe dem Herrn Fritsche - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Was war denn das für eine Firma?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das kann ich jetzt vertraglich nicht sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ach so.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das ist nichts aus dem Bereich. Ich habe in dem Vertrag - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, weil der Herr Fritsche, der hatte ja - - ist ja auch Geheimnisträger gewesen für die Bundesrepublik, -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, aber das ist -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** und dann ist das so ein bunter Hund. Das ist ja wirklich - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** - nicht in die Richtung. Also, jedenfalls ist die Situation, dass ich mich ja früher mit dem Herrn Fritsche - und auch zu viert - öfters getroffen habe, aber seit der Zeit nicht mehr und auch schon vorher ein halbes Jahr nicht mehr.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Haben Sie jemals Kontakt gehabt mit einem Herrn Michael

Dzeba? Also D - Z - E - B - A geschrieben. Ich weiß nicht, wie man es ausspricht in Bayern. Ich habe da nicht - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** „Zeba“.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** „Zeba“, okay.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, haben Sie nicht. Okay. - Und sagen Sie noch mal, bei diesem Treffen mit Herrn Braun und Herrn Beckstein, ging es da - - und diesem bargeldlosen Zahlungsverkehr, ging es da auch um China?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, also soweit ich mich erinnern kann, war es ein Vorstellungstermin. Und dann ist eigentlich überraschend der Herr Braun dazugekommen - weil eigentlich war das in Berlin gedacht, und da war der Herr Braun gar nicht vorgesehen -, weil er halt da war. Und dann hat sich das über die Vorstellung hinaus eigentlich ziemlich entwickelt zur Monologisierung vom Herrn Braun über das bargeldlose Bezahlen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Auch in China oder generell?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. - Also, zu dem Zeitpunkt kann ich mich nicht erinnern, dass über China geredet worden ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und dann: Wurde über die Reise von Herrn Maas gesprochen, die bevorstehende?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Da auch nicht, sondern das habe ich vom Herrn Ley irgendwann einmal erfahren, dass er mit dem Außenminister - - Er hat da nicht „Herr Maas“ gesagt. Ich weiß nicht - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ach so, ja, ja, mit dem Außenminister - - Genau, das ist ein gutes Stichwort. Haben Sie mal mit Herrn Maaßen irgendwie über Wirecard gesprochen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nie.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Nee. Okay, gut. Alles klar. - Und noch mal die Frage: Also, der Herr Braun, der wollte einfach der Bundeskanzlerin mal erklären, dass man jetzt auch auf Karte bezahlen kann beim Einkaufen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das weiß ich nicht, was er ihr erklären wollte. Er hat halt - - dass - was weiß ich - 5 Prozent der Weltbevölkerung bargeldlos zahlen und dass halt jedes Prozent, was mehr ist, auch für Wirecard gut ist.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Und Frau Bär, die hat ja dann die Kanzlerin kontaktiert und wohl auch mündlich eine Zusage gehabt für den Termin. Hat man dann später im Kanzleramt wohl ein bisschen kalte Füße bekommen. Deswegen wollte ich noch mal fragen: Dass sie noch mal sich zurückgemeldet hat, da wollte sie wahrscheinlich bestätigen, dass jetzt die Zusage für den Termin vorliegt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich weiß nicht. Ich war überrascht, dass halt das Ministerbüro mich anruft, ob ich, glaube ich, die Erreichbarkeit vom Vorzimmer vom Herrn Braun habe. Habe ich aber nicht gehabt. Und daraufhin habe ich geschlossen, in Folge wahrscheinlich, dass vielleicht da was angebahnt wird. Aber die wollte eigentlich - - Die, die mich angerufen hat, hat sonst nichts gesagt, sondern nur ob ich die Erreichbarkeit herstellen könnte.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Und haben Sie oder irgendjemand - Herr Fritsche, mit dem Sie sich ausgetauscht haben - jemals eine Tätigkeit aufgenommen für eine Firma wie Getnow Holding Limited zum Beispiel? Wissen Sie, was das für eine Firma ist?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, weiß ich nicht.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ja, weil da steht in der Vorlage zu dem Treffen, was Sie hatten da vom LKA:

Bei der als Firma mit Sitz auf Isle of Man bezeichneten Gesellschaft handelt es sich laut Verdachtsmeldung

- also es ging wohl auch um eine Verdachtsmeldung in diesem Treffen -

um die Getnow Holding Limited.  
(?)

Das ist ja eine der Firmen, die auch mit Marsalek in Zusammenhang stehen. Also, das wurde da nicht besprochen in dem Treffen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Sagt mir nichts, nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr de Masi.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ach so, bin ich - - Es geht immer so schnell, die Zeit.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, das kenne ich auch. - Gut. Dann ist jetzt Frau Paus dran für Bündnis 90/Die Grünen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Kindler, wenn ich mich noch richtig an den Anfang erinnere, dann hatten Sie am Anfang dargestellt, dass Sie bei der Wirecard AG eigentlich nur mit Herrn Ley zu tun hatten und dann auch ein- oder zweimal mit Herrn von Knoop und dass das sozusagen alle Personen gewesen seien von der Wirecard AG. Jetzt haben wir zwischendurch mitbekommen, Sie haben schon auch Herrn Braun mal getroffen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Zweimal.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben wir eben noch mitbekommen: Herrn von Erffa, den haben Sie auch mit vermittelt.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Einmal war ich dabei.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Wollten Sie von daher Ihre Aussage - - vielleicht noch mal drüber nachdenken, ob Sie doch noch mit weiteren Personen jenseits derer, die wir jetzt hatten, also Herrn Ley, Herrn von Knoop und Herrn Braun und von Erffa, noch mit weiteren - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, den Herr Kohlpaintner halt beim LKA.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Den Herrn Kohlpainter da beim LKA, wo ich war.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und noch weitere?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Und dann natürlich mit den Vorzimmerdamen vom Herrn Ley, die Frau Gummel (?)\* und so. Und sonst kann ich mich nicht - - Ich weiß nicht, ob ich da noch jemand - - Aber jedenfalls bewusst ist mir da nichts. Von der Führungsebene mit Sicherheit nicht.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Also, das halten wir jetzt - - Das ist so abschließend jetzt Ihre Aussage zu der - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja. - Wissen Sie, in fünf Jahren, ob ich da irgendeinen wo getroffen habe mal, das kann ich jetzt nicht mehr sagen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wollte ich noch mal auf die E-Mail zurückkommen vom 05.01.2016. Da hatten Sie jetzt eben gesagt, Sie haben nie versucht, einen Termin mit Herrn Söder zu machen. In der Mail steht ja drin:

Ich werde versuchen, ihn wegen des geplanten Gesprächstermins von Ihnen zu kontaktieren. (?)

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, habe ich aber nicht.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie das jetzt auch dann korrigieren, dass Sie es doch versucht haben, einen Termin mit Herrn Söder einzuleiten?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. Ich habe gesagt: Ich werde versuchen. - Ich habe es aber dann konkret nicht versucht.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Gut. - Könnten Sie noch mal sagen - - Sie waren ja offenbar am gleichen Gymnasium. Oder Herr Söder hat einfach nur Ihr früheres Gymnasium besucht?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, ich hatte - - Herr Söder war in Nürnberg und ich im humanistischen Gymnasium in Metten. Der Hintergrund - - Ich weiß jetzt aber nicht mehr genau den Termin, wann das war. Ich kann mir das nur, wenn Sie Metten ansprechen, erklären, dass da einmal eine Einweihung der Kirche war, der restaurierten, und dass da wohl also jedenfalls geplant war, dass der Herr Söder und der Herr Seehofer da bei der Eröffnung dabei sind. Und da habe ich wohl gedacht: Ja, da ist der Herr Söder, und vielleicht kann ich ihn - - oder spreche ich ihn an. - Da war aber der Herr Söder, soweit ich mich erinnere, gar nicht da, aus welchen Gründen - - sondern nur der Herr Seehofer. Also, wenn das der Termin ist in Metten.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist ansonsten Ihr Kontakt zu Herrn Söder?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, der kennt mich natürlich aus meiner Zeit als Polizeichef, und auch sonst kennt mich der halt aus der Zeit aus Nürnberg und so.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie das vielleicht noch ein bisschen näher ausführen, wie gut Sie sich kennen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, wir haben halt - was weiß ich - uns getroffen bei einer Veranstaltung vom -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie im gleichen Ortsverein oder - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** - FC Nürnberg. Nein, beim FC Nürnberg, vom Club. Aber sonst habe ich privat oder persönlich keinen Kontakt mit dem Herrn Söder.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sitzen schon mal zusammen in der VIP-Lounge oder so?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, da bin ich - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beim FC Nürnberg kenne ich mich nicht so gut aus. Aber ich nehme an, das gibt es da auch.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich war mit dem Herrn Söder nie in der VIP-Lounge in Nürnberg.

(Heiterkeit)

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann wüsste ich noch mal gerne: Wie gut sind Sie bekannt mit Frau Bäumler-Hösl?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bäumler-Hösl, ja.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie gut sind Sie mit ihr bekannt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, die kenne ich natürlich. Die kenne ich - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie das auch noch näher beschreiben, wie gut Sie sie kennen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, die kenne ich - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie per Du?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bitte?

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Duzen Sie sich?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, bin nicht per Du. Aber die kenne - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange kennen Sie Frau Bäumler-Hösl? Hatten Sie noch beruflich mit ihr zu tun, als Sie noch Polizeipräsident waren?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, beruflich hatte ich sicher zu tun. Da hat halt die Frau Bäum-

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, die Frau Bäumler-Hösl war ja damals eine der Topermittlerinnen, zum Beispiel bei Siemens und bei Ecclestone und so. Und da hatte ich natürlich - nicht direkt, weil da waren ja Ebenen dazwischen - - Aber da

war - - Die Frau Bäumler-Hösl kennt mich natürlich daher, über einen engen Kontakt zur Justiz.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hatte ich Sie eben gefragt noch mal nach dem - - wie das genau gelaufen ist bei der Münchner Sicherheitskonferenz. Da hatten Sie gesagt, Sie haben sich jetzt nicht für die Tickets eingesetzt, sondern Sie haben lediglich einen Termin vermittelt.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, und dann - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Jetzt gibt es die E-Mail vom 8. Februar 2018. Die lese ich mal eben kurz vor:

Sehr geehrter Herr Ley,

ich habe gestern mit Herrn Dr. Franke ausführlich telefoniert. Er wird mit Herrn Ischinger bezüglich einer Tagesakkreditierung für Sie am 16./17.02. und mich sprechen. (?)

Das ist ja jetzt was anderes als: Sie haben einen Termin angebahnt.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, noch mal - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern Sie haben hier konkret sich gekümmert um die Tagesakkreditierung am 16. und 17.02.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Noch mal - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie vielleicht das noch mal ins Verhältnis setzen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe gesagt, dass im Januar, glaube ich, war es - - Am 20.01. war geplant ein Essen vom Herrn Ley, vom Herrn Dr. Franke und mir. Und das ist dann abgesagt worden, aus welchen Gründen auch immer, weiß ich nicht mehr. Und daraufhin habe ich, nachdem das da nicht angesprochen werden konnte, auf Bitte des Herrn Ley den Herrn Dr. Franke per E-Mail angeschrieben. Und dann - - Vielleicht hat er dann bei mir zurückgerufen oder haben wir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann telefoniert als Folge und hat gesagt, er prüft eine Tagesakkreditierung. Das war - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also haben Sie sich doch dafür eingesetzt, dass Herr Ley Tickets bekommt, eine Tagesakkreditierung für die Münchner Sicherheitskonferenz?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, natürlich habe ich angeschrieben, der Herr Ley würde gern - „Tagesakkreditierung“ habe ich nicht geschrieben - einmal teilnehmen am Rande. Also, wenn Sie das als Einsetzen - - dann habe ich mich natürlich eingesetzt. Aber ich habe ja keine Entscheidung oder sonst was getroffen oder - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. - Aber Sie hatten das eben anders dargestellt. Sie hatten eben dargestellt, dass Sie ihm lediglich einen Termin vermittelt haben. Jetzt sagen Sie aufgrund der E-Mail, doch, kann doch sein, dass irgendwie, weil das ja nicht zustande kommen ist, es doch so war, dass Sie sich dafür eingesetzt haben, dass er eine Tagesakkreditierung bekommt, sowohl Herr Ley als auch Sie, für den 16./17.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, noch mal: Ich habe mit dem Herrn Dr. Franke wegen einem Mittagessentermin gesprochen. Der ist abgesagt worden. Und daraufhin habe ich, weil der Termin erst wieder dann im April war, den Herrn Dr. Franke angeschrieben per E-Mail, dass der Herr Ley teilnehmen möchte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Paus, die Uhr - ich habe nicht dran gedreht - ist um. Deswegen. Wir können noch eine Runde machen. - Ich schaue jetzt erst mal zu den Kollegen der CDU/CSU. - Nein. Ich schaue mich an. - Nein. Ich schaue zu den Kollegen der SPD. - Bitte schön, Frau Kiziltepe.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Kindler, ich möchte Sie noch mal fragen: Hatten Sie jemals die Absicht, ein Gespräch zwischen Herrn Ley oder der Führung von Wirecard und Minister Söder anzubahnen oder den Auftrag sogar?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe weder einen Auftrag gehabt, noch vor, ein Gespräch anzubahnen, sondern wenn, dann hätte ich dem Herrn Söder, wenn das gegangen wäre, vielleicht gesagt, dass es eine Firma gibt in Aschheim, die halt ein DAX-Unternehmen ist. Aber einen Termin angebahnt habe ich nie und auch nicht versucht.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ich hatte Ihnen ja auch vorhin diese Mail vorgelesen mit Metten, Ihrem früheren Gymnasium usw. Sie haben das ja - - Da steht das ja drin, in dieser E-Mail.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Da steht drin, dass ich vielleicht - also, ich kenne die ja nicht; die ist jetzt raus aus - - die E-Mails habe ich ja selber gar nicht mehr - den Herrn Söder treffe und dann vielleicht ihn anspreche wegen Wirecard, also dass es Wirecard gibt.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Das haben Sie dann von sich aus so als - - vorgeschlagen oder - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das kann sein, dass - - aber vermutlich nicht.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Aber das ist doch auch - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Vermutlich nicht, sondern vielleicht - - Ich vermute, dass dann der Herr Ley oder wer gesagt hat: Wir hätten ganz gern einen Termin vielleicht beim Herrn Söder.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Und es hat kein Termin stattgefunden?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, jedenfalls nicht durch mich. Das weiß ich nicht, ob ein Termin stattgefunden hat.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Also, mit Herrn Söder und Herrn Ley oder andere Personen aus der Führungsspitze?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also keinen, wo ich weiß davon.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Und Sie waren auch bei keinem solchen Termin dabei?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, bei keinem.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wir haben ja viele Unterlagen hier. Und manchmal finden wir selber nicht die Sachen, die wir eigentlich suchen. Und da ist es gut, dass wir auch Journalisten haben, die das alles mitverfolgen. Es gibt da einen Artikel im „Capital“ vom 02.10.2020 von Herrn Steinmann. Und da steht drin:

Wie das bayerische Innenministerium in seiner Antwort ausführt, traf sich der Staatskanzleichef von Ministerpräsident Markus Söder ... am 20. November mit dem damaligen Wirecard-Finanzvorstand ... von Knoop und ... Burkhard Ley ...

Und so weiter und so fort. - Und dann:

Bemerkenswert an dem Termin ist bereits, wie er zustande kam: Laut Staatsregierung wurde das Treffen für Wirecard von dem früheren bayerischen Landespolizeipräsidenten Waldemar Kindler „initiiert“. Auch an dem Gespräch selbst habe der frühere leitende Sicherheitsbeamte teilgenommen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das stimmt so. Also, außer dass ich schon mal sagen möchte, dass natürlich immer das Thema Landespolizeipräsident kommt. War ich auch gerne. Aber es hat eigentlich mit dem Landespolizeipräsidenten gar nichts zu tun gehabt, sondern mit meinen Kontakten, die ich habe.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, deshalb haben Sie auch den Beratervertrag.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, eben.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Durch Ihre Vernetzung, ne? Alle kommen zu Ihnen und fragen nach Handynummern.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Da werden Sie auch nichts finden vom Landespolizeipräsidenten. Natürlich war ich das und gerne. Aber hat eigentlich mit dem Landespolizeipräsidenten nichts zu tun.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie haben ja auch so gute Kontakte, dass sogar sehr bekannte Menschen bei Ihnen um Hilfe bitten bei der Visumserteilung, -beantragung. Sie wurden ja häufiger für diese Angelegenheiten, Visaerteilung für China, angesprochen und haben auch im Falle von Herrn Walewski - - Kennen Sie Herrn Walewski?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, nach den, laut - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, wenn ich das sagen darf: Das ist, soweit ich erinnere - - Ich weiß, dass da der Walewski - - Aber ich kenne den nicht. Da ist es drum gegangen meines Erachtens, dass die Bürochefin vom Herrn Ley, die Frau Velcea, nach China sollte, mitsollte. Und da ist, glaube ich, dann irgendwie angefragt worden.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Haben Sie sich eingesetzt dafür, dass Herr Nicolas René Colonna-Walewski ein Visum für China bekommen hat?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe da Kontakt aufgenommen. Und da ist die Frau Velcea gegangen. Und da ist es um - - Ich weiß nicht, ob der Walewski eins gehabt hat. Der, glaube ich, war dabei. Ich kenne den aber nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, hier schreibt Frau Velcea:

Lieber Herr Kindler,  
wie telefonisch besprochen, anbei die jeweiligen Infos über unseren Partner, der ein Visum für China für nächste Woche bräuchte. (?)

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, bloß - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ich meine, Sie sind ja jetzt auch nicht die Konsularabteilung von China.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, von der Frau Velcea, oder?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Hm?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Von der Frau Velcea?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Kennen Sie Herrn Walewski? Wissen Sie, wer Herr Walewski ist?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, ich kenne den nicht. Ich kenne den nicht. Ich weiß, dass der Herr Ley, glaube ich, irgendwann mit dem, also in dem Termin, nach China wollte mit der Frau Velcea. Aber ich kenne den nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, wenn jemand zu Ihnen kommt und darum bittet - ich meine, Sie kriegen ja Geld dafür, gar keine Frage; aber das gehört wahrscheinlich dann auch zur Berater-tätigkeit; in Ihrem Beratervertrag ist das ja nicht alles aufgelistet, wofür Sie zuständig sind -, dann setzen Sie sich für jemanden ein, von dem Sie gar nicht wissen, was der Hintergrund ist für diese Person oder - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe in dem Fall mich in erster Linie - - Was heißt „eingesetzt“? Ich habe die ... (akustisch unverständlich) angeschrieben wegen der Frau Velcea.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, Herr Walewski ist ein einfluss- - oder einer der einflussreichsten, wohlhabendsten Menschen Frankreichs.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Er schafft es nicht, aber Herr Kindler schafft es, ein Visum zu besorgen. - Dann noch eine letzte Frage, und zwar geht es um ein Anliegen, auch von Wirecard natürlich. Wirecard möchte bei der Staatsministerin, Frau Müller, etwas erreichen. Und Sie setzen sich auch hierfür ein. Das war im Mai 2016. Und das ist ja schon auch ein bisschen die Ebene, wo es darum geht, wo Sachen entschieden werden. Was war das eigentlich? Können Sie sich daran erinnern, wofür Sie sich - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Was heißt „erinnern“? Ich habe mir das einmal angesehen oder habe meinen Kalender durchgesehen. Das war so, dass wohl Wirecard - wer auch immer - das Sozialministerium, glaube ich, angeschrieben hat wegen irgendwie zahlungsloser Verkehr oder was und dass die aber wohl lange nichts gehört haben.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Was war denn das Anliegen? Sie schreiben ja Frau - - Sie schreiben ja die Staatssekretärin an oder das Büro und sagen, Sie bitten um Unterstützung für das an Sie herangetragene Anliegen der Firma Wirecard.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das war - - Also, da ist - - Ich weiß es nicht so genau. Da ist es um irgendwie was gegangen, um Zahlungsdinge. Da müsste ich einmal nachschauen. Ich weiß das nicht mehr.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Was für Zahlungen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, irgendwie, dass die irgendwo eine bargeldlose Zahlung oder irgendwas - - das Sozialministerium angeschrieben haben, also die Wirecard.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Flüchtlingskarte oder wie?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Irgend so was kann es gewesen sein. Ich müsste nachschauen. Ich weiß es nicht. Und dann haben die gesagt: Wir hören nichts. Wir hören von denen nichts. - Und dann ist es drum gegangen - - Und dann habe ich, glaube ich, einen Referenten oder was angerufen. Und dann haben sie was angehört in der Woche und haben eine Absage gekriegt oder zwei, so weit ich weiß. Das Sozialministerium - - Da war es Mai. Ich glaube, elektronischer Sachbezugschein oder irgend so was.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Sie wussten aber nicht genau, worum es dabei geht, sondern - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. - Ich war ja da nicht beteiligt, sondern ich habe dann - - Die haben gesagt: Wir haben eine Anfrage gemacht wegen einem elektronischen Sachbezugschein. - Was da auch immer gemeint ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Aber das kommt auch so ein bisschen herüber, Herr Kindler: Sie machen alles, was Wirecard will, weil Sie diesen Beratervertrag haben, schauen gar nicht mal hinter die Kulissen, was dahintersteckt. Ob es dann Glücksspiel ist oder Pornografie ist, interessiert uns nicht.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Was heißt „da zuschauen“? Ich weiß jetzt nach fünf Jahren - - Also, ich bin ja nicht - -

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Also, damals wussten Sie das oder - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Irgendwie haben die mir gesagt: Wir haben eine Anfrage wegen einem Sachbezugsschein gemacht und hören nichts. - Da, jetzt habe ich es wieder gefunden, wie gesagt. Also, von der Frau Gummel (?)\* an mich:

Lieber Herr Kindler,

Herr Bellenhaus hat bisher noch nichts vom Sozialministerium gehört. Es wäre sehr freundlich, wenn Sie uns hier behilflich sein könnten. (?)

Dass sie was hören. Und dann haben sie auch was gehört und eine Absage sehr schnell wohl - -

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Okay. - Das war es. Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann wäre jetzt Dr. Toncar, FDP - - Verzichtet. - Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ich bin nicht ganz fertig geworden in der letzten Runde. Das ziehe ich jetzt aber durch gerne. - Herr Kindler, Sie haben ja vorhin gesagt, Sie hätten immer dieses staatliche Glücksspielmonopol verteidigt, korrekt?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bitte?

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten das staatliche Glücksspielmonopol immer verteidigt und wären gegen -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, Bayern.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): - Liberalisierung gewesen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bayern hat - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Sie aber auch.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich innerlich auch, aber ich war ja nicht zuständig.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Innerlich? Okay. - Weil ich frage einfach, weil Sie ja hier schreiben in einer E-Mail an Herrn Ley:

Obwohl laut Glücksspielvertrag bis zu 20 private Anbieter eine Konzession erhalten können, wurde bislang keine vergeben. Sollen wir weitere Gespräche führen? (?)

Also, Sie wollten ja eigentlich, dass mehr private Konzessionen erteilt werden.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich sicher nicht. Der Herr Ley wahrscheinlich.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ach so. Aber Sie haben ihn doch gefragt, ob Sie weitere Gespräche führen sollen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, wie gesagt, aber das hat sich dann - - Ich habe ihm dann, glaube ich, irgendeinen Artikel aus einer Zeitung oder was geschickt, irgendwann, von einer - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Also, Sie hatten eine andere innere Überzeugung, aber das Geld hat Sie dann umgedreht, oder wie?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, das ist - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Verstehe. Gut. - Dann haben Sie ganz häufig - - Also, Sie haben ja gesagt, Sie kennen die Frau Bäumlner-Hösl. Sie haben sich also sicher niemals mit ihr über ein Ermittlungsverfahren gegen Wirecard unterhalten?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, ich nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wann haben Sie denn das letzte Mal mit ihr gesprochen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das ist schon eine Zeit her. Ich weiß es nicht mehr jetzt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Haben Sie in diesem Jahr mit ihr gesprochen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. In diesem Jahr habe ich mit der Frau Bäumler-Hösl nicht gesprochen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und im letzten Jahr?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Habe ich auch nicht gesprochen, soweit ich weiß. Die war auch mittlerweile in Landshut oder wo.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und Sie hatten ja diesen Termin da, der von Ihnen initiiert wurde, im November 2019 in der Staatskanzlei. Und ist da über KPMG gesprochen worden?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, das glaube ich nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Weil Sie haben ja gesagt, das war wahrscheinlich der Grund, dass Sie wussten, da brennt vielleicht irgendwas an bei Wirecard. Gleichzeitig haben Sie gesagt, Sie haben die kritische Medienberichterstattung gar nicht zur Kenntnis genommen. Das passt ja nicht so zusammen. Wo haben Sie denn über diese KPMG-Untersuchung gehört?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, zuerst aus der Presse und zum Zweiten vom Herrn Ley.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Am zweiten - - Zweiter was, wenn ich fragen darf?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Beim Herrn Ley, vom Herrn Ley.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ach so, haben Sie dann gehört. Und wann war das ungefähr?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Weiß nicht, wann der Bericht gekommen ist. Das war November, Dezember. Kann das sein? Ich weiß es nicht. Oder später.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, die Untersuchung fing ja an so im Herbst 2019, und die kam ungefähr dann, als Sie gesagt haben, Sie beenden jetzt Ihre Tätigkeit für Wirecard. Das heißt, der Grund der Beendigung Ihrer Tätigkeit war eigentlich die Veröffentlichung des KPMG-Berichts. Kann das sein?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Na ja, es war so - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Oder hatten Sie Zugang zu dem Bericht?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, da kenne ich bis heute keine Zeile. Ich habe, als es geheißen hat, da gibt es Unstimmigkeiten und es sei - - KPMG würde beauftragt. Dann habe ich natürlich - - Das habe ich natürlich gelesen und habe dann irgendwann den Herrn Ley angesprochen, was da los sei eigentlich mit den Berichten. Und dann hat er gesagt: Ja, da kommt jetzt der KPMG-Bericht, und der ist da. Und, wie gesagt, das ist fast wie jedes Jahr, und das klärt sich alles auf, und zwar deshalb, weil dann in dem Zeitraum da - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Der Herr Ley hat gesagt, der Bericht ist schon da?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich weiß nicht, aber ich glaube schon, dass er - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und er hat gesagt, da ist alles paletti sozusagen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, dass sich halt das wohl aufklärt. Und weil ich dann gesagt habe - - Als ich dann das gehört habe von KPMG, ist ja mir nicht drum gegangen um den Bericht, sondern um mich selber. Und dann habe ich gesagt: Ja, also, ich mache jetzt mit den Terminen, die da ausgestanden sind - - habe ich gesagt: Ich will da



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ja keine Termine, auch nicht mehr vermitteln, wenn das so im ... (akustisch unverständlich) ist.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Also, es hatte nichts mit den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu tun, sondern mit dem KPMG-Bericht?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, sondern KPMG-Bericht. Und dann hat der gesagt: Ja, ja, das beruhigt sich schon. Dann machen wir halt die Termine - - lassen wir und später oder was.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Dann hat der Herr Ley ja eigentlich sich auch in gewissem Sinne an Marktmanipulationen beteiligt, weil der KPMG-Bericht hatte ja einen sehr erschütternden Inhalt, weil er ist ja wieder rausspaziert bei der Staatsanwaltschaft. Deswegen finde ich das irritierend. Aber gut.

Sie haben auch gesagt, die französische Nationalbank, die war auch involviert bei Wirecard. Wissen Sie davon was?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, mir ist gesagt worden, dass irgendwann sozusagen - - ja, dass sie auch - - oder planen, mit der französischen Nationalbank zusammenzuarbeiten. Das ist ja total - - Aber das kann ich nicht sagen, was - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Ich finde das interessant, weil wir haben - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Was mir gesagt worden ist. Ob das stimmt, weiß ich nicht.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ich finde das interessant, weil wir haben sozusagen ein Abendessen mit Herrn Sarkozy und Herrn Stoiber. Wir haben einen Kilian Kleinschmidt hier gehabt, der über Libyen-Geschäfte berichtet. Und Libyen ist ja auch französisches Interessengebiet, sagen wir mal. Wir haben ein Visum, was Sie für einen Franzosen - also leben wie Gott in Frankreich sozusagen - besorgen. Wissen Sie denn irgendwas zu Libyen und Wirecard?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich weiß gar nichts. Ich war, als ich Berater beim BMI war, für Nordafrika zuständig, also mit dem BKA und BMI, für Marokko, für Tunesien, für Algerien, für Ägypten und auch für Libyen und Mauretanien, bin aber nie nach Libyen gefahren oder habe auch keinen Kontakt gehabt, weil das da zu gefährlich war. Das ist mein einziger Kontakt.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Und das heißt, nur noch abschließend - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Von Wirecard und Libyen, da weiß ich gar nichts.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Oder Marsalek und Libyen, auch nichts?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Auch nichts.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Weil ich frage deswegen auch: Also, ich habe Sie ja vorher gefragt nach diesem Abendessen mit Herrn Stoiber, mit dem ehemaligen militärpolitischen Berater der Kanzlerin, mit Herrn Sarkozy und militärpolitischen Beratern. Haben Sie irgendeine Erklärung dafür, warum ein solches Abendessen stattfindet? Und Sie haben mit keinem der Teilnehmer dieser Abendessen irgendeinen Austausch gehabt zu Wirecard? Sie wissen auch nichts von diesem Abendessen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, ich weiß da auch nichts.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Vielen Dank. Das war es.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Herr De Masi. - Dann als Nächstes Frau Paus von Bündnis 90/Die Grünen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann mache ich da noch mal kurz weiter. Sie kennen auch Herrn Kleinschmidt nicht?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Den wen?

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herrn Kleinschmidt. Herr Kleinschmidt war auch tätig,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch von Deutschland aus, in Libyen für die Wiederaufbauarbeit in Libyen.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Kenne ich nicht. Ist der - - Wo soll der sein? Der sagt mir gar nichts.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Der hatte beraten die österreichische Regierung und war - - Und in dem Zusammenhang hatte er auch zu tun mit Herrn Marsalek, der sich - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, kenne ich nicht.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. Okay. - Dann haben Sie gesagt - geht ja auch aus den E-Mails hervor -, Sie waren auf den Hauptversammlungen. Waren Sie auf jeder Hauptversammlung von Wirecard, und sind Sie auch bei anderen - - Sie haben ja gesagt, Sie haben auch noch andere Aktien sozusagen. Haben Sie das gemacht im Rahmen Ihres - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, rein privat.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Rein privat?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und nur bei Wirecard?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein. - Ich war auch bei einer - was weiß ich - BMW-Hauptversammlung oder - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wo Sie Aktien halten, da gehen Sie auch zu den Hauptversammlungen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich gehe nicht immer. In der Pension hat mich das jetzt interessiert, und dann bin ich halt hingegangen, ein-, zweimal.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aus den E-Mails geht ja schon hervor, dass Sie diese Hauptversammlungen schon auch genutzt haben, um Gespräche zu führen. Könnten Sie das noch

mal sagen, wie oft Sie mit wem Gespräche geführt haben auf den Hauptversammlungen von Wirecard und wie oft Sie da waren?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bei Wirecard, glaube ich, war ich zwei-, dreimal.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und mit wem haben Sie da gesprochen?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich habe einmal dem Herrn Braun die Hand gegeben und dann natürlich dem Herrn von Knoop und dem Herrn Ley. Aber das war zwischen Tür und Angel, weil die ja sozusagen vorn Rede und Antwort stehen mussten. Das war beim Reingehen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Könnten Sie noch mal sagen - - Es gibt ja einen regen E-Mail-Verkehr zwischen Ihnen und Herrn Ley. Und in dem Vertrag steht ja jetzt auch nicht drin sozusagen - - War ja ein sehr allgemeiner Vertrag. Wie war denn jetzt eigentlich das Verhältnis? In dem Vertrag steht ja schon drin, dass Sie, beide Seiten, innerhalb von 14 Tagen kündigen können. Und mein Eindruck ist jetzt, dass Sie schon immer sehr initiativ gewesen sind: Ich könnte noch dieses tun, ich könnte noch jenes tun. - Also, könnten Sie einfach noch mal erläutern, wie so der Austausch zwischen Ihnen war und inwieweit Herr Ley konkrete Vorschläge hatte, die Sie dann abgearbeitet haben, oder wie so das Verhältnis war und wie intensiv der Kontakt war, so pro Monat?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, zunächst war der 2015 eigentlich ganz wenig, telefonisch oder sonst wo. Und dann war zwei Monate fast gar nicht, weil ich durch die Tätigkeit in Afrika irgendwas eingefangen habe und musste in die Uniklinik. Und dann war da gar nichts. Und dann ist eigentlich - - Sagen wir mal, Kontakt herstellen war eigentlich vor 17 auch nichts. Also, der erste Kontakt, wo ich mich erinnern kann, politisch, war der vom Landrat in Aschheim 2017.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, die ersten zwei Jahre - - Was haben Sie denn auf die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Rechnung geschrieben? Sie haben einfach gesagt „Beratung“?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, Berater. Aber ich habe schon da Termine gemacht. Ich habe mich mit dem Herrn Ley getroffen, und da haben wir dann das eine oder andere erörtert. Und weil Sie gesagt haben, um was es geht: Das ist nicht immer um die großen Dinge gegangen, sondern: Kennen Sie den, oder kennen Sie den? Und wer ist da eigentlich - - Da ist es um Grundzuständigkeiten gegangen. Die wussten nicht: „Was ist ein Amtschef?“, sage ich jetzt einmal, wenn wir jemanden anschreiben. Sollen wir einen Staatssekretär anschreiben, einen Minister oder einen Abteilungsleiter oder Ministerialdirigenten?

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, in den Jahren 2015 bis 2017, sagen Sie, gab es hauptsächlich zweimal im Monat ein Kaffeetrinken oder so.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, nicht Kaffeetrinken.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und da haben Sie aufgeklärt über - - wie die Welt in Bayern so funktioniert?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, gut. Da war das mit dem Gartzke. Also, da war es auch nicht. Aber wie gesagt: Aber da waren Besprechungen. 2015 hatte ich, glaube ich, telefonische 14 oder irgendwas, was ich da habe. Aber ich hatte sozusagen - - Aber Termine sozusagen - - Also, im Grund politisch ist auf der Ebene - - Es waren ja nur die mit dem Herrn - - direkt mit dem Herrn Herrmann und mit dem Herrn Sibler geplant und mit dem Aiwanger auf der Ministerebene.

Und ansonsten - - Und ab 18 waren dann halt da mehr Termine und auch mehr - - ja, wo dann auch Kontakte hergestellt worden sind, zum Dr. Beckstein oder so.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und als Sie krank waren, haben Sie aber trotzdem Rechnungen geschrieben und ganz normal - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das hat - - Wirecard hat gesagt, ja, sie wollen das so.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Sie haben ja da eine Liste zur Unterstützung Ihrer Aussage, wo noch mal drauf sind die wichtigen Termine. Gibt es jetzt irgendwelche Termine, die wir hier noch nicht angesprochen haben, auf Ihrem Zettel da?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Also, da weiß ich jetzt aus dem Stegreif nichts. Also, ich habe mir da - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nehmen Sie sich Zeit! - Können wir mal kurz anhalten?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Bitte?

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nehmen Sie sich ruhig die Zeit! Schauen Sie sich das an!

**Zeuge Waldemar Kindler:** Jetzt aus dem Stegreif fällt mir da nichts ein.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben das alles, alle Termine sozusagen abgearbeitet, die Sie da auch auf Ihrem Zettel haben?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, die ich mir jetzt da aufnotiert habe, ein paar, die wichtigen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gibt es noch irgendwelche Dienstleistungen, die Sie für die Wirecard AG getätigt haben, die bisher noch nicht angesprochen worden sind? Also, wir hatten ja vor allen Dingen den Komplex LKA, Generalkonsulat, Münchner Sicherheitskonferenz, Staatsanwaltschaft - nee, Moment.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, Staatsanwaltschaft nicht.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nee, Staatsanwaltschaft nicht. - Gibt es irgendwelche Dienstleistungen, die Sie sonst noch für die Wirecard AG gemacht haben, außer Kontakte mit Mitarbeitern oder politisch Verantwortlichen in der bayerischen Verwaltung oder im Konsulat?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Waldemar Kindler:** Das waren zu 90 Prozent Gespräche mit Herrn Ley und zwei-, dreimal mit Herrn von Knoop.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ihre Gespräche mit - - Nein, es ging ja sozusagen mit Dritten - - die Sie mit Herrn Ley oder Herrn Knoop für Dritte, mit Dritten gemacht haben.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, ich war im Grund - - Er hat ja damals auch gesagt, er will mich als Ansprechpartner für sich haben, weil sie halt weder die Gesellschaft noch die Wirtschaftsleute kennen und politisch auch nicht und halt das nicht haben, wo wahrscheinlich andere DAX-Unternehmen - was weiß ich - Abteilungen haben oder was weiß ich. Und das waren eigentlich so Grunddinge. Und dann - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Paus.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber wenn ich das nun richtig sehe, dass die E-Mails auch wirklich initiativ gewesen sind, dass Sie sich viele Gedanken gemacht haben, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kollegin Paus!

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - was Sie tun können für dieses DAX-Unternehmen sozusagen, damit es besser realisiert.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ja, das hat sich ergeben - In den Treffen, sage ich jetzt einmal, hat man halt dann das und jenes besprochen. Und dann hat der Herr Ley gesagt: Das ist das, oder das würde mich interessieren. - Und dann habe ich halt meine Meinung dazu gesagt.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke. - Gut. Dann schaue ich noch mal in die Runde: CDU/GSU? - Nein. Wir auch nicht. Ich schaue zu den Kollegen der SPD. - Nein. FDP. - Nein. Kollege De Masi?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Haben Sie sich jemals mit Herrn Diekmann ausgetauscht zu Wirecard?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Wie?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Kai Diekmann.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein? - Okay. Dann habe ich keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Paus.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hatten Sie zu irgendeinem Zeitpunkt Sorge, dass Ihr Beratervertrag nicht verlängert wird?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nicht verlängert? Na ja, ich bin halt dann sozusagen im April, also mit Ende, ausgestiegen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, vorher sozusagen. Hatten Sie den Eindruck, Sie müssen liefern, oder hatten Sie den Eindruck - -

**Zeuge Waldemar Kindler:** Nein, nein. Ich habe einmal ein Gespräch, als der Herr Ley dann ja - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** War Herr Ley durchgängig zufrieden mit Ihrer Arbeit?

**Zeuge Waldemar Kindler:** Als der als Finanzvorstand ausgeschieden ist und Berater war, habe ich mit ihm geredet, ob wir das beenden, weil er ja nicht mehr Finanzvorstand war. Und dann hat er gesagt: Ja, von uns aus nicht. Aber der Herr von Knoop ist zuständig. Und er beredet das mit dem Herrn von Knoop. Und er sei ja nach wie vor im Unternehmen tätig. - Und dann hat es ein Kennenlernen, ein Essen gegeben mit von Knoop, mit dem Herrn Ley und mir. Und dann hat der Herr von Knoop gesagt, nein, er würde mich gerne auch behalten, aber Ansprechpartner bleibe der Herr Ley.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Alles klar.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - So. Ich schaue ein letztes Mal in die Runde, frage auch gleich: Besteht das Bedürfnis, dem Zeugen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

noch Fragen zu stellen, die in eingestufte Sitzung zu behandeln sind? - Das kann ich nicht erkennen.

Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss der Vernehmung.

Ich darf mich ganz recht herzlich bei Ihnen bedanken und wünsche Ihnen noch einen guten Tag. Kommen Sie gut nach Hause, und bleiben Sie gesund! Vielen Dank.

**Zeuge Waldemar Kindler:** Ich bedanke mich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja. Dann hatte ich das eben schon so angekündigt. Wir müssten uns jetzt einmal kurz - und da bitte ich den Kollegen Fleischer - in einer Beratungssitzung zurückziehen. Das heißt, die Öffentlichkeit - - Und ich bitte auch auf der Tribüne kurz die Journalisten - das dauert auch nicht lange -, die Bühne zu räumen. Und da geht es dann gleich noch mal insbesondere um den morgigen Tag und um Dokumente. Das hilft uns auch. Das geht aber auch relativ schnell. Wir haben das hier schon vorbereitet. Und wenn noch ein Punkt auch in der Beratung ist, das vortragen. Kollege Raue wird dann gleich zu den drei Punkten vortragen. Das geht, glaube ich, hoffe ich, dann ganz zügig.

Und trotzdem kann schon mal ja so langsam der Kollege Herrmann hier in unsere Richtung geführt werden. Da müssen wir keine große Zeit verlieren.

Ist oben alles so weit geräumt? - Wunderbar. Dann sind wir oben unter uns. Dann warte ich noch auf das Zeichen vom Kollegen Fleischer, dass wir auch in den anderen Sitzungssälen nicht mehr gehört und gesehen werden können, und

dann treten wir in eine kurze Beratungssitzung ein. Alles klar? Sind wir off? - Okay.

(Unterbrechung des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
17.57 Uhr - Folgt  
Beratungssitzung)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
18.10 Uhr)

### Vernehmung des Zeugen Joachim Herrmann

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann begrüße ich ganz herzlich den Kollegen Herrmann, der schon Platz genommen hat. Herr Herrmann, ich heiße Sie recht herzlich willkommen. Ich hoffe, Sie hatten eine gute Anreise.

Herr Herrmann, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Da auch recht herzlichen Dank, weil das spart wie immer wertvolle Zeit. Deshalb kann ich mich auf einige technische Hinweise an dieser Stelle beschränken.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann darüber zu befinden, ob wir die Öffentlichkeit ausschließen, sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung festzulegen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Dann möchte ich Sie noch bitten, dass Sie darauf achten, immer das Mikrofon einzuschalten, bevor Sie das Wort ergreifen. Ich denke, Sie sind mit den Mikrofonanlagen hier vertraut. Ansonsten: Den Button mit dem Zeigefinger drücken, und wenn hier dann das rote Licht erscheint, dann ist Ihr Mikrofon aktiv.

Herr Herrmann, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen, würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohn- oder Dienstort mitteilen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Joachim Herrmann. Ich bin 64 Jahre alt, bin von Beruf Jurist, seit einigen Jahren Staatsminister des Innern mit wechselnden weiteren Funktionen im Freistaat Bayern, privat wohnhaft in [REDACTED] und beruflich eben mit Schwerpunkt in München tätig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Herr Herrmann, Sie können, wenn Sie das nun wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Möglichkeit gerne wahrnehmen, einige wenige Punkte voranzustellen.

Die Aufklärung der Wirecard-Affäre steht insgesamt ja eher noch am Anfang. Viele Fragen sind immer noch offen. Neben der parlamentarischen Untersuchung darf auch von den noch laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und den dann sicherlich folgenden Gerichtsverhandlungen weitere Aufklärung erwartet werden. Eines ist sicherlich jetzt schon klar: Es handelt sich um einen der größten Wirtschaftsskandale in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Und deshalb fragen sicherlich nicht nur die, die heute in diesem Saal sind, sich: Wie konnte es überhaupt so weit kommen?

Nach allem, was wir bisher erkennen können, war bei Wirecard offenbar ein konspirativer Zirkel am Werk. Dieser handelte mit außerordentlich krimineller Energie und in internationalen Dimensionen. Jahrelang wurden Wirtschaftsprüfer, Investoren, Aufsichtsbehörden und die Öffentlichkeit getäuscht und geblendet und die wenigen warnenden Stimmen übertönt. Spätestens mit dem Insolvenzantrag am 25. Juni des



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vergangenen Jahres, übrigens dem ersten Insolvenzantrag eines DAX-Unternehmens überhaupt, ist das Wirecard-Kartenhaus nun endgültig zusammengebrochen.

Nun muss dieser Wirecard-Komplex lückenlos aufgeklärt werden, und natürlich müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Die betreffenden strafrechtlichen Ermittlungen in Bayern führen die Staatsanwaltschaft München I und zu deren Unterstützung das Polizeipräsidium München mit Hochdruck. Es stehen - so sieht es im Moment aus - im Raum strafrechtliche Vorwürfe der Bilanzfälschung, des gewerbsmäßigen Bandenbetrugs und der Marktmanipulation. Die Bewertung all dieser Dinge obliegt im Moment der Staatsanwaltschaft und dann den Gerichten.

Davon zu trennen ist zweifellos die Frage, welche Lehren wir hieraus auch für eine wirksame Prävention ziehen können und müssen. Das gilt gerade im Bereich der Geldwäscheaufsicht. Hier geht es ja typischerweise vor allen Dingen um Prävention. Geldwäscheaufsicht - oder besser: Geldwäscheprävention - bedeutet nicht, kriminelle Aktivitäten zu verfolgen, sondern diese möglichst bereits im Kern zu verhindern. Aufgabe der Geldwäscheaufsicht ist es, die nach dem Geldwäschegesetz Verpflichteten zur Einhaltung bestimmter Vorsorgemaßnahmen und Sorgfaltspflichten anzuhalten; dadurch soll Geldwäsche entgegengewirkt werden. Dazu gehören zum Beispiel die Pflicht zum Betreiben eines Risikomanagements, in bestimmten Fällen die Bestellung eines Geldwäschebeauftragten sowie natürlich auch Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten. Klar ist, dass diese Pflichten nur eben für Verpflichtete nach dem Geldwäschegesetz bestehen. Und deshalb muss man natürlich auch jetzt fragen: Ist der Kreis der Verpflichteten - in aller Regel sind das Unternehmen und Unternehmer - im Gesetz umfassend und klar genug beschrieben? Und sind die jeweils sach nächsten Behörden auch mit der Durchführung der Geldwäscheaufsicht betraut?

Der Fall Wirecard zeigt für mich, dass hier offensichtlich Diskussions- oder auch Nachbesserungsbedarf besteht. Es wäre doch wohl sinnvoll,

dass ein Unternehmen wie die Wirecard AG einschließlich ihrer Tochterunternehmen einer umfassenden Geldwäscheaufsicht unterliegt. Genau das ist aber in der gegenwärtigen Gesetzeslage offensichtlich nicht der Fall; denn der bisherige Ansatz geht von einer sektoralen, einer gestückelten Zuständigkeit aus, soweit eine solche überhaupt besteht. Die BaFin war und ist für die Wirecard Bank AG zuständig, nicht aber für die Wirecard AG.

Auch die Regierung von Niederbayern war für die Wirecard AG nicht zuständig. Sie wäre dann zuständig gewesen, wenn die Wirecard AG nach ihrem Geschäftszweck eine Verpflichtete nach dem Geldwäschegesetz gewesen wäre; das war aber nicht der Fall. Keine der im Geldwäschegesetz geregelten Alternativen ist zu der fraglichen Zeit einschlägig gewesen. Sie kennen aus den Unterlagen: Die einzig diskussionswürdige Alternative wäre das Halten, Erwerben und Veräußern von Beteiligungen gewesen, was zu einer Eigenschaft als Finanzunternehmen hätte führen können. Das aber war auf der Grundlage des Handelsregisters, der Satzungen und der Geschäftsberichte eben nicht die Haupttätigkeit der Wirecard AG. Auf diese kommt es nach dem Gesetzestext aber an. Damit war die Wirecard AG keine Verpflichtete im Sinne des Geldwäschegesetzes, und damit unterlag die Wirecard AG auch nicht der Geldwäscheaufsicht, weder der BaFin noch der Regierung von Niederbayern noch sonst einer Behörde.

Die Feststellung, dass keine Verpflichteteneigenschaft nach dem Gesetzeswortlaut gegeben ist, ist das Ergebnis einer intensiven Prüfung der Sach- und Rechtslage auch unter Einbindung der BaFin und des Bundesfinanzministeriums. Diese Bewertung steht, soweit ich das sehen kann, heute jedenfalls im Kreis aller beteiligten Behörden außer Zweifel. Das bestätigt auch die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Ihnen, Kollege Dr. Toncar. Wörtlich heißt es ja in der Antwort der Bundesregierung:

Die Wirecard ... ist selbst nicht Verpflichtete nach dem Geldwäschegesetz und unterliegt daher



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht der Geldwäscheaufsicht durch die BaFin.

Nach allem, was mir bekannt ist, könnte am Ende aller Betrachtungen also stehen, dass die geltende Rechtslage eine Lücke hat und dass letztendlich jenseits der Testierungspflichten des Bilanzrechts weder die Regierung von Niederbayern noch die BaFin oder eine andere Behörde für die Kontrolle der Wirecard AG zuständig war. Das ist meines Erachtens kein befriedigender Zustand. Auch wenn die Aufklärung noch lange nicht abgeschlossen ist, kann die Notwendigkeit für gesetzgeberische Änderungen also zum Teil bereits deutlich abgesehen werden; denn es ist offensichtlich, dass die gegenwärtigen Kontrollstrukturen nicht ausreichen, um ein mutmaßliches System betrügerischer Strukturen frühzeitig aufzudecken. Die Regulierung muss daher auf die Höhe der Zeit gebracht werden. Dazu gehört auch eine präventive Geldwäscheaufsicht gegenüber Unternehmen wie der Wirecard AG. Ich will damit nicht behaupten, dass allein mit einer anderen Formulierung des Geldwäschegesetzes automatisch dieser Skandal hätte verhindert werden können, aber jedenfalls sind bei der Gelegenheit jetzt offensichtlich Lücken zutage getreten.

Ich begrüße daher ausdrücklich, dass auf Bundesebene mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Finanzmarktintegrität bereits im Dezember letzten Jahres erste Schritte ergriffen wurden, um Schwachstellen bei der Bilanzkontrolle zu beseitigen, um Schutzmechanismen zu verbessern und die Kontrolle über Kapital- und Finanzmärkte zu stärken.

Der Fall „Wirecard“ lehrt zudem aber auch: Wir brauchen gegenüber Konzernen wie der Wirecard AG eine Aufsicht aus einer Hand. Es ist dringend erforderlich, die Gruppenaufsicht bei Zahlungsdienstleistern zu stärken. Gestückelte Zuständigkeiten wären unzulänglich. Daher sollte meines Erachtens die BaFin künftig gerade bei verzweigten Konzernen ab einer gewissen Bilanzsumme die Aufsicht über den gesamten Konzern ausüben, wenn sich bei einem Tochterunternehmen eine klare Zuständigkeit der BaFin ergibt. Damit wäre eine Gesamtschau auf das Unternehmen aus

einer Hand durch eine Aufsichtsbehörde möglich. Wir würden blinde Flecken wie jetzt bei der Wirecard AG so vermeiden.

Auf die fehlende Gruppenaufsicht über die Wirecard AG durch die BaFin und die damit verbundenen negativen Folgen verweisen auch viele Experten. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass ja auch der langjährige Referatsleiter im Bereich „Geldwäsche und Zahlungsverkehr“ im Bundesfinanzministerium Michael Findeisen in einer Analyse, die unter [www.finanzwende.de](http://www.finanzwende.de) veröffentlicht worden ist, letztendlich genau diese Probleme auch benennt. Es scheint also durchaus auch bei den Fachleuten im Bundesfinanzministerium diese Problematik nicht völlig unbekannt gewesen zu sein. Auch wenn es sich bei der Wirecard AG nicht um ein Finanzunternehmen handelt, sollten große Zahlungsdienstleister künftig der zentralen Aufsicht der BaFin unterliegen; denn bei der BaFin als deutscher Bankenaufsicht ist das nötige Know-how für die Beaufsichtigung von Finanztransaktionen stärker ausgeprägt als bei den häufig natürlich eher sehr kleinteilig organisierten Landesaufsichtsbehörden.

Ich darf anmerken, dass nicht nur Bayern, sondern die Mehrzahl der Bundesländer schon seit Längerem darauf drängt, hier eine Änderung vorzunehmen. Bei der letzten Novellierung des Geldwäschegesetzes im September 2019 hat der Bundesrat einen erneuten Versuch unternommen und einen entsprechenden Beschluss gefasst, wohlgermerkt keine bayerische Spezialität, sondern eine klare Mehrheit des Bundesrates hat sich dafür ausgesprochen. Die Bundesregierung hielt und hält jedoch weiterhin an ihrer ablehnenden Haltung fest. Aus meiner Sicht sollte sie diese Position im Interesse einer effektiven und effizienten Aufsicht noch einmal überdenken.

Klar ist, wenn ich das abschließend sagen darf - das weiß ich aus meiner vielfachen Zuständigkeit als Innenminister -: Es gibt nirgends im Leben hundertprozentige Sicherheit, und wir werden auch im Wirtschafts- und Finanzleben keine hundertprozentige Sicherheit erreichen können. Aber es muss wie in anderen Fällen der Kriminalität



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch natürlich unser Bestreben sein, alles so sicher wie vernünftig menschenmöglich zu gestalten und insofern alles dafür zu tun, dass sich ein Fall wie Wirecard künftig nicht wiederholt. Deshalb hoffe ich sehr, dass auch aus der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses entsprechende Beiträge nicht nur zur Aufklärung, sondern auch zur Weiterentwicklung unserer Gesetzeslage sich ergeben werden. Ich will daran gerne mitwirken. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, für die Ausführungen, Herr Herrmann. - Ja, der jetzt schon Übung folgend würde ich dann beginnen, und dann geht es weiter mit den Kollegen der CDU/CSU. Ich übernehme auch hier gerne erst mal Allgemeinfragen, damit die anderen Kollegen sich dann gleich sehr stark auf Inhalte auch konzentrieren können.

Herr Herrmann, Sie haben sich auf die Sitzung heute ja vorbereitet. Welche Möglichkeiten haben Sie dazu genutzt, bzw. sind Sie da auch von anderen Personen innerhalb der Regierung oder außerhalb der Regierung kontaktiert worden?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich habe in den letzten Wochen natürlich so ständig über dieses Thema mit meinen dafür zuständigen Mitarbeitern gesprochen, geredet, und das habe ich natürlich unmittelbar auch im Vorfeld dieser Sitzung getan. Von anderen Mitgliedern der Regierung oder dergleichen bin ich nicht kontaktiert worden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Wann sind Sie das erste Mal auf die Wirecard AG an sich aufmerksam geworden? Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ganz allgemein durch Lektüre der Medien, Berichte zum Beispiel in der „Süddeutschen Zeitung“ oder in anderen Medien, aber zu einem Zeitpunkt, wo ich jedenfalls dienstlich in meinem Ministerium noch nicht durch irgendwelche Vorlagen befasst war damit.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie das zeitlich so ein bisschen konkretisieren? Ist ja ein bayrisches Unternehmen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja. - Berichte über die Wirecard AG gehen ja - - Ich könnte das jetzt nicht mehr fixieren, weil ich lese jetzt nicht jeden Tag jede Zeitung von vorn bis hinten, aber auch - - nicht nur den politischen, auch den wirtschaftspolitischen Teil zum Beispiel der „Süddeutschen Zeitung“ oder manchmal auch der „FAZ“ oder der „Welt“ oder dergleichen, und insofern -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - habe ich da sicherlich im Lauf der letzten Jahre häufiger was über die Wirecard - - Das kann ich jetzt nicht zeitlich eingrenzen, also ich könnte jetzt nicht fixieren, wann ich zum ersten Mal in der Zeitung was über die Wirecard AG gelesen habe.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Haben Sie innerhalb - mittlerweile Standardfrage bei uns hier - des Untersuchungszeitraums, also 01.01.2014 bis 8. Oktober 2020, Wirecard-Aktien oder -Derivate oder Optionsscheine, Ähnliches der Gesellschaft erworben?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, Sie hatten jetzt schon vieles, was wir heute ja auch schon thematisiert hatten, was ich auch auf meinem Fragezettel natürlich habe, in Ihrem Statement zum Teil auch beantwortet - - oder auch drauf eingegangen.

Aber letztendlich ist es ja manchmal auch neben - - Sie haben einen blinden Fleck eben angesprochen, etwaige Gesetzeslücke, was dann die Überwachung angeht, manchmal aber auch eine Frage natürlich der kritischen Haltung der beteiligten Behörden und vielleicht auch eines Austauschs von Informationen, was wir ja auch schon in Sondersitzungen hier zum Teil festgestellt haben. Deswegen würde ich da gerne trotzdem noch mal drauf eingehen.

Insbesondere hatte mich - - Sie haben es ja auch selbst gesagt - ich hätte Sie sonst gefragt -: Prävention ist wichtig. - Da hatte ich heute den Kollegen der Bezirksregierung Niederbayern, der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dort - wir haben das heute gelernt - mit sieben Äquivalenzstellen, die sich dann auch noch auf Halbtagsstellen zum Teil verteilen - - aufmerksam geworden, dass seit 2013, seit wir ja auch diese geänderten Gesetze bezüglich GwG haben, keine Fortbildung für die Kollegen angeboten worden ist, und das zu einem Zeitalter - - Wir sind ja auch im Finanzausschuss hier oft mit grenzüberschreitender Steuervermeidung, -verkürzung, -hinterziehung befasst; Karussellgeschäft kommt ja auch mal so vor, kommt auch im Kfz-Handel vor. Und da waren wir hier schon überrascht.

Jetzt würde ich Sie gerne fragen als zuständigen Minister des Inneren des Freistaates: Ist dem tatsächlich so, dass für die Kollegen, die dann mit der Geldwäscheprävention - ich habe jetzt gehört: in zwei verschiedenen Abteilungen für Gesamtbayern - - keine Fortbildung seit 2013 angeboten worden ist?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Wir haben - ich kann nicht mehr sagen, wann, aber - vor einiger Zeit darüber in der Tat auch schon gesprochen in meinem Haus. Es gibt natürlich Fortbildungen in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen oder in Fragen der Bilanzprüfung und dergleichen mehr. Aber meine Mitarbeiter behaupten - ich kann das jetzt nicht aus eigener Beurteilung sagen -, meine Mitarbeiter haben auf meine Frage dazu ausdrücklich gesagt, es gebe in ganz Deutschland keine spezifische Fortbildung für solche Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Wie gesagt, ich kann das jetzt nicht selbst behaupten, aber so wurde es mir von meinen Mitarbeitern jedenfalls gesagt. Und insofern müssen wir uns eben mit dem, was es insgesamt an Fortbildungen beispielsweise - - Wir brauchen ja an anderen Stellen auch Leute, die jedenfalls bestimmte auch unternehmerische Dinge beurteilen können; da gibt es andere Fortbildungen zum Teil auch in Zusammenarbeit mit den IHKs und dergleichen sehr wohl. Aber eine spezifische für Geldwäscheaufsicht gibt es in der Hinsicht nicht. Es gibt die spezielle Kompetenz ansonsten, wenn es jetzt wirklich kriminelles Geschehen gibt, natürlich vonseiten des Landeskri-

minalamts, das da auch immer wieder die Zusammenarbeit anbietet, aber nicht speziell für diese Fragen des Geldwäschegesetzes.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, wäre jetzt für mich mal ein möglicher Ansatz.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, ich gehe noch mal auf eine Anfrage - das wird die Kollegen der SPD freuen - des Abgeordneten des bayerischen Landtags Harald Güller, SPD, anlässlich der Plenarwoche in der KW 28/2020 ein. Und da antworten Sie - ich zitiere wörtlich -:

Aus dem Handelsregisterauszug sowie dem Geschäftsbericht der Wirecard AG ergibt sich, dass die Haupttätigkeit der Wirecard AG nicht darin besteht, Beteiligungen zu erwerben, zu halten oder zu veräußern.

Zitat Ende. - Hieraus resultierend verneinten Sie eine Zuständigkeit - Sie haben das ja auch eben dargelegt - der Regierung von Niederbayern als Aufsichtsbehörde; nachzulesen hier wiederum auf MAT A BayStMI-2.02, Blatt 471 f. Können Sie mir oder uns da noch mal näherbringen, welche Institution Ihrer Auffassung zum damaligen Zeitpunkt - wir können ja nur zu eben dem Zeitpunkt sprechen, mit der Lage und Informationslage, die wir hatten, und im Untersuchungszeitraum - - Wer wäre denn stattdessen zuständig gewesen aus Ihrer Sicht?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, das ist das, was ich vorhin in meinem Eingangsstatement schon meinte: eben offensichtlich keiner. Und das ist das Problem. Nach dem Gesetztext ist es nicht die Frage der Zuständigkeit, sondern aus dem Gesetz - - „Zuständig“ setzt ja immer voraus, dass erst mal nach dem Gesetztext ein Unternehmer oder ein Unternehmen Verpflichteter ist im Sinne des Gesetzes. Es gibt keine allumfassende Aufsichtszuständigkeit irgendeines Staatsteils, sondern es gibt nach dem Gesetz die Voraussetzung: Es muss einer verpflichtet sein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim Herrmann:** Und dann können die Länder entscheiden, sofern nicht der Bund zuständig ist, wer die Aufsicht wahrnimmt. Und die Analyse hat eben ergeben: Nach der Formulierung dieses Gesetzes ist ein Unternehmen mit der eigentlichen Auftragsgestaltung, wie es sich aus eben Satzung usw., Bilanz ergibt, das nicht überwiegend mit dem Halten, Verkauf, Ankauf usw. von Beteiligungen beschäftigt ist - das war das einzige Detail; es gibt ja viele Details in diesem Gesetz, aber das war das einzige, was überhaupt noch übrig geblieben wäre - - es ist dann eben, dieses Unternehmen, nicht Verpflichteter.

Und das ist ja - - Das hatten wir damals - - Allerdings hatte uns das auch keiner gesagt - das hatte auch die BaFin uns nie gesagt -, dass 2019 schon ja auch die Bundesbank und die BaFin gemeinsam zu dem Ergebnis gekommen sind: Wirecard ist ein Technologieunternehmen und kein Verpflichteter im Sinne des Geldwäschegesetzes. Muss ich aber auch sagen: Haben wir auch erst im Rahmen dieses Prozesses der letzten Monate erfahren. Und wäre schön gewesen, wenn das die BaFin zum Beispiel gleich auf die Anfrage im Februar von der Regierung von Niederbayern innerhalb von einer Woche hätte antworten können, nach dem Motto: Haben wir doch längst geklärt auf Bundesebene. Bundesbank, BaFin haben festgestellt: Die sind nicht verpflichtet, die sind ein Technologieunternehmen. - Dann hätte man sich den ganzen Zirkus sparen können.

Aber jedenfalls: Die Gesetzeslage ist in der Tat so. Und wie gemerkt - - ich habe es ja vorhin schon angesprochen -: In der Analyse vom Herrn Finden - - Er kommt zu dem gleichen Ergebnis, dass da diese Lücke ist. Das muss der Gesetzgeber entscheiden, ob er das bewusst so will und sagt: „Das braucht es nicht in einem solchen Fall“, oder ob er sagt: „Diese Lücke war nicht beabsichtigt“, und da müssen Sie jetzt gesetzgeberisch schließen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich sehe schon, wir sind beide gut vorbereitet. Also, so weit - - Sie greifen dem voraus, aber - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Entschuldigung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber Sie haben den Standpunkt - - Also, die eine Frage haben Sie schon gleich abgefrühstückt, auch begründet - - Sie hatten in der Tat drauf hingewiesen - da waren, ich glaube, auch viele der Kollegen etwas verwundert tatsächlich; ich habe auch da schon Rückmeldungen der Presse -, dass dann an die BaFin ja - ich fand das schön, das hat auch was - am 25.02., also am Faschingsdienstag - wird also auch bewusst hier, da wird in Bayern gearbeitet;

(Der Zeuge nickt)

das ist gut - - geht eben eine Mail der Bezirksregierung Niederbayern an die BaFin. Dann wird noch mal erinnert entsprechend etwas später, also zwei, drei Monate später. Und tatsächlich am 22.06., also knapp vier Monate später,

(Der Zeuge nickt)

was Sie beschreiben, antwortet die BaFin. Jetzt könnte ich aber natürlich auch entgegenhalten - - Das habe ich jetzt auch gelernt; das wusste ich vorher nicht trotz guter Vorbereitung: Am 16.03. trat in Bayern ein Katastrophenfall ein.

(Der Zeuge nickt)

Gut, für den können wir alle nichts; das war eine schreckliche Begleitmusik, die wir die letzten zwölf Monate alle, glaube ich, haben. Andererseits sage ich natürlich auch, so den Schilderungen der Kollegen zufolge: Dann werden im Katastrophenfall die sieben Kollegen der Geldwäscheprävention, die immerhin für den Großraum München zuständig sind, mal so abgezogen. - Wichtig in dem Fall; es wurde auch dargelegt, mussten sich um fehlende Kleidung, Schutzkleidung für die Krankenhäuser entsprechend kümmern, auch in Ordnung. Aber jetzt könnte ich den Umkehrschluss ja machen: Wenn ein Katastrophenfall in Bayern ist, was ja hoffentlich nicht so oft eintritt, aber schon mal passieren kann - Schneeschmelze, Sturm, Climate Change, was man ja überall immer hört -, dann gibt es keine Geldwäscheprävention in Bayern, durchaus sogar über vier Monate. - Ist die Feststellung von mir richtig, oder würden Sie sagen, die ist falsch?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim Herrmann:** Herr Vorsitzender, wir haben es in der Tat im vergangenen Jahr mit einer überaus außergewöhnlichen Situation zu tun gehabt, wie wir sie wohl ja insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland, solange es diese Bundesrepublik gibt, seit dem Zweiten Weltkrieg - - wohl nicht so gegeben hat. Es hat auch zudem erst dazu geführt - - Ich habe den Katastrophenfall festgestellt im Einvernehmen mit der gesamten Staatsregierung. Das war zum ersten Mal in der Geschichte Bayerns, dass der Katastrophenfall für das gesamte Land festgestellt wurde. Das war vorher immer nur bei meteorologischen oder technischen Katastrophen oder dergleichen der Fall, aber immer nur auf einen Landkreis oder einen Regierungsbezirk bezogen oder gleich mal zwei Regierungsbezirke, aber noch nie für den gesamten Freistaat Bayern. Und es war auch noch nie so lang; der hat insgesamt, glaube ich, über 90 Tage gedauert. Wir haben den jetzt übrigens ja seit 8. Dezember erneut für Bayern festgestellt. Das war eine völlig außergewöhnliche Situation; das ist es in mancher Hinsicht im Moment noch, auch wenn wir inzwischen natürlich auch vieles, auch was coronamäßig die Pandemie betrifft, dazugelernt haben.

Aber das hat natürlich zunächst einmal in der Tat - - Das ist ja auch der Sinn der Feststellung - - des Katastrophenstabes: dass ich in der Tat eine ganze Reihe anderer Dinge beiseitelege und mich auf das, wenn es um das Überleben von Menschen geht, konzentriere. Da war in dem Fall in der Tat - - Das war ja nicht - - sozusagen die Geldwäsche völlig stillgelegt, aber es waren mehrere der Mitarbeiter in der Tat betroffen. Und das hat sich da ausgewirkt, wie übrigens auf viele andere Themen gleichzeitig auch, die eben dann in der Zeit nicht so bearbeitet werden konnten. - Ja, das ist richtig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** War Ihnen das bekannt, oder ist das jetzt im Zuge der - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Speziell? Nein. Wir haben die klaren Aufgaben an die Regierungen, alle sieben Regierungen - das sind ja Schwerpunktaufgaben, andere Regierungen haben andere Schwerpunktt Themen und dergleichen - - Und die hatten aber natürlich den Auftrag - - Ich

nenne jetzt beispielsweise das, was sonst auch mit dem Innenminister verbunden wird, Thema „Ausländer- und Asylrecht“ usw.: Natürlich gab es da auch eine Situation, wo jetzt eben sowohl die Frage von Einbürgerungen wie auch die von Abschiebungen nicht mehr mit der allerhöchsten Priorität bearbeitet wurden, sondern jetzt ging es drum, dass wir die medizinische Sicherheit stärken, dass die Situation in den Krankenhäusern, in den Pflegeheimen entsprechend sichergestellt wird, dass genügend Schutzmasken da sind, und, und, und, und, und. Und dann werden eben Mitarbeiter aus den verschiedensten Abteilungen in der Staatsverwaltung zusammengezogen, um sich diesem Katastrophenthema zu widmen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich würde jetzt noch mal auf diese Anfrage des Abgeordneten Güller zurückkommen. Sie hatten - ich hatte es ja zitiert - dann eben gesagt: Es lässt sich entsprechend aus dem Handelsregister nicht ableiten. - Also, können Sie uns berichten, ob das der üblichen Praxis denn entspricht, zur Beurteilung der Zuständigkeit auf Handelsregistereintragungen oder Geschäftsberichte abzustellen? Das ist natürlich jetzt aus der Antwort, die Sie dort im Parlament gegeben haben, für mich dann die Schlussfolgerung. Oder ist das missverstanden von mir?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, ob das in jedem Fall so gemacht wird. Es gibt ja sicherlich Unternehmen, da ist es offenkundig, wenn ich den Gesetzestext nehme und Unternehmer - - was das Unternehmen macht, dass die sich mit Finanzdienstleistungen beispielsweise beschäftigen - - oder einen Betrieb, der Kredite vergibt, oder dergleichen mehr. Da muss ich nicht extra - was weiß ich - ins Handelsregister schauen, sondern die zeigen das entsprechend selbst an oder wie auch immer.

In dem Fall hatten wir ja die Situation - - Die ist ja dadurch entstanden, dass ein Mitarbeiter von Ernst & Young - warum der da ausgerechnet im Februar - - Sie kennen mehr vielleicht als ich inzwischen die ganze Vorgeschichte mit Ernst & Young über die Jahre hinweg und dergleichen - - und dieses Unternehmens. Warum die jetzt da plötzlich im Februar drauf gekommen sind, dass es da einen Geldwäschebeauftragten braucht - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber es ist ja in Ordnung. Und dann begann diese Prüfung. Ich persönlich finde das auch gut - das ist generell, was Mitarbeiter der Staatsverwaltung anbetrifft -, wenn da ein Mitarbeiter nicht als Erstes sagt: „Da bin ich nicht zuständig“, sondern dass er sagt: Okay, da kommt jemand und sagt: „Ja, wir glauben - Geldwäschebeauftragter -, wir sind da verpflichtet“ usw., und dann hier Regierung von Niederbayern: zuständige Aufsichtsbehörde.

Und dann entspricht dies auch der Gesetzeslage, dass dann der Mitarbeiter sich mit der BaFin abstimmt. Dazu ist nach dem Geldwäschegesetz eine Behörde ausdrücklich angehalten, um zu verhindern, dass es zu irgendwelchen Konflikten mit einer anderen Aufsichtsbehörde - - gibt, weil in bestimmten Dingen ja die Zuständigkeit der BaFin vorgreifend ist. Das ist sie dort, wo die BaFin zuständig ist. Also, zum Beispiel, wenn jetzt jemand käme und: „Er will die Wirecard Bank AG anschauen“, dann ist ganz klar nach der Gesetzeslage - - Hier könnte auch irgendjemand auf Landesebene zuständig sein, aber da ist eindeutig im Gesetz geschrieben, da ist Zuständigkeit BaFin vorgreiflich und verdrängt alle anderen möglichen Zuständigkeiten. So. Also war das richtig, dass die sich mit der BaFin in Verbindung gesetzt haben: „Ja, wie seht ihr denn das da?“, oder: „Meint ihr, dass ihr dafür zuständig seid?“, oder was auch immer, so. Und dann - Sie kennen ja den Ablauf -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - kam halt Monate lang nichts.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe schon Angst, weil das steht hier jetzt als „III.“ Ich müsste jetzt gucken, ob hier eine Kamera ist, aber nein. - Jetzt würden Sie mir aber auch zustimmen, man hätte sich sehr viel Zeit - - vielleicht auch diesen Erkenntnisprozess, den Sie uns eben dargelegt haben, viel früher haben können, wenn denn jemand aus der BaFin oder aller derer, die beteiligt gewesen sind, vielleicht Finanzministerium - - Ich weiß das ja nicht, das sollen wir hier alles noch ausleuchten. Ich sage ja: Manchmal ist ja Information und Miteinandersprechen auch

hilfreich, dann hätte man diesen blinden Fleck - so haben Sie es beschrieben - vielleicht früher gefunden; denn die Entscheidung, dass die BaFin eigentlich nur sagt: „Wir sind nur für die Wirecard Bank zuständig, alles andere ist Technologiekon- - unternehmen“, das ist ja sogar teilweise auf sehr hoher Ebene beraten worden. Das haben wir ja schon festgestellt, dass sogar die Deutsche Bundesbank da mit involviert war.

Dann stelle ich mir natürlich auch die Frage - und da sind ja alle, die irgendwo regieren, in Verantwortung sitzen, beteiligt -: Warum kann so eine simple, aber doch wichtige Entscheidung nicht dann, wenn man weiß, dass dann jetzt offensichtlich - Kollege Michelbach sagt immer „Blick ins örtliche Telefonbuch“, hat er, glaube ich, bei einer Kollegin in Frankfurt immer gesagt - - Da würde ich sagen: Da blickt ja auch der - - genügt der Blick ins Handelsregister, wenn die Entscheidung da ist: „Die sitzen ja in Aschheim, verdammt. Dann müssen wir das vielleicht mal, diese Entscheidung, als Bundesbank oder auch als BaFin oder auch als Ministerium kurz denen wenigstens zur Kenntnis geben“; denn dann hätten die ja wenigstens erst mal prüfen können. Weil ich habe so gehört, 27 000 - vielleicht auch mehr - Unternehmen müssen sieben Äquivalenzstellen in Niederbayern für den Großraum München - ich habe jetzt gelernt, Nieder- und Oberbayern machen die - - müssen die sozusagen vorhalten. Das heißt eigentlich, die simple Information schon mehr als ein Jahr vorher an den Kollegen Mulzer oder den Kollegen Scheufele oder sogar vielleicht ans Innenministerium, nämlich an Sie, zu sagen: „Passen Sie mal auf, Herr Herrmann. Wir haben uns jetzt entschieden, zu sagen: Die sind Technologieunternehmen. Der Ball liegt jetzt sozusagen“ - bildlich gesprochen - „im Spielfeld Ihres Freistaates“, das hätte ja auch schon viele Schmerzen ersparen können. Da sind ja jetzt mehrere beteiligt. Wie sehen Sie das?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, meine Mitarbeiter sagen mir jedenfalls nach Durchsicht aller Unterlagen, dass definitiv wir bis jetzt zum vergangenen Herbst über diese Entscheidung, die da 19 wohl gefallen ist, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - nicht unterrichtet wurden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich muss allerdings zugunsten der Bundeseinrichtung sagen - es wäre trotzdem kollegial, nett gewesen, wenn wir das erfahren hätten, aber -: Formal ist natürlich mit dieser Entscheidung auf Bundesebene oder dieser Erkenntnis „Es handelt sich um ein Technologieunternehmen, und die sind kein Verpflichteter“ - - natürlich man auch sagen kann: Damit war die Sache erledigt, weil damit gab es auch automatisch keine Landeszuständigkeit, weil wenn Sie nicht Verpflichteter sind, dann sind Sie eben nicht Verpflichteter, und dann ist niemand zuständig. Insofern hätte das am Ergebnis auch nix geändert, wenn sie uns das mitgeteilt hätten, aber kollegial wäre es ganz nett gewesen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich finde schon, weil dann hätten Sie ja - das war ja eben vorhin vorgetragen - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Wir hätten früher erkennen können, dass da eine Lücke da ist und dass es merkwürdig ist, wenn so ein Riesengebilde, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, ist ja ein DAX-Konzern.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - außer der Bank, von niemandem angeschaut wird. Das ist richtig. Das hätten wir dann erkennen können, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann hätten Sie tatsächlich im Dezember oder im November 19 in Bayern gewusst: Das ist die Sachlage des DAX-Konzerns. Und ich gehe davon aus, Herr Söder wäre dann - oder auch Sie - bei den Kollegen hier in Berlin vorstellig geworden. Vielleicht hätten Sie auch der BaFin eine Mail geschrieben. Das hätte ein bisschen länger gedauert in der Antwort; muss man mit leben bei der BaFin. Aber wir hätten wahrscheinlich im März, April ge-

wusst - noch vor dem KPMG-Sonderbericht, davon gehe ich aus, selbst bei vier Monaten Postlaufzeit einer Mail bei der BaFin -, dass da ein blinder Fleck auf der Landkarte ist, mit all den anderen Dingen, die wir in den vier Monaten vielen, vielen Menschen vielleicht erspart hätten. Da würden Sie mit mir konform gehen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das ist durchaus nachvollziehbar. Ich nehme an, dass man bei bestimmten Kollegen hier in Berlin der Meinung war: „Ja, die“ - ich habe vorhin auf diesen Bundesratsantrag hingewiesen - „wollen ja sowieso nur, dass die BaFin für alles zuständig ist, und das kennen wir schon von denen in Bayern. Dann brauchen wir mit denen gar nicht erst reden.“ Weiß ich nicht, ich spekuliere jetzt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, aber ich kenne die BaFin immer so was - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, also, ich sage noch mal: Kollegial wäre das nett gewesen, wenn wir davon erfahren hätten. Ich kann jetzt nicht behaupten, dass deswegen hier die ganze Unbill vermieden worden wäre. Man hätte vielleicht irgendwas noch früher erkennen können. Aber letztendlich muss man ehrlich sagen: Ja, also, es wäre dann trotzdem keine bayerische Zuständigkeit gewesen; man hätte höchstens erkennen können: Ist das sinnvoll, dass ein solches Milliardenunternehmen - in der Tat - außerhalb der Bank dann nicht geprüft wird?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, darum ging es mir, dass eigentlich - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aber auf der anderen Seite muss man natürlich ehrlicherweise sagen: Also, die Erkenntnis, dass das jedenfalls, solange wir geglaubt haben, dass die Wirecard das wirklich macht, was sie sagt - - ist natürlich die Beurteilung, dass die ein Technologieunternehmen sind, ja nicht falsch - also, ich will da jetzt bitte die Entscheidung als solche nicht kritisieren -, dass die jedenfalls mit dem, womit sie angetreten sind und was sie nach außen verkündet haben, was ihre Tätigkeit ist, zu Recht insofern als Technologieunternehmen beurteilt wurden. Da kann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

man die Erkenntnis der Bundesbank kaum bestreiten. Die Frage ist halt: Was hat sich wirklich da abgespielt, und ist es insofern - sage ich noch mal - sinnvoll, dass in der Tat so was, egal was einer nach außen sagt, in der Hinsicht nicht überprüft wird?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, aber die Antwort, die reicht mir; das finde ich schon gut. - Sie hatten diese Mail, Sie hatten den Anruf angedeutet. Wir hatten den Kollegen Karl Michael Scheufele hier ja auch schon in der Sonder-sitzung am 31. August zu Gast. Nachzulesen ist das noch mal im Stenografischen Protokoll zur Sitzung MAT A BT-Präs. 1.01, Blatt 145 ff. Und in diesem Gespräch wird ja auch auf diesen Anruf usw. - - Kenntnis gesetzt. Wann wurden Sie über diesen Anruf, der dort in Rede steht, in Kenntnis gesetzt? Wissen Sie das noch?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Sie erlauben, dass ich kurz nachschaue, weil ich jetzt nicht den einzelnen Tag - - Wenn Sie das jetzt genau, tagesgenau, wissen wollen, dann war das meines Wissens nach so - warten Sie mal -:

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ich habe das vorgelegt bekommen am 26. Juni. Ich will nicht ausschließen, dass ich es mündlich von der Tendenz her schon am 25. Juni erfahren habe; aber der Vermerk mit dem Ergebnis dieser Gespräche usw. ist mir am 26. Juni vorgelegt worden, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Was haben Sie zum damaligen Zeitpunkt über diesen Anruf gedacht, oder wie haben Sie sich den erklärt? Weil Sie haben ja auch schon eben gesagt: Na ja, da ruft jemand von Ernst & Young an und sagt: Seid ihr zuständig? - Wie haben Sie sich - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, wenn Sie jetzt also von dem ganz zurückgehen auf das vom Februar:

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das ist natürlich die typische Aufgabe der Behörde vor Ort, dass die

so was selber erledigt, ja, in der Tat, ob sie zuständig ist, wie sie damit umgeht usw. Dafür sind die zuständig. Ich meine, da ist logischerweise - - Bei so einer simplen Geschichte ist es natürlich normalerweise nicht üblich, dass da jetzt das dem Minister vorgelegt wird.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Am 23. Juni dann aber - um genau das Datum zu nennen: 2020 - fand ein Telefonat des bayerischen Innenministeriums mit der Regierung von Niederbayern statt, bei dem Sachbearbeiter der niederbayerischen Regierung beiläufig äußerten, sie seien gerade mit der Angelegenheit „Wirecard“ befasst. Nachzulesen ist dies im Eingangsstament auch noch mal des Karl Michael Scheufele, Amtschef des bayerischen Innenministeriums, im Finanzausschuss am 31. August 2020; da hat er sich geäußert. Nachzulesen ist dies auch noch mal in diesem benannten Stenografischen Protokoll.

Also nochmals: Wissen Sie, was in diesem konkreten Telefonat dann noch erörtert wurde am 23. Juni 2020?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, noch mal: Das weiß ich alles nicht aus natürlich eigenem Erleben, weil auch an dem Tag noch nicht unmittelbar mit mir darüber geredet wurde, geschweige denn, dass ich da unmittelbar beteiligt war. Ich kann Ihnen also insofern dazu nur das wiedergeben, was mir dazu von meinen Mitarbeitern berichtet worden ist, im Unterschied zu anderen Dingen. Was mir berichtet worden ist: Ja, da hat es ein Telefonat gegeben, möglicherweise sogar ursprünglich aus einem anderen Anlass heraus, und bei diesem ist auch dieses Thema angesprochen worden. Wir sind damit am 23. Juni ja schon in einer Phase, wo -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** ... es sehr heiß ist.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - die Schlagzeilen über Wirecard groß waren und insofern das natürlich offenkundig war, dass man sich jetzt mit diesem Thema beschäftigt hat. Bei der Gelegenheit ist dann eben - - Da gibt es ein Thema auch bei uns. - Und dann hat, wie mir meine Mitarbei-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ter sagen, dieser Mitarbeiter im Ministerium gebeten, dass doch angesichts der offenkundigen Bedeutung dieses Themas mal die Regierung den ganzen Schriftverkehr zu dem Thema und die Vermerke an das Ministerium schicken soll. Das ist dann wohl erfolgt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Einen Tag später, genau.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann sind die Vorgänge nämlich von der Bezirksregierung Niederbayern an - - und der BaFin entsprechend zugesandt worden. Und daraus - das leite ich jetzt ab - hat am 25. Juni 2020 eine Telefonkonferenz zwischen dem BMF, BaFin und Staatsministerium stattgefunden, bei der das BMF mitteilte, dass es sich bei der Entscheidung zur Qualifizierung der Wirecard AG als Finanzunternehmen um eine Tatsachenentscheidung handelt - das wiederum steht auf MAT A BayStMI-2.02, Blatt 214 ff. -, also um eine Tatsachenentscheidung handelte. Dies ergibt sich aus der Chronologie des Staatsministeriums, auffindbar wiederum auch noch mal auf MAT A BayStMI-2.02, dann Blatt 214 ff. Was war der Anlass dann genau dieser Telefonkonferenz? Sie haben das ja eben schon erläutert. Und können Sie ein bisschen aus dem Inhalt dieser Telefonkonferenz - die soll um 14.15 Uhr, 14.30 Uhr in etwa angefangen haben - berichten?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich kann nur hier noch mal bestätigen, dass das auch mein Informationsstand ist, so wie Sie das vorgetragen haben, Herr Vorsitzender, weil das ist das, was mir meine Mitarbeiter berichtet haben, was ich so - habe ich ja jetzt auch wiederholt - auf parlamentarische Anfragen auch entsprechend so dargestellt habe. Es gibt da wohl auch keinen Zweifel im Prinzip an diesen Abläufen. So. Ja, das war dann auch Gegenstand - - Ich habe ja dann auch - ich weiß nicht - am 26. mit meinen Mitarbeitern darüber gesprochen, habe mir vieles da erst mal erklären lassen, weil jetzt die Details des Geldwäschegesetzes mir ja auch nicht in allen Feinheiten bewusst sind: Woher rührt das jetzt? Wie teilt sich das auf? - Und in der Tat muss da vom Bundesfinanzministerium, von den Mitarbeitern,

eben gesagt worden sein, ja, das sei eine Tatsachenentscheidung. So.

Ich sage jetzt an dieser Stelle noch mal, was mich im Nachhinein dann gewundert hat: dass der Mitarbeiter des Bundesfinanzministeriums in dieser Telefonschaltkonferenz - ich weiß nicht, ob es ihm bewusst war - erklärt hat: „Ja, das muss die Behörde selber entscheiden; das ist eine Tatsachenentscheidung, ob sie das unter diesen Gesetzesparagrafen subsumiert“, und auch in diesem Telefongespräch nicht erwähnt hat, dass es eine Spitzenentscheidung von Bundesbank und BaFin gibt, von der wohl das BMF ja auch gewusst hat: Die Wirecard ist ein Technologieunternehmen und fällt nicht unter das Gesetz. - Davon war in diesem Telefongespräch ganz offensichtlich nicht die Rede, sondern es wurde dann gesagt: Das habt ihr zu entscheiden. Das ist ja eine Tatsachenentscheidung, die ihr da vor Ort treffen müsst.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Spätestens da wäre es sehr kollegial gewesen, mal darauf hinzuweisen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja. Das hätte die weitere - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** ... erleichtert.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich meine, das Wirecard-Kind war zu dem Zeitpunkt schon in den Brunnen gefallen; das ist keine Frage.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist klar, aber - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aber es hätte das weitere Agieren der Behörden sicherlich wesentlich beschleunigt und vereinfacht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber es untermauert ja eine zumindest zum damaligen Untersuchungszeitraum nicht nur Behauptung, sondern, ich glaube, das können wir objektiv am Ablauf feststellen, dass da offensichtlich der Austausch - das wollen wir ja auch vielleicht noch rausbringen - suboptimal lief, um es mal sehr diplomatisch auszudrücken. - Gut, dem kann man nicht widersprechen. Gut.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann erst mal meine letzte Frage zunächst, und dann will der Kollege Michelbach. Also, nochmals: Sie haben den Namen Findeisen ja eben auch schon genannt und dass sogar der als Fachmann eben - - Ich zitiere ihn dann auch wörtlich noch mal:

... dass die Wirecard AG ... nicht Verpflichtete des Geldwäschegesetzes ist.

Auch das entsprechend nachzulesen; Sie haben es ja auch selbst zitiert. - Ist Ihnen bekannt oder hat er Ihnen dann jemals erläutert, wie er als Fachmann zu dieser Auffassung gelangte?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, ich kenne den persönlich nicht; ich glaube nicht, dass ich dem jemals begegnet bin. Es ist in der Tat in diesem Gespräch, das ich dann ja intensiv in diesen Tagen geführt habe mit meinen Mitarbeitern - also, „wie ist denn dann jetzt?“, und „ist das wirklich so?“, und „wie kommt denn das da?“, und dergleichen mehr - , mir dann gesagt worden: „Ja, Herr Minister, das ist in der Tat, auch wenn Sie das erstaunlich finden“ - weil ich fand das zunächst auch erstaunlich, dass da jetzt keiner - - dass die nicht Verpflichtete sind und keiner zuständig ist - - Und dann kam am nächsten Tag, am übernächsten Tag - - das ist ja interessanterweise auch zufällig, weiß ich nicht, gerade in diesen Tagen veröffentlicht worden, dieser Aufsatz von Herrn Findeisen. Und dann haben meine Mitarbeiter gesagt: Sehen Sie, Herr Minister? Das sagt ja selbst der frühere dafür zuständige Sachgebietsleiter, dass das so ist. Also, das ist jetzt gar nicht so zuzusagen abwegig, dass wir auch zu dieser Rechtsauffassung gekommen sind. Das sagt ja selbst der, der die ganzen letzten Jahre zuzusagen das ganze Geldwäschegesetz rauf und runter usw. - - da auch gemacht hat. - Ich habe also keinen Kontakt zu Herrn Findeisen gehabt; -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - mir hat das auch keiner näher erläutert. Aber es ist halt - - Ich bin ja auch Jurist, und nach dem fünften Lesen dieses Gesetzes habe ich auch gesagt: Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber da plumpsten dann schon ein paar Steine vom Herzen, glaube ich. Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Es scheint tatsächlich nach dem Gesetzestext so zu sein, ja, und ist aber dann - drum habe ich das ja auch vorhin eingangs gesagt - aus meiner Sicht nicht ganz befriedigend.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Klar. Deswegen: Je eher man das entdeckt hätte, desto mehr hätten wir Schaden vom Finanzplatz Deutschland abwenden können. - Dann der Kollege Michelbach für die CDU/CSU-Fraktion. Bitte.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, Herr Vorsitzender, danke schön. - Herr Staatsminister, als Bundesgesetzgeber haben wir 2019 die Novellierung des GwG erlassen. Und wir müssen feststellen, dass es nach wie vor natürlich diesen Geldwäschebetrug umfassend gibt. Und wir hätten uns natürlich nicht vorstellen können, dass in dem Fall bei Wirecard, wo auch Geldwäschebetrug im Raum steht, gewissermaßen praktisch über Monate eine Aufsichtslücke entstanden ist und die so quasi einen behördlichen Freibrief bekommen haben, was natürlich uns die Aufgabe als Untersuchungsausschuss jetzt gibt, außer die konkreten Handlungen aufzuarbeiten, aufzuklären, also die Aufarbeitung einerseits - - und natürlich werden wir andererseits als Gesetzgeber den Handlungsbedarf analysieren, der hier aus Ihrem Eingangstatement entstanden ist.

Wir müssen natürlich jetzt sehen, wie dieser Handlungsbedarf auf der einen Seite ist; aber mehr interessiert uns natürlich, warum dieser Freibrief für diesen Geldwäschebetrug entstanden sein kann. Und das ist die Frage. Und da habe ich jetzt gerade noch mal unseren Berichtserstatter gefragt, der im Finanzausschuss das für uns bearbeitet. Der sagt: Die Länder haben natürlich den Zugriff auf Polizeidaten abgelehnt, aber keine eigenständige Einstufungslösung bei Finanzholding dem Gesetzgeber mitgeteilt. - Das heißt also, das, was wir jetzt dort erlassen haben, hat uns das BMF erklärt, dass hier keinerlei Lücken, keinerlei Situationen entstanden sind, die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zu einer solchen Entwicklung Anlass gegeben hätten.

Wenn das Ministerium jetzt das noch mal rekapituliert, was denn hier an dem Fehler zwischen BaFin und Niederbayern, Regierung von Niederbayern, entstanden ist: Wie kann man das jetzt mal aus der Sicht des Ministeriums noch mal darstellen und noch mal als aufgearbeitet sehen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Herr Kollege Michelbach, um eines von vornherein mal klarzustellen: Also, jedenfalls nach meiner Kenntnis hat auch von meinen Mitarbeitern keiner im Jahre 2019 bei der Gesetzesänderung erkannt, dass da eine Lücke entstehen könnte, ja? Das habe ich auch nie behauptet. Ich habe das jetzt festgestellt, dass da eine Lücke ist; aber 2019 hat das auch von meinen Mitarbeitern - -

Der Bundesratsantrag bezieht sich auf etwas anderes, 2019. Da geht es drum, die allumfassende Gruppenzuständigkeit, sozusagen: Wenn die BaFin zum Beispiel mit einem Ding zuständig ist, dann soll sie gleich für das ganze Ding zuständig sein. Aber das setzt voraus, dass auch der übrige Teil des Unternehmens Verpflichteter ist. Und dass das da gar nicht der Fall war - wohl-gemerkt -, das habe weder ich noch auch - - hat keiner meiner Mitarbeiter behauptet, dass er das 2019 schon vorausgesehen hätte. Das ist nicht das Thema.

Ich habe jetzt erkannt, dass da eine Lücke ist, wo man - - Muss der Gesetzgeber entscheiden, ob er sagt: „Das ist okay so, dass bestimmte Dinge nicht geprüft werden“, oder ob er das in Zukunft anders haben will. Also, nur damit es da insofern keine Missverständnisse gibt.

Ich persönlich möchte auch ausdrücklich nicht sagen, dass wir ansonsten keine gute Zusammenarbeit mit der BaFin haben. Meine Mitarbeiter sagen: Das gilt für die Geldwäsche; das gilt auch für andere Dinge. - Ich habe etliche Jahre dem Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank angehört, wo an jeder Sitzung ein Vertreter der BaFin teilnimmt. Ich habe die Zusammenarbeit mit der BaFin immer als positiv wahrgenommen. Ich habe überhaupt keinen Anlass, hier zu sagen, da

gäbe es ein strukturelles Problem oder sonst was. Nein, also die Zusammenarbeit mit der BaFin ist insgesamt gut. Warum es jetzt in dem speziellen Ding gehakt hat und warum wir da mit der einen Information nicht versorgt worden sind, kann ich Ihnen nicht sagen. Aber noch mal: Insgesamt, was die Zusammenarbeit - und es war nicht nur bei der Geldwäsche, sondern auch viele andere Dinge - mit der BaFin anbetrifft, gibt es da, auch soviel ich das von meinem Kollegen Finanzminister weiß bei ganz anderen Dingen auch der Zusammenarbeit mit der BaFin, keine irgendwie grundsätzlichen oder strukturellen Probleme.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Aber wir sind uns darüber einig, dass ein offenes Prüfverfahren der Geldwäscheaufsicht zum Unternehmen Wirecard bestanden hat? Das ist ja offensichtlich, weil hier gewissermaßen so eine Art Nichtbearbeiten oder verspätete Bearbeitung bei der BaFin stattgefunden hat oder vielleicht auch bei der Regierung von Niederbayern die Entscheidung nicht ins Ministerium getragen wurde rechtzeitig. Wie kann man das beurteilen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, wie gesagt, Herr Abgeordneter, die Rechtslage ist - das kann man jetzt drehen oder wenden, wie man mag - eindeutig: Das Unternehmen ist kein Verpflichteter. So. Was der Vorsitzende dargestellt hat: Man hätte das dann, dass die nicht Verpflichtete sind, vielleicht ein paar Monate vorher erkennen können oder schon das Jahr vorher erkennen können oder was auch immer. Aber es wäre dann nur die Frage gewesen, ob, wenn man das dann schon ein paar Monate vorher erkennt, der Bundestag hergegangen wäre und gesagt hätte: „Da müssen wir das Gesetz ändern, wenn da eine solche Lücke besteht“, weiß ich nicht. Aber am Ergebnis hätte das, auch wenn jetzt die BaFin nicht erst nach vier Monaten, sondern nach zwei Monaten geantwortet hätte, offensichtlich nichts geändert, so wie das Gesetz formuliert ist.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Das ist wohl klar; aber wir müssen natürlich auch für uns feststellen, dass wir Anhörungen machen, Sachverständigenanhörungen, und diese Zuständigkeitsfragen nicht thematisiert wurden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber noch einmal zurück zu dieser Zeit des offenen Prüfverfahrens. Wir haben also die Situation, dass ein Mitarbeiter von EY sich an die Regierung von Niederbayern wendet und sagt: Ihr seid zuständig für die Aufsicht, Geldwäscheaufsicht. - Dann hat sich dieser Beamte, der im Übrigen einen sehr guten Eindruck hier heute hinterlassen hat, pflichtbewusst an die BaFin gewandt. Warum er sich nicht erst mal an das Ministerium gewandt hat, weiß ich nicht; auf jeden Fall hat er sich an die BaFin gewandt. Und dort ist dreieinhalb Monate überhaupt nichts passiert, obwohl er mehrfach, am 27.04. und am 7. Mai noch mal, eine Anmahnung geführt hat, also der war besorgt, warum da nichts kommt. Und in dieser Zeit war ja der Freibrief bei der Geldwäsche vorhanden. Und dann war es so, dass ausgerechnet kurz vor der Insolvenz, wo alle Welt schon gewusst hat, dass da mit dem KPMG-Bericht von April 2020 schon alles im Feuer steht, letzten Endes die BaFin auf die Regierung von Niederbayern zugeht und sagt: Ihr seid wegen der Finanzholding Wirecard zuständig.

Also, ich muss ganz ehrlich - - Bisher haben die uns immer erklärt bei vielen Anhörungen: Es ist keine Finanzholding; es ist ein Fintech-Unternehmen. - Jetzt hat man, kurz nachdem man schon gewusst hat, dass hier total das Haus brennt, der Regierung von Niederbayern nach meiner Ansicht unterschieben wollen, sie sind zuständig. Wie beurteilt man das? Ich meine, als Dienstvorgesetzter der Regierung von Niederbayern muss man sicher feststellen: Sollte da uns irgendwie was untergeschoben werden? War da eine Alibifunktion gefragt? - Oder wie erklärt man sich, dass die BaFin gerade am Tag der Verhaftung des CEO Markus Braun und der Tatsache, dass 1,9 Milliarden Euro im Konzern keine Nachweise hatten - - dass ausgerechnet zu diesem Tag und diesem Zeitpunkt einfach diese Regierung von Niederbayern da in Haftung genommen wurde und dann erst wahrscheinlich, vielleicht auch das Ministerium damit stärker konfrontiert wurde? Vielleicht noch mal diesen Eindruck, diese Bewertung und das, was dann im Ministerium gelaufen ist.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, Herr Abgeordneter, in der Tat: Mit der Frage habe ich mich natürlich

dann, wie meine Mitarbeiter mir das in diesen Tagen erstmals vorgelegt haben, auch beschäftigt. Ist ja schon in der Tat ein bisschen komisch: Monatelang, wie gesagt - - Aber ich will das jetzt umgekehrt auch sagen: Also, ich glaube jetzt nicht, dass die BaFin auch - weiß ich nicht - personell durch die Pandemie besonders betroffen war, wie auch immer. Jedenfalls: Dass man da monatelang nix hört, und dann kommt plötzlich, nachdem die Schlagzeilen sich überschlagen, sozusagen die Mitteilung - ja, also, so -: Ihr!

Wobei ich schon auch noch mal sagen will - - Ich weiß ja nicht, ob das der einzelne Mitarbeiter war. Ich habe mich da jetzt nicht mit den Abläufen innerhalb der BaFin beschäftigt - ist ja nicht meine Zuständigkeit -: „Ist das der einzelne Mitarbeiter gewesen? Ist das eine Linie des Hauses insgesamt gewesen?“; denn wohlgemerkt in dem Telefonat zwei Tage später hat das BMF dann erklärt: „Das müsst ihr selber entscheiden“, also sich da nicht mehr sozusagen hinter die Meinung der BaFin gestellt, sondern gesagt: „Sachentscheidung vor Ort“ und dergleichen. Aber dass das natürlich schon - wie sagt man da? - so ein Geschmäcke hat, dass denen das dann ausgerechnet - was? - am 22. Juni oder was einfällt, nachdem es monatelang liegen geblieben ist, ist zumindest, ja, merkwürdig. Aber ich will jetzt da nicht spekulieren.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Also, für uns ist das auch merkwürdig und eher die Vermutung, dass man sich aus der Affäre ziehen wollte. Aber, wie auch immer, ist ja dann die Reaktion der Regierung von Niederbayern. Wie ist das dann mit dem Ministerium, mit der Rechtsaufsicht, gelaufen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, gut, wie gesagt: Es war dann zum einen dieses Telefonat, wo dann mitgeteilt wurde: Wir haben da diesen Vorgang. - Und daraufhin sind dann eben die Unterlagen ins Ministerium übermittelt worden. Dann haben meine Mitarbeiter in dem zuständigen Sachgebiet des Ministeriums sich mit der Frage beschäftigt, die Rechtslage versucht zu interpretieren.

Und dann kam es zu dem anderen vorhin ja schon angesprochenen Telefonat auch mal, wo



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das Ministerium nun beteiligt war und die BaFin und das Bundesfinanzministerium, mit dem Ergebnis: Das müsst ihr quasi selber entscheiden in Bayern. Wir sagen, das hat die Regierung vor Ort zu entscheiden sozusagen als Sachentscheidung, ob das jetzt, dieses Unternehmen, von dem Gesetzestext erfasst wird oder nicht. - Und dann kam es entsprechend zu der klaren Entscheidung: Ja, wenn das so und so, die Rechtslage, ist ... (akustisch unverständlich) und dann geht es eben nicht um die Zuständigkeit, ob die einen oder die anderen zuständig sind, sondern die Rechtslage ist offensichtlich: Es ist kein Verpflichteter, und damit gibt es überhaupt keine Geldwäscheaufsicht außerhalb der Wirecard Bank AG. Alles andere unterliegt nicht der Geldwäscheaufsicht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, die BaFin hat ja - - Und da liegt ja das Hauptproblem: dass man sich auf diese Einstufungsfragen zurückzieht. Aber es ist ja klar, dass, wenn man die Bilanz der Wirecard AG und die Bilanz der Wirecard Bank AG anschaut, man dann ja sieht, dass hier doch der überwiegende Geschäftszweig quasi nicht die Fintech-Leistung war, sondern klar der Kauf, Verkauf von Gesellschaften, also klar dem Finanzsektor zuweisende Fragen. Und dementsprechend ist natürlich eine Geldwäscheaufsicht nach Finanzholding durchaus anzusehen. Es gibt auch wesentliche Bewertungen, die auch sagen, die Bilanz hätte klare Aussagen treffen müssen, hier handelt es sich bei Wirecard um eine Finanzholding, und die BaFin hätte hier die Zuständigkeit gehabt. Ist das im Ministerium mal geprüft worden? Hat man das Geschäftsmodell mal angeschaut? Hat man die Veröffentlichungen von der „Financial Times“ usw. sich mal angesehen? Ja, war da irgendwo eine forensische Tätigkeit im Ministerium mal tätig?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, wir haben nach diesen Erkenntnis- und Entscheidungsprozessen, die ich dargelegt habe, und nachdem das dann zutage gefördert worden ist, dass es auch die klare Entscheidung vonseiten der Bundesfinanzbehörden gegeben hat, der Bundesbank und der BaFin, dass sie das Ganze als Technologieunternehmen einschätzen und nicht als Finanzunternehmen, muss ich gestehen, nicht noch einmal

intern hinterfragt nach dem Motto, ob die jetzt die Bilanz richtig gelesen haben oder nicht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Dazu habe ich jetzt keinen Anlass gesehen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Auch wenn man zu dem Ergebnis kommen würde, Herr Abgeordneter, das Sie dargelegt haben, würde das ja auch wieder nur zu einer unmittelbaren Zuständigkeit der BaFin führen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Und insofern: Das ist nicht sozusagen hier im Zuständigkeitsbereich der Bayerischen Staatsverwaltung.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Das ist wohl richtig. Und die Vorhaltung müssen wir natürlich bei der BaFin machen, haben wir schon gemacht hier im Ausschuss und werden wir auch noch intensivieren.

Jetzt noch abschließend das Thema „Landespolizeipräsident Kindler“, den wir heute hier alle etwas schmunzelnd erlebt haben. Ich - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Freut mich.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja. - Ist es üblich, dass ein ehemaliger Landespolizeipräsident als Berater quasi zum LKA mit seinen Klienten geht und da sich also mit sehr heiklen Informationsfragen, die mehr dem Insiderwissen dienen, bewegt, und ist das vom Ministerium genehmigt? Ist das üblich? Weil wir haben da immer eigentlich schon eher Kopfschütteln gehabt, wie das da gelaufen ist.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, ich habe andere frühere Landespolizeipräsidenten als Innenminister nicht erlebt, drum kann ich nicht sagen,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ob das bei anderen üblich war. Ich hatte zunächst Kenntnis bei Herrn Kindler nach seiner Pensionierung - - Und ich will ausdrücklich sagen, dass er aus meiner Sicht ein hervorragender Landespolizeipräsident war. Er hatte auch hohe Reputation in ganz Deutschland, war über viele Jahre Vorsitzender des sogenannten AK II der IMK, das heißt also Vorsitzender der Konferenz aller Landespolizeipräsidenten und, und, und. Also jedenfalls an der Kompetenz, den Fähigkeiten Herrn Kindlers kann da eigentlich kein Zweifel bestehen.

Ich habe dann davon erfahren, dass er entsprechende Aufträge bekommen hat vom Bund zum Beispiel, sich um die Polizeiausbildung in nordafrikanischen Ländern sich zu kümmern und dergleichen. Das war für mich sozusagen insofern naheliegend und ganz normal, in Ordnung. Und ich habe dann irgendwann beiläufig erfahren - - Das war aber zu einer Zeit, wo das nicht mehr der Genehmigungspflicht unterlag. Es gibt ja eine bestimmte zeitliche Phase, wo ein herausragender Beamter sich entsprechende Tätigkeiten noch genehmigen lassen muss, und dann endet aber diese Phase. Nach meiner Kenntnis - ich habe jetzt die Frist nicht genau im Kopf, aber nach allem, was mir auch meine Mitarbeiter analysiert haben - sind diese anderen Beraterverträge, wie auch immer - - Wenn diese Zeit vorbei ist, geht das den Dienstherrn nichts mehr an. Wenn Sie das eine ansprechen, diesen Vorgang, über den ich jetzt auch im Rahmen eben der letzten Monate Kenntnis erlangt habe, dass es da einen solchen Gesprächstermin im LKA gegeben hat, dann ist das natürlich aus meiner Sicht schon so: Da muss man jetzt in einer solchen Situation sehr genau aufpassen, dass da nicht frühere dienstliche Tätigkeiten mit dem Aktuellen in irgendeiner Weise verquickt werden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Es kann doch nicht im Sinne eines Innenministers sein, dass das LKA über neue Betrugsmethoden gegen Banken und Unternehmen im Beisein eines Unternehmens berichtet, die Sammlung aller Betrugsdaten gegen Banken in Bayern - - aussagt und auch neue Ansätze bei der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung mitteilt, Formen der organisierten Kriminalität und

Verschleierungsmethoden, die erkannt werden, einer solchen Firma mitteilt. Wie man heute sieht, haben die das ja alles gut nutzen können, ne? Also, das ist natürlich, denke ich mal, nicht im Sinne des Erfinders.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, aus heutiger Sicht sehe ich das auch sehr kritisch. Damals habe ich ja sowieso nix davon gewusst. Aber man muss natürlich auf der anderen Seite sagen - ich will das nicht in Bausch und Bogen - - Meine Mitarbeiter vom LKA sagen mir auch, da sei nix Problematisches letztendlich da rausgegeben worden.

Aber nur vom Ansatz her, vom gedanklichen her, will ich noch mal sagen, was ja auch der Sinn der Geldwäscheaufsicht ist: Wenn wir mit Unternehmen über Geldwäsche reden, wenn wir auch - was weiß ich? - - Unsere Gerichte reden über die Geldwäscheaufsicht gegenüber Notaren beispielsweise. Dann geht es ja nicht drum, dass man verdächtigt, dass der Notar Geldwäsche betreibt, sondern der Sinn der Geldwäscheaufsicht bei Notaren ist, dass ein rechtstreuer Notar von sich aus mitteilt, wenn er beispielsweise bei einem Grundstücksgeschäft, das er verbrieft, den Eindruck hat: „Das ist alles ein bisschen merkwürdig. Und da will der eine dem anderen“ - was weiß ich? - „irgendwas verkaufen und damit Geld waschen“, und dergleichen mehr. Das ist der Sinn der Geldwäscheaufsicht. So. Und das ist der Sinn wohlgermerkt auch der Geldwäscheaufsicht gegenüber einer Bank usw.: nicht dass die Bank unter dem Verdacht steht, dass sie selber Geld wäscht, sondern dass man die Bank anhält, verdächtige Vorgänge zu melden. Das ist der Sinn der Geldwäscheaufsicht. So.

Wenn man jetzt unter dem Gesichtspunkt betrachtet, dass ein Unternehmen sich kundig machen will: „Wie kann es in der Tat bei Geldtransaktionen dem vorbeugen, dass womöglich Geld für Terroristen transportiert wird, oder was auch immer oder irgendwelche anderen Geschäftsmodelle?“, dann kann ich das durchaus für sinnvoll halten. Trotzdem - das habe ich ja auch mit dem LKA schon besprochen -: Hier muss man, denke ich, schon Vorsicht walten lassen. Und es ist ganz klar, dass das zumindest grenzwertig



## Nur zur dienstlichen Verwendung

war, dieses Vorgehen von Herrn Kindler, und dass ich so was auch nicht noch mal erleben will.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Michelbach. - Dann geht das Fragerecht an den Kollegen Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Danke schön. - Herr Staatsminister, Sie haben gerade eben in Bezug auf die BaFin wörtlich von einem „Geschmäckle“ gesprochen im Hinblick darauf, dass sie dann sozusagen da im Juni plötzlich sich da positioniert hätte. Jetzt will ich es aber mal andersrum aufzäumen: Der Abschlussprüfer EY ist der Auffassung: Niederbayern ist zuständig. - Und niemand kannte damals das Unternehmen und seine Geschäfte besser als der Abschlussprüfer, bei allen Fehlern, die sie gemacht haben. Den Geschäftsschwerpunkt kann der Abschlussprüfer sehr viel besser beurteilen als jede Ihnen unterstellte Behörde. Die Bezirksregierung Niederbayern hat dann auch zeitweise die Auffassung vertreten, hat dem Abschlussprüfer noch mal bestätigt, dass es zumindest eine vertretbare Einschätzung sei. Die BaFin selbst, obwohl die nichts hätte sagen müssen, hat sich intern ähnlich positioniert. Und dann kommen Sie, nachdem klar ist, das Geld ist weg und Herr Braun und Herr Marsalek auch,

und sagen - - werden als Minister damit befasst, was ja zeigt, wie prekär man auch in Bayern dann diese Sache eingeschätzt hat.

Und just an dem Tag, bevor der Insolvenzantrag gestellt wird, heißt es dann: Nein, das können wir nicht gewesen sein. - Kann man Ihnen das nicht auch vorhalten, dass Sie in dem Moment sich einfach von einer Verantwortung entlasten wollten und dass das viel mit der Lage des Unternehmens damals zu tun hatte, als Sie sich so positioniert haben?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein, weil im Ergebnis einfach die Rechtslage so ist, wie Sie ist, Herr Abgeordneter. Und ich habe jetzt keinen namhaf-

ten Fachmann oder so was in dem Bereich bislang kennengelernt, der ernsthaft etwas anderes vertritt.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich habe gelesen, dass Sie in Interviews eine andere Auffassung zumindest suggerieren. Aber ich stelle noch mal fest: Das ist nicht eine bayerische Besonderheit, sondern es entspricht der Rechtsauffassung der Deutschen Bundesbank, es entspricht der BaFin, es entspricht der Auffassung der Bundesregierung, wie sie auch in der Beantwortung Ihrer Anfrage erklärt hat. Und insofern -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das haben Sie ja dankenswerterweise schon vorweggenommen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - können Sie mir jetzt nicht vorwerfen, dass das hier irgendwie eine bayerische Sonderrolle war.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nein, das Wort habe ich nicht gebraucht, sondern der Zeitpunkt ist ja auffällig. Ich darf Ihnen aber mal zitieren eine BaFin-interne E-Mail, MAT A BMF-1.03, Blatt 36. Ging an Herrn Pöttsch; der ist da der Exekutivdirektor für Geldwäschefragen.

Lieber Herr Pöttsch,

- zwei Mitarbeiter der BaFin -

wir ... hatten heute ein Telefonat mit dem BMF ... und dem Bayerischen Staatsministerium.

Das ist der 25. Juni, ne? Den Termin kennen Sie. „Dort“, also in Bayern,

sieht es nach einer gezielten Kehrtwende zur bisherigen Position aus: Man will die Wirecard AG nun nicht mehr als Finanzunternehmen

usw. „ansehen, mit der Folge, dass“ die Zuständigkeit der Bezirksregierung entfällt. - Das hat die BaFin intern nach dem Gespräch mit Ihren Leuten zu Papier gebracht. Also, Sie können ja nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hier sagen: Es sehen alle so. - Genau das Gegenteil ist richtig.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Einzelne Mitarbeiter haben das dann wohl zeitweilig so getroffen, aber es ändert doch nichts daran, dass wir heute wissen, was ich damals noch nicht wusste: dass es 2019 die klare Einschätzung von Bundesbank und BaFin gab: Es ist ein Technologieunternehmen und kein Finanzunternehmen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das hat nichts mit meiner Frage zu tun. Das kann man so sehen oder so nicht sehen. Aber die Frage „Kehrtwende von Bayern“ - will ich noch mal sagen - ist aktenkundig. Deswegen halte ich es nicht für richtig und valide, dass Sie sagen: Das haben immer alle so gesehen. - Das ist einfach genau falsch. Sondern irgendwann später - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, das ist ja auch offenkundig. Das habe ich ja auch schon eingangs gesagt: Ja, der Mitarbeiter der Regierung von Niederbayern war zunächst einmal, wie Ernst & Young mit dem Thema kam, dafür aufgeschlossen. Er hat in der Tat - habe ich nichts anderes behauptet - - Er hat nicht gesagt: „Bleiben's weg!“, oder: „Interessiert mich nicht“, oder: Ich bin nicht zuständig. - Er hat sich intensiv damit auseinandergesetzt. Das finde ich ja auch gut so. Da hat er gesagt: „Aha, Sie sagen jetzt, Sie meinen, wir sind zuständig“ usw. Und dann hat er sich mit der BaFin in Verbindung gesetzt. So. In der Tat, ja: Der Mitarbeiter - ich weiß nicht, was er Ihnen hier heute hier gesagt hat -, der war offen dafür und hat gesagt: Okay, müssen wir uns damit beschäftigen. Sind wir da zuständig? Wer ist da zuständig? Was macht die BaFin? - Und daraufhin hat er, genau wie das Gesetz es vorsieht, sich mit der BaFin in Verbindung gesetzt, damit keine Konflikte entstehen. Und dann kennen Sie den Ablauf.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, also wollte nur mal drauf hinweisen, -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - dass das bei der BaFin mit Überraschung aufgenommen wurde

damals. - Übrigens - ist meine andere Frage -: Ist Ihnen geläufig, dass die Wirecard AG, über die wir jetzt die ganze Zeit gesprochen haben, auch sieben Tochtergesellschaften hat, die Holdingfunktionen ausüben?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja. - Ist Ihnen auch geläufig, dass eine davon von den bayerischen Behörden - ich meine, von der Bezirksregierung - jetzt im Nachhinein als Verpflichtete im Sinne des Geldwäschegesetzes eingestuft worden ist?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Es hat sich durch die Insolvenz jetzt eine ganze Menge verschoben innerhalb des Unternehmens. Und deshalb haben wir in der Tat seit der Wirksamkeit der Insolvenz jetzt in Teilen eine neue Bewertung.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber Sie führen das ausdrücklich, wenn ich Sie richtig verstehe, auf die Insolvenz zurück

(Der Zeuge nickt)

und würden diese Bewertung für den Zeitpunkt vor der Insolvenz so nicht vornehmen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** So haben mir meine Mitarbeiter das erklärt, ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Wurde denn seitens des Ministeriums der Regierungspräsident kontaktiert in puncto Geldwäscheaufsicht über die Wirecard AG?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ob der Regierungspräsident persönlich - - oder wann der da jetzt damit befasst war, kann ich Ihnen nicht sagen, weil es ist mit den fachlich zuständigen Mitarbeitern - - Sicherlich ist dann von meinem Amtschef auch das mit dem Regierungspräsidenten besprochen worden; aber wann das war oder an welchem konkreten Tag, das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Gab es denn eine Weisung an die nachgeordnete Behörde, dann diese sozusagen Bewertung - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein. Das wurde formlos geklärt?

(Der Zeuge nickt)

- Okay. - Dann möchte ich auch noch mal fragen mit Blick auf das LKA. Wie hat sich denn der sozusagen - - Sie haben das Gespräch ja schon angesprochen, das Herr Kindler dort für den Geldwäschebeauftragten der Wirecard Bank AG vermittelt hat. Wie haben Sie denn - - Können Sie mal beschreiben, wie Ihre Mitarbeiter, wie Ihr Verantwortungsbereich denn hinterher aufgeklärt hat,

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

dass da wirklich keine Informationen geflossen sind an die Wirecard Bank AG, die gewissermaßen auch Rückschlüsse zulassen auf die Frage, wie die Behörden bestimmte moderne Betrugsformen einschätzen, oder die irgendwie von Wert gewesen sein könnten für andere Dinge als für die Geldwäscheprävention bei Kunden? Also, wie haben Sie klären lassen, dass dieses Gespräch in Ordnung war inhaltlich?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, ich habe das mit meinen Mitarbeitern besprochen, weil natürlich, wie gesagt, solange der Herr Kindler sich um irgendwelche Gesprächstermine mit irgendwem bemüht, ist das nicht mein Problem. Als ich davon erfahren habe, dass da auch ein Gespräch im LKA stattgefunden hat, bin ich natürlich schon hellhörig geworden. - Ich muss jetzt gerade mal - - Ich habe das jetzt nicht in allen Details im Kopf; ich muss jetzt gerade überlegen, wo das steht.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Wir haben das besprochen im Ministerium. Mir haben die dann gesagt - -

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Also, ich kann Ihnen jetzt nur allgemein sagen: Ja, wir haben das besprochen. Wir haben das mit dem LKA besprochen. Das LKA sagt: Wir haben hier uns sehr sorgfältig drauf vorbereitet, einerseits Dinge, die sinnvoll sind für Geldwäscheprävention und was auch im internationalen Zahlungsverkehr beispielsweise sinnvoll ist, präventiv da zu bedenken, aber in der Tat keine Dinge hier auszuplaudern oder was, die eben in der Tat Außenstehende nichts angehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann geht es zu den Kollegen der SPD. Wer möchte? - Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank. - Herr Herrmann, wir fangen noch mal sozusagen - - Der Ausgangspunkt oder einer der Ausgangspunkte ist ja der Anruf - hatten wir eben schon - von EY bei der Bezirksregierung von Niederbayern. Wissen Sie eigentlich sozusagen, wie dann die internen Abläufe - - Also, wir hatten ja heute den Mitarbeiter hier; der hat sich im Übrigen hervorragend, finde ich, hier geschlagen. Wissen Sie eigentlich, wie der diesen Prüfvorgang dann, sage ich mal, bis Sie, bis Ihr Haus Kenntnis bekommen hat, bearbeitet hat, diese Prüfung?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Weil ich meine, der hat das dann selber gesagt: „Passiert nicht jeden Tag“, DAX-30-Konzern, die Frage: Ist man zuständig, ja oder nein? Wissen Sie, wie das ungefähr dann weitergelaufen ist? Sie wissen, der hat bei der BaFin angerufen. Aber was hat der dann sonst gemacht in der Zwischenzeit?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Mit den Details, was der in der Zwischenzeit gemacht hat, habe ich mich jetzt nicht näher beschäftigt. Ich glaube, er hat zunächst einmal, nach dem, was ich in einer Besprechung mitgenommen habe, in der Tat auf die Reaktion der BaFin gewartet, weil - das will ich ausdrücklich sagen - sonst nach meiner Kenntnis die Zusammenarbeit mit der BaFin gut



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ist und der, glaube ich, da sehr arglos das denen geschickt hat und gesagt hat: So, jetzt warte ich halt mal, was die sagen dazu.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja. - Wissen Sie, an welche Adresse er das geschickt hat bei der BaFin, diese Anfrage?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nee.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** An post@bafin.de.

(Heiterkeit des Abg.  
Dr. Florian Toncar (FDP) -  
Dr. Florian Toncar (FDP):  
Ja!)

Das ist so ungefähr, wenn ich Ihnen schreiben wollte oder Ihrem Haus an „info@bayerischesinnenministerium.de“. Also, ich glaube ganz sicher, dass Ihr Haus eine gute Zusammenarbeit mit der BaFin hat. Aber der Kollege, der seit vier Jahren auf diesem Posten ist, kannte keinen einzigen Ansprechpartner in so einer Sache bei der BaFin persönlich.

Und ich kann Ihnen auch sagen, was er gemacht hat in der Zeit bis Juni: Er hat an vorderster Front gegen die Pandemie gekämpft, weil er wurde abgeordnet an eine andere Stelle, in den Stab im Regierungspräsidium, also sprich: Der konnte gar nix machen, weil er hatte eine andere Aufgabe. Deswegen - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Weil ich habe mich gefragt - - Ich bin ein verhältnismäßig kleiner Beamter bei der Bezirksregierung Niederbayern, habe so ein Ding da liegen, schreibe der BaFin, höre nix. Man könnte ja auch noch mal zum Telefonhörer greifen oder irgendetwas machen. Aber das konnte er nicht, deswegen ist es auch nicht sein Versäumnis, weil er einfach nicht da war. So.

Meine nächste Frage wäre dann noch: Wann ist eigentlich diese Prüfung erfolgt, wo die Bezirksregierung - da haben Sie sich dann ja angeschlossen - festgestellt hat, dass keine Zuständigkeit

vorliegt? An welchem Tag war das? Wissen Sie das?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Darf ich zunächst noch nur kurz feststellen, dass mir jeden Tag Dutzende von E-Mails vorgelegt werden, die über die zentrale Poststelle des bayerischen Innenministeriums eingegangen sind?

(Abg. Dr. Jens Zimmermann (SPD) nickt)

Ich weiß nicht, wie die BaFin organisiert ist, aber die Tatsache, an welche einer der ordentlichen E-Mail-Adressen der BaFin er das geschrieben hat, kann sicherlich für die weitere Bearbeitung nicht maßgeblich sein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, es laufen auch manche meiner Antworten auf so etwas über die Poststelle des bayerischen Innenministeriums.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Jawoll. - Herr Staatsminister, das - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aber noch mal: Ich habe über die Details der Geschäftsabläufe der BaFin keine Kenntnis.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. - Aber es sagt trotzdem etwas darüber aus, wie gut die Zusammenarbeit zwischen der Bezirksregierung Niederbayern und der BaFin war und wie - - Also, wenn das eine Sache gewesen wäre, die ständig passiert wäre, dann - gehe ich davon aus - hätte man sich irgendwo gekannt. Das war es ganz offenbar nicht. - Aber noch mal: Meine Frage war ja jetzt eigent-

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein, das war in jeder Hinsicht ein einmaliger Vorgang, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, genau, so. - Und meine Frage war aber jetzt: Wann ist eigentlich diese Einschätzung - - Also, der Kollege hatte, sage ich mal, die Einschätzung: „Na ja, EY“ - das hat er auch so gesagt -, „bekannte Wirtschaftsprüfer, das könnte sein.“ Und er hat dann auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zwischenrindin gesagt: Ja, man könnte folgen - - Aber er hat sich nicht festgelegt, alles richtig gemacht, sage ich jetzt mal. Aber wann gab es denn jetzt in Bayern endgültig die Festlegung: „Nein, wir sind nicht zuständig“?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, an diesen Tagen, von denen wir da vorhin gesprochen haben.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja, genau. Also, das Interessante ist nämlich - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Dann muss ich da noch mal nachschauen.

(Der Zeuge liest in seinen  
Unterlagen)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut, ich helfe Ihnen aus.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Am 23., 24., 25. - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das ist ja jetzt nur nicht ganz so unerheblich, -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, nein, nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - weil sozusagen - ich weiß nicht, wer vorhin mit dem Geschmäcke mit der BaFin angefangen hat, aber - das Interessante ist, es gab - - Wir haben hier ja - - Das ist MAT A BayStMF, 2.01, Blatt 22.

(Der Zeuge blättert in  
seinen Unterlagen)

Da sind in diesen Tagen insgesamt 16 Telefonate zwischen Niederbayern und Ihrem Haus verzeichnet, also sprich: Es ist ein hektischer Telefonverkehr zwischen Niederbayern und dem Innenministerium ausgebrochen. Und in Ihren Unterlagen steht dann unter Nummer 16 am 25.06.:

Nach Prüfung der Daten zur Wirecard AG (Einsichtnahme ... HRG ..., den Geschäftsbericht 2018, den Halbjahresbericht 2019) teilt die Reg. Niederbayern mit, dass die Wirecard AG **nicht** der Aufsicht ... unterfällt.

An dem Tag, als die Insolvenz angemeldet wurde, teilt die niederbayerische Bezirksregierung Ihnen mit: „Nicht zuständig“, keinen einzigen Tag vorher.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge liest in diesen Unter-  
lagen)

Das will ich nur einmal festhalten, weil eben gesagt wurde: Na ja, die BaFin - - Die haben da mitbekommen, was da los ist, und haben das dann zu Ihnen geschoben. - Also, das Interessante ist ja, das lag so lange davor, und man hat dann aber erst auf den letzten Metern diese Prüfung durchgeführt.

Und zu dieser Frage mit der BaFin: Sie beziehen sich da die ganze Zeit auf den § 55 Geldwäschegesetz. Sie - korrigieren Sie mich, wenn ich das falsch verstanden habe - stellen das so dar, als sei das total üblich, dass die Bezirksregierung sozusagen da mit der BaFin sich darüber abstimmt, ob sie da jetzt zuständig wären. Im § 55 - - Also, diese gesetzliche Grundlage, von der Sie reden, ist bestenfalls eine höchst abstrakte Norm, um das daraus abzuleiten. Deswegen sind die bei der BaFin auch so überrascht gewesen, weil das ist nicht - - also, das ist eine Tatsachenentscheidung. Wenn die BaFin sagt: „Wir sind nicht zuständig“, dann können Sie daraus gar nix ableiten. Das finde ich auch so interessant. Ich teile da Ihre Einschätzung überhaupt nicht, dass, wenn Sie sagen: Die BaFin kommt zu der Entscheidung: keine Zuständigkeit - - Ja, das heißt für Sie gar nix. Das ist ja sauber getrennt, das Ganze.

Und im Übrigen will ich das auch mal sagen: Wenn Sie Herrn Findeisen kennen würden, würden Sie sich auch an ihn erinnern, weil wenn man den mal getroffen hat, vergisst man ihn nicht, schon allein wegen seiner Frisur. Aber ich habe mir auch noch mal seinen Aufsatz durchgelesen. Herr Findeisen beschäftigt sich in seinem Aufsatz überhaupt nicht mit der Frage, ob im Bereich Geldwäschrprävention - - Und bei Ihnen liegt ja nun mal nur die Prävention; es geht bei Ihnen ja überhaupt nicht um die Aufsicht. So.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge nickt)

Herr Findeisen fragt, ob die Aufsicht - - dass keine Aufsicht vorliegt, ob das richtig ist; aber er kümmert sich in seinem Aufsatz überhaupt nicht um die Frage, ob im Bereich „Geldwäscheprävention“ die Länder zuständig sind, weil - jetzt mache ich das, was der Herr Michelbach manchmal macht, ich halte lange Monologe; aber es ist, glaube ich, notwendig - der Herr Scheufele - wir sind freundschaftlich verbunden -, als der im Finanzausschuss war - - Also, da frage ich Sie das, was ich ihn auch gefragt habe: Was ist denn Ihrer Meinung nach überhaupt die Konsequenz Ihrer Entscheidung, also die Zuständigkeit der Bezirksregierung Niederbayern, ja oder nein? Weil es ist heute Morgen ja noch mal sehr klar geworden: Da gibt es vielleicht mal bei einem Güterhändler einen Vor-Ort-Besuch; da gibt es vielleicht mal ein Bußgeld. Und der Herr Scheufele hat damals gesagt, diese Frage, unabhängig davon, ob sie zutrifft oder nicht, hätte zur Aufklärung des Sachverhalts ohnehin nicht beitragen können, die Frage, ob Niederbayern zuständig ist oder nicht. Deswegen frage ich Sie was als zuständigen Minister: Was würden Sie sagen, mal angenommen, es gäbe eine Zuständigkeit: Was hätte das für Folgen für die Wirecard AG gehabt, und warum könnte es in unserem Zusammenhang doch relevant sein?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Sie haben ja jetzt sehr viel - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, tut mir auch leid.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Eine Frage am Schluss gestellt, aber Sie haben ja vorher eine ganze Menge in den Raum gestellt oder behauptet. Darum will ich nur ganz kurz da das noch mal anmerken, weil da manches jedenfalls nicht ganz meiner Betrachtung entspricht. Ich will das nur noch einmal klarstellen.

Sie haben gesagt, es hätte keine Bedeutung, wenn die BaFin sagt, sie sei nicht zuständig. Darum ging es, glaube ich, in der ursprünglichen Anfrage des Mitarbeiters der Regierung von Nieder-

bayern nicht, sondern - das ist das, was ich vorhin aber schon mal angesprochen hatte, Herr Kollege - es gibt Themenfelder, wo die BaFin zuständig ist und wo im Gesetz, wie gesagt, klar geregelt ist: Wenn da jemand anderer nach dem - - nicht so ist. Das Gesetz besteht ja nicht in erster Linie aus Lücken, sondern es gibt umgekehrt auch sozusagen, wo ein Unternehmen mehrere Tatbestände in dem Gesetz erfüllen kann. So.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Und das ist die Regelung. In dem Fall regelt das Gesetz in der Regel -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - für die Masse der Fälle eindeutig: Wenn eine solche Doppelzuständigkeit sich ergibt, dann hat in aller Regel die BaFin Vorrang und verdrängt die Zuständigkeit - - Also, wenn jetzt einer bei uns gekommen wäre und gesagt hätte: „Wir sind auch für die Wirecard Bank AG zuständig“, -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist vollkommen - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - dann verdrängt eindeutig das nach Gesetzeswortlaut - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Verzeihen Sie mir, Herr Staatsminister. Wir haben ja hier so eine Uhr laufen. Und ich bin selber schuld, dass ich so viel in den Raum gestellt habe, aber ich würde Ihnen - - Weil diese Doppelzuständigkeit, die würde Sie ja nur retten, wenn die BaFin sagt: Wir sind zuständig. - Die Doppelzuständigkeit rettet Sie nicht, wenn - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Entschuldigung, -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber ich lasse Ihnen - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - Herr Kollege, Sie haben danach gefragt: Warum hat der Mitarbeiter das so gemacht, und was hat der dabei beabsichtigt? Und was hätte das für Folgen gehabt? - Und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ich sage Ihnen, der Mitarbeiter - ich habe wirklich versucht, das heute sehr sauber und ehrlich alles darzustellen -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - der Regierung von Niederbayern hat nicht die Frage, ob die überhaupt Verpflichtete sind, aufgeworfen. Er hat die Frage aufgeworfen: „BaFin“ - so quasi - „was sagt ihr dazu? Da ist jetzt Ernst & Young gekommen“ - der hat ja das wörtlich so zitiert -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, aber - - Okay. Es tut mir -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - „und hat gesagt, wir seien zuständig. Was sagt ihr dazu?“

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - trotzdem leid. Ich lasse Ihnen jetzt mal ein Gutachten von der nicht gerade zweitklassigen Anwaltsfirma Freshfields Bruckhaus Deringer vorlegen. Das hat die Wirecard AG selbst auch noch mal intern zur Klärung dieser Frage in Auftrag gegeben.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge liest in diesen Unter-  
lagen)

Und die kommen zu dem gleichen Ergebnis wie Ernst & Young. Die kommen auch zu dem Ergebnis, dass die Bezirksregierung von Niederbayern zuständig ist, vor allem deshalb, weil nämlich genau dieser Tatbestand, dass die Holding keine Dienstleistung usw. erbringt - Sie können da dann gerne mal drin blättern - - Der entscheidende Punkt ist: Die Wirecard AG hat bei 2,344 Milliarden Euro Umsatz gerade mal 18 Millionen Euro Umsatz mit Verwaltungsleistungen für die Töchter gemacht. Und wir wissen ja heute hier, dass eine der Haupttätigkeiten dieses Ladens war, Töchter kaufen, verkaufen, verwalten usw.

(Der Zeuge liest in den  
vorgelegten Unterlagen)

Also, insofern würde ich Ihnen das gerne mal mitgeben, weil sowohl Sie als auch Ihr Mitarbeiter sich hierhinstellen und sagen: Es ist ja da

draußen niemand, der bisher das Gegenteil behauptet hat. - Also, Ernst & Young behauptet das Gegenteil; der Kollege Toncar hat es gesagt: Das prüfende Unternehmen - niemand hat einen tieferen Einblick. - Freshfields kommt zu dem gleichen Ergebnis. Und - Verzeihung - in Niederbayern haben dann wie eine heiße Kartoffel einige Beamtinnen und Beamte Ihnen was zusammenstellen müssen, warum Niederbayern nicht zuständig ist, am Tag der Insolvenz der Wirecard. So ist es.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Herr Kollege Zimmermann, ich darf da jetzt schon mal festhalten: Nach meiner Kenntnis ist, bis das Gegenteil bewiesen ist, das das erste Mal, dass die Bayerische Staatsverwaltung von dieser Ausarbeitung Kenntnis erhält. Ich bitte um Verständnis, dass ich jetzt nicht aus dem Stegreif dazu was sagen kann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das verstehe ich voll und ganz.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Diese Ausarbeitung von Freshfields Bruckhaus Deringer ist weder dem Mitarbeiter der Regierung von Niederbayern damals noch dem Innenministerium noch sonst wem vorgelegt worden. Insofern ist es für die Betrachtung, mit Verlaub, dieses Ausschusses - und danach hatten Sie mich jetzt gerade noch mal gefragt: warum kam es am 22., 23., 24. Juni zu welchen Entscheidungen? - - Da nützt irgendein zweifellos, sicherlich juristisch und - - bedeutungsvolles Gutachten, -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist toll zu lesen; das habe sogar ich verstanden.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - das bis heute keiner der damals Beteiligten gesehen hat - - Das kann wohl für die Betrachtung dessen - warum hat damals welcher Beamte was gemacht? - nicht besonders relevant sein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Da haben Sie vollkommen recht. Mir geht es dabei -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dr. Zimmer-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - auch nur um einen Punkt: Sowohl Sie als auch Ihr Mitarbeiter heute Morgen haben sich hierhingesezt und haben keinerlei Zweifel - das haben Sie mehrfach eben bei den vorherigen Aussagen gesagt - erkennen lassen, dass Sie auch nur in Erwägung ziehen, dass die Einschätzung, zu der man in Niederbayern gekommen ist, vielleicht auch falsch sein könnte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das waren jetzt gute Worte. - Und ich übergebe jetzt an Fabio - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aber, Herr Vorsitzender, darf ich mir die eine Bemerkung noch erlauben? Es ist nicht -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wenn das - - Das Mikro ist an.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - die bayerische Einschätzung; es ist die amtliche Bewertung der Bundesregierung, Herr Kollege. Die Bundesregierung sagt: Die Wirecard AG ist keine Verpflichtete im Sinne des Gesetzes.

(Abg. Dr. Jens Zimmermann (SPD) schüttelt den Kopf)

Die Bundesregierung vertritt dies in der Antwort gegenüber Herrn Dr. Toncar so. Es ist die Meinung der Deutschen Bundesbank, es ist die Meinung der BaFin, ja?

(Cansel Kiziltepe (SPD):  
Das stimmt nicht!)

Die sollen sich alle damit beschäftigen, dass dieses tolle Gutachten eine andere Meinung vertritt. Aber ich will das nur noch mal klar- - Noch mal: Das ist nicht die einsame Meinung irgendeines Niederbayern oder dergleichen, ja?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Es ist die alte Formel:

**Zeuge Joachim Herrmann:** Entschuldigung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Zwei Juristen, drei Meinungen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Selbstverständlich, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist, glaube ich, immer das Vertrackte.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann hat jetzt Fabio De Masi - der brennt schon - für Die Linke - bitte schön - das Wort.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ich bekomme jetzt bestimmt die doppelte Zeit.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, die gönne ich Ihnen großzügig, Herr Kollege.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Immer. - Herr Staatsminister, ich will mal bei was anderem anfangen - Geldwäsche habe ich jetzt so lange gehört -, ein bisschen Abwechslung. Waren Sie jemals mit dem Vorgang um die Ausreise von Herrn Marsalek befasst auf politischer Ebene? Sie sind ja Innenminister, und Herr Marsalek ist ja ganz gemütlich aus Bayern rausspaziert, in Begleitung mutmaßlich von österreichischen Agenten, Ex-Agenten. Deswegen würde mich interessieren: Waren Sie da mit diesem Vorgang jemals befasst?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Mit welchem Vorgang jetzt?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Dass Herr Marsalek - - Der ist nicht mehr in Bayern - haben Sie vielleicht mitbekommen -, -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das ist richtig, ja. Ich habe -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - also mutmaßlich nicht.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - Kenntnis davon, dass ein Haftbefehl vorliegt, dass der gegenüber Herrn Braun vollstreckt worden ist und Herr Marsalek dem sich entzogen hat, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und wann sind Sie das erste Mal mit diesem Vorgang befasst gewesen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, das kann ich Ihnen jetzt nicht auf den Tag genau sagen. Die Polizei hat mir mitgeteilt, dass der Braun verhaftet worden ist und dass der andere es noch nicht ist. Zu dem Zeitpunkt wusste man ja noch nicht, wo er ist, und auch nicht - was weiß ich? -, dass er - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Da haben Sie sich auch nie informieren lassen oder so? Weil, ich meine, mittlerweile wird er ja per Interpol gesucht; überall hängen diese Plakate, Aktenzeichen XY ungelöst.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, die hängen sogar im bayerischen Innenministerium, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, sehr schön. Wäre noch besser, Sie hätten die gar nicht da hängen müssen, wenn er vorher verhaftet worden wäre.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber deswegen will ich noch mal fragen: Wann sind Sie denn das erste Mal mit diesem Vorgang befasst gewesen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich kann Ihnen jetzt den Tag nicht genau sagen, aber in dem Moment - - Wie gesagt, das war ja schon in den Tagen, da wo er - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Könnten Sie das herausfinden für uns - hätten Sie die Güte? -, wann Sie das erste Mal damit befasst wurden, und das nachliefern?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das kann ich Ihnen gerne nachliefern, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, das ist sehr gütig.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aber, wie gesagt: Soweit ich mich erinnere - bitte jetzt mit aller Vorsicht -, ist ja der Haftbefehl gegenüber Braun sofort vollzogen worden und auch sofort erfolgreich

gewesen, also sehr schnell jedenfalls. Darüber bin ich informiert worden - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. Und bei Marsalek hat man noch ein bisschen gewartet, ob er zurückkommt und zu seinem Termin erscheint; ist er aber nicht. - Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, ich werde das gerne noch mal nachvollziehen, wann mir darüber berichtet worden ist. Aber - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das wäre super. - Ich möchte Sie gerne noch mal fragen - Sie haben ja hier die ganze Zeit darauf abgestellt, dass die Bundesbank und die BaFin gesagt haben, die Wirecard AG sei ein Technologieunternehmen -: Können Sie mir denn noch mal erklären - Sie als Innenminister kennen sich ja aus mit Geldwäschegesetzgebung -, inwiefern die Einordnung als Technologieunternehmen irgendeine Relevanz hat für die Verpflichteteigenschaft gemäß Geldwäschegesetz?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, weil es eben kein dominierend Finanzunternehmen ist. Das ergibt sich aus dem Gesetz so.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, das Technologieunternehmen ist im Geldwäschegesetz überhaupt nicht adressiert und ist von daher völlig irrelevant. Was Sie meinen, ist wahrscheinlich, dass es nicht um eine Finanzholding ging. Wenn sie eine Finanzholding gewesen wäre - ist korrekt -, dann wäre die BaFin vollumfänglich zuständig. Aber nur dadurch, dass sie ein Technologieunternehmen sind, ist noch überhaupt nichts über die geldwäscherechtliche Zuständigkeit gesagt. - Das wollte ich hier einfach nur noch mal aufgeklärt haben.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Wenn Sie die ganzen Tatbestände, wer Verpflichteter ist, runternehmen - das habe ich vorhin ... (akustisch unverständlich) dass nach meinem Verständnis, dem, was meine Mitarbeiter mit mir besprochen haben -, es diese eine einzige Alternative überhaupt gibt, die relevant sein kann, nämlich ein Unternehmen, das überwiegend mit dem Halten, Veräußern und -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - und Ankaufen von - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Dann wäre es ein Finanzunternehmen; das ist etwas anderes als eine Finanzholding. Wird immer wieder durcheinandergeworfen. Und das - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja. - Und welcher andere Paragraf ist denn aus Ihrer Sicht einschlägig?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, das will ich Ihnen erklären. - Also, erst mal: „Technologieunternehmen“ hat erst mal nichts mit Geldwäschegesetz zu tun. Ist ja ganz gut, wenn die Opposition da noch mal ein bisschen Nachhilfe geben kann. Also, wir haben ja hier - - Sie haben ja gesagt, dass da so ein Legal Assessment gemacht wurde vom Regierungsbezirk Niederbayern auf Grundlage des Geschäftsberichts. Der wird auch zitiert in einer Unterlage; das ist dieses Assessment. Und da steht:

Dies spiegelt sich beispielsweise auch im Geschäftsbericht 2018 wieder, wo auf Seite 33 die Tätigkeit der Konzernmutter Wirecard AG dargestellt wird ...

Und der Begründungszusammenhang ist, es ginge sozusagen um Entwicklung, Betrieb und Vermarktung von Informationsdienstleistungen und eben nicht um Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen. Jetzt lese ich aber nach auf Seite 33, und dann steht da:

Zudem werden über die Holding der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen gesteuert.

Ja, was denn jetzt?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, es ist ein Teil der Tätigkeit; aber das Gesetz ist ja, wie Sie sicherlich gelesen haben, so formuliert: Es muss die *überwiegende* Tätigkeit des Unternehmens sein, wenn es darunter fallen soll.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. - Aber da steht nichts von „Entwicklung, Betrieb und Vermarktung von Informationsdienstleistungen“ wie in dieser Vorlage. Deswegen will ich noch mal fragen: Ist es korrekt, dass dieses Legal Assessment von einem Verwaltungsfachwirt und einem Betriebswirt, aber von keinem Juristen gemacht wurde?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Dass das von denen erst mal konzipiert worden ist. Und dann haben all die Leute, über die wir vorhin gesprochen haben, sich damit beschäftigt, darüber gesprochen und sich ausgetauscht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und da waren auch Juristen beteiligt, aus Bayern?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, selbstverständlich. Also, Assessment - weiß ich jetzt nicht, aber an der endgültigen Entscheidung - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ist der Herr Söder eigentlich Jurist?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Bitte?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ist der Herr Söder eigentlich Jurist?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Der ist Jurist, okay. Der war aber schon mal nicht beteiligt, vermute ich. Aber ich will trotzdem noch mal fragen - -

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Aber er ist kein Volljurist -  
Heiterkeit des Abg. Dr. Jens  
Zimmermann (SPD))

- Er ist kein Volljurist. - Sie haben bei der Frage von Herrn Toncar, ob es da eine Weisung gab, so ein bisschen gezuckt und ein bisschen stutzig - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein, ich habe klar gesagt, es gab keine Weisung, sondern es gab ein gemeinsames Gespräch, und man ist dann zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und das heißt, vor dem 25. Juni war die politische Ebene in Bayern nie mit der Frage der Einstufung befasst?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das ist richtig. Das habe ich klar gesagt: Ich war damit - - Und ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand anderes - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Oder irgendjemand anderes in Ihrem Haus?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Bitte?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Oder irgendjemand anderes in Ihrem Haus, in Ihrem Auftrag, oder, oder - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein, die Mitarbeiter waren - das können Sie aus den Schilderungen - - erstmals drei Tage vorher, am 22. oder was, glaube ich, das erste Mal damit befasst, oder 21. - muss ich noch mal nachschauen -, also jedenfalls erst mit diesem vorhin wiederholt apostrophierten ersten Gespräch des Mitarbeiters der Regierung mit dem bayerischen Innenministerium. Vorher war nach meiner Kenntnis jedenfalls in meinem Ministerium mit der Frage „Einordnung der Wirecard AG im Zusammenhang mit Geldwäschegesetz“ niemand befasst - das ist jedenfalls mein Informationsstand -, ich jedenfalls definitiv nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Waren Sie jemals mit der Frage „Liberalisierung des Online-Glücksspiels“ befasst, auch möglicherweise mit Interessen, die Wirecard dort an Sie gerichtet hat?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, mit dem Thema „Glücksspiel“ bin ich natürlich als Innenminister, seitdem ich Innenminister bin, befasst, weil uns die Glücksspielaufsicht für Bayern unterliegt und wir außerdem ja nun seit Jahren ständig wiederkehrend die ständigen Verhandlungen zwischen den Ländern haben über den Glücksspielstaatsvertrag. Im Moment läuft ja gerade wieder die Ratifizierung des neuesten Glücksspielstaatsvertrages. Und mit den Fragen bin ich in der Tat nicht jeden Tag, aber beständig - - informiert.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ist da etwas von Wirecard an Sie herangetragen worden oder - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kollge De Masi.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Es hat einmal ein Gespräch gegeben, das auf Bitte des früheren schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Carstensen stattgefunden hat, wo es um Glücksspielfragen ging. Bekanntermaßen ist ja Schleswig-Holstein da immer diejenigen, die beim Online-Glücksspiel besonders -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** ... liberal sind.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - liberal waren und sind. Und da ging es - - Und auf seine Bitte hin habe ich diesen Gesprächstermin gegeben. Sie können aus den Unterlagen - - müssen Sie rausuchen, wann das war, aber ich sage es jetzt mal so, wie ich mich an das Gespräch erinnere. Und da war dann auch wohl ein Mitarbeiter von Wirecard mit dabei, der sich zu der Frage der Glücksspielaufsicht dahin gehend geäußert hat, dass sie mit ihren modernen Technologien im Rahmen von Zahlungsprozessen dazu beitragen könnten, den Spielerschutz bestmöglich zu garantieren. Das ist ja jetzt auch in dem neuen Glücksspielstaatsvertrag ein ganz wichtiges Thema; das wird ja weiter ausgeweitet. Und da geht es ja unter anderem darum, dass jetzt, so wie das in dem neuen Staatsvertrag ja auch steht, sichergestellt werden soll, dass zum Beispiel da eine entsprechende Sperre - - nicht nur betrachtet wird, dass einer nicht zu viel Geld in der Spielbank ausgibt, sondern dass das gleichzeitig vernetzt wird, dass sichergestellt wird, dass nicht der gleiche Spieler auch gleichzeitig beim Lottospielen und beim Onlinespiel und bei anderen Glücksspielen zu viel Geld ausgibt. Und auf diesen Gedanken bezogen hat dieser Mitarbeiter von Wirecard damals gesagt, dass sie mit ihren Technologien solche Finanztransaktionen hervorragend steuern können.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Es ist aber bei diesem einen Gespräch geblieben, und dann sind die beteiligten Gesprächspartner nach meiner Kenntnis



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und der Aussage meiner Mitarbeiter nie wieder mit uns in Verbindung getreten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann hat jetzt Frau Paus das Wort für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich möchte auch mit den aktuellen Ermittlungen anfangen. Sie hatten am Anfang gesagt, die Staatsanwaltschaft München I ist zuständig, ermittelt und das Polizeipräsidium München, das ja sozusagen irgendwo auch Ihnen untersteht, das ist jetzt zuständig für die Ermittlungen. Wirecard ist ja ein DAX-Unternehmen. Und der Betrug - - Oder der Vorwurf richtet sich ja auch darauf, dass es eben ja auch starke internationale Bezüge hat. Könnten Sie noch mal erläutern, warum jetzt nur das Polizeipräsidium München da unterstützt und warum nicht das BKA auch eine Zuständigkeit hat? Könnten Sie noch mal sagen, warum das auf der polizeilichen Seite - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das BKA?

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das BKA, ja. Soweit ich weiß, ist ja für Straftaten mit Auslandsbezug grundsätzlich bei den Ermittlungen das BKA zuständig, oder nicht?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Da bin ich jetzt überfragt. Es war, soweit ich sehe, bisher überhaupt kein Thema. Federführend für die Ermittlungen ist jedenfalls die Staatsanwaltschaft. Und die Staatsanwaltschaft beauftragt dann ja auch, wer ermittelt. Und - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist bisher nicht an Sie rangetragen - - Das war kein Thema bisher?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, nein. Da müssen Sie bitte morgen die Frau Oberstaatsanwältin fragen. Also, die Frage „BKA“, muss ich sagen, ist noch von niemandem in irgendeiner Weise jedenfalls an mich herangetragen worden.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber es wäre ja schon sinnvoll; -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Wenn das BKA sich da zuständig fühlt, -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - es hat ja einen starken internationalen - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - würde aus meiner Sicht nichts dagegensprechen, dass die sich da auch beteiligen. Weiß ich nicht. Kann auch sein, dass es beteiligt ist. Das macht die Staatsanwaltschaft; ich habe darauf keinen Einfluss.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Zur richtigen rechtlichen Einordnung komme ich in der nächsten Runde noch mal. Aber ich wollte noch mal fragen: Aus Ihrer Sicht sehen Sie die Geldwäscheaufsicht jetzt in Bayern gut aufgestellt? Weil wir haben jetzt heute noch mal gelernt, es sind sieben Vollzeitäquivalente, die zuständig sind für um die mindestens 20 000 verpflichtete Unternehmen. Würden Sie sagen, das ist eine ausreichende Ausstattung? Und wie, würden Sie sagen, arbeitet die Geldwäscheaufsicht in Bayern?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich habe den Eindruck - - Das gilt ja in dem Bereich für diese beiden Regierungen. Daneben sind ja getrennt davon noch: Die Aufsicht über die geldwäscheverpflichteten beispielsweise Notare führen die Landgerichte, über die geldwäscheaufsichtsverpflichteten Rechtsanwälte führen die Rechtsanwaltskammern. Also da gibt es noch mehr Zuständigkeiten, wenn Sie die Gesamtheit der Verpflichteten im Sinne des Geldwäschegesetzes sehen. - Aber insgesamt sind wir da gut aufgestellt - mir sind bislang da keine Klagen bekannt geworden -, auch im Ländervergleich.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben in der Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bayerischen Landtag eine Liste herausgegeben, um auf die Frage sozusagen: „Für wie viele Unternehmen sind Sie denn zuständig“ - - und dann eben auch durch die einzelnen Gruppen durchgegangen. Da haben Sie zum Beispiel auf die Frage „Waffenhändler“ gesagt, dazu sind Ihnen keine Informationen bekannt. Der zuständige Mitarbeiter hat heute auch bestätigt, dass es



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bisher keine Geldwäscheaufsichtskontrolle gegeben hätte, auch nicht im Rahmen der Risiko-untersuchung, von Waffenhändlern. Könnten Sie das noch mal erläutern, warum das so ist, dass Sie nicht wissen, wie viele Waffenhändler es in Bayern gibt, die der Geldwäscheaufsicht unterliegen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, wir haben eine sehr genaue Übersicht, welche Waffenhändler wir haben. Und es gibt nahezu nichts, was so intensiv kontrolliert wird wie das Waffengeschehen. - Moment, nicht unter Geldwäschegesichtspunkten! - Jeder Erwerb einer Waffe muss der Waffenbehörde gemeldet werden. Er wird, seitdem wir das Nationale Waffenregister haben - - Jeder Kauf, jeder Verkauf einer Waffe, auch wenn Sie die verschenken oder sonst was, muss eingetragen werden, wird im Nationalen Waffenregister eingetragen. Wir haben über nichts, solange wir im legalen Waffenbereich sind - und über den reden wir bei Waffenhändlern -, eine so intensive Kontrolle - - über die Frage von Ankauf und Verkauf von Waffen. Ich weiß nicht, wie Sie zu der Überlegung kommen, dass im Bereich von legalen Waffen Geldwäsche eine Rolle spielen könnte. Wir können das natürlich gern noch mal erheben, inwieweit es da besondere Kontrollen gibt; aber ich kann den geistigen Zusammenhang nicht erkennen, -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie sind jedenfalls - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - weil ich glaube, wenn ich - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich kann Ihnen nur sagen: Waffenhändler sind Verpflichtete im Sinne des Geldwäschegesetzes. Und aus Ihrer - ich finde die gleich noch mal - Antwort auf die Kleine Anfrage geht hervor, dass Sie jedenfalls in Bezug auf Geldwäsche keine Kenntnis haben, wie viele Waffenhändler es in Bayern gibt. Und die Aussage des Mitarbeiters heute war auch, dass es offenbar auch keine bisherige Aufsicht dazu gegeben hat.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Entschuldigung, auf die Frage - - Das sind Anfragen, glaube ich, da - -

immer sehr kurzen Zeit. Und da müsste man in der Tat sozusagen die ganzen Register durchgehen usw.: „Wer ist da wo?“, usw. Es gibt da kein elektronisches Register für die Frage, wer der Geldwäsche da unterliegt.

Aber noch einmal: Über die Waffenhändler haben wir eine sehr sorgfältige, genaue Erfassung. Die sind alle registriert. Und noch einmal - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, warum liegt das dann der Geldwäscheaufsicht nicht vor? Wenn es die alle gibt, warum hat denn die Geldwäscheaufsicht keine Kenntnis und hatten Sie in der Anfrage keine Kenntnis darüber, wie viele Waffenhändler - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Paus, ich mache das jetzt ungern; -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Bitte?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - aber Sie müssen mir - und den kriege ich - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Frau Kollegin, ich verstehe nicht - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Herrmann, ganz kurz.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, Entschuldigung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die Zeit auch gerne stoppen. - Aber wir haben uns mal drauf geeinigt - ich bin auch da, glaube ich, sehr großzügig -: Den Zusammenhang müssen Sie mir jetzt zu unserem Untersuchungsauftrag herstellen, dass wir jetzt über Waffenhändler sprechen, auch bei aller Wertschätzung, dass das ein wichtiges Thema ist. Aber ich kriege den nicht zusammen und bitte dann noch mal - es ist auch Ihre Zeit, aber wir wollen hier auch verwertbare Dinge dann auch nachher im Abschlussbericht haben -, zur Sache zu fragen. Und ich sehe das, wenn es jetzt hier Widerspruch gibt, nicht als Sachzusammenhang gerade an zu unserem Untersuchungsausschuss und bitte, da andere Fragen zu stellen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Gottschalk, wenn ich Ihnen das kurz erläutern dürfte: Wir ringen ja jetzt darum, ob es eine Zuständigkeit gibt der Niederbayerischen - der Bay- - der Bezirksregierung Niederbayern in Sachen Geldwäscheaufsicht oder nicht. Und ich hatte ja bereits in der vorigen Runde festgestellt oder die Frage gestellt, inwieweit das überhaupt einen Unterschied macht, ob es eine Geldwäscheaufsicht gab oder nicht, wenn es in der Sache, inwieweit die Aufsicht auch ausgeübt wird, keinen Unterschied macht. So. Und wir hatten in der Befragung des Sachbearbeiters mitbekommen, dass trotz einer Zuständigkeit für Finanzunternehmen es in der ganzen Zeit seit 2013 ganze zwei - und zwar in den letzten zwei Jahren, glaube ich - Termine gegeben hat. Deswegen geht es mir insgesamt um die Aufstellung der Geldwäscheaufsicht, um anhand dessen noch mal beurteilen zu können, inwieweit es einen Unterschied macht, ob sie eingestuft werden als Finanzunternehmen oder nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Über die Brücke gehe ich, aber mir wären andere Beispiele in unserem Untersuchungsausschuss lieber. Aber das erkenne ich so an, wenn Sie daran eben tatsächlich belegen wollen, dass im Prinzip die Geldwäscheaufsicht in Niederbayern suboptimal aufgestellt ist.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, komme ich noch mal zum Finanzunternehmen. Könnten Sie mir noch mal erläutern - die Kategorie ist ja drin, steht im Geldwäschegesetz drin; lassen wir mal Wirecard außen vor -: Inwieweit gibt es denn eine aktive Geldwäscheaufsicht in Bayern in Bezug auf Finanzunternehmen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, die gibt es.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie noch mal erläutern? Weil, wie gesagt, meine Information ist: Die hat nicht stattgefunden.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein. Ich weiß nicht, welchen Eindruck Sie bei meinem Mitarbeiter da heute Morgen bekommen haben; aber natürlich findet die statt, wie für andere auch. Das sind insgesamt, wie das das Gesetz aber von vornherein natürlich konzipiert, stichprobenartige Kontrollen. Es werden auch Außentermine wahrgenommen, wo Unternehmen besucht werden und man sich dann damit beschäftigt. Dazu gehört je nach Größe des Unternehmens auch die Überprüfung und auch, ob die, wie das Gesetz es vorsieht, Geldwäschebeauftragte ab der entsprechenden Dimension entsprechend benennen und, und, und.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es eine Prüfung von Finanzunternehmen gegeben zur Geldwäscheaufsicht in Bayern?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich kann Ihnen jetzt hier - darauf habe ich mich jetzt nicht vorbereitet - nicht einzelne Namen oder sonst was nennen. Aber wir können die gerne nachliefern, wenn Sie das wollen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist erst mal um.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Frau Paus. - Dann würde ich noch mal da einsetzen, was ich vorhin gefragt hatte. Und wir wollen ja verbessern. Also, ich bin auch noch nicht so über die Brücke, dass das alles gut ist mit der Geldwäschrprävention, weil ich habe hier das Jahresbildungsprogramm 2020 der Bundesfinanzakademie des Bundesfinanzministeriums, und dort gibt es in Sachen Geldwäsche eine Fortbildung - ich nehme das noch mal auf, was der Kollege, der ja zuständig ist, gesagt hat -, und da wurde eine Veranstaltung angeboten:

### Zielgruppe

Ansprechpartner(innen) zum Thema Geldwäsche der Mittelbehörden und Finanzämter (Geldwäschebeauftragte) sowie leitende Bedienstete, in deren Arbeitsbereich mit Hinweisen auf geldwäscherelevante Sachverhalte zu



## Nur zur dienstlichen Verwendung

rechnen ist - insbes. Außenprüfung und Steuerfahndung.

### Ziel:

Die Teilnehmenden werden über die Erscheinungsformen der Geldwäsche und die Möglichkeiten der Bekämpfung unterrichtet.

### Inhalt:

- Entwicklung und Organisation der Geldwäschebekämpfung
- Geldwäschebekämpfung aus der Sicht der Banken
- Geldwäscheverdachtsmeldungen der Finanzämter
- Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden
- Typologien der Geldwäsche

### Methodik:

- Fachvorträge
- Gruppenarbeit
- Erfahrungsaustausch.

### Vortragende:

Vertreter(innen) der Bankenaufsicht, der Banken und der Strafverfolgungsbehörden, erfahrene Praktiker(innen) der Steuerfahndungsstellen.

Ich könnte jetzt noch - - Ich nenne den Namen jetzt nicht, wer da die Leitung hat. Termin war da 27.04. - ich muss da jetzt lachen, weil da, glaube ich, auch das KPMG-Sondergutachten im Raum stand - bis zum 30.04. Ort war die BFA Brühl. Veranstaltungsnummer ist 20.46.3402.00.

Jetzt frage ich mich natürlich, wenn ich das alles so höre - - Frau Paus hat das ja eben auch dargestellt. Ich hatte eben auch - - sogar Kollege Zimmermann hat gesagt: Hochachtung vor dem Kollegen Mulzer.

(Dr. Jens Zimmermann  
(SPD): Guter Mann!)

Jetzt frage ich mich: Wird so was in Bayern weitergeleitet, oder gibt es da eine eigene bayerische

Lehrserie, die jetzt aber den Behörden dort vor Ort nicht bekannt ist? Weil - nochmals - der Kollege hat ja auf mehrere Nachfragen von mir klar gesagt: Seit 2013 keine Fortbildung. - Und das ist für mich das Schlagende. Ich hatte Sie vorhin da ja schon mal mit konfrontiert. Und, wie gesagt, mein Mitarbeiter hat das eben sehr schnell hier aus dem Jahresbildungsprogramm des Bundesfinanzministeriums - also, auch mal ein Kompliment an das BMF; ist ja auch immer viel gescholten - - Wie sehen Sie denn das? Oder ändern Sie das denn jetzt mal aus der Erfahrung? Ich glaube, da ist Handlungsbedarf, um mal ein altes Kohlwort aufzugreifen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich bin da sehr dankbar für den Hinweis, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe Ihnen in der Tat vorhin meinen Kenntnisstand hier mitgeteilt, bin dankbar für den Hinweis, dass es hier entsprechende Angebote gibt. Und ich werde das gleich morgen mit meinen Mitarbeitern besprechen, ob das tatsächlich so ist, wie Herr Mulzer Ihnen das, wie Sie sagen, vorgetragen hat, dass davon bislang kein Gebrauch gemacht worden ist. Das muss man dann sicherlich ändern.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Echt keine Ahnung, also nicht nur „Gebrauch“. Der hat gesagt, es wurde da auch nichts angeboten.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Okay, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und wenn er dann noch im Katastrophen- -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, das ist nicht okay. Ich werde das gleich morgen mit meinen Mitarbeitern besprechen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Jetzt freue ich mich, weil das ist gleich mal eine Sofortmaßnahme.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Jawoll.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Finde ich gut. - Gut, ich bin jetzt - - Ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Also, da war so ein ganz kleiner Neben-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

satz, der hat mich jetzt noch mal hellhörig gemacht - ich schlüpfte jetzt mal fast in die Rolle des Kollegen De Masi - ,

(Heiterkeit bei der  
CDU/CSU)

Sie hatten nämlich gesagt vorhin: Also, Polizeiausbildung in nordafrikanischen Ländern ist Ihnen - - Also, Herr Kindler hatte davon vorhin nichts berichtet. Und da haben sich so meine Ohren gespitzt, „Polizeiausbildung in nordafrikanischen Ländern“. Ist Ihnen da vielleicht mehr zum Kollegen Kindler bekannt? Weil zu Nordafrika gehört ja auch Libyen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nee, Libyen nicht, aber wir haben traditionell sowohl von der Bundespolizei, glaube ich, als auch mit der bayerischen Polizei zum Beispiel zu Tunesien Kontakt. Ich weiß nicht, welche Länder das noch waren.

(Der Zeuge liest in seinen  
Unterlagen)

Warten Sie mal, ich schaue mal, ob ich das hier in den Unterlagen habe. - Ah ja, da steht auch:

Herr Kindler hat im Rahmen seiner Anzeigepflicht gemäß § 41 Beamtenstatusgesetz nach seinem Eintritt in den Ruhestand eine Beratertätigkeit für den Bund (BMI) als polizeilicher Berater für Nordafrika für den Bereich der polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe mitgeteilt. (?)

Zu dem Umfang und Inhalt der Tätigkeiten müssen Sie sich an das BMI wenden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das wäre ja zumindest mal ganz interessant, genau. - Okay, dann würde ich noch mal auf die 90. Sitzung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages zurückgehen wollen, MAT A BayStMI-1.01, Blatt 304 ff. Und dort wurde dann bekannt: Am

21. Juli 2014 fand ein Gespräch mit Herrn Burkhard Ley, damaliger Finanzvorstand der Wirecard, und einem für Wirecard tätigen Anwalt statt. Arrangiert wurde das Treffen von dem früheren Ministerpräsidenten - Sie haben das eben auch schon mal so angedeutet - des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Peter Harry Carstensen, welcher ebenfalls am Treffen teilnahm. Bei dem Treffen stellte Herr Ley mögliche Dienstleistungen des Unternehmens im Bereich Glücksspiel dar.

(Der Zeuge liest in seinen  
Unterlagen)

Können Sie da noch mal Genaueres vielleicht - Sie hatten das schon ein bisschen ausgeführt - zu dem Treffen schildern, oder ist das alles, was Sie so erinnern können?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, ich glaube, ich habe das ja schon vergleichsweise ausführlich dargestellt.

(Der Zeuge liest in seinen  
Unterlagen)

Ja, es ging um diese Fragen. Ja, 21.07.14.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, ich wollte drauf hinaus: Da wurde das sogenannte Viersekundenmodell vorgestellt. Hat Ihnen Wirecard dieses bei dem Termin 2014 auch nähergebracht?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, da muss ich Ihnen jetzt gestehen: Also, bei dem Gespräch, wo ich persönlich dabei war - - Das hat bei mir im Büro stattgefunden, aber an solche Details wie „vier Sekunden“ oder sonst was kann ich mich nicht mehr entsinnen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich glaube auch nicht, dass wir da überhaupt so ins Detail gegangen sind; -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim Herrmann:** - denn es ging ja in dem Gespräch allgemein - Carstensen hat ja immer diese liberale Position vertreten - darum, wie ich denn die Lage einschätze, wie das mit dem Online-Glücksspiel weitergeht und welche Haltung da Bayern vertritt und wir ja generell da eher eine etwas restriktivere seit jeher vertreten haben. Und dann ist als ein Punkt - ich weiß nicht, wie lang das Gespräch insgesamt gedauert hat, Dreiviertelstunde, was weiß ich - das angesprochen worden, dass Wirecard sich da in der Lage sieht, seine Kompetenz für die Zahlungsprozesse einzubringen. Aber an Details, muss ich gestehen, kann ich mich nicht erinnern. Und, wie gesagt, meine Mitarbeiter sagen auch, es hat danach nie wieder einen Kontakt zu dem Thema gegeben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - So, meine Zeit ist auch rum. - Dann fangen wir mit einer neuen Runde an. Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender! Herr Staatsminister Herrmann, ich würde dann mal wieder zum Thema „Wirecard“ zurückkommen, bedanke mich aber auch dafür, dass Sie auch zu allem anderen im Entferntesten mit dem Thema Verwandten bereitwillig Auskunft geben.

Wir beschäftigen uns ja jetzt primär beim Thema „Geldwäsche“ mit zwei Blickrichtungen, einmal Richtung BaFin - da gucken wir hin: war es eine Finanzholding, oder war es keine Finanzholding? das ist an der Stelle relevant - und beim Blick auf Niederbayern, da gucken wir: War es ein Finanzunternehmen, oder war es kein Finanzunternehmen? Das sind ja die beiden Blickrichtungen, die uns da interessieren.

Und da würde mich interessieren, ob die Bayerische Staatsregierung hinsichtlich dieser beiden Fragen eine eigene Prüfung und Einschätzung vorgenommen hat. Also, haben Sie als Regierung selbst geprüft, ob die BaFin zuständig ist oder nicht, oder haben Sie sich quasi auf das verlassen, was die BaFin dazu ermittelt hat? Sie hatten ja vorhin mal gesagt: „Das ist ja nicht unsere Zuständigkeit“; insofern - - Andererseits hatten Sie auch gesagt: Die BaFin ist ja nicht zuständig. -

Deshalb: Ist das quasi Ihre eigene Einschätzung, oder haben Sie das übernommen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, zunächst sind sich alle Beteiligten einig, die BaFin ist für die Wirecard Bank AG zuständig, ne?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das ist unstrittig.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das ist unstrittig, genau. Daran hat auch nie jemand einen Zweifel geübt. So.

Und soweit ich das sehe, war die Frage des übrigen Unternehmens vorher nicht diskutiert worden. Wir hatten auch von der Einschätzung des Bundes, wie ich Ihnen vorhin gesagt habe, keine Kenntnis, der sich wohl mit der Frage ja beschäftigt hatte: Wirecard AG ist ein Technologieunternehmen. - Egal wie man das jetzt dann juristisch weiter betrachtet, Herr Kollege De Masi. Also, jedenfalls: Das war die Situation.

Und jetzt ist das, wie wir vorhin ja ausführlich da erklärt haben, in diesem Prozess ab dem Auftreten von Ernst & Young mit diesem Thema bei der Regierung von Niederbayern dann abgewogen worden. Und hier muss man noch mal sagen: „Ja, die Anfrage“ - also, so habe ich es jedenfalls wahrgenommen, also wie mir das jetzt alles erzählt worden ist - „hat sich von dem Mitarbeiter ja zunächst wohl bezogen auf die Frage: ‚Ist da auch die BaFin zuständig und dergleichen?‘“, und erst in diesem Diskussionsprozess da ab dem 21., 22., 23. Juni usw. ist dann in den Blickpunkt gerückt: Ja, sind die denn überhaupt Verpflichtete im Sinne des Gesetzes?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber vorher hatten Sie ja gar nix damit zu tun.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, bei Ihnen ist das ja erst Ende Juni -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Genau.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - angekommen, das Thema, das Problem, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - das Unternehmen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich hatte Ihnen vorher schon - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, vorher waren Sie ja gar nicht damit befasst, -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - wenn ich das richtig verstanden habe. Ich wollte jetzt nur wissen: Die Auffassung, die Sie vertreten, dass die BaFin da jetzt nicht zuständig war für die Wirecard AG, also für die Holding, die haben Sie jetzt übernommen sozusagen von der BaFin, die gesagt hat: „Wir sind nicht zuständig“? Oder hat sich -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - die Bayerische Staatsregierung selbst mit der Thematik befasst und das geprüft?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Diese Frage, die war ja Kernbestand dann dieser Diskussion, 22., 23., 24. Juni, wo sich dann wohl erstmals auch die Juristen meines Ministeriums damit beschäftigt haben - die dann in der Tat also originär eigene Betrachtung; denn die Aussagen vom Bund waren ja differenziert zu dem Zeitpunkt -, die dann gesagt haben: Ja, die sind ja gar nicht Verpflichtete im Sinne des Gesetzes. - Und - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und deshalb ist die Regierung von Niederbayern nicht zuständig. - Das ist das Ergebnis?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, aber - - Also, wenn die nicht Verpflichtete sind, ist automatisch auch die BaFin nicht zuständig, weil das ist ja logisch. Ich meine, wenn sie nicht verpflichtet sind nach dem Gesetz, ist niemand zuständig, dann findet das Gesetz auf die nicht Anwendung. So ist das Gesetz halt nun mal konstruiert. Und da kann übrigens - das muss man schon noch mal sagen - auch keiner von sich aus - - selbst wenn ich möchte. Die Verpflichtungen aus dem Gesetz hat

nur ein Unternehmen, ein Unternehmer, der nach dem Gesetzestext verpflichtet ist. Alle anderen sind nicht verpflichtet und können deshalb auch nicht nach dem Gesetz beaufsichtigt werden. So ist dieses Gesetz konstruiert. Ich will das auch gar nicht kritisieren; aber es ist so. Und deshalb ist nicht die Frage: „Wer ist zuständig?“, sondern die erste Frage ist: Wer ist verpflichtet? - Und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, die sind nicht verpflichtet. Und ich habe klar gesagt, erst danach haben wir dann erfahren, dass zu der gleichen Einschätzung - die sind nicht verpflichtet - der Bund schon zwei Jahre oder eineinhalb vorher gekommen ist.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Vielleicht können Sie das noch mal darstellen. Sie hatten ja auch vorhin gesagt, im Ergebnis sind eigentlich alle der Auffassung, dass Niederbayern jedenfalls nicht zuständig war, Bund, Bundesbank, BaFin. Können Sie das noch mal benennen, wo diese Einschätzung herkommt, dass die da alle dieser Auffassung sind?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich habe mit der Bundesbank nicht darüber geredet, wie die zu der Auffassung kommen. Aber ich habe schon mal gesagt: Wenn überhaupt, dann bleibt aus meiner Sicht - und bisher hat ja interessanterweise, mit Verlaub, mir jetzt noch keiner erklärt, warum er das anders sieht - nur der eine Unterpunkt - nämlich alle anderen kommen meines Erachtens überhaupt nicht infrage -: Das ist ein Unternehmen, das überwiegend mit dem Halten, dem Erwerb und der Veräußerung von Beteiligungen beschäftigt ist. - Und dieser Tatbestand ist da auch nicht erfüllt, weil sie nicht *überwiegend* damit beschäftigt sind. Und damit sind sie nicht verpflichtet. Ich kann nur - mit Verlaub, Herr Kollege - der bisherigen Fragerunde noch nicht entnehmen - - Mir hat jetzt immer noch keiner gesagt, aus welchen Paragrafen er ableitet, dass das doch so ist, es sei denn, dass man im Nachhinein betrachtet: Ja, die sind doch *überwiegend* damit beschäftigt. Aber, wohlgemerkt, mit dieser Einschätzung - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Darum ging ja meine Frage gar nicht. Meine Frage war eigentlich eine recht einfache Frage, nämlich ob Sie das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

selbst geprüft haben als Staatsregierung, einmal die Zuständigkeit der BaFin und einmal die Zuständigkeit von Niederbayern. Das wollte ich nur wissen: ob Sie das selbst geprüft haben oder ob Sie das nur quasi übernommen haben, die Rechtsauffassung der Zuständigkeit.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nee, an -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber das haben Sie ja beantwortet, insofern - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - diesen Tagen dann - 23., 24. -, da haben wir das selbst geprüft.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Da haben das meine Juristen bearbeitet, und meine Juristen haben mir das da vorgetragen. Und ich gestehe, Sie mussten es mir dreimal vortragen, bis ich überhaupt die ganze Systematik in dieser komplizierten Abgrenzung dann zur Bank und sonst was noch mal nachvollziehen konnte, und dann habe ich gesagt: Ja, überzeugt mich als Jurist. - Also, ich bin Volljurist, Herr Kollege, ja? Ich kann so weit dann die Gesetzestexte schon nachvollziehen. - Und dann hat mich das überzeugt. Das war unsere eigene Meinungsbildung, klare Entscheidung.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut, das haben Sie beantwortet. - Ansonsten will ich noch mal grundsätzlich sagen: Uns ist durchaus bewusst, da war ein Katastrophenfall in Bayern, das ist über Monate gegangen. Ich halte das auch für eine richtige Entscheidung, da irgendwie alles, was zwei Beine hat, zusammenzuziehen und zu sagen: Wir müssen diese Pandemie bekämpfen, um uns um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu kümmern, gerade auch - - War ja besonders dramatisch durch die Nähe zu Österreich, war ja noch mal eine besondere Situation des Landes Bayern.

Und gleichzeitig war ja das eine Phase auch, wo dann über Monate lang die BaFin sich dann auf diese Anfrage da totgestellt hat. Und der Herr Mulzer von der Bezirksregierung Niederbayern hat uns vorhin gesagt, dass, selbst wenn sie das

früher geprüft hätten - - Also, selbst wenn die BaFin jetzt direkt geantwortet hätte mit der Rückmeldung „Die BaFin ist aus Sicht der BaFin nicht zuständig, und das andere müsst ihr selbst entscheiden, ob ihr zuständig seid“, dann hätten die Kollegen aus Niederbayern eben nicht abgewartet, bis die BaFin sich positioniert, sondern hätten dann direkt geprüft und wären dann zu demselben Ergebnis gekommen, nämlich dass sie nicht zuständig sind. Das hatten sie quasi nur aufgeschoben, weil ja die BaFin sich nicht gemeldet hat, weil sie eben - - Und so hatte das der Herr Mulzer dargestellt: Die kümmern sich halt um den Autohändler, die kümmern sich dann um den Immobilienmakler, aber beim Thema „DAX-30-Konzern“, was sehr finanzlastig ist - hatte ich jetzt den Eindruck bei Herrn Mulzer -, da denkt er dann auch eher an eine BaFin-Zuständigkeit so im ersten Augenblick und nicht daran, dass sieben Personen aus Niederbayern sich darum jetzt kümmern;

(Der Zeuge nickt)

wäre jetzt auch mein erster Eindruck - von der Einschätzung. Das nur mal so zur Einordnung.

Deshalb teile ich da auch Ihre Auffassung, dass da eher die BaFin-Zuständigkeit sinnvoll wäre, unabhängig von der Fragestellung, ob sie jetzt zuständig ist oder nicht, aber dass das jetzt nicht unbedingt in Niederbayern anzusiedeln wäre sinnvollerweise. Ich glaube, da habe ich jetzt auch noch keinen gehört, der gesagt hat: Das ist zwingend ein niederbayerisches Thema; das ist sinnvoll da angesiedelt. - Also, deshalb glaube ich, dass wir uns da auch einig sind, dass das an sich so zu regeln ist zumindest in Zukunft, dass das auf Bundesebene irgendwo angesiedelt sein müsste.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aber ich habe Ihren Ausführungen jetzt keine despektierlichen Untertöne über Niederbayern entnehmen müssen?

(Heiterkeit der Abg. Fritz  
Güntzler (CDU/CSU) und  
Dr. Jens Zimmermann  
(SPD))



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das würde ich mich nie wagen offen zu sagen,

(Heiterkeit)

oder auch nicht offen.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Er kommt ja aus dem Ruhrgebiet!)

- Aus dem Ruhrgebiet. Wir sind sehr freundliche Menschen - aber auch sehr offen und direkt.

(Heiterkeit)

Und deshalb frage ich jetzt auch offen und direkt weiter.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nur zu.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): So ein DAX-Konzern - - Da gibt es ja nicht so viele in Bayern, im Ruhrgebiet übrigens sehr viele, in Essen übrigens auch ganz besonders viele.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Noch.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und wir haben da auch gute Kontakte zu den DAX-Konzernen, weil das natürlich auch wichtige Arbeitgeber und Player da vor Ort sind. Und insofern ist auch natürlich selbstverständlich, dass man da ein offenes Ohr hat erst mal für einen DAX-Konzern. Denkt man ja jetzt auch nicht zwingend: Das sind Verbrecher. - Insofern wundert mich so ein bisschen nur: Zum Beispiel der Herr Kindler, der war sehr umtriebig - den hatten wir heute da -, der kennt auch jeden, hatte ich den Eindruck. Aber wieso braucht so ein DAX-Konzern einen Herrn Kindler? Also, wahrscheinlich, wenn jetzt ein DAX-Konzern sich an den Staatsminister Herrmann wendet und fragt: „Wollen Sie nicht mal vorbeikommen? Wir möchten Ihnen unser Geschäftsmodell erklären“, dann würden Sie nicht sagen: „Nee, da müssen Sie sich an den Herrn Kindler wenden“, sondern da würden Sie wahrscheinlich einen Termin machen, würde ich jetzt mal unterstellen; so würde ich es jedenfalls an

Ihrer Stelle machen. Also, eigentlich braucht es den Herrn Kindler ja da nicht, oder?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, mir hat der Herr Kindler ja keine Termine vermittelt. Also, in der Regel ist es in der Tat so: Wenn ein wichtiges Unternehmen sagt, sie müssen was Wichtiges mit mir besprechen, dann kommen die entweder zu mir ins Ministerium, oder, wenn es was besonders Interessantes anzuschauen gibt, komme ich auch mal bei einem Unternehmen vorbei, ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, da muss niemand zwischengeschaltet werden eigentlich, -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - sondern bei einem DAX-Konzern - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aber das gilt für andere Beispiele vorhin auch. Wenn - was weiß ich? - - Zum Beispiel sind auch schon wiederholt Glücksspielunternehmen bei mir vorbeigekommen, ohne dass der Herr Carstensen das vermittelt hat. Aber natürlich ist es so: Wenn Herr Carstensen anruft und sagt, er möchte gern, dann kriegt er genauso einen Termin wie ein anderes Unternehmen, das auch ohne Herrn Carstensen einen Termin bekommt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. Da bin ich auch von ausgegangen; ich wollte es nur noch mal klarstellen. - Gibt es noch - - Hans?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Willst auch nicht? Okay. Dann sind wir durch mit unseren Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, dann bedanke ich mich. - Dann wäre jetzt dran: Ich schon wieder, oder?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nee.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wäre schön, aber okay. - Dann ist jetzt die FDP dran. Bitte schön.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Vielen Dank. - Herr Staatsminister, ich will noch mal nachfragen: Ist Ihnen sonst ein Fall bekannt im Zuständigkeitsbereich Bayern, wo ein Unternehmen sich selbst als Verpflichteter ansieht und die eigentlich zuständige Behörde das auch erst mal so sieht und dann sozusagen das Ministerium dazwischengeht? Also, haben Sie einen anderen Fall schon mal gehabt, wo das Unternehmen gesagt hat: „Wir sind Verpflichteter. Wir machen das“ und Sie gesagt haben: „Nicht nötig“? Ich halte eher den umgekehrten Fall für den Normalfall.

(Cansel Kiziltepe (SPD):  
Das stimmt!)

Aber können Sie mir Beispiele nennen, wo das so gelaufen ist, außer Wirecard?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein, ist mir - - Aus dem Stegreif kann ich jedenfalls Ihnen da jetzt keinen sagen, nein.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Genau. - Also, mir kommt es - sage ich abschließend, aber über die Bewertung kann man sich ja ansonsten politisch streiten - etwas ungewöhnlich vor.

Ist Ihnen mal berichtet worden oder hatten Sie zu tun mit dem Thema sozusagen „Kooperationsprojekte Freistaat Bayern mit Wirecard“?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Es gab ein Gespräch sozusagen so ähnlich wie das, wo wir gerade über Glücksspiel geredet haben, zu dem Thema „Bezahlkarte“ - oder so was Ähnliches - „für Asylbewerber“, wo auch ein Unternehmer zu diesem Thema ein Projekt, mit dem wir schon länger uns befassen, dass jeder Asylbewerber so eine Karte bekommt, mit der er da seine Leistungen usw. entsprechend erhalten kann und abrechnen kann - - Und in dem Zusammenhang - was mir aber auch vorher nicht bewusst war - hat dieser Unternehmer in der Tat wohl auch jemand mitgebracht, der auch von Wirecard war und dann sagte: „Ja, Wirecard könnte das auch sehr gut“, mit dem gleichen Ergebnis allerdings, dass wir auch von dem Gesamtkonzept, das dieses Unternehmen - - Wir sind an dem Thema nach wie vor

dran, Bezahlkarte für Asylbewerber, aber wir haben uns ganz konkret für diesen Unternehmer nicht entschieden. Und wir haben auch mit dem Vertreter von Wirecard dann danach nie mehr Kontakt gehabt.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Woraus ich schließe, dass Wirecard dafür auch keine Vergütung bekommen hat.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Na, überhaupt nicht.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay, gut.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Es gab keinerlei Vertragsbeziehung überhaupt irgendwie aus unserem Haus.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Hatten Sie in Ihrer Zeit als Verwaltungsrat bei der BayernLB Berührungspunkte zu Wirecard? War ja zeitweise auch ein Geldgeber.

(Der Zeuge schüttelt den  
Kopf)

Ist Ihnen berichtet worden, vor oder nach der - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein. Also, „nein“, damit das im Protokoll richtig auftaucht.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Entschuldigung, bitte?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, „nein“, weil ich schon merke, wenn ich nur den Kopf schüttele, dann taucht das wohl im Protokoll nicht richtig auf.

(Fabio De Masi (DIE  
LINKE): Ich passe auf!)

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nee, ich habe Empathie auch für CSU-Kollegen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Gut. Okay, ja.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Aber das Protokoll hat es wahrscheinlich einfacher, -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Genau.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - wenn Sie es noch mal ausdrücklich sagen. - Haben Sie vor oder nach der Insolvenz Berichte erhalten als Minister darüber, dass das Landeskriminalamt oder andere Sicherheitsbehörden in Bayern mit der Aufklärung von Geldwäscheverdachtsmeldungen, und zwar speziell gegen Wirecard oder gegen Herrn Braun, Herrn Marsalek oder Top-Management bei Wirecard, befasst gewesen ist?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Es gab dann da einzelne Meldungen, ja. Ich habe die jetzt nicht im Einzelnen im Kopf, aber - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wissen Sie, wann Ihnen darüber berichtet worden ist?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Da müsste ich jetzt auch wieder nachschauen.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sie können es auch gern nachliefern. Ich weiß, das sind - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, bevor wir jetzt im luftleeren Raum spekulieren. Wenn Sie es nachliefern könnten, wäre ich dankbar, dann haben wir es dabei.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, mache ich gerne.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wurde Ihnen jemals berichtet über Ermittlungen gegen Dan McCrum, den „Financial Times“-Journalisten, andere Journalisten oder Aktienhändler, die ja in den Jahren 2019 und auch ins Jahr 2020 betrieben wurden? Wurde Ihnen diesbezüglich mal berichtet?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich kann mich jedenfalls definitiv nicht dran erinnern, aber möchte es also ziemlich ausschließen. Ich meine, es geht

sehr viel über meinen Schreibtisch, aber wirklich nicht im Entferntesten - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hatten Sie mal Kontakt mit Klaus-Dieter Fritsche in Sachen Wirecard?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein, nicht in Sachen Wirecard.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich kenne Herrn Fritsche seit vielen Jahren; aber ist jetzt auch schon eine ganze Weile her, dass wir zuletzt Kontakt hatten - das heißt, ich glaube, eine Weihnachtskarte hatte ich von ihm -, -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - aber über Wirecard definitiv nie.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Können Sie Selbiges auch über Herrn zu Guttenberg sagen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** In der Tat: Über Wirecard nie.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Herrn Waldenfels, kennen Sie den?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Den früheren Finanzminister Bayerns, ja. Den kenne ich freilich.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, wenn Sie den meinen, ja, -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - aber auch nie über Wirecard.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - war ja auch Vorgänger von Herrn zu Guttenberg als Bezirksvorsitzender, glaube ich, in Oberfranken.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das ist richtig, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Und wissen Sie, dass sein Sohn auch für Wirecard arbeitet, der Junior Waldenfels?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nicht bekannt? Okay. - Mit Herrn Gartzke Gespräche über Wirecard, Kontakt, in irgendeiner Form? Hanns-Seidel-Stiftung ehemals -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nee.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): - und Geschäftspartner von Herrn zu Guttenberg bei Spitzberg.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Mit Herrn Beckstein?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Und mit Herrn Söder Gespräche, Kontakte, Austausch zum Thema Wirecard?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Zum ersten Mal nach der ganzen Eskalation, -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - wo es drum geht: „Was passiert da jetzt, und was tut sich da alles?“ usw., also so.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Alles klar. Nach der -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nach dem 25.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): - Eskalation? Alles klar. - Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Jetzt habe ich mich selbst aus dem Rennen genommen. Aber das ist auch okay; mir läuft nichts weg. - Dann ist jetzt wer von der SPD dran? - Frau Kiziltepe, bitte schön.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Staatsminister Herrmann, ich

wollte noch mal zurückkommen auf die Frage, weil Sie das ja eben auch wiederholt haben: dass die Haupttätigkeit entscheidend ist für die Einordnung eines Finanzunternehmens. Ich wollte Sie fragen: Wie bewerten Sie das? Also, wie würden Sie herangehen, um festzustellen, was die Haupttätigkeit ist?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, nun, ist ja hier mehrfach berichtet worden: Die Mitarbeiter haben hier Unternehmensdarstellungen im Handelsregister, im Geschäftsbericht etc. analysiert und sind dann da zu dem Ergebnis gekommen: Nein. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in einem anderen Bereich, nämlich als Technologieunternehmen.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Das hat ja jetzt damit erst mal nichts zu tun. Es geht ja erst mal darum, wie ein Finanzunternehmen eingeordnet wird, was dafür herangezogen wird. Und es sind ja auch die Punkte, die Sie genannt haben, und das haben Sie auch meinem lieben Kollegen Herrn Michelbach auf eine Anfrage am 24. Juli 2020 geantwortet auf Seite 4. Und dort schreiben Sie:

Bestimmung der Haupttätigkeit:  
Entscheidend war daher schon immer die Haupttätigkeit des jeweiligen Unternehmens. Ob sich das jeweilige Tätigkeitsfeld des Unternehmens als eine Haupttätigkeit im Sinne des Geldwäschegesetzes darstellt, ist nach dem Anteil am Gesamtgeschäftsvolumen zu bestimmen. (?)

Und so weiter und so fort. - Aber dann, in Ihrer Einordnung, in Ihrer Bewertung, kommen Sie ja zu einem anderen Ergebnis. Also, wenn Sie dieser Aussage, dieser Bestimmung folgen würden, müssten Sie eigentlich zu dem Schluss kommen, dass das eben die Bezirksregierung Niederbayern - - also, dass zum einen Wirecard ein Finanzunternehmen wäre und nach dem Geldwäschegesetz für die Geldwäscheprävention die Bezirksregierung Niederbayerns zuständig wäre. Aber das Ergebnis ist ein anderes als die Beschreibung. Das passt erst mal nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und in dem Gutachten von Freshfields steht das nämlich auch so drin, wie man Finanzunternehmen einzuordnen und zu definieren hat:

Hintergrund sind dabei der Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Beteiligungen. Und hierbei ist entscheidend, wie die Anteile an verbundenen Unternehmen sind. Machen gemeinsam mit den Forderungen gegen verbundene Unternehmen diese zusammen 94 Prozent der gesamten Bilanzsumme aus ...

Oder:

Wie sind die Erträge aus den Gewinnabführungsverträgen? (?)

Und so weiter und so fort. Bei Wirecard macht das 99,9 Prozent aus. Also es ist mehr als die Hälfte, sodass man zu dem Ergebnis auch in diesem Freshfields-Gutachten kommt, dass zuständig für die Geldwäscheaufsicht, -prävention nach dem Geldwäschegesetz die Bezirksregierung Niederbayerns ist.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich kann nur noch mal sagen, ich habe das ja vorhin jetzt zum ersten Mal da gesehen. Ich weiß, dass hier in Berlin quer durch alle Ressorts und so Begeisterung für viele Beratungsunternehmen besteht und auch für hochmögliche Kanzleien. Wir bemühen uns - -

(Heiterkeit des Abg. Fritz  
Güntzler (CDU/CSU))

- Ja, ist ja schon beachtlich. Ich sage bloß, dass -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie sind ja auch Volljurist.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - Freshfields eine sehr renommierte Kanzlei - - Gar keine Frage, ja. Trotzdem: Wenn mir meine Mitarbeiter das entsprechend juristisch klar runterdeklinieren und erklären, zu welchem Schluss sie kommen, ich dann - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Nein, das - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Mir dann nur erklärt wird, dass der langjährige, auch wenn der eine markante Frisur haben soll, wie ich jetzt heute gelernt habe, -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** So wie ich etwa, ja.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - Sachgebietsleiter dafür im Bundesfinanzministerium zu dem gleichen Ergebnis kommt und ich dann später wohl gemerkt auch erfahren habe, dass die Bundesbank auch dieser Meinung war, -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Herr - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - dann halte ich jetzt erst mal an meiner Rechtsauffassung fest. Ich werde mich gerne auch mit der abweichenden von Freshfields beschäftigen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Herr Minister Herrmann, Freshfields haben ja nicht wir beauftragt, sondern Wirecard. So.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wir haben ja auch schon mehrfach gehört, Wirecard hat eigentlich kein Interesse, als Verpflichteter eingeordnet zu werden.

(Dr. Jens Zimmermann  
(SPD): So ist es!)

Jetzt steht aber in diesem internen Gutachten das drin. Und EY meldet an Ihren Verwaltungsbeamten in Niederbayern, dass Wirecard Verpflichteter ist. Das ist doch ein Geschenk, oder? Ich meine, wer weiß, was so ein Gutachten bei Freshfields kostet.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, ich - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** In diesem Gutachten steht auch natürlich drin, wie man aus dieser Einordnung wieder rauskommt; aber das ist eine andere Frage.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ich wollte noch mal - ich hatte Ihren Verwaltungs-

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, Entschuldigung. Wenn Sie das so ansprechen, will ich noch mal sagen: Ich werde mir das sehr genau anschauen und auch von meinen Mitarbeitern prüfen lassen. Es ist aber natürlich schon bemerkenswert - -

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ihr Mitarbeiter hat ja geprüft.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Entschuldigung! - Ich würde nach den Erfahrungen der letzten Monate schon mindestens gleichzeitig die Frage stellen: „Welche Gründe könnte es haben“ - ich kenne die nicht; ich weiß nicht -, „warum hat Wirecard in der Lage dieses Unternehmens, ausgerechnet im April 2020, angefangen, die Frage: ‚Wer ist denn Geldwäschebeauftragter?‘, oder: ‚Wer ist für uns zuständig?‘ usw. zu thematisieren?“ Ich kann es Ihnen auch nicht sagen. Ich sage noch mal:

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ja. Herr Herrmann, - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich werde das prüfen lassen. Aber dass Sie -

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Genau. Herr Herrmann, das hängt damit zusammen: Sie sagen ja - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - jetzt ausgerechnet ein Gutachten dieser Wirecard-Firma als das entscheidende juristische Argument ansehen - -

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Herr Minister Herrmann, Sie beziehen sich ja auch die ganze Zeit auf das Jahr 2018. Damals galt diese Regelung ja nicht. Das Geldwäschegesetz wurde ja geändert, und zum 01.01. gelten andere Regelungen. Deshalb fragt sich natürlich wahrscheinlich auch EY, wer denn jetzt zuständig ist, und hat das auch in diesem Gutachten klären lassen und auch der Bezirksregierung Niederbayern mitgeteilt. - Jetzt hat Ihr Verwaltungsmitarbeiter Mulzer - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, wenn die KPMG mir das mitgeteilt hätte, hätte das vielleicht auch ein anderes Gewicht gehabt. Aber ausgerechnet Ernst & Young - -

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Herr Mulzer hat gesagt - - Oder aus der Korrespondenz geht hervor, dass Herr Mulzer auch eigentlich diese Einschätzung von EY teilt. Und dann plötzlich, im Juni 2020, ändert - - alles. Ich hatte Herrn Mulzer gefragt, wer eigentlich diese rechtliche Bewertung gemacht hat in der Bezirksregierung. Jetzt mal abgesehen davon, dass das Personaltableau ein bisschen zu wünschen übrig lässt, hat Herr Mulzer mir gesagt, dass das Kollegen gemacht haben, die BWL studiert haben, also keine Juristen sind.

(Matthias Hauer  
(CDU/CSU): Gute Leute!)

Dann haben Sie diese Einordnung, dass die Bezirksregierung nicht zuständig ist - - wurde Ihnen dann auch am 25. mitgeteilt. Und Sie haben das ja dann neun Stunden später etwa auch der BaFin übermittelt. Das heißt, Sie haben also keine rechtliche Prüfung allein wegen der Zeit machen können, oder? Sie sind ja Volljurist; vielleicht haben Sie die selber gemacht. Aber haben Sie jemanden beauftragt damit, oder haben Sie sich auf die zwei Mitarbeiter, die Betriebswirtschaftslehre studiert haben, verlassen bei dieser rechtlichen Einschätzung, Einordnung?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Frau Kollegin, ich respektiere ja die Abläufe in solchem Untersuchungsausschuss, aber es ist nicht so, dass ich das heute nicht schon mindestens zweimal erklärt hätte, mindestens, -

(Heiterkeit der Abg. Fritz  
Güntzler (CDU/CSU),  
Matthias Hauer (CDU/CSU)  
und Dr. h. c. (Univ Kyiv)  
Hans Michelbach  
(CDU/CSU))

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ich würde gern eine Antwort haben.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - wie diese Anschauung - - Ja, ich habe Ihnen das hier klar gesagt. Ich sage es Ihnen noch mal in der Tat: Es gab die Mitteilung der Regierung von Oberbayern - - von Niederbayern an das Innenministerium. Dann haben wir uns die gesamten Akten vorlegen lassen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann haben sich meine Mitarbeiter im Innenministerium damit beschäftigt. Dann gab es die Gespräche - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Innerhalb von neun Stunden?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Entschuldigung! - Dann gab es die Gespräche mit der Regierung von Niederbayern, die Telefonate. Dann gab es das Telefonat mit BaFin und Bundesfinanzministerium mit dem Ergebnis: Das ist eine Tatsachenentscheidung, die ihr selbst zu treffen habt vor Ort. - Und dann kam es daraufhin noch einmal mit Beteiligung von Juristen des Innenministeriums und auch Betriebswirten zu der klaren Einschätzung: Jawoll, das ist der Text des Gesetzes. Und wir kommen bei der Interpretation dieses Gesetzes eindeutig zu dem Ergebnis, die Wirecard ist auch unter Berücksichtigung dessen, was im Handelsregister steht, und, und, und, kein Verpflichteter. Punkt. - Und diese Argumentation hat mich überzeugt. Und dann habe ich gesagt: Jawoll, dann ist es so.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Können Sie uns diese Unterlagen, diese rechtliche Bewertung aus Ihrem Staatsministerium, zur Verfügung stellen? Also, ich kenne die nicht.

(Dr. Jens Zimmermann  
(SPD): Die ist nicht vorgelegt worden!)

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, wir haben da kein 30-seitiges Gutachten erstellt, ne?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Zwei Seiten reichen auch. Bei Freshfields ist es auch nur eine halbe Seite.

(Heiterkeit bei der  
CDU/CSU - Fabio De Masi  
(DIE LINKE): Ein Schmierzettel geht auch! - Weitere Zurufe)

- Was? „Wird auch bezahlt“.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, ich kann Ihnen das jetzt nicht verbindlich sagen; -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Könnten Sie uns das vielleicht zur Verfügung stellen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** - ich werde mit meinen Mitarbeitern noch mal sprechen, dann kann ich Ihnen das auch nachliefern. Nach meiner Kenntnis saßen -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Super, danke.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - die Mitarbeiter beisammen, haben das gemeinsam besprochen und sind zu diesem Ergebnis gekommen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Super, danke. - Ich habe noch mal eine Frage zu der Anzeigepflicht von Herrn Kindler, der ja viele Beraterverträge hat, sehr gut vernetzt ist in Bayern. Und ich hatte Herrn Kindler gefragt, wie das denn ist, weil nach meinem Wissen gilt eine Anzeigepflicht für drei Jahre nach dem Ausscheiden in den Ruhestand.

(Der Zeuge liest in seinen  
Unterlagen)

Sie haben auch auf eine Anfrage des FDP-Abgeordneten im Bayerischen Landtag Herrn Kaltenhauser darauf geantwortet. Und dort schreiben Sie:

Für Ruhestandsbeamte besteht  
nach § 41 Beamtenstatusgesetz

- und so weiter -

eine Anzeigepflicht ... von drei  
Jahren ...

Jetzt hat Herr Kindler ja auch gesagt, das hatte irgendwie nichts mit seiner Tätigkeit davor zu tun gehabt, aber er hat ja sich auch sehr starkgemacht - - Wenn Sie die „Süddeutsche“ heute gelesen haben - er hat das heute bedauert, das lesen zu müssen -, sagt er - - kann man nachlesen, dass er auch Kontakt - - Gespräche mit dem Polizeipräsidenten in München hatte.

(Der Zeuge blättert in  
seinen Unterlagen)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und das hat aus meiner Sicht sehr wohl mit seiner Tätigkeit zuvor zu tun. Und ich wollte Sie fragen, ob hier eine Anzeigepflicht besteht, ob er diese Kontakte angezeigt hat, diesen Beratervertrag bei Ihnen angezeigt hat.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, nach dem, was mir meine Mitarbeiter mitgeteilt haben, hat die Beratertätigkeit nach unserer Kenntnis für Wirecard erst nach Ablauf dieser drei Jahre begonnen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Er war seit 2013 als Berater tätig für Wirecard.

(Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee, 15!)

- 15, Entschuldigung, 2015. Und das ist ja noch ein Jahr bis 2016. Ob er in diesem Jahr seine Beratertätigkeit angezeigt hat?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, nach meiner -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Hat der überhaupt was angezeigt?

**Zeuge Joachim Herrmann:** - Kenntnis hat er eine Beratertätigkeit bei Wirecard bei uns nicht angezeigt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay, danke schön. - Ich übergebe an meinen Kollegen, Herrn Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, noch mal ganz kurz, weil, Herr Herrmann - - Deswegen drehen wir uns auch im Kreis, weil: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie manche Dinge dann auch bewusst missverstehen wollen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge liest in diesen Unterlagen)

Frau Kiziltepe hat ja Ihr Schreiben - da haben Sie „Lieber Hans“ - - Das ist also das Schreiben an den Hans Michelbach. Und dann steht hier drin:

Entscheidend bei der Bestimmung der Haupttätigkeit war daher schon immer die Haupttätigkeit. Und die Haupttätigkeit im Sinne des GwG ist nach dem Anteil des Geschäftsvolumens zu bestimmen. - So. Nach dem Geschäftsvolumen! Und ich habe Ihnen das - - Das steht schön - - Das haben die Freshfields-Leute nämlich genau so gesehen, wie Sie dem „lieben Hans“ geschrieben haben. Und das Problem ist, das Geschäftsvolumen, was außerhalb von Halten von Beteiligungen usw. war, waren 18 Millionen Euro

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Ja!)

und das Geschäftsvolumen der Wirecard AG 2,4 Milliarden. Und wenn Ihre Leute geprüft haben, so wie Sie es hier dem „lieben Hans“ geschrieben haben, nach dem Geschäftsvolumen, dann stellt sich für mich die Frage, wie man bei diesem Verhältnis zu dem Ergebnis kommen kann, dass die Haupttätigkeit irgendwie Verwaltung und Beratung und sonst irgendwas war und nicht das Halten von Beteiligungen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, das war dann jetzt wahrscheinlich auch die Frage an den Kollegen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das war die Frage.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und dann sind wir jetzt bei minus zwölf und dann Gelegenheit zur Antwort. Und dann geht es weiter.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich habe diese Bilanz nicht geprüft. Ich glaube nach dem, was mir meine Mitarbeiter gesagt haben, dass man diese Zahlen nicht so betrachten kann. Aber ich werde Ihnen gern, wenn Sie das wünschen, noch einmal die Sicht meiner Mitarbeiter hier mitteilen.

(Lachen des Abg. Dr. Jens Zimmermann (SPD) - Cansel Kiziltepe (SPD): Aber aus dem Juni 2020!)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann hat jetzt das - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Bitte?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Cansel Kiziltepe (SPD):  
Aus dem Juni 2020?)

- Ja, ja. Freilich, wir reden über den Zeitpunkt - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Diese vier Tage. Ich glaube, wir sind in der dritten Schleife; aber es sind diese fraglichen Tage. Die haben Sie ja beschrieben, 22. bis 25.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und dann hat jetzt Fabio De Masi das Wort. Bitte schön.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Staatsminister, der Mitarbeiter des Regierungsbezirks hat gesagt heute, man kann bestimmte geldwäscherechtliche Zusammenhänge auch auf einem Schmierzettel sozusagen vortragen. Das kann Ihr Haus auch. Also: Wenn da nur so ein Schmierzettel da ist oder so, das würde uns auch freuen.

Aber wir verlassen mal das Thema „Geldwäsche“, weil ich glaube, das macht Ihnen keinen Spaß. Und deswegen machen wir mal was Neues. Also, ich will erst mal fragen - völlig verrückte Frage -: Haben Sie jemals Aktien besessen von Wirecard?

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Hat er schon gefragt!)

- Ach so.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein, das habe ich eingangs schon auf die Frage des Vorsitzenden geantwortet.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das mache ich doch immer vor euch, damit ihr richtig fragen könnt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Da war ich mal eine Sekunde nicht aufmerksam. - Von Spenden oder so wissen Sie auch nichts, im, ich sage mal, politischen Raum? - Gut.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich will noch mal fragen: Es gab in München so ein Abendessen, da waren sehr honorige Persönlichkeiten dabei, Herr Stoiber, Herr Sarkozy, Erich Vad, also der ehemalige militärpolitische Berater der Bundeskanzlerin. Haben Sie dazu irgendwelche Erkenntnisse oder Ihre Sicherheitsbehörden? Da war Herr Marsalek auch zugegen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich habe daraus jetzt in den letzten Tagen aus den Medien erfahren. Ich hatte davon keine Kenntnis.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Haben Sie jemals mit auch nachgeordneten Behörden - denn es geht ja hier um sicherheitsrelevante Interessen, sicherlich auch für den Freistaat Bayern - mal sich mit den österreichischen Diensten ins Benehmen gesetzt, was die in Bayern so getrieben haben? Also - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Was die österreichischen Dienste in Bayern - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, es steht ja im Raum, dass BVT-Mitarbeiter Fluchthelfer von Herrn Marsalek waren, und zwar auf deutschem Hoheitsgebiet, genau genommen in Bayern. Und Sie setzen sich ja sicherlich auch stark für die innere Sicherheit ein, und deswegen würde mich mal interessieren, ob Sie da mal irgendwie Kontakt aufgenommen haben mit österreichischen Behörden, also nicht Sie jetzt persönlich unbedingt, aber Ihr Haus.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Die bayerische Polizei hat traditionell eine sehr enge und gute Zusammenarbeit mit der österreichischen Polizei. Dass der österreichische Nachrichtendienst, „Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung“ oder wie die heißen, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** BVT, genau, ja.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - in den letzten Jahren, insbesondere seitdem ein Mitglied der FPÖ Innenminister wurde, ja nun sowieso einen etwas schwierigen Ruf entwickelt hat, was nach meiner Kenntnis für mehrere Nachrichtendienste Euro-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

pas die Zusammenarbeit mit Österreich zunehmend jedenfalls nicht erleichtert hat, liegt auch auf der Hand; denn die ganzen Dinge rund um diesen Verfassungsschutz - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist mir bekannt. Aber haben Sie denn jetzt sich erkundigt oder nicht? Das war ja die eigentliche Frage.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aktuell stehen unsere Sicherheitsbehörden da in Kontakt. Und wie Sie ja sicherlich in den aktuellen Meldungen auch wahrgenommen haben, haben aktuell jetzt die Polizei und das Bundesinnenministerium in Wien ja da eine sehr konsequente Linie und versuchen da jetzt entsprechend aufzuräumen - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und standen Sie darüber auch mit der Bundesregierung in Kontakt, über diese Gespräche mit den österreichischen Behörden?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, über jetzt speziell Wirecard und dergleichen nicht, nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Oder Marsalek -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, ich habe -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - oder das BVT?

**Zeuge Joachim Herrmann:** - gelegentlich auch mit dem österreichischen Bundesinnenminister zu tun; aber über Wirecard habe ich nie mit ihm geredet.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein, aber jetzt - - Es ging ja um Marsalek und BVT. Und haben Sie sich da über - - Sie haben ja gerade gesagt, Sie stehen da in Kontakt, also die bayerischen Behörden mit den österreichischen Behörden. Und über diesen Kontakt zwischen den bayerischen Behörden: Gab es da auch einen Austausch mit der Bundesregierung?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, einen politischen Kontakt von Minister zu Minister zu dieser Frage nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, von Behörde zu Behörde. Das ist ja eine Ihnen nachgeordnete Behörde; Sie sind der Dienstherr.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ob die zu dem Thema - - Also, wie die mit dem Thema „Wirecard“ usw. umgegangen sind, kann ich Ihnen hier nicht - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein, die Frage war - - Sie haben hier gerade ausgeführt, dass die bayerischen Sicherheitsbehörden mit den österreichischen Sicherheitsbehörden im Austausch stünden, -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Generell, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - auch zur Causa Marsalek. Und jetzt möchte ich gerne wissen, ob Sie über diesen Austausch mit der Bundesregierung - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein, mit Verlaub, vielleicht habe ich mich da missverständlich ausgedrückt. Ich habe gesagt, dass die generell in ständigem guten Austausch und engem Kontakt stehen. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie das konkret in der Causa Marsalek war.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das heißt, das interessiert Sie auch nicht, ob die Österreicher auf bayerischem Hoheitsgebiet Fluchthilfe für Jan Marsalek geleistet haben? Das würde mich sehr interessieren, ehrlich gesagt, wenn ich Innenminister wäre, -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - gerade angesichts der Umstände, die Sie geschildert haben, dass sie im Berner Club, die Österreicher, nicht mehr als zuverlässig galten. Herr Fritsche, der ehemalige Geheimdienstkoordinator, hat trotzdem für Herrn Kickl gearbeitet und so. Ich meine, das sind doch Zusammenhänge, die müssen Sie doch interessieren als Innenminister.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Und?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim Herrmann:** Die Sicherheitsbehörden sind an dem Thema intensiv dran. Und ich sage Ihnen noch mal - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also doch? Die sind doch an dem Thema dran und tauschen sich aus?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich kann Ihnen aber da jetzt keine Details dazu sagen. Und ich kann Ihnen nur sagen, Sie sehen ja, dass die österreichische - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also doch. Ich habe ja gefragt. Die tauschen sich also zu diesem Vorgang aus. Und ich frage Sie jetzt:

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein, ich kann Ihnen das zu diesen - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Haben Sie sich darüber mit der Bundesregierung ausgetauscht?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich kann Ihnen das zum speziellen Thema, zu welchem Namen, welcher Person, welchem Vorgang wir jetzt miteinander Kontakt haben, jetzt hier nicht sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, das heißt, Sie wollen nicht bestätigen das, was die Bundesregierung mir mitgeteilt hat, dass man sich nämlich nicht dazu ausgetauscht habe?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Da müsste ich die betreffenden Kollegen erst einmal fragen. Ich kann Ihnen das im Moment weder bestätigen noch dementieren.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist sehr interessant und aufschlussreich. - Ist die Zeit schon um?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Es gibt noch eine Runde. Dadrüber. - Dann wäre jetzt Frau Paus dran für Bündnis 90/Die Grünen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Innenminister, ich bin immer noch fasziniert. Also, Bayern gilt ja in Deutschland doch als Bundesland, wo man was auf Law and Order hält.

(Der Zeuge nickt)

Und da bin ich immer noch fasziniert, dass jetzt eben für die Geldwäscheaufsicht zumindest in Niederbayern ganze sieben Vollzeitäquivalente zuständig sind und dass ausweislich einer Information an den Bayerischen Landtag von diesen sieben Vollzeitäquivalenten 3 450 Kfz-Händler beaufsichtigt werden, 6 698 Schmuck- und Uhrenhändler, Antiquitätenhändler 690, Schrotthändler 156, Musikinstrumentenhändler 161, Energieversorgungsunternehmen 10 836 - Wafenhändler wissen wir nicht, und Finanzunternehmen wissen wir auch nicht so genau - beaufsichtigt werden. Und deswegen würde ich aber noch mal wissen wollen: Was machen die da eigentlich, also die sieben Vollzeitäquivalente? Wie findet da Geldwäscheaufsicht statt? Könnten Sie das noch mal erläutern?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich bitte, noch mal zu berücksichtigen, weil das auch in der Berichtserstattung oft ein bisschen durcheinandergeht: Es geht bei der Gesamtkonstruktion dieses Gesetzes nicht darum, dass all diese Unternehmen, wie Sie sie jetzt beispielhaft noch mal aufgezählt haben, selbst der Geldwäsche verdächtig sind, sondern es geht in diesem Gesetz ausschließlich darum, dass all diese Verpflichteten dann, wenn ihnen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit etwas - ich sage das jetzt mal in Anführungszeichen - spanisch vorkommt, wenn die den Eindruck haben: „Da kauft jemand jetzt was,“ - oder dergleichen - „nur um damit illegales Geld hier irgendwie entsprechend unter das Volk zu bringen oder eben zu waschen und dergleichen“ - - dass so jemand dieses zu melden hat. Es geht nicht darum, weder bei dem - - Was haben Sie alles für Beispiele genannt da jetzt? Leute, die - was weiß ich? - Antiquitäten verkaufen oder dergleichen mehr. Es geht nicht darum, dass der Antiquitätenhändler selber der Geldwäsche verdächtig ist, sondern dass, wenn der den Eindruck hat: „Da kauft oder verkauft jemand was, nur um Geld zu waschen“, er dies zu melden hat.

Und die Aufsicht ist dazu da, nachzuschauen stichprobenartig: Nehmen die das alle ernst? - Und die am Landgericht schauen, ob die Notare das ernst nehmen, nicht ob der Notar der Geldwäsche verdächtig ist, sondern ob der Notar das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ernst nimmt, dass er, wenn er bei einem Grundstücksgeschäft, das er verbrieft, den Eindruck hat: Das ist aber ein bisschen komisch, wer da was plötzlich - - woher das Geld kommt - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele Bußgelder sind denn in Bayern verhängt worden so pro Jahr gegenüber Verpflichteten, weil sie ihrer Verpflichteteneigenschaft nicht nachgekommen sind?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Kann ich Ihnen jetzt aus dem Stegreif nicht sagen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das überhaupt - - Gut, können Sie mir nicht sagen. - Deswegen noch mal meine Frage: Hätte es wirklich einen Unterschied gemacht in Bezug auf die Geldwäscheaktivitäten bei der Wirecard AG, wenn die Bezirksregierung Niederbayern zuständig gewesen wäre für die Geldwäsche?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, natürlich hätte die dann ihre Aufgaben wahrgenommen. Aber wohl gemerkt: Auch da wäre es nicht darum gegangen, ob Wirecard selber Geldwäsche betreibt - das ist nicht das Thema dieses Gesetzes; darüber finden jetzt Ermittlungen statt oder dergleichen -, sondern es wäre drum gegangen, ob die ihren ganzen Laden so konstruiert haben, dass es die Mitarbeiter - - Nicht anders, wie die BaFin das bei den Banken beaufsichtigt: Die beaufsichtigt ja auch die Bayerische Landesbank nicht unter dem Gesichtspunkt, -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es heißt ja schon „Aufsicht“.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - dass die Landesbank selber Geldwäsche betreibt, sondern ob da ein System implementiert ist in der Bank, dass Mitarbeiter registrieren, wenn Geldvorgänge, Geldtransfers verdächtig sind, -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie konnten jetzt nicht sagen, inwieweit - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - und dass sie diese dann auch melden.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber zur Geldwäscheaufsicht gehört ja schon, inwieweit eben das dann auch stattfindet.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie konnten jetzt nicht sagen, inwieweit es Bußgelder gegeben hat in Bayern, inwieweit das überhaupt eine Praxis ist. Von daher nehme ich jetzt erst mal an, dass das Thema „Geldwäscheaufsicht“ und dass Sanktionen verhängt werden gegen Verpflichtete, nicht wirklich ein - nicht mal „Schwerpunkt“ - - überhaupt ein Punkt Ihrer Arbeit je gewesen ist.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Natürlich. Ich meine, diese Mitarbeiter, die Sie vorhin genannt haben - und da kommen noch die dazu, von denen ich vorhin gesprochen habe, die die Notare beaufsichtigen, und die, die die Rechtsanwälte beaufsichtigen usw. -, die drehen ja nicht Däumchen, die sind da schon intensiv damit beschäftigt.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihrer Auffassung nach - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Mir ist nicht bekannt, dass es irgendein Bundesland gibt, das mehr Personalaufwand für diese Frage betreibt.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut, aber wir reden ja jetzt von Bayern.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Genau.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir reden davon sozusagen, inwieweit Sie -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, ja.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - da eine Aufsichtsverantwortung sehen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aber es wird von dem einen oder anderen hier im Saal - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie finden, die Ausstattung ist gut, die Ausstattung ist ausreichend. Und Sie sind der Auffassung, dass



## Nur zur dienstlichen Verwendung

es bei der Rolle der Verpflichteten allein darum geht, dass die Verpflichteten ihrer Aufgabe nachkommen können; es geht nicht darum, dass die Verpflichteten auch zu beaufsichtigen sind im Sinne von Kontrolle, -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Doch.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - inwieweit sie nicht auch Beihilfe zur Geldwäsche leisten.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das ist nicht der Kern des Geldwäschegesetzes. Da bitte ich schon - - Das fängt schon auf der europäischen Ebene an. Noch einmal: Da geht es nicht um den Vorwurf der Geldwäsche gegenüber dem Unternehmen selbst. Das fängt an bei der europäischen Richtlinie, die wir in Deutschland mit dem Geldwäschegesetz umgesetzt haben. Um den Vollzug dieses Gesetzes, dieser europäischen Richtlinie, dieses Gesetzes geht es, bitte schön, ja? Es geht nicht um den Verdacht, -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe jetzt - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - dass das jeweilige Unternehmen selbst Geldwäsche betreibt.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na gut, -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das ist nun mal so im Gesetz.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - es geht schon darum, inwieweit die Sorgfaltspflichten eingehalten werden, -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - zum Beispiel bei Immobilienmaklern. Aber ich habe jetzt keine Zeit mehr. - Ich wollte noch eine Frage stellen. Wir haben in unseren Unterlagen, MAT A BayStMI-3.01 DVD, Blatt 447, „Rechtliche Einordnung der Wirecard AG als Einzelgesellschaft im Geldwäschegesetz“. So, jetzt hatten Sie ja gesagt, die Prüfung haben Sie da innerhalb von 24 Stunden abgeschlossen da rund um den 24., 25.

Juni. Können Sie noch mal sagen - dieses Dokument, diese „Rechtliche Einordnung der Wirecard AG als Einzelgesellschaft im Geldwäschegesetz“ -, wann die gemacht worden ist, von wem die gemacht worden ist und warum die gemacht worden ist?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich weiß jetzt nicht, welches Dokument Sie da ansprechen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist ein längeres Dokument, was ziemlich ausführlich analysiert noch mal tatsächlich anhand der Bilanzdaten und so, inwieweit die Wirecard AG eine Verpflichtete, ein Finanzunternehmen im Sinne des Geldwäschegesetzes ist.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, noch mal: In der Tat - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sollen wir Ihnen das vorlegen? Das können wir.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Bitte?

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sollen wir Ihnen die Unterlage vorlegen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, gerne, weil die Abläufe habe ich ja wiederholt genannt, aber das Dokument habe ich jetzt nicht im Kopf.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Dann zeigen Sie mir das bitte, wenn ich zu dem Dokument was sagen soll.

(Dem Zeugen werden Unterlagen auf dem Laptop der Abg. Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vorgelegt - Der Zeuge liest in diesen Unterlagen)

Also, von wann ist das Dokument?

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist mir auch unklar. Ich hatte den Eindruck, es kommt von August. Aber es ist mir unklar, deswegen frage ich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich kann jetzt nur schauen, ob ich das jetzt bei meinen Unterlagen finde.

(Der Zeuge liest in seinen  
Unterlagen)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber machen Sie es sich jetzt wieder bequem, Herr Herrmann. Sie können da die Maske, wenn Sie möchten, jetzt gerne wieder abnehmen.

(Matthias Hauer  
(CDU/CSU): Können wir  
noch mal wiederholen, was  
für ein Dokument da gerade  
vorgelegt wird, also welche  
Nummer?)

- MAT-Nummer noch mal. - Ach so, gut.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Moment, ich gucke noch mal.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, also ich kann das jetzt hier mit Ihrem Laptop leider nicht weiter - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist MAT A BayStMI-3.01 DVD, Blatt 447-452, rechtliches Gutachten.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, es tut mir leid, aber ich kann Ihnen dazu jetzt nichts sagen. Das ist jetzt - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist uns ja von Ihnen geliefert worden.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, aber ich kann Ihnen - - Entschuldigung, das habe ja nicht ich geschrieben.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich kann Ihnen jetzt aus dem Stegreif aus dem Zusammenhang - da bräuchte ich den ganzen Aktenordner - nicht sagen, wer das wann - denn da steht weiter nichts drauf - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich würde es dann abkürzen wollen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Wer das wann fabriziert hat, kann ich Ihnen aus dem Stegreif nicht sagen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Herrmann, Sie sagen ja glaubhaft, Sie können dazu jetzt nichts sagen. Ich würde mich freuen, wenn Sie dann vielleicht - Sie haben ja nach der Vernehmung jetzt, der Aussage, noch zwei Wochen Zeit - zur Protokollierung uns vielleicht die Frage der Frau Paus dann noch beantworten.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Selbstverständlich. Also, das werden wir dann selbstverständlich zuordnen können. Dann haben wir da - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir könnten jetzt noch zwei Stunden sicherlich dazu reden, aber es wird ja nichts ändern. Also nehme ich Ihnen das Versprechen - - oder erlege Ihnen auf, dass Sie das bitte dann -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, selbstverständlich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - noch nachreichen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich werde das gerne mitteilen, von wem das wann produziert worden ist. Aber ich kann Ihnen das jetzt aus dem Stegreif nicht sagen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Wäre das in Ordnung für Sie, Frau Paus? - Okay. Gut, dann machen wir das so. - Und dann machen wir auch weiter, und dann ist jetzt die CDU/CSU an der Reihe. Wer möchte? - Fritz? - Matthias Hauer. - Ich bin heute großzügig, ich habe auch nicht mehr so viele Fragen. Bitte.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, erst mal, Herr Vorsitzender, Herr Staatsminister, erkenne ich dieses Plädoyer aller Fraktionen, wie wichtig Geldwäscheprävention ist. Und ich nehme das jetzt auch als Selbstverpflichtung aller Kolleginnen und Kollegen, die vorher diese Bedeutung betont haben und auch Bayern ermahnt haben,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

da noch viel mehr zu machen, auch als Selbstverpflichtung, in den eigenen Landesregierungen dafür zu sorgen, dass dem auch so beigegeben wird. Insofern freue ich mich dann, wenn künftig auch in Berlin und anderen Bundesländern eine deutliche Stärkung der Geldwäscheaufsicht erfolgt;

(Zuruf der Abg. Lisa Paus  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Der Zeuge blättert  
in seinen Unterlagen)

denn wir haben ja von dem - - Und ich hatte den Eindruck, das ist jetzt schon etwas anders dargestellt worden, als es vorhin der Herr Mulzer gesagt hatte. Er hatte nämlich gesagt, dass er meint, dass Bayern da ganz gut aufgestellt ist - das muss man ja auch noch mal erwähnen - und dass es viele Bundesländer gibt, die da schlechter aufgestellt sind. Das ist hier der Vollständigkeit halber vielleicht auch mal zu erwähnen. Also, wir werden das im Blick halten, wie da andere Bundesländer drauf reagieren.

Ansonsten wollte ich noch mal darauf hinweisen, dass die Einschätzung der Bayerischen Staatsregierung ja auch zum Beispiel aus dem Dokument BayStMI-2\_01112 auch hervorgeht, wo das detailliert dargelegt ist, warum die Bayerische Staatsregierung entsprechend zu dem Ergebnis kommt, warum eine Einstufung als Finanzunternehmen nicht zutreffend ist. Insofern ist es jetzt nicht so, dass sich nur Freshfields mit dieser Frage beschäftigt hat, sondern ich traue das durchaus auch einer Staatsregierung zu oder auch BWLern unter Beteiligung von Juristen, eine solche Einschätzung kompetent zu treffen.

Mich würde jetzt - damit ich auch noch eine Frage stelle in dieser Runde - einfach interessieren - ja, ich habe viel Zeit; ich werde die aber nicht nutzen, sondern ich werde mich auf eine Frage beschränken und dann an den Kollegen Dr. Michelbach weitergeben, der auch noch eine Frage hat, weil Sie haben ja schon die meisten Fragen dreifach beantwortet -, ob wir aus Ihrer Sicht noch eine Frage offen haben, die wir noch

hätten stellen sollen, die hier zur Aufklärung beitragen kann. Dann müssen wir nicht selbst nachdenken.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vielleicht haben Sie ja irgendwas uns noch nicht erzählt, was zur Sachaufklärung hier dienlich ist.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aus meiner Sicht wäre wirklich sinnvoll, klar zu regeln in großen Unternehmen, wenn ein Teil auf jeden Fall der Aufsicht durch die BaFin unterliegt, dass das dann insgesamt von der BaFin - von mir aus auch von einer anderen Behörde, aber jedenfalls insgesamt - betrachtet wird. Selbst wenn jetzt die Regierung von Niederbayern für irgendeinen Teil zuständig gewesen wäre: Es macht keinen rechten Sinn, wenn in einem Konzern dann mehrere - - oder verschiedene Aufsichtsbehörden parallel für Geldwäsche zuständig sind. Das macht keinen rechten Sinn, ist meine persönliche Überzeugung. Von mir aus kann das auch eine andere Behörde sein als die BaFin; aber ich glaube, es wäre bei allen, immer wenn es im engeren Sinn - - Wenn auch eine Bank mit im Spiel ist, dann liegt das schon nahe, dass die BaFin das macht. Ich glaube, dass das sinnvoll wäre, dass wir grundsätzlich dann immer eine Gesamtbetrachtung eines Konzerns haben. Das wäre, meine ich, auf jeden Fall sinnvoll.

Ich halte es durchaus auch für sinnvoll - - Ich höre ja, dass da im Bundesfinanzministerium drüber nachgedacht wird, ob man nicht auch stärker gleich zu einer Art klaren Übersicht, einer Registrierung der Unternehmen kommt, um die es geht, damit sich solche Fragen „Wer ist denn jetzt überhaupt davon erfasst oder nicht?“ so nicht mehr nur nach einzelner Gesetzesinterpretation stellen. Also, ich höre, dass darüber im Bundesfinanzministerium nachgedacht wird, und ich halte das zumindest für erwägenswert. Wir haben das aber - - Da gibt es - ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen - keine jetzt abgeschlossene Haltung der Bayerischen Staatsregierung oder so dazu. - Das sind eigentlich die Hauptpunkte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich will am Schluss aber auch noch mal - wenn Sie sagen: Fragen - sagen, wir müssen uns schon klar sein bei den Themen: Wenn jemand mit derartiger krimineller Energie vorgeht, dann sollte man sich nicht der Meinung hingeben, dass man das mit anderen Regeln über die Geldwäscheaufsicht früher erkannt hätte, wenn das die Bankenaufsicht, wenn das all die anderen nicht erkennen, was da bei Wirecard der Fall ist. Warum das dann ausgerechnet die Geldwäscheaufsicht als Erste - es wäre denkbar gewesen vielleicht, durch einen glücklichen Zufall - - Aber da darf man sich auch sozusagen keiner falschen Vorstellung hingeben.

Trotzdem: Wir müssen das System weiter verbessern, und deshalb glaube ich, wie gesagt, Herr Kollege Hauer, das wären die wesentlichen Punkte, die vor allen Dingen gesetzgeberisch noch mal angedacht werden sollten.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann Kollege Michelbach - fürs Protokoll. Bitte schön.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Herr Staatsminister, ist es richtig, dass die Geldwäscheaufsicht in Bayern nach dem Gesetz, die zuständige Bezirksregierung, präventiv tätig ist und keine forensische Kontrolle vornimmt? So habe ich Sie zumindest verstanden.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, natürlich.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ist das das Modell, das nach dem Gesetz vorzunehmen ist?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja. Und das ist von dem, was - - Ich habe mich ja jetzt da in den letzten Monaten auch ein bisschen umgehört: Was machen denn andere Bundesländer? In Baden-Württemberg sind es nicht zwei Regierungen, da sind es vier Regierungen. Aber meinen Sie, dass das im Ergebnis was anderes ist? In Hessen sind es drei Regierungen. Meinen Sie, dass das im Ergebnis was anderes ist? Nein. So, und genau mit der Zielsetzung - - Das ist nicht deren Aufgabe, deren Bücher zu prüfen oder dergleichen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Wir hatten ja als Vorläufer vor diesem Untersuchungsausschuss, um mehr Licht ins Dunkel zu kriegen, diese Sondersitzungen des Finanzausschusses durchgeführt. Da sind wir eingestiegen und haben ja da eigentlich Informationen benötigt. Deshalb habe ich damals diese Anfrage vor dem Untersuchungsausschuss zu diesen Sondersitzungen gestellt, um die Informationen und Einschätzungen zu bekommen. Wenn ich diese Einschätzung sehe, die ich dann auch bei diesen Sondersitzungen hinterfragt habe, kann ich als Fazit für mich heute nehmen, Herr Staatsminister - - ist es also so, dass, wenn die Wirecard AG als Finanzinstitut eingestuft worden wäre - - hätte es keine Zuständigkeit in Bayern gegeben. Eine solche Einstufung hätte dazu geführt, dass die Aufsicht für Wirecard von der BaFin hätte wahrgenommen werden müssen. Und diesbezüglich hatte ich ja auch damals, weil es meine Auffassung war nach diesem Gesetz - ich bin zwar kein Jurist, aber vielleicht Erfahrungsjurist, sagen einige - - dass man diese Frage damals an den Präsidenten der BaFin deshalb auch so gestellt hat. Kann das so richtig gewesen sein?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, seitdem ich von meinem früheren Ministerpräsidenten Horst Seehofer gelernt habe, dass Erfahrungsjurist sowieso das Allerhöchste ist

(Vereinzelt Heiterkeit)

und auch jeder Volljurist und sonst was selbstverständlich einem Erfahrungsjuristen nur mit dem alleruntertänigsten Respekt begegnet, kann daran natürlich überhaupt kein Zweifel bestehen, lieber Herr Kollege Michelbach.

Also, ich sage noch mal: Das eine ist jetzt, wenn wir über die Vergangenheit reden. Ich sage das jetzt aber noch mal auch im Hinblick auf diese Legislaturperiode, also ich sage das jetzt auch noch mal gerade an die Koalition: Wenn wir gesetzgeberischen Handlungsbedarf sehen, dann muss man wirklich überlegen: Vertagt man das jetzt, weil halt der Untersuchungsausschuss noch eine ganze Weile arbeitet? Weil dann ist die Wahl, dann ist Koalitionsbildung und sonst was.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann sind wir in der Situation, dass irgendwann mal, von heute an gerechnet, Mitte nächsten Jahres sich vielleicht das Parlament damit beschäftigt, dieses Gesetz zu ändern.

Also, ich rate nur dringend - - Mir geht es nämlich nicht in erster Linie darum: „Wer hat da jetzt wann was falsch gemacht in den letzten zwei Jahren?“ oder was, sondern wirklich diese Frage daraus zu ziehen, Herr Kollege: Wo stellen wir jetzt fest - egal welcher Beamte da wann was hätte erkennen können oder so -, dass das Gesetz - ich sage es mal ganz vorsichtig - noch nicht ganz optimal ist? Und: Sollte man nicht womöglich sehr schnell da noch was ändern an dem Gesetz? Natürlich, ich weiß auch, wir sind alle ständig jetzt viel mit BaFin und mit Pandemie und mit sonst was beschäftigt usw., aber ich denke, wir sollten da eher versuchen, möglichst schnell noch mal Konsequenzen auch zu ziehen. Gut, ich schaue mir das gerne auch an, was da Freshfields geschrieben hat und ob man das alles hätte anders interpretieren müssen usw. Aber jedenfalls: Ein Gesetz, das offensichtlich zumindest so viel Unklarheiten lässt, ist, glaube ich jedenfalls, noch nicht ganz optimal.

Und auch über diese kriminellen Methoden hinaus, worum es jetzt bei Wirecard geht, kann ich nur sagen: Das Thema Geldwäsche ist wirklich ein großes Problem, und wir müssen dem in der Tat noch mehr Aufmerksamkeit schenken; aber wir müssen auch unsere Behörden optimal organisieren.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Können Sie sich vorstellen, Herr Staatsminister, dass eine Bundesratsinitiative vielleicht noch in Angriff genommen wird, um auch die Meinung der Bundesländer mal koordiniert für uns zu bekommen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das können wir gerne angehen. Nur - so lange kenne ich ja den Betrieb hier auch schon -, wenn wir jetzt - - Selbst wenn wir die schnell auf den Weg bringen würden - das ist ja sozusagen das allerlangwierigste Verfahren, wenn ich eine Gesetzesänderung über einen Bundesratsantrag beginne -, dann bin ich sicher, dass es vor Ende der Legislaturperiode

nicht mehr das Plenum des Bundestages zur Schlussabstimmung erreicht. Aber ich werde gerne die Initiative ergreifen, dass die Länder sich vielleicht noch mal zusammenfinden, eine entsprechende Initiative zu machen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Wir haben ja die Erfahrung, dass, wenn Bundesratsinitiativen stattfinden, das für das eine oder andere Bundesministerium sehr heilsam ist, auch tätig zu werden.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Grundsätzlich, egal welches Ministerium da jetzt gemeint sein könnte: Ich stimme Ihnen zu, Herr Kollege. A) ist es - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir sind aber jetzt nicht in Bund-Länder-Verhandlungen. Aber ich lausche andächtig.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja. - Aber was ich Ihnen auf jeden Fall versprechen kann, ist, dass ich dieses Thema auf die nächste Sitzung der Innenministerkonferenz bringen werde, um in der Tat da zu schauen, wie wir im Verbund aller Länder hier entsprechend weiter vorankommen können.

(Cansel Kiziltepe (SPD):  
Sehr gut!)

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich gucke mal zum Kollegen Güntzler. - Kollege Hauer? - Gut. Herr Güntzler meint, ich habe keine Fragen mehr. Also, es wären auch noch genug; aber ich weiß nicht, ob die jetzt zielführend wären.

Zumindest würde ich jetzt noch mal fragen - das ist ein wenig kurz gekommen; das klang vorhin auch schon mal an - zum Thema Flüchtlingscard. Das sollte ja, zum Hintergrund, eine Bezahlkarte werden zur Gewährung eines Teils von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Da gab es auch einen Bericht des SWR, Herr Marsalek plante das. Und am 7. November 2019 - der November ist da für Wirecard und alles drum



## Nur zur dienstlichen Verwendung

herum wohl so ein ganz geschichtsträchtiger Monat - fand ein Treffen in München statt, im bayerischen Innenministerium, zum weiteren Flüchtlingskartenprojekt in Bayern. Jetzt wollte ich Sie fragen: Hatten Sie Kenntnis davon, und hatten Sie Kenntnis zu diesem Projekt?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also von dem Projekt habe ich natürlich Kenntnis. Es ist etwas, was ich - leider sind wir noch nicht so weit, wie ich eigentlich wollte - schon seit Jahren intensiv betreibe und wo ich hoffe - - Wir sind da auch aktuell weiter in Gesprächen. Ich will jetzt nicht zu weit ausholen, Herr Vorsitzender, aber ich habe über die Jahre hinweg auch Flüchtlingslager in Libanon, in Jordanien usw. besucht. Und interessanterweise die Welternährungsorganisation arbeitet in diesen Flüchtlingslagern mit solchen elektronischen Karten. Da wird jeder Flüchtling in diesem Camp in Jordanien oder Libanon mit so einer Karte ausgestattet, und die ganze Ausgabe von Lebensmitteln usw. läuft alles über dieses Ding. Wir haben das bislang in Deutschland noch nicht geschafft, ich hoffe aber, dass wir es irgendwann schaffen werden.

Ich sage nur: Das ist der Hintergrund für dieses Thema. Und da haben verschiedene Gespräche mit verschiedenen Unternehmen stattgefunden. Und so wie ich Ihnen vorhin sagte, hat es da auch mal - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, da wollte ich nämlich drauf hinaus, genau. Welche Personen, Unternehmen oder Institutionen waren denn da beteiligt? Weil da war ja auch was mit Österreich, glaube ich.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, der - - Hier gab es vor allen Dingen den Kontakt zu Herrn Dr. Kletsch mit der Firma EBCON, der entsprechende Lösungsansätze vorgetragen hat. Der hatte sich proaktiv, nachdem er irgendwie davon hörte, dass wir uns damit beschäftigen, an uns gewandt. Und ohne dass das, glaube ich, vorher so besprochen war, hat er da eben - es war klar, der kann jemanden mitbringen - - und hatte da eben auch einen Mitarbeiter dabei, einen Mitarbeiter von Wirecard, einen Herrn Dams, als technischen Experten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und war auch der frühere ÖVP-Vizekanzler Michael Spindelegger, der jetzt Generaldirektor des Instituts für Migrationsfragen ist, anwesend? Und der Lobbyist Udo Schulze-Brockhausen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, bei einem - - Ob bei diesem Treffen, das weiß ich nicht. Bei einem späteren Treffen war der auf jeden Fall dabei. Und ich habe mich auch schon zwei- oder dreimal, jetzt aber eher in jüngster Zeit, mit Spindelegger getroffen zu genau diesem Thema. Da war aber Wirecard nie mehr mit dabei und davon nicht die Rede.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Aber ich habe dann jetzt auch keine weiteren Fragen mehr und freue mich, dass ich dann zum Verbessern der Schulung in Bayern beitragen konnte. Das ist auch gut. - Dann schaue ich mal zu den Kollegen der SPD. Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Herrmann, sozusagen zum einen: Sie sind natürlich ein absoluter Profi hier im Untersuchungsausschuss - das merkt man -, und ich finde das auch positiv, was Sie angekündigt haben. Aber irgendwie habe ich ein anderes Verständnis von dem, was wir hier im Untersuchungsausschuss machen. Also, wir reden - - wir machen - - Also, ich habe ganz viele Anregungen, was wir machen können, aber wir versuchen ja, herauszufinden, wie das alles so passiert ist. Und ich hatte das vorhin schon mal gefragt, aber da hatte ich keine so wirkliche Antwort bekommen: Was - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Wahrscheinlich weil Sie dann noch 20 Sätze weiter danach gesprochen haben, -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wahrscheinlich, wahrscheinlich!

**Zeuge Joachim Herrmann:** - und dann hatte ich Ihre Frage wieder vergessen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich bin selbstkritisch. - Deswegen die ganz konkrete Frage: Was wäre die Folge für die Wirecard AG, wenn sie als



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Verpflichtete eingestuft wäre? Wenn am 01.01.2020 die Wirecard AG selbst gedacht hätte, die Niederbayern sind zuständig, was hätte das in dem Unternehmen ausgelöst? Weil Sie haben das eben sehr schön - jetzt kommen meine 20 Sätze, sorry - dargestellt: nicht forensisch, keine Verfolgung, präventiv. - Meine Frage zielt auf dieses Präventive ab. Was wären die Folgen für die Wirecard gewesen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Bei einem Unternehmen dieser Größe auf jeden Fall, dass sie einen Geldwäschebeauftragten benennen müssen, dass dieser Geldwäschebeauftragte dann ein Konzept vorlegt, wie denn sozusagen durch entsprechende Regularien in dem Unternehmen die Beachtung der ganzen Geldwäschegrundsätze sichergestellt wird, welche Meldepflichten es in dem Unternehmen gibt, wie das organisiert wird, dass dann gegebenenfalls die Sicherheitsbehörden davon erfahren und, und, und.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Sehr gut. - Und das ist der Grund, weshalb es eben doch eine Rolle spielt, zu welcher Entscheidung man in Niederbayern gekommen ist, weil aufgrund der Tatsache, dass die Wirecard quasi bis zum Schluss dann nichts machen musste, haben die das alles nicht gebraucht. Und jetzt können wir natürlich total spekulieren, ob das was geändert hätte; okay. Aber trotzdem ist das für mich der entscheidende Punkt: Nicht - - Die Niederbayern sind nicht dafür zuständig, da irgendwas rauszufinden, die sind dafür zuständig, dafür zu sorgen, dass die das haben. Und durch die Nichteinstufung kam es nicht dazu.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Weil sie als Nichtverpflichtete angesehen wurden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, weil wir eben diese, sage ich mal, unterschiedlichen Rechtsauffassungen hatten. Und da streiten wir ja jetzt so ein bisschen sportlich drüber, ob es sein könnte, dass man vielleicht auch zu einer falschen Einschätzung gekommen ist. Sie hatten vorhin - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aber ich erinnere daran: die nach wie vor auch von der Bundesregierung, von der amtierenden Bundesregierung, für

den konkreten Fall - nicht für 2018, sondern für jetzt - genau so bestätigt wird.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Herr Herrmann, wir zwei können miteinander singen quasi. - Meine Mitarbeiter haben Ihnen da schon irgendwo was hingelegt, haben sie mir zumindest erzählt. Das ist die von Ihnen zitierte Anfrage von Herrn Toncar an die Bundesregierung. Und ich habe Ihnen auf Seite 4 - - Das ist die Drucksache 19/21530, 7. August 2020. Und da antwortet die von Ihnen jetzt mehrfach angeführte Bundesregierung - ich habe es Ihnen extra angemarkert auf Seite 4 in der Mitte -:

Ob die Wirecard AG ein Finanzunternehmen ist, bestimmt die Regierung Niederbayern und nicht die BaFin. Die BaFin kann die Regierung Niederbayern nicht für zuständig erklären.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja gut.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ist doch unstrittig.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist unstrittig. Aber Sie haben diese Kleine Anfrage des Kollegen Toncar die ganze Zeit als quasi Kronzeugin angeführt, dass die Bundesregierung quasi Sie daraus entlassen hat und Ihnen in Ihrer Einschätzung zustimmt. Dabei geht es aus dieser Kleinen Anfrage nicht hervor, sondern - im Gegenteil - hier folgt die Bundesregierung auch dem, was die BaFin der Bezirksregierung von Niederbayern mitgeteilt hat: dass es eine Tatsachenentscheidung in Niederbayern ist. Und die Bundesregierung - also, ich lasse mich gerne eines Besseren belehren - kommt hier an keiner Stelle zu dem, was Sie gesagt haben.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Wenn Sie die erste Seite dieser Drucksache lesen, dann steht hier:

Die Fragen 1 bis 1c werden zusammen beantwortet.

Antwort der Bundesregierung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Wirecard AG ist selbst nicht Verpflichtete nach dem Geldwäschegesetz und unterliegt daher nicht der Geldwäscheaufsicht durch die BaFin.

Und auch durch niemand anderen, weil sie nicht verpflichtet ist. - Der allererste Satz der Bundesregierung!

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das machen Sie sich ja an verschiedenen Stellen in dieser Form zu eigen. Das ist ja das Gleiche auch, was bei Herrn Findeisen ist. Aber dass Sie aus der Nichtzuständigkeit der BaFin direkt immer ableiten - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein. Die Bundesregierung - - Entschuldigung, also, ich gehe schon davon aus - jedenfalls ist das auch in meinem Hause üblich -, dass wir Antworten an Abgeordnete schon sehr ernst nehmen. Der allererste Satz - unmissverständlich -:

Die Wirecard AG ist selbst nicht Verpflichtete nach dem Geldwäschegesetz ...

Danach kommt die Frage - - Wenn sie verpflichtet ist, dann können Sie diskutieren, welche Behörde zuständig ist. Aber wenn ein Unternehmen nicht verpflichtet ist, dann stellt sich die Frage nach der Zuständigkeit überhaupt nicht. So, und das ist der allererste Satz, klipp und klar und deutlich, amtierende deutsche Bundesregierung.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut. Also, ich glaube, an der Stelle kommen wir heute nicht mehr zusammen. Aber ist ja in Ordnung.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also mehr an bundestreuem Verhalten können Sie von einem bayerischen Staatsminister nicht erwarten,

(Heiterkeit)

als dass er die Antwort der amtierenden Bundesregierung nun wirklich sehr ernst nimmt, ja?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, danke schön.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):  
Das war ein Eigentor!)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gibt es noch weitere Fragen?

(Cansel Kiziltepe (SPD): Ja!)

- Okay. Frau Kiziltepe.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wir haben noch sechs Minuten. - Sie haben ja gesagt, Herr Staatsminister, dass wir im Bereich der Geldwäsche noch viel vor uns haben. Wir müssen noch - - Es ist ein drängendes Problem. Und es ist ja tatsächlich so: Das Geldwäschevolumen ist ja auch riesig. Wissen Sie eigentlich, wie hoch das in etwa in Bayern ist?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Bitte?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das Geldwäschevolumen jährlich in Bayern.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Da das meiste wohl illegal ist, haben wir da natürlich eine hohe Dunkelziffer.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich kann Ihnen - - Das habe ich nicht im Kopf. Ich kann Ihnen sagen, -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Gibt es Schätzungen dazu?

**Zeuge Joachim Herrmann:** - wie viel das Landeskriminalamt im vergangenen Jahr ermittelt hat, wobei wir übrigens - das ist dann wieder eine völlig andere Baustelle - es für ganz dringend halten, nach dem Vorbild Italiens - - Sie müssen nämlich möglichst illegales Geld einfach abschöpfen. Das heißt, wer nicht nachweisen kann, woher er legal sein Geld hat - - Mit der Frage müssen wir uns auch noch mal beschäftigen. Aber, wie gesagt, wie viel wir festgestellt haben, das steht in der Jahreskriminalstatistik und dem Bericht des LKA.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, es gibt ja auch Schätzungen, ne?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Die habe ich aber nicht im Kopf.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber Sie kennen die Zahlen für Bayern.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, die stehen im Jahresbericht des Landeskriminalamts.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Also, es gibt Schätzungen für Gesamtdeutschland: pro Jahr 100 bis 300 Milliarden Euro. Und das ist ja schon mal eine Hausnummer.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das sind die Schätzungen, die aber natürlich diesen illegalen Bereich beinhalten, den wir noch nicht aufgedeckt haben. Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, genau. - Denken Sie, dass Bayern ein Geldwäscheparadies ist?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Dafür gibt es keinen Anlass, das anzunehmen. Aber wir wissen, dass zum Beispiel - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Oder Deutschland?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aber wir wissen natürlich, dass zum Beispiel die organisierte Kriminalität aus Italien immer wieder versucht, natürlich auch Deutschland und auch Bayern als Ruheraum zu benutzen, Geld hier reinzubringen usw., ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Dann wollte ich noch - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Drum ist das ein ganz wichtiges Thema.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das steht auch gerade bei der Tätigkeit unserer Polizeibehörden und des Landeskriminalamts ganz oben an.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Auf jeden Fall. Deshalb begrüße ich auch, dass Sie bei der nächsten Innenministerkonferenz dieses Thema angehen werden, und hoffentlich mündet das auch in eine Bundesratsinitiative. Da sind wir auch gespannt. Wir planen ja da auch auf Bundesebene vieles, und da können wir echt gemeinsam viel machen, denke ich, in dem Bereich.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Gut.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Jetzt wollte ich fragen: das Personaltableau für den Bereich Geldwäsche. Vielleicht können Sie noch mal sagen, wie viele Personen zuständig dafür waren in der Verwaltung vor fünf Jahren und wie viele es jetzt sind.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, das kann ich Ihnen sagen. Das habe ich hier irgendwo.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Die Zeit addieren wir dann, ne?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kiziltepe, ich kann immer nur sagen: Es ist natürlich unsere Zeit.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, ich weiß, irgendwo stehen die Mitarbeiterzahlen, aber ich habe es jetzt, muss ich gestehen, im Moment - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und die Bitte noch mal, dann auch Fragen wirklich zukünftig - während Sie suchen, Herr Herrmann - zum Sachverhalt zu stellen. Das waren jetzt auch wieder zwei Fragen - - Ich hatte es heute schon mehrmals angemahnt -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das gehört zum Sachverhalt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - die Kollegen haben es mir noch mal gesagt -, dass wir an der Sachverhaltsaufklärung arbeiten. Und insoweit möchte ich da noch mal appellieren, weil wir ein sehr sportliches Programm haben, und es ist halt unsere Zeit.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Das gehört aus meiner Sicht zum Sachverhalt.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, das müsste auch den zugeleiteten Unterlagen zu entnehmen sein. Ich habe es jetzt im Moment hier nicht zur Hand. Weil wir geben ja jedes Jahr einen Bericht - wie alle Bundesländer - an das Bundesfinanzministerium, wo das alles aufgelistet ist.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das steht in dem jährlichen Bericht an das Bundesfinanzministerium von jedem Bundesland drin, wie viel Mitarbeiter wo tätig sind.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Also, es gibt da aber keine Vorgaben, wie viele Personen je nach Bevölkerungszahl dafür - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Genau. - Auf jeden Fall hat Herr Mulzer auch gesagt - und aufgrund des Katastrophenfalls war er ja auch abgeordnet worden von seiner eigentlichen Stelle -, dass er da auch weniger Zeit hatte und er aber grundsätzlich auch diese Sicht hat, dass auf jeden Fall da Personal aufgebaut werden müsste. Das wäre doch eine Handlung, die Sie jetzt kurzfristig auch machen können: einfach mal mehr Personal für den Geldwäschebereich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber auch das ist keine Frage zum Sachverhalt.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, noch mal: Die Ausnahmesituation des Coronajahres kann man jetzt wirklich nicht zum Maßstab machen. Aber generell: Wir haben ja da das Personal in den letzten Jahren weiter aufgebaut. Aber ich werde das auch gern zum Thema der Innenministerkonferenz machen, wie wir uns da personell aufstellen. Ich werde mich da natürlich auch informieren, wie die anderen Bundesländer das machen. Es ist, wie gesagt, ja in mehreren Bundesländern bei den Regierungen angesiedelt; auch in Nordrhein-Westfalen ist es bei den fünf Bezirksregierungen angesiedelt und, und, und. Dann

werden wir mal schauen, wie wir das personell ausstatten. Ja.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Sehr gut. - Dann wollte ich fragen: Hat Sie Herr Guttenberg kontaktiert? Ich frage deshalb, weil wir Herrn Guttenberg auch hier zur Zeugenvernehmung hatten, Herrn Kindler und viele andere Politikerinnen und Politiker, die ich jetzt hier aufzählen könnte, die sich eingesetzt haben für dieses Unternehmen, und wir sehen einfach, dass es unbedingt erforderlich ist, in Deutschland endlich ein Lobbyregister einzuführen. Wären Sie dabei?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich bin grundsätzlich für ein Lobbyregister. Da gibt es noch unterschiedliche Meinungen in den Details, wie das gestaltet werden soll und was da angegeben werden muss. Aber noch mal: Wie gesagt, ich kenne Herrn Guttenberg gut, aber er hat mit mir nie über Wirecard geredet.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Okay, vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Auch da mache ich noch mal in aller Freundschaft jetzt darauf aufmerksam: Das Lobbyregister ist schön und gut, ist aber auch nichts zur Sachverhaltsaufklärung. Ich setze das mal auf die nächste Runde, dass wir das noch mal erörtern. - Gut. Dann als Nächstes der Kollege Florian Toncar.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Vielen Dank. - Noch mal zum Thema „Haltung des Bundes“. Ich würde Ihnen gerne etwas vorlesen aus MAT A BMF-13.03, Blatt 22, Dokumentenersteller Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen. Die ist Ihnen ein Begriff, die FIU, ne?

(Der Zeuge nickt)

Da gehen die Verdachtsmeldungen hin; Zuständigkeitsbereich des Bundesministers für Finanzen, also gehört zum Zoll. Die FIU schreibt an das Bundesministerium der Finanzen, Referat III A 2:

Aktueller Sachstand zum Themenkomplex „Wirecard“



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- 28. Juni 2020 -

Bezugnehmend auf o. g. Erlass berichte ich zum aktuellen Sachstand der Befassung der Financial Intelligence Unit (FIU) mit Informationen im Zusammenhang mit dem Themenkomplex „Wirecard“ wie folgt:

- jetzt kommt es -

Die Wirecard AG ist ein in Deutschland ansässiges Finanzunternehmen im Sinne von § 1 Abs. 24 GwG und zugleich Mutterunternehmen einer Gruppe.

Dann wird noch ein bisschen mehr ausgeführt, und dann kommt:

Inzwischen meldete die Verpflichtete Wirecard AG, dass die Drittpartnergeschäfte möglicherweise in der bisher angenommenen Form nicht existieren ...

Und so weiter und so fort. - Die FIU geht also erkennbar von einer Verpflichteteneigenschaft und auch vom Vorliegen der Voraussetzungen des § 1 Absatz 24 Geldwäschegesetz - Finanzunternehmen - aus. War Ihnen das bekannt?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Spielt das - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also mir persönlich jedenfalls nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Bitte?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Mir persönlich jedenfalls nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Ich will nur festhalten, dass das noch eine Autorität ist, und zwar keine Kanzlei oder irgendjemand, sondern die FIU ist für die Entgegennahme von Verdachtsmeldungen zuständig und damit in der Geldwäscheprävention auch extrem wichtig und

selbstverständlich auch befugt, über Verpflichteteneigenschaft zu entscheiden, und kann das auch, hat damit Erfahrung. Das steht gegen Ihre Auffassung oder die Ihrer Beamten. Ich sage es nur noch mal, einfach der Vollständigkeit halber.

Die FIU hat übrigens diese Verdachtsmeldung vom 22.06., die hier erwähnt wird, an das LKA Bayern weitergeleitet, und ich glaube nicht, dass Ihre Leute sie zurückgeschickt haben; aber das nur am Rande. - Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

**Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Jetzt hat das Wort der Herr De Masi von der Fraktion Die Linke. Bitte.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich will noch mal ansetzen, wo wir vorher unterbrochen wurden, Herr Staatsminister. Sie wollten vorher, glaube ich, mitteilen, dass sich die bayerischen Polizeibehörden im Allgemeinen intensiv mit den österreichischen Polizeibehörden austauschen, was ja in der Natur der Sache liegt, weil sie sind ja Nachbarn. Sie wollten aber nicht genau sagen, ob sie sich denn zum Komplex entweder Wirecard, Marsalek oder BVT-Tätigkeiten im Zusammenhang mit Herrn Marsalek ausgetauscht haben, also Ihre Behörden. Wollen Sie diese Frage hier noch mal beantworten?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich kann Ihnen aus dem Stegreif nicht sagen, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie wissen es nicht, oder - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - wann zu diesem Thema - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, gibt es einen konkreten Hinderungsgrund? Wissen Sie es nicht, oder wollen Sie es nicht sagen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Na, ich weiß es nicht. Ich weiß, dass die generell in Kontakt sind, aber ob und wann sie zu diesem Thema unmittelbar in Kontakt sind, kann ich Ihnen - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und das haben Sie auch nie nachgefragt.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Als Innenminister - - Ich meine, das ist doch eine spannende Sache: Der Marsalek wohnt in der Prinzregentenstraße, da, wo das P1 ist, und haut ab, reißt aus. Da ist Ihre Staatsanwaltschaft mit befasst; die ist Gegenstand der öffentlichen Kritik. Das muss Sie doch interessieren als Innenminister.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, aber ich kann Ihnen nicht sagen, weil ich hier auch nichts Falsches behaupten will, ob zu der speziellen Frage - - Ich habe natürlich mit unserem Polizeipräsidenten darüber gesprochen, wie da die Fahndungsmaßnahmen laufen usw.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also nicht mit dem alten, ne? Mit dem aktuellen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Mit dem aktuellen, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** So ist es, Herr Kollege. - Aber ich kann Ihnen, weil ich das alles sehr genau nehme, aus dem Stegreif jetzt nicht sicher sagen, ob wir darüber gesprochen haben, dass der deswegen auch mit der österreichischen Polizei in Kontakt war, also was ich eigentlich annehme. Aber ich will hier nicht spekulieren und dergleichen, und deshalb sage ich: Ich kann Ihnen dazu jetzt nichts Konkretes sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und haben Sie sich - - Weil es wurden ja jetzt hier so verschiedene - - Also, Herr Michelbach hatte zum Beispiel - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Wenn Sie das interessiert, kann ich auch dazu das gerne nachliefern; aber ich kann jetzt aus dem Stegreif dazu nichts sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sehr gerne. - Der Kollege Michelbach, der hat ja vorhin da was bestellt; das wurde dann auf die Tagesordnung der

Innenministerkonferenz gesetzt. Ich würde auch mal gern was bestellen bei der Innenministerkonferenz: Können Sie sich denn da mal über den Verbleib von Herrn Marsalek und die Zusammenarbeit mit den österreichischen Diensten austauschen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Meinen Sie - - Entschuldigung, das scheint mir jetzt schon ein bisschen lächerlich. Meinen Sie, dass das jetzt - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, ich finde das gar nicht lächerlich. Ich finde das überhaupt nicht lächerlich. Ich finde es lächerlich, dass Herr Marsalek in Begleitung der österreichischen Dienste herausspaziert, nachdem er gemütlich zum Italiener geht.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Entschuldigung, ich habe Ihnen im Rahmen dessen, was jetzt unter zwischenstaatlichen Beziehungen noch vertretbar ist, meine deutliche Meinung zu der Entwicklung dieses österreichischen Dienstes vorhin deutlich gesagt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, die habe ich verstanden.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Und auch, dass sie jetzt - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Die habe ich verstanden. Dann können wir ja jetzt fortfahren in meiner Befragung.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Und auch, dass der Bundeskanzler und der jetzige Bundesinnenminister - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Meine Befragung führe *ich*, auch mit einem Minister. Das werden Sie bei mir ganz schnell lernen. - Deswegen will ich noch mal darauf zurückkommen: Sie haben gesagt, dass die österreichischen Dienste nicht zuverlässig waren in der Zusammenarbeit im Berner Club; das war auch die Bewertung eines deutschen Verfassungsschutzpräsidenten. Haben Sie sich denn jemals mit Herrn Fritsche darüber ausgetauscht, über seine Tätigkeit für die österreichischen Dienste? Haben Sie sich jemals mit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Herrn Fritsche über Herrn Marsalek, Wirecard oder BVT ausgetauscht?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein. Interessiert Sie auch nicht.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Entschuldigung, ich habe, seitdem Herr Fritsche außer Dienst ist, keinen Anlass, mit ihm über dienstliche Sicherheitsthemen zu sprechen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wann haben Sie denn das letzte Mal mit Herrn Fritsche gesprochen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Kann ich Ihnen jetzt aus dem Stegreif nicht sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Können Sie auch nachliefern, oder?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, in den letzten zwölf Monaten hatte ich definitiv kein Gespräch mit Herrn Fritsche.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und haben Sie sich mal mit Herrn Seehofer über Wirecard, Marsalek oder das BVT ausgetauscht?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich habe über die Situation des BVT in der Tat mit Kollegen der Bundessicherheitsbehörden auch in den letzten Monaten gesprochen, ja, aber nicht nur wegen Wirecard, sondern auch wegen - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber auch.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Wir haben generell über die Situation dieses Dienstes gesprochen, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie haben gesagt: nicht nur wegen Wirecard. - Das heißt, Sie haben sich *auch* wegen Wirecard ausgetauscht. Korrekt?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Es ging um - -

(Im Sitzungssaal ertönt eine Lautsprecherdurchsage)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Können wir bitte mal die Zeit anhalten für die Durchsage?

**Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach:** Gut, einige Kollegen können zum Abstimmen, wir fahren aber weiter fort. - Wenn der Lautsprecher aus ist, fahren Sie fort, Herr Kollege De Masi.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Wir haben über die Zuverlässigkeit dieses österreichischen Dienstes in Zeiten der Einflussnahme durch die FPÖ gesprochen, und ich kann Ihnen nur sagen, dass - was ich vorhin ja schon mal angemerkt habe - ich mich darüber freue, dass die jetzige Regierung ja offensichtlich bestrebt ist, wieder für eine Verlässlichkeit dieses Dienstes zu sorgen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Haben Sie denn eine Meinung dazu, dass der ehemalige deutsche Geheimdienstkoordinator dann für diesen Dienst arbeitet zu einem Zeitpunkt, wo dieser vom deutschen Verfassungsschutzpräsidenten nicht als zuverlässig eingestuft wird?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Soweit ich weiß, ist das ein ehemaliger Bundesbeamter und, im Unterschied zu Herrn Kindler, kein Beamter, für dessen Tätigkeit in irgendeiner Weise der bayerische Innenminister zuständig wäre.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Haben Sie sich bei diesem Gespräch mit Herrn Seehofer denn auch über den Austausch mit österreichischen Sicherheitsbehörden unterhalten?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Herr Kollege, das habe ich so nicht gesagt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, ich frage Sie ja. Ich habe es ja gar nicht behauptet, ich habe Sie ja gefragt.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein, ich habe auch vorher nicht gesagt, dass ich mit Seehofer darüber gesprochen habe.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ach so, wie haben Sie es denn gesagt? Dann habe ich es falsch verstanden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim Herrmann:** Dass ich mit Bundessicherheitsbehörden über diese Frage gesprochen habe.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ach so, mit Bundessicherheitsbehörden. Okay.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, Entschuldigung, das können Sie wörtlich im Protokoll nachlesen. Und wenn Sie anfangen und versuchen, mir die Dinge im Mund umzudrehen -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, nee, ich frage ja nach.

**Zeuge Joachim Herrmann:** - und nach drei Minuten was anderes zu behaupten, was ich gesagt hätte, als ich gesagt habe - und Sie werden es garantiert im Protokoll wörtlich so nachlesen können -: So kommen Sie mit mir nicht weiter, Herr Kollege, ja?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ganz entspannt! Was habe ich denn behauptet?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich versuche hier wirklich alles bestmöglich, umfangreich usw. zu beantworten. Aber in dem Stil mache ich nicht mit.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, Stilfragen, das ist hier nicht der Regelungsgegenstand. Aber ich habe ja nur nachgefragt; ich wollte es ja verstehen. Also: Sie haben mit Bundessicherheitsbehörden sich ausgetauscht -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - über BVT und auch über Wirecard. Das ist interessant, weil die Bundesregierung uns bisher darüber nicht in Kenntnis gesetzt hat.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich habe - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und dann werden wir jetzt nachfragen. Das war sehr hilfreich für mich und meine weitere parlamentarische Arbeit.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich habe erklärt - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich danke Ihnen. Meine Befragungszeit ist abgelaufen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja. Ich will noch mal klarstellen: Ich habe erklärt auf Ihre Frage usw., dass ich mich über die Zuverlässigkeit des österreichischen Dienstes mit Bundessicherheitsbehörden unterhalten habe - nicht mehr und nicht weniger, ja?

**Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach:** Gut, ist festgehalten.

**Zeuge Joachim Herrmann:** So.

**Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach:** Jetzt kommt die Kollegin Lisa Paus, Bündnis 90/Die Grünen. Bitte.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke schön. - Ich wollte noch mal fragen: Online-glücksspiel ist in Deutschland ja illegal, außer in Schleswig-Holstein, und es hat ja im Zusammenhang mit Wirecard, auch der Wirecard Bank, verschiedene Verdachtsmeldungen gegeben. Es hat auch einmal eine Amtshilfe gegeben seitens der Staatsanwaltschaft und der Polizei in Bayern für die USA, und es hat ja auch 2017 im Rahmen der Veröffentlichung der Paradise Papers und der Panama Papers erneut Verdachtsfälle gegeben in Bezug auf die Wirecard Bank. Könnten Sie mir noch mal sagen, inwieweit Sie dort als Innenminister Informationen darüber haben, wie da Ermittlungen stattgefunden haben?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, was die Wirecard Bank AG anbetrifft, so hat es 2018 eine Mitteilung von Mastercard an das Innenministerium von Niedersachsen, das dafür federführend zuständig ist, gegeben, dass Wirecard als sogenannter Acquirer für den Glücksspielanbieter Bayton Limited tätig sei. Wirecard erklärt auf Intervention des Innenministeriums Niedersachsen, die Zusammenarbeit mit Bayton Limited für Deutschland beendet zu haben. Was dann die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Niedersachsen da weiter gemacht haben, weiß ich nicht. Wir haben jedenfalls keine weiteren Erkenntnisse über glücksspielrechtliche Angelegenheiten in dem Zusammenhang.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war jetzt die Anzeige von Mastercard, wenn ich das richtig verstanden habe.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte mich jetzt bezogen auf die Veröffentlichung der Paradise Papers 2017. Können Sie mir sagen, inwieweit infolgedessen es Ermittlungen gab in Bayern?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das ist - - Mal schauen.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen grundsätzlich bekannt, inwieweit es Verfolgung gegeben hat von illegalem Glücksspiel, Onlineglücksspiel in Bayern?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, es hat in Zusammenhang mit Onlineglücksspielanbietern natürlich immer wieder Verfahren gegeben. Beispielsweise hat die Regierung von Mittelfranken, die federführend für diese Onlineglücksspielangelegenheiten zuständig ist, insgesamt 13 Verfahren gegen illegale Onlineglücksspielanbieter mit Stand vom Juni letzten Jahres betrieben, neun Untersagungsverfügungen, -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe Sie nicht so gut. Könnten Sie bitte - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - vier Anhörungen usw. Also, Paradise Papers: Kann ich Ihnen jetzt nicht konkret was dazu sagen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten jetzt gesagt „Mittelbayern“? Was war das gerade, was Sie gesagt haben? Ich konnte es - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Mittelfranken.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mittelfranken.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Für das Onlineglücksspiel ist wiederum eine Regierung für ganz Bayern zuständig; das ist die Regierung von Mittelfranken. Und Sie haben gefragt, ob wir denn was gegen illegale Onlineglücksspielanbieter usw. getan haben. Da hat es also allein seit - - neun Untersagungsverfügungen gegen solche illegalen Onlineglücksspielanbieter gegeben. Wir haben eine insgesamt intensive Zusammenarbeit und gegenseitige Unterrichtung der Länder. Es hat in den Jahren zum Beispiel 2012 bis 2016 bundesweit 290 Verfahren gegen illegale Onlineglücksspielanbieter gegeben. So, das sind - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die neun Untersagungen - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aber mir ist im Zusammenhang - - also bitte ich - - Das habe ich jetzt nicht als spezielles Thema. Ansonsten - - also in Zusammenhang mit Paradise Papers. Also, das Thema kenne ich, aber kann ich jetzt in dem Zusammenhang nicht erkennen. Also kann ich Ihnen nichts dazu sagen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die neun Untersagungen waren in welchem Zeitraum?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Die letzten waren im vergangenen Jahr, neun Untersagungsverfügungen, vier Anhörungen usw. Und bundesweit, wie gesagt, 290 Verfahren gegen illegale Onlineglücksspielanbieter waren von 2012 bis 2016.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, im Zusammenhang mit Paradise Papers ist Ihnen - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aber ich habe keine Kenntnis davon - das ist jetzt generell zu dem Glücksspiel -, inwieweit es da irgendwie irgendeinen Bezug zu Wirecard gibt bei diesen Dingen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann halten wir das mal so fest. - Dann möchte ich noch einmal zurück zu der Einordnung von Finanzunternehmen, ja oder nein? Das Dokument, was ich Ihnen vorgelegt habe, da hat sich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

inzwischen herausgeklärt: Es gibt doch ganz unten eine Kennung, dass es erteilt worden ist, dass es ein Dokument ist von der Bezirksregierung Niederbayern, und das Datum ist der 13.07. Nur damit Sie dann wissen sozusagen, wonach Sie suchen müssen.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Okay.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich bin ja keine Juristin, Sie sind ja Volljurist. Und deswegen wollte ich Sie doch noch mal fragen: Es hat ja die Änderung gegeben. Vor dem 01.01.2020 war ja die Definition „Finanzunternehmen“ nicht im Geldwäschegesetz geregelt, sondern da gab es ja die Definition nach KWG. Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, haben Sie sich die ganze Zeit über darauf bezogen, dass nach KWG es keine Finanzholding, damit kein Finanzunternehmen sei und dass das Bundesbank usw. festgestellt hätten und dass es damit sozusagen klar sei. So. Es hat aber die Gesetzesänderung gegeben, und es ist nicht mehr nach KWG - - sondern es ist eine eigenständige Kategorie nach Geldwäschegesetz. Und danach muss ja irgendwie dann entsprechend neu geprüft werden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ihre Frage, Frau Paus.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt, dass es da einen Unterschied gibt, dass es da eine gesetzliche Änderung gegeben hat?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Mhm.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann frage ich die nächste Runde weiter.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann die Antwort, oder - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Die Frage war jetzt nur, ob mir bekannt ist, dass es eine gesetzliche Änderung gegeben hat.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau, zum 1. Januar.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, genau.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Und da habe ich gesagt: Ja, das ist mir bekannt. Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Ich schaue mal zu den Kollegen der CDU/CSU rüber: Gibt es da Fragewünsche? - Nein. Ich habe auch keine Fragewünsche mehr.

(Cansel Kiziltepe (SPD):  
Wenn es noch eine Runde  
gibt, dann frage ich auch  
noch! Ja, ich habe einen  
Fragewunsch!)

- Das haben wir mal so in den Verfahrensregeln gesagt: bis keine Fraktion mehr Fragen hat. - Dann Frau Kiziltepe. Aber bitte zur Sache! Ich werde da jetzt ein bisschen härter sein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja. - Weil Herr Staatsminister Herrmann gesagt hat, er sehe da keine Verbindung zum Glücksspielvertrag und zu Wirecard: Ich wollte noch mal hören, ob es eine Kontaktaufnahme von Wirecard bezüglich des Glücksspielstaatsvertrages gab.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Nein. Also nach meiner Kenntnis: Das war dieses einzige Gespräch, das ich vorhin berichtet habe, auf Vermittlung des Ministerpräsidenten a. D. Carstensen, wo dann ein Mitarbeiter der Wirecard AG bei der Gelegenheit die Kompetenz von Wirecard erklärt hat, solche Zahlungsvorgänge zu kontrollieren und damit diesen Spielerschutz sicherzustellen, dass bestimmte Grenzen, Finanzgrenzen, wo einer Geld in der Spielbank, beim Onlineglücksspiel usw. - - dass sie das kontrollieren könnten.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, das Haupt- -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das ist das einzige Mal, wo nach meiner Kenntnis irgendjemand von Wirecard im Zusammenhang mit Glücksspiel jedenfalls mit mir in Kontakt war. Ich schaue noch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mal nach, ob in den Unterlagen noch irgendwas anderes vermerkt ist, aber - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, es gibt ja auch eine tiefergehende Recherche von NDR, WDR und „Süddeutsche“; war heute die Berichterstattung dazu. Und es war ja tatsächlich auch so, dass es Wirecard hauptsächlich um den Glücksspielvertrag und damit um den Erhalt der eigenen Kundenstämme ging. Die waren seit 2014 oder noch früher sogar sehr, sehr aktiv dabei und haben auch verschiedene Berater beauftragt, unter anderem Ole von Beust, aber auch die Rechtsanwaltskanzlei Hambach & Hambach. Kennen Sie Herrn Hambach?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ist mir jedenfalls jetzt nicht bewusst. Ole von Beust hat mit mir ein- oder zweimal in den letzten Jahren wegen Glücksspielstaatsvertrag telefoniert; aber von Wirecard war da nie die Rede.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ich habe hier eine E-Mail aus dem Jahr 2014. Da steht drin:

Liebe ..., wie gestern besprochen, steht der Termin mit Joachim Herrmann für den 21. Juli um 17.30 Uhr im Ministerbüro. Weiter werde ich ... (?)

Genau. Dann ist hier noch Hambach erwähnt. - Können Sie sich an diesen Termin am 21. Juli 2014 erinnern, an dem Burkhard Ley - -

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja, das war dieser Termin mit Carstensen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Carstensen, Burkhard Ley und Sie, oder wie?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, ja, ich lese hier - ich bitte um Entschuldigung -, dass da auch ein Rechtsanwalt Hambach dabei war. Mir sagt der nichts; aber es ist in der Tat so.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Worum ging es in diesem Gespräch? Das ist eine rhetorische Frage.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das ist das, was ich vorhin auch schon zweimal dargelegt habe. Ich sage es Ihnen gern noch mal.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Tatsächlich ist das schon ausgeführt worden, Frau Kiziltepe.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Echt?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielleicht war ich draußen. Das tut mir leid.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja. Aber gerne; es ist ja kein Problem. - Carstensen hatte mich um diesen Termin gebeten. Es ging im Rahmen dieser Gesamtdiskussion „Liberalisierung des Onlineglücksspiels“ usw. - - Darüber ist da gesprochen worden. Bei der Gelegenheit war dann noch mal eben auch Herr Burkhard Ley für die Firma Wirecard, was ich nach meiner Erinnerung vorher so nicht wusste, mit dabei. Und in der Tat sehe ich da auch, dass da auch - an den kann ich mich gar nicht mehr erinnern - Rechtsanwalt Hambach dabei war. Aber so ist das da notiert.

Es ist dann neben den allgemeinen Fragen der Liberalisierung im Glücksspiel, Verhandlungen beim Glücksspielstaatsvertrag eben auch geredet worden über diese Frage, dass Wirecard mit seinen Bezahlssystemen usw., seinen Technologien in der Lage wäre, diese wohl künftigen Anforderungen für den Spielerschutz, nämlich vor allen Dingen systemübergreifend die Grenzen, wie viel einer Geld ausgibt in einer Spielbank, beim Onlineglücksspiel, beim Lotto oder sonst was - - dass sie mit ihren Bezahlssystemen sehr gut sozusagen diesen Spielerschutz garantieren könnten.

Das war so an diesem 21. Juli 2014. Es hat aber danach weder mit Herrn Ley noch mit Herrn Hambach oder sonst irgendwie dazu noch mal irgendwelche Gespräche gegeben. Wir wären ja auch nicht zuständig dafür. Den Spielerschutz müssen die Anbieter im Glücksspiel garantieren, nicht der Staat. Und insofern wäre das immer Sache der Onlinebetreiber selbst gewesen - und wird es auch jetzt so sein -, mit welchen Maßnahmen sie das, wozu sie verpflichtet werden im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Glücksspielstaatsvertrag, auch entsprechend sicherstellen. Aber wohlgemerkt: Es hat nach diesem Gespräch am 21. Juli 2014 mit diesen Personen keinen weiteren Kontakt zu diesen Themen gegeben.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank. - Ich habe noch eine Bitte an Sie. Ich hatte ja eben erwähnt, dass Herr Kindler sich dafür eingesetzt hat, dass der Leibwächter von Herrn Braun einen Waffenschein bekommt. Es gab zuerst eine Ablehnung, und dann hat Herr Kindler sich da eingeschaltet. Das Polizeipräsidium hatte eigentlich ablehnend beschieden, hat dann aber die Meinung geändert, und innerhalb kurzer Zeit ist das alles passiert. Ob Sie aufgrund dessen noch mal überprüfen könnten, ob Herr Kindler anzeigepflichtig gewesen wäre, weil die Frist ja bis 2016 ging, und das mit dem Waffenschein fiel in diesen Zeitraum.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, erstens, wir werden das in der Tat noch mal überprüfen, wann die Beratertätigkeit von Herrn Kindler generell begann. Das ist das eine. Und ich habe natürlich auch heute früh die „Süddeutsche Zeitung“ gelesen und werde auch den Vorgang insgesamt „Wie kam es hier zu dieser Waffenscheinerteilung?“ noch mal überprüfen lassen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, wir haben auch Anhaltspunkte - falls Sie da Hinweise brauchen, können wir die gerne Ihnen auch mitgeben -, dass Herr Kindler mit dem Polizeipräsidenten Andrä telefoniert hat.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Wenn Sie mir was mitteilen wollen, tun Sie das.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann bedanke ich mich bei den Kollegen der SPD und schaue dann noch mal zu den Kollegen der FDP-Fraktion. - Dem Kollegen der Fraktion Die Linke. - Frau Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

(Im Sitzungssaal ertönt eine Lautsprecherdurchsage)

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich wollte noch mal auf das Dokument zurückkom-

men, was Sie nicht erinnern, aber was ja aus Bayern kommt, wie gesagt, wohl von der Bezirksregierung Niederbayern. Jetzt haben Sie ja deutlich gemacht, dass eigentlich an dem besagten Tag, am 25., als Sie mitbekommen hatten, das ist eine Tatsachen- - Nee, Moment, da hatten Sie noch nicht mitbekommen, dass die Bundesbank das gemacht hat, ne? - So, okay. Aber jedenfalls haben Sie jetzt gesagt: Nachträglich war es ja völlig klar, weil es ist ja keine Finanzholding, deswegen ist es auch kein Finanzunternehmen.

Dann frage ich noch mal, warum es ebendieses Dokument gibt, was vom 13.07. ist, in dem sich eben die Aussage befindet:

Eine Analyse der Wirecard AG auf diese Kennzahlen hin - soweit diese vorliegen - ergibt ein gemischtes Gesamtbild, da einige Kennzahlen auf eine Haupttätigkeit der Wirecard AG als Finanzunternehmen hindeuten, ...

Darüber hinaus kann das Kriterium der Haupttätigkeit auch bereits dann erfüllt sein, wenn der Anteil der fraglichen Tätigkeit weniger als die Hälfte der gesamten unternehmerischen Aktivitäten umfasst, für das Unternehmen aber charakteristisch ist.

Warum gibt es diese Prüfung, ob es ein Finanzunternehmen ist oder nicht, am 13.07, wenn doch diese Entscheidung so eindeutig und klar gefallen ist und Sie ja auch zitiert haben, dass Sie Herrn Findeisen wahrgenommen haben rund um den 25. und auch die Kleine Anfrage des Kollegen Toncar wahrgenommen haben?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Warum es diesen Vermerk gibt, das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Können Sie mir denn als Jurist noch mal erläutern, was eine Tatsachenentscheidung ist? Weil Sie ja auch darauf hingewiesen haben, das war für Sie wichtig, nach dem Telefonat mitbekommen zu haben, dass es sich um eine Tatsachenentscheidung handelt. Könnten Sie für Laien



## Nur zur dienstlichen Verwendung

noch mal erläutern, was eine Tatsachenentscheidung ist?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ich hatte das so verstanden, dass das Bundesfinanzministerium, die BaFin usw. der Meinung sind: Ja, das muss aufgrund der konkreten Fakten und der entsprechenden Subsumtion unter das geltende Gesetz eben im konkreten Fall entschieden werden. Und genau das haben wir dann in der Besprechung getan, und dann haben mir meine Mitarbeiter meines Erachtens schlüssig erläutert, warum unter diesen Gesichtspunkten die Wirecard AG, die Muttergesellschaft, eben in der Tat diese Bedingungen nicht erfüllt und deshalb keine Verpflichtete ist.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie hatten uns ja zugesagt, dass Sie im Nachgang noch mal dem nachspüren werden, dem Zusammenhang dieses Rechtsgutachtens. Das halten wir noch mal fest, dass Sie das noch mal nachliefern werden, wann dieses Dokument aus welchem Grunde von wem erstellt worden ist, in welchem Auftrag.

(Der Zeuge nickt)

**Zeuge Joachim Herrmann:** Dieses, was Sie jetzt gerade noch mal angesprochen haben: Ja, werde ich mich erkundigen. Ich kann es Ihnen jetzt aus dem Stegreif nicht sagen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Noch eine letzte Frage zum Thema Geldwäscheaufsicht insgesamt und der Funktion sozusagen der präventiven Geldwäscheaufsicht: Ihnen ist schon bekannt, dass in der Nationalen Risikoanalyse Deutschlands drinsteht, dass der Nichtfinanzsektor das zentrale Problem ist bei der Geldwäscheaufsicht? Und ist Ihnen auch bekannt, dass bei der FIU über 120 000 Verdachtsmeldungen eingegangen sind im letzten Jahr, aber nur 2 Prozent sich auf den Nichtfinanzsektor beziehen? Sehen Sie nicht eine Korrelation zwischen der personellen Ausstattung der Aufsicht und diesen Zahlen, dass es eben aus dem Nichtfinanzsektor in Deutschland keine Verdachtsmeldungen gibt? Oder meinen Sie, dass es im Nichtfinanzsektor keine Geldwäsche gibt in

Deutschland? Also, gibt es die Korrelation zwischen der Existenz von Geldwäsche in Deutschland einerseits und den extrem geringen Meldungen von Verdachten, von Verdachtsmeldungen aus dem Nichtfinanzsektor?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Also, zwischendrin - - Ich weiß nicht, ob ich das jetzt immer alles richtig verstanden habe, was Sie gerade gesagt haben. Zwischendrin war da, glaube ich, -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Bei der FIU gehen jedes Jahr -

**Zeuge Joachim Herrmann:** - ein logischer Bruch mal drin.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - 120 000 Meldungen ein.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Aber wenn ich Sie jetzt richtig verstehe im Ergebnis: Sie sprechen davon, dass auch der Nichtfinanzsektor eine erhebliche Rolle wohl bei der Geldwäsche spielt, ja? Verstehe ich das richtig?

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Teilen Sie meine Einschätzung, dass es Geldwäsche gibt im Nichtfinanzsektor in Deutschland in relevanten Größenordnungen?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Die Frage ist, wo sich denn das abspielt, mit welchem Ergebnis. Natürlich: Nichtfinanzsektor. Ja, Geld wird gewaschen zum Beispiel durch Grundstücksgeschäfte. Jetzt können Sie sagen, das Grundstücksgeschäft als solches gehört zum Nichtfinanzsektor.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da sind Sie zuständig.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Genau.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Bezirksregierung Niederbayern.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Joachim Herrmann:** Genau. Und drum - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt kaum Meldungen aus dem Immobilienbereich, auch aus Bayern nicht.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Und drum habe ich Ihnen gesagt: Ja, das ist ein ganz wichtiges Thema, zum Beispiel auch bei den Notaren oder dergleichen mehr. Die Frage ist - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es 20 Meldungen bundesweit.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Bitte?

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, es gab ungefähr 20 Meldungen bundesweit von Notaren in Deutschland.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Ja. Und deshalb ist jetzt die Frage: Welcher Makler beispielsweise erkennt das - auch die Makler unterliegen sozusagen ebendieser Geldwäscheaufsicht -, dass es sich um jemand handelt, der da Geldwäsche betreiben will?

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber denken Sie, dass deswegen die Geldwäscheaufsicht und die Geldwäschebekämpfung in Bayern gut dastehen, wenn wir diese Diskrepanz haben zwischen einerseits dem tatsächlichen Problem „Geldwäsche in Milliardenhöhe“ und auf der anderen Seite der personellen Ausstattung, für die Sie verantwortlich sind?

**Zeuge Joachim Herrmann:** Entschuldigung, noch mal: Ich habe jetzt bewusst von der Person beispielsweise dieses Maklers gesprochen. Die Geldwäscheaufsicht schaut, ob der Makler das ernst nimmt und sorgfältig damit umgeht. Und jetzt habe ich Ihnen - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sind ja nicht nur für die Prävention zuständig.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Entschuldigung, jetzt habe ich - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind ja der Innenminister, auch für die Polizei zuständig, also insgesamt für den Kampf gegen Geldwäsche.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Uns ist das sehr wichtig, und drum habe ich gesagt: Das ist ein ganz wichtiges Thema für die Kriminalpolizei, für das Landeskriminalamt usw. - Die Frage ist in der Tat: Wie kommen wir bei dem Thema weiter? Und da ist es natürlich so: In dem Moment, wo große Geldsummen über Konten bewegt werden, tun Sie sich wesentlich leichter, zu erkennen: „Das sieht aber merkwürdig aus!“, warum jetzt da der eine dem anderen 100 000 Euro überwiesen hat und dergleichen. Da ist es natürlich wesentlich leichter erkennbar, auch durch Computerprogramme der Banken beispielsweise, sozusagen: „Hoppla! Das müssen wir uns näher anschauen. Wer hat da wem warum wie viel überwiesen?“ und dergleichen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das wäre ein gutes Argument für eine bessere personelle und technische Ausstattung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Paus, die Zeit ist um.

**Zeuge Joachim Herrmann:** Das ist wesentlich leichter, als wenn wir über solche Dinge reden - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin mit meinen Fragen zu Ende. Ich muss auch noch abstimmen. Ich danke für die Antwort.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke. - Dann aber jetzt sportlich, das sind noch fünf Minuten. - Gut, dann schaue ich ins Rund: CDU/CSU? - Nach wie vor nein. - AfD nein. - Wie sieht es bei den Kollegen der SPD aus?

(Dr. Jens Zimmermann  
(SPD): Wir könnten uns  
noch was überlegen!)

- Ist Ihre Zeit. Wir müssen gleich noch die Frage Schulte entscheiden. Sie kriegen, was Sie bestellen. Den Rest machen wir in der Obbleuterunde.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Jens Zimmermann  
(SPD): Nein, nein! Spaß!)

Ich gucke zu den Kollegen der FDP. - Kollege De Masi? - Bündnis 90/Die Grünen, da hat eben Frau Paus gesagt: Das war es. - Dann stelle ich zunächst mal fest: so kein Bedürfnis mehr. Ich frage jetzt noch mal in die Runde: Besteht das Bedürfnis, dem Zeugen noch Fragen zu stellen, die in eingestufte Sitzung zu behandeln sind? - Auch das kann ich nicht erkennen. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat.

Dann können wir Ihre Befragung, sehr geehrter Herr Herrmann, für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Ein paar Versprechen haben Sie uns ja mitgegeben; die müssten ans Protokoll. Vielmehr wird Ihnen dann eben noch das Protokoll der Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Jetzt darf ich mich bei Ihnen recht herzlich bedanken, wünsche Ihnen jetzt noch eine gute Nacht, vielleicht auch noch eine gesunde Heimkehr nach Bayern. Bleiben Sie gesund! Und vielen Dank, dass Sie hier waren!

**Zeuge Joachim Herrmann:** Danke schön. Ich wünsche Ihnen auch alles Gute! Bleiben Sie gesund!

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke schön. - Gut, dann kommen wir zum Namensvetter. Dann würde ich nämlich vorschlagen, wir legen gleich weiter los mit der Zeugenvernehmung Dr. Florian Herrmann, und bitte, den dann zu uns in den Sitzungssaal zu geleiten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen Dr. Florian Herrmann

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann starten wir mit der Zeugenvernehmung Dr. Florian Herrmann. Ich freue mich, sehe, Sie haben schon Platz genommen, sind im Saal. Ich hoffe, Sie hatten eine gute Anreise und einen guten Aufenthalt so weit. Herzlich willkommen zunächst mal im Namen des Ausschusses!

Herr Dr. Herrmann, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür erst mal herzlichen Dank. Das spart uns Zeit.

Damit kann ich mich auf einige technische Hinweise beschränken. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie hierzu, zu diesen Hinweisen, noch Fragen?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Ich sehe auch, Sie sind mit dem Gebrauch des Mikros hier vertraut; das ist gut. Das bitte ich immer einzuschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, weil wir auch einen Tonmitschnitt machen.

Herr Herrmann, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf, Ihren Wohn- oder Dienstort mitteilen.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Florian Herrmann, 49 Jahre alt, gelernter Jurist, ausgeübter Beruf: Staatsminister. Ladungsfähige Anschrift: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Herr Herrmann, Sie können, wenn Sie es nunmehr wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort, Dr. Herrmann.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Ja, vielen Dank. - Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich würde ganz gern von der Gelegenheit, die Sie mir bieten, Gebrauch machen und in einigen Sätzen sozusagen darstellen, welche Verbindung - - oder was ich zum Untersuchungsgegenstand beitragen kann bzw. welchen Berührungspunkt es zum Wirecard-Konzern gibt, was Sie ja vermutlich auch den Akten schon entnommen haben.

Der einzige Berührungspunkt aus meiner Sicht ist ein Gespräch, das ich geführt habe am 20. November 2019 in meinem Dienstzimmer in der Staatskanzlei mit den Herren von Knoop und Ley von Wirecard damals, und der Herr Kindler war ebenfalls mit anwesend, der um diesen Termin gebeten hatte. Aus meiner eigenen Erinnerung an diesen Termin kann ich sagen: Der Termin, das Gespräch hat stattgefunden. Es war ein Gespräch, wie ich zahlreiche derartige Gespräche führe. Es gab für dieses Gespräch keinen spezifischen Anlass, kein besonderes Thema. Es gab auch kein Anliegen der Gesprächspartner. Also, es war quasi nicht so ein Gespräch, wie es sie ja auch häufig gibt, wo die sagen: Wir würden gern über dies und jenes ganz konkret sprechen, wir haben dieses und jenes Anliegen. - Das war eben nicht der Fall, sondern ein sehr allgemeines Gespräch, letztlich ein Vorstellungsgespräch. Es wurde in diesem Gespräch das Unternehmen ganz allgemein vorgestellt. Deshalb hatte ich auch keine spezifische Terminvorbereitung für dieses Gespräch, wie man es bei echten Fachgesprächen kennt. Aus meiner Sicht war es, also im diplomatischen Umgang würde man sagen, ein Höflichkeitsgespräch. Drum habe ich auch keine aktive



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Erinnerung jetzt an einzelne Details dieses Gesprächs oder einzelne Themen, vor allem auch deshalb nicht, weil kein konkretes Anliegen vorgetragen wurde, weil keine Bitten oder Ähnliches seitens der Gesprächspartner vorgetragen wurden und deshalb auch meinerseits nichts veranlasst war.

In der Folge dieses Gesprächs gab es meinerseits keine weiteren Kontakte, kein Follow-up, kein gar nichts. Es war damit sozusagen aus meiner Sicht auch erledigt. Es war letztlich ein Kennenlern-, ein Vorstellungsgespräch, das mir auch sinnvoll erschien, weil es eben ein Unternehmen war, das im Landkreis München in Bayern, im Münchner Umfeld seinen Sitz hat, und weil es ja damals schon, ein Jahr vorher ungefähr, in den DAX aufgestiegen war. Da schien mir das interessant, da halt mal ein Gespräch zu führen, auch wenn es kein konkretes Anliegen gab. Es gab dann auch kein Follow-up, keine weiteren Anliegen. Aus den Unterlagen entnehme ich, dass mal noch ein Kontakt war vom Büro in mein Büro, weil mit dem Kollegen Aiwanger ein Gespräch hergestellt werden sollte, dem bayerischen Wirtschaftsminister; allerdings hat das auf dem Büroweg stattgefunden.

Das war mein Kontakt mit Wirecard, mit diesen beiden Herren, und das war der einzige Kontakt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann mache ich wie immer erst mal die allgemeinen Fragen, um für meine Kollegen schon ein paar Dinge abzuräumen. Herr Dr. Herrmann, wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Hatten Sie die Möglichkeit, zum einen die Akten zu sichten? Sind Sie von anderen Personen noch mal angesprochen worden auf die heutige Vernehmung? Wie war das?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, ich habe mich in erster Linie darauf vorbereitet, dass ich versucht habe, mein Gedächtnis zu bemühen, um mich irgendwie an dieses Gespräch zu erinnern, wobei die Erinnerung das ist, was ich gerade wiedergegeben habe. Ich habe dann die vorbereiteten Unterlagen auch noch einmal gesehen, die wir damals hatten für das Gespräch - das waren

ein paar Blätter mit der Beschreibung, was Wirecard war usw. -, und dann im Nachgang zum Teil, soweit die Staatskanzlei betroffen ist, Schriftliche Anfragen Landtag, Bayerischer Landtag, gesehen.

Im Übrigen: Ich bin von niemandem angesprochen worden, habe auch keine Gespräche geführt oder Ähnliches.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die zweite Frage, die ich jetzt gehabt hätte, hatten Sie eben schon in Ihrer Stellungnahme erläutert. Dann komme ich also auch gleich zur dritten: Haben Sie im Untersuchungszeitraum, also 01.01.2014 bis 08.10.2020, Wirecard-Aktien erworben, besessen, Derivate oder etwaige Optionen auf diesen Aktienwert gehalten, erworben, verkauft?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nichts von alledem.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nichts dergleichen. Gut. - Dann komme ich auch gleich noch mal zu den Fragen. Waldemar Kindler initiierte - wir hatten es heute schon mehrmals - am 20. November 2019 ein Gespräch zugunsten der Wirecard AG - das ist heute relativ klar geworden - in der Staatskanzlei. Daran nahmen neben Dr. Florian Herrmann eben die ehemaligen Wirecard-Finanzvorstände Alexander von Knoop und Burkhard Ley sowie Waldemar Kindler selbst teil. Bereits 2019 aber häuften sich ja die kritischen Presseberichte, beispielsweise in der „Financial Times“. Dann wurde ja Ende 2019 just in diesem Monat auch der Sonderbericht von KPMG angefordert. Insoweit: Hatten Sie Kenntnis seinerzeit von dieser Sonderprüfung und von dieser negativen Berichterstattung, als dieses Treffen eben am 20. November 2019 stattfand?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, ich habe mich mit Wirecard nicht näher beschäftigt. Im Vorfeld des Gesprächs gab es eine Gesprächsvorbereitung, wie üblich, wo mein Büro die Dinge zusammenstellt, und dem habe ich entnommen - - Aber ich bin mir jetzt auch nicht mehr ganz sicher, ob das möglicherweise auch eigene Erinnerung ist an Zeitungslektüre oder Ähnliches. Also, ich will damit sagen: Ich habe keine



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vertieften Kenntnisse und möglicherweise durch Zeitungslektüre oder Ähnliches mitbekommen, dass es da unterschiedliche Vorwürfe gab in unterschiedliche Richtungen. Das war mir, ich sage mal, vage bekannt, ohne dass ich das selber vertieft hätte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das heißt - -

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Diesen KPMG-Bericht, das habe ich - - Also, da bin ich mir nicht mehr sicher - es steht in dieser Terminvorbereitung drin, dass der beauftragt wurde -, ob ich das vorher schon wusste. Aber ich habe mich damit auch nicht befasst.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das heißt, Zweifel hatten Sie nicht. Oder hatten Sie es im Treffen mal angesprochen mit den Finanzvorständen der Wirecard AG?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Das weiß ich nicht, ob wir darüber gesprochen haben, weil ich eben an das keine Erinnerung habe. Möglicherweise wurde es angesprochen, dass man - - Das ist aber jetzt spekulativ, wie ich mir vorstelle, dass ich es üblicherweise machen würde, dass ich sage: „Ah, was ist da los?“ und irgendwie so, und dann haben die sicher irgendeine Antwort gegeben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Wurden vorher schon Versuche der Kontaktaufnahme zu Ihnen unternommen im Zusammenhang mit Wirecard oder einer der zahlreichen Tochtergesellschaften, die es ja auch in der Holding gibt?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein. Also, es war über den Herrn Kindler, der eben mich kontaktierte. Den kannte ich ja schon länger, weil er war Landespolizeipräsident, und ich war, bis ich ins Kabinett kam, Vorsitzender vom Innenausschuss. Also, thematisch hatten wir häufig zu tun; dadurch kannte ich ihn. Und er hat mich dann mal darauf angesprochen. Mir schien das irgendwie nachvollziehbar, ein DAX-Unternehmen, das in Bayern den Sitz hat, das da jetzt neu reingekommen ist, einfach mal kennenzulernen. Ich hatte da keine Kenntnis vorher davon. Aber irgendwelche anderen Leute nach meiner Erinnerung sind nie auf mich zugekommen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann noch eine Frage: Gab es da einen Zusammenhang? Am 11. September 2019 trafen sich die damaligen Finanzvorstände, eben auch wieder Burkhard Ley, Alexander von Knoop, mit Lars-Hendrik Rölller, Wirtschaftsberater der Bundeskanzlerin Angela Merkel, im Bundeskanzleramt. Stand dieses Treffen in einem Zusammenhang mit dem Treffen bei Ihnen im November 2019? Stand da irgendwo eine Verbindung? Oder war das eine Conditio in irgendeiner Form?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein. Also, der Termin, den Sie eben genannt haben, der sagt mir nichts. Und es war in keinsten Weise in irgendeiner Form von - also soweit ich mich erinnere, und an das würde ich mich sicher erinnern, wenn es da um die Kanzlerin gegangen wäre oder Ähnliches - - die Rede.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Haben Sie den Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder über das Treffen vom 20. November, was ja zuerst eben bei mir in Rede stand, in Kenntnis gesetzt?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, sicher nicht unmittelbar nach dem Gespräch oder im zeitlichen Umfeld. Das war eins von vielen Gesprächen, die ich in meiner Funktion halt führe. Ich berichte jetzt nicht einzeln und über das sicher nicht. Im Zuge dann, ich denke, der Vorlage der Unterlagen hier für den Ausschuss, da habe ich es dann halt - - Das heißt, ich habe es nicht erzählt, sondern es war dann klar. Das sind wir ja durchgegangen: Welche Gespräche gab es? Aber - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Früher kam der Ministerpräsident nicht auf Sie zu? Also, ich meine, der 20. November war ja noch etwas vor dem Big Bang, so nenne ich das mal, oder Supernova von Wirecard. Also nicht vorher, als beispielsweise dann das Sondergutachten 27./28. April veröffentlicht wurde, oder im Zuge einer Prüfung durch die BaFin? Dann gab es ja noch das Geheimgutachten, was dann am 20. erörtert wurde. Also nicht im Vorfeld oder dann - wir haben es ja heute mehrmals thematisiert - mit der doch kritischen Frage innerhalb des Freistaa-tes, wie denn nun geldwäschetechnisch mit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirecard zu verfahren sei? Also, tatsächlich Herr Söder haben Sie erst jetzt bezüglich Ihrer Ladung zum Untersuchungsausschuss zu diesem Thema oder zu diesem Treffen am 20. November 2019 unterrichtet.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Ja. Also, ich habe sicher nicht mit dem Ministerpräsidenten über Wirecard gesprochen im Vorfeld.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann hätte ich jetzt erst mal keine Fragen mehr. - Dann macht Dr. Michelbach weiter für die CDU/CSU. Bitte schön.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, Herr Vorsitzender. - Herr Staatsminister, vielen Dank, dass Sie heute unserem Untersuchungsausschuss zur Verfügung stehen. - Der Untersuchungsausschuss hat ja inzwischen festgestellt, dass Wirecard seine eigenen Interessen sehr hartnäckig und vielfältig vertreten hat und auch gezielte Vorteile von der Politik für sich gesucht hat, als Ausgangspunkt in vielen Beispielen. Jetzt wissen wir natürlich heute, dass dort vieles stattgefunden hat in diesem Unternehmen bei uns in Bayern und dass hier bandenmäßiger Betrug, Marktmanipulationen, Geldwäschebetrug, kriminelle Beschattung von Journalisten und, und, und vorgeworfen werden. Und es ist klar, dass nach den Vorgängen, die hier insbesondere im Bundeskanzleramt in Berlin stattgefunden haben, wir uns natürlich auch davon informieren müssen, was denn von Wirecard in München für die eigenen Interessen so aufgezogen wurde.

Jetzt haben Sie ja schon berichtet, dass am 20.11.2019 in der Bayerischen Staatskanzlei dieser Termin stattgefunden hat und dass der Herr von Knoop und der Herr Ley teilgenommen haben. Ich will noch mal ausdrücklich fragen, weil das bisher von Herrn Kindler, dem ehemaligen Landespolizeipräsidenten, nicht so bestätigt wurde - er hat es eher so bestätigt, dass der Termin von Ihnen ausging -: Hat er um den Termin gebeten, oder ging es von der Staatskanzlei aus?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Vielen Dank, Herr stellvertretender Vorsitzender. - Also, der Gesprächswunsch ist sicher nicht von mir ausgegangen, weil ich dann mich unmittelbar mit der Firma auseinandergesetzt hätte, wenn ich das gewollt hätte, und nicht über den Herrn Kindler. Er hat das an mich herangetragen - ich meine auch, dass es dazu eine E-Mail gibt -, und mir schien das dann aber in Ordnung. Ich habe da ja keine - - Es gab ja damals keinen Anhaltspunkt, was alles da dahintersteckt an krimineller Energie. Also, insofern war das Gespräch meines Erachtens vom Herrn Kindler avisiert, und dann habe ich gesagt: Das können wir machen. - Und dann wurde es gemacht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. Die Staatskanzlei muss ja auch immer bürgerfreundlich sein, ist klar, und unternehmer- und wirtschaftsfreundlich. Aber ist es Ihnen nicht ein bisschen merkwürdig vorgekommen, dass sich ausgerechnet Bayerns ehemals ranghöchster Polizist für ein Unternehmen wie Wirecard, das ja im Wesentlichen Zahlungsdienstleistungen für Pornogeschäfte, für Glücksspielgeschäfte vorgenommen hat, in die Bresche wirft, dass ja Ende 2019, gelinde gesagt, schon erhebliche Vorwürfe im Raum standen - - um nicht zu sagen: schon einen zwielichtigen Ruf zumindest in den Medien genossen hat? Ist das in irgendeiner Form ein Thema gewesen? Hat Sie da niemand geschützt, wenn schon, sagen wir mal, ein solcher Termin dann in der Staatskanzlei stattfindet?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, für mich stand im Vordergrund, dass es sich um ein Unternehmen handelt, das halt kürzlich in den DAX aufgenommen wurde, das seinen Sitz in Bayern hat. Und derartige Gespräche mit Unternehmen, also solche Vorstellungsgespräche und Ähnliches, werden ja häufig geführt.

Kenntnis über die Geschäfte, die Sie gerade erwähnt hatten, hatte ich zu dem damaligen Zeitpunkt nicht. Und wie Sie wissen, gibt es ja häufig Personen, denen man jetzt zunächst vertraut, wie den Herrn Kindler. Ich hatte überhaupt keinen Zweifel; das ist ja ein rechtschaffener Beamter,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und ich schätze den. Und da gibt es aber zahlreiche, die einen immer wieder mal anrufen und um derartige Gespräche bitten. Und wenn das nicht völlig absurd ist - oder wo man sagt, das ist völlig überflüssig oder irgendwie anrühlich -, dann mache ich das halt, weil es ein bayerisches Unternehmen ist. Und es hat mich auch interessiert.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, das ist nachvollziehbar. Nur muss man heute, aus der heutigen Sicht, sehen, dass diese Aufnahme in den DAX wie eine Monstranz vor sich hergetragen wurde und für viele Dinge eine Rolle gespielt hat. Tatsache ist, dass wir festgestellt haben, dass diese Aufnahme in den DAX von niemandem geprüft wurde. Die Aufnahme in die Börse wurde von niemandem geprüft. Wirecard ist mehr oder minder in die Deutsche Börse hineingerutscht durch einen Kauf einer kleinen Firma damals. Aber die Tätigkeit, das Geschäftsmodell, wurde nie geprüft. Hat das insgesamt eine Rolle in München gespielt, dass da eine Firma ist, die schnell wächst und in den DAX so schnell aufgezogen ist? Es gab ja auch andere Teilnehmer, die dadurch rausgeflogen sind. Also, hat man sich da Gedanken gemacht in München in der Staatskanzlei?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, ich habe es auch nicht geprüft, aber - - Also, ich habe da keine tieferen Analysen vorgenommen; das muss ich sagen. Ich habe das halt zur Kenntnis genommen, dass das Unternehmen in den DAX aufgestiegen ist. Ich bin da auch mit all diesen Dingen nicht fachlich vertraut. Das heißt, ich fand das zunächst mal interessant, dass das Unternehmen in den DAX aufgestiegen ist, habe das jetzt auch nicht weiter hinterfragt, ob das zu Recht ist oder zu Unrecht. Mir war bekannt aus der Terminvorbereitung, dass das ein sehr wachstumsorientiertes Unternehmen ist. Allerdings habe ich mir jetzt auch keine Gedanken über die Hintergründe gemacht. Ich habe das einfach zur Kenntnis genommen: ein Unternehmen, das in Bayern, im Landkreis München, ansässig ist, das in den DAX aufgestiegen ist, wo ich noch nie irgendwie Kontakt hatte. Und dann meint Kindler: Wäre doch mal interessant. - Dann dachte ich: Na klar, ist doch mal interessant. - Also, es ist aus heutiger

Sicht vielleicht naiv, aber aus damaliger Sicht aus meiner Sicht nachvollziehbar.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, das ist wirklich nachvollziehbar. Sie sind ja auch nicht alleine derjenige, der eine solche Kontaktaufnahme letzten Endes dann akzeptiert hat. Auch das Bundeskanzleramt wurde ja mit ähnlichen Lobbyvertretern letzten Endes zu einem Gespräch aufgefordert. Da hat man aber schon auch Bedenken geäußert. Deswegen hat das Gespräch mit der Bundeskanzlerin nicht stattgefunden.

Uns liegt eine Gesprächsvorbereitung für die Staatskanzlei zu dem Termin in der Staatskanzlei in München vor, und darin sind kritische Hinweise zu Wirecard zusammengefasst. Hat man die Ihnen zukommen lassen für die Entscheidung zu diesem Gespräch? Ist Ihnen das bekannt gewesen, dass hier eine Mitarbeiterin in der Staatskanzlei Hinweise gegeben hat zu damals ja schon in den Medien - „Financial Times“, „WirtschaftsWoche“, „FinanzBusiness“ usw. - - schon deutliche Kritikpunkte, sogar erhebliche Vorwürfe auch durch den Zatarra-Bericht usw. vorhanden waren? Also, wenn man ein solches Haus wie die Staatskanzlei sieht mit den vielen guten Leuten: Da hat man ja auch Hinweise zusammengefasst. Ist das angekommen, oder hat man das nicht an den Staatsminister rangetragen?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, ich erhalte ja für solche Gespräche regelmäßig eine Gesprächsvorbereitung in schriftlicher Form, einen Vermerk, einen Gesprächsvermerk, in dem Informationen über Gesprächspartner, jetzt in dem Fall über Wirecard AG meines Erachtens oder über die Gruppe oder so, enthalten sind. Ich glaube, der Vermerk ist eigentlich auch bei den Akten, wenn ich es richtig sehe. Und nach dem - - Also, nach meiner Vorbereitung - ich habe das ja jetzt noch einmal in der Vorbereitung für die Sitzung gelesen - standen in dem Vermerk auch diese kritischen Punkte drin, auch der Hinweis, dass der Vorstand das KPMG- - die Sonderprüfung in Auftrag gegeben hatte, und ich gehe davon aus, dass ich das vor dem Gespräch gelesen habe. Wie immer vor den Gesprächen lese ich die Vermerke, um mich dann darauf vorzubereiten. Also, mir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

war das, was im Vermerk steht, bekannt. Aber ich habe dann nicht weiter recherchiert oder Ähnliches. Ich habe das zur Kenntnis genommen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Und hätte man vor dem Hintergrund dieser Ausführungen das Gespräch nicht besser abgesagt, oder war man sich nicht sicher? Oder wie kann man das verstehen?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Na ja, also, ich rekonstruierte das jetzt mal, weil eine konkrete Erinnerung habe ich da nicht dran. Aber es war natürlich so, dass in der damaligen Phase - - gab es ja unterschiedliche Themen und unterschiedliche Vorwürfe in verschiedene Richtungen. Da gab es ja diese Vorwürfe der Kursmanipulation durch vermeintlich, angeblich - ich kann das nicht beurteilen - falsche Zeitungsartikel oder Empfehlungen oder Ähnliches. Und es gab auf der anderen Seite die Vorwürfe - - das, was dann ja durch das KPMG-Gutachten aufgeklärt werden sollte. Und das stand halt irgendwie so im Raum. Das war aber für mich jetzt nicht so konkret, dass ich aus diesem Grund das Gespräch absagen würde, zumal es ja auch nicht ein Fachgespräch über diese Themen war, sondern einfach nur ein allgemeines Kennenlernen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, es verwundert uns - nach den bisherigen Erfahrungen von Wirecard, dass die Interessen da sehr zielgenau vorgetragen wurden -, dass die bei Ihnen mehr so Smalltalk, also mehr Allgemeinplätze, gesprochen haben. Da gibt es allerdings eine Gesprächsnotiz Ihres Mitarbeiters Herrn Frik aus der Staatskanzlei, der einen Kontakt noch mal mit Herrn Ley darauf hatte, und der Herr Ley hat sich sehr erfreut in einer E-Mail dargestellt - ich zitiere wörtlich -, „gemeinsame Ansatzpunkte für eine Fortsetzung des aufgenommenen Dialogs vereinbart zu haben“. Kann man noch mal da etwas näher dazu erfahren? Können Sie das erläutern, was diese Ansatzpunkte waren, die hier stattgefunden haben? Ging es dabei zum Beispiel um das China-Geschäft von Wirecard?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, über den Inhalt dieser E-Mail kann ich jetzt aus eigener Wahrnehmung nichts sagen, weil das ja eine E-

Mail von dem Herrn Ley ist, und da müsste man den fragen, wieso er das schreibt und aus welchem Grund. Ich habe an diese - - Also, ich wüsste nicht, auf was der sich bezieht. Und ich habe auch, wie gesagt, wie ich es vorher schon eingangs gesagt habe, keine konkrete Erinnerung an dieses Gespräch. Es war für mich ein allgemeines Gespräch. Die haben sicher über ihre - - Ich habe vermutlich auch - - Aber ich rekonstruierte das jetzt, weil ich keine konkrete Erinnerung habe. Ich habe sicher nach dem Geschäftsmodell gefragt, ich habe sicher gefragt: „Erklären Sie noch mal: Was ist Zahlungsabwicklung? Was machen Sie da?“ usw. Also, ich hatte ja da keine große Vorkenntnis, sodass ich auch sicher in Details da nicht eingestiegen bin. Ob die über China gesprochen, kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Da gibt es von Ihrem Mitarbeiter, dem Herrn Frik, an seine Kolleginnen und Kollegen aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium eine E-Mail. Da heißt es, dass das Geschäftsmodell vorgestellt worden sei und besonders mit Blick auf die Expansion nach China der Kontakt zur Politik gesucht werde. Also, Sie können sich nicht daran erinnern, dass hier ganz gezielt das Eigeninteresse zur Expansion in China eine Rolle gespielt hat und man, nachdem wir ja in Bayern eine Verbindung nach Qingdao haben, eine Partnerschaft, wo ja auch Alipay und Alibaba zu Hause sind - - dass da der Zielpunkt war?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, ich habe an das Gespräch keine konkrete Erinnerung, sodass ich Ihnen die Frage nicht beantworten kann. Möglicherweise haben die über China gesprochen. Mir wäre es erinnerlich geblieben - da bin ich ziemlich sicher -, wenn anschließend was zu veranlassen gewesen wäre, also wenn wir dann gesagt hätten: Ja, da müssen wir mal dies oder jenes tun. - Aber nachdem gar nichts von alledem war, war das Gespräch, wie das vorbei war, für mich abgehakt, und ich habe es sozusagen zu den Akten gelegt. Also, ich habe mir dann deshalb auch nichts gemerkt davon. Drum kann ich Ihnen nicht sagen, ob über China gesprochen wurde oder wie auch immer. Das wäre reine Spekulation.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Für uns, ich bitte um Verständnis, ist dieses China-Geschäft von Wirecard sehr intensiv zu hinterfragen, weil ja damit auch das Bundeskanzleramt, die Bundeskanzlerin und auch das Bundesfinanzministerium mit dem Staatssekretär Schmidt sehr intensiv verwoben wurden vonseiten von Wirecard. Deswegen ist es für uns nicht nachvollziehbar, dass ausgerechnet bei dem Engagement der bayerischen Landesregierung mit der Partnerschaft mit China - - dort der größte Player und interessanteste Partner auch für Wirecard in der Partnerprovinz Qingdao zu Hause ist - - dass hier das keine Rolle gespielt hat. Haben die nicht verlangt: „Beim nächsten Reiseterrmin der Staatsregierung muss letzten Endes ein Vorstand von Wirecard dabei sein“, so wie die das sonst üblich überall gemacht haben?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, wie gesagt, ich habe keine konkrete Erinnerung an Einzelheiten des Gesprächs. Wenn die das gesagt hätten, wäre es sicher notiert worden. Dann hätten wir gesagt: Das ist auch ein Anliegen, die wollen da mitfahren. - Aber ich habe da keine Erinnerung. Ich würde es ausschließen, dass das so war.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ist bekannt, ob der Mitarbeiter Herr Frik, der ja dann aus diesem Gespräch den Vorstellungstermin im Wirtschaftsministerium, ich sage mal, arrangieren sollte - - dass es natürlich hier um Aktivitäten in China geht? Und da ist ja sicher das Wirtschaftsministerium auch zuständig. Was war das konkrete Anliegen da im Wirtschaftsministerium? Gibt es da irgendwelche Hinweise aus dem Wirtschaftsministerium, auch vom Kollegen Aiwanger? Hat er das Gespräch dann aufgenommen, geführt? Ist da irgendwo ein Fazit aus diesem Engagement zu sehen?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, im Nachgang zu dem Gespräch habe ich davon keinerlei Kenntnis. Ich habe jetzt halt durch die Vorbereitung die Unterlagen gesehen, diese Mails von dem Herrn Frik, und habe dem entnommen, dass offenbar sich Wirecard gemeldet hatte, um auf dem Büroweg einen Kontakt zum Büro Aiwanger zu bekommen, um einen Gesprächstermin zu vereinbaren. Inhalt ist mir unbekannt; und Anlass

und weshalb die da mit ihm sprechen wollten: keine Ahnung. Ebenfalls aus den Unterlagen konnte ich jetzt entnehmen, dass dieses Gespräch aber nicht zustande kam bzw. wohl wegen Corona abgesagt wurde. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Also, ich denke, es hat nicht stattgefunden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Der Kollege Hauer hat jetzt noch Fragen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, Herr Kollege Michelbach. - Herr Staatsminister, ich komme noch mal zurück auf den Termin 20.11.2019. Da gab es ja diese Terminvorbereitung - wir hatten gerade darüber gesprochen -, schriftlich. Sie haben gesagt, das war Ihnen bekannt, was da drin stand. Da ist ja so eine Abwägung - ich sage mal: Pro und Kontra - mit drin. Da gibt es einerseits die Kurseinbrüche laut „Financial Times“, was die dazu gesagt haben, warum es zu diesen Kurseinbrüchen gekommen ist. Es ist aber auch erwähnt das Leerverkaufsverbot der BaFin, dass Wirecard Vorwürfe bestreitet, und auch, dass Wirecard selbst diese KPMG-Sonderprüfung in Auftrag gegeben hat. Da würde mich interessieren: Wie haben Sie dieses Thema Leerverkaufsverbot bewertet zum damaligen Zeitpunkt? Oder haben Sie das einfach nur gelesen und haben gesehen: „Es gibt da Argumente für und wider, und ich höre mir das mal an“? Was war beim Thema Leerverkaufsverbot bei Ihnen?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, konkrete Erinnerung, weiß ich nicht. Ich habe es sicher gelesen, diesen Vermerk.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut, wenn Sie keine Erinnerung mehr daran haben - -

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Ich kann dazu eigentlich nichts sagen. Es war auch sicher nicht Gegenstand des Gesprächs. Also, „sicher“ kann ich nicht sagen, weil ich mich nicht erinnern kann. Aber wenn wir so kritische Dinge besprochen hätten, würde ich mich sicher dran erinnern.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Dann noch mal zu dem Teilnehmerkreis. Da gab es ja die Thematik: „Der Kindler hat dran teilgenommen“, und es gibt ja eine E-Mail, auf der handschriftlich vermerkt ist: „Kindler kann ruhig teilnehmen“. Ist Ihnen das bekannt?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Ja, das ist meine Handschrift.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das ist von Ihnen.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also das stand - - Entschuldigung.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Erzählen Sie gerne.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, es stand in der E-Mail, glaube ich, drin, dass er mit teilnehmen möchte. Ich weiß jetzt nicht mehr genau, ob die E-Mail von meiner Mit- - Nee, ich glaube, das ist von ihm, und das haben meine Mitarbeiter mir vorgelegt, ob Herr Kindler teilnehmen kann. Und nachdem er ja das Gespräch erbeten oder „eingefädelt“ - in Anführungszeichen - hatte und ich ihn ja gut kenne, hatte ich da kein Problem, dass er dabei ist.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. Ist also nicht von Ihnen ausgegangen, aber Sie hatten auch nichts dagegen?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Exakt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Dann letztes Thema, letzte Frage in dieser Runde von mir: In einer Mail vom 22. Juli 2020 wurden Herrn Ministerpräsidenten Dr. Söder durch einen Informanten aus Singapur Informationen über Herrn Dr. Braun und Herrn Marsalek übermittelt, die dann auch weitergeleitet wurden von Staatskanzlei an Staatsministerium des Innern. Und die Mail enthielt ja brisante Informationen über gefälschte Identitäten von Herrn Dr. Braun und Herrn Marsalek. Da würde mich interessieren, ob Sie diese Mail kennen und was damit veranlasst wurde.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, ich kenne die Mail jedenfalls seit der Terminvorbereitung hier,

weil das ja Gegenstand der Unterlagen war. Ob ich sie vorher kannte, bin ich mir nicht sicher. Aber - - Also, ich kann mich nicht dran erinnern, dass ich die Mail gelesen hätte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Könnten Sie die MAT-Nummer noch mal kurz nennen?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nur fürs Protokoll: Die MAT-Nummer ist MAT A BayStK-1.01, Blatt 9 und 10. - Und da die Uhr runtergelaufen ist, mache ich mit der Mail gleich weiter in der zweiten Runde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Klar, danke. - Dann ist als Nächstes der Kollege Toncar für die FDP-Fraktion an der Reihe.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Staatsminister, ich will noch mal zurückkommen auf diese Terminvorbereitung, auch wenn Sie ein paar Sachen schon dazu gesagt haben; aber noch mal, um sie da auch so ein bisschen einzuordnen. Das sind fünf Seiten. Davon sind drei Seiten die drei Lebensläufe der Teilnehmer, eine Seite sind so ein bisschen Bilanzzahlen usw. usf. Und dann kommt eine Seite „Kursentwicklung“. Das ist offenbar eine Information, die ja Ihre Mitarbeiter oder das Wirtschaftsministerium, das zugearbeitet hat, das zugeliefert hat, für sehr relevant halten, die eigentlich den größten Raum inhaltlich einnimmt in der Vorbereitung. Und da steht: hohe Volatilität der Aktie, Kurseinbruch, Geschäftsgebahren, gefälschte und rückdatierte Verträge, verdächtige Transaktionen verschleiert, gegen diverse Gesetze verstoßen, Geldwäsche, gefälschte Konten, Durchsuchung Singapur, Leerverkaufsverbot, Sonderprüfung - auf einer Seite. Ich meine, das ist - - Wie oft kriegen Sie denn Vermerke in dieser Qualität, bevor Sie Leute treffen? Also, ist das nicht ein auffälliger Vermerk inhaltlich?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, das ist Ihre Wertung. Ich - - Was soll ich sagen? Ja - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, das ist die Frage. Es ist in der Tat eine Wertung. Aber ob Sie das - - in der Tat, weil ich mich ein bisschen wundere, dass Sie da gar keine Erinnerung dran haben - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

einfach noch mal abklären möchte, ob das wirklich sein kann, dass das nicht weiter erinnerlich ist. Es ist gerade ein Jahr her oder 14 Monate. So ein Ding kriege ich nie. Also, wenn ich Leute treffe in meinem Wahlkreis - das mache ich oft - - Aber so was habe ich noch nie gesehen.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, ich kann Ihnen sagen, wie ich es vorher schon ausgeführt hatte: Ich habe den terminvorbereitenden Vermerk gelesen. Aber ich sage mal so: Mit dem Thema Wirecard intensiver in Kontakt - - oder befasst habe ich mich natürlich auch erst deutlich später. Ich habe das gelesen, ich habe mich wahrscheinlich gewundert, kann mich aber da auch nicht dran erinnern.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Die Ermittlungen übrigens der Staatsanwaltschaft München - also das, was in Bayern passiert ist - sind gerade nicht erwähnt. Seit wann wissen Sie denn, dass die Staatsanwaltschaft München gegen Journalisten und Aktienhändler ermittelt hat wegen der Vorwürfe, die ja auch im Vermerk erwähnt sind?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Das kann ich Ihnen terminlich nicht einordnen, weil ich nicht mehr weiß, ob ich das im Vorfeld schon mal gehört hatte oder erst im Nachgang. Also, kann ich nicht einordnen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Haben Sie jenseits des Gesprächs mit Herrn von Knoop und Herrn Ley irgendwie Kontakt gehabt - das muss auch nicht im Rahmen eines Gesprächs gewesen sein - mit irgendeinem Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied der Wirecard AG?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wissen Sie, ob der Ministerpräsident Kontakt telefonischer oder persönlicher Art hatte mit Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern der Wirecard AG?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Ist mir nicht bekannt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** War das Thema „Glücksspiel und Glücksspielregulierung“ im Zusammenhang mit Wirecard jemals Thema in Ihrer Anwesenheit?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein, das kann ich sogar ziemlich gut ausschließen, und zwar deshalb, weil ich in meiner früheren Funktion im Landtag als Abgeordneter, auch teilweise im Rechtsausschuss, mit diesen ganzen Glücksspielthemen immer zu tun hatte, also durch den Staatsvertrag etc. Und wenn dann darüber gesprochen worden wäre, dann wäre mir das präsent gewesen. Also, ich würde das ausschließen, dass über Glücksspiel gesprochen wurde.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wann wurde denn erstmals im bayerischen Kabinett über den Fall Wirecard gesprochen?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, im - - sicher nicht in der frühen Phase, sondern später, als dann die Fragen „Zuständigkeit Regierung Niederbayern“ und Ähnliches kamen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, gab es eine Kabinettsbefassung zum Thema Niederbayern? Ist Ihnen erinnerlich?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, es gab meines Erachtens mal einen mündlichen Bericht drüber, über diese Frage.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Ist Ihnen irgendwas bekannt geworden in Ihrer Rolle jetzt als Staatsminister in Bezug auf das Kreditengagement der BayernLB bis 2018?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein, absolut nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hat sich die Bayerische Staatsregierung gegenüber der Bundesregierung oder anderen Landesregierungen je für Belange von Wirecard starkgemacht?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, ich persönlich sicher nicht und meines Wissens die Staatsregierung insgesamt auch nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Hatten Sie mal Kontakt zu Herrn Klaus-Dieter Fritsche in Sachen Wirecard?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Welcher Klaus-Dieter Fritsche?

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Der frühere hiesige Geheimdienstkoordinator.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Ach so. Nein, den kenne ich nicht persönlich. Habe nie Kontakt gehabt.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Zu Karl-Theodor zu Guttenberg oder Dr. Ulf Gartzke?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein. Also, die sind mir bekannt, die Herren, aber Wirecard war da nie Thema.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ich habe verstanden. - Gilt das auch für Günther Beckstein?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Ja. Kein Gespräch über oder irgendwas zum Thema Wirecard.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Gut. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann hat als Nächstes das Wort die SPD-Fraktion. Frau Kiziltepe, bitte schön.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie hatten ja auch in Ihrem Eingangsstatement gesagt, dass - - oder erwähnt Herrn Hubert Aiwanger. Könnten Sie noch mal darstellen, worum es bei diesem Kontakt ging und warum das Interesse bestand, hier auch Kontakt aufzunehmen?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. - Ich kann dazu nichts sagen, weil ich ja nur weiß, dass offenbar Mitarbeiter der Firma Wirecard sich an mein Büro gewandt hatten, um Kontaktdaten des Büros Aiwanger zu bekommen. Das wurde wohl ausgetauscht, und daraufhin kam es zu einer Kontaktaufnahme - ich denke, so war das, und das habe ich selber den Unterlagen entnommen - in Richtung Büro

Aiwanger. Da wurde wohl ein Termin vereinbart, der aber dann nicht stattgefunden hat wegen Corona, und bis heute kein neuer. Es wird wohl auch keiner mehr stattfinden. Aber was da das Anliegen war oder weshalb diese Kontaktaufnahme war, dazu habe ich keine Kenntnis.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Mhm. Danke schön. - Dann frage ich mich die ganze Zeit - - Sie sind auch nicht der einzige Vertreter aus Bayern. Ich meine, Wirecard ist ein Unternehmen, das schon länger existiert. Der Hauptsitz liegt in Aschheim in Bayern. Und man hört ganz oft, dass es keinen Kontakt gab und keine Gespräche gab auf politischer Ebene, keinen Austausch. Dann kommt dieses Unternehmen 2018 in den DAX. Normalerweise feiert man ja so was auch vielleicht ein bisschen ab; was weiß ich, der Wirtschaftsminister trifft die oder der Ministerpräsident, andere Minister. Das scheint ja in dem Fall nicht so gewesen zu sein. Sind das auch Ihre Beobachtungen?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, aus heutiger Sicht wäre es mir auch lieber gewesen, ich hätte gar keinen Kontakt zu denen gehabt, dann bräuchten Sie mich jetzt nicht hier befragen.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Kann ich verstehen, ja.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Und natürlich, irgendwo - das ist jetzt eher eine subjektive Einschätzung - ist es natürlich eher ungewöhnlich, dass - - Also, ich meine, wir kennen die anderen Global Player in München; die kennen wir natürlich. Jetzt nicht, dass man jeden Tag mit irgendjemand sich trifft, aber die sind natürlich präsent. Da weiß man, was ist die Allianz, was ist Siemens und so. Von daher ist es vermutlich tatsächlich ungewöhnlich, dass dieses Unternehmen eigentlich relativ unbekannt ist. Und ich vermute, das hängt damit zusammen, dass es gar nicht so bekannt sein wollte.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Haben die sich versteckt? Also mir kommt es vor, als ob die sich versteckt haben die ganze Zeit.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Vielleicht liegt es natürlich auch an dieser Branche, die jetzt nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

so mit den Händen zu greifen ist wie Siemens oder Ähnliches. Es ist ja auch ein bisschen aufwendiger, das Geschäftsmodell überhaupt zu verstehen und was die überhaupt machen. Vielleicht hängt das damit zusammen. Ich kann es nicht beurteilen. Und deshalb war es vielleicht damals auch für mich der Antrieb, zu sagen: Ach, die sind jetzt im DAX. Ist doch interessant; muss man sich halt mal treffen. - So.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ich meine, es ist auch nicht sehr rühmlich, wenn man im Glücksspiel und in der Pornografie seine Ursprünge hatte und bis zuletzt auch im Glücksspiel noch aktiv war, sich offen zu zeigen.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Stimmt, war mir aber nicht - - Also, das war mir definitiv nicht bewusst.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wirecard hat ja auch relativ spät, also zum Ende hin praktisch, Kontakt aufgenommen mit Ihnen. Haben Sie Herrn Knoop oder Herrn Ley auf die Sonderuntersuchung angesprochen in dem Gespräch? Das stand ja in dem Vermerk drin.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, wie schon ausgeführt, habe ich keine konkrete Erinnerung dran. Insofern rekonstruiere ich jetzt, was gewesen sein könnte, wie ich es normalerweise machen würde in so Gesprächen. Da würde ich sagen: „Was ist eigentlich damit?“ oder so. Und dann haben die wahrscheinlich gesagt: Ja, das lösen wir alles, kein Problem. Da wird rauskommen: Alles ist gut. - Aber das ist jetzt rein konstruiert. Vielleicht habe ich es auch nicht angesprochen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja. Das muss ja dann aber im Juni oder Frühjahr 2020 wie eine Bombe eingeschlagen sein, als dann dieses Unternehmen insolvent war. Es hatte ja auch 6 000 Beschäftigte, glaube ich. War das in Bayern schon Thema? Und wie sieht das aus: Hat die Staatsregierung sich da mal auseinandergesetzt damit, wie man jetzt mit den Beschäftigten umgeht?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, das weiß ich nicht, ob da - - Ich vermute natürlich, dass, wenn

dort Entlassungen stattfinden mussten oder stattgefunden haben oder nach wie vor - - dass dann entsprechend über die Arbeitsagentur Maßnahmen ergriffen werden. Aber das ist jetzt Spekulation; ich habe keine Kenntnis davon. Und für mich war damals das Erschütternde in erster Linie das Ausmaß der kriminellen Energie und dieses enormen, riesig angelegten Betrugs.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Dann: Herr Kindler hatte ja einen Beratervertrag bei Wirecard, aber nicht nur bei Wirecard. Er hat gesagt, er hatte parallel immer drei, vier Beraterverträge am Laufen. Wendet er sich öfters an Sie?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein. Ich hatte jetzt schon länger keinen Kontakt mehr und hatte eben früher in erster Linie halt über seine frühere Tätigkeit mit ihm zu tun. Als ich selber noch Vorsitzender vom Innenausschuss war, haben wir oft über Polizeifragen gesprochen - unentgeltlich aber.

(Heiterkeit)

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Hat Herr Kindler versucht, ein Treffen mit Markus Söder bei Ihnen zu platzieren? Also, Sie waren ja dann die eine Stufe, aber dann will man ja noch höher.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, das kann ich ausschließen. Das hätte - - Das wäre mir präsent, wenn er das getan hätte, glaube ich. Also, ich würde sagen: Nein, hat er nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Mit Herrn Guttenberg hatten Sie keinen Kontakt, so wie ich Sie verstanden hatte?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Zu sonstigen Menschen, die in der Politik tätig sind oder waren?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Ist ein bisschen unbestimmt, die Frage. Aber ich würde sagen: Nein, weil ich mit niemand über Wirecard gesprochen habe.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Es ist wirklich merkwürdig: So ein Unternehmen, und dann spricht keiner dadrüber. - Das waren dann meine Fragen. Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Frau Kiziltepe. - Dann hat als Nächstes das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Dr. Herrmann, es ist schon interessant: Herr Söder, der kümmert sich ja um vieles - Hundebabys, Corona und so -; aber wo der Herr Marsalek steckt, das interessiert Sie gar nicht in der Staatskanzlei. Also, das ist da nicht Thema.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Es kümmern sich die Ermittlungsbehörden drum, da kümmert sich die Staatsanwaltschaft drum.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Und das hat keine Priorität? Also, das hängt ja bei Ihnen auch überall groß im Bundesland. Ich habe es sogar hier - mit Maske.

(Abg. Fabio De Masi (DIE LINKE) hält ein Plakat hoch)

Das ist nicht Thema, Priorität der Landesregierung, auch zu wissen, was die Sicherheitsbehörden da aus Österreich vielleicht bei Ihnen veranstaltet haben?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, bei uns gilt wie, glaube ich, in allen Ländern das Ressortprinzip, und zuständig für die Ermittlungen sind die Staatsanwaltschaft, die Polizei. Die Ermittlungen werden sicher geführt. Sie werden ja morgen, wenn ich es richtig sehe, die Oberstaatsanwältin auch sprechen.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Aber da lassen Sie sich nicht berichten oder so?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein, nein.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Weil ich dachte - der Herr Söder, der macht ja alles zur Chefsache oder

so -, dass - - Okay. - Dann würde ich gerne wissen: War es jemals Thema bei Ihnen, dass die Gemeinde Aschheim unter Umständen Steuern zurückzahlen muss an Wirecard, weil die ja ihre Gewinne aufgebläht hatten?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Wie meinen Sie „Thema bei uns“?

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Na ja, in der bayerischen Landesregierung. Das ist ja eine wichtige Kommune.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Jedenfalls nicht zu meiner Kenntnis. In der Staatskanzlei haben wir da nicht drüber gesprochen.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Der Kollege Hauer - der hat die MAT-Nummer vorhin schon so schön vorgelesen; deswegen spare ich mir das mal -, der hat diese E-Mail aus Singapur sozusagen - oder vorgeblich aus Singapur - thematisiert, wo es um verschiedene Pässe und Identitäten und Tarnnamen von Herrn Braun ging. Sie haben das ja in der Vorbereitung wahrgenommen, haben Sie gesagt. Können Sie da irgend- - Haben Sie sich da mal erkundigt bei der Staatsanwaltschaft, was da dran ist? Das hat Sie ja auch erreicht, Ihr Haus.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein. Ich habe es jetzt in der Vorbereitung nochmals gesehen, wenn ich es überhaupt vorher schon mal gesehen hatte; ich kann mich nämlich nicht erinnern. Aber jetzt habe ich es noch mal gesehen, das durchgelesen.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Aber da haben Sie auch nicht Ihre Mitarbeiter gefragt: „Was ist denn da dran?“ oder: „Gibt es da einen Sachstand?“ oder so was?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein, weil - nach meinem Kenntnisstand jetzt - es an die zuständigen Behörden weitergegeben wurde. Damit ist das zunächst erledigt, und da gibt es keine Updates oder Berichte oder Ähnliches. Es werden dann Ermittlungen geführt von den jeweils zuständigen Behörden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** In einer E-Mail vom 7. April 2020 an Sie hat Herr Kindler ja mitgeteilt, dass die Firma Wirecard Lieferungen von Coronaschutzrüstungen aus China vermitteln könnte. Was ist denn mit der Anfrage passiert?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Ja, das habe ich auch jetzt wieder gelesen in der Vorbereitung. Kann ich nur spekulieren. Das war die Phase, wo ungefähr zig Leute - wie Sie wahrscheinlich auch noch wissen in der Anfangsphase Corona - anrufen haben und gesagt haben: Ich habe Supermasken, ich habe die besten Masken und am schnellsten und die billigsten usw. - Das kam von Abgeordnetenkollegen, von allen möglichen.

Und die normale Vorgehensweise, die ich dafür etabliert habe, war, dass wir das immer weitergeleitet haben an das Gesundheitsministerium bzw. an das Landesamt für Gesundheit, die dort - so eine Art Beschaffungsbehörde; „Beschaffungsbüro“ habe ich es genannt, untechnisch - - die diese ganzen Dinge bewertet haben und gesagt haben: „Ist das Quatsch, oder ist das ein seriöser Anbieter oder Vermittler?“ und, und, und. Ich gehe davon aus, dass ich mit dem genauso verfahren bin, einfach weitergeleitet habe. Ich habe mich da sicher nicht selber irgendwie gekümmert oder Ähnliches.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Ich weiß auch nicht, ob da was gekauft wurde oder - - Keine Ahnung.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Dann würde ich gern noch mal zurückkommen auf dieses Treffen. - Ach so, zunächst: Das bayerische Wirtschaftsministerium ist ja auch in der Prinzregentenstraße, wenn ich das richtig sehe. Korrekt?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Auch? Wie wer noch?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wie die Villa, wo Herr Marsalek gewohnt hat, das P1 und diverse andere Lokalitäten. Also, ich meine einfach, der Fußweg ist nicht so weit. Das ist doch zutreffend,

die sind doch auch in der Prinzregentenstraße, das Wirtschaftsministerium?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Kennen Sie die Prinzregentenstraße? Die ist sehr lang.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ja, genau. Deswegen frage ich ja. Es sind nicht so viele Hausnummern dazwischen.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Ich weiß nicht, habe keine Ahnung, wo da die einzelnen Gebäude sind. Aber Prinzregentenstraße, da ist definitiv das - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. Ich wollte es ja nur noch mal von Ihnen - - ob ich das richtig in Erinnerung habe.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, das Wirtschaftsministerium ist in der Prinzregentenstraße. Die anderen - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. Nein, das ist doch kein Vorwurf.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein, ich wollte nur sagen, die anderen Sachen - - Und das P1 auch. Das andere weiß ich nicht, wo die sich jeweils - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das andere wissen Sie nicht. Okay. - Na, ich dachte, das hätte Sie vielleicht interessiert, weil Sie fahren ja dann da öfters durch und - - „Guck mal, da hat der Marsalek - - Und wo ist der denn jetzt?“ und so. Deswegen wollte ich noch mal nachfragen. Das würde mir jetzt so gehen.

Ich frage noch mal: Hier in dieser E-Mail-Korrespondenz von Herrn Frik, da wird Bezug genommen - MAT A BayStK-1.01, Blatt 35 - auf eben diesen Termin, wo Sie auch teilgenommen haben:

... heute fand ein Gespräch zwischen Herrn StM und der Wirecard AG auf Vorstandsebene statt. Es handelte sich um einen „Kennenlerntermin“, da die Wirecard AG zumindest im Bereich der StK



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bislang nicht den Kontakt gesucht hat.

Und so weiter und so fort.

In diesem Zusammenhang wurde von Seiten Wirecards der Wunsch geäußert, ob ein entsprechender „Vorstellungstermin“ nicht auch im StMWi auf politischer Ebene, gerade mit Blick auf die Aktivitäten in China, möglich wäre.

So steht das hier bei Herrn Frik. Das heißt, das muss doch irgendwie bei diesem Gesprächstermin geäußert worden sein, dieser Wunsch.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Vermutlich, weil unsere Leute sehr präzise arbeiten, und wenn der das schreibt, hat er es sicher nicht erfunden. Aber ich habe da selber keine Erinnerung dran, dass wir über China gesprochen hätten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und auch nicht über diesen Gesprächswunsch mit Herrn Aiwanger oder so?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, mag sein. Es mag auch zum Beispiel sein, dass ich - - Also, häufig würde ich bei solchen Gesprächen - wie ich schon gesagt habe: kein Fachgespräch, kein Gespräch, wo man jetzt über ein bestimmtes Thema sich auseinandersetzt, sondern eher diese Art Höflichkeitsgespräch, Vorstellungs-, Kennenlerngespräch - - Da kann es durchaus sein, dass man am Ende vielleicht sagt: „Haben Sie irgendwas, wo man Ihnen helfen kann?“ oder irgendwie so ähnlich, so untechnisch gesprochen. Und da kann es vielleicht sein, dass sie sagen, ja, sie würden gerne mal mit dem Aiwanger in Kontakt treten. Das könnte sein, dass das da war. Und es kam ja dann auch später mit der Mail, dass die über das Büro das Büro Aiwanger angefragt hatten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Aber spezifisch und konkret habe ich da keine Erinnerung, und - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ich frage nur deswegen, weil das Erste, was ich gemacht habe nach dem Wirecard-Skandal, war: Ich habe mal auf Google - weil man sich so Sachen denkt, so in Bayern - „CSU“ zum Beispiel und „Wirecard“ eingegeben. Und - bum! - das Erste, was rauskam, war sozusagen, dass da diese Coronahilfen - - dass da Wirecard großzügig seine Unterstützung bei der Abwicklung angeboten hat. Das muss doch irgendwie ein Thema gewesen sein auch in der Staatskanzlei, dass sie hier unterstützen mit in der Coronakrise.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, davon habe ich Kenntnis erlangt auch jetzt in der Vorbereitung oder im Zuge der Landtagsanfragen oder Ähnliches, oder Aiwanger hat es mal erzählt. Das war aber für uns kein Thema.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr De Masi.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und mit der Kanzlei Bub Gauweiler hatten Sie auch nie Kontakt zu Wirecard?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein, nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ach, schon wieder rum. - Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist wie der Rosarote-Panther-Effekt. - Dann Kollegin Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das stimmt. Aber ich bin jetzt - - Entschuldigung. - So, ich habe gerade noch etwas anderes gesucht. - Guten Abend! Ich wollte noch mal nachfragen, weil Sie ja geantwortet hatten, im Vorstand, Aufsichtsrat usw. kannten Sie jetzt niemanden, und Sie konnten jetzt nicht ausschließen, dass Sie bei irgendwelchen anderen Terminen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Wirecard getroffen haben. Könnten Sie noch mal sagen: Haben Sie private Kontakte zu Wirecard-Mitarbeiterinnen jenseits dessen, was Sie bereits ausgesagt haben?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein. Also, man müsste - - Ich kenne niemanden von Wirecard,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorstand oder Ähnliches. Ich hatte keine Kontakte, auch nicht privater Natur.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - So, Herr Kindler war ja heute schon Thema. Sie haben mitbekommen, der hat uns hier doch sehr beeindruckt mit seinen umfangreichen Netzwerken. Ich wollte noch mal fragen: Sind Polizeipräsidenten nicht in besonderem Maße mit vertraulichen Dokumenten und Sachverhalten betraut und auch eingeweiht? Kann man doch von ausgehen, oder? - Und ich kann gleich die nächste Frage anschließen: Halten Sie es vor diesem Hintergrund für problematisch, wenn Polizeipräsidenten im Anschluss an ihre Tätigkeit als Beamte dann als Lobbyisten tätig werden und Kontakte in die Exekutive vermitteln?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, meines Wissens gibt es Spielregeln, wann er was wie machen darf. Und meines Wissens - aber das weiß ich erst im Nachgang zu dem allen - hat der Herr Kindler da nicht gegen Regeln verstoßen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und halten Sie die Regeln, die es bisher gibt, für ausreichend, oder sehen Sie nicht doch gesetzlichen Handlungsbedarf zum Beispiel anlässlich des jetzt inzwischen offenbaren Agierens von Herrn Kindler?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, dafür sind mir jetzt diese Regeln, ehrlich gesagt, nicht präsent. Da müssten wir im Detail drüber sprechen. Ich halte viel von Compliance und auch von gewissen Cooling-off-Phasen. Auf der anderen Seite hat er natürlich in seiner Dienstzeit ein enormes Fachwissen aufgebaut, das er ja auch - ich glaube, das hat er bestimmt heute alles ausführlichst erzählt - mit anderen Staaten, wo er berät in Fragen innerer Sicherheit und Ähnliches. Warum soll er sein Fachwissen da nicht nützen? Es muss transparent sein, es muss den Regeln konform sein. Ansonsten weiß ich da jetzt zu wenig, als dass ich beurteilen könnte, ob das jetzt ausreichend ist oder nicht.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in diesem Fall ging es ja nicht so sehr um seine beratende Tätigkeit für Staaten. Das stimmt: Er hat

gesagt, da hat er auch Beratungsaufträge gehabt. Aber es ging jetzt hier ja speziell darum, dass er über viele Jahre lang de facto Türöffner war für ein privates Unternehmen in die bayerische Exekutive. Sehen Sie da vielleicht Anpassungsbedarf in den Compliance-Regeln in Bayern?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Also, das würde ich, ganz ehrlich gesagt, mir erst genau anschauen, bevor ich da jetzt ins Blaue hinein mich äußere. Weil ich kenne die Regeln jetzt nicht, wie das ist, wie viele Jahre er da nichts machen darf etc. Da würde ich jetzt nicht ins Blaue hinein sagen: „Das ist richtig“ oder: „Das ist nicht richtig.“

Im Übrigen wundert es mich sowieso immer, weil, ich sage mal so, wenn irgendjemand vom Vorstand von Wirecard bei uns angerufen hätte und gesagt hätte, sie würden uns gern mal sprechen, dann wäre das Gespräch auch zustande gekommen. Da brauche ich gar keinen Herrn Kindler dazwischen. Aber das ist wahrscheinlich ein anderes Thema.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie kennen die allgemeinen Compliance-Regeln in Bayern jetzt nicht für Beamte. Das habe ich jetzt wahrgenommen. Haben Sie sich denn erkundigt, was für Sie gelten würde, wenn Sie ausscheiden aus dem Amt?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Ich habe mich mit dem Gedanken noch nicht beschäftigt, was ist, wenn ich aus dem Amt ausscheide. Ich hoffe, das ist noch nicht bald. Ich bin noch nicht so lange dabei. Ich kenne die - - Das weiß ich jetzt nicht, ehrlich.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, ich hätte jetzt nur noch zwei, drei und würde dann in der nächsten Runde schon mal verzichten, meinen Fragenverzicht ankündigen. Ich hätte nämlich nur noch die Frage: Es gab ja eine Einladung von der Bayerischen Staatskanzlei an Dr. Markus Braun, den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden, weil ein Abendessen aller bayerischen DAX-Unternehmen am 25. Februar 2020 geplant war, und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Braun sagte dann ab. Ist Ihnen bekannt, warum er absagte?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein, keine Kenntnis.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Fand ein ersatzweises Treffen statt?

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Auch nicht.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Ach, Sie meinen jetzt ein Extraggespräch oder irgendwas mit Braun?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, kann ja sein. Ist ja ein DAX-Unternehmen und - -

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Nee, das war meines Erachtens ein Abendessen für die DAX-Unternehmen. Ich meine auch, dass ich da dabei war. Aber er war halt nicht dabei, die anderen schon. Ich weiß ja gar nicht, ob alle dabei waren, aber es war jedenfalls der Herr Braun nicht dabei, weil er eben abgesagt hatte. Und es gab auch keinen Ersatz.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Gut. Das ist jetzt alles, was ich noch - - hatte ich ja gesagt. Und ich gehe jetzt auch mit gutem Beispiel voran; wir haben ja noch ein sportliches Programm. - Dann gucke ich zu den Kollegen der CDU/CSU.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich möchte keine Fragerunde mehr eröffnen, möchte nur sagen, da ich ja angekündigt hatte, dass ich zu dieser E-Mail weiter frage - - Aber da Kollege De Masi da schon weiter nachgefragt hat, hat sich meine Frage erledigt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Ich hatte meinen Verzicht so weit schon erklärt. - Dann schaue ich zu den Kollegen der SPD-Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Keine weiteren Fragen, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Keine weiteren Fragen. - Dann schaue ich zu den Kollegen der FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Keine weiteren Fragen. - Die Kollegen der Linken auch nicht. - Grüne auch nicht. - Dann stelle ich zunächst mal fest: Es ist kein Fragebedarf mehr vorhanden. Ich frage: Gibt es noch Wünsche, dem Zeugen Fragen in eingestufte Sitzung zu stellen?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wir würden zu dem weiteren Fortgang gern sprechen in einer Beratung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann müssten wir gleich kurz eine Beratung machen. - Also den Zeuge Schulte - wenn das jetzt die Frage ist zum Fortgang der Vernehmung -, den haben wir vor knapp 12 Minuten zu uns beordert. Der braucht in etwa eine halbe Stunde; das nur als Richtwert. Das hatten wir jetzt eben veranlasst. Ich hatte auch alle Kollegen, weil Sie gerade Fragerecht hatten, informiert. Das heißt, der ist auf dem Weg, ist „on track“ sozusagen. Vom Gefühl her könnten wir dann um halb, wenn wir jetzt gleich durch sind, mit Kollegen Schulte - also voll im Plan - dann beginnen; so als Zeitplan.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich habe noch eine Nachfrage: Hätten wir noch irgendwas in der Beratungssitzung zu klären? Dann könnten wir das jetzt auch nutzen, die Zwischenzeit; falls noch was zu klären ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Florian  
Toncar (FDP))

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Dr. Toncar, realistischste Wünsche und Anträge.

(Zurufe)

Okay. - Ich möchte jetzt aber den Zeugen nicht über Gebühr hier strapazieren. Ich stelle also auch fest: Es gibt keine Wünsche mehr, in einge-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

stuffer Sitzung dem Kollegen Herrmann hier entsprechend Fragen zu stellen. Deshalb stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat.

Dann können wir Ihre Befragung, Dr. Herrmann, für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Ich wünsche Ihnen jetzt - das darf man zu dieser Zeit - eine gute Nacht, vielleicht auch eine gute Heimreise. Vielen Dank, dass Sie hier waren. Bleiben Sie gesund, kommen Sie gut durch die Zeit. - Vielen Dank.

**Zeuge Dr. Florian Herrmann:** Vielen Dank. - Gute Beratungen noch.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke sehr. - Gut, dann frage ich noch mal: Gibt es sonst noch, neben dem Wunsch - Wünsche sind ja immer erlaubt - von Dr. Toncar, den Wunsch, dass wir eine Beratung machen? - Das kann ich nicht feststellen. - Dann würde ich sagen, fünf Minuten Auslauf, und dann setzen wir sofort fort, wenn Herr Schulte hier ist.

(Unterbrechung von  
23.14 bis 23.33 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen Christof Schulte

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann begrüße ich recht herzlich Christof Schulte. Herr Schulte, ich heiße Sie recht herzlich willkommen, bedanke mich bei Ihnen, dass Sie sich so kurzfristig das jetzt noch einrichten konnten und hier zu später Stunde erschienen sind.

Herr Schulte, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür von meiner und unserer Stelle aus vielen Dank, weil das spart uns in der Summe sehr, sehr viel Zeit.

Damit kann ich mich also auf einige technische Hinweise beschränken. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Christof Schulte:** Nein, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke. - Dann möchte ich Sie noch bitten - aber Sie kennen sich ja aus, Sie sind ja öfters bei uns hier zu Gast -, immer das Mikrofon anzuschalten, weil wir heute nicht mehr lange den Stenografischen Dienst haben und dann nur noch das Tonprotokoll, und das funktioniert nur mit Mikro.

Herr Schulte, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, Ihren Vornamen, Ihren

Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort mitzuteilen.

**Zeuge Christof Schulte:** Mein Name ist Christof Schulte. Ich bin 49 Jahre alt, Jurist, Abteilungsdirektor bei der Generalzolldirektion und als solcher Leiter der FIU. Und meine dienstliche Anschrift ist Köln-Dellbrück.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke schön. - Herr Schulte, Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Herr Schulte, Sie haben das Wort.

**Zeuge Christof Schulte:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Und vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, dass auch ich Gelegenheit habe, in diesem Sachverhalt, der von gewisser Tragweite ist für die Bundesrepublik und unser Wirtschaftssystem, an dieser Stelle hier Stellung zu nehmen.

Sie haben unter anderem auch auf meine Amteigenschaft hingewiesen. Die macht es erforderlich, dass ich hier jetzt nicht komplett unbefangenen den Sachverhalt mal so aus der Lamäng sozusagen berichte, sondern ich möchte vorwegschicken, dass die Dinge, die man im Zusammenhang sagen kann, denke ich, und die ich im Zusammenhang sagen kann, unser aktueller Erkenntnisstand, mein aktueller Erkenntnisstand sind zum 01.10., also zu dem Datum der Einberufung des Ausschusses. Das sind keine justiziell abschließend festgestellten Tatsachen, sondern Eindrücke, wie sie sich uns und mir aus dem bisherigen Ablauf ergeben. Sollte das an der einen oder anderen Stelle aus Ihrer Sicht zu weitschweifend, zu langatmig sein, habe ich auch kein Problem damit, das abzukürzen, und dann bitte ich um Hinweis.

Ich möchte eingangs darauf hinweisen, dass die FIU dem Auftrag nach, im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages Verdachtsmeldungen und andere Informationen zur Verhinderung und Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sammelt. Damit möchte ich hervorheben, dass die FIU keine Aufsichts- oder Prüfbehörde ist. Stellt die FIU im Rahmen der sogenannten



## Nur zur dienstlichen Verwendung

operativen Analyse von Verdachtsmeldungen fest, dass ein Vermögensgegenstand mit Geldwäsche, mit Terrorismusfinanzierung, mit AO\* oder mit einer sonstigen Straftat in Zusammenhang steht, übermittelt sie das Ergebnis ihrer Analyse sowie alle sachdienlichen Informationen unverzüglich an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden. Das gilt ganz besonders auch im Kontext der aktuell bekannt gewordenen Vorwürfe, die hier im Raum stehen, gegenüber dem Wirecard-Konzern.

Bis zum 22.06.2020, an dem die erste Meldung der Wirecard AG zu den aktuellen Vorwürfen bei der FIU abgegeben wurde und sie zugleich eine Ad-hoc-Mitteilung zu ihren offenen Bilanzierungsfragen abgesetzt hat, hat die FIU im Rahmen ihrer Analyse zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und damit in Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages zwei Verdachtsmeldungen in Zusammenhang mit den ersten Vorwürfen gegenüber Wirecard in der „Financial Times“ an das insoweit zuständige LKA Bayern abgegeben. Es handelt sich um Meldungen vom 13.02.2019 bzw. vom 7. Juni 2019. Zusätzlich wurde die BaFin im Kontext der ersten Abgabe durch uns unterrichtet.

Die Zahl von zwei Abgaben mag auf ersten Blick gering erscheinen, wenn man immer wieder in den Medien auch liest, dass mehrere Hundert, vielleicht sogar mehrere Tausend Meldungen insgesamt im Raum standen. Ich komme hinterher noch spezieller dazu, welche technische Charakteristika diese Meldungen ausgezeichnet haben, so dass sie im Verhältnis zu den beiden abgabewürdigen Meldungen nicht abgabewürdig waren. Sie hatten keinerlei Berührungspunkte zu den aktuell bekannten Vorwürfen. Mit den aktuell bekannten Vorwürfen, die hier auch im Raum stehen, meine ich Bilanzmanipulation, Insiderhandel, Marktmanipulation, ... (akustisch unverständlich)\* Third-Party-Acquiring-Vorgänge und Fehlverhalten von Vorständen.

Darüber hinaus hat die FIU bis zum 22.06. 17 ausgehende Spontanmitteilungen an ausländische Behörden, zwei ausgehende Auskunftersuchen und drei eingehende Auskunftersuchen bearbeitet. Das nur der Vollständigkeit halber, um

zu zeigen, dass die Tätigkeit der FIU sich hier nicht nur auf die Bearbeitung der Verdachtsmeldungen erstreckt hat.

Die FIU hat insoweit alle ihr vorliegenden relevanten Erkenntnisse zum Wirecard-Konzern national als auch international unmittelbar weitergeleitet und ist damit ihrem gesetzlichen Auftrag auch nach meiner aktuellen Überzeugung vollumfänglich nachgekommen. Das bestätigt sich gerade auch aus einer nachträglichen Bewertung aller relevanten FIU-Vorgänge. Ich habe aus einem Kreis meiner besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehrere Wochen lang alle einschlägigen Meldungen zum Gesamtsachverhalt erneut durchsehen lassen, um hier mit dem größtmöglichen Maß an Überzeugung diese Zusammenfassung abliefern zu können.

Insgesamt stellt sich der Wirecard-Komplex für die FIU - und das ist wahrscheinlich nur ein kleiner Teilausschnitt dessen, was Sie hier in Gänze betrachten - wie folgt dar: Aus den der FIU bislang vorliegenden Informationen ergibt sich in der Gesamtschau, dass im Umfeld des Wirecard-Konzerns über viele Jahre mit hoher krimineller Energie ein von außen schwer nachvollziehbares, weltweites Geflecht aus einer Vielzahl von Unternehmen - darunter Briefkastenfirmen, Konzern-töchter und scheinbar eigenständige Drittfirmen sowie Treuhänder - mit Sitz in diversen Jurisdiktionen erschaffen worden ist, über das in hoher Zahl Transaktionen ausgeführt worden sind, deren wirtschaftlicher Hintergrund intransparent ist.

Diese Transaktionen haben mutmaßlich unter anderem dazu gedient, Umsätze vorzutäuschen, die die Grundlage für den Bilanzbetrug bei der Wirecard AG und verschiedenen Tochterunternehmen des Wirecard-Konzerns bildeten. Durch umfangreiche Ersuchen konnten wir mittlerweile Zahlungsströme identifizieren, die geeignet sind, die Aufblähung der Bilanz in Teilen zu unterlegen. Mit den der FIU insoweit vorliegenden Informationen lassen sich jedoch nur wenige Transaktionsketten vollständig nachvollziehen.

Das Unternehmensgeflecht wurde von einem Personenkreis gesteuert, der in oftmals wechselnder



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Funktion zwischen den verschiedenen Gremien - Aufsichtsrat, Vorstand - und Unternehmen des Firmengeflechts die Rollen tauschte. Auch zwischen einigen dieser Personen untereinander und einzelnen Wirecard-Unternehmen sind in Einzelfällen Transaktionen erheblicher Höhe bekannt geworden. Einige dieser Personen sind neben anderen Personen, die dem Wirecard-Komplex bislang nicht zugeordnet werden können, außerdem in Zusammenhang mit mutmaßlichem Insiderhandel auffällig geworden.

Als charakteristische Vorgehensweise bei der Organisation der Geldflüsse ist dabei insbesondere das sogenannte Third-Party-Acquiring, TPA, mithilfe von Intermediären im asiatischen Raum hervorgetreten. Ich habe dazu in der letzten Sondersitzung des Finanzausschusses ja auch schon vorgetragen. Der Wirecard-Konzern wickelte damit unter anderem Korrespondenzbankzahlungen ab. Auch dazu hatte ich vorgetragen und möchte das in Erinnerung rufen. Korrespondenzbankzahlungen sind ein weltweit übliches Instrument im Bereich von Finanzierungsinstrumenten. Eine Großzahl der Meldungen zum Wirecard-Komplex, die bei der FIU angelandet sind, sind reine Korrespondenzbankbeziehungen, die für sich und auch bei näherer Betrachtung keinen Gehalt von strafrechtlicher Verfolgbarkeit in Deutschland beinhalten.

Das TPA-Geschäftsfeld in diesem konkreten Sinne ist allerdings sehr intransparent angelegt worden. Eine Gesamtübersicht über die TPAs und die Struktur des laut Wirecard AG zum Großteil nicht existenten Drittpartnergeschäftes lag und liegt der FIU nicht vor. Die der FIU vorliegenden Erkenntnisse im Hinblick auf den TPA-Status von ausländischen Unternehmen ergeben sich aus Meldungen der Wirecard AG, der Wirecard Bank AG, der Presseberichterstattung sowie aus Datenbankabfragen, und wir stehen dazu natürlich im Austausch mit der BaFin.

Auch im Hinblick auf die weiteren gegen den Wirecard-Konzern erhobenen Vorwürfe liegen der FIU Erkenntnisse vor. Diese richten sich beispielsweise gegen Vorstände, Aufsichtsräte und Leitungsfunktionen bei Tochterunternehmen. Die richten sich auf die kritische Betrachtung von

Zahlungsströmen, auf die kritische Betrachtung von Insiderhandel und Marktmanipulation.

Zahlen spielen eine große Rolle, habe ich lernen müssen und in der Vergangenheit dazu ja auch schon einiges in der Presse gelesen. Da ist es mir wichtig, dass man das einmal noch mal ins rechte Licht rückt. Mit Stand vom 01.10. bewertet die FIU von der Gesamtzahl von Meldungen - und ich hatte gesagt, damit habe ich eine große Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über zwei Wochen rund um die Uhr sozusagen, rund um die Diensthur beschäftigt, die zu identifizieren - 173 Vorgänge als relevant für die aktuell bekannten Vorwürfe. Das sind 119 Verdachtsmeldungen und 54 sonstige Informationen, also insbesondere ein- und ausgehende Ersuchen. Bis zum 22.06. sind von diesen 119 Verdachtsmeldungen 33 Verdachtsmeldungen eingegangen. Davon ging es in keinem Fall um offene Transaktionen; auch das ist in der Öffentlichkeit ja schon angeklungen, ob die FIU hier noch etwas hätte unterbinden können. In keinem einzigen Fall stand eine offene Transaktion, die noch hätte unterbunden werden können, im Raum.

Zwei der Meldungen wurden, wie gesagt, weitergegeben. Das sind Meldungen, über die ich in der letzten Sondersitzung hier noch ausführlich - zumindest nach Herstellen der Nichtöffentlichkeit - berichten konnte. Die Möglichkeit dazu ist mir zurzeit aus rechtlichen Gründen verwehrt, weil die Staatsanwaltschaft München I die Meldungen nun doch wieder in eine strafprozessuale Bearbeitung genommen hat und mir zum heutigen Tage für diese Sitzung - - \* Wir haben konkret angefragt. Ich hätte gerne wieder Ihnen gezielt und konkret auch aus diesen Meldungen den einen oder anderen Detailumstand berichtet. Eine solche Freigabe ist mir von der Staatsanwaltschaft nicht erteilt worden. Ich weiß, dass Sie die Vertreterin der Staatsanwaltschaft morgen hier zugegen haben, und lege daher anheim, insoweit die jeweiligen Auskünfte zu diesen beiden Meldungen abzufragen.

Ich möchte allerdings insoweit rückgreifen auf das von mir in der Sitzung auch im öffentlichen Teil Bekundete, was ja insoweit auch der Öffent-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

lichkeit zugänglich ist, dass gerade mit der abgegebenen Meldung vom 13.02. die FIU ganz gezielt auch die in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe und insbesondere in der „Financial Times“ berichteten Vorwürfe zum Gegenstand gemacht hat und ausdrücklich gewürdigt hat.

17 der 54 genannten sonstigen Vorgänge betreffen spontane Informationen, die vor dem 22.06. an ausländische FIUs übermittelt worden sind. Das ist insbesondere dann wichtig, wenn wir es - wie hier - möglicherweise ja mit Straftaten zu tun haben, die in anderen Jurisdiktionen verfolgbar sind.

Bilanzbetrug, Marktmanipulation, Insiderhandel sowie die hier im Raum stehenden Betrugs- und Untreuevorwürfe sind schon generell nicht durch einzelne Verdachtsmeldungen erkennbar und gehören nicht zum gesetzlichen Kernauftrag der FIU. Das ist mir noch mal ganz wichtig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen. Die Frage ist ja auch im Anschluss an die letzte Sondersitzung schon aufgekommen: Wieso haben Sie denn dann ermittelt? - Ermitteln tun wir sowieso nicht; wir analysieren und prüfen. Nachdem Wirecard AG am 22.06. sehr umfassend selber den Mantel gelüftet hat, waren natürlich für alle Beteiligten, so auch für die FIU, Zusammenhänge sichtbar, die dann auch redlicherweise erneut in die Prüfung zu nehmen waren. Das waren sie bis zu dem Datum für uns nicht.

Im Gegensatz zu Jahresabschlussprüfern verfügt nämlich die FIU auch über keinerlei Einblick in den Liquiditätsstatus oder ansonsten auch in bilanzielle Einzelheiten eines Unternehmens. Ich glaube, das ist hinlänglich bekannt, dass die FIU über keine derartigen Recherchemöglichkeiten verfügt, dass das auch nicht die Rolle der FIU ist. Ich möchte das hier nur der Vollständigkeit halber noch einmal erwähnen, ebenso wie den Umstand, dass die FIU einen erheblichen Teil der relevanten Verdachtsmeldungen erst nach Bekanntwerden der aktuellen Vorwürfe gegen Wirecard erhalten hat.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, das wäre mein Eingang sozusagen in den Sachverhalt mit einem

bestmöglichen Kompromiss zwischen Detailfülle einerseits und Zusammenhang andererseits. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Herr Schulte. - Dann würde ich mit den ersten Fragen und auch mit den Standardfragen, die wir hier schon entwickelt haben, beginnen. So können die Kollegen dann immer sehr stark und schnell in den eigentlichen Sachverhalt einsteigen.

Herr Schulte, wie haben Sie sich ansonsten auf die heutige Sitzung vorbereitet? Sind da noch Kollegen oder andere Institutionen auf Sie zugekommen, oder haben Sie nur Akteneinsicht genommen?

**Zeuge Christof Schulte:** Ich habe mich, wie Sie unschwer sehen, natürlich vorbereitet und vorbereiten lassen von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Mein Erinnerungsvermögen hat auch gewisse Grenzen, und hier war ja auch noch der Kunstgriff zu machen, sich so zu erinnern, als wäre es der 01.10., dabei aber Sachverhalte nicht zu verkürzen. Also habe ich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebeten, alles noch mal aufzubereiten und mir einigermaßen bündig darzustellen. Ich bin ansonsten nicht im Hinblick auf eine inhaltliche Vorbereitung von anderer Stelle kontaktiert worden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Wann haben Sie erstmals im Sinne Ihrer Tätigkeit von der Wirecard Notiz genommen oder sind drauf aufmerksam geworden?

**Zeuge Christof Schulte:** Das war im Wesentlichen nach meiner Erinnerung im Zuge dieser Meldungen, die ich gerade zitiert habe. In den Akten ist auch recherchierbar, dass ich auf eine Leitungsvorlage, die man mir unterbreitet hat, im Zuge der Abgabe einer dieser Meldungen verfügt habe, dass ab diesem Zeitpunkt meine weitere persönliche Unterrichtung sicherzustellen ist, neben dem Zusatz, dass ich angeordnet habe, dass die BaFin über den Vorgang zu unterrichten ist. Ansonsten hatte ich persönlich keinen speziellen Bezug zu Wirecard, was den konkreten Sachverhalt angeht. Es gab in einem ähnlichen Zeitraum



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Gespräche über die Zulässigkeit diverser Geschäftsmodelle von Wirecard. Das hatte aber eigentlich nichts mit dem Thema der hier im Raum stehenden Bilanzmanipulation zu tun.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Haben Sie im Untersuchungszeitraum - auch das inzwischen eine Standardfrage - Wirecard-Aktien erworben oder Derivate oder Optionsscheine oder ähnliche Finanzinstrumente? Im Untersuchungszeitraum, also 01.01.2014 bis 8. Oktober 2020.

**Zeuge Christof Schulte:** Nein, ich habe nie Anteilsscheine an einem der Unternehmen besessen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Haben Sie im Untersuchungszeitraum Vorstandsmitglieder oder sonstige Vertreter der Wirecard AG getroffen?

**Zeuge Christof Schulte:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann würde ich nur auch der Kenntnis halber - - Ich habe mir das noch mal notiert, und wir haben uns das noch mal angeschaut; ich habe da ja ein Gedächtnis wie ein Elefant. Ich frug Sie in jener Sitzung, und jetzt frage ich mich: Sind das diese beiden Meldungen am 31.08., eben auf MAT A BT-Präs-1.01, Blatt 179, wie die FIU auf Geldwäscheverdachtsmeldungen, Verdächtiger: Wirecard, der BayernLB - etwa die vom 30.01.2019, MAT A BayStMJ, 2.CD.012, Blatt 46 - reagiert hat? - Sie sicherten mir damals zu, diese Informationen im Nachgang zur Sitzung schriftlich nachzuliefern. Wir haben uns jetzt mehrmals beim Finanzsekretariat unseres Finanzausschusses erkundigt und haben dort glaubhaft versichert bekommen, dass diese Informationen nicht geflossen sind. Deswegen frage ich noch mal: Handelt es sich um die? Ich zitiere noch mal aus dem Protokoll: Dann müssten wir die im Nachgang einreichen. - Das kommt von Ihnen. Und ich habe dann gesagt: Ja, okay. - Die sind bis heute nicht da. Also, handelt es sich um die, die jetzt die Staatsanwaltschaft München I sozusagen reaktiviert hat?

**Zeuge Christof Schulte:** Herr Vorsitzender, das kann ich anhand dieser Art und Weise des Zitates nicht auf Plausibilität überprüfen. Wenn Sie

sagen: „BayernLB“, dann handelt es sich nicht um die beiden, sondern dann handelt es sich oder kann es sich um Meldungen handeln - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann zitiere ich genau:

Ganz genau: Sowohl 2018 als auch 2019 hatte sich Wirecard nach Insiderinformationen bei der Bayerischen Landesbank - BayernLB - um einen Kredit beworben, und die Banker haben diesen Kredit eben abgelehnt, in beiden Fällen aber sogar der Financial Intelligence Unit eine Verdachtsmeldung zukommen lassen. Dann müssten wir das vielleicht auch in diesen VS-Vertraulich-Teil hineinbewegen.

Antwort Christof Schulte:

Das müssten wir im Nachgang nachreichen.

Ich dann:

Ja, okay.

Um die beiden handelt es sich?

**Zeuge Christof Schulte:** Um die beiden handelt es sich nicht. Es handelt sich bei den beiden zum Sachverhalt gehörenden Meldungen nicht um Meldungen der BayernLB.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann frage ich mich und würde Sie bitten, dann Ihrem Versprechen - - sonst hätte ich fast den Eindruck, Sie haben etwas zu verbergen - - bitten, die auch nachzureichen, weil das haben Sie hier laut Protokoll - ich kann Ihnen das auch vorlegen - zugesagt. Ich lasse Ihnen das auch gerne sonst vorlegen.

**Zeuge Christof Schulte:** Also, ich - - Herr Vorsitzender, das dürfte ein Versehen sein. Normalerweise ist es so üblich - und von den meisten Fraktionen wird es auch so praktiziert -, dass die Fragen, die während der Sitzung gestellt werden, dann tatsächlich, sollten sie offenbleiben, noch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mal nachgereicht werden. Das wird dann nach meiner Einschätzung von der Bundesregierung dann auch immer ausführlich beauskunftet. Hier handelt es sich mitnichten um irgendeine Form von Verkürzung von Informationen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber dann reichen Sie die nach, bitte. Ich werde mich da auch weiter beim Sekretariat erkundigen. - Es geht gleich weiter in Bezug auf diese Sitzung. Deswegen habe ich auch gefragt: Mit wem haben Sie so gesprochen? - Da waren Sie jetzt noch kein Zeuge; aber ich war schon ganz erstaunt, als meine Referenten mir diese Information so weit vorgelegt haben, und frage mich dann so eigentlich, ob wir an dieser Sitzung am 31.08., wo ja für mich schon sehr greifbar war, dass da so ein Untersuchungsausschuss im Raum steht - - Deswegen habe ich die Frage auch noch mal gestellt; denn in einer Anlage - MAT A BMF-8.30, Blatt 80; ich zitiere - vom Leitungsbüro, GZD:

Betreff: Sondersitzung des BT-FA  
am 31. August 2020; hier: Bitte  
um Teilnahme an TK

- Telko -

sowie Vorbereitung

In Vorbereitung auf die Sondersitzung des BT-FA am 31. August 2020 möchte PStin R

- ich schätze mal, das ist Frau Ryglewski -

eine Telefonkonferenz

- nur -

mit den Ausschussmitgliedern der Koalitionsfraktion durchführen. Diese soll am 28. August 2020, 09:30 Uhr stattfinden. Neben PStin R werden auch die Staatssekretäre Bösingher und Kukies teilnehmen. Schwerpunktmäßig soll es um die Rolle der FIU im Zusammenhang mit den Wirecard-Vorgängen gehen. Ich bitte darum, die Teilnahme von AD Schulte an der TelKo sicherzustellen.

Und dann - das finde ich schon der Hammer, auch wenn Sie noch kein Zeuge sind; aber mag die Öffentlichkeit sich ihr Bild machen -:

In dem Dossier bitte ich, Kernbotschaften insbesondere zu folgenden Punkten voranzustellen (nicht im Sinne einer verbindlichen Formulierung, nur sinngemäß):

- FIU ist ihrem Kernauftrag zum Zeitpunkt der initialen Analyse der VM umfassend nachgekommen.

- Intensive nochmalige Analyse mit dem Ziel der Anreicherung der VM (Stichwort: „neue Relevanz“) hat die FIU nach Bekanntwerden der Vorwürfe sofort veranlasst und dabei folgende Gesichtspunkte einbezogen (...).

- Bei der Zusammenführung von Informationen und dem Erkennen von Querverbindungen ist der Informationspool der FIU von entscheidender Bedeutung.

- Prüfungsmaßstab und gesetzlicher Kernauftrag der FIU

- Zusammenarbeit mit der BaFin war vor Bekanntwerden der Vorwürfe gut und bestand in regelmäßigen Austauschen; nach Bekanntwerden der Vorwürfe wurde Zusammenarbeit intensiviert und Taskforce gegründet ...

Was haben Sie dazu zu sagen? - Also, ich sage es mal so rundweg - ich könnte es im Straßen-deutsch sagen - - aber ein bisschen hinter die Fichte geführt, was dann diese Sondersitzung vom 31.08. angeht. Und wenn wir uns hier über einen Papageorgiou, der war ja nun Zeuge - - Da, finde ich, ist das mit Herrn Papageorgiou eigentlich Kindergarten, wenn ich das hier höre. Weil ich komme mir da als Parlamentarier etwas veräppelt vor, wenn Sie die Kernbotschaften, was Sie einem Sonderausschuss, einer Sondersitzung, wo allen bekannt war: „Da geht es eigentlich darum: Machen wir einen Untersuchungsausschuss?“ - - quasi als Behördenvorsteher in den



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Mund gelegt bekommen, was Sie zu sagen haben. Was sagen Sie dazu?

**Zeuge Christof Schulte:** Ich kann das Skandalpotenzial einer regierungsinternen Vorbereitung auf eine Sonderausschusssitzung, Herr Vorsitzender, mit allem Verlaub nicht erkennen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Es ist keine regierungsinterne. Es steht hier wörtlich drin: die Kollegen der Koalition aus dem Finanzausschuss. - Und das sind Parlamentarier, und im Finanzausschuss - das ist das Instrument der Legislative.

**Zeuge Christof Schulte:** Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass es um eine Vorbereitung von Parlamentarischer Staatssekretärin Ryglewski ging. Das ist auch der Punkt, an den ich mich erinnere. Und es ist vollkommen übliches Geschäft, dass die Ressortvertreterinnen und -vertreter sich vor Ausschusssitzungen vom nachgeordneten Geschäftsbereich unterrichten lassen und dies auch anhand politischer Kernbotschaften tun. Ich kann überhaupt nicht erkennen - - Nicht ein einziger Satz von dem, was Sie gerade vorgelesen haben, scheint mir skandalträchtig. Und im Übrigen - - scharf abzugrenzen von jeglicher Vorbereitung auf eine Vernehmung als Zeuge.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich könnte Ihnen teilweise folgen, wenn da nicht drinstünde - ich habe es Ihnen ja vorgetragen -:

Zusammenarbeit mit der BaFin war vor Bekanntwerden der Vorwürfe gut und bestand in regelmäßigen Austauschen ...

Ich weiß noch: Selbst in der Sitzung, da haben Sie als auch der Kollege Hufeld vorher zugestanden, sich überhaupt nicht ausgetauscht zu haben. Ich habe Sie gefragt, ich habe Herrn Hufeld gefragt: Haben Sie sich denn mal ausgetauscht? - Herr Hufeld sagte: Nein, wieso? - Ich habe Sie wörtlich gefragt: Haben Sie denn schon Informationen von der Partner-FIU in Malaysia vorliegen bzw. Singapur? - Weil Herr Hufeld saß da und sagte: Wir wissen ja noch gar nichts. Wir wissen

noch nichts. Die Ermittlungen laufen noch. - Da können Sie mir doch jetzt nicht sagen - -

Nochmals: Wir haben als Parlamentarier da abwägen wollen: Brauchen wir einen Untersuchungsausschuss oder nicht? - Und letztlich steht hier im Klartext: Wiege mal die Kollegenschaft der Opposition im Finanzausschuss in Sicherheit; vielleicht gibt es ja dann keinen Untersuchungsausschuss. - Anders kann ich das ja nicht werten. Und Sie sagen mir, Sie finden das völlig in Ordnung, und sagen, ich muss dann auch keinen Argwohn haben, dass vielleicht nicht doch an der Stelle - deshalb frage ich Sie noch mal - Frau Ryglewski oder irgendjemand anders Sie jetzt im Vorgang auf diese Sitzung angerufen hat.

**Zeuge Christof Schulte:** Die Frage habe ich beantwortet und möchte sie auch nicht erneut beantworten, weil ich zu dem stehe, was ich gesagt habe. Und, wie gesagt, Herr Vorsitzender, es ist vollkommen übliches Geschäft, und ich sehe politisch und administrativ auch überhaupt nichts Anrüchiges darin, dass sich ein Ressort der Bundesregierung bei ihrem nachgeordneten Bereich anhand von politischen Botschaften absichert, ob die eine oder andere Annahme auch in einer Ausschusssitzung vertreten werden kann.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Haben Sie denn zum damaligen Zeitpunkt die Kernbotschaften tatsächlich mit der Realität in der FIU oder dem, was in der Zusammenarbeit mit der BaFin ist, abgeglichen? Weil eine Kernbotschaft ist das eine. Aber entsprachen denn die Kernbotschaften, die Sie in dieser Sitzung uns kundtun sollten, der Realität? Das ist ja dann wichtig. Ich habe nichts dagegen, wenn eine Kernbotschaft wahr ist und der Realität entspricht. Aber mein subjektiver Eindruck - aber, ich glaube, auch vieler Berichterstatter und Beobachter - war, dass zumindest diese Kernbotschaft: „Die Zusammenarbeit mit der BaFin, die ist gut“ - - Ich glaube, die Kernbotschaft werden wir heute Abend sicherlich noch auf den Teststand stellen.

**Zeuge Christof Schulte:** Ich habe in der Sondersitzung alle Äußerungen, die ich gemacht habe,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommen und kann mich auch nicht erinnern, dass ich im Nachhinein etwas daran zu korrigieren hätte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist okay. Das ist ja Ihr guter Standpunkt. - Gut. Ich habe erst mal keine weiteren Fragen und würde dann an den Kollegen Matthias Hauer von der CDU/GSU-Fraktion weitergeben.

(Schluss der stenografischen Protokollierung:  
0.02 Uhr)

## Anlage 1

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Martin Mulzer



Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 19. Sitzung  
- vorläufige Fassung\* -

**3. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 28. Januar 2021, 10.30 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

<b>Einzigter Punkt der Tagesordnung</b>	<b>Seite</b>
<u>Öffentliche Zeugenvernehmung</u>	
<b>Alexander von Knoop</b> (Beweisbeschluss Z-17)	<b>9</b>
<b>Martin Mulzer</b> (Beweisbeschluss Z-70)	<b>15</b>
<b>Waldemar Kindler</b> (Beweisbeschluss Z-3)	<b>75</b>
<b>Joachim Herrmann</b> (Beweisbeschluss Z-62)	<b>146</b>
<b>Dr. Florian Herrmann</b> (Beweisbeschluss Z-4)	<b>214</b>
<b>Christof Schulte</b> (Beweisbeschluss Z-68)	<b>231</b>

\* Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschussekretariat Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann dem endgültigen Protokoll beigefügt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen Martin Mulzer

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, Sie sind im Saal. Ich begrüße recht herzlich unseren nächsten Zeugen Martin Mulzer.

Herr Mulzer, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflichten wurden Ihnen vorab übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt; dafür vielen Dank. Damit kann ich mich auf einige technische Hinweise beschränken.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssten, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss würde dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Dann möchte ich Sie noch bitten, dass Sie darauf achten, immer das Mikrofon einzuschalten, bevor Sie das Wort ergreifen, weil wir auch ein Tonprotokoll erstellen. Das geht einfach: Einfach die rote Taste mit dem Zeigefinger drücken, rotes Licht erscheint, Mikro ist rot, und dann ist Ihr Mikro aktiviert.

Herr Mulzer, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher kurz bitten, sich vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohn- oder Dienstort mitteilen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Mein Name ist Martin Mulzer. Ich bin am [REDACTED] geboren, vom Beruf Regierungsbeamter und bin aus [REDACTED].

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Herr Mulzer, Sie können, wenn Sie dies wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Zeuge Martin Mulzer:** Vielen Dank, Herr Gottschalk. - Ich würde zunächst gerne mal die Entstehungsgeschichte und die Arbeitsweise der Geldwäscheprävention der Regierung von Niederbayern kurz in einem Eingangsstatement erläutern.

Es ist so, dass im Juli 2013 erstmals die Geldwäscheprävention an der Regierung von Niederbayern etabliert wurde. Ich selbst bin seit Mai 2016 in dieser Geldwäscheprävention tätig.

Anfangs war es so, wenn-dass man sich ein Prüfungsprogramm zurechtgelegt hat, wo man stets risikoorientiert sich die Verpflichtetengruppen ausgewählt hat - - MDas macht man immer noch so, es ist immer eine risikoorientierte Auswahl. Wir sind primär im Bereich der Nichtfinanzbranchen tätig. Das ist ganz aus- - ja, hauptsächlich unser eigentliches Aufgabenfeld. Und wir arbeiten uns dann stets auch intensiv in die verschiedenen Verpflichtetengruppen ein. Das ist durchaus sehr zeitintensiv, und es erfolgt auch sehr sorgfältig. Teilweise liegen uns Register, aktuelle Registerauszüge vor, wo wir dann entsprechend eine Auswahl treffen können von den Verpflichtetengruppen, aber nicht immer gibt es diese Register, zum Beispiel bei den Finanzunternehmen; da sind wir dann auf andere Quellen angewiesen. Da müssen wir oft zeitaufwendige ergänzende Internetrecherchen anstellen oder eben auch zum Teil direkt auf die Verpflichteten - potenziell Verpflichteten, sage ich jetzt mal - zugehen, mit denen in Kontakt treten, Informationen einholen, um dann das weitere Vorgehen abzustimmen und eventuell anstehende Prüfungsmaßnahmen zu ergreifen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben uns damals zu Beginn, als wir mit der Arbeit begonnen haben, die am stärksten vertretene Verpflichtetengruppe in den Fokus genommen; das waren die gewerblichen Güterhändler. Ganz einfach aus dem Grund, weil da sehr viel Bargeld fließt, und wo viel Bargeld fließt, besteht natürlich auch schon ein hohes Potenzial für Geldwäschehandlungen. Und hier speziell haben wir uns dem Kfz-Sektor angenommen, mit all seinen Facetten: sei es jetzt der Autohändler, der klassische, von Kleinunternehmen bis Großunternehmen, der Oldtimerhändler, Lkw- und Bushändler, aber auch Händler von speziell angefertigten Fahrzeugen oder auch Händler mit gewissen Luxusgütern wie zum Beispiel spezielle Tiere - Koihändler haben wir da in den Fokus auch genommen und geprüft genauso wie Greifvögelhändler - und natürlich auch die Edelmetallhandelsbranche: Juweliere, Schmuckhändler. Genau.

Das haben wir eine Zeit lang sehr intensiv betrieben, weil es einfach ein Prüfungsschwerpunkt unsererseits war. Und wir haben uns dann Mitte 2018 mit dem bayerischen Innenministerium darauf abgestimmt, dass wir eine Prüfungsschwerpunktverlagerung weg vom gewerblichen Güterhandel jetzt in den Immobiliensektor vornehmen, weil halt doch auch durchaus gewissen Thesen zu entnehmen war, dass bei Immobilientransaktionen zum Teil Geldwäschehandlungen dahinterstecken könnten. Und dann haben wir uns eben hier in die Branche der Immobilienmakler verstärkt eingearbeitet. Das war auch eine zeitintensive Einarbeitung. Wir haben uns da dann bis weit ins Jahr 2019 hinein mit Prüfungen auf diesem Sektor beschäftigt, wobei wir immer im Hintergrund noch eben auch diese gewerblichen Güterhändler beibehalten haben und geprüft haben.

Mitte 2019 war es dann so, dass wir uns erneut mit dem bayerischen Innenministerium für eine weitere Prüfungsschwerpunktsetzung in Verbindung gesetzt haben, und haben uns darauf geeinigt, dass wir dann auch allmählich andere Verpflichtetengruppen vereinzelt Prüfungen unterziehen sollten. Da wären zum Beispiel aufzuführen Dienstleister für bestimmte Gesellschaften oder nichtverkammerte Rechtsbeistände und

auch Finanzunternehmen. Da haben wir dann gegen Ende 2019 erste vereinzelt Prüfungen gemacht abgehalten. Wir mussten uns auch hier wieder sehr intensiv einarbeiten in diese Branchen - das geht nicht von heute auf morgen -, und deswegen hatten wir auch erst überall so, ja, ein bis zwei Prüfungen absolviert. Also, wir waren erst ganz am Anfang unserer Prüfungen gestanden.

Und bei den Finanzunternehmen möchte ich dazu ergänzen, dazusagen, dass es sich dabei um Finanzanlagenvermittler nach § 1 Absatz 24 Satz 1 Nummer 4 gehandelt hat. Somit hatten wir noch keine Erfahrung mit Finanzunternehmen nach § 1 Absatz 24 Satz 1 Nummer 1, deren Haupttätigkeit eben im Werwerben, Halten und Veräußern von Beteiligungen besteht, wie es mitunter dann auch bei Wirecard durchaus im Raume gestanden hat. - Ja.

Man muss dazusagen: Es gibt immer verschiedene Sorgfalts- - außer diesen Tatbeständen für die Sorgfaltspflichten bei den verschiedenen Verpflichtetengruppen, nur mal so als Nebeninformation nachgeschoben. Bei den Güterhändlern ist es zum Beispiel ausgemacht an den verschiedenen Bargeldschwellen, die dafür gelten, während hingegen bei den restlichen Verpflichtetengruppen es ganz überwiegend die Begründung der Geschäftsbeziehung ist. Und speziell bei den Immobilienmaklern ist es halt dann noch mal so gelagert: Wenn ein ernsthaftes Kaufinteresse an einem Immobilienobjekt besteht und die Vertragsparteien hinreichend bestimmt sind, dann ist da quasi der Zeitpunkt ausgelöst und erreicht, wo man dann entsprechende Sorgfaltspflichten nach dem Geldwäschegesetz einhalten muss und beachten muss.

Wie läuft jetzt so eine Prüfung ab bei uns? Es ist immer eine Kombination aus Aufklärung, Information der Verpflichteten und natürlich auch der Prüfung der Geschäftsunterlagen. Was prüfen wir bei den Geschäftsunterlagen? Dass eben diese Sorgfaltspflichten nach dem Geldwäschegesetz eingehalten werden, die zum Beispiel auszugswise sind: Wurde der Vertragspartner identifiziert, ordnungsgemäß, entsprechend etwaige auftretende Vertreter und deren Vollmacht? Wurde



## Nur zur dienstlichen Verwendung

abgeklärt, ob hinter dem Vertragspartner ein wirtschaftlich Berechtigter steht? Wurde abgeklärt, ob hinter dem Vertragspartner oder wirtschaftlich Berechtigten eine politisch exponierte Person steckt? Aber natürlich auch, ob zum Beispiel interne Sicherungsmaßnahmen im Unternehmen ergriffen wurden wie zum Beispiel die Schulung von Mitarbeitern. Wurde ein Geldwäschebeauftragter bestellt, sofern dazu eine Pflicht besteht? Und auch ob ein Risikomanagement mit einer schriftlich angefertigten Risikoanalyse im Unternehmen etabliert wurde, und ob die Unterlagen auch entsprechend der gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfrist aufbewahrt wurden.

Ich möchte an dieser Stelle noch mal ganz deutlich betonen, dass wir - wie der Name schon sagt: Geldwäscheprävention, Regierung von Niederbayern - präventiv unterwegs sind und weniger repressiv. Die Ordnungswidrigkeiten, Bußgelder, die wir verhängt haben, waren wirklich nur in Einzelfällen, das bleibt die Ausnahme. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn wiederholte oder gravierende Verstöße festgestellt werden. Aber ansonsten sind wir, wie eben unser Name schon sagt, präventiv unterwegs. Wir nehmen auch in der Regel nur Stichproben, es sind keine Vollkontrollen, und es gibt auch keine gewissen oder bestimmten Zyklen dafür, sondern das ist sehr flexibel, das ganze System, bei uns aufgestellt. Wir prüfen schriftlich und auch vor Ort. Da gibt es verschiedene Kriterien, anhand denen man das entscheidet. Aber da will ich jetzt nicht näher darauf eingehen. - So viel jetzt zur Arbeitsweise der Geldwäscheprävention an der Regierung von Niederbayern.

Und jetzt würde ich gerne übergehen und aus meinem Gedächtnis, meiner Erinnerung nach den Hergang des Sachverhalts Wirecard näher beschreiben.

Bis zum 20. Februar 2020 hatten wir weder Kontakt mit der Wirecard AG, noch haben wir die in irgendeiner Weise als Verpflichtete und somit als in unserem Zuständigkeitsbereich verpflichtetes Unternehmen gesehen. Am 20.02.2020 erreichte uns dann eine E-Mail von einem gewissen Herrn Dr. Spies der Firma Ernst & Young, die aus zwei Teilfragen bestand. Die erste Teilfrage war, ob

wir in Bayern ähnlich wie unsere Kollegen in Baden-Württemberg eine Allgemeinverfügung erlassen hätten hinsichtlich der Bestellung eines Geldwäschebeauftragten. Und die zweite Teilfrage basierte auf der Teilfrage eins: Es interessierte vor dem Hintergrund, weil eben unter anderem auch der Begriff, die Definition des Finanzunternehmens seit dem 1. Januar 2020 im Geldwäschegesetz neu definiert wurde.

Meine Kollegin, die Frau Wittmann, nahm dann, die Frau Wittmann, am selben Tag noch mal Kontakt auf mit dem Herrn Dr. Spies und teilte ihm in einem Telefonat mit, dass wir bezüglich der Teilfrage eins noch keine Allgemeinverfügung in Bayern erlassen hatten so wie unsere Kollegen in Baden-Württemberg und dass er für die Teilfrage zwei diese Bitte noch mal detaillierter in Schriftform nachreichen wollte.

Das hat der Herr Dr. Spies dann auch gemacht. Am selben Tag kam dann die zweite E-Mail, in der er das Ganze dann noch mal ausführlicher darlegte. Er legte quasi dar, dass er für die Firma Ernst & Young tätig sei, und diese Kanzlei würde die Firma Wirecard AG in Sachen Prävention von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbarer Handlungen qualitätssichernd und beratend unterstützen. Und während die Wirecard Bank AG von der BaFin beaufsichtigt werde, sei er der Ansicht, dass die Wirecard AG in unseren Zuständigkeitsbereich fallen würde, weil neben der eigenen operativen Tätigkeit, sprich die Hard- und Software für Bezahl-systeme, auch noch eine größere Anzahl an Töchtern, unter anderem auch im Ausland und im Finanzdienstleistungssektor, gehalten werde, womit die Ausnahme in § 1 Absatz 24 Satz 2 nicht greife und folglich dann eben der § 1 Absatz 24 Satz 1 Nummer 1 einschlägig wäre und damit unsere Zuständigkeit gegeben wäre.

Wir haben diese Information zunächst einmal so angenommen, weil wir gesagt haben: Es klingt plausibel; es ist vorerst nicht von der Hand zu weisen. - Und es ist doch auch eine renommierte Kanzlei, die global tätig ist und zu den sogenannten Big Four zählt, wo wir uns dachten: Da werden dann die entsprechenden Experten schon das entsprechend sorgfältig geprüft haben, damit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sie zu so einem Prüfungsergebnis kommen. - Aber nachdem dieses Thema sehr finanzlastig war, haben wir uns gedacht, wie wir es routinemäßig in solchen Vorgängen eigentlich machen, dass wir uns mit der BaFin abstimmen, um eben Zuständigkeitsüberschneidungen zu vermeiden. Und dann habe ich eben am 25. Februar 2020 diesen Sachverhalt zunächst mal an die BaFin weitergeleitet mit der Bitte um weitere Beurteilung und Rückmeldung.

Am 6. März hat **Herr** Dr. Spies von Ernst & Young noch mal bei meiner Kollegin nachgefragt, ob wir schon ein Ergebnis dazu hätten. Das war zu dem Zeitpunkt natürlich noch nicht der Fall, weshalb ich dann am 27. April eine erste Erinnerungs-E-Mail an die BaFin geschickt habe mit der Bitte eben, ob jetzt - -

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans  
Michelbach (CDU/CSU):  
Wievielter April?)

- Wie bitte? - 27.04.2020. - Ich möchte an dieser Stelle noch mal darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass in Bayern der Katastrophenfall am 16. März bereits im Gange war und bis **einschließlich** 16. Juni **einschließlich** gedauert hat. Also, wir waren zu dem Zeitpunkt, als ich diese Erinnerungs-E-Mail geschickt habe, schon mitten im Katastrophenfall. Ich und eigentlich nahezu meine ganzen Kollegen aus der Geldwäscheprävention waren coronabedingt dann fremd eingesetzt, sodass wir eigentlich für unsere eigentliche Tätigkeit nicht mehr wirklich Zeit hatten, da überhaupt irgendwas zu bearbeiten. - Gut, so eine Erinnerungs-E-Mail konnten wir jetzt noch verfassen, aber jetzt tiefer greifende Prüfungen konnten wir einfach nicht anstellen, weil wir anderweitig massiv eingespannt waren.

Am 7. Mai 2020 habe ich dann eine zweite Erinnerung an die BaFin geschickt, weil bis dahin immer noch keine Antwort erfolgte, sodass wir dann am 20. Mai - bis dahin war immer noch keine Antwort eingegangen - uns dazu entschlossen haben, **dem** Herrn Dr. Spies von Ernst & Young zumindest eine gewisse Zwischennachricht zu geben, so wie es in Anlehnung an - - § 15

der Allgemeinen Geschäftsordnung eben vorsieht, dass, wenn Sachverhalte eine gewisse überlange Bearbeitungsdauer in Anspruch nehmen, man dann zumindest eine kleine Zwischennachricht gibt. Und da haben wir eben mitgeteilt, dass wir seine Rechtsauffassung bis auf Weiteres für vertretbar halten würden, aber eben nur aufgrund dieser vorliegenden Informationen. Wir haben bis zu dem Zeitpunkt noch keine Unterlagen eingesehen, noch keine Prüfung irgendwie vorgenommen in irgendeiner Art und Weise. Das war nur einfach eine kleine Zwischeninformation. Genau.

Am 27. Mai 2020 erreichte mich dann ein Telefonanruf seitens der BaFin, wo man sich entschuldigte für diese massive zeitliche Verzögerung mit der Antwort, dass man letztlich keine Antwort parat hätte, keine Einschätzung geben könne bis zu dem Zeitpunkt, und man rege eine Rückfrage gegebenenfalls beim Bundesfinanzministerium an. Grund für die zeitliche Verzögerung war, dass die eine Stelle im Haus **bei** der BaFin **meinte** von der anderen Stelle **meinte**, sie würde den Sachverhalt bearbeiten, und so blieb der Vorgang dann einige Monate liegen und unbeantwortet.

Ich möchte an dieser Stelle noch mal ausdrücklich darauf hinweisen - es ist in vielen Bundestagsdrucksachen und auch in diversen Presseartikeln falsch dargestellt worden -: Nicht: Der Anruf ging an dem Tag von der Regierung von Niederbayern an die BaFin, sondern umgekehrt: Die BaFin hat mich angerufen. Warum auch? Weil ich hatte noch keine Kontaktdaten von dieser anrufenden Person von der BaFin. Also, von daher ist da auch ein zweiter Punkt, sage ich jetzt mal, wo man das widerlegen kann, dass ich den Anruf getätigt habe. Und ich habe auch nicht wiederholt und proaktiv darauf hingewiesen, dass die Regierung von Niederbayern sich hier zuständig sähe für die Wirecard AG. Das möchte ich noch mal ausdrücklich betonen an dieser Stelle.

Am 02.06.2020 hat dann ein gewisser Herr Kohlpaintner bei meiner Kollegin, der Frau Wittmann, sich telefonisch informiert, wo auf unserer Homepage das Formular zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten vorzufinden sei, was sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ihm dann auch gezeigt hat. Und zwei Tage später, am 04.06.2020, hat sich dann dieser Herr Kohlpaintner als Ansprechpartner in allen Belangen der Geldwäscheprävention sowie zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung innerhalb der Wirecard AG bei uns angemeldet.

Ich möchte hier kurz erwähnen, dass ich vom 2. Juni bis 12. Juni im Urlaub war - von daher konnte ich da auch nicht agieren - und danach eben dann bis einschließlich 16.06. noch weiterhin im Katastrophenschutz tätig war. Somit war es mir eigentlich erst möglich am 17.06. - zur Erinnerung: Das war ein Mittwoch damals - - konnte ich eigentlich erst wieder mich allmählich der Geldwäscheprävention widmen und hier einarbeiten. 17.06. war ein Mittwoch, 19.06. folglich der Freitag; es blieben mir also circa drei Tage, um den Wissensstand - in Führungszeichen - aufzuholen, den meine beiden Kollegen, ein erfahrener Verwaltungsbeamter und **ein** Betriebswirt, die sich **dann** in der Zwischenzeit schon näher dann mit diesem Sachverhalt auseinandergesetzt haben - - einigermaßen aufholen konnte.

Und am Montag, dem 22.06., hat uns dann die BaFin eine E-Mail geschickt, in der sie dann mitteilte, ohne Gewähr auf Richtigkeit und Vollständigkeit, dass sie derzeit die Zuständigkeit für die Wirecard AG bei der Regierung von Niederbayern sehen würde, allerdings sehr, sage ich jetzt mal, ja, ohne Sicherheit oder sehr vage ausgedrückt. Das hat man dann an folgenden einleitenden Worten dem Prosatext entnehmen können - ich darf es mal kurz auszugsweise zitieren -:

... ob sich daraus ... eine geldwäscherechtliche Verpflichtung ergeben kann bedürfte näherer Prüfung.

Oder auch:

... der Konzern

- habe -

in der Zwischenzeit einen nicht unerheblichen Umbau erfahren ... Es ...

- bestehe -

daher die Möglichkeit, dass ...

Oder:

Darüber hinaus können sich aufgrund der einzelnen Geschäftstätigkeiten der Konzerngesellschaften ... weitere Verpflichteneigenschaften ... ergeben. **Was gegebenfalls einer weiteren detaillierteren Prüfung bedarf**

**Was gegebenfalls einer weiteren detaillierteren Prüfung bedarf.** - Also auch schon anhand dieser Formulierungen hat man gesehen, dass sich die BaFin hier nicht eindeutig festlegen wollte.

Am 23. Juni 2020 hat meine Kollegin, die Frau Wittmann, mit dem bayerischen Innenministerium telefoniert in einer anderen Angelegenheit und hier eben beiläufig erwähnt, dass wir den Fall Wirecard momentan in Bearbeitung hätten. Und dann wurde sich darauf geeinigt, dass wir den bis dahin stattgefundenen Schriftverkehr in dieser Angelegenheit rein zur Information an das bayerische Innenministerium weiterleiten würden, damit die sich eben auch, sage ich jetzt mal, ein Bild davon machen können, was hier bisher stattgefunden hat und bearbeitet wurde.

Am 24. Juni, einen Tag darauf, hat das bayerische Innenministerium eine Führungsinformation angefordert, in der wir insbesondere auch noch mal die Verpflichteneigenschaft der Wirecard AG prüfen sollten. Das haben dann eben, wie gesagt, die beiden Kollegen, der erfahrene Verwaltungsbeamte und der Betriebswirt, eben eh schon seit der Mitteilung von der BaFin in der E-Mail getan, indem sie dann schon näher in die Prüfung eingestiegen sind, weil wir uns gesagt haben: Okay, wenn die schon mal jetzt sagen, dass sie die Zuständigkeit bei uns sehen, dann müssen wir jetzt

Sie haben sich dann am 24.06. im Laufe des Abends mit unserem Sachgebietsleiter zusammengesetzt und die Führungsinformation vorbereitet und ihm die Ergebnisse ihrer Prüfungen mitgeteilt, die sie anhand des Handelsregisterauszuges, der Satzung und des Geschäftsberichts



## Nur zur dienstlichen Verwendung

2018 eben durchgeführt haben. Und das Ergebnis war, dass keine Verpflichteteneigenschaft vorliegt bei der Wirecard AG, weil die Haupttätigkeit nicht im Erwerb, Handel und dem Veräußern von Beteiligungen liegen würde. Und somit besteht auch keine Verpflichteteneigenschaft, und damit existiert für uns keine Zuständigkeit bei der Regierung von Niederbayern für die Wirecard AG.

Das Ganze war, möchte ich noch mal an dieser Stelle ausdrücklich betonen, am 24.06. im Laufe des Abends und damit eindeutig vor dem 25.06. Wir hätten dieses Ergebnis am nächsten Tag eben in die Führungsinformationen integriert und an das bayerische Innenministerium geleitet. Unglücklicherweise ist natürlich dann am Folgetag am Vormittag eben veröffentlicht worden, dass die Eröffnung des Insolvenzverfahrens bei der Wirecard AG im Raume gestanden hat, und damit ist es natürlich dann, ja, unglücklicherweise für viele Außenstehende - - hat es dann so ausgesehen, als hätte sich die Regierung von Niederbayern in dem Moment für unzuständig erklärt, als eben dieses Insolvenzverfahren eröffnet wurde. Aber dem war eben ausdrücklich nicht so: Wir hatten, wenn es auch nur knapp davor war, einen Tag davor am Abend dieses Prüfungsergebnis für uns festgestellt, selbstständig, ohne jegliche Beeinflussung vom bayerischen Innenministerium oder sonst irgendwen. Das war eine rein selbstgestelltes Prüfungsergebnis durch meine Kollegen, die eben an diesem Tag dann auch offiziell die federführende Sachbearbeitung innehatten.

Das wäre es jetzt von meiner Seite zum Hergang aus meiner Erinnerung zum Sachverhalt Wirecard an der Regierung von Niederbayern gewesen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Herr Mulzer, erst mal für die sehr ausführlichen Schilderungen. Ich glaube, dann kann man auch ein Verständnis entwickeln. Ich denke, es hat sich ganz gut jetzt eingliedert. Ich werde mit der Befragung beginnen, den Kollegen auch so einige allgemeine Fragen, damit die sich dann auch ums Fleisch sozusagen kümmern können, abnehmen. Deswegen fange ich erst mal an.

Sie haben das ja eben dargelegt aus der Erinnerung. Haben Sie sich sonst wie noch auf diese Sitzung vorbereitet oder Gelegenheit - - in andere Akten entsprechend Einblick zu nehmen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, ich habe nur das Vorliegende, was wir eben besprochen haben, noch mal aufbereitet.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wie Sie geschildert hatten: Wann hatten Sie erstmals, oder wann sind Sie erstmals auf die Wirecard aufmerksam geworden? Das war jener 20. Februar, den Sie dort schildern.

**Zeuge Martin Mulzer:** Richtig, genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja. - Haben Sie im Untersuchungszeitraum - das ist hier schon eine Standardfrage - Wirecard-Aktien erworben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Haben Sie im Untersuchungszeitraum Vorstandsmitglieder der Wirecard AG getroffen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. Gut. - Dann komme ich mal so ein bisschen zu dem, was Sie schildern, damit ich mir auch noch ein Bild machen kann.

Das ist ja schon für uns alle, glaube ich, ein epochales Ereignis, Corona. Was heißt das, „Katastrophenfall“? Wie darf ich mir das in Bayern vorstellen? Und wie viel - Sie haben immer gesagt „wir“ - Beamte sind denn in dem durchaus wichtigen Feld - und das wird ja immer größer, das ist auch meine Feststellung, Sie haben sich Themenschwerpunkte gesetzt -, also wie viel Kollegen, Beamte sind in dem Bereich bei Ihnen zuständig? Und wie darf ich mir den Katastrophenfall vorstellen? Heißt das dann - - Ich habe da ja Verständnis für, aber nur damit ich ein Verständnis habe: Was haben Sie getan, und macht dann überhaupt jemand Geldwäsche?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wieder aufgeholt habe, und das nicht nur in Sachen Wirecard - - Das ging in andere, alltägliche, sage ich jetzt mal, Angelegenheiten auch ein, bis man da die E-Mails alle gecheckt hat, sortiert hat und sich wieder eingearbeitet hat, vergingen halt diese wenigen Tage. Und dann kam eben auch schon der Montag, der 22.06., wo dann eben diese E-Mail der BaFin erfolgte. Und, ja, dann nahm das so seinen Lauf.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie haben das geschildert: Der erstmalige Kontakt kam dann tatsächlich durch EY zu Ihnen, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - in Ihr Haus zustande, durch diesen bezeichneten Herrn Spies.

**Zeuge Martin Mulzer:** Richtig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Können Sie uns noch Genaueres zu dem Anruf vielleicht mal schildern? Sie haben ein paar Dinge formuliert. Wie war so Ihr Eindruck? War das für Sie ein Routineanruf? Haben Sie da vielleicht auch einen gewissen Druck gespürt, dass bei dem Kollegen am anderen Telefonende so ein gewisser Handlungsdruck bestand? Oder war das für Sie ein ganz entspanntes, lockeres Telefonat?

**Zeuge Martin Mulzer:** Zum Verständnis: Sie meinen jetzt den Anruf von der BaFin am 27. Mai, oder welchen Anruf meinten Sie?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, ich meine diesen erstmaligen Kontakt des Kollegen Spies, der Sie anrief von - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich hatte mit dem Herrn Spies keinen telefonischen Kontakt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das war dann Frau Wissmann [sic!].

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau. Das war rein per E-Mail, und den telefonischen Kontakt hat dann eben die Frau Wittmann gehabt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Haben Sie mit Frau Wissmann [sic!] über dieses Telefonat mal kurz gesprochen, oder hat die Ihnen einen Eindruck geschildert, wie sie dieses Telefonat wahrgenommen hat?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, nee. Also subjektive Wahrnehmungen haben wir gar nicht besprochen, nur rein den Gegenstand des Themas.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Ist das üblich, also war das für Sie mal was ganz Neues, dass ein - nennen wir es mal, heute sagt man ja in den Amtsstuben immer: „Da kommt ein Kunde“, egal was er ist - Kunde bei Ihnen, ein potenzieller Kunde, anruft und sich erkundigt: „Könnte Ihre Stelle da tätig sein?“?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, es kommt durchaus schon vor, dass sich Verpflichtete bei uns informieren, auch vielleicht mal eben einen Sachverhalt darlegen oder sagen, **Ss**ie sind jetzt zu dieser und jener Einschätzung gekommen. Aber man muss dazusagen: Mit solchen großen Konzernen, DAX-30-Konzernen, hatten wir bis dahin eigentlich noch nicht wirklich zu tun, erst recht nicht im Finanzbereich. Also, eher ruft uns dann noch mal ein kleiner Kfz-Händler an und fragt aber dann auch wirklich Belanglosigkeiten, verhältnismäßig, sage ich jetzt mal, nach, „ob es jetzt ausreicht, wenn ich den Führerschein kopiere beim Identifizieren“ oder: „Letztens hat ein Kunde 9 500 Euro bar bezahlen wollen“, muss er dann auch schon tätig werden? Aber dass so ein DAX-30-Konzern indirekt zumindest, sage ich jetzt mal, auf uns zukommt, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** ... war schon ein Novum.

**Zeuge Martin Mulzer:** - war auf alle Fälle eine Ausnahme und bis dahin noch nicht der Fall.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie haben sich ja dann ausgetauscht, beraten und haben dann ja diese Mail, von der wir eben sprachen, an die BaFin geschickt. Aus welchem Grund? Aus Ihrer rechtlichen Würdigung haben Sie diese Mail an die BaFin geschickt. Bestanden da Zweifel, dass vielleicht doch die BaFin zuständig sein könnte, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - oder wie war das?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wie ich in meinem Eingangsstatement erwähnt habe: Um Aufgabenzuständigkeitsüberschneidungen zu vermeiden - weil das doch sehr finanzlastig war, dieser ganze Themenkomplex -, haben wir uns gedacht: Wenden wir uns erst mal an die BaFin, sprechen wir uns mit denen ab; es könnte sein, dass die uns zurückmelden: Passt auf, das ist ein eindeutiger Verpflichteter von uns; ihr habt da nichts weiter damit zu schaffen, überlasst den uns, ist unsere Angelegenheit.

Und das ist auch schon hin und wieder mal der Fall gewesen, dass man sich mit der BaFin abgestimmt hat, und von daher war das für uns ein routinemäßiger Vorgang, dass wir uns da einfach mal abstimmen mit der anderen Behörde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Noch mal genauer: Am 6. März 2020 erfolgte dann - das hatten Sie auch kurz erwähnt; auffindbar auf MAT A BayStMI-2.01 DVD, Blatt 35 f. - eine Nachfrage seitens EY. Was haben Sie hierauf zu diesem Zeitpunkt dem Mitarbeiter von EY genau geantwortet?

**Zeuge Martin Mulzer:** ~~Dürften-Könnten~~ Sie mir den Zeitraum kurz - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das war der 6. März, also zehn Tage vorm Katastrophenfall.

**Zeuge Martin Mulzer:** 6. März, genau. Ja, da war letztlich nur eine Nachfrage bei meiner Kollegin, ausgehend vom ~~mir~~ Herrn Dr. Spies, ob wir schon ein Ergebnis hätten zu seiner Anfrage.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Und dann sagt man - - Man wartet dann noch.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau, man wartet noch, „wir sind noch in der Abstimmung“, und was dann genau weiter in dem Telefonat gefallen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Das hat, wie gesagt, die Frau Wittmann geführt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja. - Ich habe mich jetzt so ein bisschen - - Aber das ist doch deutlich geworden, weil das hatte ich - ich glaube, vielleicht einige Kollegen auch - gar nicht auf dem Schirm mit diesem Katastrophenfall, weil ich hätte jetzt so gesagt: „Wie, ist in der Zwischenzeit - - Aber das haben Sie ja dann auch dargelegt verständlicherweise, weil Sie sich dann um Schutzkleidung etc. kümmern mussten, sich eben nicht um die Geldwäscheprävention kümmern konnten.“

Sie hatten aber das eben beschrieben: Es fühlten sich - - Hat man das ausgeführt, oder hat Ihnen das der Kollege von der BaFin so erläutert, dass zwei Abteilungen - das hat mich dann auch wieder zur BaFin echt beruhigt - meinten, die andere würde dies schon tun?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und dann haben es ja offensichtlich beide nicht getan.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann haben Sie noch mal einen freundlichen Reminder -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - geschickt: Freunde, was ist denn da los? - Können Sie das noch mal beschreiben, was da genau gesagt wurde? Und ich frage jetzt nur nach Ihrem persönlichen Eindruck: Hat das auf Sie Kompetenz vermittelt oder eher ein gewissen Ausdruck von Inkompetenz?

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, das würde ich jetzt nicht so sagen. Man war halt ein bisschen enttäuscht, sage ich jetzt mal, dass so wenig an Feedback zurückkam, weil wir dann, sage ich jetzt mal, letztlich ja uns selbst überlassen waren auf diesem sehr finanzlastigen Themenkomplex. Ja, und, wie gesagt, haben ~~wir~~ uns dann auch eben versucht, allmählich selber in die Materie einzuarbeiten, weil wir gemerkt haben, da kommen jetzt nicht wirklich weiterführende Informationen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie kompetent oder inkompetent, das will ich jetzt nicht beurteilen; das haben andere zu beurteilen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe ja nur nach Ihrem persönlichen Eindruck gefragt, weil Sie haben ja auch aus der Mail eben - - Sie haben es auch sehr freundlich formuliert. Ich muss ja nicht freundlich sein.

**Zeuge Martin Mulzer:** Mhm.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dass man eigentlich - - „Es war eine Wischiwaschi-Mail“, so haben Sie es, glaube, ich vom Kontext gesagt, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - „mit der kann ich“ - -

**Zeuge Martin Mulzer:** - wenn man es so bezeichnen mag, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - „die kann ich mir an die Wand nageln; ich kann sagen: so oder so.“

**Zeuge Martin Mulzer:** Man konnte jetzt nicht wirklich schlauer draus werden, sage ich jetzt mal, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kann man also sagen, diese Mail war dann für Sie Initialzündung, zu sagen - Sie haben es fast eben so ausgedrückt -: Gott, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - wir fühlen uns von BaFin und - - ohnehin da auch ein bisschen alleingelassen, jetzt müssen wir es selbst halt in die Hand nehmen an der Stelle.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau, genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Ich habe hier noch einmal vorliegen - da würde ich Sie gern noch mal, wir hatten den Namen ja eben auch schon genannt, Frau Wissmann - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Frau Wittmann.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Wittmann, Entschuldigung. - Am 4. schrieb Herr Markus K. der Wirecard AG in einer E-Mail - Sie haben den Namen auch genannt; auffindbar unter MAT A BayStMI-3.01 DVD, Blatt 40 - an Ihre Kollegin:

... zunächst bedanke ich mich bei Ihnen für das freundliche Telefonat von vergangenem Dienstag.

Im Anhang sende ich Ihnen wie besprochen das unterzeichnete Formular zur Mitteilung über die Bestellung des Geldwäschebeauftragten sowie eines Stellvertreters.

In diesem Zusammenhang stehe ich Ihnen fortan als Ansprechpartner in allen Belangen der Geldwäscheprävention sowie zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung innerhalb der Wirecard AG zur Verfügung.

**Zeuge Martin Mulzer:** Mhm.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie da etwas über das Gespräch mit Ihrer Kollegin und mit Herrn K. von der Wirecard berichten? Hat Ihnen Ihre Kollegin etwas über die Zurverfügungstellung oder Dinge dort drüber hinaus mitgeteilt, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - vielleicht auch schon Maßnahmen, irgendetwas?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, gar nicht. Also, es war wohl ein sehr kurzes Telefonat. Der hat wirklich nur angefragt, der Herr Kohlpaintner, **eb** **er** — wo er quasi dieses Formular finden wird auf unserer Homepage. Frau Wittmann hat ihm das gezeigt, und das war dann scheinbar auch schon das Telefonat. Er hat sich dafür bedankt und eben, wie gesagt, zwei Tage später diese Geldwäschebeauftragtenbestellung anhand dieses Formulars bei uns eingereicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der BaFin, ich sage mal, Klärungsbedarf war: Wer ist jetzt zuständig für ein Unternehmen?

**Zeuge Martin Mulzer:** „Häufiger“ würde ich jetzt das nicht bezeichnen, vereinzelt immer wieder mal. Also, wir haben ja doch sehr wenig mit diesen finanzlastigen Unternehmen zu tun; aber wenn wir eben so einen Verpflichteten oder potenziell Verpflichteten mal in Bearbeitung haben, dann kann es durchaus sein, wenn man da nicht selber eindeutig gleich relativ schnell zu einem Ergebnis kommt, dass man sich dann durchaus mit der BaFin abstimmt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und das war so ein Kriterium für Sie: „finanzlastig“.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das verbinden Sie dann eher mit der BaFin -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - als jetzt mit Ihnen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Weil wir sagen: Da sitzen ja doch in diesen Finanzthemen und -bereichen die Experten, die können das vielleicht noch mal besser einschätzen. - Wir haben ja, sage ich jetzt mal - - Vom Hintergrund her sind wir Verwaltungsbeamte und Betriebswirte kombiniert in diesen eingangs erwähnten Vollzeitäquivalenten. Aber so einen richtigen Bankenhintergrund oder diesen Finanzsektor hat jetzt eigentlich von uns keiner im Team. Deswegen können wir das jetzt auch nicht so gut einschätzen wie, sage ich mal, die entsprechenden Mitarbeiter bei der BaFin, die halt dann doch vielleicht einen entsprechenden Background von der Ausbildung her haben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Also das eine war quasi, dass es sehr finanzlastig war.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und das andere war: Es ist ein DAX-Konzern; und Sie haben auch keinen anderen DAX-Konzern bei sich in der Aufsicht. Das war dann so der zweite Punkt, wo

Sie eher an die BaFin gedacht haben. So habe ich Sie jetzt verstanden.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau. Also, DAX-Konzerne sind wirklich die Seltenheit, die Ausnahme bei uns. Es kann vielleicht mal im Güterhandelsbereich vereinzelt welche geben; aber so jetzt diese speziellen finanzorientierten DAX-30-Konzerne haben wir eigentlich bei uns nicht wirklich bis dato, sage ich jetzt mal so, in Bearbeitung gehabt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und wenn Sie dann in anderen Fragestellungen mit der BaFin Kontakt aufgenommen haben hinsichtlich der Klärung der Zuständigkeit, dann haben Sie auch eine Antwort der BaFin bekommen -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - so nach dem Motto: „Das machen wir“ oder: „Da sind wir der Auffassung, das ist eine Sache von Niederbayern“, oder was haben die da so geantwortet?

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau. Also, da war auf alle Fälle der Informationsaustausch flüssiger und auch werthaltiger, würde ich mal sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Ich habe das jetzt so verstanden, dass Sie durch dieses Schreiben von EY, ich sage mal, ein Stück verunsichert waren, ob Sie vielleicht doch zuständig sind. Also, weil bis dahin hatten Sie sich ja gar nicht mit dem Thema Wirecard beschäftigt, wenn ich das richtig verstanden habe.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau, genau.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und in den anderen Fällen, in denen Sie Kontakt aufgenommen haben zur BaFin, da hat das auch nicht monatelang gedauert?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein. Da **s** war wesentlich schneller - - Ich kann jetzt keinen genauen Zeitraum dazu nennen, aber es hat auf alle Fälle wesentlich besser und schneller funktioniert, der Austausch, die Kommunikation.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Und da hat die BaFin auch Ihnen gegenüber eine Rechtsauffassung geäußert ob Ihrer Zuständigkeit, also „Ihrer“ in dem Fall, ob Niederbayern zuständig ist oder nicht?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das kann ich jetzt so nicht sagen, weil ich eigentlich so direkt noch nicht mit diesen Verpflichtengruppen, sage ich jetzt mal, damals in der Zeit zu tun gehabt habe. Das war oft dann bei meinen Kollegen der Fall, die da entsprechende Sachverhalte in Bearbeitung hatten. Aber so aus Erzählungen weiß ich, dass das durchaus, ja, schon besser war, die Zusammenarbeit.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und warum haben Sie sich nicht auch an das Bayerische Staatsministerium des Innern gewandt, sondern an die BaFin?

**Zeuge Martin Mulzer:** Weil die BaFin ja, wie gesagt, halt **aufin** diesem Finanzbereich, in diesem Finanzsektor doch **als** ein besserer Ansprechpartner **uns** erschien. Und das bayerische Innenministerium hätten wir halt dann, sage ich jetzt mal, eben später eingeschaltet, wenn wir zu einem entsprechenden Ergebnis gekommen wären. Also, wir hätten die nicht total außen vor gelassen. Das war halt zeitlich alles sehr verzögert. Also, hätten wir da eine ehre Rückmeldung bekommen, wären wir wahrscheinlich auch vielleicht eher eingestiegen in eine etwaige Prüfung **dann** und hätten dann auch vielleicht eher ein Ergebnis nach oben mitteilen können, aber - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie haben sozusagen gewartet auf das, was die BaFin sagt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, ich habe gewartet, bis die Rückmeldung kam, weil letztlich ja das ein weiterer Bewertungsmaßstab für uns war, wo wir gesagt haben: „Das wollen wir abwarten, und erst danach können wir eigentlich dann in die Prüfung einsteigen“ oder wollten wir auch in die Prüfung einsteigen, um eben dann zu einem Ergebnis zu kommen und zu einer Aussage.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und um das sozusagen zu beschleunigen, haben Sie dann nachgefragt.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau, genau. Wir waren halt ziemlich gehemmt und ausgeknockt durch diesen Katastrophenfall. Wenn der nicht gewesen wäre, wären wir da auf alle Fälle zügiger, denke ich mal, vorangekommen, weil wir dann vielleicht einfach hartnäckiger nachgefragt hätten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Na gut, Sie haben ja schon nachgefragt. Das ist ja schon mal was.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, aber wir hätten dann vielleicht auch eher unseren Sachgebietsleiter, der parallel auch Leiter der Führungsgruppe Katastrophenschutz war, involviert und hätten gesagt: Wir kommen da mit denen nicht weiter. Wie geht es weiter, was ist vielleicht für ein Vorgehen angesagt, angeraten? - Das war halt alles sehr ungünstig, eine Verkettung unglücklicher Umstände, würde ich es jetzt mal bezeichnen, durch Corona.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Könnten Sie uns noch mal darlegen: Sie hatten ja gerade noch mal betont, Sie sind vor allem für die Geldwäscheprävention zuständig.

**Zeuge Martin Mulzer:** Eigentlich ausschließlich, nicht „vor allem“, sondern ausschließlich.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie noch mal uns teilhaben lassen, was das genau bedeutet? Also, was machen Sie mit den Verpflichteten? Was sind da die Maßnahmen, die da ergriffen werden? Was prüfen Sie?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wie ich es eingangs erwähnt habe: Wir fahren entweder vor Ort raus oder handeln das im schriftlichen Verfahren ab. Wir prüfen diese Unternehmen auf Einhaltung der Sorgfaltspflichten. Es gibt viele, die erstmals geprüft werden. Wir schauen aber auch, dass wir, sage ich jetzt mal, eine gewisse Anzahl von Verpflichteten auch wiederholt prüfen. Es soll ja auch, sage ich jetzt mal, nachgesehen werden, nachkontrolliert werden, ob dann die Maßnah-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

men, die Informationen, die wir in den Erstprüfungen an die Hand geben, auch akzeptiert und angenommen werden und umgesetzt werden. Das ist so unsere tägliche Arbeit, sage ich jetzt mal.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Bei der Geldwäsche braucht es ja auch ein Delikt vorher, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - was der Geldwäsche zuvorkommt. Vielleicht können Sie da noch mal darstellen, wenn man jetzt die Wirecard AG als Beispiel nimmt - ich könnte jetzt auch den Autohändler oder den Koikarpfenhändler nehmen, aber wir haben ja jetzt nun mal das Thema der Wirecard AG - - Also, da geht es vor allem darum, dass Sie sozusagen dieses Unternehmen, Wirecard AG, fit machen dafür, dass denen auffällt, wenn Leute, also Dritte, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Richtig, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - zur Wirecard AG kommen, um Geldwäsche zu betreiben. Also, Sie haben nicht so sehr im Fokus, dass aus der Wirecard AG heraus diese Geldwäsche veranlasst wird.

**Zeuge Martin Mulzer:** Richtig, genau. Also, wir sehen uns in erster Linie als Partner der freien Wirtschaft. Wir versuchen, die Unternehmen entsprechend zu informieren, wie sie sich selbst am besten schützen können, um **nicht** zu Geldwäschezwecken missbraucht zu werden. Und da versuchen wir eben, da bestmöglich aufzuklären und denen auch entsprechend **vielleicht** Infomaterial an die Hand zu geben, wie sie da am besten einen Fokus drauf legen können, dass das möglichst eingedämmt oder vielleicht sogar im besten Fall dann verhindert wird.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und wenn dann Hinweise aufkommen, dass auch aus diesem Unternehmen heraus irgendwas passiert, dann würden Sie das an die Staatsanwaltschaft weitergeben. Wie würde dann der Ablauf sein?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wir würden wenn, dann eine Verdachtsmeldung abgeben an die FIU, das

ist diese zentrale Finanztransaktionsuntersuchungsstelle beim Zoll.

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Kennen wir!)

- Kennen Sie vielleicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Kennen wir. Da kriegen wir auch noch Besuch von Herrn Schulte, dem Chef.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau, genau. - Also, das wäre dann unter anderem so ein Vorgehen. Wobei ich noch mal betonen möchte: Wir sind präventiv unterwegs, und das geht ja dann schon in mögliche repressive Handlungen, und da sind wir dann eindeutig nicht der richtige Ansprechpartner. Das sind dann die Strafermittlungsbehörden und -verfolgungsbehörden, die hier dann tätig werden müssen, wenn wirklich Geldwäschehandlungen in einem Unternehmen oder aus einem Unternehmen heraus stattfinden. Das ist nicht unsere Baustelle, und da sind wir dann auch die falschen Ansprechpartner. Wir können zwar vielleicht eben Gewisses, wenn was bekannt wird, einleiten; aber die ganze weitere Verfolgung, strafrechtliche Würdigung dieser Sachverhalte, ist dann nicht mehr unser Gegenstand.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Ich hätte jetzt noch eine Frage, bevor ich in unserer ersten Frageunde an den Kollegen Dr. Michelbach weitergebe, und zwar: Warum stellte die Prüfung der Zuständigkeit aus Ihrer Sicht ein so großes Problem dar? War das nicht eher eine Routineprüfung?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, weil eben der Finanzunternehmensbegriff zum 1. Januar 2020 neu definiert wurde im Geldwäschegesetz und wir uns bis dahin eigentlich noch nicht wirklich auseinandersetzen konnten mit diesen Thematiken, sage ich jetzt mal, und von daher war es jetzt dann auch relativ Neuland. Wie ich eingangs erwähnt habe, haben wir erst gegen Ende 2019 begonnen, auf diesem Sektor erste Prüfungen anzustellen, aber eben noch mit anderen Katalogtätigkeiten. Das ist so aufgebaut, dass man gewisse



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorgang „Wirecard AG“ zurzeit in Bearbeitung hätten.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist das richtig, dass das mit dem Herrn Mildner war?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Wissen Sie, wen der Herr Mildner dann eingeschaltet hat anschließend? Ist Ihnen da was bekannt zu?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, nicht genau.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** Meinen Sie jetzt Personen oder - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, genau, innerhalb des Ministeriums, gibt es da eine Hierarchie?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wahrscheinlich, denke ich mal, die Nächstvorgesetzten. Aber wer genau jetzt da mit involviert war - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist der Regierungspräsident bei Ihnen, innerhalb der Bezirksregierung, befasst worden mit dem Thema?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wann und durch wen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Den haben wir dann - - Wann haben wir den eigentlich einbezogen? [Das „Wann“ ging ggf. etwas unter - dass wir ihn einbezogen, war mir aber durchaus bewusst]

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Das war schon relativ frühzeitig. Das, glaube ich, war auch um den Drehpunkt rum, um den Zeitraum - - Ich meine, dass das, ja, um diesen - - Wann war die Führungsinformation? Ich glaube, an dem 24.06. Also, genau könnte ich es jetzt nicht mehr sagen, aber ich meine, das war an diesem 24.06., wo das dann offiziell mit dieser Führungsinformation angefordert wurde. Weil wir dann gesagt haben:

Das müssen wir jetzt an dem Zeitpunkt spätestens auch an unsere Hausspitze bekannt geben.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nun haben Sie ja vorgetragen, dass die Wirecard AG dann auch tatsächlich noch im Juni, kurz vor Toresschluss, noch einen Geldwäschebeauftragten angezeigt hat -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - habe ich das richtig verstanden? - bei Ihnen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau. [ich fasste das „Ihnen“ als „bei der Regierung von Niederbayern“ auf, korrekter wäre „bei meiner Kollegin, Fr. Wittmann“]

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wie sind Sie denn mit der Anzeige umgegangen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wir haben die zunächst als Freiwilligenbestellung, sage ich jetzt mal, betrachtet. Das gibt es ja durchaus, dass verschiedene Verpflichtete oder die sich als solches ansehen, uns mitteilen: „Hier, der Herr X oder die Frau Y ist bei uns im Unternehmen geldwäschebeauftragt; das möchten wir hiermit anzeigen“, obwohl vielleicht gar keine Verpflichteteneigenschaft vorliegt. Und deswegen haben wir jetzt dem auch keine größere Aufmerksamkeit geschenkt oder jetzt irgendwas veranlasst gesehen, weil wir eben für uns das einfach zunächst mal als Freiwilligenbestellung auslegten, wogegen ja auch nix spricht. Also, es darf ja jedes Unternehmen, wenn es meint, dass es so etwas für nötig erachtet, einen Geldwäschebeauftragten bestellen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist das denn irgendwo dokumentiert, dass Sie das als freiwillige Anzeige eingestuft haben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich denke jetzt, nicht. Das wurde so angenommen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gab es eine Rückmeldung von Ihnen Richtung Wirecard?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und läuft da jetzt noch was im Insolvenzverfahren, oder hat sich das erledigt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Es läuft jetzt gerade die Prüfung. Ich denke, man kann vielleicht so viel verraten, dass wir gerade eben im Prüfverfahren sind. Wir tauschen uns aus mit der insolvenzverwaltenden Stelle und haben jetzt angefordert eine Risikoanalyse. Und wir sind auch in Klärung mitbzgl. der bestellten [wir sind nicht mit den Gwbs in Kontakt!] Geldwäschebeauftragten, wie das dann weitergeht. Aber da bitte ich, noch entsprechend drauf Rücksicht zu nehmen, dass das noch im laufenden Verfahren ist und wir eben erst am Anfang der ganzen Prüfungshandlungen sind.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Verstanden. - Danke schön.

**Zeuge Martin Mulzer:** Bitte schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Dr. Toncar. - Dann - wer möchte? - Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Sehr gerne. Vielen Dank. - Herzlich willkommen! Sie haben ja schon gemerkt: Es gibt auch ein bisschen vielleicht eine andere Sicht auf die Dinge, außer dass die BaFin Sie da hat im Regen stehen lassen. Das ist definitiv auch nicht so gut gelaufen offenbar da intern. Aber ich sage mal so: Wie viele Tage waren Sie fremdvergeben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Eigentlich ziemlich von diesem 16. März weg bis einschließlich zum 16. Juni.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, es war wirklich der volle Zeitraum.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also, sprich: Wenn die BaFin bei Ihnen angerufen hätte, Sie wären gar nicht da gewesen, ne?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, zumindest wäre ich sehr schwer - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wissen Sie, ob die BaFin versucht hat, Sie telefonisch zu erreichen in der Zeit? Das können Sie eigentlich gar nicht wissen, weil Sie waren ja nicht da.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, aber ich - - Ja, ich war - - Also, das Telefon war durchaus auf mich auch weiterhin geleitet. Aber es war halt dann schwerpunktmäßig durch Katastrophenschutzfragen geprägt. Also - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich will Ihnen da auch gar keinen - - Also, nur um das klarzustellen sozusagen: Ich finde, was das angeht, haben Sie nichts falsch gemacht. Nur, wir machen hier ja im Raum auch ein bisschen Politik. Und der Herr Michelbach und ich haben vielleicht an der Stelle einen bisschen anderen Blick auf die Welt.

**Zeuge Martin Mulzer:** Mhm.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber was mich viel eher noch interessieren würde, ist: Sie haben gesagt, das Thema Wirecard ist beim bayerischen Innenministerium angekommen - richtig? - am 23.06., als Ihre Kollegin -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - telefonierte hatte und auf Nachfrage Auskunft gegeben hat.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Was ich mich frage, ist - ich habe das eben noch mal nachgeschaut -: Also, vor dem 23.06. ist der Vorstandsvorsitzende zurückgetreten. Es war öffentlich klar, dass 1,9 Milliarden Euro verschwunden sind. Der Aktienkurs, der mal bei weit über 100 war, ist auf 13 Euro runtergefallen. Und Sie haben diese heiße Kartoffel Wirecard auf dem Schreibtisch liegen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen gemeinsam. So. Und bis dahin ist bei der Bezirksregierung - - War da Ihr Chef auch schon informiert über den Vorgang? Ja, ne?

**Zeuge Martin Mulzer:** Den Chef, den haben wir dann eigentlich - - Ja, um den Zeitraum haben wir den eingebunden. Er war halt wirklich sehr



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das war ja am Ende sozusagen - - Sie haben gesagt, Sie haben das alles geprüft usw., sind zum Ergebnis gekommen: keine Zuständigkeit Bezirksregierung von Niederbayern. - Aber in dieser Führungsinformation wird berichtet: Jawoll, aber hurra, wir haben jetzt einen Geldwäschebeauftragten benannt bekommen. - Das macht doch überhaupt keinen Sinn. Sind Sie mal auf die Idee gekommen, das zurückzuweisen an die Wirecard und zu sagen: „Das ist ja schön, dass ihr einen Geldwäschebeauftragten habt, aber hat mit uns nichts zu tun, weil wir sind ja nicht zuständig“?

**Zeuge Martin Mulzer:** Müsste ich noch mal ganz kurz nachschauen. Sie sagen jetzt, das wäre in der Führungsinformation?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, auf Seite 5.

**Zeuge Martin Mulzer:** Moment mal, muss ich mal ganz kurz - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ganz letzter Satz, bevor Herr Knöpfle da auftaucht, 25.06. Bei mir ist es so schön gelb hier. - Ach, gucken Sie: Sie kriegen es sogar gebracht.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

**Zeuge Martin Mulzer:** Okay, danke. - Ja, ich meine mich vage erinnern zu können, dass wir das ursprünglich vorhatten, eine Bestätigung rauszugeben. Haben es aber dann noch mal überdacht und waren der Meinung, dass es eigentlich sich erübrigt, weil wir eben keine Zuständigkeit für uns sehen für die Wirecard AG. Und wir dachten: Na ja, wenn wir nix hören lassen, dann - sage ich jetzt mal so, salopp gesagt - wird sich - - wird man sich an der entsprechenden Stelle schon denken können, dass es jetzt nicht wirklich erforderlich war und dass wir das halt - ich will jetzt nicht sagen: stillschweigend - zur Kenntnis genommen haben, aber - - Wir gehen also jetzt mit so freiwilligen Bestellungen entsprechend um, dass wir sagen: Wir haben das nicht angefordert oder aufgefordert, dass so was

erfolgt. Und wenn sich das jemand freiwillig aufgelegt, ja, das nehmen wir zur Kenntnis.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, aber das ist aber - - Verzeihung. Verstehe ich, aber es ist natürlich - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Das ist vielleicht nicht - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Es ist natürlich ein bisschen - - Es ist nicht böse gemeint, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein, das nehme ich nicht persönlich, passt schon.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - bei mir läuft gnadenlos die Uhr runter. - Die Frage, die ich mir dann aber natürlich stelle, ist: Sind Sie eigentlich am Ende zu - - War Ihnen klar, dass, wenn Sie sagen, Sie sind nicht zuständig, dann niemand zuständig ist?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, und vor dem Hintergrund haben wir uns auch gesagt: Kann das wirklich sein? - Aber es ist scheinbar so. Da muss ich sagen, das muss man dann vielleicht gesetzlich anders regeln, wenn man so was vermeiden will künftig, dass es da wirklich Firmen gibt - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Die interessante Frage ist: Sind Sie vielleicht - - Haben Sie auch mal in Erwägung gezogen, dass Ihre Prüfung am Ende vielleicht zu einem falschen Ergebnis geführt hat?

**Zeuge Martin Mulzer:** Haben wir insofern eigentlich für nicht möglich gehalten, weil wir, wie ich es vorhin auch schon erwähnt habe, zwischenzeitlich wirklich mit renommierten Kanzleien und Anwälten Rücksprache hielten. Und keiner hat irgendwie an unserer Einschätzung, die jetzt doch schon Monate besteht, **gezweifelt** - - Also, hätte mit Sicherheit, wenn es falsch gewesen wäre, sich irgendjemand aufgetan in der Runde der Juristen und sich an uns gewandt und gesagt: Was ihr da festgestellt habt, ist ja völlig daneben. Kommt zu einer anderen Einschätzung.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, gut, also, Sie haben es ja am Anfang selbst gesagt: Also, bei



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen - - Also, Sie können es fast von sich aus sehen: EY, die sitzen da unten, die haben sich bei Ihnen gemeldet. - Das war der Ausgangspunkt, ja?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Da ist ein renommiertes Wirtschaftsprüfungsunternehmen, die bei Wirecard - - denen offenbar aufgefallen ist: Diese AG hat überhaupt keinen Geldwäschebeauftragten. Und Sie selbst haben das vorhin super dargestellt. Sie haben gesagt: Das hat ja erhebliche Folgen. Das hätte die Wirecard Millionen wahrscheinlich gekostet. Die hätten Compliance machen müssen, die hätten einen Geldwäschebeauftragten gebraucht usw. Und - das will ich auch mal sagen - das ist für mich der Casus knacksus an dieser ganzen Geschichte; das hat nämlich der Herr Scheufele damals überhaupt nicht verstanden. Als er im Finanzausschuss war, war mein Eindruck, dass das Problem - - Sie machen Prävention. Und Sie sind - ich habe ganz großen Respekt vor Ihrer Arbeit - viel zu wenig Leute für viel zu viele Verpflichtete.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** So. - Aber deswegen ist auf der anderen Seite das Problem, dass die Nichteinstufung eben diese ganzen Verpflichtungen im Unternehmen nicht ausgelöst hat. Da sehe ich das Problem. Und EY kam zu diesem Schluss und hat Sie extra danach noch mal gefragt. Und die Wirecard hat das intern noch mal prüfen lassen. Wir haben in unseren Akten ein Gutachten - noch bekannter - Freshfields Bruckhaus Deringer. Die haben das auch mal durchgeprüft. Die haben das eigentlich genauso geprüft wie Sie. Und die kommen nämlich da zu dem Punkt; die sagen nämlich:

Die Geschäftstätigkeit der Wirecard AG konzentriert sich vielmehr auf das Erwerben und Verwalten von Beteiligungen und das Bereitstellen von Beratung, Controlling, finanzwirtschaftlichen Leistungen an ihre Tochtergesellschaften.

Gegenüber Dritten erbringt die Wirecard ... keine Dienstleistungen. **im Umkehrschluss aber sehr wohl intern und das wird als Konzentration der Geschäftstätigkeit genannt, nur eben mit dem Fehler, dass dies auch noch mit Beteiligungserwerb und -verwaltung vermischt wird!!**

Also, EY sagt, Sie sind zuständig. Freshfields sagt, Sie sind zuständig. Und praktischerweise sozusagen, als dann der Herr Scheufele bei uns im Finanzausschuss antreten musste, haben Sie rausgefunden, dass man nicht zuständig ist. Noch mal: Ich gestehe das zu, dass man bei so einer Prüfung zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen kann. Aber ich habe zumindest zwei ziemlich gewichtige Argumente, weshalb man das so vielleicht doch nicht sehen sollte. Und das heißt - der Punkt ist mir noch wichtig -, Sie sind überhaupt das erste Mal durch **den Anruf die E-Mail** **lich hatte keinen tel. Kontakt** von EY auf die Idee gekommen, dass eine Zuständigkeit für die Wirecard AG bestehen könnte.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Da frage ich mich: Wie kriegen Sie das denn eigentlich überhaupt mit, ob Sie für ein Unternehmen zuständig sind?

**Zeuge Martin Mulzer:** Na ja, wie ich eingangs erwähnte: Es gibt für verschiedene Verpflichtetengruppen Register. Da können wir Einsicht nehmen. Da können wir uns entsprechend die Verpflichtetengruppen direkt, ich sage jetzt mal, rausziehen. Es gibt aber auch durchaus Verpflichtetengruppen, wo es eben keine solchen Register gibt oder überaltete, unvollständige. Das macht eben auch die Recherche sehr schwer und sehr zeitaufwendig. Gerade im Güterhandel, da gehen so viele Unternehmen heute unter, und morgen sprießen dafür umso mehr wieder aus dem Boden raus. Die haben wir gar nicht alle auf dem Schirm. Die müssen wir uns mühselig erarbeiten und, wie Sie schon sagten, können wir auch gar nicht alle überkommen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja.

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, eine flächendeckende, hundertprozentige Geldwäscheprävention - nicht nur für Bayern, ich denke mal, da spreche ich für das ganze Land - an den Tag zu legen, ist schier unmöglich. Wir können einfach



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nur Stichproben nehmen und unser Bestmögliches tun, so viele wie möglich zu kontrollieren, zu prüfen, zu informieren.

Und zum Gutachten, was Sie hier vorgelegt haben: Das sagt mir jetzt nix. Mag sein, dass das jetzt dann, sage ich jetzt mal, zwei renommierte Unternehmen sind, die hier diese Einschätzung getroffen haben; aber es ist in unseren Augen schlichtweg falsch [Begründung – vgl. S. 66 dieses Protokolls]. Ich meine, man hat es ja auch gesehen, dass man sich auch an solcher Stelle irren kann. Ich denke mal, wenn wir jetzt so falschliegen, warum kommen dann nicht weitere Unternehmen [i. S. v. Kanzleien] auf uns zu in diesem Bereich und sagen: „Ihr liegt damit falsch; wir können das so und so widerlegen in diesen und jenen Punkten“?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Weil die ja möglicherweise kein Interesse haben, dass sie Verpflichtete werden. Also, ich sage mal, das ist natürlich --

**Zeuge Martin Mulzer:** Das könnte ein Grund sein, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das ist -- Na ja, nein. Also, natürlich ist das -- Das ist für mich der Hauptgrund. Und das ist natürlich bei Wirecard das Riesenproblem. Weil das ist natürlich genau so, wie Kollege Michelbach das gesagt hat: Es war höchste kriminelle Energie am Werk. Und dass dann bei Wirecard im Vorstand lange Zeit keiner sich überlegt hat: „Wie können wir möglichst compliant sein?“, das ist ja klar. Nur --

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Kollege --

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Meine Frage bleibt offen: Wenn ich einfach nur Glück haben muss, dass ich nicht im Register auftauche und dann keinen „Besuch“ - in Anführungszeichen - von Ihnen bekomme, dann haben diejenigen es vielleicht auch zu leicht. - Herzlichen Dank.

**Zeuge Martin Mulzer:** Bitte schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Dr. Zimmermann. - Als Nächstes hat das Wort Fabio De Masi für Die Linke. Bitte schön.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Mulzer, können Sie mal sagen, wie oft Sie mit dem Landeskriminalamt Austausch zum Thema Wirecard AG und Geldwäsche hatten?

**Zeuge Martin Mulzer:** Mit dem LKA hatten wir keinen Austausch.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Hatten Sie niemals Austausch.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Das Thema „mögliche Insolvenz von Wirecard“, wann ist das bei Ihnen persönlich das erste Mal aufgeschlagen?

**Zeuge Martin Mulzer:** „Mögliche Insolvenz“? Oder meinen Sie jetzt speziell diesen Termin am 25.06.? Weil davor --

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, ich meine, wann das bei Ihnen aufgeschlagen ist das erste Mal.

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, diese Thematik Insolvenz wirklich eigentlich erst am 25.06.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Davor war das niemals Thema?

**Zeuge Martin Mulzer:** Da sind wir auch aus allen Wolken gefallen, und war natürlich dann für uns sehr ungünstig, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** - weil das zeitlich gelaugert -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** In der Tat.

**Zeuge Martin Mulzer:** - genau zusammenfiel mit unserem --

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Ich würde gern noch mal auf den Widerspruch zurückkommen, den der Kollege Zimmermann hier schon



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zu dem Zeitpunkt früher schon konkretere Kontakte zu einem Sachbearbeiter gehabt hätten, dann hätten wir ja versucht, direkt irgendwie jemanden an die Leitung zu bekommen und da entsprechend schnell ein Ergebnis zu erzielen. Aber so - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das heißt, Sie haben sich vorher auch noch nie mit der BaFin ausgetauscht zu irgendeinem Fall.

**Zeuge Martin Mulzer:** Na, davor schon mal, aber das - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Auch über die Poststelle?

**Zeuge Martin Mulzer:** Häufig über die Poststelle, genau. Und hatten eigentlich nicht wirklich - - Wenn man mal auf die Homepage draufschaut: Da gibt es keine so **liche** Transparenz wie bei uns, bei der Regierung von Niederbayern, dass man da zu sämtlichen Sachbereichen Ansprechpartner mit den hinterlegten Kontaktdaten hat. Somit - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie es ein bisschen widersprüchlich finden von der BaFin - und das finde ich in der Tat auch -, dass die gesagt hätten, sie hätten untechnische Begriffe verwendet. Also, ich gebe Ihnen jetzt mal ein Beispiel: In der Leerverkaufsverfügung stand, Wirecard sei ein Anbieter von Zahlungsdiensten. Nach meiner Interpretation würden sie damit dem ZAG-Register unterfallen und unterstünden der Aufsicht der BaFin. Und da hat Herr Hufeld zu mir dann gesagt, ja, das hätte man untechnisch verwendet - ein Dokument, was von 27 Aufsichtsbehörden in der EU geprüft wird. Bezogen Sie sich auf diese Formulierung? Oder welche weiteren untechnischen Begriffe kennen Sie denn von der BaFin?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das, meine ich, war das, genau.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und hier gibt es einen ehemaligen Abteilungsleiter „Geldwäsche“, Herrn Findeisen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Können Sie mal sagen - - Der kommt zu einer Bewertung, die hat er aber nach seiner Zeit im BMF angefertigt, korrekt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Mhm.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und können Sie noch mal ausführen, zu welcher Bewertung der kommt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Dass keine Zuständigkeit für die Regierung von Niederbayern vorliegt, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** - seiner Einschätzung nach.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. - Und der war Abteilungsleiter -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - im Finanzministerium für Geldwäsche.

**Zeuge Martin Mulzer:** Das ist übrigens auch noch vielleicht ein Aspekt, den man anführen könnte: dass durchaus namhafte Experten auf diesem Sektor „Geldwäscheprävention, Geldwäschehandlungen etc.“ zu entsprechenden Aussagen kommen, was man vielleicht auch nicht gerade vernachlässigen dürfte und was vielleicht auch um ein Weiteres unsere Einschätzung bestätigt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Gut. - Der Herr Völk, Alfons: Können Sie noch mal sagen, was hat der für eine Funktion?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das ist mein Vorgesetzter. Das ist der Sachgebietsleiter.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ihr Vorgesetzter, okay. - Weil der schreibt ja hier im Zusammenhang mit einer Kommunikation - das ist MAT A BayStMI-2.01 DVD, Blatt 195 -:

Allerdings wurde dabei der Tatbestand „Geldwäsche“ im Sinn der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aufgabenstellung der Aufsichtsbehörde über die nach GwG verpflichteten Betriebe bislang nicht erkennbar (Verschleierung der Herkunft illegal erwirtschafteten Geldes).

Das heißt, es ist schon Ihre Aufgabenstellung, Verschleierung der Herkunft illegal erwirtschafteten Geldes zu erkennen, korrekt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Moment, ich muss es einmal kurz nachlesen. Das muss ich jetzt erst mal mir verinnerlichen.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielleicht können wir die Zeit kurz anhalten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie sind eh im Soll. Aber die Frage soll er durchaus noch ganz in Ruhe beantworten. Deswegen habe ich - - Ich hatte extra auf den Hinweis verzichtet. - Machen Sie weiter, und dann beantworten Sie die Frage bitte.

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, ich sage jetzt mal so - so spezielle Vortaten zur Geldwäsche, Geldwäschehandlungen -: Wenn wir es offensichtlich erkennen können, ja, dann müssen wir natürlich vielleicht tätig werden. Aber da ist dann eigentlich auch unsere Aufgabe oder unsere Zuständigkeit nicht gegeben dafür. Dafür sind wir nicht ausgelegt. Das ist dann der Punkt - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Aber die Aufgabe der bayerischen Geldwäschaufsicht ist, nur aktiv zu werden, wenn sie etwas offensichtlich erkennt.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wenn sie etwas aber offensichtlich nicht erkennt, dann, weiß ich nicht, geht man schlafen oder - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das ist ja dann, wie gesagt, Tätigkeit, Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, aktiv nach Geldwäschehandlungen in

Unternehmen oder etc. - - wo es halt vorkommt, das aufzuspüren. Das ist nicht unsere Tätigkeit.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, dann nur noch - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Wenn wir natürlich drauf stoßen - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Da steht:

Andererseits steht der Vorwurf der Geldwäsche bei Wirecard in den Medien seit längerem im Raum ...

Und dann wird auf eine Chronologie und das Jahr 2019 verwiesen. Das heißt, das hat der Herr Völk die ganze Zeit auf dem Radar gehabt oder Sie - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein, nein. Das haben wir dann - - Im Nachhinein haben wir uns dann natürlich mit den ganzen Medienberichterstattungen auseinandergesetzt. Und da ist natürlich dann auch - - Rückwirkend haben wir dann natürlich Artikel gelesen, die **auch** weit ins Jahr 2019 **auch** zurückreichten. Aber es ist jetzt nicht so, dass da irgendjemand Kenntnis hatte schon seit 2019 -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Na ja, Sie haben ja auch gesagt - -

**Zeuge Martin Mulzer:** - und das verheimlicht und dann erst hier - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Kollege.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, Internet ist auch Neuland bei Ihnen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, auf alle Fälle.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, alles klar.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kollege, danke. - Gut, dann Kollegin Paus für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ganz so kundig. Könnten Sie noch mal sagen, was jetzt genau, auch geografisch, Ihr Zuständigkeitsbereich ist?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, also, wir sind bei der Regierung von Niederbayern für den Regierungsbezirk Nieder- und Oberbayern zuständig. Das klingt jetzt nach wenig, wenn wir nur zwei Regierungsbezirke haben; aber es ist doch ein großes Gebiet, erstreckt sich weit. Und, wie gesagt, mit München haben wir da schon ein ziemliches Dickschiff bei uns in der Zuständigkeit, auch von der örtlichen Zuständigkeit her, das, ja, möchte ich jetzt schon mal sagen, maßgeblich federführend ist in Bezug auf die restlichen Bezirksregierungen. Das zieht einfach schon sehr viele Unternehmen an. Also, man wird wahrscheinlich in Würzburg oder Aschaffenburg oder Hof, sage ich jetzt mal, nicht so viele Verpflichtete finden wie in München. Da ist halt wirklich ein ziemlicher Ballungsraum mit so vielen Firmen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und ist das richtig, dass Sie organisatorisch komplett dem Innenministerium unterstellt sind, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - sodass das Innenministerium sowohl für Ihre personelle Ausstattung wie technische Ausstattung wie für die Rechtsaufsicht und beim Thema Geldwäsche auch für die Fachaufsicht zuständig ist, verantwortlich ist?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also auch der Innenminister, Herr Herrmann. - Gut, dann wollte ich noch mal nachfragen: Sie hatten ja gesagt, Sie haben mit Herrn Spies selber nicht telefoniert, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - sondern das war Frau Wittmann.

**Zeuge Martin Mulzer:** Genau.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Trotzdem: Könnten Sie noch was sagen zu der E-Mail? Dass das offenbar ja eine Beratung ist, der wir noch nachgehen, das haben wir jetzt schon mal festgestellt, aber - - Ist aus der E-Mail zu entnehmen sozusagen, welche Gründe EY annimmt, warum sie der Geldwäscheaufsicht unterliegen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das war so, dass der Herr Dr. Spies eben mitgeteilt hat, dass die Wirecard Bank AG der BaFin unterliege und er hingegen der Ansicht sei, dass die Wirecard AG in unsere Zuständigkeit fallen würde, weil neben der operativen Tätigkeit - sprich: der Hard- und Software für Bezahlungssysteme - auch eine größere Anzahl an Töchtern, unter anderem auch im Ausland und auf dem Finanzinstitutssektor, gehalten wird und damit eben nicht der Ausnahmetatbestand des § 1 Absatz 24 Satz 2 greife, sondern wir dann eben zurückfallen in den Satz 1, und zwar in die Nummer 1. Und das klang jetzt so nach erster cursorischer Prüfung beim Drüberlesen, sage ich jetzt mal, beim Abgleichen dieser Informationen - - für nicht völlig abwegig. Und, ja, haben wir gesagt: Das könnte durchaus der Fall sein.

Dass es eben jetzt zum Schluss, nach der intensiven Prüfung und Auswertung diverser Unterlagen, anders sich dargestellt hat: Gut. Aber ich meine, man kann sich ja mal, gerade in der Anfangsphase, täuschen. Zumal wir ja auch nicht in die Prüfung anfangs eingestiegen sind, sondern einfach nur diese vorliegenden Informationen, die uns der Herr Dr. Spies mitgeteilt hat, eben darauf bezogen haben.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da waren jetzt aber noch keine Bilanzzahlen dabei oder so, sondern - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, gar nix, gar nix. Das war wirklich nur der E-Mail-Text, der Ihnen, denke ich mal, auch vorliegen dürfte.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann interessiert mich jetzt zum Schluss noch mal das Geschehen rund um den 24., 25.06. So. Da hatten Sie ja gesagt, Sie seien - - da sei - - ist ja die Führungsinformation angefordert worden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ich hoffe, das ist in den anderen Bundesländern anders, vielleicht ja auch nicht - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Glaube ich nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Für die Damen und Herren auch der Öffentlichkeit: Also, da gibt es gar keine Fortbildung. Es gibt in tausend Sachen Fortbildung, nur nicht bei der Geldwäsche seit 2013. Super.

Dann würde mich noch mal interessieren an der Stelle: Wie setzen Sie denn die Themenschwerpunkte? Heißt das, Sie sagen selbst - - Aus Ihrer Erfahrung jetzt oder - - Weil Sie scheinen da ja wirklich alleingelassen zu sein auch, also nicht nur von der BaFin, auch vom Innenministerium. Wie setzen Sie denn so Themenschwerpunkte fest? Also, fallen die vom Himmel? Oder sagen Sie dann: „Na ja, okay; ich habe das mal hier und da gelesen“? Also als Eigeninitiative, oder gibt es da denn mal wenigstens eine Ansage, vielleicht auch mit einer Erläuterung und einem kleinen Hinweis, wie man es machen könnte, vom Innenministerium? Oder müssen auch Sie das für sich selbst für dieses Riesengebiet, das so heterogen ist wie Europa, wenn ich mal München als kleinen Kosmos da bezeichne, auch noch selbst festlegen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, in den letzten Jahren hat es sich abgezeichnet, wie ich es eingangs erwähnt habe, dass man sich mit dem bayerischen Innenministerium abstimmt und bespricht, welche - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Was heißt das? Sie schlagen vor, oder die schlagen vor, und man erörtert, oder Sie schlagen vor, und die sagen: „Macht mal!“?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das ist im gegenseitigen Austausch. Und dann wird es halt schriftlich festgehalten, dass dann ein innenministerielles Schreiben erfolgt, wo dann festgelegt wird: Für uns ist jetzt demnächst diese und jene Verpflichtetengruppe stärker in den Fokus zu nehmen.

Wie es sich jetzt vor meiner Zeit abgezeichnet hat, ob man da auch schon irgendwelche Abmachungen oder Vereinbarungen getroffen hat oder ob man da wirklich erst mal selbst sich das so erarbeitet hat, das kann ich jetzt nicht genau sagen, weil ich davor **dort** nicht tätig war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Müssen Sie ja nicht. - Nochmals: Ich bin da ja beim Kollegen Zimmermann: Sie tun mir da eher leid. Weil ich kann - - Ich muss ihn da korrigieren - weiß er auch -: Ich bin von der BaFin nicht so begeistert, von der Performance. Also, die nimmt eben eigentlich rechtsstehende Begriffe nur so rein technisch, vielleicht vom Himmel gefallen, so wie mancher Laie Eigentum und Besitz dann ganz leicht verwechselt oder mittelbaren Besitz und unmittelbaren Besitz. Und das macht dann die BaFin. Die braucht dann vier Monate - um das mal so festzustellen -, um auf eine klare Mail zu antworten. Und Sie machen seit 2013 keine Fortbildungen und kriegen keine angeboten. Dann kann man sich schon ein gutes Bild machen, wie so Geldwäscheprävention und Geldwäsche in Deutschland läuft und warum manche behaupten: Geldwäsche, da ist Deutschland schon ganz weit vorne, und zwar für die, die Geldwäsche betreiben. - Einfach mal so am Rande.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe keine weiteren Fragen mehr, weil da muss ich erst mal drüber schlafen und mit klarkommen. - Wer möchte? - Bitte schön, Kollege Müller für die CDU/CSU-Fraktion.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Ja, Herr Mulzer, vielen Dank für Ihre Ausführungen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Bitte schön.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Mich würde interessieren - aufgrund des halben Jahres Verzug und der Zuständigkeit, die Sie ja hatten auch in diesem Bereich -: Haben Sie selbst Aktien der Wirecard AG?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, das habe ich vorhin schon beantwortet. Ich weiß nicht, ob Sie zugegen waren; aber auf alle Fälle war die Frage schon und ist auch eindeutig mit Nein beantwortet worden. Hatte ich nicht.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Sie hatten auch nie welche gehabt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Optionsscheine?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, gar nix in der Richtung. Keine Beteiligungen, nix an irgendwelchen Firmen; um es abzukürzen für alle.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Danke.

**Zeuge Martin Mulzer:** Bitte.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Beim Thema Präventivwirken: Das müssen Sie mir noch mal erklären. Der Kollege Zimmermann hat ja gesagt, dass wir beide das Geldwäschegesetz sozusagen in der Hauptverantwortung mittragen als Berichterstatter. Wie lesen Sie das, dass Sie nur präventiv wirken? Also, was würde das bedeuten, wenn Sie in dem Falle - wenn ich auch Ihre Internetpräsenz mir anschau, die sehr ausdrücklich ist, wo man auch nachvollziehen kann, wer wie zuständig ist - - Was würde das bedeuten, nur präventiv zu wirken? In dem Fall beispielsweise Wirecard, aber auch Waffenhändler - die Kollegin hat es gesagt; ich komme nachher auf das Thema Register noch zu sprechen -, was bedeutet das, nur präventiv zu wirken?

**Zeuge Martin Mulzer:** Dass wir eben, wie ich es eingangs erwähnte, unsere Prüfungen derart gestalten, dass wir das kombinieren aus Informationen der Verpflichteten, wie sie sich selbst am besten vor Geldwäschezwecken missbraucht zu werden schützen können, und eben dann natürlich einer anschließenden Prüfung, dass wir dann auch die Geschäftsunterlagen beispielsweise einsehen und nachvollziehen können, ob dann auch den Pflichten entsprechend nachgekommen wird.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Nehmen wir mal beispielsweise das Thema „Schmuckhändler“ oder „Gewerbhändler“, die Sie auch in Ihrer Aufsicht haben, die ja ausgenutzt werden können als Geldwäschetransformationsstelle beispielsweise, aber die auch selbst Beteiligter sein könnten.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, kann auch sein.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** In Ihrer Vergangenheit, wo Sie schon damals zuständig waren für diese Bereiche im Nichtfinanzsektor, haben Sie da Anzeigen aufgegeben im Geldwäschebereich, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Sie meinen - -

**Sepp Müller (CDU/CSU):** - weil Sie beispielsweise Verpflichtete mitbekommen haben, die eventuell sich an Geldwäsche beteiligt haben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Es gibt teilweise anonyme Hinweise vereinzelt, wo gemutmaßt wird oder angeschuldigt wird, dass ein Verpflichteter beispielsweise entweder selber Geldwäschehandlungen vornimmt oder eben der Geldwäscheprävention in seinem Unternehmen nicht genügend nachkommt.

Ich persönlich habe jetzt selbst **noch** keinen Verpflichteten gehabt, wo wir entsprechende Gründe hatten, dass wir sagen, im Unternehmen findet selbst Geldwäsche statt oder das Unternehmen wird als Mittel zum Zweck verwendet, damit man Geldwäsche betreiben kann. Da hat **auch** mein Kollege, glaube ich, mal einen entsprechenden Sachverhalt gehabt, wo das im Raume gestanden hat. **Aber ich persönlich habe jetzt noch keinen solchen Vorgang gehabt. [Dieser eine Verpflichtete fiel mir im Nachgang ein]**

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Seit wann arbeiten Sie in dieser Abteilung und betreiben - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Seit Mai 2016 in der Regierung Niederbayern - -

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wir reden hier also über einen Zeitraum von fünf Jahren, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sepp Müller (CDU/CSU):** - wo Sie präventiv Geldwäschearbeit machen. Und Sie geben hier gerade zu Protokoll, dass Sie keinen Fall hatten, wo Sie selbst eine Anzeige erstattet haben, der aus dem Nichtfinanzsektor irgendwie augenfällig gewesen wäre, Geldwäsche betrieben zu haben. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Martin Mulzer:** JaNein. [s. o., einen Fall hatte ich, bei dem wir vermuten (und mitgeteilt bekamen), dass das Unternehmen selbst Geldwäsche betreibt]

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wie viele Mitarbeiter sind in Ihrer Abteilung zuständig für den Nichtfinanzsektor in den zwei Regierungsbezirken?

**Zeuge Martin Mulzer:** Moment, muss ich mal nachschauen. Das ist auch schon mal angegeben worden.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Für Niederbayern haben wir eben diese 7 Vollzeitäquivalente, und für unsere Kollegen aus Mittelfranken müssten es 6,3 sein, aktuelle Besetzung wohl gemerkt.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wie viele Unternehmer stehen dem gegenüber aus dem Nichtfinanzsektor?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das habe ich, wie gesagt, vorhin schon gesagt: Entzieht sich jetzt meiner Kenntnis. Kann ich jetzt ad hoc nicht sagen, wie viele Verpflichtete das insgesamt sind. Aber es sind einige.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Okay. - Weil wir müssen ja auch oder wollen ja auch aus dem Untersuchungsausschuss Schlüsse ziehen, wie wir zukünftig so was verhindern können. Ich finde es zumindest erst mal interessant, dass Sie aus dem Bereich Prävention **keine** wenige Meldung **en** rausgegeben haben, vor allem vor dem Hintergrund, dass wir ja mittlerweile wissen, dass insbesondere aus dem Nichtfinanzsektor Geldwäsche betrieben wird.

Unabhängig davon - das lasse ich jetzt mal stehen - würde mich das Thema noch mal interessieren: Sie wissen nicht, wie viele Verpflichtete

Sie haben. Gibt es auch aufgrund der Wirecard Diskussionen, Ideen in Ihrem Haus, ein gemeinsames Register einzuführen - oder gemeinsam mit dem bayerischen Innenministerium -, um diese aus dem Nichtfinanzsektor Geldwäscheverpflichteten besser für Sie ausfindig zu machen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das ist durchaus schon mal - im Team zumindest - angesprochen worden, dass es, wie gesagt, nicht schlecht wäre, wenn wir für sämtliche Verpflichtetengruppen aktuelle und vollständige Register hätten, weil wir uns dann auch leichter tun würden und uns dann die Arbeit insofern ersparen würden, als wir dann vielleicht bei gewissen potenziellen Verpflichteten doch zum Schluss auf das Ergebnis kommen „kein Verpflichtetenstatus“ und müssten die vielleicht auch gar nicht irgendwie großartig erst mal, ja, anschreiben oder mit denen in Kontakt treten, sondern könnten direkt aus Registern, sage ich jetzt mal, die Datensätze schöpfen.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wann gab es die erste Idee dazu? Vor oder nach Wirecard?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das kann ich jetzt nicht mehr sagen. Ich glaube, dass es das mit Sicherheit schon vor Wirecard auch gab, weil dieses Thema bestand ja schon längere Zeit, dass wir nicht überall für jeden aktuelle und vollständige Register haben.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Okay. - Sie hatten ja auch bei Wirecard eine vorläufige Prüfung vorgenommen, wenn ich das den Unterlagen richtig entnehmen kann, wo Sie halt selbst zu dem Entschluss gekommen sind, auch aufgrund der ganzen Rechtsberatungen, die Sie gesagt haben, dass Sie nicht zuständig seien. Wie lief die Prüfung ab? Wurde in das Handelsregister eingesehen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wurden die Notar-

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, Sie meinen jetzt, wo wir zu dem endgültigen Prüfungsergebnis kamen.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Sie haben beispielsweise Güterhändler bei sich, die Autos verkaufen, die aus dem Ausland importiert werden. Auf welche Daten aus dem Ausland haben Sie als bayerische Regierung in Niederbayern Zugriff?

**Zeuge Martin Mulzer:** Keine. Wenn die uns nicht irgendwie in irgendeiner Art vorliegen, haben wir keinen Zugriff drauf.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Sie wissen also auch nicht, wo die Autos aus dem Ausland herkommen, wie die hergestellt wurden, aus welchem Ursprungszustand die hergeführt werden?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Können Sie nicht nachvollziehen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Das ist jetzt in dem Moment für unsere Arbeit auch nicht so relevant, weil wir das Ankaufs- oder Verkaufsgeschäft in den Fokus nehmen. Und ob das irgendwie davor vielleicht aus dem Ausland angekauft wurde und vielleicht irgendwie mit Zwischenverkäufen andere Länder durchlaufen hat, ist jetzt für diese Tätigkeit, glaube ich, auch nicht ausschlaggebend.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Ist in Ihren Ausführungen, die Sie mit dem jeweiligen Händler besprechen, darauf Bezug genommen, ob er das prüfen muss, wo der Gegenstand, der vorher gehandelt wurde, beispielsweise im Ausland, herkommt? Oder ist da in Ihren Ausführungen nix dazu zu finden? Also, ich konnte in den offiziellen Dokumenten von Ihnen nix finden.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, ist jetzt auch nicht Gegenstand, sage ich jetzt mal, der Thematik.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wären Sie in der Lage gewesen, eine Wirecard AG, die international tätig ist, unter anderem in Schanghai, in osteuropäischen Ländern, überhaupt mit Ihren Mitteln, die Sie zur Verfügung haben, geldwäschepreventionstechnisch zu beraten?

**Zeuge Martin Mulzer:** In unserem Umfang in einer gewissen Weise: Ja. Aber ob das dann natürlich vollständig oder voll allumfassend sein würde - - Könnte durchaus sein, dass es da vielleicht noch Optionen gibt, **Freiweitere Themen**. Wir können natürlich nicht alles abdecken. Wir können das nach unseren Vorgaben Notwendige vermitteln; aber ob wir dann total alles abdecken damit - - Ist ja nicht immer auch alles total unsere Aufgabe. Es gibt ja noch so viele andere Behörden, die Strafverfolgungsbehörden, die dann eventuell auch tätig werden müssten, wenn - -

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Na gut, die Strafverfolgungsbehörden können ja nicht tätig werden, wenn sie keine Geldwäscheverdachtsmeldung - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau. Also vorausgesetzt, wenn solche Verdachtsmomente vorhanden wären.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Ja, früher hießen sie „Geldwäscheverdachtsanzeigen“; jetzt sind es ja nur noch „Meldungen“. - Wie läuft Ihre Zusammenarbeit mit der FIU?

**Zeuge Martin Mulzer:** Gut.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wie oft treffen Sie sich?

**Zeuge Martin Mulzer:** Es gibt einmal im Jahr - - gibt es so Workshops, sage ich jetzt mal, oder Arbeitsebenentreffen, wo man dann, ja, gewisse Themen bespricht. Man könnte auch mal vielleicht unter der Zeit, zwischendurch, wenn man das Bedürfnis hätte oder ausgehend von der FIU, dass man sich vielleicht direkt mit einer Bezirksaufsicht zum Beispiel trifft oder eine Besprechung abhält, ein Treffen veranstalten. Aber ansonsten läuft viel eigentlich nur über Verdachtsmeldungen dann auch, wenn welche abzugeben sind.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wie viele Verdachtsmeldungen haben Sie an die FIU abgegeben in Ihrer Laufzeit?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das kann ich jetzt auswendig nicht sagen. Es waren ein paar. Aber ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

glaube, dass es **fünf-drei [zur Klarstellung - speziell meine Person betreffend: die Anzahl ist mir im Nachgang genauer eingefallen]** nicht überschreitet, Pi mal Daumen, plus/minus.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Und wir reden seit der Zeit, seitdem die FIU beim BMF angesiedelt ist, oder bereits seit der Zeit, seitdem die FIU 2016 noch beim BMI angemeldet wurde?

**Zeuge Martin Mulzer:** Schon überwiegend eigentlich seit BMF, ja. Davor, glaube ich, war es vielleicht ein **-, zweimal [s. o.]**, als noch die alte Regelung war.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Wissen Sie, um auch das zukünftig besser zu machen, müssen wir uns ja die Frage stellen, wie wir gerade den Nichtfinanzsektor - unabhängig von der Finanzholding; das muss man sicherlich noch mal anders betrachten - besser überwacht bekommen. Ich halte für mich fest: Sie sind seit 2016 da präventiv mit 13 Leuten tätig -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** - für zwei große Regionen, teilweise größer als manche Bundesländer, mit einer Vielzahl - Tausenden! - von Verpflichteten - Tausenden! -, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Mindestens Zehntausende, Minimum.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** - die Sie nicht mal definieren können, weil es kein Register gibt, wo Sie ad hoc zugreifen können, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, nicht für alle Verpflichtetengruppen, muss man dazusagen.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** - beispielsweise Schmuckhändler, beispielsweise Goldhändler, beispielsweise Automobilhändler usw. usf., und wenn Sie geldwäschepräventiv arbeiten wollen - - Sie außer auf die Daten, auf die Sie zugreifen, auf keine einzige internationale Datei zugreifen können, wenn Sie es gewollt hätten, weil Sie gar keine Zugriffsmöglichkeit haben| Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, ja.

**Sepp Müller (CDU/CSU):** Danke. Ich bin fertig.

**Zeuge Martin Mulzer:** Bitte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist das geschenkt, oder möchte noch jemand? Drei Minuten wären noch. - Okay. Dann würde ich jetzt weitermachen. Also, eins wurde ja auch da deutlich, auch vom Kollegen Müller eben: Man lässt Sie schon mit dem Riesenaufgabenfeld allein.

Jetzt ist meine Frage: Was für ein Prinzip haben Sie denn auch so - oder vielleicht auch gar kein Prinzip - Bottom-up oder Bottom-down jetzt beispielsweise zum Innenministerium oder zum Landeskriminalamt? Wie laufen da die Informationsflüsse, jetzt aus Ihrer Wahrnehmung? Oder gibt es da tatsächlich eine Regel?

**Zeuge Martin Mulzer:** Zu wem meinen Sie? Zum Innenministerium?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Zu Ihrem, sagen wir mal, Dienstherrn, dem Innenministerium, und den angeschlossenen Behörden wie dem LKA.

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, wir sind, zumindest mit dem bayerischen Innenministerium, schon immer wieder in regelmäßigem Austausch. Es finden eigentlich auch dreimal - also außerhalb von Corona, sage ich jetzt mal - im Jahr Treffen statt mit den bayerischen Aufsichtsbehörden und dem bayerischen Innenministerium, wo auch immer wieder Gewisses abgesprochen wird.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, okay. - Jetzt lese ich Ihnen was vor. Sie hatten ja gesagt, Wirecard war für Sie das erste Mal am 20. **Januar** **Februar** auf der Agenda.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Am 20. März fand ein Arbeitstreffen zwischen Herrn K. - - Den kennen wir heute auch, das ist Herr Kohlpaintner, der bei Ihnen dann zuständig war da: „Hallo, ich bin jetzt der Geldwäschebeauftragte“, der sich mit E-Mail eben bei **IhnenFr. Wittmann** vorstellte. So. Und hier hat dieser Herr K., also Herr Kohlpaintner,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gegenüber Ihrer Behörde eben bzw. dann dem Kriminalamt, dem Bayerischen Landeskriminalamt - - sich zusammengesetzt und entsprechend gemäß MAT A BayStMI-1.01, Blatt 76 f., sich ausgetauscht. Das Innenministerium teilt nämlich auf unsere Anfrage hin in einer Korrespondenz - das ist zu lesen - mit, es seien mögliche Maßnahmen der Wirecard AG zur Prävention von Geldwäsche, Betrug, Terrorismusfinanzierung sowie Fragen zum Bereich Kryptowährung besprochen worden. Man hat aber nicht für nötig erachtet, weil Sie sind ja nur für München und diesen Riesenraum zuständig, Ihnen mal mitzuteilen: Da ist einer von der Wirecard hier zuständig und vorgestellt geworden. Der hat sich beim Bayerischen Landeskriminalamt beraten lassen. - Da hat man Sie gar nicht so ins Boot geholt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, haben wir keine Kenntnis davon.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, kann man machen, muss man nicht machen. - Ich frage jetzt mal: Zu dem damaligen Zeitpunkt, als Sie da ja schon ganz schön - - Zwischen dem 20. **Jan**Februar und Juni, auch wenn Sie dann mehr Katastrophenschutz machen mussten: Haben Sie zum damaligen Zeitpunkt nicht das weitere Vorgehen und eine weitere Abstimmung mit anderen Behörden als erforderlicher eingestuft? Also, die BaFin war da ja irgendwie etwas länger dran. Da kam ja nix. Aber da hat man ja ein Bild, wenn man als Mitarbeiter dort sitzt. Sie sitzen da auf Ihrem Stuhl und sagen: Jetzt könnte ich ja ein bisschen mehr Austausch und Input gebrauchen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, weil es zum damaligen Zeitpunkt für uns noch keine Anhaltspunkte gab, dass wir eine andere Behörde irgendwie kontaktieren könnten oder sollten, weil vielleicht - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber es hätte schon geholfen, wenn das Bayerische Landeskriminalamt Ihnen mal einen Hinweis geschmissen hätte: Übrigens, einer von der Wirecard war hier. Der hat sich zu Terrorismusfinanzierung, Geldwäsche, Kryptowährung usw. beraten lassen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, wäre zumindest nicht unwichtig gewesen oder nicht total zu vernachlässigen gewesen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, finde ich eigentlich auch. Also, man kann ja immer - - Wie gesagt, Sie sitzen hier sozusagen als ein kleines Glied in der Kette.

**Zeuge Martin Mulzer:** Das kleinste.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber Sie können ja nur so gut sein, wenn man Sie lässt, wenn Sie ausreichende Äquivalenzziffern haben. Noch mal: In München - das klang ja eben an, als Frau Paus fragte - - Als Sie nun zu der Entscheidung gekommen sind - es hätte ja auch eine andere Entscheidung geben können -, haben Sie selbst mal für sich bei einem Glas Bier oder Rotwein oder auch Mineralwasser gesagt: „Mensch, eigentlich ist das ja eine Gesetzeslücke, die wir da haben; wenn es mal ganz blöd läuft, kann so ein DAX-Unternehmen eigentlich sagen: „Ach, Geldwäsche in Deutschland, nicht mit mir““?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, sicher - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Weil die BaFin sagt: Nö, wir sind nicht zuständig. Wir gebrauchen das ja alles nur so technisch.

**Zeuge Martin Mulzer:** Da hat man sich durchaus schon mal die Frage gestellt: Wenn keiner **eine** Zuständigkeit für sich sieht, wer ist dann zuständig? Oder gibt es dann tatsächlich Unternehmen, die aufsichtslos agieren können?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und haben Sie da mal nach dem Nachdenken vielleicht auch gesagt: „Das könnte ich ja mal meinem Dienstherrn oder so was mitteilen und sagen: „Mensch, Freunde, die in Berlin und die im Bayerischen Landtag und vielleicht auch in der EU, die haben da irgendwie eine Gesetzeslücke gelassen; da könnte es teuer und schlecht und gut für die OK werden““?

**Zeuge Martin Mulzer:** Na ja, es ist durchaus nach oben schon kommuniziert worden. Inwieweit das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann noch weiter an die entsprechenden Stellen getragen wurde - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist es! - Können Sie sich da vielleicht erinnern, wann oder wer da von Ihnen eine Mail bekommen hat mit dem Hinweis: „Achtung, hier ist eine Gesetzeslücke“?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, also, da kann ich mich nicht mehr dran erinnern.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber es ist kommuniziert worden aus Ihrer Erinnerung.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich gehe davon aus, ja, dass wir das auf alle Fälle - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber wer, wissen Sie nicht?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, wer jetzt genau, kann ich nicht sagen; aber das liegt ja offen auf der Hand. Spätestens seit der Entscheidung von unserer Seite aus am 24. hätte man dann irgendwann vielleicht mal drauf kommen können: Die sind nicht zuständig; die anderen sind nicht zuständig. Wer ist dann zuständig? Gibt es jemanden, oder ist es total aufsichtslos?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau. Die Frage haben wir uns ja dann irgendwann nämlich auch mal gestellt, als Herr Scheufele hier war. Ich war da ja auch baff, erstaunt. Also, man lernt ja nicht aus. - Nee, ich glaube, es ist alles gesagt. Jeder kann sich da selbst seine Schlüsse, glaube ich, draus ziehen. - Ich schenke die Zeit. Wer möchte? - Frau Kiziltepe für die SPD-Fraktion.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ja, Herr Mulzer, Sie sind seit 2016 dort beschäftigt in der Geldwäscheprävention.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Halten Sie das Problem der Geldwäsche für virulent, allgegenwärtig? Wie wichtig ist dieses Thema aus Ihrer Sicht für Deutschland, für Bayern?

**Zeuge Martin Mulzer:** Es ist schon wichtig. Spielt immer noch eine Rolle.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Können Sie mir sagen, wie hoch das Geldwäschewolumen in etwa in Deutschland ist pro Jahr?

**Zeuge Martin Mulzer:** Da gibt es **se** verschiedene Studien und Schätzungen dazu. Manche sagen zwischen 50 und, ich glaube, 150 Milliarden Euro, die da gewaschen werden. Ich kann jetzt da näher nicht dazu Stellung beziehen, wie verifizierbar das ist. Aber dass auf alle Fälle eine Menge umgesetzt wird und hier gewaschen wird, das, denke ich mal, kann man durchaus schon - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Es gibt unterschiedliche Schätzungen. Und die Schätzungen gehen von 100 bis 300 Milliarden aus.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Als Sie damals angefangen haben, 2016, wie viele Kolleginnen und Kollegen hatten Sie?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wir waren damals - - Das war - - Ja, das war ein bisschen so eine Umstrukturierung bzw. personell **es** roulierendes System. Einige Kolleginnen sind weggegangen. Bis wir dann die Lücken, sage ich jetzt mal, die da entstanden sind, wieder allmählich nachbesetzt haben, war es ein bisschen, ja, ein turbulentes Jahr, sage ich jetzt mal.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wie viele Personen waren das 2016?

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, als ich gekommen bin, waren wir dann - - Da waren wir, glaube ich, nur vier, fünf Kollegen. Das war dann innerhalb weniger Monate immer so ein Wechsel. Die einen sind gekommen; die nächsten sind dann gegangen. Hat sich manchmal ja überschritten ein bisschen. Aber da hatten wir ein bisschen Schwankungen drin, sage ich jetzt mal. **Gegen Ende 2016 waren es dann sechs Vollzeitäquivalente [fiel mir im Nachgang genauer ein]**

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also vier **bis sechs [müsste es dann der Vollständigkeit halber lauten]** Vollzeitäquivalente.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja. Warten Sie mal. Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Was haben Sie davor gemacht?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich war davor bei der Landeshauptstadt München tätig.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Bei der Landeshauptstadt?

**Zeuge Martin Mulzer:** München.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und in welchem Bereich?

**Zeuge Martin Mulzer:** Kassen- und Steueramt, Zweitwohnungssteuerwesen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und dann sind Sie 2016 zur Bezirksregierung gewechselt.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau, und da dann direkt —

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und haben Sie sich gezielt auf die Stelle in der Geldwäscheprävention beworben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, das war eine andere Ausschreibung; aber es hat sich dann ergeben, dass in der Geldwäscheprävention auch eine Stelle offen wäre. Und das wurde mir dann angeboten, ob ich daran Interesse hätte. Und dann habe ich mir gedacht: Ja, klingt interessant; würde ich gern wahrnehmen. — Und dann bin ich so, auf diese Art und Weise —

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wurden Kenntnisse, Erfahrungen in dem Bereich abverlangt, oder, wenn nicht, wurde Ihnen gesagt: „Okay, Sie kriegen hier eine Fortbildung; hier ändert sich jedes Jahr irgendwas im Rahmen der Geldwäschegesetzgebung“?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich denke —

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Oder haben Sie selber mal nachgefragt, ob Sie eine Fortbildung kriegen, wenn Sie die Erfahrung nicht gehabt haben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, weil ich hatte eine gewisse Vorerfahrung dadurch, dass ich früher was anderes gearbeitet habe, das nahe damit zu tun hatte, sage ich jetzt mal, wenn auch nur am Rande. Und ich denke, das war mitunter ausschlaggebend, warum man mich dann auch in die engere Auswahl gezogen hat, dass ich dann eben in diesem Bereich bei der Regierung von Niederbayern tätig werden konnte. [Diese Fragen (und Antworten) waren m. E. nicht zulässig und hätten umgehend vom Ausschussvorsitzenden unterbunden werden müssen (was ich leider erst im Nachgang feststellte), da Sie nicht im Ansatz etwas mit der Aufklärung bzw. überhaupt mit dem Sachverhalt „Wirecard“ zu tun haben — ich fordere daher, diese nicht nur zu streichen, sondern vollständig aus dem Protokoll zu entfernen — ebenso wenig möchte ich in der endgültigen Protokoll-Version diese Anmerkung wiederfinden. Hier sind ganz wesentliche, persönliche Dinge (Werdegang, Einstellungsmodalitäten etc.) mit dem Untersuchungsgegenstand unzulässigerweise vermischt und vom gesamten Gremium akzeptiert worden, was m. E. einen ganz gravierenden Verstoß gegen meine Grundrechte, u. a. Datenschutz etc. darstellt! Ich bitte, dies zu berücksichtigen]

**Cansel Kiziltepe (SPD):** 2016/2019, also nach drei Jahren, gab es da einen Aufwuchs im Personaltabelleau in dem Bereich?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, wir haben dann aufgestockt. Wir hatten auch eine Kollegin aus dem Erziehungsurlaub wieder zurückgewonnen, die dann auch, sage ich jetzt mal, von Anfang an eigentlich ja dabei war, aber eben phasenweise immer wieder weg war. Und wir haben dann zuletzt auch einen Kollegen der Bayerischen Landespolizei abgeordnet bekommen, zur Verstärkung eben. Aber der - - Also, der ist schon auch längere Zeit intensiv mit der Katastrophenschutzthematik gebunden. Aber grundsätzlich werden wir - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und wie viele Kollegen sind das jetzt?

**Zeuge Martin Mulzer:** Jetzt sind wir acht - acht Köpfe.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Finden Sie, das ist ausreichend für die Geldwäscheprävention?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, finde ich auch. Zumal mit der Gesetzesänderung letztes Jahr - - ist ja noch mehr auf Sie zugekommen. Genau. Also, Sie erachten dieses Thema für ein sehr wichtiges Thema. Es fließt so viel Geld. So viel Geld wird da gewaschen. Und Sie sind der Meinung, hier bräuchte es unbedingt einen Personalaufbau.

**Zeuge Martin Mulzer:** Wäre zumindest nicht von Nachteil.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie haben ja jetzt auch Erfahrungen. Fünf Jahre etwa sind Sie da und kennen auch den Arbeitsumfang. Was würden Sie denn denken, wie viele Personen man braucht, um diese Arbeit auch ordentlich ausführen zu können?

**Zeuge Martin Mulzer:** Kann ich ganz schlecht einschätzen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Eine Verdopplung? Eine Verdreifachung?

**Zeuge Martin Mulzer:** Kann man jetzt ganz schlecht - - Will ich jetzt keine Aussage dazu treffen, weil das - - ja, könnte ich jetzt eigentlich nicht sagen, was jetzt da eine angemessene Zahl wäre. Ob man mit einer Verdoppelung das schon erreichen könnte, entzieht sich meiner Kenntnis. Es müssten vielleicht auch Erfahrungswerte dann zeigen, wenn man mit drei oder fünf Personen mehr arbeitet, ob das dann ausreicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Haben Sie viele Überstunden?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, hält sich in Grenzen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Hm?

**Zeuge Martin Mulzer:** Hält sich in Grenzen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wer macht dann die Arbeit? Sie waren jetzt wegen des Katastrophenfalls weg. Und dann muss sich doch so viel Arbeit immer aufge-

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das bleibt halt jetzt an den zwei federführenden Kollegen hängen. Es

sind jetzt zwar zwei Kolleginnen zurückgekommen aus den coronabedingten Fremdeinsätzen. Also, das Geldwäscheteam wird, wenn man so will, wieder allmählich aufgestockt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ich meine, Bayern nagt ja auch nicht am Hungertuch und ist kein Nehmer-land im Moment, soweit ich weiß. Also, gab es auch jetzt wegen des Katastrophenfalls Pandemie da keine Aufstockung?

**Zeuge Martin Mulzer:** ~~Das weiß ich nicht, ob es deswegen—Nein~~

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, können Sie vielleicht sagen: Wie viele neue Kolleg/-innen haben Sie im letzten Jahr dazugewonnen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Im letzten Jahr, das war eigentlich ja nur der Kollege von der Polizei, der **zu** uns abgeordnet wurde.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Nur eine Person letztes Jahr.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, jetzt aber nur speziell bei der Regierung von Niederbayern. Also, die Kollegen aus Mittelfranken haben entsprechend auch eine Person von der Polizei abgeordnet bekommen als Verstärkungskraft.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, das Geldwäschevolumen steigt jedes Jahr, aber personalmäßig -

**Zeuge Martin Mulzer:** ... hängt es ein bisschen hinterher.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - ist man da nicht im Gleichlauf, hängt hinterher so ein bisschen, hat man den Eindruck.

**Zeuge Martin Mulzer:** Aber ich kann nicht sagen, was jetzt da eine angemessene Aufstockung wäre, wie viele Personen wir noch bräuchten.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wie haben Sie sich eigentlich auf die heutige Befragung, Vernehmung vorbereitet?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und dann haben die gesagt: Freshfields, das stimmt nicht, was die sagen.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich weiß nicht, inwieweit die Kenntnis hatten; aber mir sagt das nix, dieses Gutachten von Freshfields **es bestand zu keiner Zeit von keinem meiner KollegINNen Kenntnis von diesem Gutachten!**.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** So.

**Zeuge Martin Mulzer:** Glaube ich nicht, dass uns das zur Kenntnis vorlag oder uns irgendjemand mal damit betraut gemacht oder konfrontiert hat.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Genau. - Aber auf jeden Fall gibt es ein Gutachten. Sie hatten das nicht. Sie haben das auch nicht.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, das haben wir ganz selbst erarbeitet, dieses Prüfungsergebnis, das am Ende jetzt feststeht. Das haben wir ohne jegliche Einflussnahme oder Vorgabe von irgendeiner anderen Stelle getroffen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und von wem wurde das bestätigt? Also Ihr Chef oder wer hat das noch mal verifiziert?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das haben die beiden Kollegen mit dem Chef dann besprochen. Und es wurde dann für richtig befunden. Und ich denke mal, dass das wahrscheinlich ja auch so ist, weil es klingt alles sehr plausibel. Wir haben es wirklich sehr intensiv von allen möglichen Seiten sowohl juristisch als auch betriebswirtschaftlich beleuchtet. Und es steht jetzt ja doch schon einige Monate im Raum, unser Ergebnis. Und es hat sich bisher noch keiner gefunden, der das irgendwie in Abrede - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie haben auch nicht - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Auch wenn der Herr Dr. Zimmermann sagt, es gibt vielleicht **jemanden**, der **kein** Interesse daran hat, dass er das aufdeckt oder das Gegenteil beweist, aber - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie hatten auch keinen Kontakt zum Justizministerium in Bayern -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - und haben das noch mal festklopfen lassen, nichts, mit den Kollegen da.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Können Sie noch mal sagen, wann die Staatsregierung oder das Innenministerium Bayerns davon erfahren hat, dass Sie sich mit diesem Fall beschäftigen, dass Sie mit EY gerade klären, wer da die Aufsicht hat? Wann war das?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das war am 23. Juni.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** 23. Juni.

**Zeuge Martin Mulzer:** Moment mal, jetzt muss ich noch mal kurz nachschauen. Da, wo halt das Telefonat stattgefunden hat, wo wir - - Doch, ich glaube, das war der 23., haben wir gesagt vorhin.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Ja, genau.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und von wem haben die das erfahren?

**Zeuge Martin Mulzer:** Das bayerische Innenministerium? - Von meiner Kollegin. Die hat nämlich mit dem bayerischen Innenministerium in einer anderen Angelegenheit telefoniert.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also erst im Juni.

**Zeuge Martin Mulzer:** Erst im Juni, genau.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, die ganze Welt spricht von Wirecard. Der KPMG-Bericht liegt vor. Der Braun legt sein Amt nieder. Und dann kommt erst die Bezirksregierung Niederbayern auf die Idee, mal das Ministerium - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Na ja, es - - Ich gebe zu, das ist, wie gesagt, unglücklich gelaufen, diese ganzen zeitlichen Verzögerungen. Aber die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Gründe habe ich ja, denke ich mal, schon zuvor ausreichend dargelegt. Da war der Katastrophenfall in Bayern in der Zwischenzeit ausgerufen, wo wir dann ja regelrecht ausgeknockt waren. Wir hatten da nicht wirklich Möglichkeit, zu agieren, weil sehr viele, nahezu ausschließlich alle Kollegen aus der Geldwäscheprävention eben fremdvergeben waren, coronabedingt in anderen Bereichen tätig waren. Sonst hätten wir natürlich, wenn das alles nicht gewesen wäre, mit Sicherheit versucht, das alles eher irgendwie abzuklären, eher ~~nachgeordnete oder~~ übergeordnete Stellen zu informieren und sich da abzustimmen. Aber es war halt einfach, ja, eine Verkettung unglücklicher Umstände, warum das alles so zeitlich verzögert, massiv verzögert war.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, leider, ja. - Meine Zeit ist jetzt - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Aber ich möchte nur ganz kurz darauf hinweisen: Das hätte, glaube ich, auch an der ganzen Einschätzung nix geändert, wenn wir im Februar schon festgestellt hätten: keine Zuständigkeit. Dann hätten wir halt da schon festgestellt: keine Zuständigkeit unsererseits. „Was hätte es dann an der Sache geändert?“, möchte ich jetzt mal in die Runde fragen. Dann hätte im Februar oder auf alle Fälle früher die Tatsache festgestanden, wir wären nicht zuständig. Die anderen sagen auch: keine Zuständigkeit. - Dann wäre halt das einfach nur zeitlich vorverlagert gewesen, dass man sagt: Okay, niemand ist zuständig. Dann ist ein Regier- -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, aus unserer Sicht sind Sie zuständig. Deshalb hätte -

**Zeuge Martin Mulzer:** Okay.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - die Diskussion vielleicht viel früher stattfinden können. - Aber meine Zeit ist jetzt abgelaufen. Dann in der nächsten Runde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Frau Kiziltepe. Super. - Dann machen wir weiter. Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Danke schön. - Nur noch eine Frage - zumindest sieht es gerade so aus -: Sie haben ja angesprochen in Ihrem Eingangsvortrag die Zwischennachricht, die Sie Herrn Spies von EY gegeben haben am 20. Mai, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, mhm.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - und haben so ein bisschen in indirekter Rede wiedergegeben, Sie hätten gesagt, es sei irgendwie vertretbar, von einer Verpflichteteigenschaft auszugehen. Können Sie diese Kommunikation vielleicht noch mal im Wortlaut vortragen, die Sie mit Herrn Spies hatten?

**Zeuge Martin Mulzer:** Eins zu eins jetzt, wie es war?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ja, die Formulierung.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Zeuge Martin Mulzer:**

Bezug nehmend auf Ihre E-Mails vom 20.02.2020 sowie die Telefonate in der Zwischenzeit hierzu, halten wir Ihre Rechtsauffassung nach aktuell vorliegenden Informationen bis auf Weiteres für vertretbar.

Meinten Sie diese Aussage?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Genau. Ja, das war es. Danach kam - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, danach kam halt noch:

Eine Abstimmung mit der BaFin hierzu war trotz wiederholter Anfragen leider bisher nicht möglich, da diese stets unbeantwortet blieben. Somit steht deren rechtl. Einschätzung als weiterer Bewertungsmaßstab derzeit noch aus.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

BayStMI-2.01 DVD, Blatt 67, da wird Bezug genommen auf Entwicklung, Betrieb und Vermarktung von Informationsdienstleistungen, insbesondere unter Nutzung von elektronischen Medien. Das sei der Hauptgegenstand der Wirecard AG.

**Zeuge Martin Mulzer:** Okay. Das ist aus dem Handelsregisterauszug so entnommen?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Dann ist das also aus dem Handelsregister - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Das weiß ich jetzt nicht genau, wo er das rausgenommen hat. Aber ich denke mal, aus einer dieser Geschäftsunterlagen, mit Sicherheit. [der Wortlaut entstammt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus dem HR-Auszug der Wirecard AG]

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist interessant, weil - - Können Sie noch mal sagen, was Sie jenseits des Handelsregisters herangezogen haben?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das waren die Satzung der Wirecard **AG** und der Geschäftsbericht 2018.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. - Und im Geschäftsbericht - ich muss ihn jetzt gerade finden -, da steht nämlich:

Die Konzernmutter Wirecard AG mit Sitz in Aschheim bei München übernimmt die strategische Unternehmensplanung und die zentralen Aufgaben Human Resources, Legal, Treasury, Controlling, Accounting, Group Audit und Group Compliance, M&A, Strategische Allianzen und Business Development, Corporate Risk Management, Corporate Communications und Investor Relations sowie Facility Management. Zudem werden über die Holding der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen gesteuert.

Da steht aber nichts von Entwicklung, Betrieb und Vermarktung von Informationsdienstleistungen. Das ist doch ein Widerspruch. Das hätte Ihnen doch eigentlich auffallen müssen, oder?

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, wie gesagt, es entzieht sich meiner Kenntnis, woraus jetzt die Information - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, das ist interessant, wissen Sie; weil meinem Mitarbeiter, dem ist das aufgefallen. Vielleicht brauchen Sie da ja noch jemanden in der Geldwäscheaufsicht. Ich weiß nicht. Er ist gut, also - - Dem ist das sehr schnell aufgefallen, Ihnen aber nicht.

**Zeuge Martin Mulzer:** Haben Sie das Dokument vorliegen? Ich finde jetzt nix.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ja, ich habe es vorliegen. Wollen Sie es haben? - Gerne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge Martin Mulzer:** Okay, die habe ich, glaube ich - - Genau.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, wir halten einfach fest: Ist ein Widerspruch. [das ist nur eine einseitige Sichtweise - ein offensichtlicher Widerspruch ist für mich nicht klar erkennbar!]

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, kann ich jetzt nicht nachvollziehen, wo das -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ich auch nicht; deswegen habe ich ja gefragt.

**Zeuge Martin Mulzer:** - rausgezogen wurde; entzieht sich meiner Kenntnis. Aber wenn Sie da - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. Wie vieles entzieht sich das der Kenntnis. Ich wollte nur einfach zeigen - - Also, ich sage mal: Bei einer Geldwäscheverdachtsmeldung im Jahr [nur meine Person betreffend und auch nicht immer nur eine/Jahr, s. o.!] , kriegt man da Rücken oder so bei Ihnen in der Abteilung? Also, ist das - - Fühlen Sie sich manchmal überlastet?

(Der Zeuge schüttelt den  
Kopf) [aber nach stundenlanger Vernehmung im UA!]

- Nein. Okay, gut. - Eigentlich habe ich nicht mehr viele Fragen. - Doch, hier: Es gibt da noch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und wie lange hat das dann gedauert bei Ihnen?

**Zeuge Martin Mulzer:** Bis zu dem 24.06. abends. Wobei man sagen muss: Natürlich haben wir da - - haben die Kollegen intensiv dran gearbeitet. Die haben nichts anderes mehr gemacht, nur noch diese ganzen sehr umfangreichen Unterlagen gewälzt, haben da wirklich Überstunden gemacht. Wir waren da länger als nur einen normalen Acht-Stunden-Tag drin, um das eben mit Hochdruck zu einem Ergebnis, sage ich jetzt mal, zu bringen und zu Ende zu bringen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Und Sie sind heute auch nach wir vor der Auffassung, dass die Entscheidung so richtig war, dass Sie da nicht zuständig sind.

**Zeuge Martin Mulzer:** Wenn es andere Ansichten gibt, kann man ja mit Sicherheit drüber reden; aber nach unserer Ansicht ist es so.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, gut. - Wenn ich jetzt auch mal meine Ansicht zusteuern darf, finde ich, ist es, jedenfalls für mich, eher nachvollziehbar, wenn DAX-Konzerne und solche Unternehmen, die eine große Finanznähe haben, dann eher nicht von Niederbayern beaufsichtigt werden sollten, sondern vielleicht eher doch über die Bundesebene.

(Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da müsste man ja die Gesetze ändern!)

Aber das sei jetzt - - ist keine Frage an Sie gewesen. Aber ich muss ja auch mal meine Meinung hier einfließen lassen.

Ich würde noch mal gerne zum Thema Whistleblower fragen, und zwar: Gibt es da bei Ihnen eine Stelle, an die Sie sich wenden können? Oder was machen Sie, wenn jemand auf Sie zukommt und sagt: „Ich habe da was mitgekriegt und will das mitteilen“? Oder verstehen Sie sich alle als Whistleblowerstelle? Wie funktioniert das bei Ihnen im Haus?

**Zeuge Martin Mulzer:** ~~Nee~~. Wir haben da verschiedene Kommunikationswege, die wir anbieten. Man kann das anonym mitteilen. Man kann das herkömmlich per Post bei uns einwerfen oder natürlich auch per E-Mail zutragen oder - - In welcher Art und Weise, das bleibt dem Mitteilenden überlassen, inwieweit er auch seine Daten vielleicht preisgeben will oder nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ist da irgendwas eingegangen zu Wirecard?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, zu Wirecard nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nie?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Zu keinem Zeitpunkt. - Kommt das häufig vor, dass Sie da Mitteilungen bekommen oder Hinweise?

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, nein. **[bezogen auf „häufig“! s. nachfolgend]**

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, kommt nie vor?

**Zeuge Martin Mulzer:** Es wäre wünschenswert, wenn ein Wissen besteht, dass man so **liche** Sachen entsprechend mitteilt. Leider ist das ein bisschen **chenel** noch in der untergeordneten Anzahl, die Mitteilungen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Vielen Dank. Dann haben wir keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Wir haben keine Fragen mehr. Ich schaue zu den Kollegen der SPD. - Bitte schön, Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Es geht mir auch noch mal um das Ergebnis Ihrer Prüfung, weil Sie - - Also, noch mal: Ich sehe das aber richtig: Sie selbst - und sorry, wenn ich das - - Das haben Sie schon gesagt, glaube ich. Aber Sie selbst waren am Ende des Tages an der eigentlichen abschließenden Prüfung nicht mehr beteiligt; das haben Ihre Kollegen gemacht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, genau.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das finde ich insofern spannend, weil Sie das - - Sie stehen zu dieser Entscheidung, und die Frage, die ich mir ja stelle, ist, da ich zu einem anderen Ergebnis komme - Sie haben das eben auch gesagt gehabt -: Wie stellt man eigentlich die Geschäftstätigkeit fest? Das ist ja einer der Prüfungsschwerpunkte, die man setzen muss: Was ist eigentlich die Geschäftstätigkeit? So. Und Sie haben ja in dieser Führungsvorlage - - da steht irgendwas von über 50 Prozent Tätigkeit - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, ich weiß schon. Das ist ein Zitat aus dem KWG-Kommentar. Aber da möchte ich auch noch mal drauf hinweisen, dass das natürlich nur eine von vielen möglichen Bewertungskriterien sein kann. Es gibt auch Kommentarmeinungen, die sagen: Man könnte auch weniger vom Prozentsatz her annehmen, und man kann vielleicht schon eine Verpflichteteigenschaft bejahen. - Man kann aber auch das höherstaffeln und sagen: Erst bei 75 Prozent oder so was ist die Verpflichteteigenschaft erfüllt. - Also, da würde ich **mir** jetzt - - darum bitten, dass man da sich nicht zu sehr drauf versteift auf die 50 Prozent. Das war halt einer von vielen Bewertungsmaßstäben.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber sozusagen: Was ist denn Ihre Auffassung? Also, die Haupttätigkeit der Wirecard AG - nicht heute, Stand meinerseits 24.06. -, was war die Haupttätigkeit der Wirecard AG? Jetzt gleich hinterher bitte begründen: Was sind Ihre Indikatoren, um Ihre Meinung zu stützen, was die Haupttätigkeit ist?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, ich kann mich nur wiederholen: Es ist eben auf alle Fälle nicht das Erwerben, Halten und Veräußern von Beteiligungen, sondern eben das Erbringen von Querschnittsdienstleistungen für die Tochterunternehmen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und haben Sie eine ungefähre Vorstellung - - Also, ich helfe Ihnen: Die Bilanzsumme der Wirecard AG betrug 2,344 Milliarden im Jahr 2018. Jetzt sagen Sie:

Haupttätigkeit ist *nicht* das Halten von Anteilen. - Dann muss es was anderes gewesen sein, nämlich das Erbringen von Leistungen. Bei den 2,344 Milliarden, also 2 344 Millionen Euro Umsatz - ich will keine genaue Zahl haben -: In welcher Größenordnung sind denn dann diese Managementleistungen erbracht worden? Die müssen ja dann verrechnet worden sein zu den Töchtern usw., die - - Also, ich habe hier eine ziemlich genaue Zahl. Wissen Sie, wie hoch das war?

**Zeuge Martin Mulzer:** Sie werden es mir sagen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, nee; das ist - - Also, ich sage es Ihnen tatsächlich natürlich gleich; aber Spaß beiseite. Ich will Sie hier ja auch nicht quälen. Sie sind ja auch nicht in der Prüfung; das ist viel schlimmer hier.

**Zeuge Martin Mulzer:** Das tun Sie aber schon die ganze Zeit.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das tut mir auch - - Es tut mir wirklich leid. Aber - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Fällt mir schwer, zu glauben; aber okay.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Nein, nein, nein. Moment, also - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, passt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich frage Sie ja nur - - Also, Sie könnten ja auch sagen - und jetzt Spaß beiseite -: Ich war bei der Prüfung persönlich nicht dabei; das haben meine Kolleginnen und Kollegen gemacht. Deswegen -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, das habe ich ja immer wieder erwähnt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - Moment! - kann ich Ihnen das jetzt nicht mit letzter Gewissheit sagen, ob das richtig ist. - Aber Sie sitzen hier und - das ist auch Ihr gutes Recht - verteidigen seit drei Stunden diese Einschätzung. So. Und die Frage muss berechtigt sein: Wie sind Sie am



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ende auf diese Einschätzung gekommen? Und Sie haben mir eben gesagt: Die Haupttätigkeit liegt eben in diesen Managementtätigkeiten.

Jetzt sage ich Ihnen: 2018 waren die Umsatzerlöse der Wirecard AG 2,4 Milliarden Euro ungefähr und die Umsatzerlöse aus Managementleistungen für Tochterunternehmen - - Verwaltungsleistungen 18 Millionen: 2,4 Milliarden Euro Gesamtumsatz, 18 Millionen Umsätze für Verwaltungstätigkeiten. Und jetzt möchte ich mit Ihnen noch mal darüber reden, was die Haupttätigkeit dieses Unternehmens ist und warum Sie immer noch der Meinung sind, dass eben nicht das Halten von Unternehmensanteilen eine Haupttätigkeit ist.

**Zeuge Martin Mulzer:** Ich kann nur das wiedergeben, was wir für uns festgestellt haben, und, wie gesagt, es gibt im Kommentar verschiedene Merkmale, woran man das festmachen kann. Sie haben es jetzt auf die Bilanzsumme gestützt. Es gibt soundso viele andere Varianten. Wir halten eben uns auf die Grundlagen aus dem Geschäftsbericht unter anderem bezogen, wo eben das so beschrieben wurde, dass halt verstärkt eben diese Querschnittsdienstleistungen erbracht werden. Und daran haben wir das dann eben festgemacht. Und es hat ja, wie gesagt, noch niemand jetzt das großartig widerlegt bis jetzt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut. Aber - - Moment, aber an der St- - Also noch mal: Hier liegen mittlerweile zwei Einschätzungen von sehr renommierten Quellen vor, die zu einer diametral anderen Auffassung kommen. Und ich sage mal so: Dieser Untersuchungsausschuss befasst sich vor allem damit, was das Unternehmen Wirecard mit ihren Tochterunternehmen gemacht hat, mit dem Ankauf und Verkauf von Tochterunternehmen, mit Geldwäsche, die möglicherweise beim Kauf von Tochterunternehmen passiert ist; und ich lasse mich vollkommen darauf ein.

Also, ich bin kein Jurist; Sie sind kein Jurist. Das ist ein verdammt kompliziertes Gesetz; das weiß ich selbst. Sozusagen meine Erwartung - das will ich auch noch mal sagen - ist nicht, dass Sie im Zweifelsfall diese komplexe juristische Frage klären können und Ihre Kolleginnen und Kollegen

im Zweifel auch nicht. Aber ich komme gerne wieder drauf zurück: Wir sitzen hier miteinander, und Sie sagen: „Aber das stimmt“, und Sie kennen niemanden, der was anderes gesagt hat. Das finde ich eine schwierige Position, weil ich hätte schon - - würde schon erwarten, dass Sie mir sagen können: Das sind unsere Gründe gewesen. - Sie haben es jetzt gesagt: Sie haben aus dem Geschäftsbericht quasi die Selbstbeschreibung des Unternehmens genommen. Aber die Zahlen, die ich Ihnen eben genannt habe, die habe ich mir ja auch nicht ausgedacht.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, das - - **[behaupte ich auch nicht, aber weshalb es sehr gewagt ist, sich ausgerechnet auf diese beiden Kennzahlen (Bilanzsumme und Umsatzerlöse aus 2018) zu verlassen und darauf die gegenteilige Behauptung aufzubauen, wie es auch das „Freshfields-Memorandum“ praktizierte, kann u. a. der Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft München I vom 22.07.2020 entnommen werden. Demnach begründen insbesondere die umfassenden Angaben eines Kronzeugen, aber auch weitere Beweismittel wie Zeugenaussagen und Urkunden, den Verdacht, dass die Bilanzsumme und das Umsatzvolumen der Wirecard AG durch das Vortäuschen von Einnahmen aus Geschäften mit sog. Third-Party-Acquirem (TPA) aufgebläht wurden.]**

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Die stammen ja auch aus dem Geschäftsbericht. Ich lasse mich vollkommen am Ende darauf ein, zu sagen: Das ist eine superkomplizierte Sache, und es ist mit Sicherheit zu kompliziert, als dass Sie das auf Ihrer Ebene da klären könnten. Die Frage ist eben: Bei einem DAX-30-Konzern - das haben Sie selbst gesagt -, braucht es für so einen Fall nicht einen spezielleren Prozess? Also, sprich - - Also, wenn ich mir anschau, wie viele Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung von so einem Unternehmen befasst sind, und dann müssen - - Sie haben vorhin selbst gesagt, Sie sind das kleinste Licht in der Kette; deswegen will ich es Ihnen auch nicht zuschieben. Aber dann ist es möglicherweise auch so, um verständlich zu enden - was meine letzte Frage ist -, dass es möglicherweise dafür irgendwie einen anderen Prozess braucht. - Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Dann schau ich noch mal in die Runde. Möchte noch jemand? - Frau Paus für Bündnis 90/Die Grünen, bitte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und können Sie noch mal sagen - - Sie hatten ja selber gesagt, das sei eigentlich nicht abgeschlossen gewesen, Ihre Prüfung. Warum hat dann doch am 25.06. das Innenministerium gesagt: „nicht zuständig“? Also zwischen - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Nee, nee, nee. Das habe ich nicht gesagt, dass wir nicht fertig waren. Wir waren fertig. Am Abend des 24.06. war für meine Kollegen und unseren vorgesetzten Sachgebietsleiter das Prüfungsergebnis festgestanden: keine Zuständigkeit. Nur konnten wir das nicht mehr entsprechend publizieren und veröffentlichen, weil wir dachten, das können wir dann am nächsten Tag mit einer Mitteilung der Führungsinformation noch **um**transferieren.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay.

**Zeuge Martin Mulzer:** Also, die Prüfungsergebnisfeststellung war abgeschlossen; da war nichts mehr offen zu dem Zeitpunkt.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. - Aber die umfangreiche Prüfung hat also in zwei Tagen stattgefunden, vom 22. bis zum 24., von zwei Kolleginnen aus Ihrem Hause. |

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So. Hat bei der letztendlichen Beurteilung es eine Rolle - - Also, Sie haben jetzt gerade selber gesagt - Sie haben selber angesprochen, dass es ja doch eine erhebliche Bandbreite gibt, dass - - Sie haben jetzt aus der Literatur vorgelesen. Man kann sagen sozusagen: Es müssen 75 Prozent sein; kann auch unter 50 sein. Das ist doch ein erheblicher Spielraum für so eine Anwendungsentscheidung, oder?

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, einen gewissen Spielraum hat man mit Sicherheit; klar. Das ist letztlich wahrscheinlich auch eine Sache der Begründung und auf welche Kommentarliteratur oder auf welche Begründungstheorie man sich jetzt dann letztlich einlässt. Das ist aber gerade mit juristischen Sachverhalten ja immer so oder sehr häufig so.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. Aber Sie sagen jetzt schon: Es ist im Bereich des Möglichen. Es wäre durchaus genauso adäquat gewesen als Anwendungsentscheidung, die Wirecard AG als Finanzunternehmen einzustufen, wenn man eben sich die Mühe macht, tatsächlich die Bilanz mal durchzuschauen, und dann feststellt, -

**Zeuge Martin Mulzer:** Da würde ich Sie bitten, dass Sie dann meinen Kollegen befragen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - wie es ja dann auch ein Rechtsgutachten des Innenministeriums **[war eigentl. das eines Kollegen von mir, was ich aber zu diesem Zeitpunkt nicht erkennen konnte, dass seines damit gemeint war!]** gemacht hat - - Dann kommt man ja zu dem Ergebnis, dass zum Beispiel die Wirecard Sales International Holding GmbH Eigenkapital - - ein Gesamtkapital hat von 29,14 Prozent, die Wirecard Acquiring & Issuing eine Eigenkapitalquote, also einen Anteil am Eigenkapital, hat von 13,86 Prozent. Das sind zusammen schon mal 43 Prozent des gesamten Eigenkapitals. Und wenn man jetzt auch noch mal die umstrittenen Zahlen des Unternehmens CardSystems Middle-East mit Sitz in Dubai unberücksichtigt lässt, so steigt der Anteil sogar auf 57 Prozent, sodass wir schon relativ nah sogar an den 75 Prozent sind. So. Und das ist doch auch durchaus eine adäquate Kategorie zur Beurteilung, ob es sich um ein Finanzunternehmen handelt oder nicht.

**Zeuge Martin Mulzer:** Man kann andere Einschätzungen treffen. Aus unserer Sicht sind sie halt dann falsch.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sind sie falsch?

**Zeuge Martin Mulzer:** Wir kommen - - sind in unseren Ergebnissen, in unseren Prüfungen zu dem Ergebnis gekommen: keine Zuständigkeit. Es ist ausreichend dargelegt worden. Dann - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, „falsch“ ist ja was anderes als: Sie haben Ihren Ermessensspielraum genutzt und sind zu dieser Einschätzung gekommen. Also: richtig oder falsch? Würden Sie jetzt klar sagen: „Das eine ist richtig, und das andere ist falsch“?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, würde ich so sagen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Dann noch mal zu der Frage „Zuständigkeit für Finanzunternehmen“. Da haben sich ja jetzt hier zwei schon geäußert. Frau Kiziltepe hat gesagt: Sie sind zuständig. - Herr Hauer kam zu dem Ergebnis, er findet, dass die BaFin zuständig sein sollte. So richtig ist aber ja für Finanzunternehmen - - Die werden ja nach dem Gesetzeswortlaut dem Nichtfinanzsektor zugeordnet, und das ist ja auch schon seit vielen Jahren so. Hat es bei Ihnen in der Abteilung jemals eine Diskussion darüber gegeben, inwieweit es sinnvoll ist, dass Finanzunternehmen dem Nichtfinanzsektor zugeschlagen sind?

**Zeuge Martin Mulzer:** Es hat durchaus, vor allem jetzt aufgrund von Wirecard, die Diskussion gegeben, ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vorher hat es dazu keine Diskussion gegeben.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein, weil das ja noch nicht so Thema war. Doch, immer wieder (vor allem durch die Eingaben/Anträge der Länder an den Bund sowie des Bundesrates an die Bundesregierung (vgl. nachfolgend bei Fr. L. Paus)) und zuletzt verstärkt durch den Sachverhalt „Wirecard“

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, obwohl Sie ja seit 2013 zuständig sind - -

**Zeuge Martin Mulzer:** Ja, aber wie ich es eingangs erwähnt habe: Wir hatten Prüfungsschwerpunkte und damit eben die Finanzunternehmen noch nicht auf dem Radar. Das war erst Ende 2019, wie ich es Ihnen schon mehrfach erzählt habe, und da eben auch anders gelagert bei den Finanzanlagenvermittlern, wo es auch noch mal klarer ist durch eine gewerberechtliche Zulassung und speziell das Finanzunternehmen mit— nach der Nummer eins hatten wir eben erstmals mit der Wirecard AG, und von daher auch noch völlig unerfahren auf dem Gebiet

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich frage vor dem Hintergrund, weil es im Bundesrat mehrfach auch den Wunsch gegeben hat - - niedergelegt, dass der Bundesrat die Bundesregierung gebeten hat oder bzw. den Gesetzgeber, die Zuständigkeit für Finanzunternehmen doch auf die Bundesebene zu verlagern. So. Und ich

wollte einfach wissen, inwieweit diese Bitte oder diese Formulierung des Bundesrates in irgendeiner Art und Weise sozusagen Vorlauf hatte, weil zum Beispiel Sie in Ihrer Bezirksregierung auch schon gesagt haben, dass Sie das nicht sinnvoll finden. Aber das gab es nicht.

**Zeuge Martin Mulzer:** Nein. Doch. [hier möchte ich meine Antwort insofern korrigieren, als dass wir durchaus bei uns in der Regierung von Niederbayern schon seit geraumer Zeit dieses Thema immer wieder aufgegriffen und diskutiert haben sowie über unsere vorgesetzte Stelle, dem Bayer. Innenministerium, diese Thematik, u. a. über den Bund-Länder-Austausch (BLA) "Geldwäscheprävention und Verhinderung der Terrorismusfinanzierung", ans BMF bzw. an die Bundesregierung herangetragen hatten. Auszugsweise sei hier zu nennen: BLA am 26./27.01.2015 sowie die Länderbeteiligung zur großen Gesetzesänderung Juni 2017 – es folgte dann, wie bekannt, eine Gegenäußerung der Bundesregierung auf die Stellungnahme des Bundesrates im Jahr 2017 (vgl. BT-Drs. 18/11928 S. 41/42)]

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sondern von Ihnen gab es kein In-Zweifel-Stellen oder die Frage der Handhabbarkeit, Operationalisierbarkeit oder so, der Zuständigkeit für Finanzunternehmen bei Ihnen.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf) Doch (vgl. linke Spalte u. oben: außerdem ist nach über 3 Std. Vernehmung auch einmal „die Luft heraus“ und die Konzentrationsfähigkeit lässt ebenfalls zunehmend nach!)

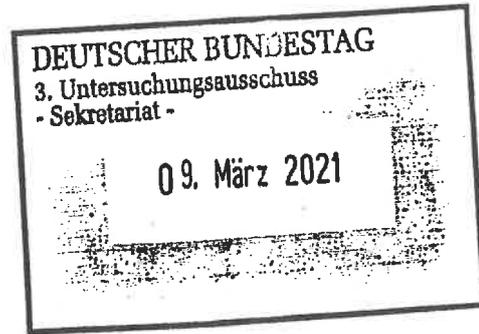
- Gab es nicht. Okay. - Dann bin ich durch.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann schaue ich noch einmal in die Runde. Die Kollegen der CDU/CSU? - Kollegen - Selbstschau - der AfD? - Nein. Kollegen der SPD? - Nein. Kollegen der FDP? - Bündnis 90/Die Grünen? - Linke? Herr De Masi?

## Anlage 2

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Waldemar Kindler

05.03.2021



An den

3. Untersuchungsausschuss Bundestag

Sekretariat PA 30

ORRin Dr. Dominique Schimmel

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Betr.: Protokoll meiner Zeugen-Vernehmung am 28.01.2021

Geschäftszeichen: PA 30 – 5452 -1

Sehr geehrte Frau Dr. Schimmel,

zu dem Protokoll meiner Zeugen-Vernehmung mache ich folgende Anmerkungen:

- |                                     |   |
|-------------------------------------|---|
| S. 87, Spalte 2, Absatz 2, Zeile 2: | nicht „mit“, sondern „bei“ Sicherheitsbehörden      |
| S.88, Spalte 1, Absatz 3, Zeile 4:  | nicht Herr „Weiss“, sondern Herr „Ley“              |
| S.93, Spalte 2, Absatz 4, Zeile 7:  | nicht „17“, sondern „2016“ (nach meinen Unterlagen) |
| S.113, Spalte 2, Absatz 3, Zeile 4: | nicht „Ehrenchef“, sondern „ehemaliger Firmenchef“  |
| Ss. 116, 134 und 139:               | nicht Frau „Gummel“ , sondern Frau „Gommel“         |

Mit freundlichen Grüßen



## Anlage 3

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Christof Schulte

### 3.UA Postfachaccount PA30

---

**Von:** Christof Schulte [REDACTED]  
**Gesendet:** Mittwoch, 3. März 2021 11:52  
**An:** 3.UA Postfachaccount PA30  
**Cc:** [REDACTED]  
**Betreff:** Antw: Ihre Zeugenvernehmung am 28. Januar 2021  
**Anlagen:** Stenografisches\_Protokoll\_19.Sitzung\_9-seitig.pdf; Protokoll\_Bandabschrift\_19.Sitzung\_32-seitig.pdf

Sehr geehrte Frau Dr. Schimmel,

anliegend übersende ich meine Änderungen zu den Protokollen meiner Zeugenbefragung am 28./29.01.2021. Hinsichtlich der offenen Frage auf Seite 20 des Protokolls der Bandabschrift des Vorsitzenden MdB Gottschalk teile ich folgendes mit:

- Das von mir angeführte Telefonat meines Vertreters mit Herrn Dr. Fürhoff fand am Freitag, 08.03.2019, statt. Die Übersendung der Unterlagen erfolgte dann am folgenden Montag, 11.03.2019.

Im Übrigen verweise ich auf die Zuständigkeit des BMF für die weiteren gestellten Fragen, im Einzelnen:

- Seite 235 des Stenografischen Protokolls von MdB Gottschalk,
- Seite 11-12 des Protokolls der Bandabschrift von MdB De Masi,
- Seite 22-23 des Protokolls der Bandabschrift von MdB De Masi sowie
- Seite 28 des Protokolls der Bandabschrift von MdB Dr. Toncar.

Mit freundlichen Grüßen

Schulte

>>> 3.UA Postfachaccount PA30 <3.untersuchungsausschuss@bundestag.de>  
18.02.2021 12:18 >>>  
Sehr geehrter Herr Schulte,

beigefügt übersende ich Ihnen das vorläufige Protokoll nebst Anschreiben Ihrer Zeugenvernehmung am 28. Januar 2021.

Die Originale gehen Ihnen per Post zu.

Bitte bestätigen Sie kurz den Erhalt der Unterlagen, gerne auch per E-Mail.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

--  
Dr. Dominique Schimmel  
Sekretariat PA 30  
3. Untersuchungsausschuss (Wirecard)

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1



## Nur zur dienstlichen Verwendung

operativen Analyse von Verdachtsmeldungen fest, dass ein Vermögensgegenstand mit Geldwäsche, mit Terrorismusfinanzierung mit AO oder mit einer sonstigen Straftat in Zusammenhang steht, übermittelt sie das Ergebnis ihrer Analyse sowie alle sachdienlichen Informationen unverzüglich an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden. Das gilt ganz besonders auch im Kontext der aktuell bekannt gewordenen Vorwürfe, die hier im Raum stehen, gegenüber dem Wirecard-Konzern.

Bis zum 22.06.2020, an dem die erste Meldung der Wirecard AG zu den aktuellen Vorwürfen bei der FIU abgegeben wurde und sie zugleich eine Ad-hoc-Mitteilung zu ihren offenen Bilanzierungsfragen abgesetzt hat, hat die FIU im Rahmen ihrer Analyse zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und damit in Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages zwei Verdachtsmeldungen in Zusammenhang mit den ersten Vorwürfen gegenüber Wirecard in der „Financial Times“ an das insoweit zuständige LKA Bayern abgegeben. Es handelt sich um Meldungen vom 13.02.2019 bzw. vom 7. Juni 2019. Zusätzlich wurde die BaFin im Kontext der ersten Abgabe durch uns unterrichtet.

Die Zahl von zwei Abgaben mag auf ersten Blick gering erscheinen, wenn man immer wieder in den Medien auch liest, dass mehrere Hundert, vielleicht sogar mehrere Tausend Meldungen insgesamt im Raum standen. Ich komme hinterher noch spezieller dazu, welche technische Charakteristika diese Meldungen ausgezeichnet haben, so dass sie im Verhältnis zu den beiden abgabewürdigen Meldungen nicht abgabewürdig waren. Sie hatten keinerlei Berührungspunkte zu den aktuell bekannten Vorwürfen. Mit den aktuell bekannten Vorwürfen, die hier auch im Raum stehen, meine ich Bilanzmanipulation, Insiderhandel, Marktmanipulation, ... (akustisch unverständlich) Third-Party-Acquiring-Vorgänge und Fehlverhalten von Vorständen.

Darüber hinaus hat die FIU bis zum 22.06. 17 ausgehende Spontanmitteilungen an ausländische Behörden, zwei ausgehende Auskunftersuchen und drei eingehende Auskunftersuchen bearbeitet. Das nur der Vollständigkeit halber, um

zu zeigen, dass die Tätigkeit der FIU sich hier nicht nur auf die Bearbeitung der Verdachtsmeldungen erstreckt hat.

Die FIU hat insoweit alle ihr vorliegenden relevanten Erkenntnisse zum Wirecard-Konzern national als auch international unmittelbar weitergeleitet und ist damit ihrem gesetzlichen Auftrag auch nach meiner aktuellen Überzeugung vollumfänglich nachgekommen. Das bestätigt sich gerade auch aus einer nachträglichen Bewertung aller relevanten FIU-Vorgänge. Ich habe aus einem Kreis meiner besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehrere Wochen lang alle einschlägigen Meldungen zum Gesamtsachverhalt erneut durchsehen lassen, um hier mit dem größtmöglichen Maß an Überzeugung diese Zusammenfassung abliefern zu können.

Insgesamt stellt sich der Wirecard-Komplex für die FIU - und das ist wahrscheinlich nur ein kleiner Teilausschnitt dessen, was Sie hier in Gänze betrachten - wie folgt dar: Aus den der FIU bislang vorliegenden Informationen ergibt sich in der Gesamtschau, dass im Umfeld des Wirecard-Konzerns über viele Jahre mit hoher krimineller Energie ein von außen schwer nachvollziehbares, weltweites Geflecht aus einer Vielzahl von Unternehmen - darunter Briefkastenfirmen, Konzerntöchter und scheinbar eigenständige Drittfirmen sowie Treuhänder - mit Sitz in diversen Jurisdiktionen erschaffen worden ist, über das in hoher Zahl Transaktionen ausgeführt worden sind, deren wirtschaftlicher Hintergrund intransparent ist.

Diese Transaktionen haben mutmaßlich unter anderem dazu gedient, Umsätze vorzutauschen, die die Grundlage für den Bilanzbetrug bei der Wirecard AG und verschiedenen Tochterunternehmen des Wirecard-Konzerns bildeten. Durch umfangreiche Ersuchen konnten wir mittlerweile Zahlungsströme identifizieren, die geeignet sind, die Aufblähung der Bilanz in Teilen zu unterlegen. Mit den der FIU insoweit vorliegenden Informationen lassen sich jedoch nur wenige Transaktionsketten vollständig nachvollziehen.

Das Unternehmensgeflecht wurde von einem Personenkreis gesteuert, der in oftmals wechselnder

Betrugs- und Umkehrvorwürfe,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Funktion zwischen den verschiedenen Gremien - Aufsichtsrat, Vorstand - und Unternehmen des Firmengeflechts die Rollen tauschte. Auch zwischen einigen dieser Personen untereinander und einzelnen Wirecard-Unternehmen sind in Einzelfällen Transaktionen erheblicher Höhe bekannt geworden. Einige dieser Personen sind neben anderen Personen, die dem Wirecard-Komplex bislang nicht zugeordnet werden können, außerdem in Zusammenhang mit mutmaßlichem Insiderhandel auffällig geworden.

Als charakteristische Vorgehensweise bei der Organisation der Geldflüsse ist dabei insbesondere das sogenannte Third-Party-Acquiring, TPA, mit Hilfe von Intermediären im asiatischen Raum hervorgetreten. Ich habe dazu in der letzten Sondersitzung des Finanzausschusses ja auch schon vorgetragen. Der Wirecard-Konzern wickelte damit unter anderem Korrespondenzbankzahlungen ab. Auch dazu hatte ich vorgetragen und möchte das in Erinnerung rufen. Korrespondenzbankzahlungen sind ein weltweit übliches Instrument im Bereich von Finanzierungsinstrumenten. Eine Großzahl der Meldungen zum Wirecard-Komplex, die bei der FIU angelandet sind, sind reine Korrespondenzbankbeziehungen, die für sich und auch bei näherer Betrachtung keinen Gehalt von strafrechtlicher Verfolgbarkeit in Deutschland beinhalten.

Das TPA-Geschäftsfeld in diesem konkreten Sinne ist allerdings sehr intransparent angelegt worden. Eine Gesamtübersicht über die TPAs und die Struktur des laut Wirecard AG zum Großteil nicht existenten Drittpartnergeschäftes lag und liegt der FIU nicht vor. Die der FIU vorliegenden Erkenntnisse im Hinblick auf den TPA-Status von ausländischen Unternehmen ergeben sich aus Meldungen der Wirecard AG, der Wirecard Bank AG, der Presseberichterstattung sowie aus Datenbankabfragen, und wir stehen dazu natürlich im Austausch mit der BaFin.

Auch im Hinblick auf die weiteren gegen den Wirecard-Konzern erhobenen Vorwürfe liegen der FIU Erkenntnisse vor. Diese richten sich beispielsweise gegen Vorstände, Aufsichtsräte und Leitungsfunktionen bei Tochterunternehmen. Die richten sich auf die kritische Betrachtung von

Zahlungsströmen, auf die kritische Betrachtung von Insiderhandel und Marktmanipulation.

Zahlen spielen eine große Rolle, habe ich lernen müssen und in der Vergangenheit dazu ja auch schon einiges in der Presse gelesen. Da ist es mir wichtig, dass man das einmal noch mal ins rechte Licht rückt. Mit Stand vom 01.10. bewertet die FIU von der Gesamtzahl von Meldungen - und ich hatte gesagt, damit habe ich eine große Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über zwei Wochen rund um die Uhr sozusagen, rund um die Dienstuhr beschäftigt, die zu identifizieren - 173 Vorgänge als relevant für die aktuell bekannten Vorwürfe. Das sind 119 Verdachtsmeldungen und 54 sonstige Informationen, also insbesondere ein- und ausgehende Ersuchen. Bis zum 22.06. sind von diesen 119 Verdachtsmeldungen 33 Verdachtsmeldungen eingegangen. Davon ging es in keinem Fall um offene Transaktionen; auch das ist in der Öffentlichkeit ja schon angeklungen, ob die FIU hier noch etwas hätte unterbinden können. In keinem einzigen Fall stand eine offene Transaktion, die noch hätte unterbunden werden können, im Raum.

Zwei der Meldungen wurden, wie gesagt, weitergegeben. Das sind Meldungen, über die ich in der letzten Sondersitzung hier noch ausführlich - zumindest nach Herstellen der Nichtöffentlichkeit - berichten konnte. Die Möglichkeit dazu ist mir zurzeit aus rechtlichen Gründen verwehrt, weil die Staatsanwaltschaft München I die Meldungen nun doch wieder in eine strafprozessuale Bearbeitung genommen hat und mir zum heutigen Tage für diese Sitzung  Wir haben konkret angefragt. Ich hätte gerne wieder Ihnen gezielt und konkret auch aus diesen Meldungen den einen oder anderen Detailumstand berichtet. Eine solche Freigabe ist mir von der Staatsanwaltschaft nicht erteilt worden. Ich weiß, dass Sie die Vertreterin der Staatsanwaltschaft morgen hier zugegen haben, und lege daher anheim, insoweit die jeweiligen Auskünfte zu diesen beiden Meldungen abzufragen.

Ich möchte allerdings insoweit rückgreifen auf das von mir in der Sitzung auch im öffentlichen Teil Bekundete, was ja insoweit auch der Öffent-

*Keine Freigabe vorliegt*